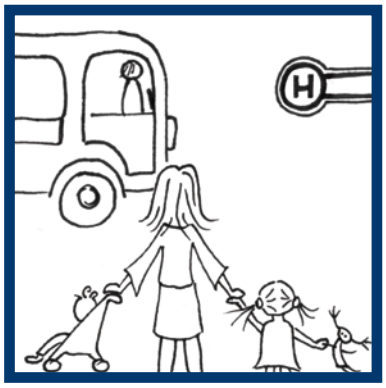
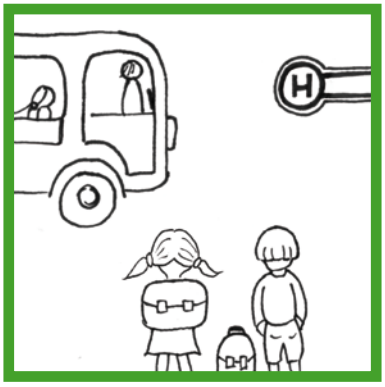
„Bildung *überwindet Grenzen*“

RAHMENBEDINGUNGEN DER BILDUNGSLANDSCHAFT

FRÜHKINDLICHE BILDUNG, BETREUUNG UND ERZIEHUNG



ALLGEMEINBILDENDE SCHULEN



BERUFLICHE BILDUNG

NON-FORMALE LERNWELTEN

Erster Bildungsbericht des Landkreises Vorpommern-Greifswald

2012

HERAUSGEBER
Landkreis Vorpommern-Greifswald
Demminer Str. 71-74
17389 Anklam

Autoren:
Einleitung: Michael Heinz
Rahmenbedingungen: Enrico Stahlkopf
Frühkindliche Bildung: Enrico Niemczewsky & Enrico Stahlkopf
Allgemeinbildende Schulen: Enrico Stahlkopf & Enrico Niemczewsky
Berufliche Ausbildung: Marina Haase & Christian Herkt
Non-formale Bildung: Marcel Neumeier

Endredaktion:
Enrico Stahlkopf & Michael Heinz

Lektorat:
Iris van Beek, Schibri-Verlag

Gestaltung / Satz / Zeichnungen:
Katja von Einsiedel, design id . Medien Agentur

Fotos:
Anke Radlof, Katja von Einsiedel

Druck:
Druckhaus Panzig in Greifswald

Besonderer Dank für die Unterstützung bei der Erstellung des Bildungsberichts gilt den regionalen Fachleuten und Bildungsakteuren aus Politik und Verwaltung sowie den Mitarbeitern des DIPF und von Lernen vor Ort im Landkreis VG!

Erster Bildungsbericht des Landkreises Vorpommern-Greifswald 2012

„Bildung überwindet Grenzen“

INHALTSVERZEICHNIS

1. EINLEITUNG 7

1.1 Zielstellung des Bildungsberichts 8
1.2 Zeitliche & methodische Herangehensweise 11

2. RAHMENBEDINGUNGEN DER BILDUNGSLANDSCHAFT 15

2.1 Strukturmerkmale der BildungsLandschaft 17
2.1.1 Akteure der BildungsLandschaft 17
2.1.2 Grund- und Strukturdaten des Landkreises und der Gemeinden 19
2.2 Demographische Einflussfaktoren 23
2.2.1 Räumliche Bevölkerungsentwicklung 23
2.2.2 Altersstruktur 26
2.2.3 Entwicklung der unter 20-Jährigen 28
2.2.4 Geburtenentwicklung 30
2.2.5 Einfluss von Wanderungen und Bildung 31
2.2.6 Ausländische Bevölkerung 32
2.2.7 Bevölkerungsprognose 34
2.3 Wirtschafts- und Beschäftigungsstruktur 38
2.4 Arbeitslosigkeit und soziale Lage 40
2.5 Zentrale Ergebnisse und Herausforderungen 43

3. FRÜHKINDLICHE BILDUNG, BETREUUNG UND ERZIEHUNG 47

3.1 Einführung 48
3.2 Politisch-planerische Rahmenbedingungen von frühkindlicher Bildung 49
3.2.1 Sozial- und bildungspolitische Rahmenbedingungen 49
3.2.2 Planungsgrundsätze der Kindertagesstättenbedarfsplanung 50
3.3 Anzahl und Art der Angebote 51
3.3.1 Bestand an Kindertagesstätten 51
3.3.2 Struktur der Kindertageseinrichtungen 54
3.4 Versorgung und Inanspruchnahme 56
3.4.1 Platzangebot in Kindertageseinrichtungen 56
3.4.2 Elemente der regionalen Versorgung mit Kindertagesangeboten 56

3.4.3 Inanspruchnahme bzw. Nutzung von Angeboten der Kindertagesbetreuung 60
3.4.4 Entwicklung der Betreuungsquoten 66
3.4.5 Auslastungsgrad von Kindertageseinrichtungen 67
3.5 Regionale Personalentwicklung in der Kindertagesbetreuung 68
3.5.1 Entwicklung der Anzahl der Arbeitskräfte 68
3.5.2 Altersstruktur der Fachkräfte 70
3.5.3 Qualifikation und Multiprofessionalität 73
3.5.4 Unterstützung von Innovationen in der frühen Bildung 75
3.6 Übergänge an Grundschulen 76
3.6.1 Kooperation 76
3.6.2 Teilräumliche Entwicklungstendenzen 76
3.6.3 Einschulungsuntersuchungen 78
3.7 Zentrale Ergebnisse und Herausforderungen 79

4. ALLGEMEINBILDENDE SCHULEN 81

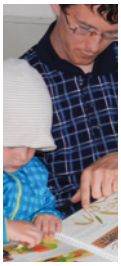
4.1 Entwicklung der Schulstandorte 83
4.2 Entwicklung der Schülerzahlen 84
4.3 Schüler und Schularten 86
4.4 Ausländische Schüler und internationale Bildungsentwicklung 87
4.5 Übergangsgeschehen 90
4.5.1 Übergänge an weiterführende Schulen 90
4.5.2 Schulartwechsel in den Klassenstufen 7 bis 9 93
4.5.3 Übergänge von Sekundarstufe I auf Sekundarstufe II 95
4.5.4 Klassenwiederholungen 96
4.6 Förderschulen 98
4.6.1 Anzahl und Herkunft der Schüler 98
4.6.2 Übergänge von Förderschulen an allgemeinbildende Schulen 100
4.7 Entwicklung der Schulabsolventen 101
4.7.1 Gesamtentwicklung 101
4.7.2 Regionaler Vergleich von Schulabgängern 102
4.7.3 Verteilung der Absolventen und Abschlüsse nach dem Geschlecht 103
4.8 Selbstständige Schule und Ganztagsschule 104
4.8.1 „Selbstständige Schule“ in MV 104
4.8.2 Ganztagsschulentwicklung 105
4.9 Lehrer an allgemeinbildenden Schulen 107
4.10 Zukünftige Entwicklungen 110
4.10.1 Schülerzahlen und Standorte 110
4.10.2 Inklusion 112
4.11 Zentrale Ergebnisse und Herausforderungen 113

5. BERUFLICHE BILDUNG 117

5.1 Das System der beruflichen Bildung in Mecklenburg-Vorpommern und im Landkreis Vorpommern-Greifswald 118
5.2 Die berufliche Ausbildungslandschaft im Landkreis Vorpommern-Greifswald: Überblick und allgemeine Entwicklungen 122
5.2.1 Angebote und Einrichtungen der beruflichen Ausbildung im Lk VG 122
5.2.2 Entwicklungen in der regionalen Berufsschullandschaft 125
5.2.3 Entwicklungen in den beruflichen Bildungseinrichtungen 130
5.2.4 Zentrale Ergebnisse und Herausforderungen 176

6. NON-FORMALE LERNWELTEN 181

6.1 Die Vereinigten Volkshochschulen Vorpommern-Greifswald 184
6.1.1 Der Angebotsumfang der Volkshochschulen 186
6.1.2 Volkshochschulkurse: Anzahl, Dauer und Belegung 187
6.1.3 Erschließung von Räumen mit geringer Weiterbildungsbeteiligung 189
6.2 Musikschulen im Landkreis Vorpommern-Greifswald 192
6.2.1 Gesetzesgrundlage und Auftrag 192
6.2.2 Erreichbarkeit des Musikschulangebotes 192
6.2.3 Das Musikschulangebot – Orientieren, Lernen, Ergänzen 194
6.2.4 Angebotsumfang und Belegungen 195
6.2.5 Musikschulressourcen: Einnahmen, Ausgaben und Personal 199
6.3 Die öffentlichen Bibliotheken im Landkreis Vorpommern-Greifswald – Zwischen dem Anspruch der Grundversorgung und der Sicherung der eigenen Existenz 201
6.3.1 Ein Angebot mit vielen Facetten 201
6.3.2 Die bekannten Standorte der unterschiedlichen Bibliothekstypen 202
6.3.3 Bibliotheksmedien und Nutzung 205
6.3.4 Bibliotheken als Orte kultureller Begegnung 208
6.3.5 Notwendigkeit einer strategischen Kreisbibliotheksplanung 208
6.4 Zentrale Ergebnisse und Herausforderungen 209



7. ZUSAMMENFASSUNG VON ÜBERGREIFENDEN HERAUSFORDERUNGEN 213

8. LITERATUR- UND QUELLENANGABEN 219

9. VERZEICHNISSE 225

9.1 Abbildungen 226
9.2 Karten 231
9.3 Tabellen 231
9.4 Übersichten 234
9.5 Abkürzungen und ihre Bedeutung 234

10. ANHANG 239

EINLEITUNG

1. Einleitung

1.1 Zielstellung des Bildungsberichts

Der Bildungsbericht Vorpommern-Greifswald 2012 ist das Kernstück des Kommunalen Bildungsmonitorings (KBM) und gliedert sich in die bildungsbiographischen Abschnitte

- frühkindliche Bildung
- allgemeinbildende Schulen
- berufliche Ausbildung und
- non-formale Bildung

Die Abschnitte „Hochschulen“ und ergänzend die „Lernwelten außerhalb von Bildungseinrichtungen“ werden im Bildungsbericht 2014 bearbeitet werden.

Erstellt wird der Bildungsbericht gemeinsam durch die beiden „Lernen vor Ort“-Projekte der ehem. Landkreise Ostvorpommern (OVP) und Uecker-Randow (UER). Er orientiert sich dabei an ausgewählten Kernindikatoren, die in einem bundesweit entwickelten „Leitfaden zum Aufbau eines kommunalen Bildungsmonitorings“ bereitgestellt werden. Im Unterschied zum aktuell vorliegenden Landesbildungsbericht MV werden hier inhaltlich und räumlich konkretisierend Daten für kommunale und regionale Bildungsentwicklung und -planung aufbereitet.

Anstelle formal-theoretischer Ausführungen nun zwei Annäherungen an den Bildungsbericht über fiktive Gespräche unterschiedlicher Personengruppen:

Annäherung 1: Jüngst auf dem Schulhof, Eva, Caroline und Karl schlendern zum Fahrradständer

Karl: *Nun haben wir uns den ganzen Tag bilden lassen, warum machen die das mit uns?*
Eva: *Na, weil wir schlau sein sollen, um einen Job zu kriegen, ist doch klar! – Aber viel wichtiger ist Bildung für meinen eigenen Charakter, für die Peilung, mein Leben im Griff zu haben.*
Caro: *Stimmt! Ich finde auch wichtig, dass wir lernen, unser Leben nicht nur allein durchzuzieh'n. Wir sind doch Teil einer Gruppe, wollen der Gesellschaft was Gutes geben.*
Karl: *oh oh ...*
Caro: *Na, du spielst doch auch mit vollem Einsatz als Mittelstürmer im Fußballverein mit den anderen Jungs.*
Karl: *Weil es mir Spaß macht.*
Eva: *Und die anderen freuen sich, wenn du ein Tor schießt.*
Karl: *Nicht alle, aber ich weiß, was du meinst. In der Gruppe macht's einfach noch mehr Spaß, und wenn ich dem langsamen Paul ´ne Vorlage gebe und er sie verwandelt, tue ich wohl der Gruppe was Gutes. Oder?*
Caro: *Bingo!*

Anmerkung des Beobachters:

Caro meint die individuelle Regulationsfähigkeit, wenn Sie sich *„für die Peilung, mein eigenes Leben im Griff zu haben“* ausspricht. Die Liedermacherin Bettina Wegner formulierte es etwas schöner: *„Grade, klare Menschen wär'n ein schönes Ziel, Leute ohne Rückgrat hab'n wir schon zu viel“*.[1] Eva nennt zunächst die Jobperspektive, also die Orientierung an den sogenannten Humanressourcen als Basis für die Sicherstellung und Weiterentwicklung des quantitativen und qualitativen Arbeitskräftevolumens. Dann erschließt Caro abschließend noch gesellschaftliche Teilhabe und Chancengleichheit als wichtige Aufgabe von Bildung.[2]

1 Bettina Wegner: „Sind so kleine Hände“, Rowohlt Verlag, Reinbek 1979.
2 Vgl. Bildung in Deutschland 2010: 1-2.

Annäherung 2: Karl, Caro und Eva lauschen vor dem Kiosk einem Gespräch zwischen einem Aktenmappen-, einem Brillen- und einem Krawattenträger:

Brille: *Wenn wir hier in der Region wirklich dauerhaft die Bildungsinfrastruktur verbessern wollen, müssen wir auch Kriterien haben, an denen wir den Erfolg oder Misserfolg unserer Anstrengungen messen können. Und zwar unabhängig von Befindlichkeiten, ganz sachlich und neutral, datenbasiert anhand von Indikatoren.*
Akte: *Das ist sicherlich eine Seite. Die andere Seite ist, dass Daten noch lange nicht zu Taten führen. Ihre Messergebnisse müssen dann auch wirklich in die Entscheidungen einbezogen werden können. Nicht nur in der Verwaltung oder bei einzelnen Schulen, sondern letztendlich bei allen Akteuren, die Bildung steuern und beeinflussen.*
Brille: *Ja, deshalb kann ein solcher Bildungsbericht auch nicht nur am grünen Tisch gemacht werden. Wichtig ist, dass die von Ihnen genannten Bildungsakteure, die Bildungsverantwortlichen, frühzeitig mit im Boot sind. Ansonsten läuft man Gefahr, Themen zu wählen, Dinge zu messen, die gar nicht relevant sind.*
Krawatte: *Das ist völlig richtig. Die Mischung zwischen objektiven Daten sowie Problemlagen und Einschätzungen der Bildungsakteure muss den Bildungsbericht inhaltlich gliedern.*
Akte: *Dennoch sollten immer wieder in regelmäßigen Abständen die gleichen Indikatoren gemessen werden. Nur wenn der Bildungsbericht langfristig etabliert wird, langfristig Entwicklungen beobachtet werden können, wird er eine Unterstützung für Entscheidungen der Bildungsakteure sein können.*
Krawatte: *Ja, schließlich beobachtet jedes Unternehmen seine Erfolge, seine Marktposition in der Entwicklung. In der Bildung ist es aber schwieriger, weil es ganz viele Unternehmen, Einrichtungen, Beteiligte und Zuständigkeiten gibt.*
Brille: *Deswegen bezieht sich der indikatorengestützte Bildungsbericht nicht nur auf Schulen, sondern orientiert sich an den Lebens- und Lernphasen der Menschen. Er beginnt also im frühkindlichen Lernen, geht über Schulen, Berufsausbildung, Hochschulen, Weiterbildung bis hin zu Jugendclubs, Museen, Bibliotheken und letztendlich auch zum Lernen in der Familie.*

(…)

Eva: *Hast Du verstanden, worum's geht?*
Caro: *Ich glaube, die möchten über Bildung schreiben und genau das untersuchen und verbessern, was wir vorhin besprochen haben. Praktisch dauerhaft messen, wie gut die Bildung bei uns in der Gegend funktioniert. So wie man mit einem Thermometer ablesen kann, ob es kalt oder warm ist.*
Karl: *Die müssten eigentlich mal mit uns reden …*

Die beiden Gesprächssplitter sowie die offiziellen Angaben nochmals zusammengefasst, sind die Ziele des Bildungsberichts:

- **Ziel 1:** sachlich-neutrale Darstellung und Analyse der Entwicklungen in der Bildungslandschaft des neu gebildeten Großkreises Vorpommern-Greifswald (VG)
- **Ziel 2:** Aufzeigen von langfristigen Entwicklungen durch regelmäßige Berichtslegung im 2-Jahres-Rhythmus.
- **Ziel 3:** Der Bildungsbericht dient als Entscheidungsgrundlage für die Steuerung des Bildungswesens – objektiv auf Indikatoren und Daten basierend.

Zwischenfrage von Caro: *Warum ein Bildungsbericht auf kommunaler Ebene? Der Minister entscheidet doch fast alles auf Länderebene? Vor Ort gibt es doch keine „Steuerung des Bildungswesens"?*

Versuch einer Antwort: Klar, dass Bildung maßgeblich „Ländersache" ist, noch dazu, nachdem die Föderalismusreform 2006 die Zusammenarbeit von Bund und Ländern neu regelte. Auch ist bekannt, dass nach einer Forsa-Umfrage 80 Prozent der Bevölkerung sich dafür aussprechen, dass das Schulsystem in Deutschland über die Ländergrenzen hinweg einheitlich geregelt sein sollte.[3]

Dennoch sind wir auf kommunaler Ebene nicht nur mit der Hausmeister-Funktion für Schulen versehen. Gelernt wird in der örtlichen Gemeinde bzw. in der Region. Einige Zuständigkeiten sind auch kommunal verankert, entweder direkt bei der Gemeinde oder bei einem regional agierenden Träger: z.B. bei Kinderbetreuungseinrichtungen, Jugendclubs, Schulsozialarbeitern, Volkshochschulen, Kirchengemeinden, Sport und Musikvereinen. Ebenso ganz wichtige Bildungsorte sind: die Familien! Auf kommunaler Ebene stellen wir also nicht nur gute oder weniger gute Schulgebäude als Hülle zur Verfügung, sondern sind zumindest auch ein Ort – auch Gestaltungsort – für Lernen im gesamten Leben. Deswegen sprechen wir auch von bildungsbereichsübergreifender Problemanalyse.

Zwei Beispiele dazu: Erstens, wie sieht die Durchlässigkeit von Schularten aus, z.B. von Förderschulen in andere Schulen? Zweitens, das Zusammenwirken der unterschiedlichen Bildungsorte zu „vernetzen", zu verbessern, das kann nur auf gemeindlicher Ebene gelingen. Wenn z.B. die Schule auch Lernort für Eltern wird, Kindertagesstätten und Grundschulen sich wie schon in Baden-Württemberg zu Bildungshäusern verzahnen[4], um den Übergang für die ganz Kleinen zu erleichtern und den etwas Größeren bereits Anerkennung und Wertschätzung des bisher Geleisteten zu ermöglichen, dann ist das ein Erfolg.

Theoretisch formuliert heißt das „Kommunale Bildungslandschaft" und bedeutet die Zusammenarbeit zwischen formalen Bildungseinrichtungen (z.B. Schule, Kindertagesstätten, Berufsschule) mit Vereinen, Eltern, Kirchen aus dem sogenannten non-formalen Bildungsbereich. Der kommunale Bildungsbericht kann und soll auch für den Aufbau dieser Bildungslandschaft Steuerungswissen bereitstellen, z.B. durch die Darstellung der vorhandenen Angebote und das Aufbereiten guter Ideen als Anregung für das eigene Wirken vor Ort.

Grenzen und Möglichkeiten des Bildungsberichts

Was macht ein Bildungsbericht?

Ein Bildungsbericht „macht das Bildungsgeschehen in der Gesellschaft bzw. in der jeweiligen Region transparent und ist damit Grundlage für Zieldiskussionen, politische Entscheidungen, Bildungsplanung, Rechenschaftslegung und öffentliche Diskussion".[5]

Im Lk VG stellt der erste Bildungsbericht einen wichtigen Schritt zur Entwicklung einer kommunalen Bildungsentwicklung dar.

3 Vgl. Spiegel Wissen 2/2010: 13.
4 Vgl. http://www.kultusportal-bw.de/servlet/PB/show/1265166/2010-Infos-%FCber%20Bildungsh%E4user-Febr.pdf.
5 Vgl. http://www.dgbv.de/dokumente/3[...]3-06_PPT-Doebert.pdf.

Abbildung 1: Bildungsentwicklungsplanung im Lk VG

Vom Bildungsbericht zum BildungsEntwicklungsPlan als Grundlage für KBM		
Bildungsbericht als empirische Grundlage im 2 J-Rhythmus	Bildungspolitische Leitlinien	
	Ziele	Maßnahmen
Rahmenbedingungen der BildungsLandschaft	...	...
Frühkindliche Bildung	...	...
Allgemeinbildende Schulen	z.B. Senkung der Absolventenquote ohne Berufsreife auf unter 3 % bis zum Jahr XX	Inklusion + begleitendes pädagog. FP. an Schulen
Berufliche Ausbildung	z.B. Senkung der Anzahl von Ausbildungs-abbrechern der HoGa-Branche auf 10 % bis zum Jahr XX	Maßnahmen der berufl. FrühOrientierung, Kompetenzanalysen etc.
Weiterbildung	...	...
Hochschulbildung	...	...
Non-formale Lernwelten	...	...

Der Bildungsbericht – als gedrucktes Werk – ermöglicht die komprimierte Darstellung von Entwicklungen im kommunalen Bildungswesen. Über die Verknüpfung verschiedener Daten mit wechselnden Bezugsgrößen können Einsichten zu einem definierten Sachverhalt gewonnen werden. Wichtig ist die langfristige und kontinuierliche Abbildung des Bildungsgeschehens in einem längeren Zeitraum. Die Darstellung aller lernbiographischen Phasen vermittelt ein zusam-menhängendes Bild der Bildungsqualität in der Region.

Allerdings kann ein rein auf Statistiken beruhender, rein indikatorenbasierter Bericht nicht immer Ursachen und Wirkungszusammenhänge beschreiben. Um diese aufzudecken, müssen regionale, nationale und internationale Expertisen, Studien- und Forschungsergebnisse ebenso wie Erfahrungen aus der Politik und der regionalen Praxis Bestandteil des Bildungsberichtes werden. Damit der Bericht als Grundlage für ein kommunales Bildungsmanagement genutzt werden kann, muss ein Beteiligungsprozess zur Findung von Beobachtungsschwerpunkten initiiert werden. Diese partnerschaftliche Findung von Qualitäts- und damit Entwicklungsmerkmalen der Bildung in der Region ist wichtig, um Steuerungswirkung entfalten zu können.

1.2 Zeitliche und methodische Herangehensweise

Für die Darstellung des zeitlichen Ablaufes zur Erstellung unseres Bildungsberichtes haben wir uns die Planungsschritte eines Hausbaus zum Vorbild genommen. Unser Bauablaufplan gliedert sich somit in neun unterschiedliche Phasen mit den dazugehörigen Aufgaben (**siehe Übersicht 1**).

Drei wesentliche Aspekte gilt es dabei hervorzuheben:

- Erstens gibt es einen starken **Beteiligungsansatz**, weil der Bildungsbericht Arbeitsinstrument der Bildungsakteure sein soll.
- Zweitens gab es mit dem **gemeinsamen Bildungsbericht** bereits vor der Kreisgebietsreform eine Koordination der beiden LvO-Landkreise Ostvorpommern und Uecker-Randow.
- Drittens muss der Bildungsbericht – und da passt die Hausbau-Metapher sehr gut – **gepflegt und aktualisiert** werden, dazu gehört auch die räumliche Ausdehnung auf den gesamten Großkreis.

Übersicht 1: Zeitliches Vorgehen bei der Erstellung des Bildungsberichtes für den Lk VG

1. Grundstücks-erschließung	▪ Identifizierung von und Kontaktaufnahme zu Stellen mit Daten- und Datenschutzverantwortung ▪ Recherche von Datenquellen und Datenflüssen ▪ Sammlung und Auswertung von vorliegenden Grund- und Strukturdaten über die Landkreise ▪ Konzepterstellung für Bildungsmonitoring	Bis 12/2010
2. Planungs- und Entwurfsskizze	▪ Gemeinsame Planung (LvO OVP + UER) zur Erstellung des Bildungsberichtes ▪ Grobgliederung des Bildungsberichtes Kapitel: Rahmenbedingungen, Frühkindliche Bildung, Allgemeinbildende Schulen, Berufliche (Aus-) Bildung ▪ Abstimmung mit den LvO-Steuerungsgruppen und der wissenschaftlichen Begleitung DIPF auf Bundesebene	Bis 02/2011
3. Grundstein-legung	▪ Erfassen regionaler Herausforderungen für Bildung durch Experteninterviews ▪ Vorstellung und Diskussion der Herausforderungen am „Runden Tisch“ in Ducherow am 12.04.2011	03 und 04/2011
4. Fundament	▪ Entwicklung einer Bildungsberichtsskizze auf Basis der erfassten Herausforderungen ▪ Vorstellung der beteiligungsorientiert erarbeiteten Bildungsberichtskizze in den politischen Gremien OVP und UER	05 bis 08/2011
5. Erstellung Rohbau	▪ Technische und inhaltliche Erarbeitung des Bildungsberichtes ▪ Baustellenbesichtigung und Möglichkeit, sich an der Entstehung des Bildungsberichtes zu beteiligen, ab August 2011 auf www.unser-bildungsbericht.de (Regelmäßige Veröffentlichung der Fortschritte und Diskussionsplattform)	06 bis 12/2011
6. Richtfest	▪ Entwurfsfassung des Bildungsberichtes ▪ Finale Abstimmung von Inhalten & Ergebnissen im Rahmen eines Fachdialogs	12/2011 bis 03/2012
7. Einzug	▪ Beschluss des Bildungsberichtes im Kreistag als Steuerinstrument für die weitere Entwicklung der Bildungslandschaft ▪ Veröffentlichung des Bildungsberichtes	05/2012
8. Anbauten und Außenanlagen	▪ Ergänzung weiterer Inhalte ▪ Vertiefungsthemen ▪ Räumliche Ausdehnung auf neue Kreisstrukturen	Ab 06/2012
9. Immobilien-sicherung und -pflege	▪ Datenpflege und fortlaufende Aktualisierung	Ab 06/2012

Beteiligungsansatz im aktuellen Bildungsbericht

Wichtiges Element des Beteiligungsansatzes war die Durchführung von Experteninterviews mit 34 Verantwortlichen aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft sowie Praktikern aus Kindergärten und allgemeinbildenden sowie beruflichen Schulen auf dem Gebiet der ehem. Lk OVP und UER. Aus den Ergebnissen der Interviews wurden Stärken-Schwächen-Chancen-Risiken-Analysen erstellt und den Kapiteln als thematische Einstimmung vorangestellt. Nicht zuletzt ergaben sich hieraus wichtige Ansätze für die Einzeluntersuchungen, indem die Problemlagen, aber auch regionale Stärken, aus Sicht der regionalen Bildungsakteure in die Themenauswahl einbezogen wurden.

Seit August des Jahres 2011 haben wir darüber hinaus auf unserer gemeinsamen Seite http://www.unser-bildungsbericht.de Zwischenergebnisse onlineveröffentlicht und zur Diskussion gestellt. Zu diesen gehören die Bildungsberichtsskizze, eine Indikatorenauswahl für den ersten Bildungsbericht und monatliche Werkschauen mit konkreten Untersuchungsergebnissen, die auch in den vorliegenden Bildungsbericht eingeflossen sind.

Der runde Tisch in Ducherow diente dazu, mit regionalen Bildungsakteuren Ideen für **bildungspolitische Leitlinien** zu diskutieren, die auf der Grundlage von Ergebnissen der Experteninterviews entworfen wurden. Diese Leitlinien sollen auf der empirischen Basis des vorliegenden Bildungsberichts weiterentwickelt und für eine Bildungsentwicklungsplanung des Landkreises längerfristig instrumentalisiert werden.

1. Etablierung einer starken Struktur für alle örtlichen und regionalen Bildungsangelegenheiten in der Kreisverwaltung und -politik: **ressortbündelnd, entscheidungsschnell, vernetzt mit Bildungsakteuern**
2. Weiterentwicklung des Fachkräftepersonals im gesamten Bildungsbereich: **qualifiziert, jung, gut bezahlt, fest angestellt**
3. Verbesserte Finanzierung von Bildungseinrichtungen: **zielgerichtet, planungssicher, transparent, unbürokratisch**
4. Aufwertung des frühkindlichen Bereichs: **programmatisch, finanziell, personell**
5. Weiterentwicklung bestehender Bildungseinrichtungen als multifunktionale und lokale Lernzentren in der BildungsLandschaft: **kooperativ, gemeindlich verankert, flächendeckend**
6. Abbau von struktureller Bildungsbenachteiligung im gesamten Bildungssystem: **räumlich, sozial, kulturell, ökonomisch**
7. Quantitative und qualitative Steigerung der Bildungsabschlüsse: **schulisch, beruflich, akademisch, lebenslang**
8. Steigerung der Qualität der beruflichen Ausbildungsangebote: **überregional konkurrenzfähig, attraktiv, vielfältig und neue Märkte erschließend**
9. Entwicklung eines regional passfähigen Übergangssystems: beratend, durchgängig, transparent, lückenlos, lebenslang
10. Erhöhung der Weiterbildungsbeteiligung in allen Altersgruppen und Einrichtungen: **bedarfsentsprechend, wohnortnah, finanzierbar, qualitativ hochwertig, transparent**
11. Aktive Einbindung von Kindern und Jugendlichen in Entscheidungsprozesse: **demokratisch, „wenn, dann richtig“, umsetzungsorientiert, umfassend, altersgerecht**
12. Einbindung von Hochschulen für eine wissensorientierte Regionalentwicklung: **neutral, ergänzend, beratend, stimulierend, partnerschaftlich, verständlich**
13. Aufbau eines Bildungsmarketings: **professionell, trägerübergreifend, zielgruppenaktivierend**

Hinweis: Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Soweit im Text nicht explizit auf eine Geschlechtsdifferenzierung hingewiesen wird, gelten sämtliche Personenbezeichnungen für beiderlei Geschlecht.

RAHMENBEDINGUNGEN DER BILDUNGSLANDSCHAFT

2. Rahmenbedingungen der BildungsLandschaft

Zu Beginn des Kapitels werden die politisch-planerischen Ebenen als Einflussfaktoren kommunaler Bildungsentwicklung im neu gebildeten Lk VG dargestellt. Die Situation vieler kleiner Dörfer und Gemeinden, die es besonders auf dem Land schwer haben, Entwicklungsprozesse aus eigener Kraft zu bewältigen, stellt ein regionales Spezifikum der Bildungsentwicklung dar. Daher richtet sich der erste Blick auf unterschiedliche **Strukturen** und finanzielle Rahmenbedingungen der Kommunen des Lk sowie die damit verbundenen Konsequenzen im Rahmen der Infrastrukturentwicklung **(vgl. Kap. 2.1)**.

Der zweite inhaltliche Fokus liegt auf der **demographischen Entwicklung**. Aus den teilräumlich differenzierten Untersuchungen werden Aussagen über die Gestaltung unterschiedlicher Bereiche der Bildungslandschaft abgeleitet. Dabei gilt das Interesse der natürlichen Bevölkerungsentwicklung, dem altersstrukturellen Aufbau sowie den Wanderungsbewegungen von unterschiedlichen Altersjahrgängen und den damit verbundenen Chancen für die Gemeinden des ländlichen Raums. In diesem Zusammenhang wird auch die Entwicklung ausländischer Bevölkerungsgruppen thematisiert, die v.a. im deutsch-polnischen Grenzraum des Lk einen zunehmend wichtigen Einflussfaktor der Bildungsentwicklung darstellt **(vgl. Kap. 2.2)**.

Die **Wirtschaftsentwicklung** beeinflusst nicht nur demographische Prozesse, sie ist auch eng verknüpft mit Strukturen der Bildungslandschaft. Zusammenhänge bestehen etwa zwischen der regionalen Fachkräfteentwicklung und der beruflichen Aus- und Weiterbildung sowie dem gesamten Übergangsgeschehen Ausbildung-Beruf. Daher werden Grundzüge der Wirtschafts- und Beschäftigungsstruktur sowie regionale Entwicklungsunterschiede im Lk VG aufgezeigt (vgl. Kap. 2.3). Auch hier gilt die Aufmerksamkeit nicht nur den strukturellen Defiziten, sondern vor allem den Chancen, die sich aus dem Zusammenspiel von Bildungs- und Wirtschaftsentwicklung ergeben.

Zuletzt widmet sich das Kapitel einer Kurzdarstellung der **sozialen Lage** in der Region (vgl. Kap. 2.4). Hierzu gehören eine Untersuchung der Arbeitslosigkeit sowie ein räumlich differenzierter Überblick über die finanzielle Hilfebedürftigkeit von Bevölkerungsgruppen anhand von SGB-II-Indikatoren. Diese Informationen sind nicht nur relevant für die Kostengestaltung jeglicher Bildungsangebote. Sie sind auch ein empirischer Baustein für die Diskussion über Chancengleichheit und welchen Beitrag Bildung für den sozialen Aufstieg aller Bevölkerungsgruppen leistet bzw. leisten kann.

Abschließend werden zentrale **Herausforderungen** der Bildungslandschaft formuliert, die sich aus den Rahmenbedingungen ergeben. Einige inhaltliche Bezugspunkte erschließen sich dabei aus den Einschätzungen von regionalen Bildungsakteuren, die in der folgenden Übersicht als Zitate zusammengefasst sind.

Übersicht 2: Ausgewählte Einschätzungen regionaler Bildungsexperten zur Bildungslandschaft (SWOT)

Stärken	**Schwächen**
▪ hohes soziales Kapital ▪ Angebotsvielfalt: komplett erhaltene, dezentral angesiedelte Bildungskette in der Region	▪ Peripherisierung der Region und zunehmende Fremdbestimmung ▪ schlechte Erreichbarkeit von Bildungseinrichtungen ▪ gravierende sozioökonomische Problemlagen ▪ Strukturen passen nicht zu den Bildungsbedarfen – „Menschen fallen durchs System“
Chancen	**Risiken**
▪ regionale Handlungsfähigkeit durch partizipative Steuerungsmodelle gewinnen ▪ ressourcenorientierte Entwicklungspolitik, um die Lebensqualität auch im ländlichen Raum zu befördern	▪ „Wenn das Bildungsproblem nicht beherrscht wird, ist dieses Land verloren.“ ▪ „Der Mensch steht nicht im Mittelpunkt der Bildungspolitik.“

2.1 Strukturmerkmale der BildungsLandschaft

2.1.1 Akteure der BildungsLandschaft

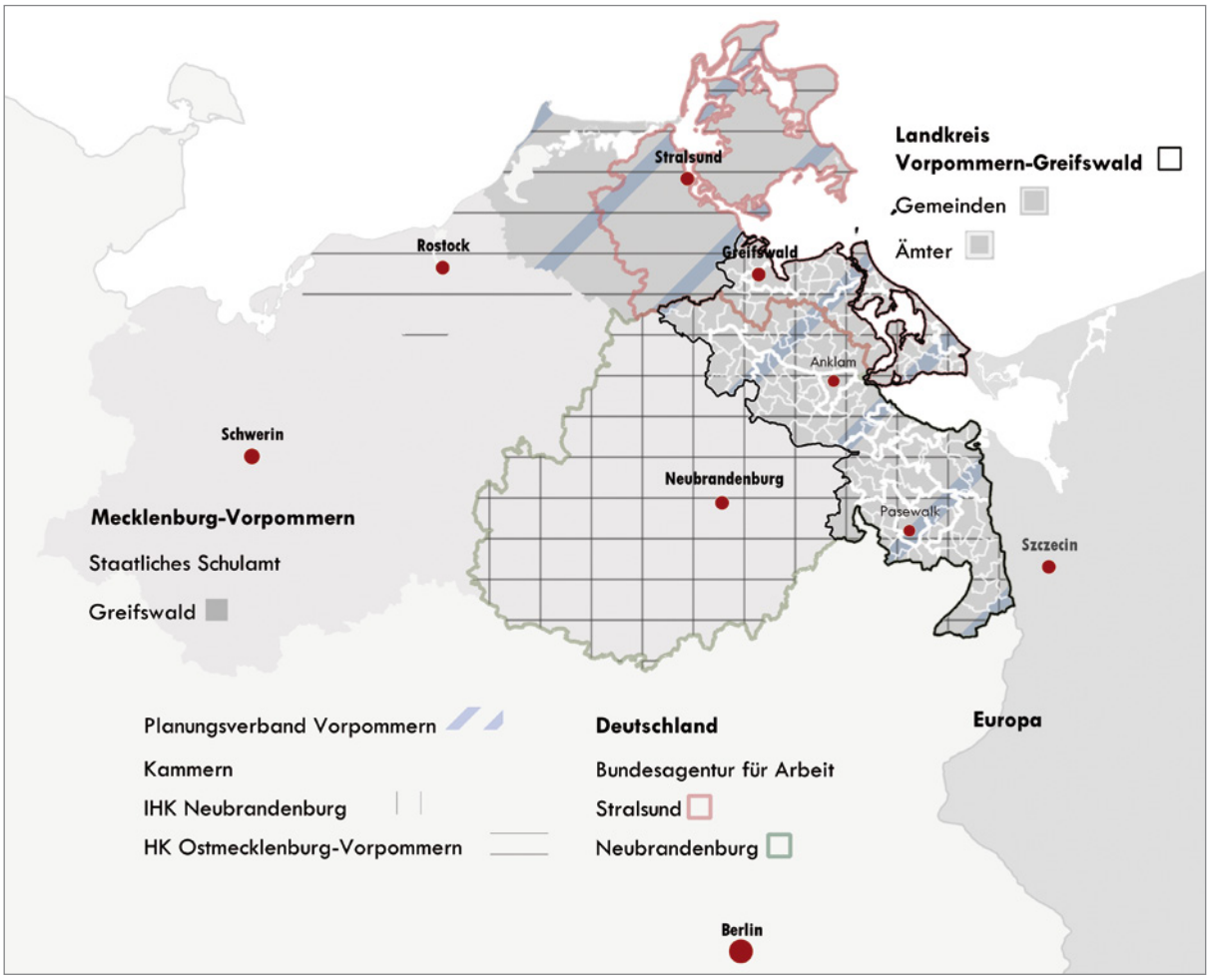
Bildungsentwicklung auf kommunaler Ebene erfordert abgestimmtes Handeln zwischen vielen Akteuren und auf unterschiedlichen politischen Ebenen. Im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten und der gesetzlichen Zuständigkeiten stehen den Kommunen diverse eigene Instrumente der Bildungsentwicklung zur Verfügung, vor allem im Bereich frühkindlicher Bildungs- und Betreuungsangebote.

Da große Bereiche der formalen Bildungslandschaft der Landespolitik und den Zuständigkeitsbereichen der Landesbehörden unterliegen, müssen die Kommunen außerdem landespolitische Vorgaben umsetzen. Durch sozialpolitische Maßnahmen wie das Bildungs- und Teilhabepaket oder durch Programme wie „Lernen vor Ort“ haben auch die Rahmenpolitik des Bundes sowie förder- bzw. integrationspolitische Maßnahmen der EU Einfluss auf die Entwicklungen, die zunehmend auch von Akteuren der Zivilgesellschaft geprägt sind.

Mitunter ist das Spektrum von Bildungsakteuren auch mit einer sachlichen, formalen und räumlichen **Fragmentierung** des Bildungswesens verbunden. Dies unterstreicht die Notwendigkeit, Bildungsentwicklung auf kommunaler Ebene zu verstehen, als koordinierte Zusammenschau von:

- ressortübergreifendem Arbeiten innerhalb der Verwaltung („Bildung quer denken“)!
- integriertem Arbeiten zwischen vertikalen Zuständigkeiten („Bildung hoch & runter denken“)!
- der Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure („Bildung im Verbund bearbeiten“)!
- dem Transfer guter Ideen und Ansätze („Bildung ausdehnen“)!
- der Verstetigung und Verankerung guter Ideen und Ansätze („Bildung fest machen“)!

Diese fünf „Ausrufezeichen“ bilden die Präambel für das kommunale Bildungsmanagement im Lk VG und gelten als Handlungsmotive für die am 21.11.2011 neu gegründete Lenkungs-Gruppe **BildungsEntwicklungsPlanung (vgl. Kap. 1)**. Der Bildungsbericht liefert hierzu die Datenbasis und eine empirische Grundlage für das weitere Beobachten der Bildungslandschaft.



Karte 1: Öffentlich-rechtliche Akteure der Bildungsentwicklung im Lk VG

Konkret ist in Mecklenburg-Vorpommern das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur zuständig für die Angelegenheiten der inneren Schulentwicklung, der frühkindlichen Bildung, der Erwachsenenbildung sowie für die Hochschulentwicklung. Auch Fragen der Entwicklung von Museen, Theatern, Musikschulen und anderen kulturellen Einrichtungen fallen in das Ressort des Landesministeriums.

Zudem gibt es unterschiedliche thematische Berührungspunkte zu anderen Ministerien und Behörden. Zum Beispiel sind wichtige Rahmenbedingungen der Siedlungs- und Infrastrukturentwicklung Gegenstand des Landesraumentwicklungsprogramms (Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung). Die Förderung von Familie und Jugend durch Familienzentren sowie landesweite Kindertagesförderung, als weitere Handlungsfelder der Bildungsentwicklung, werden durch das Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales bearbeitet.

Im Bereich der allgemeinbildenden Schulen liegt VG im Zuständigkeitsbereich des staatlichen Schulamtes Greifswald, als der unteren Landesbehörde. Die rechtsverbindliche Landesplanung wird vom Planungsverband Vorpommern und mit Hilfe des Amtes für Raumordnung und Landesplanung konkretisiert. Aus diesen Planungen ergeben sich u.a. regionale Aussagen über Schulstandorte, die Entwicklung sozialer Infrastrukturen und kultureller Einrichtungen. Gemeinsam mit den Kammern bearbeiten diese Körperschaften Teilbereiche der Bildungsentwicklung gemeinsam, z.B. die Entwicklung von Berufsbildungszentren. Hieran beteiligt ist auch der Lk (Amt für Bildung, Kultur und Schulverwaltung), zuständig für alle äußeren Angelegenheiten der Schulentwicklung, z.B. Gebäude, Personal (außer Lehrer), Schülerverkehr.

V.a. der Bereich des frühkindlichen Bildungs- und Betreuungswesens sowie kulturelle Angebote zählen zu den Handlungsfeldern mit großen kommunalen Gestaltungsmöglichkeiten. So können Kommunen eigene Kindertageseinrichtungen oder Jugendclubs unterhalten und haben Einfluss auf Bildungskonzepte, Personal und Ausstattung von Einrichtungen. Wie im Kapitel „Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung“ noch genauer gezeigt wird, besteht ein Spektrum an vielfältigen öffentlichen und privaten Akteuren in diesem Bereich, wodurch die Notwendigkeit unterstrichen wird, Bildungsentwicklung im Verbund mit zivilgesellschaftlichen Akteuren anzugehen **(vgl. Präambel Komm. Bildungsmanagement)**.

2.1.2 Grund- und Strukturdaten des Landkreises und der Gemeinden

Der Lk VG wurde im Rahmen der Kreisgebietsreform des Landes MV im September 2011 aus den Altkreisen OVP, UER, der zuvor kreisfreien Stadt Greifswald (HGW) sowie den Amtsbereichen Peenetal-Loitz und Jarmen-Tutow des Altkreises Demmin gebildet. Die Gesamtfläche beträgt gut 3.900 km^2. Damit ist der Lk einer der ausgedehntesten Flächenkreise in ganz Deutschland. Mit einer Bevölkerungsdichte von knapp 63 Einwohnern je km^2 gehört er zugleich zu den extrem dünn besiedelten Regionen Deutschlands.

Er umfasst aktuell 154 politisch selbstständige Gemeinden mit einer mittleren Einwohnerzahl von 1.585 Einwohnern[6]. Doch die meisten ländlichen Gemeinden haben deutlich weniger Einwohner. Kleine Gemeinden mit weniger als 500 Einwohnern sind die am häufigsten vertretene Gemeindegrößenklasse. Da die Kommunalverfassung des Landes eine amtsfreie Selbstverwaltung nur für Gemeinden ab 5.000 Einwohnern (bzw. 1.000 EW in Tourismusräumen) vorsieht, können sich lediglich die Städte Greifswald, Anklam, Pasewalk, Ueckermünde und Strasburg (Uckermark) sowie die Gemeinde Heringsdorf auf der Insel Usedom selbstständig verwalten. Alle anderen (amtsangehörigen) Gemeinden haben große Teile ihrer Verwaltungsaufgaben an die Ämter übertragen, was insgesamt zu einer fortschreitenden Externalisierung von Entscheidungsprozessen im ländlichen Raum beigetragen hat. An die Amtsfreiheit ist zudem die Hauptamtlichkeit der Gemeindeverwaltung geknüpft, wodurch eine wichtige Ressource für viele kommunale Aufgaben den meisten Gemeinden nicht zur Verfügung steht.

6 Bezogen auf die Bevölkerung im Jahr 2010.

Tabelle 1:
Gemeindegrößenklassen
Lk VG, nach Einwohnerstand 2010

Größenklassen	Anzahl der Gemeinden	Einwohner je Größenklasse	Anteil an der Gesamtbevölkerung	Anteil kumuliert
über 50.000 (amtsfrei)	1	54.610	22,2	22,2
10.000 bis unter 15.000				
amtsfrei	2	24.752	10,1	32,3
amtsangehörig	1	11.940	4,9	37,2
5.000 bis unter 10.000				
amtsfrei	3	24.771	10,1	47,3
amtsangehörig	2	14.466	5,9	53,2
1.000 bis unter 5.000 (amtsangehörig)	31	59.030	24,0	77,2
500 bis unter 1.000 (amtsangehörig)	48	34.503	14,0	91,2
unter 500 (amtsangehörig)	66	21.661	8,8	100,0

Datenquelle: Stat. Amt MV, Einwohnerzahlen der Gemeinden

Diese strukturelle Benachteiligung ländlicher Gemeinden hat in Verbindung mit landesplanerischen Zentralisierungsvorgaben deutliche regionale Konzentrationsprozesse öffentlicher Infrastrukturen und Dienstleistungen verursacht. Rechtsverbindlich werden in den Raumentwicklungsprogrammen zentrale Orte ausgewiesen, die „als Schwerpunkte der wirtschaftlichen Entwicklung, der Versorgung, der Siedlungsentwicklung, der sozialen und kulturellen Infrastruktur sowie als Verwaltungszentren vorrangig gesichert und ausgebaut werden“ sollen.[7] Da der zentralörtliche Status an Bevölkerungs- und Pendlerzahlen geknüpft ist, hat sich die Anzahl von zentralen Orten im Laufe der demographischen Entwicklung der letzten Jahrzehnte verringert. Zusätzlich wird der Rückbau von Strukturen nach wie vor ausdrücklich auf die nicht zentralen Orte eingegrenzt, wodurch die Entwicklungsmöglichkeiten ländlicher Städte und Dörfer grundsätzlich eingeschränkt werden. Kreisweit gibt es insgesamt 17 zentrale Orte **(vgl. Karte 2)**. Die übrigen Gemeinden, die immerhin knapp 37 Prozent der Bevölkerung umfassen, müssen im Hinblick auf die Ausstattung und Qualität von Infrastrukturen und Leistungen der Daseinsvorsorge meist hinter dem Angebot der Stadtregionen zurückbleiben.

Tabelle 2:
Zentralörtliche Gliederung des Lk VG als Teilregion der Planungsregion Vorpommern

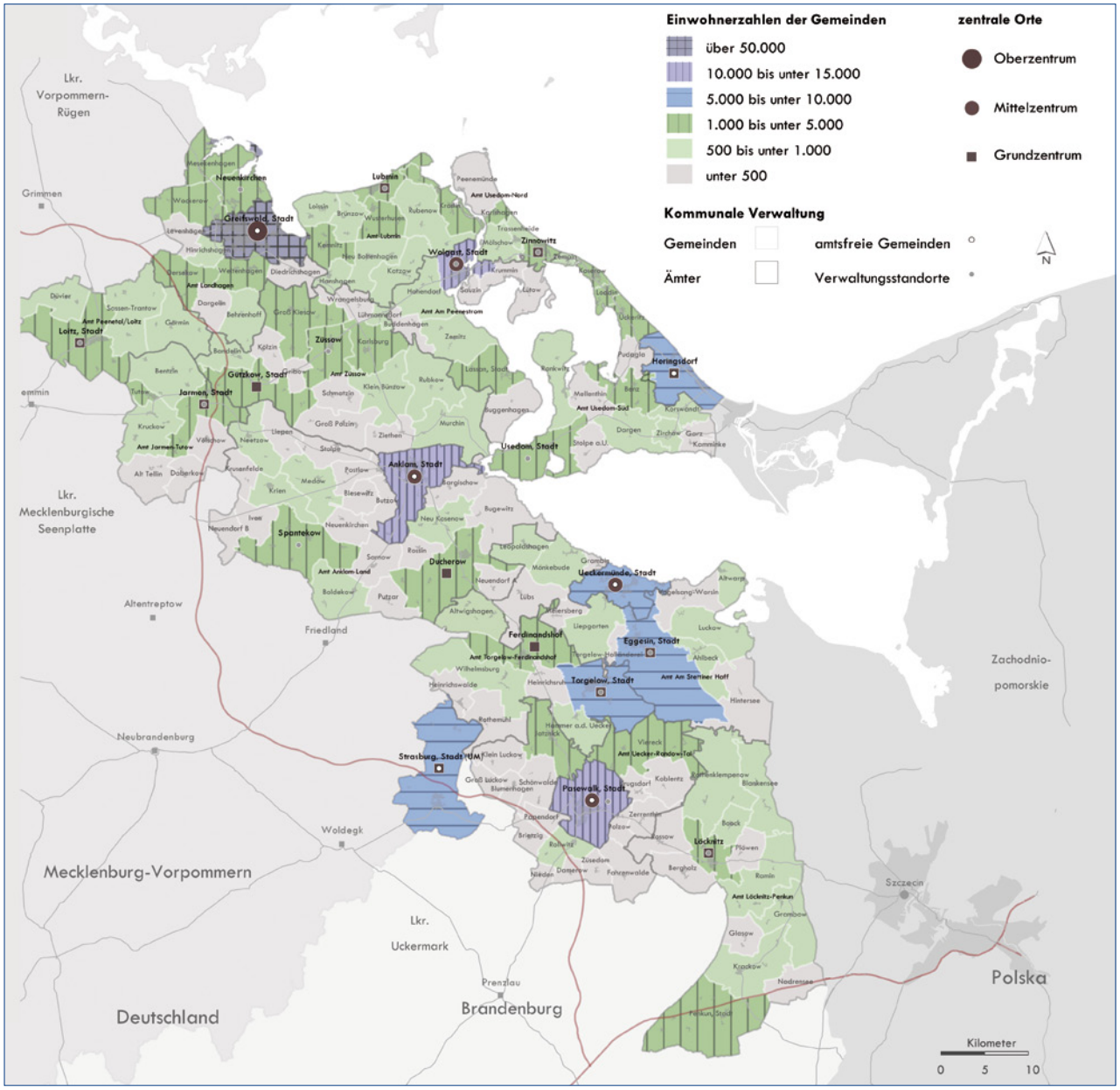
Planungskategorie	Gemeinden	Anteil an der Gesamtbevölkerung
Oberzentrum	Greifswald (1)	22,2
Mittelzentrum	Pasewalk, Wolgast, Anklam, Ueckermünde (4)	19,0
Grundzentrum	Torgelow, Strasburg, Eggesin, Loitz, Jarmen, Ducherow, Gützkow, Löcknitz, Lubmin, Heringsdorf, Zinnowitz, Ferdinandshof (12)	21,9
ohne zentralörtliche Funktionen	(138)	36,9

Datenquellen:
1. Stat. LA MV (Bevölkerungszahlen)
2. RREP-Vorpommern (zentrale Orte)

7 RREP Vorpommern 2010.

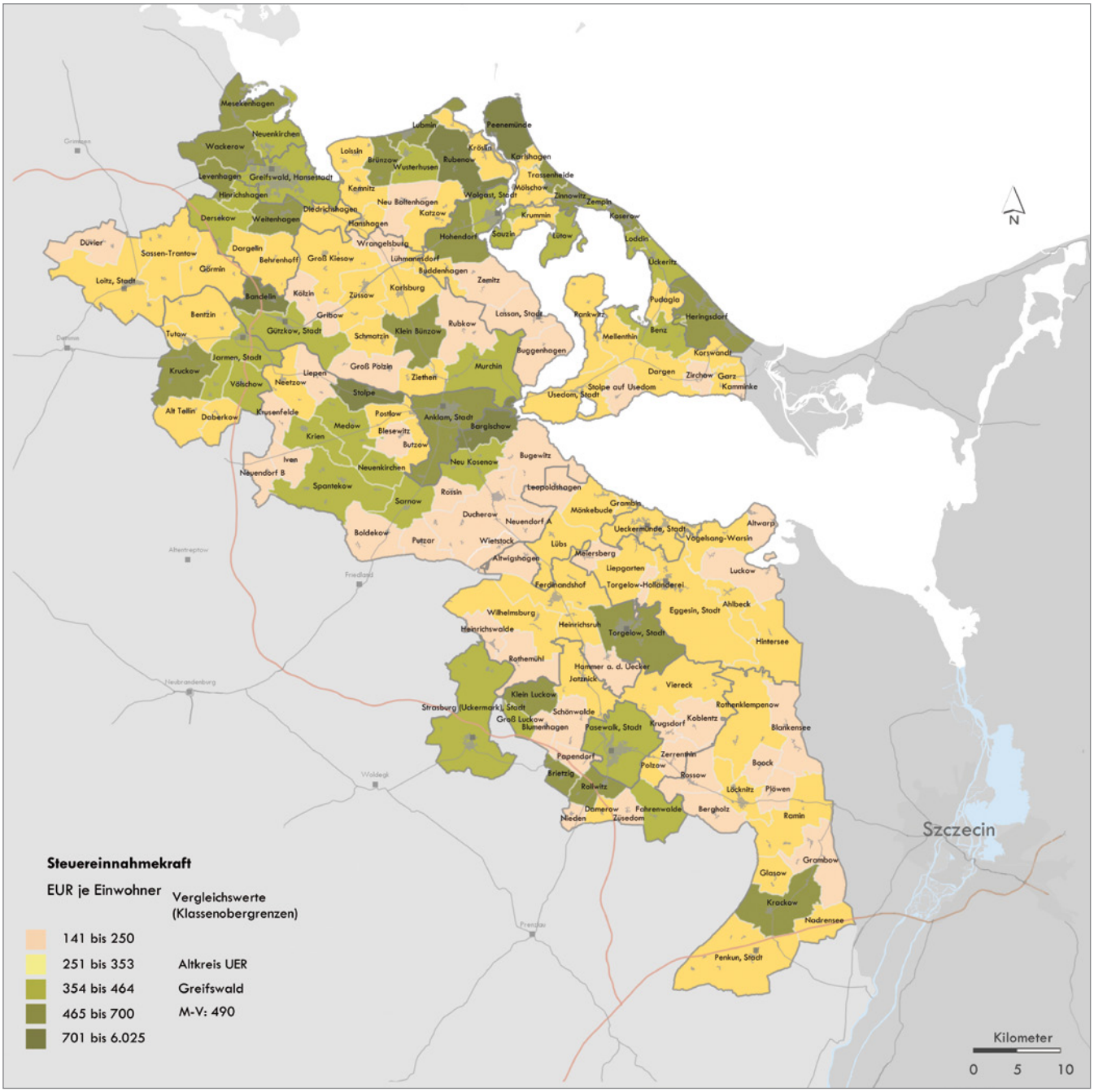
Zusätzlich erschwert wird die Entwicklung der Gemeinden durch die vielerorts enorm angespannte finanzielle Haushaltslage. So erreichten im Jahr 2010 insgesamt nur 19 von 154 Gemeinden des Lk eine Steuereinnahmekraft, die mindestens dem Landesdurchschnitt von 490 EUR je Einwohner entsprach. Die übrigen Gemeinden lagen zum Großteil deutlich darunter. 45 Gemeinden erreichten sogar nur eine Steuereinnahmekraft von weniger als die Hälfte des Landesdurchschnitts. Abermals zeigt sich, dass besonders ländliche Gemeinden, außerhalb städtischer Einflussbereiche sowie suburbaner und touristischer Regionen, betroffen sind **(vgl. Karte 3)**. Vor diesem Hintergrund verbleiben ihnen nahezu keine Handlungsspielräume mehr, insbesondere im Rahmen freiwilliger Aufgaben, wie etwa bei kulturellen und sozialen Angeboten.

Karte 2:
Größen- und Funktionsklassen der Städte und Gemeinden
nach Bevölkerungszahlen 2010



Datenquellen:
1. Bevölkerungszahlen: Stat. Amt MV | 2. Zentrale Orte: RREP-Vorpommern & RREP Mecklenburgische Seenplatte | 3. Geo-Daten: a) Katasteramt des Lk VG, b) openstreetmap.org

Karte 3:
Steuereinnahmekraft der Gemeinden (2010)



Datenquellen:
1. Steuereinnahmekraft: Stat. Amt MV
2. Geo-Daten:
a) Katasteramt des Lk VG,
b) openstreet-map.org

Besondere Herausforderungen der kommunalen Infrastrukturentwicklung

Vor dem Hintergrund von Finanz- und Organisationsschwächen sowie starker Bevölkerungsrückgänge wurden öffentliche Infrastrukturen oftmals abgebaut. Stadt-Land-Unterschiede haben sich verfestigt. Die Ausdünnung von Infrastrukturen im ländlichen Raum betrifft Schulen, Kindertagesstätten, Jugendclubs und andere soziale Einrichtungen. Dies führte zu starken Erreichbarkeitsunterschieden von Bildungsangeboten aller Art und damit vielerorts auch zum Verlust von Chancengleichheiten. Vor allem hat der Wegfall von Schulen soziale Erosionsprozesse begünstigt, indem sie den Dörfern als soziale Kristallisationskerne verloren gingen.

Heute besteht eine Situation, in der knapp 26 Prozent der über 35.330 unter 20-Jährigen in Gemeinden ohne allgemeinbildende Schule leben. 32 Prozent der 7.327 Kinder im Grundschulalter von 6 bis unter 10 Jahren wohnen in Gemeinden ohne Grundschule. Trotz erheblicher Rückgänge haben Kinder und Jugendliche im ländlichen Raum einen gewichtigen Anteil. Insgesamt leben 39 Prozent der unter 20-Jährigen außerhalb von zentralörtlichen Raumkategorien (Oberzentrum, Mittelzentren, Grundzentren).

Dies macht in Bezug auf die Infrastrukturentwicklung folgendes deutlich: Einerseits müssen durch Anpassung an demographische Entwicklungen tragfähige Strukturen geschaffen werden, die den Bedarfen und den Mobilitätsvoraussetzungen in den Teilräumen gerecht werden. Angesichts der relativen Verteilungsmerkmale der Bevölkerung erscheint parallel dazu eine qualitative Weiterentwicklung nach dezentralen Gesichtspunkten ebenfalls notwendig.

Von der Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen im ländlichen Raum ist bekannt, dass zum Beispiel eine wichtige Forderung nach mehr eigenverantwortlichen Gestaltungsmöglichkeiten in ihrem Lebensumfeld existiert.[8] Chancen der qualitativen Weiterentwicklung von Strukturen bestehen demnach in der stärkeren planerischen Berücksichtigung ihrer Belange durch neue Beteiligungsinstrumente sowie in der Schaffung eigenverantwortlicher Gestaltungsräume vor Ort. Erprobt werden derartige Ansätze zum Beispiel in den Kinder- und Jugendbeiräten in Pasewalk, Löcknitz und Eggesin sowie Ducherow als Zukunfts- und Gestaltungsort für Kinder und Jugendliche.

2.2 Demographische Einflussfaktoren

2.2.1 Räumliche Bevölkerungsentwicklung

Knapp 47 Prozent der 245.733 Einwohner leben in den ländlichen Gemeinden mit weniger als 5.000 Einwohnern. Weitere 22 Prozent leben in der Stadt Greifswald, die übrigen 31 Prozent der Bevölkerung verteilten sich auf die Städte zwischen 5.000 bis 15.000 Einwohnern **(vgl. Karte 2 & Tabelle 1)**.

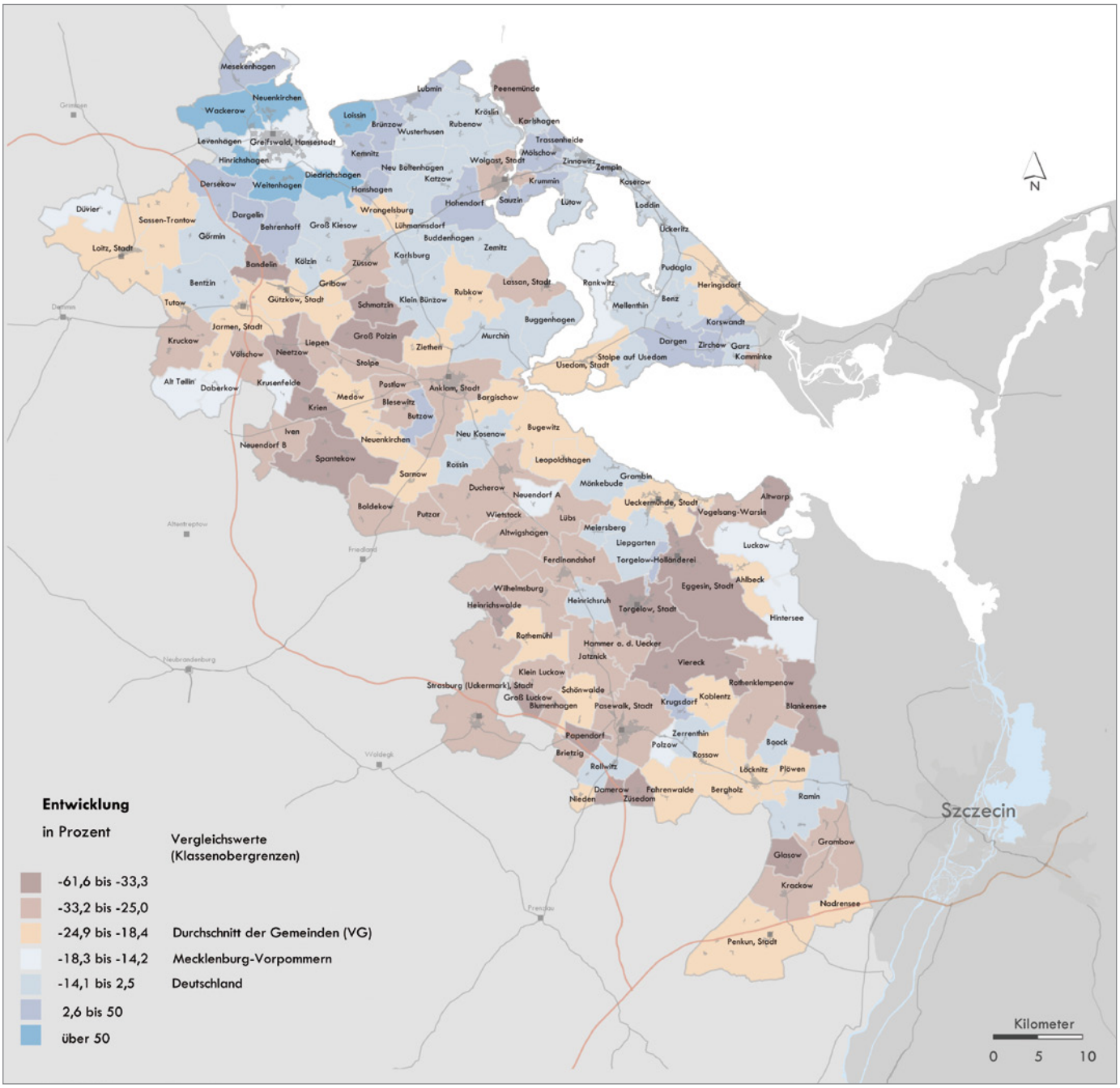
Die regionale Bevölkerungsentwicklung war in den letzten Jahrzehnten von erheblichen Rückgängen geprägt. Hauptursache dieser großräumigen Schrumpfungsprozesse waren Abwanderungen. Auf regionaler Ebene haben außerdem Stadt-Umland-Wanderungen sowie die starke räumliche und altersgruppenspezifische Selektivität von Abwanderung zu deutlichen Entwicklungsunterschieden geführt. Parallel dazu haben sich starke Geburtenrückgänge negativ auf die natürliche Bevölkerungsentwicklung ausgewirkt und im steigenden Maße zum Bevölkerungsverlust beigetragen. Insgesamt betrug der Rückgang der Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern zwischen 1990 und 2010 14,2 Prozent. Zum Vergleich: Im selben Zeitraum ist die gesamtdeutsche Bevölkerung um ca. 2,5 Prozent gewachsen. Mit einem Anteil von 54,6 Prozent ist der Großteil dieser Verluste in MV auf Abwanderungen zurückzuführen.

Seit 1990 hat sich ein starker Bevölkerungsrückgang von insgesamt 18,4 Prozent auch im Lk VG mit starken teilräumlichen Unterschieden vollzogen. Während beispielsweise die Region Greifswald aufgrund von Stadt-Umland-Wanderungen und der kernstädtischen Universitätszuzügler

8 Vgl. Heinz / Stahlkopf 2009.

vergleichsweise stabile Entwicklungen durchlief, haben die Landstädte des Altkreises OVP (Wolgast, Anklam, Lassan) und entlang des Städtebandes Ueckermünde, Eggesin, Torgelow und Pasewalk sowie viele Gemeinden des dünn besiedelten ländlichen Raumes, ohne starke Wirtschaftsbasis, mit erheblichen Bevölkerungsverlusten von bis zu 61,6 Prozent umzugehen **(vgl. Karte 4, Tabelle 51)**.

Karte 4:
Regionale Bevölkerungsentwicklung von 1990 bis 2010



Datenquellen:
1. Bevölkerungszahlen 1990 und 2010: Stat. Amt MV
2. Geo-Daten:
a) Katasteramt des Lk VG,
b) openstreetmap.org

Hauptursache für die Rückgänge waren arbeits- und ausbildungsplatzorientierte Abwanderungsprozesse der eher jungen und qualifizierten Bevölkerung. Jedoch war 2009 das erste Jahr, in dem sich der natürliche Bevölkerungssaldo stärker auswirkte als der Wanderungssaldo **(vgl. Abbildung 2 & Abbildung 3).** Zum Teil ist dies auf die tiefgreifenden Veränderungen der Altersstruktur und die bereits vollzogene Bevölkerungsschrumpfung zurückzuführen, was zu einem insgesamt geringeren Abwanderungspotential geführt hat. Außerdem hat sich die Abwanderungsrate von -2,8 Personen je 1.000 Einwohner in den letzten Jahren sehr deutlich verringert. Dies deutet auch auf eine Verbesserung der Situation bei Ausbildungs- und Erwerbsmöglichkeiten und anderen demographischen Anziehungsfaktoren hin.

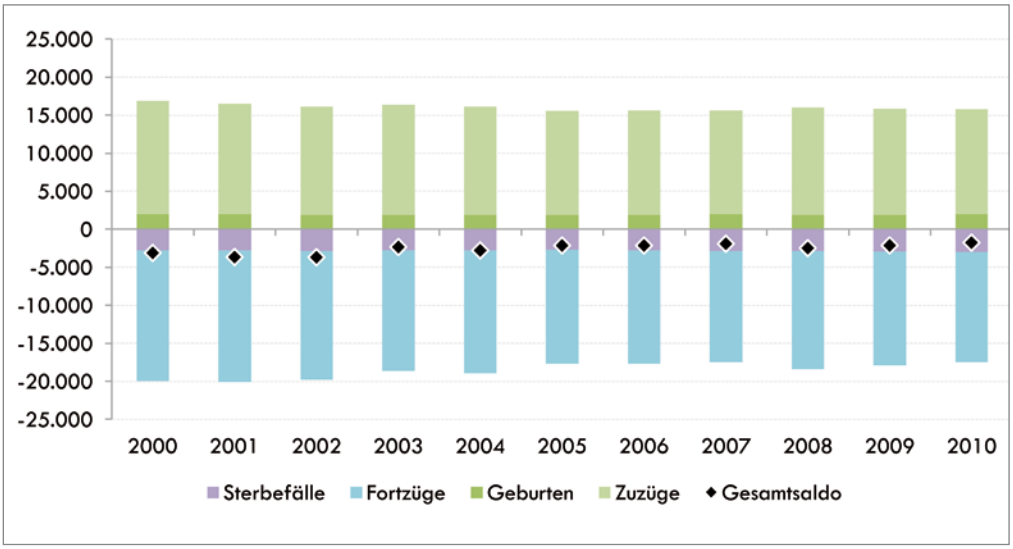


Abbildung 2:
Vergleich von natürlicher und räumlicher Bevölkerungsbewegung (2000 bis 2010)
Lk VG, absolute Zahlen

Datenquelle:
Stat. Amt MV

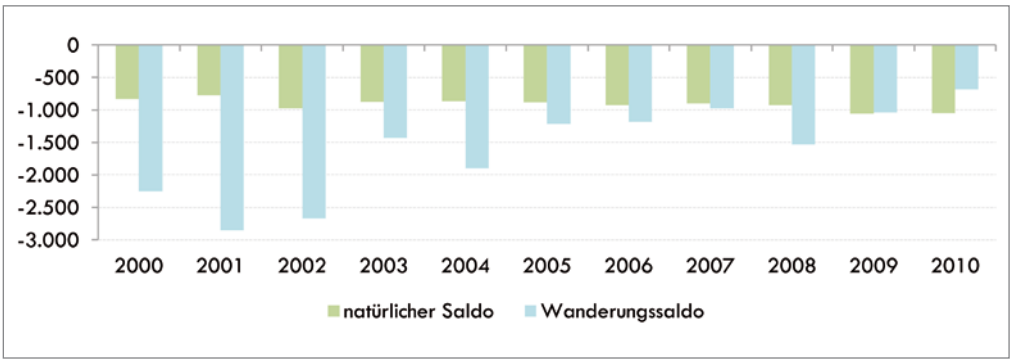


Abbildung 3:
Vergleich von natürlichem Saldo und Wanderungssaldo (2000 bis 2010)
Lk VG, absolute Zahlen

Datenquelle:
Stat. Amt MV

2.2.2 Altersstruktur

Die Entwicklungen der 1990er Jahre haben zu deutlichen Veränderungen des altersstrukturellen Aufbaus der Bevölkerung geführt. War VG 1989 noch eine der jüngsten Regionen Deutschlands, so sind heute die Anteile aller jüngeren Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung nur unterdurchschnittlich vertreten **(vgl. Tabelle 53 und Abbildung 4)**.

Im Vergleich mit ganz Deutschland zeigt sich außerdem ein deutlicher Überhang in der Altersgruppe 65+. Zum Großteil abwanderungsbedingt, sind Bevölkerungsgruppen im Alter zwischen 20 und 40 Jahren stark unterdurchschnittlich vertreten, wobei sich der Mangel an Frauen meist noch deutlicher abzeichnet. Dies hängt mit selektiven Abwanderungen von Frauen zusammen. Interessanterweise kehren sich diese Prozesse aktuell mit höher werdendem Alter bis ca. 65 Jahre in Zuwanderung um **(vgl. Abbildung 7)**. Möglicherweise handelt es sich hierbei um Rückkehrerbewegungen von Frauen, längere Zeit nach der Ausbildung.

Eine demographische Sonderrolle ergibt sich am Universitätsstandort Greifswald. An der Bevölkerungspyramide deutlich zu erkennen, sind die überaus stark ausgeprägten studentischen Altersgruppen zwischen 20 und 30 Jahre. Die Stadt profitiert dabei von über 12.000 Studierenden sowie mehr als 4.500 Beschäftigten der Universität und des Klinikums. Dies wirkt sich auch auf die hohen Geburtenzahlen aus und auf vergleichsweise große Kohorten von Kindern im frühkindlichen Alter **(vgl. Abbildung 4)**.

Mit höher werdendem Alter der Eltern kommt es auch in Greifswald wieder tendenziell zu Abwanderungen **(vgl. Abbildung 7 und Abbildung 4)**. So ist der Mangel an Bevölkerungsgruppen zwischen 35 und 45 Jahren ebenso erkennbar wie in den ehemaligen Lk OVP und UER. Die Dominanz von Altersgruppen zwischen 45 und 60 Jahren ist hingegen nicht vorhanden **(vgl. Abbildung 4)**. Diese Bevölkerung, im höheren Familien- und Erwerbsalter, lebt vermehrt in den infrastrukturell erschlossenen Stadt-Umland-Räumen, die statistisch dem eh. Lk OVP zugerechnet werden.

Es ergibt sich demnach insgesamt eine altersstrukturelle Situation mit vielen Menschen im fortgeschrittenen Familien- und Erwerbsalter zwischen 45 und 60 Jahren und einem erkennbaren Bruch zur nächsten Generation, der sich im ca. 20-Jahres-Rhythmus fortsetzt **(vgl. Abbildung 4)**. Unter den Bedingungen einer rein natürlichen Bevölkerungsentwicklung (ohne Zu- oder Abwanderungen) und Geburtenraten auf etwa dem heutigen Niveau stünden die nächsten Geburtenrückgänge demnach kurz bevor, wobei gerade Wanderungsprozesse diese Entwicklungen stark beeinflussen und weiterhin zu teilräumlichen Unterschieden führen werden. Parallel dazu treten ab ca. 2020 vermehrt geburtenstarke Jahrgänge in das Seniorenalter über.

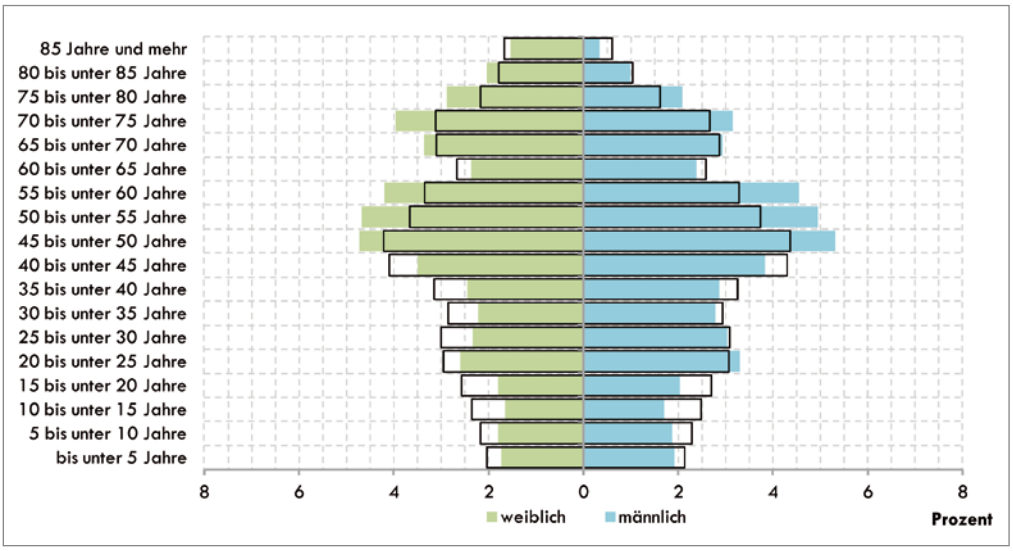
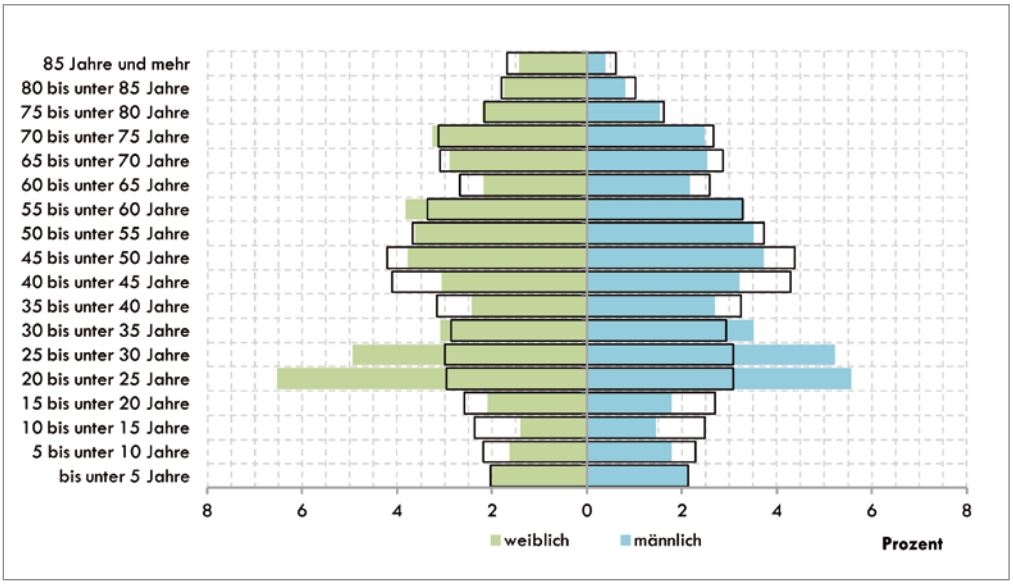
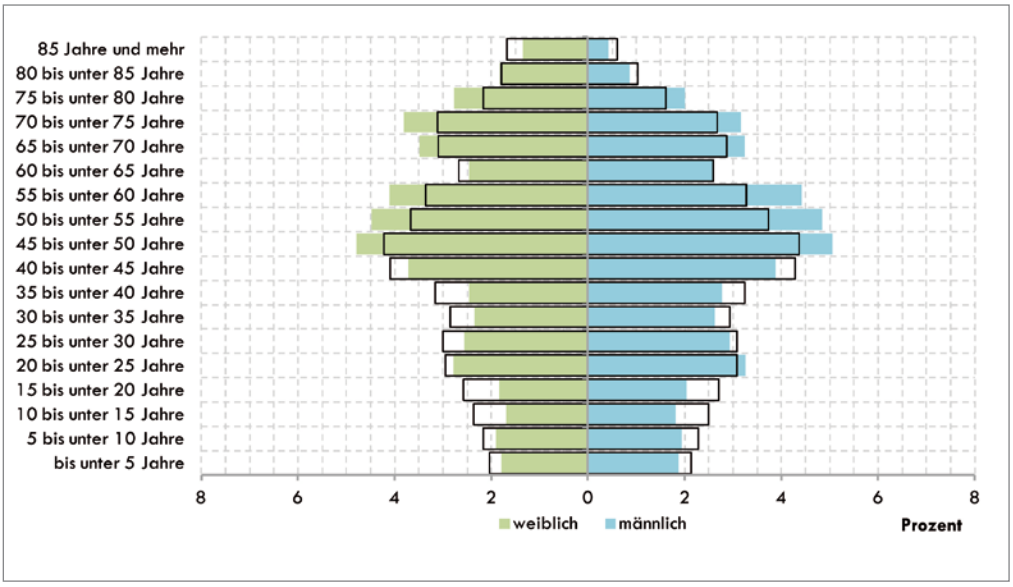


Abbildung 4:
Aufbau der Bevölkerung nach Altersgruppen und Geschlecht (2009)
in Prozent und jeweils im Vergleich mit ganz Deutschland (schwarz)

UER n=73.027



Greifswald n=54.362



OVP n=105.924

Datenquelle:
Stat. Bundesamt,
Bevölkerung nach Altersjahren und Geschlecht (2011)

2.2.3 Entwicklung der unter 20-Jährigen

Räumliche Verteilung der unter 20-Jährigen

Insgesamt verteilen sich die 35.330 unter 20-Jährigen heute dispers auf die Gemeinden des Lk. Diese Verteilung entspricht einer insgesamt dezentralen Bevölkerungsstruktur:
Nimmt man eine Unterteilung der Wohnorte von Kindern- und Jugendlichen nach zentralörtlichen Raumkategorien vor, so fällt auf, dass zwar über ein Fünftel (22,5 Prozent) der unter 20-Jährigen allein im Oberzentrum Greifswald und je weitere ca. 20 Prozent in den regionalen Grund- und Mittelzentren leben. Mit 38 Prozent lebt jedoch der größte Anteil junger Menschen in ländlichen Gemeinden, gänzlich ohne zentralörtlichen Status **(vgl. Karte 2, Karte 5, Tabelle 3)**.

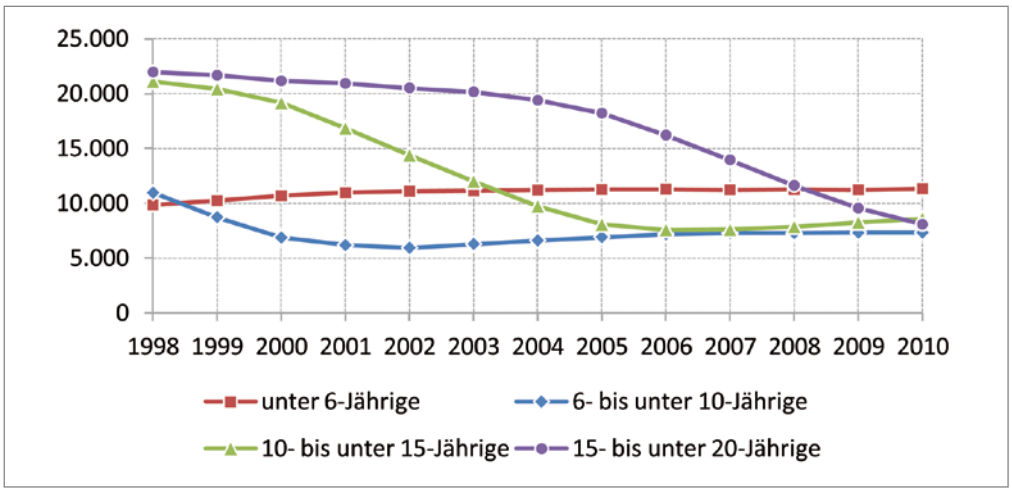
Tabelle 3: Verteilung ausgewählter Altersgruppen auf zentralörtliche Raumkategorien (2010)
Lk VG

	unter 6	6 bis unter 10	10 bis unter 15	15 bis unter 20	65+
Anzahl (absolut)	11.317	7.327	8.613	8.073	54.573
	Verteilung (Prozent)				
ohne zentralörtliche Funktion – oft kleine Gemeinden im ländlichen Raum	35,7	39,9	42,2	38,1	35,0
Grundzentren – Landstädte, größere Gemeinden und Tourismusgemeinden	20,7	21,0	20,8	20,5	24,8
Mittelzentren – Kleinstädte	19,4	18,8	17,8	18,9	21,1
Oberzentrum – Mittelstadt	24,2	20,3	19,1	22,5	19,0

Entwicklung ausgewählter Bildungskohorten

Die sehr geburtenschwachen Jahrgänge haben während der 90er Jahre bis heute das regionale Bildungssystem durchlaufen und sich nacheinander auf die Bildungskohorten im frühkindlichen Bereich (Altersgruppe unter 6 Jahre), im Grundschulbereich (Altersgruppe 6 bis unter 10 Jahre), im schulischen Bereich bis zur Berufsreife (Altersgruppe 10 bis unter 15 Jahre) und zuletzt im weiterführenden schulischen Bereich der gymnasialen Oberstufe sowie im Bereich der beruflichen Ausbildung (Altersgruppe 15 bis unter 20 Jahre) negativ ausgewirkt.

Abbildung 5: Entwicklung ausgewählter Bildungskohorten 1998 bis 2010
Lk VG, absolute Zahlen

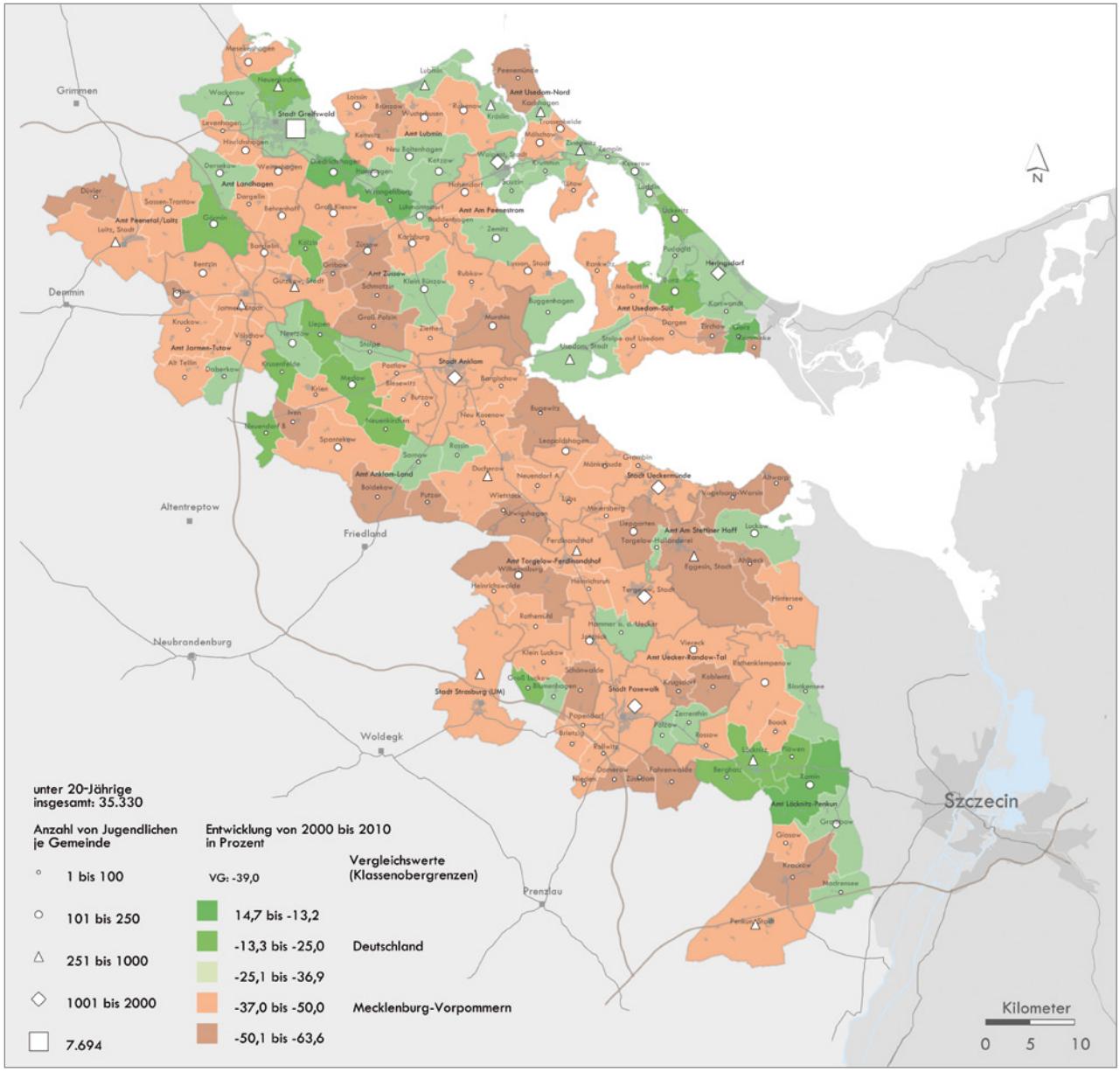


Datenquelle: Stat. LA MV

Teilräumlicher Vergleich

Die **Karte 5** zeigt gravierende regionale Unterschiede der beschriebenen Entwicklung. Zu erkennen sind drastische Rückgänge der Altersgruppe unter 20 Jahre zwischen 2000 und 2010, die das Niveau der deutschlandweiten Verluste in den meisten Teilräumen bei weitem übertroffen haben. In manchen Gebieten hat sich die Kohorte mehr als halbiert. Betroffen sind zum Beispiel die Stadt Eggesin sowie die Gemeinden Boldekow, Putzar, Wilhelmsburg, Altwigshagen, Damerow, Züsedom, Koblentz, Schmatzin oder Züssow, die sich meist in sehr ländlich geprägten Teilräumen befinden.

Karte 5:
Regionale Verteilung der unter 20-Jährigen und Entwicklung nach Gemeinden



Jedoch sind die Verluste fast flächendeckend und entsprechen in den meisten Gebieten in etwa dem landesweiten Trend (MV). Ausnahmen sind Gemeinden mit einer moderaten Entwicklung, die dem deutschen Durchschnitt entspricht oder sogar besser verlief. Gemeinden mit vergleichsweise positiven Entwicklungen sind zum Beispiel im Suburbanisierungsraum der Stadt Greifswald zu finden (Diedrichshagen, Neuenkirchen, Wrangelsburg) oder auf der touristisch geprägten Insel Usedom (Heringsdorf, Benz, Ückeritz).

Datenquellen:
1. Bevölkerungszahlen nach Gemeinden: Stat. Amt MV
2. Geo-Daten:
a) Katasteramt des Lk VG,
b) openstreetmap.org

Einen besonders interessanten Kontrast bilden die Gemeinden in ländlichen Teilräumen mit günstigen Entwicklungen. Zu nennen sind etwa Liepen, Stolpe, Medow, Krusenfelde oder Neuenkirchen und Sarnow im Amtsbereich Anklam-Land. Es handelt sich dabei z.T. um Dörfer in landschaftlich interessanten und durch regionale Verkehrsachsen erschlossenen Gebieten entlang von Flusstälern, teilweise aber auch in intensivlandwirtschaftlichen Regionen. Zu vermuten sind demnach Zuzüge, die einerseits von landschaftlicher Attraktivität, zum anderen von günstigen Immobilienpreisen motiviert sind und die den natürlichen Bevölkerungsverlust teilweise kompensieren.

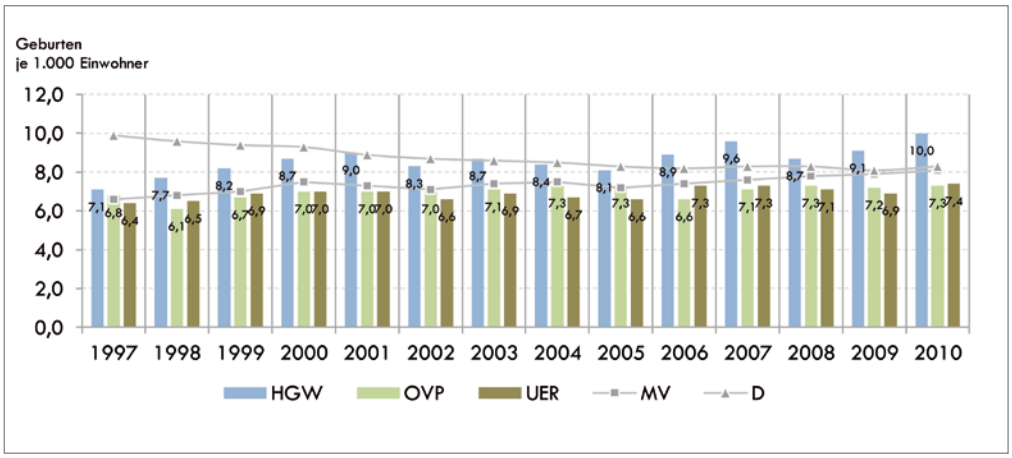
Auffällig sind auch die positiven Entwicklungen in der Region Löcknitz, die sich in günstiger verkehrsgeographischer Lage zur Metropolregion Szczecin und zur Stadt Pasewalk befindet. Wie in den folgenden Kapiteln noch genauer erläutert wird, sind internationale und bildungsorientierte Zuzüge aus Polen ein entscheidender Faktor dieser Entwicklung.

2.2.4 Geburtenentwicklung

Parallel zu den Abwanderungsprozessen hat der starke Geburteneinbruch nach 1990 schrumpfende Bildungskohorten verursacht. 1994 war das geburtenschwächste Jahr im Land MV mit einer Geburtenrate von 4,9 Lebendgeborenen je 1.000 Einwohner. Seitdem sind die Geburtenzahlen wieder gewachsen und seit einigen Jahren nahezu konstant. Im Lk VG betrug die Geburtenrate im Jahr 2010 insgesamt 7,9 Lebendgeborene je 1.000 Einwohner und war damit etwas niedriger als in ganz MV insgesamt (8,1).

Diese leicht positive Entwicklung ist auch deshalb bemerkenswert, da deutschlandweit der Trend bei den Geburten eher rückläufig ist. Spätestens mit dem Eintritt der geburtenschwachen Jahrgänge ins Familienalter stehen zwar weitere Geburteneinbrüche bevor, in den letzten Jahren haben sich die Geburtenraten in Deutschland und Mecklenburg-Vorpommern dennoch nach und nach angeglichen. Im Vergleich wird auf regionaler Ebene außerdem die besondere Entwicklung in Greifswald sichtbar. Begünstigt durch den wachsenden Universitätsbetrieb liegt die Geburtenrate seit der Jahrtausendwende etwa auf dem gleichen Niveau Gesamt-Deutschlands und seit einigen Jahren sogar deutlich darüber **(vgl. Abbildung 6)**.

Abbildung 6:
Entwicklung der Geburtenrate (1997 bis 2010)
Altkreise (Zahlenangaben), MV, Deutschland



Datenquelle: Stat. Amt MV

2.2.5 Einfluss von Wanderungen und Bildung

Seit Ende der 90er Jahre ist die Zahl der Geburten im Lk wieder gewachsen, so dass sich auch die Bildungskohorten nacheinander stabilisieren konnten. Abgesehen von der gymnasialen Oberstufe und den beruflichen Schulen haben alle Bereiche des regionalen Bildungssystems in den letzten Jahren nahezu gleichbleibende, mitunter sogar leicht wachsende, Teilnehmerzahlen verzeichnet.

Anhand der vorliegenden Daten der natürlichen Bevölkerungsbewegung kann eine ähnliche Entwicklung auch in der Altersgruppe der 15- bis unter 20-Jährigen in den nächsten Jahren erwartet werden. Die Entwicklung dieser Kohorte wird jedoch im starken Maße durch eine hohe, bildungsbiographisch bedingte Mobilität beeinflusst. Im Rahmen von Ausbildungsentscheidungen müssen junge Menschen in fast allen Teilräumen des Lk entweder pendeln oder ihren Wohnort für eine Ausbildung oder ein Studium wechseln. Dadurch ist die Wanderungsbereitschaft bzw. die Wanderungserforderlichkeit bei jungen Erwachsenen, im Vergleich mit anderen Altersgruppen, am höchsten. Entsprechend können sich schwer prognostizierbare regionale und überregionale Wanderungsprozesse erheblich auf teilräumliche Entwicklungen dieser Kohorte auswirken.

Während außerhalb der Bildungszentren zumeist Verluste durch Abwanderungen wahrscheinlich sind, zeigt die Universitätsstadt Greifswald, wie stark Bildungsangebote als Anziehungsfaktoren wirken. Zuzüge von Studierenden und Mitarbeitern können hier den allgemeinen Negativtrend der Bevölkerungsentwicklung teilweise kompensieren, wobei die positive Wirkung bereits in darauf folgenden Alterskohorten ab 30 Jahre, in einer späteren Übergangsphase Ausbildung/ Studium-Beruf, wieder in Abwanderungsbewegungen umschlägt.

Zuzüge können auch im deutsch-polnischen Grenzraum, besonders in der Region Löcknitz, beobachtet werden, insbesondere von polnischen Familien. Allein zwischen 2007 und 2009 ist die Zahl von polnischen Bürgern mit einem Wohnsitz im Altkreis UER von 708 auf 1.104 angestiegen. Neben der räumlichen Nähe zu Szczecin, den mitunter sehr niedrigen Immobilien- und Baulandpreisen, den besseren Berufschancen sowie der ländlichen Idylle gelten auch die vorhandenen zweisprachigen Bildungsangebote als wichtiger Faktor dieser Entwicklung **(vgl. Karte 5 und Kap. 4 Allgemeinbildende Schulen)**.[9]

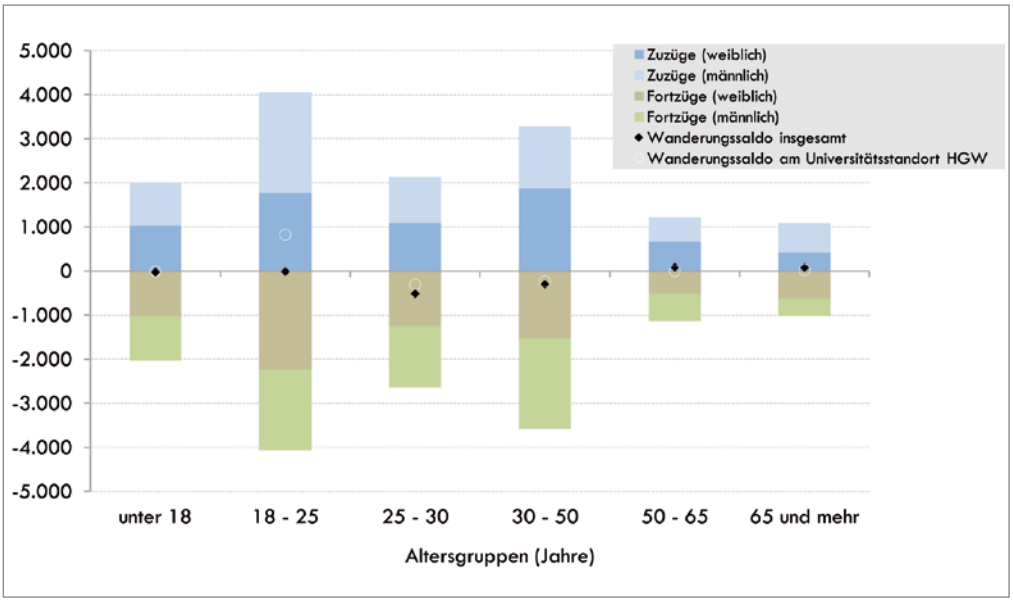


Abbildung 7: Vergleich von Zu- und Abwanderungen, nach Altersgruppen (2010)
Lk VG, absolute Zahlen

Datenquelle: Stat. Amt MV

9 Barthel 2010.

2.2.6 Ausländische Bevölkerung

Der Anteil von ausländischer Bevölkerung ist in allen ostdeutschen Flächenländern ausgesprochen gering. Mecklenburg-Vorpommern weist mit 2,4 Prozent deutschlandweit den drittniedrigsten Wert auf, nur untertroffen von den Bundesländern Thüringen und Sachsen-Anhalt. Zwar ist die Quote von ausländischer Bevölkerung im Lk VG im Deutschlandvergleich mit etwa 3,2 Prozent ebenfalls sehr niedrig, liegt jedoch höher als landesweit **(vgl. Tabelle 4)**.

Tabelle 4:
Ausländische Bevölkerung (2010)
Lk VG (ohne eh. Demmin) und Altkreise

	ausländische Bevölkerung (absolut)	Anteil an der Gesamtbevölkerung (Prozent)
Greifswald	2.483	4,5
OVP	2.140	2,0
UER	2.746	3,8
VG	7.369	3,2
Mecklenburg-Vorpommern	39.036	2,4
Deutschland	7.198.946	8,8

Datenquelle: Stat. Amt MV, Fortschreibung der Bevölkerung

Die Statistik lässt leider keine Analysen auf Gemeindeebene zu. Dennoch können recht deutliche teilräumige Unterschiede auf Altkreisebene herausgestellt werden. Vor allem Greifswald und UER stechen durch überdurchschnittliche Anteile ausländischer Bevölkerungsgruppen hervor, die in UER in der Altersgruppe unter 20 Jahre, sowohl absolut als auch relativ, noch deutlicher ausgeprägt sind **(vgl. Tabelle 5)**.

Tabelle 5:
Ausländische Bevölkerung unter 20 Jahre (2010)
Lk VG (ohne eh. Demmin), Altkreise

	ausländische Bevölkerung unter 20 Jahre (absolut)	Anteil an den unter 20-Jährigen insg. (Prozent)
Greifswald	340	4,4
OVP	290	1,9
UER	567	5,5
Vorpommern-Greifswald	1.197	3,6
Mecklenburg-Vorpommern	6.556	2,7

Datenquelle: Stat. Amt MV, Fortschreibung der Bevölkerung

Es ist demnach anzunehmen, dass die durch den demographischen Wandel gesunkene Nachfrage nach Bildungseinrichtungen teilweise durch ausländische Jugendliche kompensiert wird.

Herkunftsnationen von ausländischen Bevölkerungsgruppen

Informationen aus dem Ausländerzentralregister lassen eine Differenzierung nach Herkunftsregionen zu. Demnach stammen ausländische Bürger in Vorpommern-Greifwald aus insgesamt 116 Staaten der Erde, hauptsächlich aus Staaten der EU (58 Prozent), Asien (20 Prozent) und anderen Staaten Europas (17 Prozent). Polen ist dabei die Hauptherkunftsnation anhand absoluter Zahlen in allen Altkreisen. Es folgen die Herkunftsstaaten Russland, Vietnam, Griechenland und Italien **(vgl. Tabelle 6)**.

Im Einzugsbereich der Großstadtregion Szczecin gelegen, ist UER eine bedeutende internationale Zuwanderungsregion. 70 Prozent der polnischen Bevölkerung leben im unmittelbaren deutsch-polnischen Grenzgebiet des Altkreises und machen den weitaus größten Teil der ausländischen Bevölkerung aus. Daneben sticht Greifswald eher durch eine besonders hohe Diversität der Internationalisierung hervor. Begünstigt durch die Universität stammt die Bevölkerung aus über 100 Nationen. In UER sind lediglich 52 Herkunftsländer bekannt, im Altkreis OVP 89.

Tabelle 6:
Hauptherkunftsstaaten der ausländischen Bevölkerung (2010)
Altkreise

	Greifswald	**OVP**	**UER**	**VG ohne eh. Demmin**
1.	Polen (158)	Polen (352)	Polen (1.258)	Polen (1.768)
2.	Russland (142)	Russland (84)	Vietnam (79)	Russland (304)
3.	Vietnam (116)	Italien (82)	Russland (78)	Vietnam (274)
4.	China (73)	Vietnam (79)	Ukraine (20)	Griechenland (138)
5.	Griechenland (62)	Ukraine (66)	Türkei (19)	Italien (126)

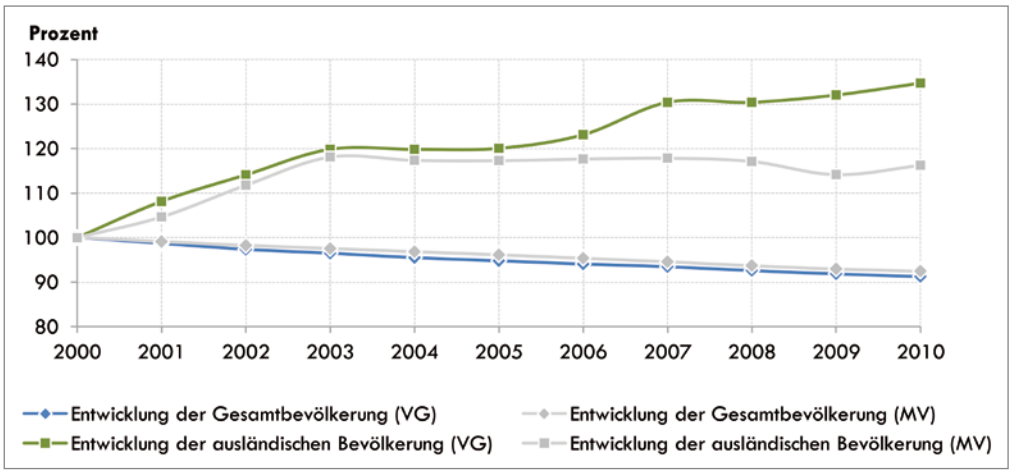
Datenquelle:
Stat. Amt MV,
Ausländerzentralregister

Da zwischen den beiden wesentlichen Quellen der Ausländerstatistik, nämlich dem Ausländerzentralregister (AZR) und der Fortschreibung der Bevölkerung anhand von Daten der Meldeämter, gravierende Unterschiede bestehen, lassen sich leider keine eindeutigen Angaben über die Anzahl der tatsächlich im Lk lebenden Ausländer machen. Grundsätzlich weist die Fortschreibungsstatistik weitaus höhere Werte aus als das Zentralregister. So beträgt etwa die Anzahl der 15 bis unter 20-jährigen Ausländer in den Altkreisen OVP, UER und Greifswald laut AZR insgesamt 242 Personen, während in der Bevölkerungsfortschreibung 357 Personen dieser Altersgruppe genannt werden. Es ist demnach nicht unwahrscheinlich, dass die tatsächliche Anzahl ausländischer Bürger weitaus höher ist, als sie oben bei der Differenzierung von Herkunftsstaaten angegeben ist.

Entwicklung ausländischer Bevölkerungsgruppen

Trotz der momentan relativ geringen Anteile ausländischer Bevölkerungsgruppen in der Region ist es interessant zu beobachten, dass sich ihre Entwicklung relativ unabhängig und nahezu entgegengesetzt zur Bevölkerungsentwicklung insgesamt vollzieht **(vgl. Abbildung 8)**. Vor allem im Altkreis UER profitieren dabei auch ländliche Teilräume von Zuwanderungsprozessen. So zum Beispiel in der Gemeinde Löcknitz, wo Zuzüge junger Familien aus Polen durch die Entwicklung von innovativen deutsch-polnischen Bildungsangeboten begünstigt werden. Aus dieser Situation ergibt sich für den Lk insgesamt die demographische Entwicklungschance, die Lebensbedingungen für ausländische Zuwanderungsgruppen weiter zu befördern, wobei von der Bildungslandschaft wesentliche Impulse ausgehen können.

Abbildung 8: Relative Entwicklung der Gesamtbevölkerung und der ausländischen Bevölkerung im Vergleich
Lk VG (ohne eh. Demmin)



Datenquelle: Stat. Amt MV, Fortschreibung des Bevölkerungsstandes

2.2.7 Bevölkerungsprognose

Verschiedene Untersuchungen gehen von weiteren Bevölkerungsverlusten in der Zukunft aus. In der 4. Landesprognose zur Bevölkerungsentwicklung in MV wurden für den Zeitraum 2006 bis 2030 drei Szenarien unter verschiedenen Annahmen errechnet, die jeweils einen Einwohnerverlust von 7,6 Prozent, 14,3 Prozent und 22,5 Prozent im gesamten Bundesland voraussagen.

Die regionalen Berechnungen auf Ebene der Altkreise zeigen für den Lk VG insgesamt weiterhin rückläufige Bevölkerungszahlen, begleitet durch deutliche Zuwächse in der Altersgruppe 65+ sowie altersübergangs- und abwanderungsbedingte Verluste der Bevölkerungsgruppen von 20 bis 64 Jahren. Weiteres Kennzeichen sind die insgesamt konstanten bis leicht rückläufigen Zahlen bei jüngeren Bevölkerungsgruppen. Starke Rückgänge haben sich hier nach dem Einbruch der Geburtenziffern bereits in den letzten Jahrzehnten abgespielt. Bedingt durch sukzessives Hineinwachsen der geburtenschwachen Jahrgänge in das Familienalter werden sich die nächsten natürlich bedingten Rückgänge jüngerer Altersgruppen erst ab Ende des aktuellen Prognosezeitraums (2006 bis 2030) wieder verstärkt auswirken **(vgl. Abbildung 4)**.

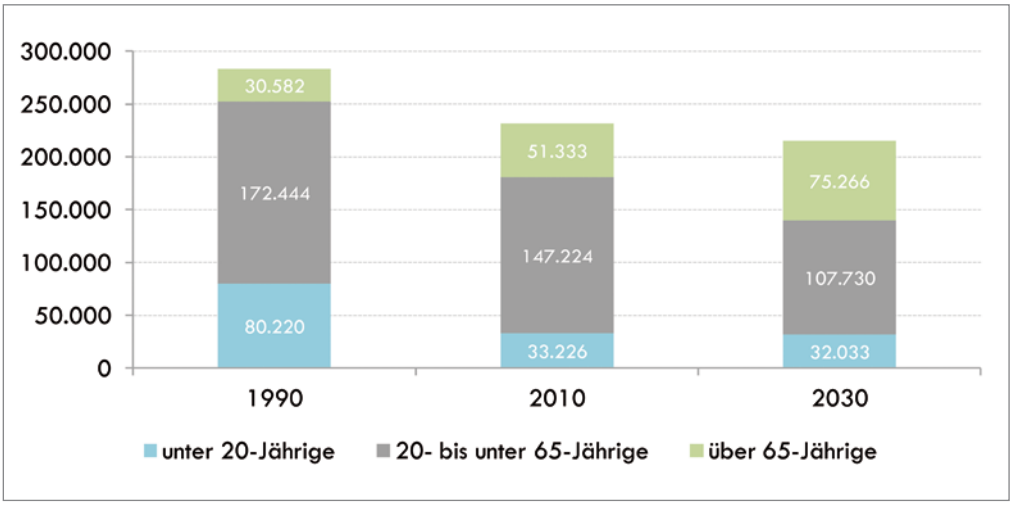


Abbildung 9:
Entwicklung der Altersstruktur im Lk VG
Lk VG (ohne die Amtsbereiche Peenetal/Loitz und Jarmen-Tutow), absolute Zahlen

Datenquellen:
1. Stat. LA MV (2012).
2. Prognose 2030: 4. Landesprognose zur Bevölkerungsentwicklung des Landes MV.

Dennoch werden teilräumliche Unterschiede weiterhin die Entwicklung bestimmen. Im Altkreis OVP ist der erwartete Bevölkerungsrückgang im Prognosezeitraum mit 17,2 Prozent am größten und wirkt sich bereits bis 2030 auch auf die jüngeren Altersgruppen deutlich aus. In UER wird ein Verlust der Gesamtbevölkerung von 14,6 Prozent erwartet. Der Universitätsstandort Greifswald ist neben Rostock landesweit die einzige ehem. kreisfreie Stadt, für die Bevölkerungsgewinne vorhergesagt werden, sowohl in der Altersgruppe über 65 Jahre als auch bei den unter 20-Jährigen. Bei dieser Altersgruppe wirkt die heute kreisangehörige Stadt wie eine demographische Bremse auf die im Altkreis OVP deutlich rückläufigen Entwicklungen. In UER stellt sich die Entwicklung jüngerer Altersgruppen weitaus günstiger dar. In beiden Altkreisen begleiten vermehrt Altersübergänge in die Nacherwerbsphase den fortschreitenden Schrumpfungsprozess.

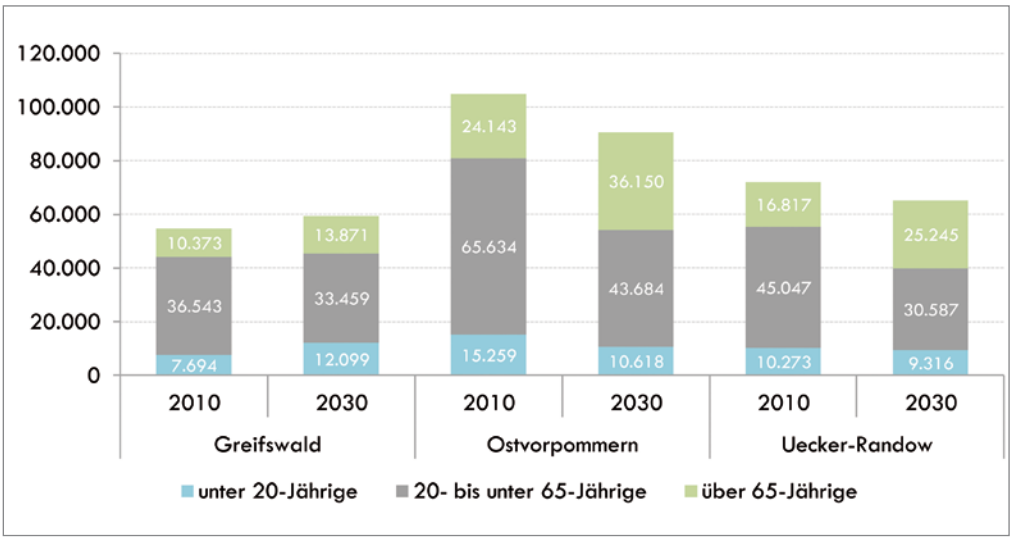


Abbildung 10:
Entwicklung der Altersstruktur, Vergleich nach Altkreisen
absolute Zahlen

Datenquellen:
1. Stat. LA MV (2012).
2. Prognose 2030: 4. Landesprognose zur Bevölkerungsentwicklung des Landes MV

Kleinräumige Entwicklungen

Die kleinräumige Bevölkerungsprognose des Masterplans Daseinsvorsorge, die im Rahmen des Bundesmodellprojekts ‚Region schafft Zukunft' erarbeitet wurde, stellt für die Altkreise UER und OVP (Region Stettiner Haff) die innerregionalen Entwicklungsunterschiede auf Ebene von Gemeinden und Amtsbereichen heraus und damit die besonderen Herausforderungen für die ländlichen Räume. Die stärksten Rückgänge von bis zu 30 Prozent zwischen 2006 und 2030 werden für den südlichen Teil des ehem. Lk OVP (Amtsbereich Anklam-Land) prognostiziert. Vor allem entlang der Küstenregionen und im Stadt-Umland-Raum Greifswald werden sich die kommunalen Bevölkerungszahlen gemäß Prognose vergleichsweise stabil entwickeln und teilweise sogar leicht ansteigen.

Für den Altkreis UER werden insgesamt etwas positivere Entwicklungen erwartet, die sich im deutsch-polnischen Grenzraum sogar durch selektive Steigerungen der Bevölkerungszahlen äußern können. Auf Amtsebene wurden für das südliche UER von 2006 bis 2025 für die Altersgruppe der unter 18-Jährigen größtenteils nur „durchschnittliche bis unterdurchschnittliche Rückgänge"[10] vorhergesagt (28,7 bis 39,0 Prozent, z.B. im Amtsbereich Löcknitz-Penkun sowie Torgelow-Ferdinandshof), während im zentralen, nördlichen und südlichen Teil OVPs überdurchschnittliche Rückgänge von bis zu 46,4 Prozent erwartet werden (Lubmin, Züssow, Am Peenstrom, Anklam-Land).

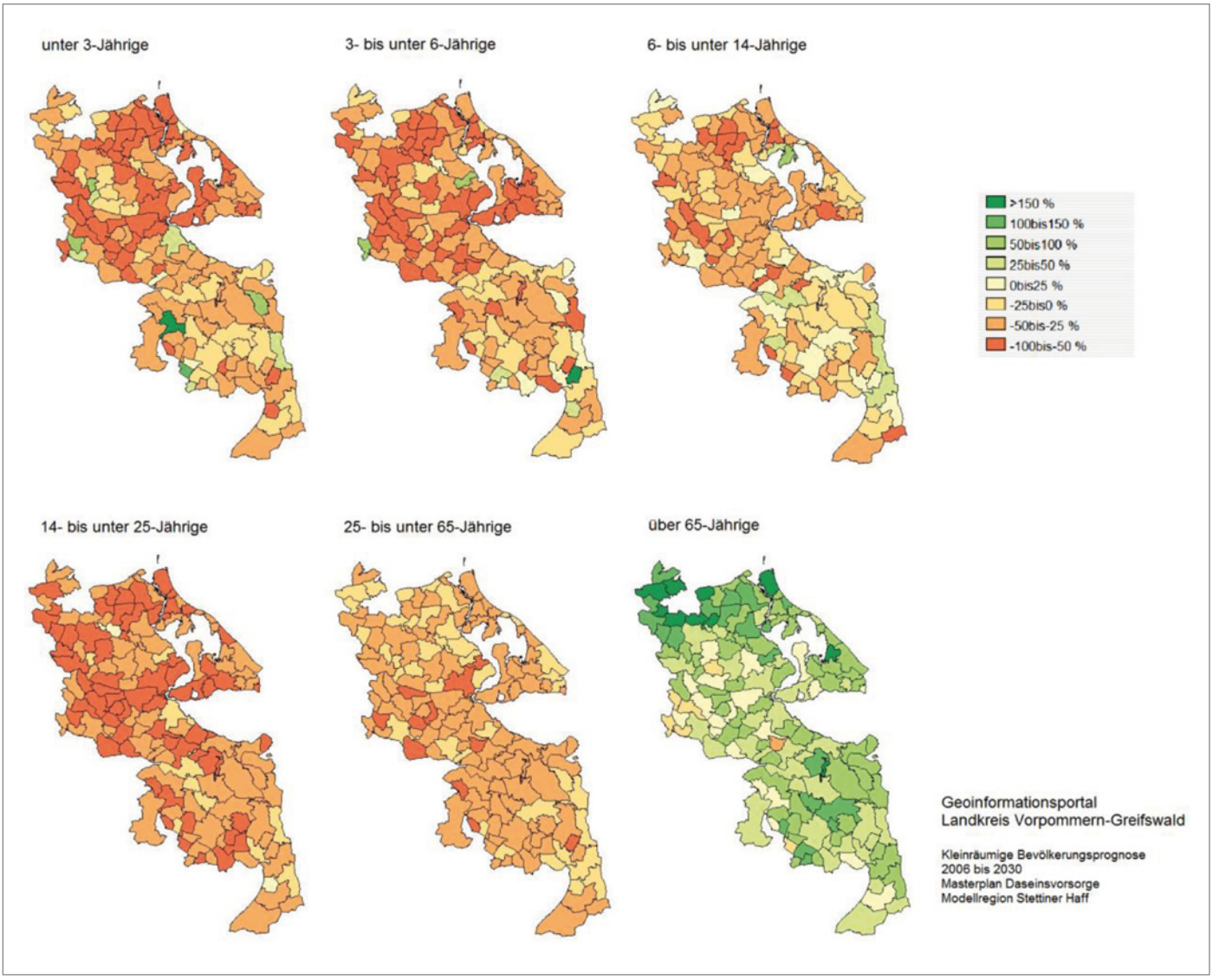
In der Altersgruppe 65+ wird es bis 2030 zu einer Zunahme in allen Teilräumen kommen, zum Teil bedingt durch natürliche Übergänge, aber auch durch selektive Zuzüge. In Bezug auf die beiden ehemaligen Lk ist eine „deutlich überdurchschnittliche Zunahme" (>78,1 Prozent) in den Amtsbereichen Landhagen, Usedom-Nord, Am Stettiner Haff und UER-Tal zu erwarten. Eine „durchschnittliche Zunahme" (48 bis 68 Prozent) wird für Lubmin, Heringsdorf und Usedom Süd angenommen sowie eine „deutlich unterdurchschnittliche Zunahme" (<37,9 Prozent) in Anklam-Land und der Stadt Strasburg.

Der signifikante Verlust von Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, die nächste Phase des Rückganges jüngerer Bevölkerungsgruppen und die starken Bevölkerungsgewinne in der Altersgruppe 65+ sowie die erheblichen teilräumlichen Unterschiede im Großkreis VG stellen in Zukunft zentrale Herausforderungen für die regionale Bildungslandschaft dar. Einerseits um im gesamten Feld von Berufsorientierung und Bildungsübergängen zur regionalen Fachkräftesicherung beizutragen, zum anderen, um durch wegweisende Weiterentwicklung von Angebotsstrukturen attraktive Lebensbedingungen für ältere Menschen zu schaffen. Es besteht dabei im großflächigen Lk vor allem in den ländlichen Teilräumen die Herausforderung, den Bedürfnissen und Mobilitätsvoraussetzungen von Senioren gerecht zu werden.

Dies gilt auch für jüngere Bevölkerungsgruppen. Hier wird die zentrale Aufgabe einerseits sein, die in weiten Teilen bereits transformierte Bildungslandschaft so weiterzuentwickeln, dass sich Stadt-Land-Unterschiede nicht verfestigen. Außerdem kann mit innovativen Bildungsstrukturen auch die Attraktivität ländlicher Regionen im Hinblick auf Zuwanderungen verbessert werden.

10 Bezogen auf den Durchschnitt der beiden ehemaligen Lk Uecker-Randow und Ostvorpommern.

Übersicht 3:
Zukünftige Bevölkerungsentwicklung auf Ebene der Gemeinden der beiden ehemaligen Lk OVP und UER



Quelle: Geoinformationsportal des Lk VG

2.3 Wirtschafts- und Beschäftigungsstruktur

Die Wirtschaftsentwicklung nach der Wende war geprägt von starken Arbeitsplatzverlusten in der Landwirtschaft sowie im industriell-gewerblichen Sektor. Der Verlust von Erwerbsmöglichkeiten hat v.a. die ländlichen Räume stark getroffen, wo viele Arbeitsplätze ersatzlos wegbrachen.

Da die Verluste durch neue Arbeitsplätze eher in den Städten kompensiert werden konnten, kam es aus regionaler Perspektive zu einer zunehmenden Arbeitsplatzzentralisierung, im Hinblick auf Anzahl und Vielfalt von Erwerbsmöglichkeiten. Wirtschaftsstrukturell haben diese Prozesse zu relativen Bedeutungsgewinnen des öffentlichen Sektors und der Dienstleistungen geführt. Krankenhäuser, Stadt- und Gemeindeverwaltungen, Bundeswehrstandorte sowie öffentliche Bildungseinrichtungen, wie etwa die Schulen und Hochschulen, wurden zu wirtschaftstragenden Einrichtungen der Region. Insgesamt beträgt der Anteil öffentlicher und privater Dienstleistungen an der Bruttowertschöpfung in Mecklenburg-Vorpommern 31,8 Prozent. Deutschlandweit sind es lediglich 21,9 Prozent (2009).

Im Jahr 2010 arbeiteten 75.427 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Gebiet des heutigen Lk VG. Dies entsprach einer Beschäftigungsquote zwischen 44 Prozent und 51 Prozent auf Ebene der Altkreise. Der Altkreis OVP lag sogar etwas über dem Bundesdurchschnitt. UER und die Stadt Greifswald lagen hingegen darunter.

Tabelle 7: Beschäftigung und Beschäftigungsquote Juni 2010, Altkreise

Datenquelle: Stat. der BA, SGB II – Kennzahlen für interregionale Vergleiche

Region	Sozialversicherungs-pflichtig Beschäftigte	Beschäftigtenquote (Prozent)
Greifswald	24.285	46,0
OVP	29.493	51,1
UER	19.255	44,0
MV	525.751	51,1
Deutschland	27.710.487	50,4

Bei näherer Betrachtung der Beschäftigungsstruktur auf Ebene der Altkreise werden wirtschaftsstrukturelle Besonderheiten deutlich **(vgl. Abbildung 11)**. Zum einen kristallisiert sich die wichtige Rolle des Gesundheits- und Sozialwesens heraus. Das Universitätsklinikum Greifswald macht den Standort mit ca. 150.000 Patienten pro Jahr, seinen Verbundpartnerschaften sowie über 4.700 direkt und indirekt Beschäftigten zu einem medizinischen Zentrum von überregionaler Bedeutung. Des Weiteren existieren diverse kleinere Krankenhäuser, wie das Kreiskrankenhaus Wolgast oder die private Asklepiosklinik in Pasewalk, von denen wichtige Impulse auf den regionalen Arbeitsmarkt ausgehen.

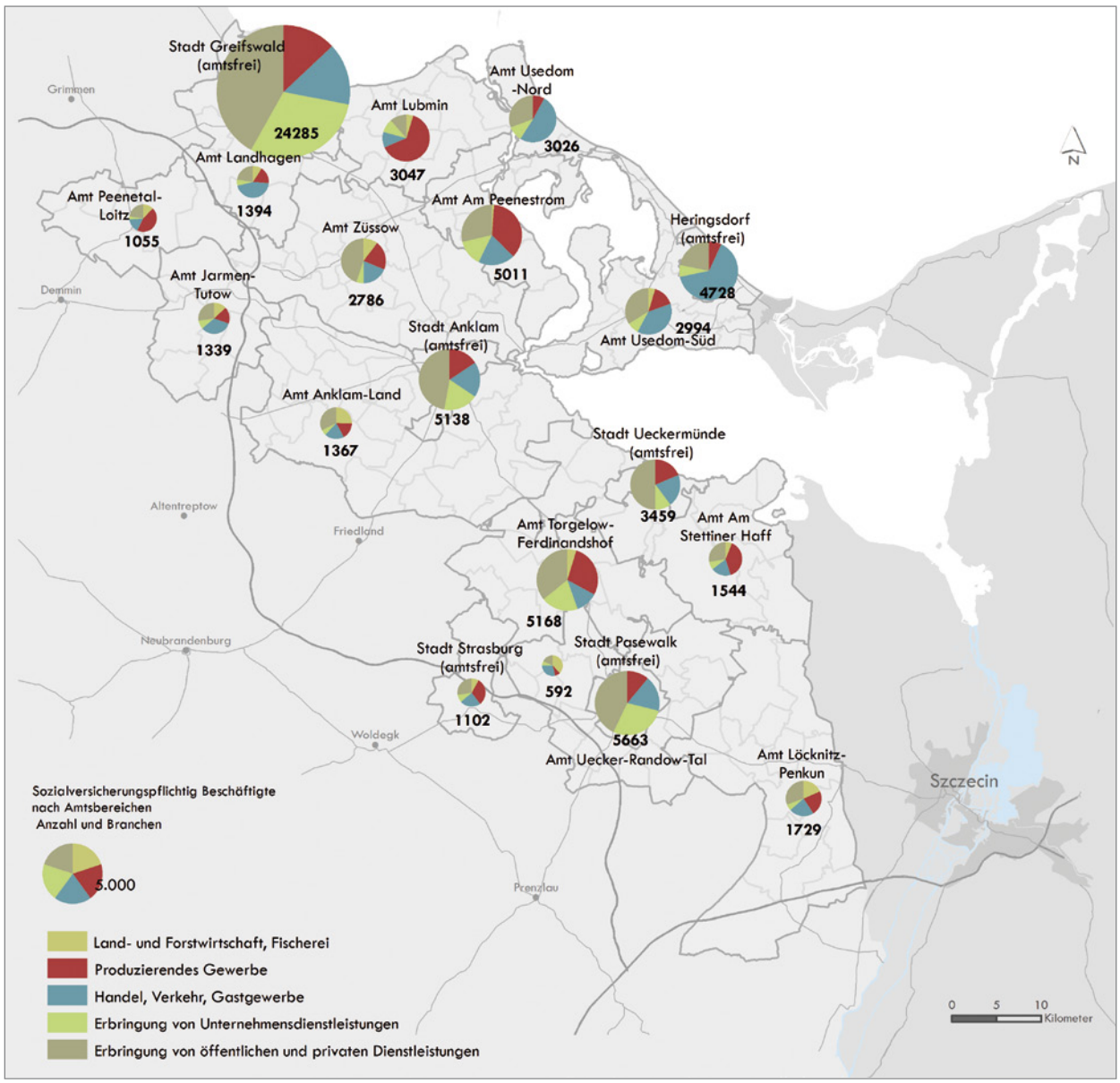
Zudem sind Arbeitsplätze im Bereich Erziehung und Unterricht sowie öffentliche Verwaltung prozentual deutlich häufiger vertreten als deutschlandweit. Zunächst zeigt sich auch hier wieder die Wirkung der Universität auf die Beschäftigung. Alles in allem stellen vorwiegend öffentliche Einrichtungen aus den Bereichen Gesundheit, Bildung und Verwaltung jedoch in allen Altkreisen die wichtigsten Arbeitgeber dar.

Einer der Gründe ist die vergleichsweise geringe Arbeitsplatzausstattung im verarbeitenden Gewerbe, aufgrund der kleinen industriellen Basis der Region. Ausnahmen stellen die Amtsbereiche Lubmin, Am Peenestrom, Am Stettiner-Haff, Peenetal-Loitz, die Stadt Strasburg sowie die amtsangehörige Stadt Torgelow dar, wo gewerbliche Arbeitsplätze jeweils den Großteil der Erwerbsmöglichkeiten bieten **(vgl. Karte 6)**.

Landwirtschaft als prägendes Element der Region ist in den ehemaligen Lk OVP und UER als Arbeitgeber stärker vertreten als im Bundesvergleich. Mit landesweit ca. 20 Erwerbstätigen je 1.000 ha Nutzfläche ist die Beschäftigungsintensität der vorwiegend großflächigen und industriell geprägten Landwirtschaft jedoch geringer als in allen anderen deutschen Flächenländern.[11]

Wichtige Effekte auf die Arbeitsplatzentwicklung gehen vom Tourismus aus. Auf der Insel Usedom stellt das Gastgewerbe, mit den vor- und nachgelagerten Bereichen des Handels und der touristisch orientierten Dienstleistungen, in allen Amtsbereichen den wichtigsten Arbeitgeber dar. Auch in den meisten ländlichen Amtsbereichen des Binnenlandes kann eine hohe Bedeutung dieser Wirtschaftsbereiche beobachtet werden **(vgl. Karte 6)**.

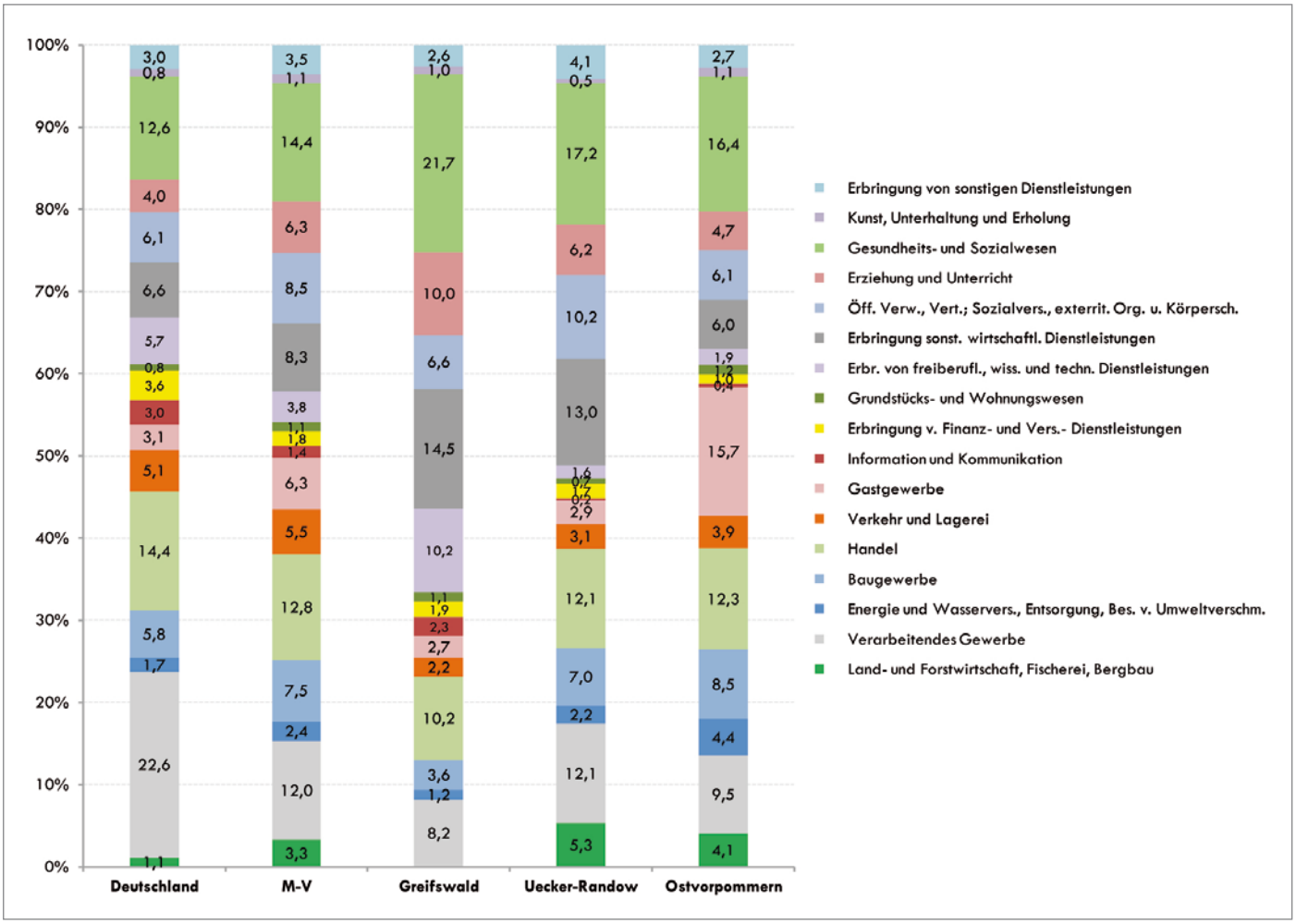
Karte 6: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Amtsbereichen und Branchen (2010)



Datenquellen:
1. Beschäftigtenzahlen:
Stat. Amt MV
2. Geo-Daten:
a) Katasteramt des Lk VG,
b) openstreet-map.org

11 Vgl. Klüter 2010.

Abbildung 11: Beschäftigungsstruktur: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsabschnitten (am 30.6.2010)



Datenquelle: BAA

2.4 Arbeitslosigkeit und soziale Lage

Wie auch in anderen ostdeutschen Bundesländern haben sich die strukturellen Probleme der Region seit der Wiedervereinigung v.a. in den hohen Arbeitslosenzahlen widergespiegelt. Auch im Lk VG sind noch immer Arbeitslosenquoten vorherrschend, die deutlich über dem Bundes- bzw. Landesdurchschnitt liegen.

Während deutschlandweit die Jugendarbeitslosigkeit höher liegt als die Arbeitslosigkeit insgesamt, ist sie in den beiden ehem. Lk UER und OVP weitaus geringer. In Greifswald erreicht sie in etwa das gleiche Niveau. Dies verweist zum einen auf ‚Jugendarbeitslosigkeit' als ein eher städtisches Phänomen. Zum anderen zeigen sich regionale Unterschiede im Übergangsgeschehen Schule–Ausbildung bzw. Ausbildung–Beruf. So ist die Jugendarbeitslosigkeit in UER auch deshalb relativ gering, weil das Übergangssystem in der beruflichen Ausbildung zunehmend Auffangfunktionen für formal ausbildungsreife Jugendliche erfüllt, die keinen Ausbildungsplatz gefunden haben **(vgl. Kap. 5 Berufliche Bildung)**.
Die Arbeitslosigkeit ausländischer Bevölkerungsgruppen ist in allen Teilräumen deutlich höher, ein Befund, der auch dem Landes- und Deutschlandtrend entspricht **(vgl. Tabelle 8)**. Jedoch beste-

hen innerhalb des Kreises starke Unterschiede. Im Altkreis UER, wo besonders viele ausländische Bürger leben, liegt ihre Arbeitslosenquote mit 31,7 Prozent enorm hoch. In OVP erreicht sie einen Wert, der bereits unter dem Landesdurchschnitt liegt. Am besten scheinen ausländische Bevölkerungsgruppen in der Stadt Greifswald in den Arbeitsmarkt integriert zu sein. Die Universität und das Klinikum mit ihren internationalen Beschäftigten sind ein wesentlicher Einflussfaktor dieser Situation.

Tabelle 8:
Arbeitslosenquote und Jugendarbeitslosigkeit (2010)
in Prozent (Jahresdurchschnitt)

Region	Arbeitslosenquote	Jugendarbeitslosigkeit	Ausländer ALQ
OVP	13,7	10,5	19,5
UER	16,3	9,8	31,7
Greifswald	11,9	11,9	13,1
MV	12,7	10,9	22,1
Deutschland	7,7	10,0	15,7

Jeweils bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen.

Datenquelle: Arbeitsmarktstatistik der Bundesanstalt für Arbeit

Nach Inkrafttreten der bundesweiten Hartz IV-Reformen hat die statistisch erfasste Arbeitslosigkeit seit 2005 recht deutlich abgenommen. 2010 lag die Gesamtquote in Greifswald und im Altkreis OVP sogar knapp unter dem Landesdurchschnitt. Im Altkreis UER hingegen lag sie deutlich höher.

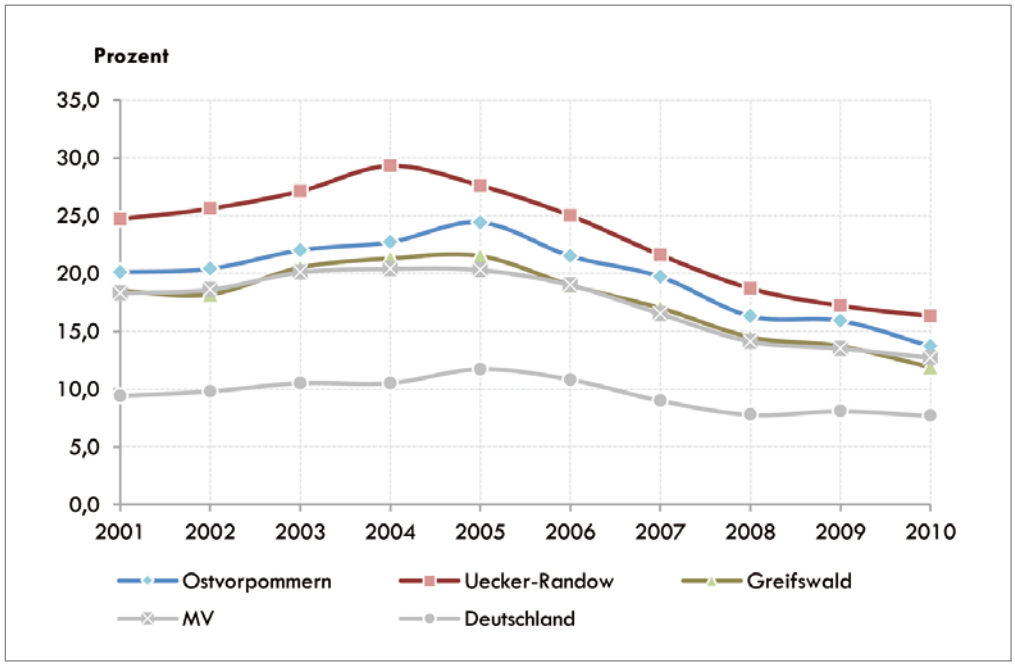


Abbildung 12:
Entwicklung der Arbeits-losen-quote (2001 bis 2010)
bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen im Jahresdurchschnitt, nach Altkreisen

Datenquelle: Arbeitsmarktstatistik der Bundesanstalt für Arbeit

Trotzdem können nach wie vor weitaus mehr Menschen nicht ihren Lebensunterhalt aus eigenen Mitteln bestreiten, als es die Arbeitslosenquoten vermuten lassen. Dies zeigt sich bei einem Vergleich der SGB II-Quote, die Auskunft über den Anteil von Personen im erwerbsfähigen Alter gibt, die auf staatliche Unterstützung angewiesen sind.

Während die Stadt Greifswald zumindest im Landesvergleich durchschnittliche Anteile verzeichnet, werden in den ehemaligen Lk mitunter enorm hohe Werte erreicht. Im Altkreis UER betrug die SGB II-Quote im Jahr 2010 22 Prozent und war damit mehr als doppelt so hoch als in Deutschland **(vgl. Tabelle 9)**. Obwohl absolut auch viele jüngere Menschen (unter 25 Jahre) von dieser Armut betroffen sind, ist ihr Anteil an den Hilfebedürftigen, ähnlich wie bei der Jugendarbeitslosigkeit, kreisweit etwas niedriger als im Vergleich mit Deutschland.

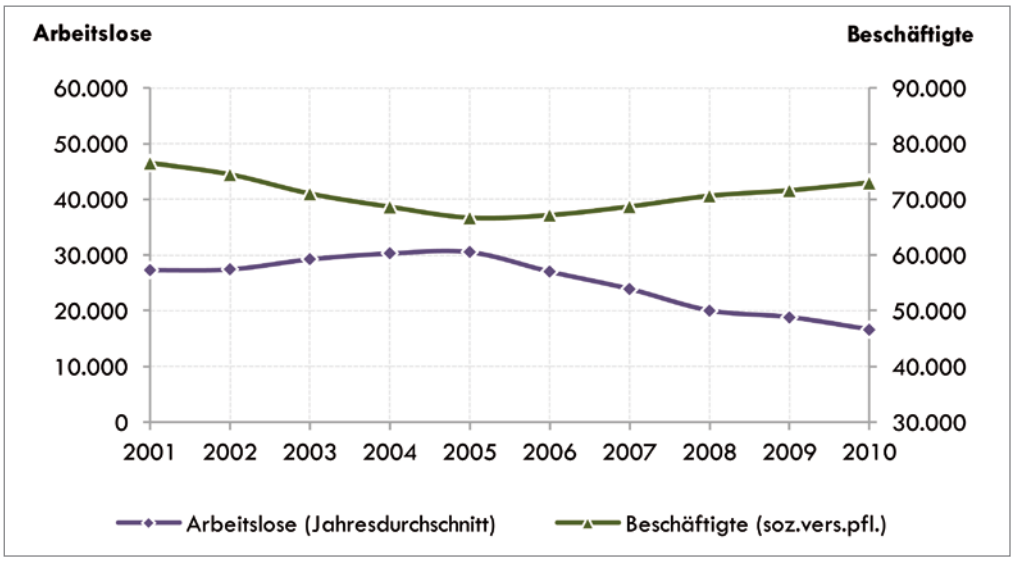
Tabelle 9: SGB II-Quote (Juni 2010)

Region	SGB II-Quote	Anteil der Jüngeren (15 bis 25 Jahre) an den erwerbsfähigen Hilfebedürftigen
OVP	18,8	15,4
UER	22,0	15,5
Greifswald	17,9	17,4
MV	17,2	16,7
Deutschland	10,4	18,2

Datenquelle: Arbeitsmarktstatistik der Bundesanstalt für Arbeit.

Ein weiterer Faktor, der die sinkenden Arbeitslosenquoten teilweise relativiert, ist der Umstand, dass die Arbeitslosenzahlen schneller sinken als die Beschäftigung wächst **(vgl. Abbildung 13)**. Erneut spiegelt dies auch die demographische Entwicklung wider, insbesondere die Verluste von Bevölkerung im Erwerbsalter. Aufgrund von Abwanderungen und vermehrter Eintritte älterer Bevölkerungsgruppen in die Nacherwerbsphase werden Teile dieser vormals arbeitslosen Bevölkerungsgruppen nicht mehr von der Arbeitslosenstatistik erfasst, so dass insgesamt nur eine leichte Verbesserung der Arbeitsmarktsituation konstatiert werden kann.

Abbildung 13: Entwicklung der Arbeitslosenzahlen und der Anzahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter (2001 bis 2010, jeweils in absoluten Zahlen am 30.6.)



Datenquelle: Arbeitsmarktstatistik der Bundesanstalt für Arbeit

Auf der anderen Seite hat der anhaltende abwanderungsbedingte Verlust junger und qualifizierter Menschen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt dazu geführt, dass Fachkräftebedarfe zunehmend nicht gedeckt werden können. Parallel dazu haben viele Jugendliche Schwierigkeiten, einen adäquaten Ausbildungsplatz in der Region zu finden.[12] Diese paradoxe Situation gewinnt an Dramatik, da die prognostizierte demographische Entwicklung in Zukunft ein zunehmend ungünstiges Zahlenverhältnis von Berufstätigen vor dem Ende ihres Erwerbslebens, und den regional verfügbaren Nachwuchskräften erwarten lässt.

Dies unterstreicht die Notwendigkeit, der Fachkräfteproblematik mit abgestimmten Bildungsstrukturen zu begegnen. Hierzu gehören zum Beispiel eine Verbesserung von Bildungsübergängen durch Innovationen in der Berufs- und Berufsfrühorientierung sowie berufsbegleitende Qualifikationsmaßnahmen.

Die nachhaltige Qualitätsentwicklung der regionalen Bildungslandschaft umfasst letztlich alle Bildungsbereiche, von berufsbildenden Schulen, allgemeinbildenden Schulen bis hin zu Einrichtungen der frühkindlichen Bildung und Erziehung, die – als wichtiger Standortfaktor für Familien – zugleich einen wesentlichen Faktor der Vereinbarkeit von Familie und Beruf darstellen.

2.5 Zentrale Ergebnisse und Herausforderungen

Mit der Betrachtung von strukturellen und sozioökonomischen Rahmenbedingungen der Bildungslandschaft konnten einige zukünftige Herausforderungen des Bildungswesens herausgestellt werden, die im engen Zusammenhang mit der Regionalentwicklung insgesamt zu sehen sind. Dabei geht es einerseits um Anpassung von Bildungsstrukturen vor dem Hintergrund sozio-ökonomischer Veränderungen. Auf der anderen Seite kann Bildung selbst als Rahmenbedingung für demographische und ökonomische Entwicklung verstanden werden. Die folgende chancenorientierte Darstellung von Herausforderungen fasst die wichtigsten Ergebnisse zusammen.

Gestaltungsmöglichkeiten auf dem Land zurückerobern …

Die von den regionalen Bildungsexperten genannten Schwächen „Peripherisierung der Region“ und „zunehmende Fremdbestimmung“ verweisen zum einen auf den drastischen Transformationsprozess nach der Wende und die damit verbundenen sozioökonomischen Probleme. Zum anderen spiegelt sich der Verlust von Entscheidungsmöglichkeiten auch heute in der Situation vieler kleiner Kommunen wider, die aufgrund von Finanz- und Strukturschwächen ihre Aufgaben nicht ohne Hilfe bewältigen können. Über 100 der 154 Gemeinden haben weniger als 1.000 Einwohner. Zusammen umfassen sie knapp 23 Prozent der Gesamtbevölkerung. Nicht selten liegt ihre Steuereinnahmekraft (als Indikator für eigene finanzielle Gestaltungsmöglichkeiten) bei einem Bruchteil des Landesdurchschnitts.

Daher ist es eine wichtige Herausforderung, eigenverantwortliche soziale Gestaltungsräume auf dem Land unter schwierigen Rahmenbedingungen zu erhalten bzw., wo nötig, neu zu schaffen und dabei gezielt die Gemeinden als Träger von Bildungsaufgaben zu stärken. Eine systematische Zusammenarbeit des Kreises und der Gemeinden mit den unterschiedlichen Akteuren und Einrichtungen wie Schulen, Kindertageseinrichtungen, Weiterbildungsstätten, Jugendclubs etc. und den Bürgern kann dabei auch unter schwierigen Bedingungen neue Handlungsmöglichkeiten erschließen.

12 Heinz / Förster 2011.

Frühkindliche Bildungs- und Betreuungsangebote als Faktor regionaler Lebensqualität stärken …

Bildungseinrichtungen selbst sowie das gesamte Erziehungs- und Betreuungswesen stellen mit ihren Arbeitgeberfunktionen wichtige Wirtschafts- und zugleich demographische Anziehungsfaktoren dar. Angebote der Kindertagesbetreuung sind dabei u.a. ein Faktor der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Frühkindliche Bildung ist außerdem der Bereich, in dem die Kommunen die meisten eigenen Gestaltungsspielräume im Hinblick auf Ausstattung, Konzeption, Personal etc. der Einrichtungen haben (z.B. durch die Möglichkeit, eigene Einrichtungen zu betreiben).

Es ergibt sich demnach die Chance, durch systematische Qualitätsentwicklung im Bereich der Kindertagesbetreuung „die Lebensqualität von Familien" und damit die Attraktivität der Gemeinden zu verbessern.

Bildungsorte sichern und weiterentwickeln …

In der Vergangenheit haben bereits drastische demographische Transformationsprozesse stattgefunden. Bis zum Jahr 2030 werden laut der 4. Landesbevölkerungsprognose wieder Verluste bei jüngeren Bevölkerungsgruppen (unter 20 Jahre) erwartet. Die kleinräumige Bevölkerungsprognose aus dem Masterplan Daseinsvorsorge stützt diese Vorhersage und weist zum Beispiel für Kinder der Altersgruppe 3 bis unter 6 Jahre bis zum Jahr 2030 zum Teil starke Verluste von über 50 Prozent aus. Betroffen ist besonders der ehem. Lk OVP in ländlichen und touristischen Teilräumen, aber zunehmend auch in den Suburbanisierungsgebieten Greifswalds mit einer älter werdenden Familienbevölkerung.

Diese Entwicklungen werden weitere Anpassungsmaßnahmen mit sich bringen. Im schlimmsten Fall könnten weitere Schulen geschlossen werden und damit weiteren Dörfern die wichtigsten sozialen Zentren verloren gehen. Erforderlich sind daher Standortsicherungsstrategien. Diese könnten angesichts der demographischen Tendenzen gezielt Schulen als Träger weiterer sozialer und kultureller Funktionen in den Dörfern ins Auge fassen, die verstärkt auch Senioren in den Blick nehmen.

Beste Bildungschancen für jeden schaffen … Bildung dezentral organisieren
(Regionale bzw. räumliche Chancengleichheit)

Aus dem demographisch bedingten Anpassungsprozess von Infrastrukturen ergaben sich in vielen Lebensbereichen der Bevölkerung Stadt-Land-Unterschiede, auch im Hinblick auf die Verfügbarkeit von Bildungsangeboten. Deutlich wird dies zum Beispiel an der Zentralität von Schulen. Knapp 32 Prozent der Grundschüler leben in Gemeinden ohne Grundschule. Die Bildungschancen sind besonders mit höher werdender Schulbildung im Lk räumlich ungleich verteilt. Alles in allem sind zum Beispiel Förderschulen (9 Gemeinden) besser erreichbar als Gymnasien (7 Gemeinden).

Chancenorientierte Bildungsentwicklung, zumal in einem großen Flächenkreis, müsste daher innerregionale Unterschiede bei den Zugangsmöglichkeiten zu Bildungsangeboten im Blick haben und um Innovationen, zum Beispiel in den Bereichen mobiler Angebote, digitaler Medien, multifunktionaler Bildungsorte sowie eigenverantworteter Gestaltungsräume etc., bemüht sein.

Internationale (Deutsch-Polnische) Bildungslandschaft weiterentwickeln

Die teilräumliche Bevölkerungsentwicklung im Raum Löcknitz zeigt im Unterschied zu den meisten anderen ländlichen Regionen VGs ein positives Bild. Bei den unter 20-Jährigen verlief die Entwicklung zwischen 2000 und 2010 teilweise günstiger als im Vergleich mit

Deutschland. Eine der Hauptursachen ist die bildungsorientierte Zuwanderung polnischer Familien.

Mit diesen Tendenzen sind diverse Chancen für die Regionalentwicklung verbunden. Für die Bildungslandschaft bestehen u.a. Chancen in der Erweiterung des internationalen Bildungsprofils als Grundlage einer verstärkten Erschließung polnischer Nachfragegruppen für regionale Bildungsangebote.

Altersgruppe 65+ als demographische Chance nutzen …

Die Altersgruppe 65+ erlangt in allen Bereichen kommunaler Entwicklung zunehmende Bedeutung. Ihre Anzahl wird absolut und relativ in allen Teilräumen stark zunehmen. Kreisweit werden im Jahr 2030 wahrscheinlich über 25.000 zusätzliche Personen im Seniorenalter leben. Diese Zuwächse werden den Altersaufbau der Bevölkerung grundlegend verändern und damit auch die Nachfragestruktur nach Bildungsangeboten.

Da zeitgemäße Strukturen des lebenslangen Lernens selbstverständlich auch Angebote für Senioren umfassen, ergibt sich für den Lk VG die Chance, durch wegweisende Entwicklungen entsprechender Angebotsstrukturen insgesamt attraktive Lebensbedingungen für ältere Menschen zu schaffen und angesichts der bevorstehenden und zum Teil bereits vollzogenen Bevölkerungstransformation eine europaweite Vorreiterrolle anzustreben.

Weiterbildungs- und kulturelle Angebote wie Bibliotheken oder VHS-Kurse müssen dabei den Bedürfnissen und Mobilitätsvoraussetzungen älterer Menschen gerecht werden. Im ländlichen Raum erscheinen wiederum die Synergien mit anderen Einrichtungen als strategische Möglichkeit, um auch in diesem Bereich von multifunktionalen Bildungsorten zu profitieren.

Bildungs- und Wirtschaftsentwicklung zusammendenken

Dass „Strukturen [bisher] oft nicht zu den Bildungsbedarfen passen“ und mitunter sogar „Menschen durchs System fallen“, zeigt sich an der widersprüchlichen Situation auf dem Arbeitsmarkt. Einerseits gibt es hohe Raten von Arbeitslosigkeit und finanzieller Hilfebedürftigkeit. Kreisweit liegt die Arbeitslosigkeit zwischen 12 und 16 Prozent. Parallel dazu liegen in großen Teilgebieten SGB-II-Quoten bei über 20 Prozent und damit bedeutend höher als landes- und bundesweit. Andererseits bestehen schon heute Fachkräftelücken, die sich mit den zukünftigen Rückgängen der Erwerbsbevölkerung noch verschärfen werden. Mit den vermehrten Übergängen geburtenstarker Jahrgänge in das Seniorenalter wird sich diese Situation ab ca. 2020 weiter verschärfen, v.a. dann, wenn die starken Rückgänge der Geburten und Abwanderungen nicht durch Zuwanderungen kompensiert werden.

Für eine langfristige Verbesserung der Arbeitsmarktsituation wird es daher eine zentrale Herausforderung sein, die regionale Bildungslandschaft im gesamten Feld von Bildungsinhalten, Berufsorientierung und Bildungsübergängen gemeinsam mit Bildungseinrichtungen und Unternehmen weiterzuentwickeln. Im Hinblick auf Fachkräftesicherungsstrategien ergeben sich Handlungsbedarfe in unterschiedlichen Bereichen:

- Erhöhung von Bildungsbeteiligung in allen Bevölkerungsgruppen, z.B. von benachteiligten Jugendlichen bzw. Jugendlichen, die keinen Ausbildungsplatz finden
- Integration ausländischer Bevölkerungsgruppen, vor allem aus Polen, ins regionale Bildungs- und Wirtschaftsgeschehen
- Nutzung von Bildungsstrukturen als Anziehungsfaktoren auf junge Erwachsene: Besonders die Übergänge Schule-Ausbildung sowie Ausbildung-Beruf, speziell in Greifswald der Übergang Studium-Beruf, markieren demographisch sensible Punkte im bildungs- und arbeitsorientierten Wanderungsverlauf. Hier verstärkt mit Maßnahmen der Berufsorientierung regionale Ausbildungs- und Berufsperspektiven zu fördern, erscheint somit auch im Hinblick auf die Fachkräfteentwicklung sinnvoll.

FRÜHKINDLICHE BILDUNG, BETREUUNG UND ERZIEHUNG

3.1 Einführung

Landesweit nutzten in den letzten Jahren stetig mehr Eltern Angebote von Kindertageseinrichtungen. Im Lk VG besuchten im Jahr 2010 erstmals mehr als die Hälfte aller Kinder unter drei Jahren eine Kindertageseinrichtung oder eine Kindertagespflegeperson. Im Alter von drei bis unter sechs Jahren sind nur noch sieben von einhundert Kindern ohne ‚institutionelle Versorgung'. Mehr als die Hälfte aller Kinder werden im Lk VG ganztägig betreut.

Diese Zahlen geben einen ersten Eindruck über die Bedeutung von frühkindlicher Bildung, Betreuung und Erziehung. Die Einrichtungen und Angebote sind nicht nur ein wichtiger Faktor regionaler Lebensqualität junger Familien. Sie stellen einen eigenständigen Bildungsbereich mit vielfältigen kommunalen Handlungsspielräumen dar. Demographische, ökonomische und politische Einflussfaktoren führen zudem zu komplexen Anforderungen an die regionale Entwicklung und Gestaltung frühkindlicher Angebote.

Im folgenden Kapitel werden wichtige Entwicklungstendenzen dargestellt. Es widmet sich dabei zunächst einer Beschreibung von politischen und planerischen Rahmenbedingungen des frühkindlichen Erziehungs- und Betreuungswesens. Untersucht werden der Einfluss des KiFöG MV und der Bildungskonzeption MV sowie weitere kommunale Planungsinstrumente.

Es folgt eine differenzierte Beschreibung der regionalen Ausstattung mit Einrichtungen und Angeboten der Kindertagesbetreuung und der Rolle öffentlicher und privater Träger. Die Aufmerksamkeit gilt des Weiteren der Situation und den Entwicklungslinien bei der Versorgung und Inanspruchnahme von Angeboten. Untersucht werden das Platzangebot, Belegungen, Betreuungsquoten und Betreuungszeiten. Neben innerregionalen Unterschieden und der besonderen Situation im ländlichen Raum standen auch Fragen der zukünftigen Entwicklung im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit.

Wie in allen Bildungsbereichen ist die Fachkräftesituation ein entscheidendes Kriterium der regionalen Versorgung und der Qualität von entsprechenden Bildungsangeboten. Auch durch die steigenden Anforderungen im Hinblick auf den Übergang KiTa-Schule sind pädagogische Fachkräfte ein wichtiger Faktor von Bildungserfolgen. Daher beschäftigt sich ein weiteres Kapitel mit der Entwicklung der Beschäftigten im regionalen Erziehungs- und Betreuungswesen. Neben der Personalentwicklung werden auch altersstrukturelle Verschiebungen thematisiert. Außerdem erfolgt eine kurze Bestandsaufnahme des regionalen Spektrums an Qualifikationen der Fachkräfte.

Aus den Kernaussagen dieser Themenbausteine werden in der abschließenden Zusammenfassung zentrale Herausforderungen für die Weiterentwicklung der frühkindlichen Bildungslandschaft, vor allem im Sinne der Kinder und Eltern, abgeleitet. Interessante Motive für die Untersuchung und für die Formulierung von Herausforderungen lieferten u.a. die Aussagen von regionalen Fachleuten:

Übersicht 4: Ausgewählte Einschätzungen regionaler Bildungseexperten zur Situation der frühkindlichen Bildung (SWOT)

Stärken	Schwächen
▪ gute Angebotsgrundlage sowie weitere Innovationsfreudigkeit im frühkindlichen Bereich ▪ Angebotsvielfalt: komplett erhaltene, dezentral angesiedelte Bildungskette in der Region	▪ insgesamt starke Ökonomisierung und Bürokratisierung ▪ problematische Fachkräftesituation
Chancen	**Risiken**
▪ Aufwertung des frühkindlichen Bereichs: programmatisch, finanziell, personell! ▪ Kindertagesstätten als kulturelle Gemeindezentren entwickeln: multiprofessionell!	▪ Gewinnorientierung der Träger bei hoheitlichen Aufgaben ▪ weitere Segregation, Gefährdung des sozialen Friedens, nicht alle Kinder werden erreicht

3.2 Politisch-planerische Rahmenbedingungen von frühkindlicher Bildung

3.2.1 Sozial- und bildungspolitische Rahmenbedingungen

In der Bildungsforschung und zunehmend in der Bildungspolitik und Bildungspraxis wird Kindheit als Dreiheit von Bildung, Betreuung und Erziehung wahrgenommen. So waren es zunächst die vielen internationalen und nationalen wissenschaftlichen Studien[13], die aufzeigten, dass frühe Bildung z.B. dazu beitragen kann, herkunftsbedingte Bildungsdefizite zu mindern. Nach und nach haben die Bildungspolitiker des Bundes und der Länder auf diese und andere empirisch untersetzten Darstellungen reagiert.

Im Bereich der frühen Bildung werden sozial- und bildungspolitische Ziele, Programme und Regelungen auf Ebene der EU[14], des Bundes und der Länder wirksam. Dennoch liegt die Planungshoheit, aufgrund der Festlegungen der Sozialgesetzgebung des Bundes, bei den Kommunen.

Regelungen für die Kindertagesbetreuung enthalten weiterhin das Kindertagesstättenförderungsgesetz MV (KiföG MV) sowie die Bildungskonzeption des Landes für 0- bis 10-jährige Kinder, die von Vertretern der Bildungsforschung, Bildungspolitik und Bildungspraxis entwickelt wurde. U.a. werden hier die Begriffe Bildung, Betreuung und Erziehung definiert. Ausgangspunkt ist ein „sich wandelndes Bild vom Kind“. Damit einher geht eine kindzentrierte pädagogische Perspektive.
Auf dieser Grundlage fußt eine verbindliche Orientierung zur Sicherung und Gestaltung der Entwicklung guter pädagogischer Praxis in Einrichtungen und Tagespflege. Deutlich wird dabei ein zunehmend eigenständiges Bildungsverständnis. Entwicklungsschwerpunkte für die Arbeit im Bereich der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung sind nach der Bildungskonzeption:

- eine stärkere Partnerschaft mit den Eltern
- ein fließender Übergang vom Kindergarten in die Grundschule
- die Arbeit im Hort

Zu diesen Schwerpunkten wurden Qualitätskriterien und verschiedene Verfahren zur Kompetenzfeststellung für 4½- bis 5-Jährige erarbeitet, darunter auch ein Entwicklungsscreening für Kinder mit besonderem Förderbedarf. Mittlerweile wird die Einführung des DESK-Screening-Verfahrens landesweit aufgrund der Regelung des § 1 Abs. 5 und 6 KiföG MV durchgeführt.

Die Qualitätsanforderungen zur Förderung der Entwicklung von Kindern befinden sich im Spannungsfeld zwischen Einzel- und Gemeinschaftsaufgabe. Die Gestaltungsmöglichkeiten der Kommunen sind von allen Bildungsbereichen hier am vielfältigsten. Das Fundament der Entwicklung von Kindern bilden dabei die Beziehungen zwischen Eltern und dem Kind. Dieses Aneinandergebunden- und Aufeinander-bezogen-Sein in der ganzen Familie, auch schon vor der Geburt, ist Grundlage für die Erziehung und für die Entwicklung des Kindes.[15]

13 OECD 2001, Heckmann 2006, Ackerman et al 2004, Bradley und Corwyn 2002, Sameroff und Fiese 2000, Repetti et al 2002 – zitiert in Europäische Kommission (2012): Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung in Europa.
14 Z.B. Salamanca Erklärung der UNESCO 1994 zum Thema Inklusion, EFA Bildungsziele der EU im Jahr 2000.
15 „Die Pflege und Erziehung des Kindes ist das natürliche Recht der Eltern und die zuvorderst ihnen obliegende Pflicht (Artikel 6 Abs. 2 GG und § 1 Abs. 2 SGB VIII). Die Familie ist der wichtigste und erste Bildungsort für Kinder, sie hat den höchsten Einfluss auf den Bildungserfolg der Kinder, besonders im Kontext der Wertevermittlung.“ Bildungskonzeption 2009.

3.2.2 Planungsgrundsätze der Kindertagesstättenbedarfsplanung

Altkreis UER: „Jugendhilfeplanung, Bedarfsplanung im Bereich der Kindertagesbetreuung Fortschreibung ab 2008/2009 bis 2012“

Folgende Prioritäten wurden bisher bei der Feststellung des notwendigen Bedarfs intern zugrunde gelegt:

1. Bestandserhalt der Trägervielfalt
2. Bestandserhalt der integrativen Einrichtungen
3. Bestandserhalt kleiner Einrichtungen

Die bedarfsgerechte Versorgung mit Plätzen in Kindertageseinrichtungen soll im Lk unter Berücksichtigung folgender Faktoren erfolgen:

1. Betreuung der Kinder in Wohnortnähe
2. Berücksichtigung der Wünsche der Personensorgeberechtigten hinsichtlich der Grundrichtung ihrer Erziehung
3. Abstimmung der Kapazitäten in den Einrichtungen
4. Wirtschaftlichkeit der Einrichtungen

Altkreis OVP: „Jugendhilfeplanung, Teilplan-Kindertageseinrichtungen, Planungsprognose für den Zeitraum 2008–2012“

Die Erstellung des Planungsdokumentes erfolgte auf der Basis von Grundsätzen, die nachfolgend aufgeführt sind:

1. Die KiTa-Bedarfsfeststellung erfolgt für die kommenden 5 Jahre, d. h. bis zum Jahr 2012.
2. Wegen möglicher notwendiger Investitionen wird ein Ausblick bis 2020 gegeben.
3. Die KiTa-Planung beachtet die sozioökonomische Situation im Lk OVP insgesamt (Arbeitslosigkeit, Infrastruktur, Einkommenssituation).
4. Die KiTa-Planung trägt dem Grundsatz von Subsidiarität und Trägerpluralität Rechnung, d.h. es wird dargestellt, inwieweit der Vorrang der freien Träger gegenüber den kommunalen Trägern gewahrt ist bzw. wie vielfältig die Trägerlandschaft bei KiTas gestaltet ist.
5. Die KiTa-Planung realisiert die Chancengleichheit von Kindern im ländlichen Raum und im städtisch-ländlichen Bereich, d.h. Kinder im ländlichen Raum sollen grundsätzlich KiTas in ihrem Lebensumfeld erreichen können, wie Kinder im städtisch-ländlichen Bereich.
6. KiTas sollen im Lk OVP flächendeckend vorgehalten werden.
7. Sogenannte „schrumpfende“ Regionen dürfen nicht benachteiligt werden.
8. Die KiTas sollen den fachlichen und Bildungsaufgaben gerecht werden; zur Erfüllung ihrer Aufgaben erhalten die Einrichtungen bzw. deren Mitarbeiter eine ausreichende Fachberatung.

Greifswald: Fortschreibung der Kindertagesbetreuungskonzeption 2008/09 bis 2012/13

Einerseits ist die Universitäts- und Hansestadt Greifswald als Träger der öffentlichen Jugendhilfe gemäß SGB VIII verpflichtet, die Jugendhilfeplanung durchzuführen, den Bedarf für einen mittelfristigen Zeitraum zu ermitteln und die zur Bedarfsbefriedigung erforderlichen Angebote und Leistungen rechtzeitig und ausreichend zu planen. Mit den Ergebnissen des Planungsberichtes werden Rahmenbedingungen für alle Träger von Kindertageseinrichtungen im Zuständigkeitsbereich des Trägers der öffentlichen Jugendhilfe vorgegeben, um eine bedarfsgerechte Bereitstellung von Betreuungsplätzen zu gewährleisten.

Andererseits wird sich die Universitäts- und Hansestadt Greifswald als Träger von Kindertageseinrichtungen in der Jugendhilfeplanung mit den für einen ordentlichen, den Normen entsprechenden Betrieb der Einrichtungen, auch mit der Festlegung von Rahmenbedingungen befassen müssen, die sie ausschließlich selbst betreffen. Der zunehmende Mehrbedarf an Betreuungsplätzen erfordert es, die Raumkonzeptionen der kommunalen Einrichtungen zu überprüfen und die vorhandenen Räume effektiver zu nutzen.

Weitere Planungsvorschriften

Als zuständigen Leistungsträger hinsichtlich der Planung und Schaffung von Plätzen in Kindertageseinrichtungen benennt das Gesetz (§§ 22 bis 24 SGB VIII) den örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe. Ausgehend von den Grundsätzen der Jugendhilfeplanung gemäß §§ 79, 80 SGB VIII i.V.m. §§ 17, 22 Landesjugendhilfeorganisationsgesetz (KJHG-Org MV) wird die Bedarfsplanung von Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege z.B. durch die Regelungen in § 14 (1) KiföG MV konkretisiert. Darunter existieren Richtlinien wie z.B. die Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Investitionen zum bedarfsgerechten Ausbau der Kindertagesförderung für Kinder bis zum vollendeten dritten Lebensjahr und Verwaltungsvorschriften bzw. Satzungen der Städte und Gemeinden.

3.3 Anzahl und Art der Angebote

3.3.1 Bestand an Kindertagesstätten

Das Vorhandensein von Kindertagesstätten und die Qualität der Betreuung sind wichtige Faktoren für die frühkindliche Entwicklung sowie für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Im Gegensatz zu vielen Kommunen der alten Bundesländer können ostdeutsche Kommunen oft umfangreiche Angebote vorweisen. Bevor die aktuelle Situation dargestellt wird, findet sich nachfolgend ein Überblick über die Entwicklung der Anzahl der Kindertagesstätten. Begünstigt durch die Entwicklung der Geburtenzahlen wurde nach einem starken Rückbau in den 1990er Jahren das Angebot an Kindertageseinrichtungen wieder ausgebaut.

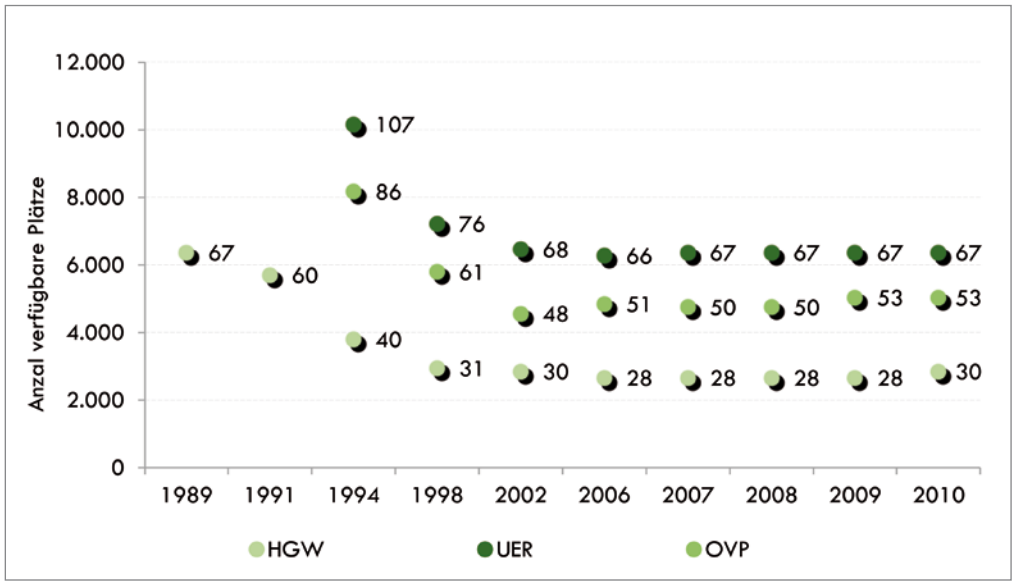


Abbildung 14: Entwicklung der Anzahl der Standorte von Kindertageseinrichtungen (1989 bis 2010)
Altkreise

Datenquelle: Stat. Amt MV, 2012[16]

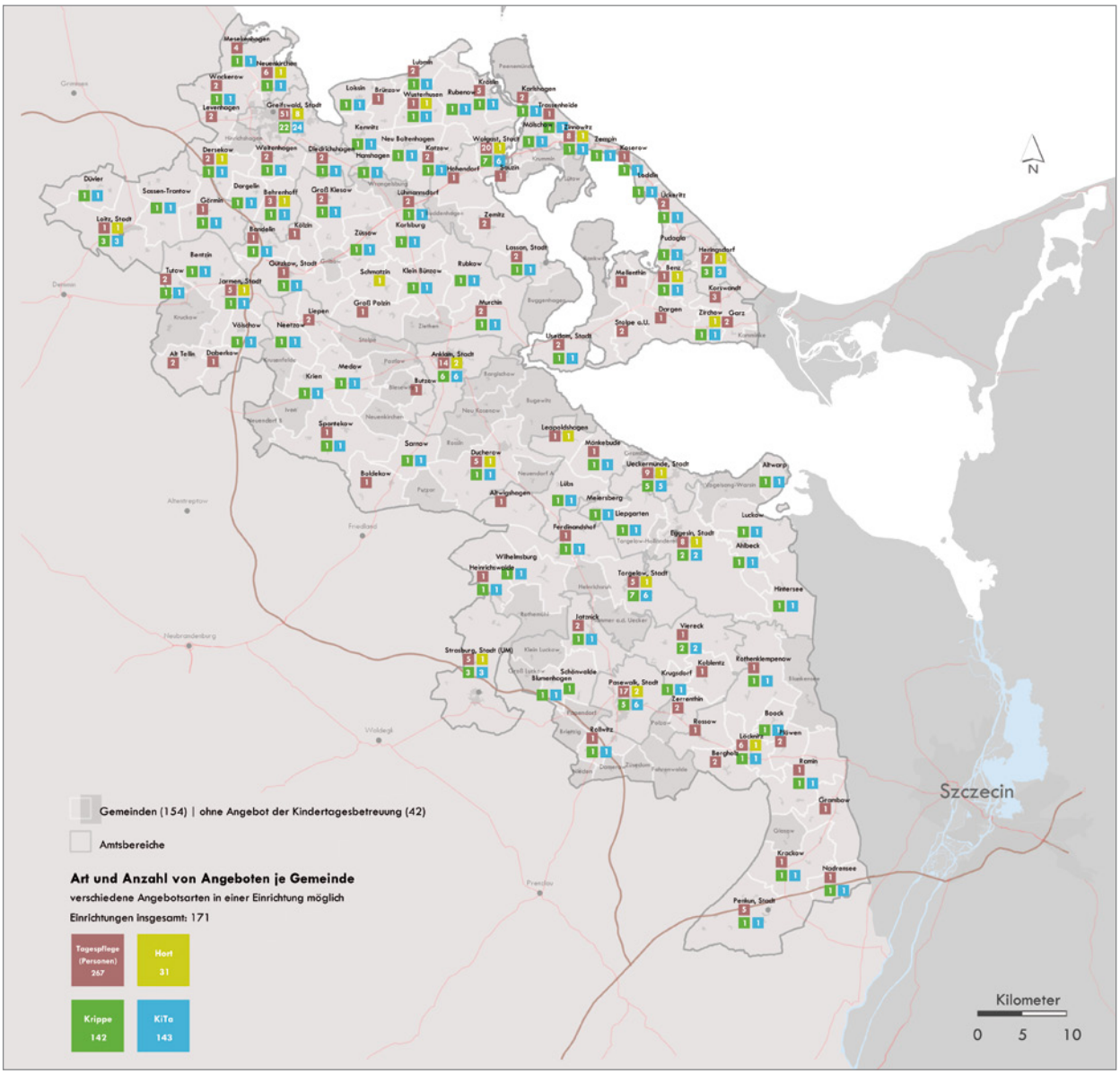
Im Lk VG zeigt sich heute das Bild einer dezentral erhaltenen Kindertagesstätten-Landschaft mit über 170 Einrichtungen (Kindergärten, Krippen, Horte), die jedoch nicht alle Gebiete umfasst. Ergänzt wird das Angebot durch Tagespflegepersonen. Werden die 280 Tagespflegepersonen, von denen sechs männlich sind, in die Betrachtung mit einbezogen, verbleiben trotzdem einige Ange-

16 Anmerkungen: Kreisgebietsreform 1994, 2011, Änderung der Merkmale 1991, 1994, 2006, ab 2011 Trennung Häuser/Einrichtung (bis 2011 wurden mehrere Häuser an einem Ort als eine Einrichtung gezählt).

botslücken. Dennoch wird die Kompensations- bzw. Ergänzungsfunktion von Tagespflegepersonen für nicht vorhandene Einrichtungen in ländlichen Gebieten sehr deutlich.

Größere Angebotslücken befinden sich zum Beispiel in den dünn besiedelten ländlichen Räumen, etwa in einigen Gemeinden des Peenetals, im Bereich Peenestrom und im südwestlichen Teil des Altkreises UER. In insgesamt 39 von 154 Gemeinden gibt es weder eine Kindertageseinrichtung noch Kindertagespflegepersonen **(vgl. Karte 7)**.

Karte 7: Kindertagesstätten im Lk VG (10/2011)



Datenquellen:
1. Kindertagesstätten: Landesjugendamt MV, ergänzt durch Angaben regionaler Tageseinrichtungen
2. Geo-Daten:
a) Katasteramt des Lk VG,
b) openstreetmap.org

Die Verteilung der Anzahl der Kindertagesstätten auf dem Gebiet des Lk VG wird in **Tabelle 10** dargestellt.

177 Kindertageseinrichtungen				**280 Tagespflegepersonen**			
Anzahl nach Gebiet				**Anzahl nach Gebiet**			
Lk DM	**HGW**	**Lk OVP**	**Lk UER**	**Lk DM**	**HGW**	**Lk OVP**	**Lk UER**
12	33	74	58	12	51	133	84
Anteil nach Trägerschaft				**Anzahl nach Geschlecht**			
öffentlich		**privat**		**weiblich**		**männlich**	
ca. 33 Prozent		ca. 77 Prozent		274		6	

Tabelle 10:
Anzahl von Kindertagesstätten (Feb. 2011)
Altkreise

Datenquelle: Landesjugendamt, Fachplanung Kindertagesstätten

Trägerstrukturen

Auffällig ist die hohe Vielfalt kleinerer und größerer privater Träger wie Vereine, gemeinnützige GmbHs, Kirchengemeinden, Stiftungen und Einzelunternehmer, die alles in allem über 75 Prozent der Angebote umfassen. Parallel dazu unterhalten die wenigsten Gemeinden noch selbst entsprechende Einrichtungen. Ein Großteil der kommunalen Kindertageseinrichtungen befindet sich in der Stadt Greifswald, wo diese etwa 50 Prozent aller Angebote ausmachen.

Träger			**Anzahl Kindertagesstätten**				
			HGW	**DM (Teil)**	**OVP**	**UER**	**VG**
Öffentlich		**Gemeinden und Städte**	15	4	13	7	39
Kirchlich	**Katholisch**	Kirchgemeinden	1		1		2
	Evangelisch	Kirchgemeinden	2	1	3	3	9
		Stiftungen	1		1		2
		Kreisdiakonische KiTa gGmbH	2	1	5		8
Privat		Volkssolidarität			11	9	20
		Institut Lernen und Leben e.V.	3		6	3	12
		DRK	1		2	7	10
		Arbeiter-Samariter-Bund			10		10
		AWO gGmbH		1		8	9
		AWO e.V.			6		6
		Weitere gGmbH & GmbH	1	1	1	3	6
		Eingetragene Vereine	6	2	6	14	28
		Elterninitiative			4	1	5
		Einzelpersonen		2	5	3	10

Tabelle 11:
Träger und Anzahl von Kindertageseinrichtungen (2011)
Lk VG, Altkreise

Datenquelle: Landesjugendamt MV, ergänzt durch Angaben regionaler Tageseinrichtungen

3.3.2 Struktur der Kindertageseinrichtungen

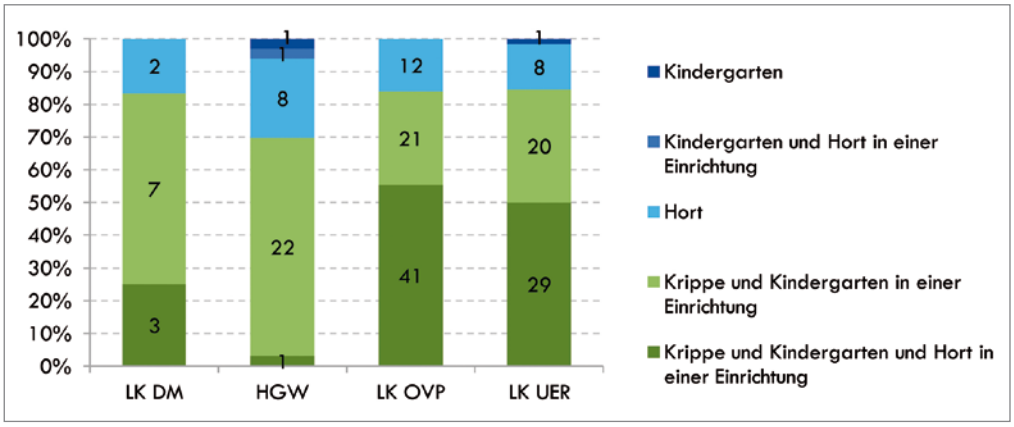
Ein detaillierteres Bild der Angebotssituation kann nachfolgend über die Auswertung der aktuellen Daten zu verschiedenen Arten von Kindertageseinrichtungen gezeigt werden.

Die verschiedenen Arten von Einrichtungen beziehen sich dabei insbesondere auf die unterschiedlichen Altersgruppen:

- Krippe: Kinder im Alter von unter 3 Jahren
- Kindergarten: Kinder im Alter von 3 bis unter 6 Jahren
- Hort: Kinder im Alter von 6 bis unter 10 Jahren

Abbildung 15: Anzahl und Art von Kindertageseinrichtungen (2011)
Altkreise

Datenquelle: Landesjugendamt MV, Kindertagesstättenbedarfsplanung Lk UER



In 74 Kindertageseinrichtungen werden alle Altersgruppen von Kindern in einer Einrichtung betreut. Davon befinden sich die allermeisten, nämlich 70 Einrichtungen, auf den Gebieten der ehem. Lk OVP und UER. Darüber hinaus gibt es 70 Häuser, in denen Krippen und Kindergartenplätze zur Verfügung gestellt werden.

Demnach sind Bildungshäuser bzw. Einrichtungen, in denen Kinder aller Altersgruppen betreut werden, im Lk VG am häufigsten vertreten (42 Prozent). Als kombinierte Standorte sind sie fast ausschließlich in den ehem. Lk OVP und UER zu finden. In weiteren 40 Prozent aller Einrichtungen werden jeweils die Kinder unter sechs Jahren unter einem Dach betreut. Besonders in der Stadt Greifswald sind diese Einrichtungen weit verbreitet.

Tabelle 12:
Integrative Kindertagesstätten (Feb. 2011)
Lk VG

Ort	Einrichtung	Belegte Plätze von Kindern mit Behinderung
Greifswald	Integrative Montessori-Kindertagesstätte	34
Greifswald	Integrative Kindertagesstätte „Regenbogen“	34
Greifswald	Integrative Kindertagesstätte „Weg ins Leben“	8
Greifswald	Integrativer Kinderhort „Kunterbunt“	54
Greifswald	Sprachheilkindergarten	34
Benz	Integrative Kindertagesstätte „Himmelschlüsselchen“	2
Wolgast	Integrative Kindertagesstätte „Friedrich Fröbel“ mit Außenstelle Hort	6
Wolgast	Integrative Kindertagesstätte „Brummkreisel“	3
Wolgast	Integrative Kindertagesstätte „Anne Frank“	16
Strasburg (UM)	Integrative Kindertagesstätte „Kunterbunte Kinderwelt“	k.A.
Strasburg (UM)	Integrative Kindertagesstätte (Hort) „Kunterbunte Kinderwelt“	k.A.
Eichhof	Integrative Kindertagesstätte „Spatzennest“	k.A.
Pasewalk	Integrative Kindertagesstätte „Kinderparadies“	k.A.
Torgelow-Spechtberg	Integrative Kindertagesstätte „Sternschnuppe“	k.A.

Datenquelle: Landesjugendamt MV, Fachplanung Kindertagesstätten Lk UER

Selten sind Einzeleinrichtungen für Kinder einer Altersgruppe. Die Mehrzahl dieser Einrichtungen sind Horte. Bis auf eine Ausnahme befindet sich in jedem der 19 Ämter des Lk VG jeweils ein Haus, in dem nur Kinder zwischen 10 und 14 Jahren die Hortangebote wahrnehmen können. In der Stadt Greifswald sind dies acht Häuser. Insgesamt existieren 30 Einrichtungen im Hortbereich, also an Grund- und Förderschulen angeschlossene Einrichtungen. Ein Haus verbindet nur Kindergarten und Hortbetreuung. Weitere zwei Häuser sind jeweils ausschließlich für Kinder zwischen drei bis sechs Jahren.

Des Weiteren sind 13 integrative Einrichtungen vorhanden, in denen Kinder mit Behinderungen betreut werden. Allein 5 dieser Kindertageseinrichtungen befinden sich in der Stadt Greifswald.

3.4 Versorgung und Inanspruchnahme

„Es gehört zu den Grundsätzen der Kinder- und Jugendhilfe und ist in § 3 Abs. 1 SGB VIII verankert, dass die Vielfalt der Angebote zu fördern und zu erhalten ist. Dabei sind die Interessen, Wünsche und Bedürfnisse von Kindern, Jugendlichen und Eltern der eigentliche Grund dafür, dass der Staat ein möglichst plurales Angebot sicherzustellen hat."[17]

Ob Kinder eine Kindertageseinrichtung besuchen, hängt unter anderem von den verfügbaren Plätzen ab. Nachdem im vorherigen Abschnitt die flächenmäßige Verteilung von Kindertagesstätten und Aspekte der Trägerschaft dargestellt wurden, beschäftigt sich der folgende Abschnitt mit dem konkreten Platzangebot in Kindertagesstätten. Mit der darauffolgenden Untersuchung von Belegungen richtet sich der Blick außerdem auf die Nachfrage. Zudem werden Entwicklungstendenzen bei der Auslastung von Einrichtungen beleuchtet.

3.4.1 Platzangebot in Kindertageseinrichtungen

Insgesamt werden im Lk VG im Jahr 2011 mehr als 14.000 Plätze für Kinder aller Altersgruppen vorgehalten. Fast die Hälfte davon, nämlich 6.804 Plätze ist für Kinder im Kindergartenalter reserviert. Der zweitgrößte Anteil der insgesamt angebotenen Plätze ist im Hortbereich angesiedelt. Hier wurden im Februar 2011 knapp 5.000 Plätze bereitgestellt. Dies macht einen Anteil von 35 Prozent aller Plätze aus. Der kleinste Anteil mit 18 Prozent an allen verfügbaren Plätzen ist im Krippenbereich zu finden. Dies sind 2.570 Plätze für Kinder im Krippenalter.

Wie sich die verfügbaren Plätze nach Altersgruppen auf dem Gebiet des Lk VG verteilen, ist der folgenden **Tabelle 13** zu entnehmen.

Tabelle 13: Regionale Verteilung verfügbarer Plätze in KiTa-Einrichtungen je Altersgruppe (02/2011)
Lk VG und Altkreise
Datenuellen: LaGus MV, Kitafachplanungen Lk OVP/ Lk UER

Art der Einrichtung	Verteilung der verfügbaren Plätze in Kindertageseinrichtungen				
	Anzahl je Altersgruppe VG)	HGW	OVP	UER	ehem. DM
		Anteil an Altersgruppe in Prozent			
Krippe	2.570	26	41	28	5
Kindergarten	6.804	25	42	28	5
Hort	4.942	28	39	27	6

3.4.2 Elemente der regionalen Versorgung mit Kindertagesangeboten

Der Versorgungsgrad misst die bedarfsgerechte Bereitstellung von Plätzen in Kindertagesstätten. Besonders für den Krippenbereich erfährt dieser Indikator seit dem Jahr 2007 bundesweit Beachtung. Mit dem Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG)[18] wird ein Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz angestrebt. Dafür wird ein Versorgungsgrad von 35 Prozent als Ziel definiert. Somit sind die Verantwortlichen der Länder und Kommunen verpflichtet, für 35 von 100 Kindern im Krippenalter einen Krippenplatz vorzuhalten.

Dieses Ziel wird auf dem Gebiet des Lk VG schon seit Jahren erreicht. Bereits die tatsächlichen Belegungszahlen übertreffen die Ausbauforderungen des Bundes. Die Zielgröße setzt sich zusammen aus der Anzahl von verfügbaren Kindertagesplätzen in Relation zur Anzahl von Kindern im frühkindlichen Alter. Nachfolgend werden diese Elemente genauer untersucht.

17 Wiesner (zitiert in 2. Effektestudie KiföG).

18 „Von den 2,15 Milliarden Euro, die der Bund bis 2013 im Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau" bereitgestellt hat, sind zwar 80 Prozent (gut 1,7 Milliarden Euro) an die Länder bewilligt, aber bis zum Oktober 2011 erst 58 Prozent (gut 1,2 Milliarden) für fertige Baumaßnahmen abgerufen worden. Das bedeutet: Im Investitionsprogramm des Bundes stehen noch 400 Millionen Euro für die Planung neuer Plätze zur Verfügung; 900 Millionen Euro von den bewilligten Mitteln wurden noch gar nicht abgerufen. […] Im Jahr 2007 war auf dem Krippengipfel vereinbart worden, dass für den Ausbau der Betreuungsplätze insgesamt 12 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt werden müssen. Davon hat der Bund in Absprache mit Ländern und Kommunen vier Milliarden Euro übernommen – 2,15 Milliarden Euro für Investitionsmittel und 1,85 Milliarden Euro für die Betriebskosten." http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Presse/pressemitteilungen,did=175370,render=renderPrint.html.

Entwicklung der Bevölkerung im Kindesalter im Landkreis VG

Entgegen dem bundesdeutschen Trend ist im Lk zwischen 2000 und 2010 die Anzahl der unter 6-Jährigen um 5,9 Prozent gestiegen, u.a. aufgrund höherer Geburtenzahlen. Besonders hoch ist der Anteil von Kindern im frühkindlichen Alter in der Stadt Greifswald (**vgl. Kap. 2.2.4**).

Die Karte 8 gibt Auskunft über die absolute Verteilung der unter 6-Jährigen auf die Gemeinden. Sie zeigt außerdem ein Nebeneinander teilräumlich unterschiedlicher Entwicklungen zwischen 2000 und 2010:

Deutliche relative Bevölkerungszuwächse gab es vermehrt in der Stadt-Umland-Region Greifswald. In kleineren Gemeinden mit weniger als 50 Kindern im Alter von unter 6 Jahren, wie Diedsrichshagen, Wrangelsburg und Hinrichshagen, waren die Zuwächse mitunter besonders stark. Auch auf der Insel Usedom (Pudagla, Garz, Zempin) sowie in der Region Gützkow-Jarmen-Loitz sind Zuwächse in fast allen Gemeinden zu verzeichnen. Ausnahmen stellen die im südlichen Teil der Insel gelegenen Gemeinden Dargen, Zirchow und Kamminke dar sowie Tutow, Alt-Tellin und Daberkow im Amtsbereich Jarmen-Tutow, wo die Anzahl von Kindern jeweils stark zurückgegangen ist.

Auch in der Stadt-Umland-Region Pasewalk und besonders im Raum Löcknitz, entlang der Verkehrsachse nach Szczecin, kam es zu deutlichen Zuwächsen der Altersgruppe unter 6, von denen auch kleinere Gemeinden wie Plöwen, Ramin, Bergholz oder Rossow profitierten. Parallel dazu gab es in anderen Teilen des südlichen Altkreises UER deutliche Verluste. Besonders betroffen waren zum Beispiel die kleinen Gemeinden Brietzig, Papendorf, Damerow und Züsedom. Größere Gebiete mit deutlichen Rückgängen sind die Regionen Penkun sowie Wilhelmsburg und Jatznick.

Bedingt durch die kleinteilige Gemeindestruktur und die kleinen statistischen Einheiten in den ländlichen Teilräumen des Lk, findet sich oft ein unmittelbares Nebeneinander unterschiedlicher Entwicklungen, so gibt es zum Beispiel im Amtsbereich Anklam-Land Rückgänge in den Gemeinden Krien und Spantekow sowie Zuwächse in kleineren benachbarten Gemeinden, wie Iven, Sarnow oder Neuendorf B. Diese Kontraste gibt es auch entlang der Peene, mit Zuwächsen in Stolpe und Rückgängen in Groß-Polzin und Liepen oder im Amt Lubmin, mit Zuwächsen in der Gemeinde Lubmin sowie Rückgängen in Kröslin, Rubenow und Wusterhusen.

Demographische Entwicklung an Standorten von Kindertageseinrichtungen

Für die Standorte von Kindertageseinrichtungen und die Tagespflegepersonen haben diese Entwicklungen unterschiedliche Konsequenzen. Ein Vergleich von **Karte 1** und **Karte 8** zeigt einerseits Gemeinden mit einem vorhandenen Kindertagesangebot, jedoch stark gesunkenen Kinderzahlen. Zum Teil befinden sich die Standorte jedoch in Regionen mit insgesamt positiven Entwicklungen, so dass es hier in der Vergangenheit wahrscheinlich zu räumlichen Nachfrageverschiebungen in Verbindung mit veränderten Wegestrukturen gekommen ist. Beispiele sind die Gemeinden Tutow und Alt-Tellin im westlichen Teil des Lk oder die Gemeinde Book, mit sinkenden Kinderzahlen aber einem Krippen- und KiTa-Angebot in unmittelbarer Nähe zur Region Löcknitz.

Ob es im Raum Jatznick-Wilhelmsburg aufgrund der starken Rückgänge der Kinderzahlen auch zu einer Reduzierung der Nachfrage und damit zu einer Gefährdung der Angebote in Krippen, KiTas und von Tagespflegepersonen gekommen ist, bliebe genauer zu untersuchen. Ähnliche Probleme könnten sich auch in der Gemeinde Altwarp sowie in der Region Penkun ergeben haben.

Zum anderen gibt es Standorte von Kindertagesangeboten, an denen die Zahl der Kinder und damit das örtliche Nachfragepotential zwischen 2000 und 2010 deutlich gestiegen sind. Zu nennen wären etwa Zinnowitz, Löcknitz, Hintersee, Ferdinandshof oder Diedrichshagen.

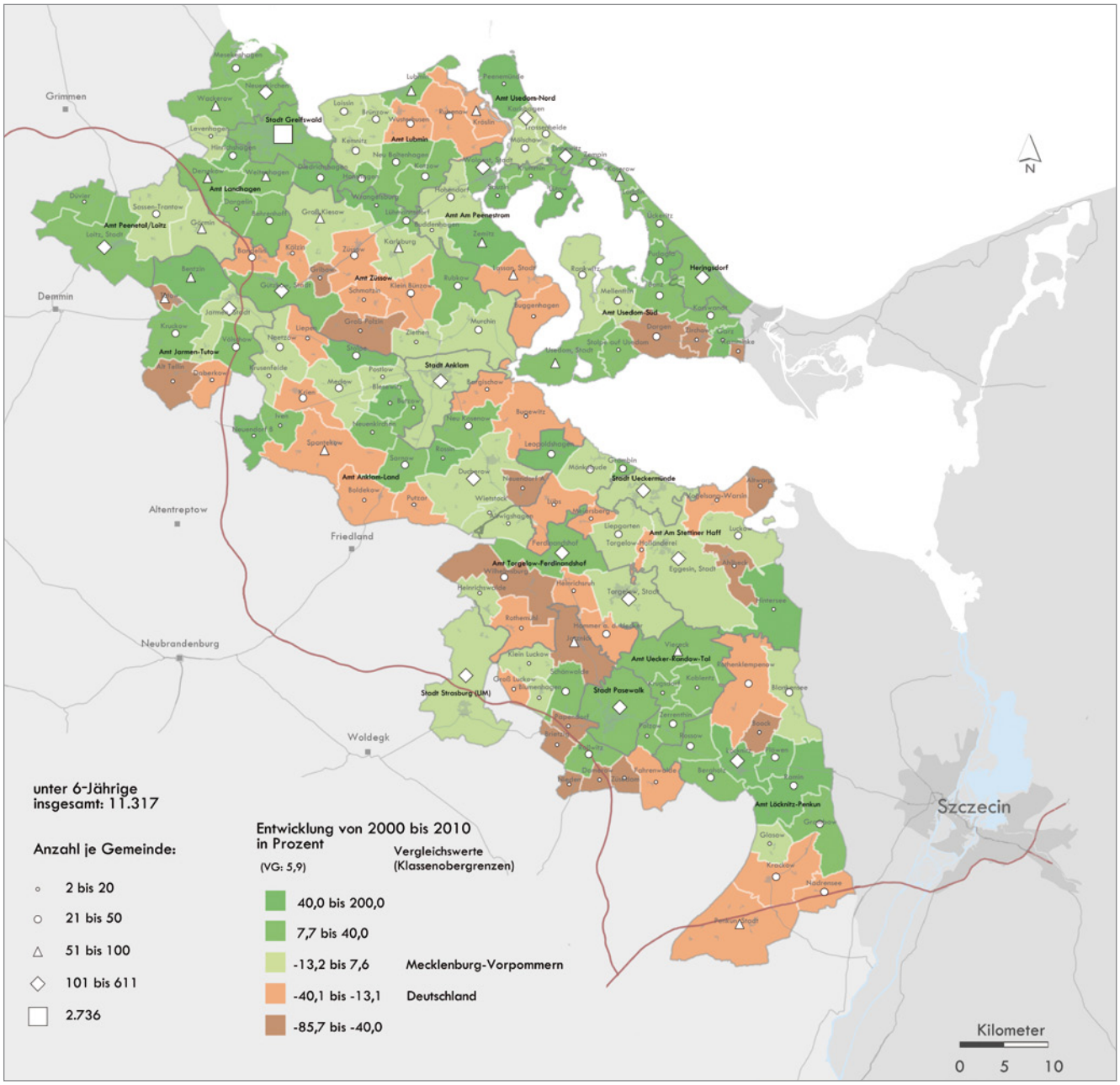
Planerisch ebenfalls interessant sind Gemeinden ohne eigenes Angebot der Kindertagesbetreuung aber mit wachsenden Kinderzahlen. Wie bereits dargelegt, befinden sich größere Angebotslücken

zum Beispiel südöstlich von Anklam, wo die Gemeinden Rossin und Neu Kosenow deutliche Zuwächse verzeichnet haben. Auch im Grenzgebiet der Amtsbereiche Anklam-Land und Züssow gibt es entlang des Peeneflusses vereinzelt „Wachstumsinseln“, mit nur einer Tagespflegeperson in Groß-Polzin jedoch nur ein eingeschränktes Angebot, das außerdem vom südlichen Teil der Peene faktisch nicht zu erreichen ist.

Aufgrund fehlender kleinräumiger Daten, z.B. zur Entwicklungsdynamik des Platzangebotes und zur Qualität der Bildung, Betreuung und Erziehung in den Kindertageseinrichtungen, können an dieser Stelle keine direkten Zusammenhänge zwischen der demographischen Entwicklung und der Entwicklung von Angeboten hergestellt werden. Die Betrachtung gibt jedoch erste Hinweise auf die unterschiedlichen regionalen Entwicklungsvoraussetzungen von Gemeinden bei der Gestaltung frühkindlicher Angebote. Auch verweisen die kleinräumigen Daten auf Einrichtungen mit ähnlichen demographischen Entwicklungen und somit auf das Erfahrungsaustauschpotential zwischen den Einrichtungen.

Karte 8:
Verteilung und Entwicklung der Kinder im Alter von unter 6 Jahren (2000 bis 2010)
Lk VG, Gemeinden

Datenquellen:
1. Bevölkerung nach Altersgruppen: Stat. Amt MV
2. Geo-Daten:
a) Katasteramt des Lk VG,
b) openstreetmap.org



Entwicklung der verfügbaren Plätze in Kindertageseinrichtungen

Die **Abbildung 16** zeigt die Entwicklung der verfügbaren Plätze und damit der Kapazität von Kindertageseinrichtungen in den Altkreisen seit 1989.[19] Nach einem starken Kapazitätsabbau in den 1990er Jahren wurde ab dem Jahr 2006 in allen Teilräumen die Anzahl der verfügbaren Plätze in Kindertageseinrichtungen wieder ausgebaut.

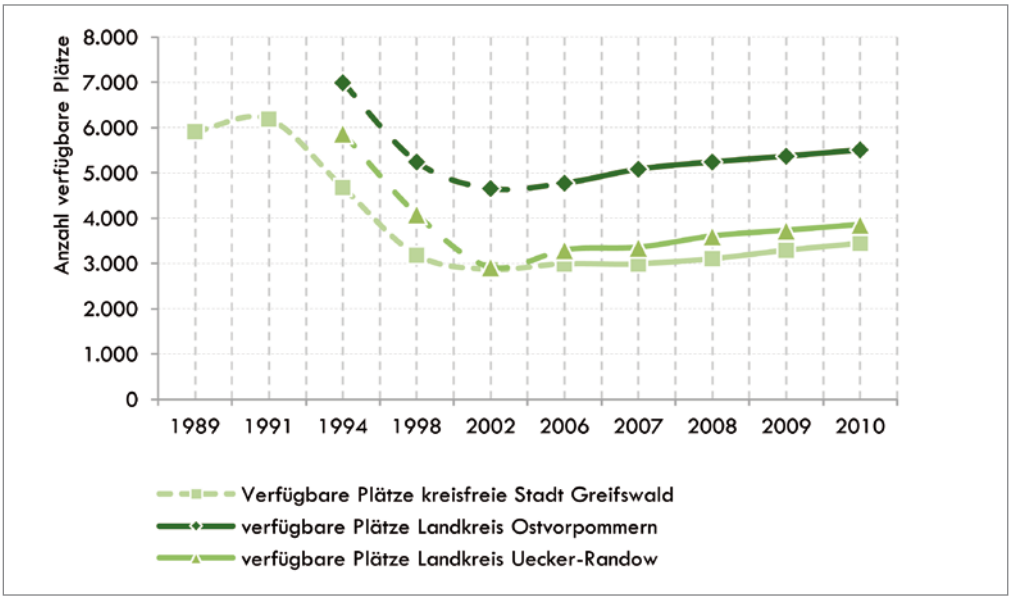
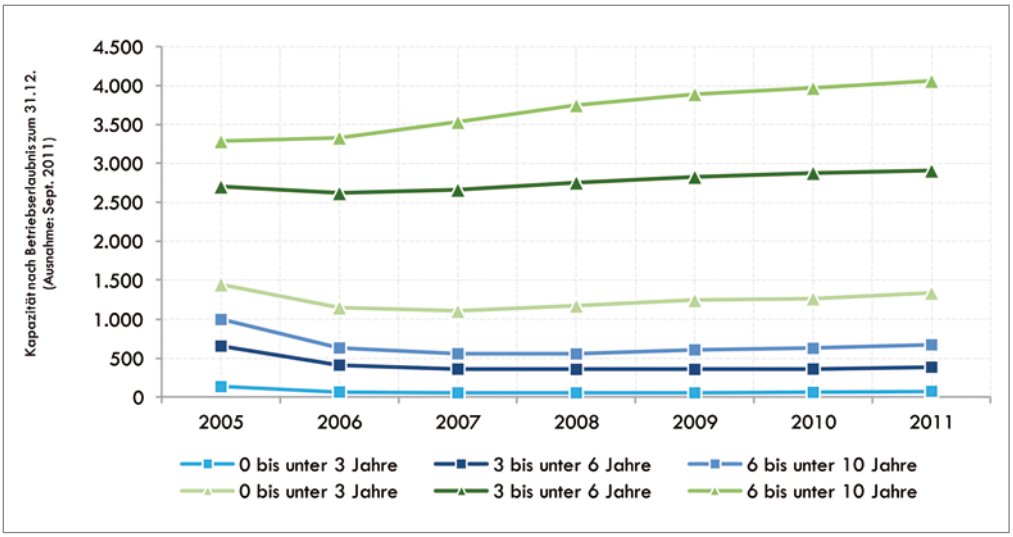


Abbildung 16:
Entwicklung der verfügbaren Plätze in Kindertageseinrichtungen (1989 bis 2010)
Altkreise

Datenquelle:
Stat. Amt MV, 2011

Im Altkreis UER hielt der Kapazitätsabbau bei den öffentlichen Trägern bis zum Jahr 2007 an. Danach wurden wieder mehr Plätze für öffentliche Träger genehmigt, besonders im Bereich für Kinder von 6 bis unter 10 Jahren und 3 bis unter 6 Jahren. Die höchste Ausbauintensität über die Jahre 2005 bis 2011 ist bei Plätzen privater Träger für Kinder der Altersgruppe von 6 bis unter 10 Jahren (Hort) zu finden **(vgl. Abbildung 17)**.

Seit dem Jahr 2008 kann für den Lk UER auch ein kontinuierlich steigender Ausbau der Krippenplätze bei privaten und öffentlichen Trägern festgestellt werden, der etwas stärker bei privaten Trägern und hier besonders stark in den Jahren 2010 und 2011 ausfällt.



blau – öffentlich | grün – privat

Abbildung 17:
Entwicklung der Kapazität nach Betriebserlaubnis öffentlicher und privater Träger nach Altersgruppen der betreuten Kinder (2005 bis 2011)
Lk UER

Datenquelle:
Kindertagesstätten-bedarfsplanung Lk UER[20]

19 Die Kapazitäten werden im Zuge der Verhandlungen der Einrichtungsleitungen mit dem Jugendamt zur sog. Betriebserlaubnis festgelegt. In diesen Verhandlungen werden die vorher planerisch ermittelten Bedarfe mit den Gegebenheiten vor Ort abgeglichen.

20 Im Jahr 2011 inklusive kurzfristige Über- und Unterbelegungen.

3.4.3 Inanspruchnahme bzw. Nutzung von Angeboten der Kindertagesbetreuung

Nach der Darstellung des Angebotes an Plätzen erfolgt nun eine Untersuchung der Nutzung bzw. der Inanspruchnahme. Im Februar 2011 wurden insgesamt 12.774 Kinder in 176 Kindertageseinrichtungen betreut, davon 2.055 im Alter von unter 3 Jahren, 6.272 Kinder zwischen 3 und 6 Jahren. Wie sich die Kinder auf die Altkreise verteilen und wie viele Kinder in den einzelnen Altersgruppen in diesen Einrichtungen im Jahr 2011 gemeldet waren, kann der nachstehenden Tabelle entnommen werden.

Tabelle 14:
Belegte Plätze in Kindertageseinrichtungen nach Altersgruppen (Feb. 2011)
Altkreise

Altersgruppe der betreuten Kinder	**Gebiet** (Altkreise bzw. Teil des ehem. Lk Demmin)	**Anzahl belegte Plätze in Kindertagesein-richtungen (2011)**
unter 3 Jahre	Demmin	109
	Greifswald	570
	OVP	777
	UER	599
3 bis unter 6 Jahre	Demmin	361
	Greifswald	1.583
	OVP	2.511
	UER	1.817
6 bis unter 10 Jahren (Hort bzw. Schulkinder)	Demmin	241
	Greifswald	1.237
	OVP	1.729
	UER	1.250
unter 10 Jahre (insg.)	Demmin	711
	Greifswald	3.390
	OVP	4.998
	UER	3.675

Quelle: LAGuS MV, Stat. Amt MV, Kernindikatorensatz C, Tab. C 7.1

Entwicklung von Krippenversorgung und Krippenbelegung

Die **Abbildung 18** zeigt die Entwicklung der Anzahl von belegten Krippenplätzen und die Entwicklung der Bevölkerung im Alter von unter 3 Jahren zwischen 2006 und 2010.

In der Tendenz ist die Entwicklung der Anzahl der Kinder nahezu stabil bis leicht steigend. Die Anzahl der unter 3-jährigen Kinder hat sich von 5.329 auf 5.384 erhöht. Die Anzahl der tatsächlich belegten Krippenplätze ist in derselben Zeit von 1.676 auf 2.067 recht deutlich gestiegen.

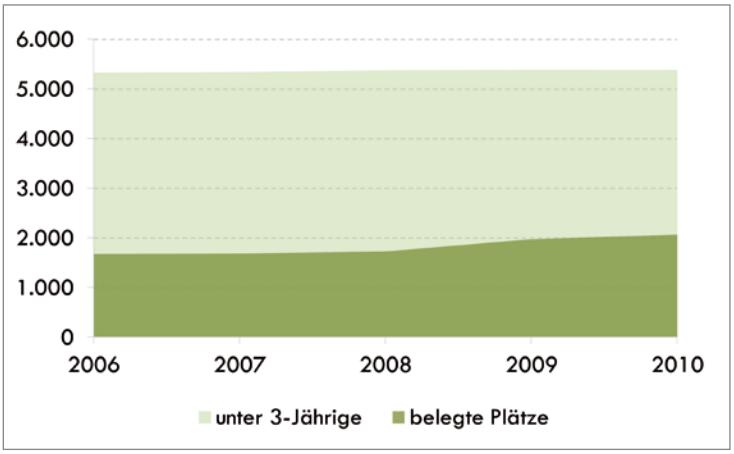


Abbildung 18:
Entwicklung der Bevölkerung im Krippenalter und Anzahl der belegten Plätze in Kindertageseinrichtungen (2005 bis 2010)
Lk VG (ohne Ämter des ehem. Lk Demmin)

Datenquelle:
Stat. Amt MV, Bevölkerungsfortschreibung, LaGuS MV, Kindertagesstättenbedarfsplanung ehem. Lk UER

Einen räumlich differenzierten Einblick zu dieser Entwicklung erlaubt die **Abbildung 19**. Auf Ebene der Altkreise lassen sich Unterschiede in der Bevölkerungsentwicklung zwischen Stadt und ländlichen Gemeinden ausmachen. So war die Anzahl von unter 3-Jährigen in den ehem. Lk eher rückläufig, während sie vor allem in der Stadt Greifswald angestiegen ist.

Parallel dazu stiegen in allen ehemaligen Gebietskörperschaften die Belegungszahlen im Krippenbereich an. Besonders in Greifswald und OVP wurden seit 2008 wieder deutlich mehr Krippenplätze belegt. Von den zwischen 2006 und 2010 zusätzlich belegten Krippenplätzen (391) stammen 75 Kinder aus UER, 184 Kinder aus OVP und 132 Kinder aus Greifswald. Eine detaillierte Übersicht über die Belegungszahlen für das Jahr 2011 für den gesamten Lk VG kann im Kapitel Inanspruchnahme bzw. Nutzung von Angeboten der Kindertagesbetreuung gefunden werden.

Weiterhin wird in **Abbildung 19** die Entwicklung der Kapazität (alle verfügbaren Plätze) in Krippeneinrichtungen gezeigt.[21] Die Entwicklung kann aufgrund der vorliegenden Daten nur für den Lk UER nachgezeichnet werden. Hier kann im Jahr 2010 im Vergleich zum Jahr 2006 eine Steigerung der rechnerisch verfügbaren Plätze der Krippen des Lk UER um 116 Plätze festgestellt werden, von denen, wie oben beschrieben, 75 Plätze genutzt wurden.

Insgesamt deuten die tendenziell steigenden Belegungen, vor dem Hintergrund konstanter, teilweise sogar rückläufiger Bevölkerungszahlen, auf eine steigende Nachfrage nach Krippenangeboten.

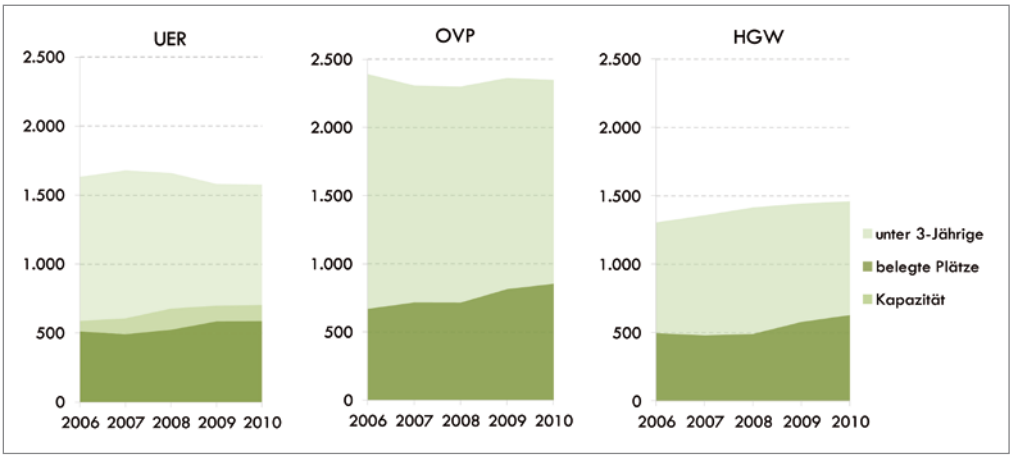


Abbildung 19:
Entwicklung der Bevölkerung im Krippenalter und Anzahl der belegten Plätze in Kindertageseinrichtungen (2005 bis 2010)
Altkreise

Datenquelle:
Stat. Amt MV, Bevölkerungsfortschreibung, LaGuS MV, Kindertagesstättenbedarfsplanung ehem. Lk UER

21 Kapazität nach Betriebserlaubnis gemäß § 45 SGB VIII.

Die **Tabelle 15** zeigt die Entwicklung verschiedener Indikatoren der Versorgung und Inanspruchnahme für den ehem. Lk UER, zwischen 2007 und 2010. Trotz leicht sinkender Anzahl der Kinder sind die Kapazitäten und die tatsächlich belegten Plätze gestiegen. Der Ausbau von Plätzen geht demnach mit einer stärker werdenden Nutzung des Krippenangebots einher.

Außerdem zeigen die dargestellten Quoten ein positives Entwicklungsbild im Hinblick auf die Bereitstellung und Nutzung von Plätzen in Kindertagesstätten des Altkreises UER. Dazu zählt eine um 10 Prozentpunkte verbesserte Versorgungsquote von ca. 70 Prozent, eine um 12 Prozentpunkte erhöhte Betreuungsquote von 52 Prozent, bei einem um 7 Prozentpunkte verbesserten Auslastungsgrad (2007–2010). Bemerkenswert ist dabei die Rolle von Tagespflegepersonen. Ohne Tagespflegepersonen würde im ehem. Lk UER nur eine Versorgungsquote von weniger als 50 Prozent erzielt werden.

Methodische Hinweise:

- Versorgungsquote: Anzahl verfügbarer Plätze je Kinder im frühkindlichen Alter
- Betreuungsquote: Anzahl belegter Plätze je Kinder im frühkindlichen Alter
- Kapazität: alle verfügbaren Plätze einer Einrichtung bzw. der Einrichtungen einer Region
- Auslastungsgrad: belegte Plätze je verfügbare Plätze

Ein hoher Versorgungsgrad verringert sich rechnerisch durch die Auswahl einer anderen Referenzaltersgruppe, nämlich hier durch Einbeziehung der zurückgestellten Kinder.

Tabelle 15: Überblicksdarstellung wesentlicher Kennzahlen zur Versorgung und Inanspruchnahme von Kindertagesstätten für Kinder im Krippenalter (2007 bis 2010)
Altkreis UER

Beschreibung der Daten bzw. Kennzahlen		Jahr	
		2007	**2010**
A	Einwohner unter 3 Jahren	1.678	1.575
B1	Verfügbare Plätze (ohne Kindertagespflege)	605	703
B2	Verfügbare Plätze (mit Kindertagespflege)	1.007	1.113
C1	Tatsächlich belegte Plätze (ohne Kindertagespflege)	490	585
C2	Tatsächlich belegte Plätze (mit Kindertagespflegepersonen)	660	812
B1/A	Versorgungsquote1 ohne Kindertagespflegeperson in Prozent	36,1	44,6
B2/A	Versorgungsquote2 mit Kindertagespflegeperson in Prozent	60,0	70,7
C1/B1	Auslastungsgrad1 ohne Kindertagespflegeperson in Prozent	81,0	83,2
C2/B2	Auslastungsgrad 2 mit Kindertagespflegeperson in Prozent	65,5	73,0
C1/A	Besuchsquote1 ohne Kindertagespflegeperson in Prozent	29,2	37,1
C2/A	Betreuungsquote2 mit Kindertagespflegeperson in Prozent	39,3	51,6

Datenquellen: Kindertagesstättenbedarfsplanung Lk UER 2008, Stat. Amt MV 2011

Belegte Plätze in Kindertageseinrichtungen nach Altersgruppen und Trägerschaft

In beiden ehem. Lk OVP und UER befanden sich im Jahr 2010 gegenüber dem Vorjahr insgesamt wieder mehr Kinder in der Kindertagesbetreuung, wobei die Steigerungen in OVP etwas deutlicher waren. Die Betreuungszahlen stiegen in OVP von 5.363 auf 5.530 Kinder, in UER von 3.822 auf 3.889 Kinder **(vgl. Abbildung 20 und Abbildung 21)**.

Den größten Anteil an der Betreuung der insgesamt 1.998 Krippenkinder tragen in beiden ehemaligen Lk die freien Träger mit insgesamt 1.275 Kindern. Fast halb so viele, nämlich 560 Kinder, wurden im Jahr 2010 durch Tagespflegepersonen der beiden Altkreise betreut. Dies waren 37 Kinder mehr als im Vorjahr 2009 und damit mehr zusätzlich betreute Kinder als bei den Kindertageseinrichtungen in freier Trägerschaft.

Die öffentlichen Träger spielen im Bereich der Betreuung der Kinder bis drei Jahren zahlenmäßig eine geringere Rolle. Allerdings kann hier das stärkste Aufholen im Ausbau der Betreuungsplätze für unter 3-jährige Kinder, besonders im Lk OVP, festgestellt werden.

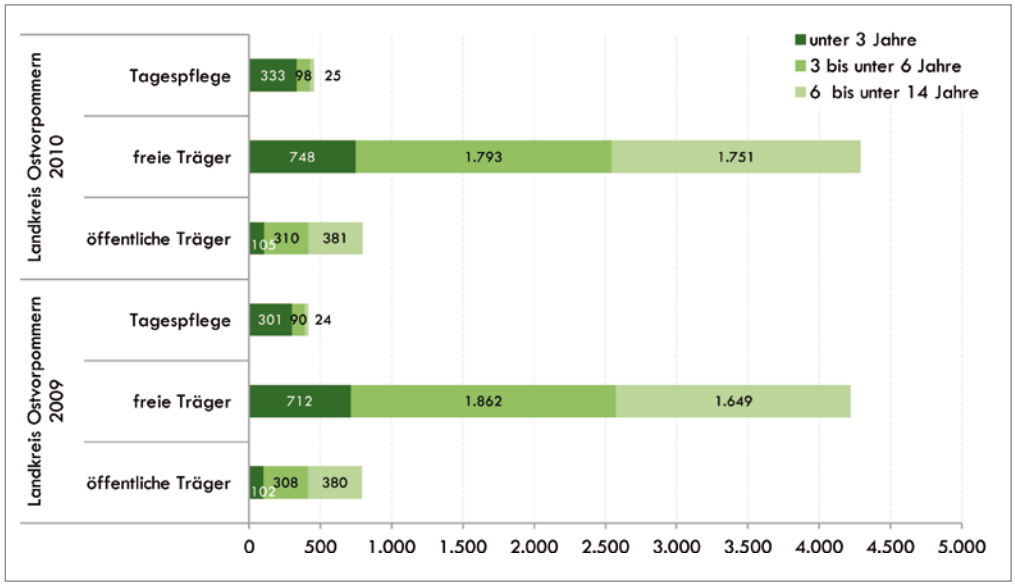


Abbildung 20:
Belegte Plätze in Kindertageseinrichtungen nach Träger und Kindertagespflege (2009, 2010)
Lk OVP, nach Altersgruppen

Datenquelle:
Stat. Amt MV,
Kernindikatorensatz C,
Tab. C 7.1

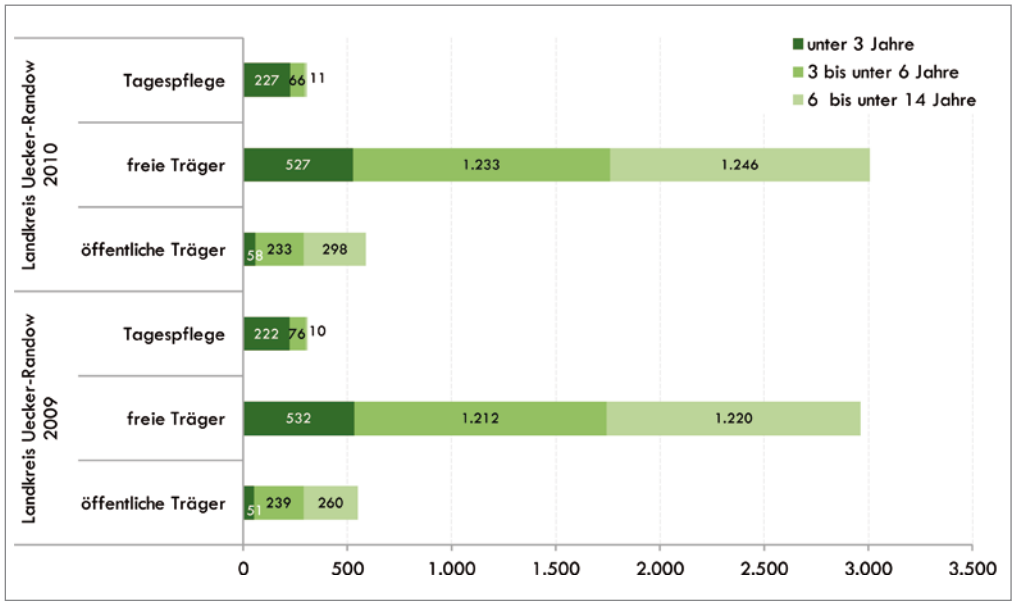


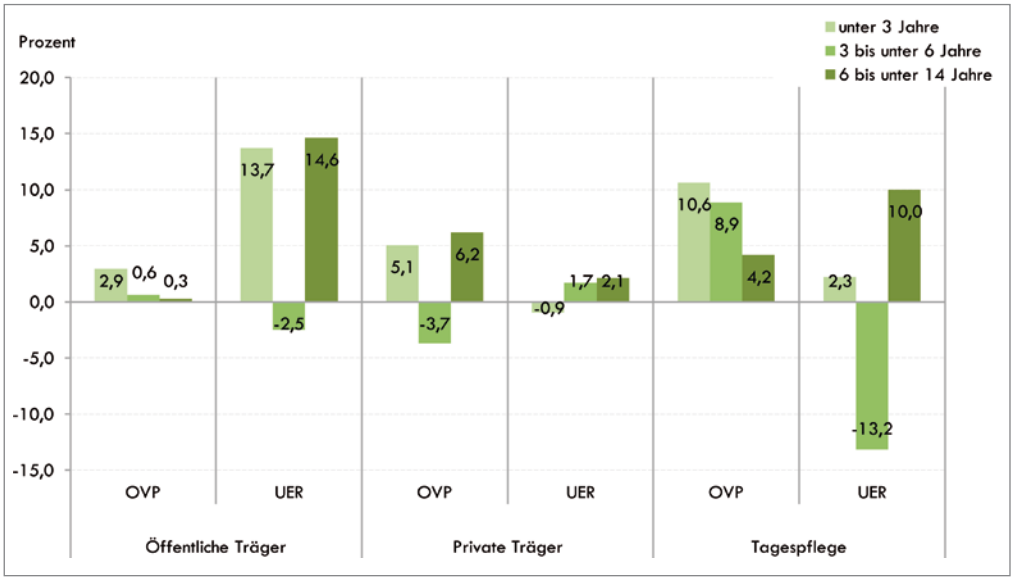
Abbildung 21:
Belegte Plätze in Kindertageseinrichtungen nach Träger und Kindertagespflege (2009, 2010)
Altkreis UER, nach Altersgruppen

Datenquelle:
Stat. Amt MV,
Kernindikatorensatz C,
Tab. C 7.1

Kurzfristige Veränderungsdynamik belegter Plätze in der Kindertagesbetreuung zwischen 2009 und 2010

Im Jahr 2010 sind wieder mehr Kinder in Kindertagesstätten zu finden. Eine positive relative Entwicklungsdynamik verzeichneten besonders Einrichtungen öffentlicher Träger für Kinder im Krippen- und Hortalter auf dem Gebiet des Lk UER. In OVP fand der größte Anstieg der Belegungszahlen in den Kinderkrippen statt.
Relativ starke Nachfrageverluste hatten die Tagespflegepersonen auf dem Gebiet des Lk UER für Angebote für Kinder im Kindergartenalter zu verzeichnen. Hier gingen die Belegungszahlen um mehr als 13 Prozent (10 Kinder) zurück.

Abbildung 22:
Veränderung der Belegungszahlen der Kinder in Kinderbetreuung im Jahr 2010 gegenüber dem Vorjahr
in Prozent, nach Altersgruppen

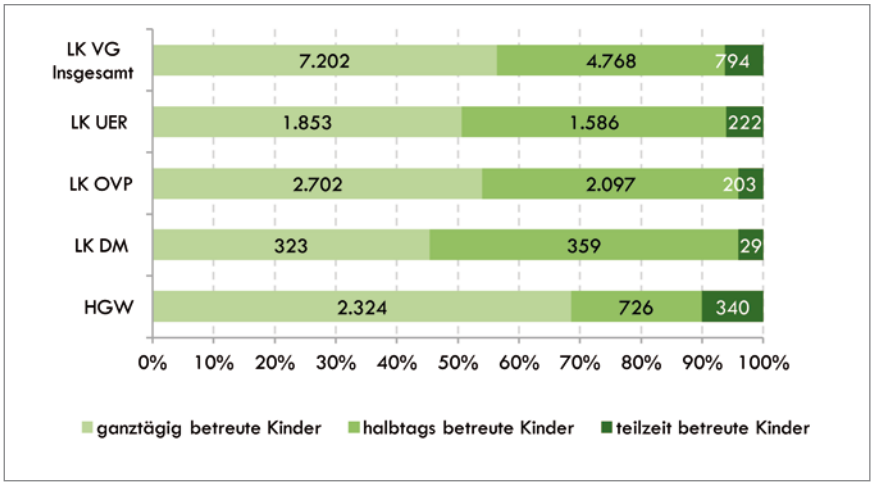


Datenquelle:
Stat. Amt MV,
Kernindikatorensatz C,
Tab. C 7.1

Betreuungszeiten

Zur weiteren Charakterisierung des Platzangebotes erfolgt an dieser Stelle eine Übersicht über die Betreuungszeiten von Kindern in Kindertageseinrichtungen des Lk VG. Auffällig ist der große Anteil ganztägig betreuter Kinder von über 50 Prozent. In der Stadt Greifswald ist ihr Anteil mit 68 Prozent am höchsten (**Tabelle 56 und Abbildung 23**).

Abbildung 23:
Übersicht über Betreuungszeiten in allen Kindertagesstätten in Teilräumen des Lk VG im Februar 2011



Datenquellen:
LAGuS MV,
KiTafachplanung UER,
OVP, 2011

Größere Unterschiede in den Betreuungszeiten unterschiedlicher Altersgruppen zwischen den ehem. Lk OVP und UER gibt es bei den halbtags betreuten Kindern im Krippenalter. Im Lk UER befinden sich anteilig an allen Halbtagsplätzen ca. 4 Prozent mehr Halbtagsplätze im Krippenbereich. Der größte Anteil der Halbtagsbetreuung besteht jeweils für Hort-Kinder (über 70 Prozent). Kinder im Kindergarten- und Hortalter werden zu etwa gleichen Teilen teilzeitbetreut, also zwischen 5 und 7 Stunden. Eine Ganztagsbetreuung ereignet sich überwiegend im Kindergartenalter (etwa 60 Prozent) (**Tabelle 16**).

Betreuungs-dauer	Gebiet	Anteil der Kinder an der jeweiligen Betreuungsdauer in Prozent		
		unter 3 Jahre	3 bis unter 6 Jahre	6 bis unter 14 Jahre
halbtags	OVP	12,4	10,0	77,6
	UER	16,6	12,1	71,4
teilzeit	OVP	10,9	44,4	44,7
	UER	9,2	43,3	47,5
ganztags	OVP	25,8	60,0	14,1
	UER	23,5	60,8	15,7

Tabelle 16:
Anteil belegter Plätze in Kindertageseinrichtungen (ohne Kindertagespflege) an einzelnen Betreuungszeiten (2010)
Lk VG

Datenquelle:
Stat. Amt MV,
Kernindikatorensatz C

Zwischen 2009 und 2010 ging dabei der Trend hin zu mehr ganztägiger Betreuung (**Abbildung 24**). Der Anteil der ganztägig betreuten Kinder unter 3 Jahren stieg in OVP um 10 Prozent und in UER um 5 Prozent an und näherte sich damit dem Durchschnittswert in den neuen Bundesländern des Jahres 2009 von 67 Prozent an.[22]

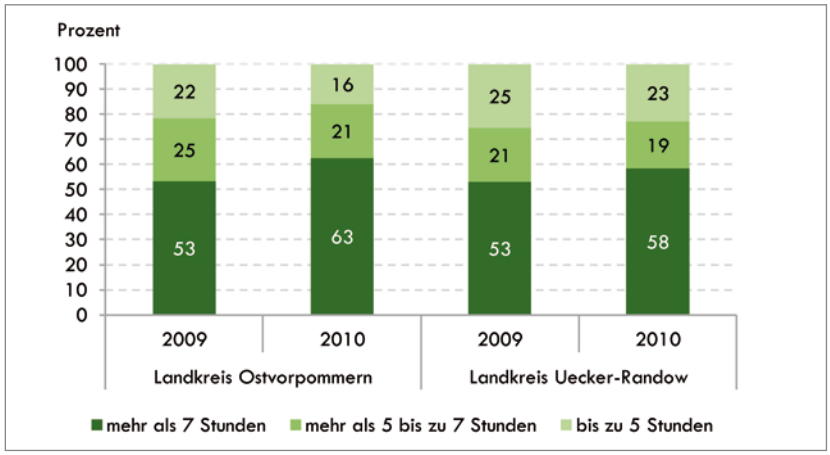


Abbildung 24:
Anteil der Kinder unter 3 Jahren nach täglicher Betreuungszeit (2009 und 2010)
Altkreise OVP und UER, in Prozent

Datenquelle:
Stat. Amt MV,
Kernindikatorensatz C,
Tab. C 7.2

Mit 61 Prozent in OVP und 57 Prozent in UER wird der weitaus größte Teil ganztägiger Betreuung von Kindern im Krippenalter von privaten Trägern geleistet. Im ehem. Lk UER wurden weitere 37 Prozent und in OVP 33 Prozent durch Tagespflegepersonen betreut (**Tabelle 17**). In Zukunft könnte in dem Flächenkreis VG den alternativen Angeboten bei der Betreuung von Kindern im Krippenalter eine steigende Bedeutung zukommen.

	Lk OVP			Lk UER		
Träger	öffentlich	privat	Kinder-tagespflege	öffentlich	privat	Kinder-tagespflege
Anzahl	44	440	236	26	271	178
Anteil von ganz-tägig betr. unter 3-Jährigen	6	61	33	5	57	37

Tabelle 17:
Anzahl der betreuten Kinder unter 3 Jahren nach Art der Trägerschaft und Anteil ganztägig betreuter Kinder im Krippenalter an allen Kindern der Altersgruppe (2010)
Altkreise

Datenquelle:
Stat. Amt MV,
Kernindikatorensatz C,
Tab. C 7.2

22 Vgl. Nationaler Bildungsbericht 2010.

Mit Kindertagesbetreuung im Ganztagsbereich ist u.a. die Möglichkeit verbunden, bereits im frühkindlichen Alter Bildungsansätze stärker zu verfolgen. Gezielte und kindgerechte pädagogische Förderung kann den Grundstein für den weiteren Bildungsverlauf legen. Auch deshalb sind Angebote der Kindertagesbetreuung ein wichtiges Instrument der Chancengleichheit von Kindern aus sogenannten bildungsfernen Familien.

Im Kapitel Rahmenbedingungen wurde bereits auf die schwierige finanzielle Situation vieler Familien hingewiesen. Mehr als eine statistische Randnotiz ist deshalb auch die gute Entwicklung der Mittagsverpflegung. Jedes ganztägig betreute Kind erhält in beiden ehem. Lk eine geförderte Mittagsverpflegung.[23] Die Betreuungskosten werden für Eltern mit geringem Einkommen im Lk ganz oder teilweise übernommen. Im Jahr 2008 wurden im Altkreis UER bereits 60 Prozent der Elternbeiträge vom Lk finanziert.[24]

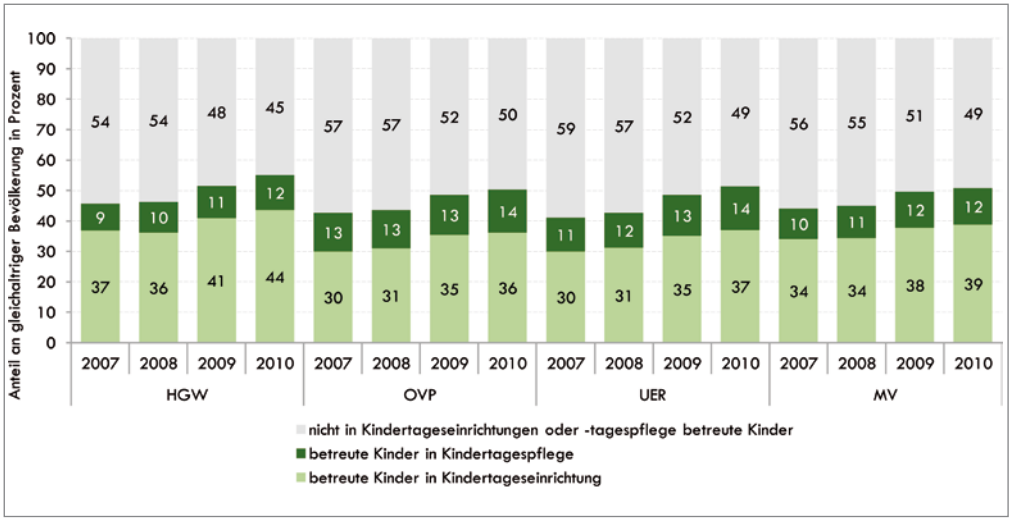
Vor diesem Hintergrund spielt auch das Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes eine wichtige Rolle, welches die Ergänzung einer Leistungsförderung, z.B. bei der Mittagsverpflegung, erlaubt. Allerdings werden diese Mittel von den Eltern bisher nicht vollständig ausgeschöpft.

3.4.4 Entwicklung der Betreuungsquoten

Die Betreuungsquote, als Anteil von betreuten Kindern an den Kindern insgesamt, beschreibt die Teilnahme an frühkindlichen Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsangeboten. Die Quoten sind seit dem Jahr 2007 kontinuierlich gestiegen, sowohl bei Tagespflegepersonen als auch in Kindertageseinrichtungen.

So wird seit dem Jahr 2010 eine knappe Mehrheit von 51 Prozent der Kinder unter drei Jahren in Kindertagesstätten betreut. Die Werte liegen sogar über dem Landesdurchschnitt **(vgl. Abbildung 25)**. In den beiden ehem. Lk haben Tagespflegepersonen einen etwas größeren Anteil an der Betreuung als in Greifswald, ihre Bedeutung steigt jedoch tendenziell in allen Teilräumen.

Abbildung 25:
Vergleich der Entwicklung der Betreuungsquoten von Kindern im Krippenalter unter 3 Jahren (2007 bis 2010)
Lk VG, MV



Datenquelle:
Bundesamt für Statistik

23 Stat. Amt MV, Kernindikatorensatz C.
24 KiTa-Bedarfsplanung UER 2008.

Die **Abbildung 26** zeigt auch für Kinder im Kindergartenalter steigende Besuchsquoten. In den Jahren 2007 bis 2010 stieg der Anteil der in Kindertageseinrichtungen betreuten Kinder im Alter von drei bis fünf Jahren in OVP und UER jeweils um etwa 3 Prozent an, lag aber jeweils unterhalb der Durchschnittswerte in MV und sogar unterhalb der Werte im gesamten Bundesgebiet.

In der Stadt Greifswald befanden sich im selben Zeitraum immer mehr Kinder zwischen drei und unter sechs Jahren in Kindertageseinrichtungen als in derselben Altersgruppe in der Stadt selbst gemeldet waren. Bei kleinräumiger Betrachtung der Betreuungsquoten setzt sich die Tendenz im städtischen Umland fort. Hier bringen die Eltern ihre Kinder häufiger in die meist belegungszahlenmäßig größeren Einrichtungen der Städte **(vgl. Kap. 2.3)**.

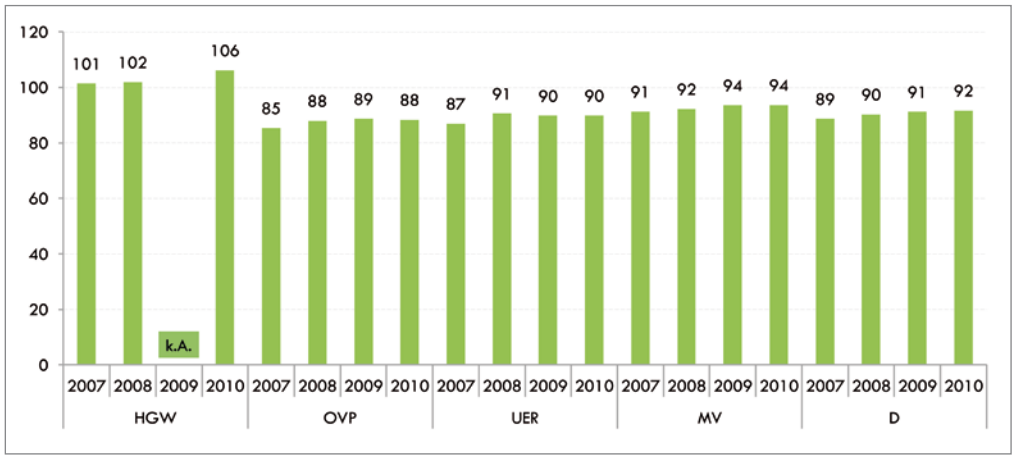


Abbildung 26:
Vergleich der Entwicklung der Besuchsquote von Kindern im Alter von drei bis unter 6 Jahren (2007 bis 2010)
Lk VG, MV, Deutschland

Datenquelle:
Bundesamt für Statistik

3.4.5 Auslastungsgrad von Kindertageseinrichtungen

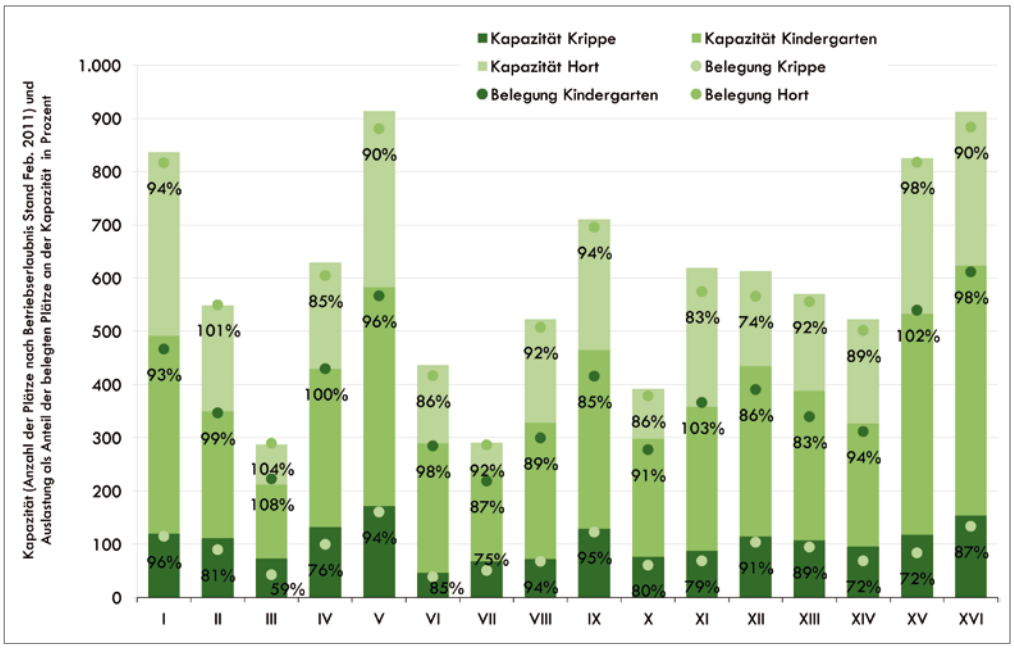
„Der Grad der Auslastung von Plätzen in Kindertageseinrichtungen ist ein Indikator für die Passung zwischen Angebot und Nachfrage – je näher die Auslastung gegen 100 Prozent tendiert, desto wirtschaftlicher ist das Angebot. Eine nahezu 100-prozentige Auslastung offenbart jedoch auch eventuellen Bedarf an weiteren Plätzen in der Kindertagesbetreuung. In einigen Fällen kann es zu Auslastungsgraden über 100 Prozent kommen, wenn z.B. die Zusammensetzung der Kinder, die vormittags oder nachmittags kommen, unterschiedlich ist. Insofern ist eine kleinräumige Ermittlung des Auslastungsgrads in Relation zu den demographischen Daten der Gebietseinheit sinnvoll für die Abschätzung der künftigen Bedarfsentwicklung.“[25]

In der **Abbildung 27** sind den Kapazitäten der Kindertageseinrichtungen nach Betriebserlaubnis in den 16 Ämtern der Lk OVP und Lk UER, die tatsächlichen Belegungszahlen gegenübergestellt. Die Auslastung aller Kindertageseinrichtungen (ohne Kindertagespflegepersonen) in OVP und UER betrug im Februar 2011 ca. 90 Prozent. In Krippen wurde der geringste Auslastungsgrad erreicht, nämlich ca. 83 Prozent. Hier gibt es also die größten Belegungsreserven. Die genehmigten Hortplätze sind im Durchschnitt der beiden ehem. Lk zu 91 Prozent ausgelastet.

Auf Ämterebene betrachtet schwankt die Auslastung teilweise erheblich. Im Krippenbereich zwischen 69 Prozent (Stadt Strasburg) und 96 Prozent (Pasewalk), im Bereich der Plätze für Kinder zwischen drei und unter sechs Jahren zwischen 83 Prozent (Amt Züssow) und 108 Prozent (Stadt Strasburg) sowie im Bereich der Hortplätze zwischen 85 Prozent (Amt Stettiner Haff) und 104 Prozent (Stadt Strasburg).

25 Leitfaden zum Aufbau eines kommunalen Bildungsmonitorings.

Abbildung 27: Vorgehaltene Plätze nach Betriebserlaubnis und Auslastungsgrad von Kindertageseinrichtungen (Februar 2011) Lk VG, Ämter (ohne ehem. Demmin und HGW)



Datenquelle: Stat. Amt MV, Kernindikatorensatz C, Tab. C 7.3

I Pasewalk, II Ueckermünde, III Strasburg, IV Am Stettiner Haff, V Torgelow/Ferdinandshof, VI Löcknitz-Penkun, VII UER-Tal, VIII Usedom-Nord, IX Usedom-Süd, X Anklam-Land, XI Landhagen, XII Züssow, XIII Lubmin, XIV Dreikaiserbäder, XV Am Peenestrom, XVI Stadt Anklam

3.5 Regionale Personalentwicklung in der Kindertagesbetreuung

Im Februar 2011 wurden 1.648 tätige Personen in Kindertageseinrichtungen im Lk VG gezählt. Damit sind die Beschäftigtenzahlen im frühkindlichen Bereich in den vergangenen Jahren gestiegen. Durchschnittlich betrug das Alter 46 Jahre und die Arbeitszeit 31h in der Woche. Ca. ¼ der Arbeitskräfte arbeitete weniger als 30h in der Woche.

Der erste Bildungsbericht des Landes Mecklenburg-Vorpommern 2011 hebt die Bedeutung der Fachkräfte als Schlüssel zur Qualitätsentwicklung hervor. Im Rahmen einer Befragung von regionalen Entscheidungsträgern der ehem. Lk OVP und UER konnten bereits einige Stärken und Schwächen aufgezeigt werden. Die aktuelle Fachkräftesituation im Bereich der frühkindlichen Bildung wurde von den regionalen Experten häufig als problematisch beschrieben.

3.5.1 Entwicklung der Anzahl der Arbeitskräfte

Die **Abbildung 28** zeigt für die Jahre 2007 bis 2010 eine deutliche Zunahme der Anzahl der Fachkräfte in den Kindertageseinrichtungen der Altkreise, wobei die Steigerungen sowohl das pädagogische als auch das nicht pädagogische Personal umfassten. Im ehem. Lk OVP gab es deutlich höhere Anteile von nicht pädagogischem Personal in Kindertagesstätten (2019: OVP 22 Prozent | UER 15 Prozent).

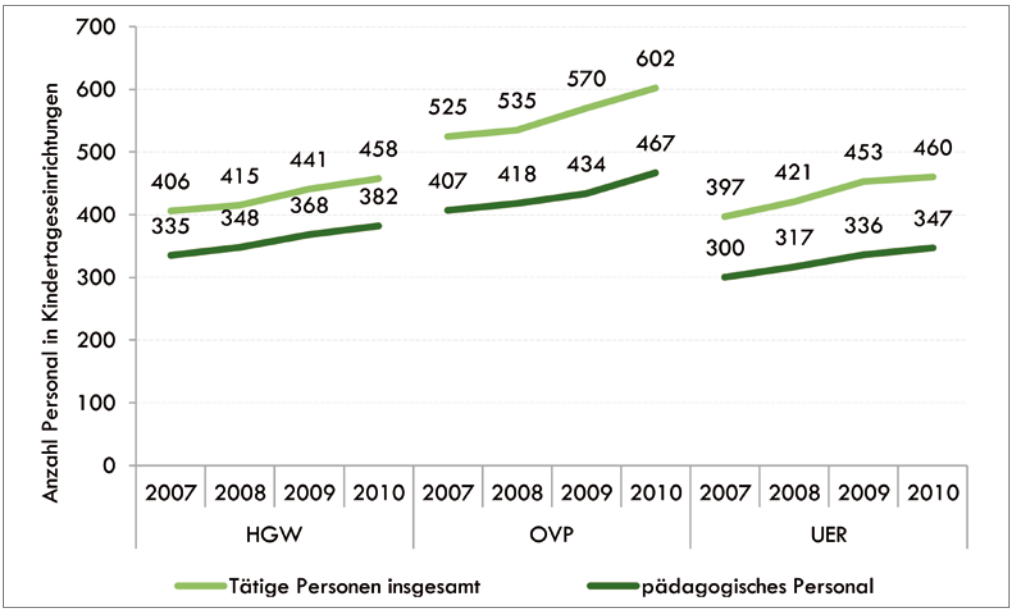


Abbildung 28:
Entwicklung der Anzahl des pädagogischen Personals in Kindertageseinrichtungen (2007–2010)[26]
Altkreise

Datenquelle:
Stat. Amt MV,
Kernindikatorensatz C,
Tab. C 9.1

Erzieher-Kind-Relation

Die Erzieher-Kind-Relation ist das Verhältnis von in Anspruch genommenen Plätzen zum pädagogischen Fachpersonal. Je kleiner dieser Wert, desto mehr Pädagogen stehen für die Betreuung der Kinder zur Verfügung. Damit ist dieser Indikator aber nicht ausschließlich ein Maß für die Qualität pädagogischer Arbeit. Nach Berechnungen der Bertelsmann Stiftung betrug der auf diese Weise gefundene „Erzieher-Kind-Schlüssel“[27] für Kinder im Kindergartenalter in Mecklenburg-Vorpommern 13,6 im Jahr 2008 und lag damit am oberen Rand der Werte im deutschlandweiten Vergleich. Nach Annahmen der Bertelsmann Stiftung wurden des Weiteren lediglich ¾ der Arbeitszeit für die tatsächliche „Arbeit am Kind“ verwendet.[28]

Als Maß für die Versorgung liefert die Entwicklung der Anzahl von genehmigten Plätzen in Kindertageseinrichtungen je vollzeitäquivalente Betreuungspersonen Anhaltpunkte für die Erzieher-Kind-Relation in VG. Durch Teilstellen können theoretisch auch mehr Personen beschäftigt sowie auch nicht alle genehmigten Plätze belegt sein.

Die Quoten liegen jedoch relativ günstig zwischen sieben und zehn Betreuungsplätzen auf eine Betreuungsperson. Innerregional zeigt sich ein höherer Personalbesatz in den ehem. Lk, besonders in OVP. Die Entwicklung zwischen 2007 und 2010 verlief überall relativ stabil, mit einem leichten Zuwachs von Betreuungspersonen in UER und OVP und einem leichten Rückgang in der Stadt Greifswald, was hier u.a. mit den höheren Besuchsquoten zusammenhängt **(Abbildung 29 und Abbildung 26)**.

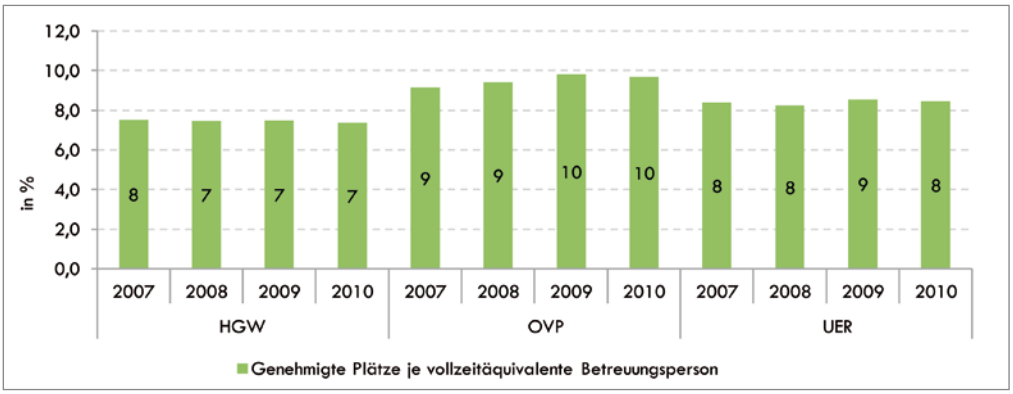


Abbildung 29:
Vergleich der Entwicklung der Anzahl der genehmigten Plätze je vollzeitäquivalente Betreuungsperson (2007 bis 2010)
Lk VG, MV, Deutschland

Datenquelle:
Bundesamt für Statistik

26 Anmerkung: Ab 2009 nur Erfassung von Vollzeitäquivalenten, beginnend ab Stichtag 1.3.2010 werden nebenberuflich Tätige in die Berechnung einbezogen.
27 Hier anders benannt, jedoch sachlich weiterhin ein „Kind-Erzieher-Schlüssel“.
28 Bertelsmann Stiftung: MV Übersicht Länderreport Frühkindliche Bildung, 2008, http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-430ED097-1D253323/bst/mv_a3.pdf.

Bei einer besseren Datenlage vor Ort könnte aus der Zahl der belegten Plätze und der Anzahl des pädagogischen Personals jeweils für verschiedene Altersgruppen ein wirklichkeitsnäheres Abbild der Entwicklung der Erzieher-Kind-Relationen gezeigt werden. Dazu wäre jedoch ein Abgleich der Fachkräfte je Art der Einrichtung notwendig, der anhand der vorliegenden statistischen Daten bisher nicht möglich war.

Exkurs: Die Erzieher-Kind-Relation

Ein günstiger Betreuungsschlüssel gilt als qualitätsfördernd. Für Mecklenburg-Vorpommern wird dieser gesetzlich geregelt im KiFöG MV und den Satzungen der Lk zur Umsetzung der Festlegungen aus dem KiFöG MV. Die Regelungen des § 10 Abs. 5 KiföG MV gelten nur für das Erzieher-Kind-Verhältnis.

Ein Betreuungsschlüssel für Tagespflegepersonen existiert nicht.

KiföG MV §10 (5): „Der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe stellt unter Berücksichtigung sozialer und sozialräumlicher Gegebenheiten sicher, dass eine pädagogische Fachkraft durchschnittlich
1. sechs Kinder bis zum vollendeten dritten Lebensjahr,
2. 17 Kinder ab vollendetem dritten Lebensjahr bis zum Schuleintritt oder
3. 22 Kinder im Grundschulalter

fördert."

Der Erzieher-Kind-Schlüssel wurde in der 3. Änderung des KiföG MV von 1:18 auf 1:17 gesenkt. Für die aktuelle Absenkung zahlt das Land 7 Mio. EUR an die Kommunen. Im Forschungsband 33 des Bundesministeriums für Bildung und Forschung „Indikatorenentwicklung für den nationalen Bildungsbericht werden Studien zitiert, die die Vorteile eines günstigen Erzieher-Kind-Schlüssels belegen. Abschließend wird im Forschungsband 33 festgehalten:

„Allerdings zeigen die vorliegenden Studien auch, dass nicht allein die Anzahl der Erzieher und Erzieherinnen ein Garant für pädagogische Qualität ist. So werden durch eine Verdoppelung des Personals nicht zugleich die pädagogischen Effekte verdoppelt. Vielmehr begünstigt ein verbesserter Personalschlüssel als einer von vielen Faktoren die Entwicklung der Kinder. Daneben spielt vor allem die Qualifikation der Fachkräfte eine entscheidende Rolle."

3.5.2 Altersstruktur der Fachkräfte

Bereits vor einigen Jahren zeichnete sich eine Veränderung der Altersstruktur hin zu älteren Fachkräften ab. Auch weiterhin werden immer mehr ältere Fachkräfte beschäftigt. In den nächsten Jahren ist dadurch voraussichtlich ein höherer altersbedingter Personalersatzbedarf zu erwarten.

Im Jahr 2011 betrug das Durchschnittsalter für Personal in Kindertageseinrichtungen im Lk VG 46 Jahre. Bezüglich der Altersstruktur für das Jahr 2011 können wir für den Lk VG auf kleinräumig differenzierte Daten des Landesjugendamtes und des Jugendamtes des Lk UER zurückgreifen. Hier werden lokale Unterschiede der Altersstruktur deutlich (nach Ämtern differenziert). Das höchste Durchschnittsalter ist in Einrichtungen im Amt Anklam Land mit 50 Jahren zu finden, das niedrigste Durchschnittsalter mit 44 Jahren in Einrichtungen der Ämter Peenetal-Loitz, Amt Landhagen und der Stadt Pasewalk.

Alter der Arbeitskräfte in Kindertageseinrichtungen

Die Personalaltersstruktur gibt u.a. Auskunft über mögliche Engpässe beim personellen Nachwuchs. Die nachfolgende **Abbildung 30** zeigt die Altersstruktur der Arbeitskräfte in Kindertageseinrichtungen von Lk OVP und Lk UER nach Altersgruppen.

Im Vergleich zu einer ausgewogenen Personalstruktur ist eine Entwicklung hin zu einer relativen Unterbesetzung mit Fachkräften im Alter von unter 40 Jahren, bei einer relativen Überbesetzung von Personal im Alter von über 50 Jahren auffällig sichtbar **(vgl. Abbildung 30)**.

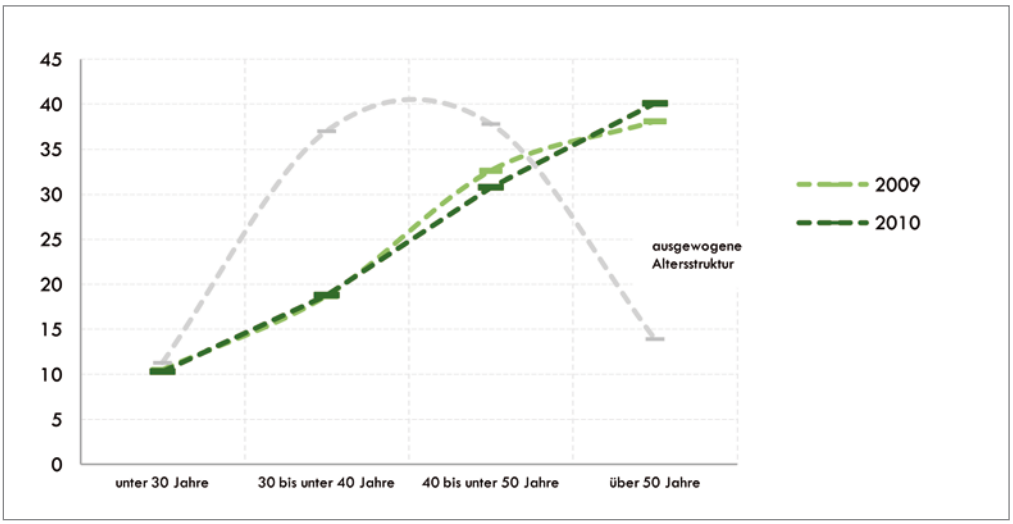


Abbildung 30: Veränderung der Altersstruktur des Personals in Kindertagesstätten
Altkreise OVP, UER (2009 bis 2011) ausgewogene Personalstruktur

Datenquelle: Stat. Amt MV, Kernindikatorensatz C, Tab. C 9.1[29]

Der Anteil junger Nachwuchskräfte im Alter von unter 30 Jahren ist sehr niedrig, vor allem bei den öffentlichen Trägern. Die mittleren Altersgruppen sind ebenfalls unterdurchschnittlich vertreten **(Abbildung 30)**. Parallel dazu ist der Anteil älterer Erzieherinnen über 50 Jahre sehr hoch. In beiden ehemaligen Lk zusammen sind 40 Prozent des Personals im Alter von über 50 Jahren. Bei den öffentlichen Trägern beider Lk sind es knapp mehr als die Hälfte, und zwar 57 der insgesamt 110 Arbeitskräfte in Kindertageseinrichtungen. Bereits mit der letzten Fachplanung für Kindertagesstätten Lk UER im Jahr 2008 wurde auf eine ungünstige Entwicklung der Altersstruktur hingewiesen **(Abbildung 31)**.

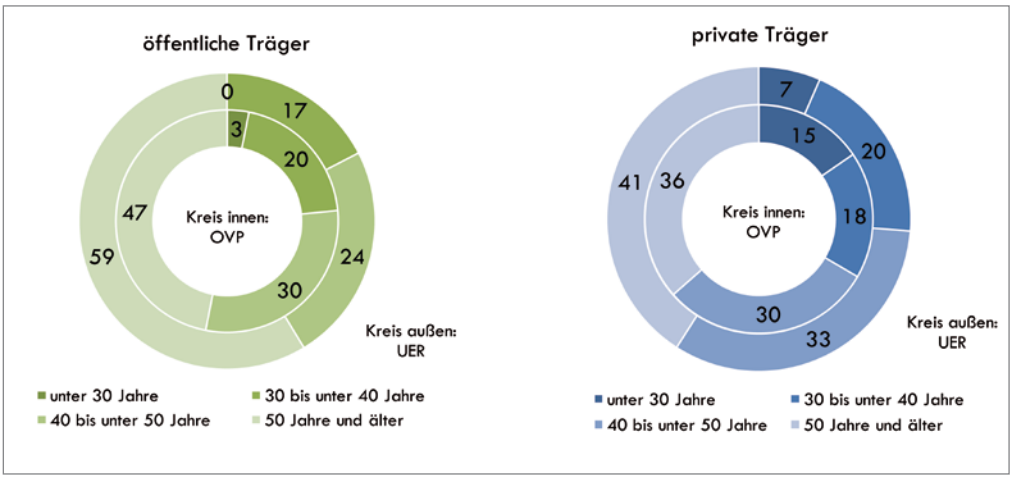


Abbildung 31: Altersstruktur des Personals in Kindertagesstätten nach Art der Trägerschaft
Altkreise OVP, UER (2010), Altersgruppen, in Prozent

Datenquelle: Stat. Amt MV, Kernindikatorensatz C, Tab. C 9.1a

Der Anteil des älteren Personals in Kindertagesstätten wird sich in den nächsten Jahren weiter erhöhen. Es wurde auf Initiative des Lk UER, des BFZ und der ARGE im Jahr 2010 eine Klasse für eine zweijährige Direktausbildung zum staatlich anerkannten Erzieher zusammengestellt, um den

29 Anmerkung: Zur Darstellung der „ausgewogenen Personalstruktur" wurden Vergleichsdaten zur Erzieherstruktur des Lk UER aus dem Jahr 1996 herangezogen.

Fachkräftebedarfen kurzfristig gerecht zu werden. Darüber hinaus gibt es weitere Anbieter, die eine Ausbildung bzw. Umschulung zum staatlich anerkannten Erzieher ermöglichen, wie etwa die TFA. Auch nahe gelegene Hochschuleinrichtungen wie die Hochschule Neubrandenburg und die Universität Szczecin bieten praxisnahe Ausbildungen für Fachkräfte im frühkindlichen Bereich an.

Alter der Kindertagespflegepersonen

Die Altersstruktur der Kindertagespflegepersonen ist ähnlich der des Personals in Kindertageseinrichtungen. Auch hier überwiegen die älteren Personen, allerdings mit dem größten Anteil bei der Gruppe der 30- bis unter 40-Jährigen. Während im Jahr 2010 in den ehem. Lk OVP und UER zusammen nur etwa 1 Prozent der insgesamt 215 Kindertagespflegepersonen unter 30 Jahre alt war, macht die Gruppe der über 50-Jährigen 38 Prozent aus. Den größten Anteil hat hier mit 42 Prozent die Gruppe der 40- bis unter 50-Jährigen.

Tabelle 18:
Anteil verschiedener Altersgruppen an der Gesamtzahl der Kindertagespflegepersonen (2009 und 2010)
Altkreise OVP & UER

Jahr	Kreis	Kindertagespflegepersonen und zwar					
		Insg.	Weiblich	Im Alter von … bis unter … Jahren			
				unter 30 Jahre	30 bis unter 40 Jahre	40 bis unter 50 Jahre	50 Jahre und älter
		Anzahl		Anteil in Prozent von Gesamtzahl			
2009	Lk OVP	134	127	3,7	21,6	37,3	37,3
	Lk UER	82	82	1,2	15,9	48,8	34,1
2010	Lk OVP	133	127	1,5	20,3	37,6	40,6
	Lk UER	82	82	1,2	15,9	48,8	34,1
Veränderung im Jahr 2010 gegenüber Vorjahr in Prozent							
Lk OVP		0,8	0	-2,2	-1,3	0,3	3,3
Lk UER		0	0	0	0	0	0

Datenquelle: Stat. Amt MV, Kernindikatorensatz C, Tab. C 9.1b

Arbeitszeit der Fachkräfte

Da die Aufgaben mit dem KiföG MV gewachsen und auch die Anzahl der in Kindertagesstätten ganztägig gemeldeten Kinder leicht gestiegen ist, sind auch die Personaldecke und die Arbeitszeit des bestehenden Personals in den letzten Jahren gewachsen, wobei der zeitliche Umfang der Betreuung in Horten eher geringer ist als bei ganztägigen Erziehungs- und Bildungsaufgaben in Kindergärten.

Durchschnittlich arbeitete das Personal in den Kindertagesstätten des Lk VG im Februar 2011 etwa 31 Stunden pro Woche. Die Spannweite der Wochenarbeitszeit reicht von 28 Stunden pro Woche im Amt Jarmen-Tutow bis zu 36 Stunden pro Woche im Amt UER-Tal (**Tabelle 62**).

Im Vergleich zu den Vorjahren hat sich vermutlich aufgrund der oben genannten Umstände die Anzahl der Arbeitsstunden je Fachkraft kreisweit erhöht. Leider liegen hierzu derzeit keine verlässlichen und bereichsscharfen Daten (nach Alter der betreuten Kinder) vor.

3.5.3 Qualifikation und Multiprofessionalität

Qualifikationsprofile der Bildungsprofis

Der Qualifikation der pädagogischen Arbeitskräfte wird eine besondere Bedeutung bei der Qualitätsentwicklung von Kindertageseinrichtungen bescheinigt.

Die Grundqualifikation für Fachkräfte der frühen Bildung von Kindern ist die des staatlich anerkannten Erziehers. Alle Erzieher in Einrichtungen des Lk erfüllen diese gesetzliche Bestimmung (**Tabelle 64**). Zusätzlich wird pädagogisches Leitungspersonal nach § 10 KiföG benötigt. Integrative Einrichtungen benötigen darüber hinaus qualifiziertes Personal für sonderpädagogische Aufgaben.

Für den Lk VG ergibt sich für das Jahr 2011 folgende Verteilung der Qualifikationen: Die am häufigsten vorkommende Qualifikation ist die zum staatlich anerkannten Erzieher. Deutlich mehr als die Hälfte aller vorgehaltenen Qualifikationen, nämlich 66 Prozent, fallen auf diese Gruppe. Im Lk UER sind es sogar mehr als 70 Prozent. Damit ist diese gesetzlich vorgeschriebene Mindestqualifikation in allen Einrichtungen erfüllt. Weitere 12 Prozent sind Leitungsqualifikationen. In den ehem. Lk werden mehr Leitungsqualifikationen, gemessen an allen Qualifikationen, bereitgestellt als in Greifswald. Weitere 3 Prozent sind zusätzliche Qualifikationen für integrative Aufgaben (**Abbildung 32, Tabelle 64**).

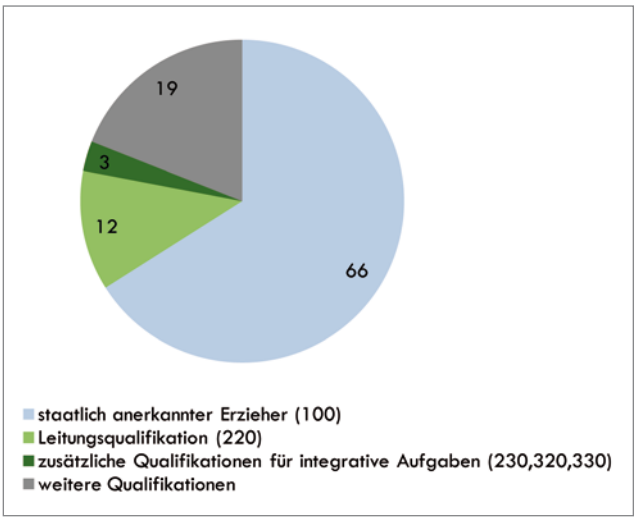


Abbildung 32:
Qualifikation des Personals in Kindertageseinrichtungen (Feb. 2011)
Lk VG
in Prozent

Datenquelle:
LAGuS MV,
KiTafachplanung Lk UER,
Februar 2011

Bei den Kindertagespflegepersonen sind die Qualifikationserfordernisse ebenfalls im KiföG MV festgeschrieben. In jedem Falle führt das Jugendamt eine Eignungsprüfung durch.[30-31]
Zusätzlich wurden im Rahmen des Bundesförderprogrammes „Lernen vor Ort“ zahlreiche Qualifizierungsangebote für Kindertagespflegepersonen durchgeführt. So wurden aus Gesprächskreisen mit den Tagespflegepersonen Fortbildungsmodule zu den Themen „Bindung/Eingewöhnung“, „Beobachtung/Dokumentation“, „Gestaltung von Übergängen“ und „Einbindung der Eltern“ in Abstimmung mit regionalen Weiterbildungsträgern entwickelt und angeboten. Ebenso ist im Rahmen von „Lernen vor Ort“ eine modellhafte Kooperation zwischen einer Kindertagesstätte in Löcknitz und den örtlichen Tagespflegepersonen entstanden. Ein Transfer dieses Modells in weitere Städte des Lk VG hat bereits begonnen.

Regionale Multiprofessionalität

Eine hohe Vielfalt an unterschiedlichen Qualifikationen der Erzieher kann eine verbesserte und individualisierte Bildung der Kinder begünstigen. Darauf verweisen zumindest regionale Expertenaussagen (**vgl. Übersicht 4**). In jedem Fall gehen mit neuen bildungspolitischen Zielstellungen an den Ausbau von Einrichtungen und im frühkindlichen Bildungsbereich auch veränderte Anfor-

30 http://www.handbuch-kindertagespflege.de.
31 http://www.kita-portal-mv.de/de/tagespflege/wie_werde_ich_tagesmutter_tagesvater.

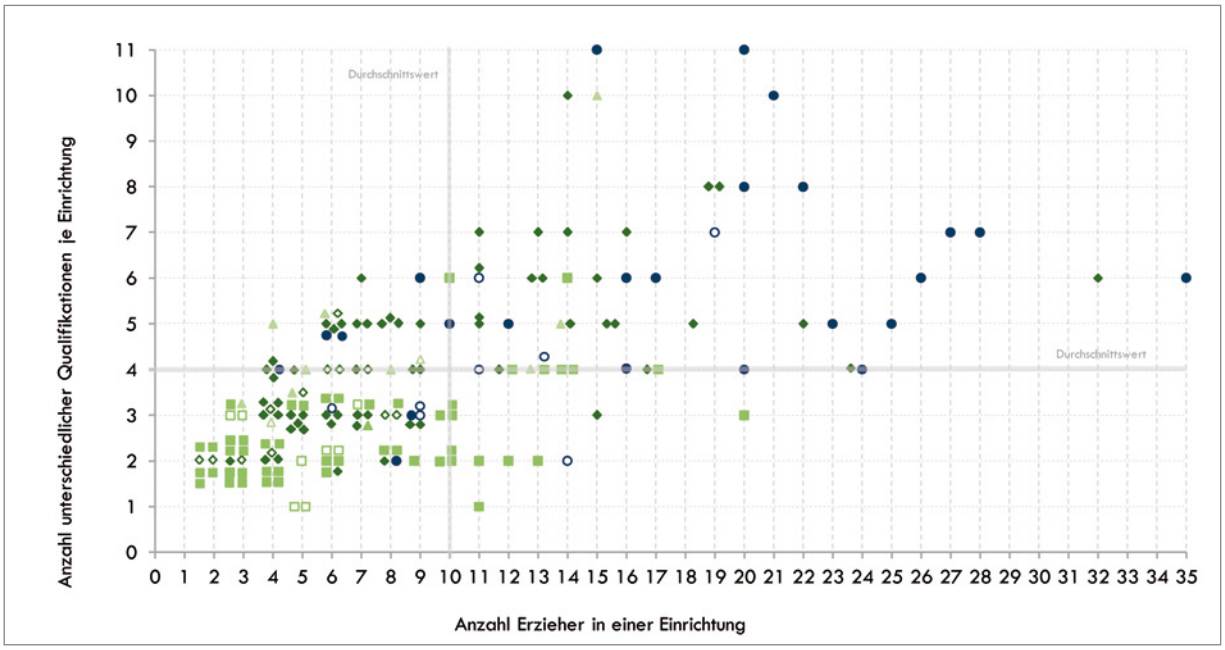
derungen an die Fachkräfte einher. Zudem können regional und lokal höchst unterschiedliche Bedarfe an Betreuungsarten existieren, etwa im integrativen Förderbereich, was sich auch auf die Fachkräftestruktur der Einrichtungen auswirkt.

Die nachfolgende **Abbildung 33** gibt einen Überblick über die Einrichtungen der Kindertagesbetreuung nach ihrer Anzahl an pädagogischem Personal und der Anzahl an vorhandenen Qualifikationen. Auffällig sind zunächst die Unterschiede im Hinblick auf die Größe der Einrichtungen. Größere Einrichtungen finden sich meist in der Stadt Greifswald, während in UER und OVP kleinere und mittlere Einrichtungen dominieren.

Im Durchschnitt sind je Einrichtung zehn Erzieher beschäftigt, die vier unterschiedliche Qualifikationen besitzen. Im Vergleich der Einrichtungen wird zum einen ein tendenziell linearer Zusammenhang deutlich: Je mehr Personal beschäftigt wird, desto größer das Spektrum von Qualifikationen. Entsprechend sind in den meisten Einrichtungen mit mehr als zehn Fachkräften auch mehr als vier Qualifikationen zu finden. Jedoch trifft dieser Zusammenhang bei weitem nicht auf alle Einrichtungen zu. Absolut am häufigsten vertreten sind eher kleine Einrichtungen mit wenigen Mitarbeitern und daher weniger Qualifikationsarten. Dennoch können an diesen Standorten im Einzelnen hochspezialisierte Fachkräfte beschäftigt sein. Gerade in ländlichen Teilräumen UERs und OVPs, wo kleinere Einrichtungen am häufigsten zu finden sind, spielt vor allem diese gegenseitige Ergänzungsfunktion in der Fläche eine wichtige Rolle. Darüber hinaus wird für die zu leistende individuelle Förderung der Kinder eine Kompetenzvielfalt zunehmend auch in kleinen Einrichtungen benötigt.

Teilweise sind kleine Einrichtungen mit weniger als zehn Fachkräften, aber mehr als vier Qualifikationen zu finden, vor allem in OVP und Greifswald. Dies kann u.a. mit einer höheren Nachfrage nach speziellen Betreuungsformen, etwa im integrativen Bereich, zusammenhängen. Das pädagogische Personal in integrativen Einrichtungen ist erwartungsgemäß ‚multiprofessioneller' als im Lk-Durchschnitt aufgestellt. Unterschiede gibt es auch zwischen Krippe, Kindertagesstätte und Hort. Für Kinder zwischen drei und sechs Jahren wird in den entsprechenden Einrichtungen die größte Vielfalt an Qualifikationen gemessen.

Abbildung 33: Multiprofessionalität in Kindertageseinrichtungen (Feb. 2011)
Lk VG



Datenquelle: LAGUS MV, Fachplanung Kindertagesstätten Lk UER

Kreis: HGW | Dreieck: DM (Teil) | Raute: OVP | Quadrat: UER (ohne Füllung: reine Horte)

3.5.4 Unterstützung von Innovationen in der frühen Bildung

Aus den gesetzlichen Regelungen in der Bildungskonzeption ergeben sich innovative Ansätze zur Gestaltung der frühkindlichen Bildung. Das zu Beginn des Kapitels beschriebene „sich wandelnde Bild vom Kind“ sowie die damit verbundene Haltungsänderung dem Kind gegenüber wirken sich auf die Arbeit aller an frühkindlicher Bildung Beteiligten aus, bis hinein in den Schulbereich.

In diesem Zusammenhang könnte die Weiterbildung der Fachkräfte als Bestandteil der Qualitätsentwicklung in Zukunft wichtiger werden. Der Bildungsbericht des Landes Mecklenburg-Vorpommern hält dazu fest:

„Nach dem KiföG MV sind den Fachkräften jährlich fünf Arbeitstage als Fort- und Weiterbildung zu gewähren. Ihre fortwährende Qualifizierung sichert zukünftig die Bildungsqualität in den KiTas. Die staatlich anerkannten Weiterbildungseinrichtungen des Landes bieten bereits vielfältige Qualifizierungsmöglichkeiten für Fachkräfte an. Die Fachschulen und die Hochschulen des Landes arbeiten zurzeit unter der Federführung des Bildungsministeriums an einem gemeinsamen Konzept zur Fort- und Weiterbildung der Fachkräfte. Das Konzept soll Qualitätskriterien und Standards enthalten und sichern, dass die Qualifikationen landesweit auf hohem Niveau erfolgen.“[32]

Zu den Unterstützungsstrukturen zählt die Arbeit der Fach- und Praxisberater, welche unter anderem den Umsetzungsprozess der Bildungskonzeption begleiten. Auf Grundlage von § 11a und § 12 KiföG MV können die Fach- und Praxisberater durch die Übernahme von Personalentwicklungsverantwortung die Innovativkraft in den Einrichtungen fördern helfen. Noch existieren in Mecklenburg-Vorpommern weder für die Ziele und Aufgaben noch für eine Ausbildung der Fach- und Praxisberater verbindliche Standards.

Eine Orientierung für die „vermittelnde und verknüpfende soziale Dienstleistung der Jugendhilfe“[33] wurde bereits im Jahr 2003 von den Mitgliedern der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter entwickelt. Länderübergreifend konnten folgende Hauptaufgaben herausgearbeitet werden:

- Qualifizierung und Weiterentwicklung der pädagogischen Praxis der Kindertageseinrichtungen
- Organisations- und Personalentwicklung
- Sicherung der Qualitätsstandards und Begleitung bei der Umsetzung von Innovationen
- Mitgestaltung trägerspezifischer Zielsetzungen
- Umsetzung gesetzlicher und betriebswirtschaftlicher Rahmenbedingungen
- Kooperation und Vernetzung[34]

Zur Effektivität der Fach- und Praxisberatung in Kindertagesstätten wird aktuell eine Studie unter gleichnamigem Titel vom Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Mecklenburg-Vorpommern getragen und in Kooperation mit wissenschaftlichen Partnern erarbeitet. Diese Studie untersucht, inwieweit die beschriebenen Empfehlungen mit den tatsächlich übernommenen Aufgaben der Fach- und Praxisberater übereinstimmen.

Im Lk VG müsste nach dem KiföG MV für jeweils 1.200 Kinder eine Fachberaterstelle bereitgestellt werden. Dies würde bedeuten, dass bei insgesamt über 12.000 belegten Plätzen mindestens zehn Fachberater die Arbeit der Kindertageseinrichtungen unterstützen, was jedoch anhand der vorliegenden Daten nicht überprüft werden kann.

32 Landesbildungsbericht MV 2011, S. 54.
33 Karsten zit. nach „Mit uns auf Erfolgskurs.“ 1996, S. 136 nach „Empfehlungen zur Fachberatung“ 2003, S. 3.
34 Vgl. „Empfehlungen zur Fachberatung“ 2003, S. 4.

3.6 Übergänge an Grundschulen

Nachfolgend werden Daten und Informationen zum Übergangsgeschehen von Kindertagesstätten und Grundschulen aufbereitet. Dazu gehört die Beschreibung einer zentralen neuen Herausforderung für Fachkräfte beider Einrichtungstypen, nämlich das Kooperationsgebot aufgrund der rechtlichen Regelungen des geänderten KiföG MV. Weiterhin werden demographische und strukturelle Rahmenbedingungen erläutert. Danach werden Resultate der Einschulungsuntersuchungen der letzten zehn Jahre dargestellt.

3.6.1 Kooperation

Die Arbeit der Mitarbeiter in den Einrichtungen der frühkindlichen Bildung, hier sind Kindertageseinrichtungen und Schulen gemeint, unterliegt mit den aktuellen Gesetzesänderungen neuen fachlichen Herausforderungen. So wird insbesondere eine bessere Zusammenarbeit der Kindertagesstätten mit den Grundschulen vorgeschrieben.

§1 (4) KiföG MV: „Die Kindertagesförderung hat den Auftrag, den Übergang der Kinder in die Grundschule gezielt vorzubereiten, zu begleiten und mitzugestalten. Dazu sollen die Fachkräfte der Kindertageseinrichtungen, die Tagespflegepersonen und die Lehrkräfte der Grundschulen in einem gleichberechtigten, partnerschaftlichen Verhältnis zusammenarbeiten und nach Möglichkeit in geeigneten Bereichen an gemeinsamen Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen teilnehmen. Grundlage der Zusammenarbeit zwischen Kindertageseinrichtungen und Grundschulen sollen Kooperationsvereinbarungen sein.“

Aufgrund der fehlenden Datenlage kann zu diesem Zeitpunkt keine vollständige Analyse der Kooperationen zwischen Kindertagesstätten und Schulen vorgenommen werden. In der Entwicklung von Kindertagesstätten zu multifunktionalen und kulturellen Gemeindezentren auf der Grundlage von Kooperationen liegt jedoch laut regionalen und nationalen Expertenaussagen großes Entwicklungspotential für die Kommunen.[35]

3.6.2 Teilräumliche Entwicklungstendenzen

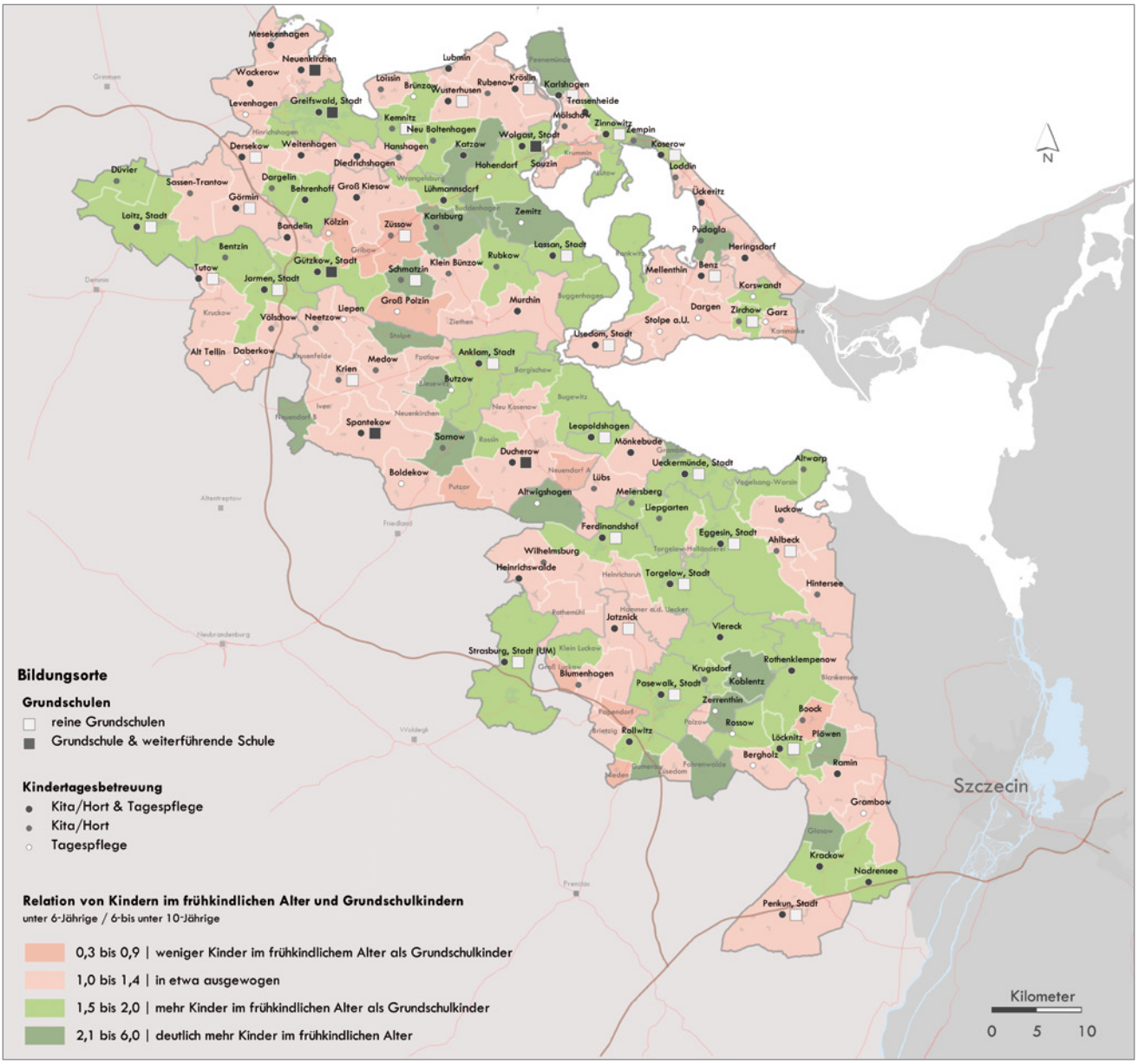
Die **Karte 9** zeigt regionale Unterschiede der tendenziellen Entwicklung der Übergänge an Grundschulen. Abgebildet sind zudem die Schulen, Kindertageseinrichtungen und Horte sowie Angebote der Kindertagespflege, die als Bildungs- bzw. Betreuungsstätte den Übergangsprozess der Kinder begleiten.

Dort, wo die Zahl der Kinder im frühkindlichen Alter (unter 6 Jahre) die Zahl der Grundschulkinder (6 bis unter 10 Jahre) deutlich übersteigt, ist innerhalb der nächsten Jahre mit einer Steigerung der Einschulungszahlen zu rechnen. In Regionen, wo weniger Kinder im frühkindlichen Alter leben, sind hingegen Rückgänge wahrscheinlicher. Bei konstanter Entwicklung würde die Altersgruppe „unter 6 Jahre“ aufgrund der größeren Alterspanne mehr Kinder umfassen. Daher werden sich die Einschulungszahlen in Gebieten mit einem ausgeglichenen Verhältnis dieser Altersgruppen ebenfalls leicht rückläufig bis konstant entwickeln (z.B. Krien, Spantekow, Ducherow, Heringsdorf, Jatznick, Penkun).

Die Grundschulen sind somit unterschiedlichen Einflüssen ausgesetzt. Insbesondere mit stark sinkenden Schülerzahlen könnten längerfristig auch Standortentscheidungen verbunden sein. In ländlichen Teilräumen, wie dem Amtsbereich Anklam-Land oder Ahlbeck im nordwestlichen Teil des Altkreises UERs, sind alle Beteiligten der Einrichtungen und Kommunen besonders gefordert, die Standorte zu sichern und die Zusammenarbeit zwischen den bestehenden Bildungseinrichtungen zu stärken.

35 Vgl. Beckmann, Schmidt (2012): Bildungslandschaften. Mehr Chancen für alle.

Karte 9:
Demographische und strukturelle Bedingungen der Übergänge an Grundschulen (2010)
Altersgruppen „unter 6 Jahre“ und „6 bis unter 10 Jahre“ Kindertagesbetreuung und Grundschulen



Datenquellen:
1. Einrichtungen: Landesjugendamt MV
2. Demographie: Stat. Amt MV
3. Geo-Daten:
a) Katasteramt des Lk VG,
b) openstreetmap.org
(eigene Darstellung)

3.6.3 Einschulungsuntersuchungen

Vor dem Start in das Schulleben stehen die amtlichen Einschulungsuntersuchungen an. Auf der Grundlage der Ergebnisse entscheidet die Schulleitung in Beratungsgesprächen mit den Eltern, ob das Kind fristgemäß eingeschult werden kann. Je nach körperlichem und kognitivem Entwicklungsstand können Kinder auch vorzeitig eingeschult oder ein Jahr zurückgestellt werden. Das Einschulungsalter zeigt somit ein Bild des Übergangs von der Kindertagesbetreuung in die Grundschule. Es gibt auch Auskunft über die Verweildauer von Kindern in den Kindertageseinrichtungen und lässt Rückschlüsse auf deren Auslastung zu.

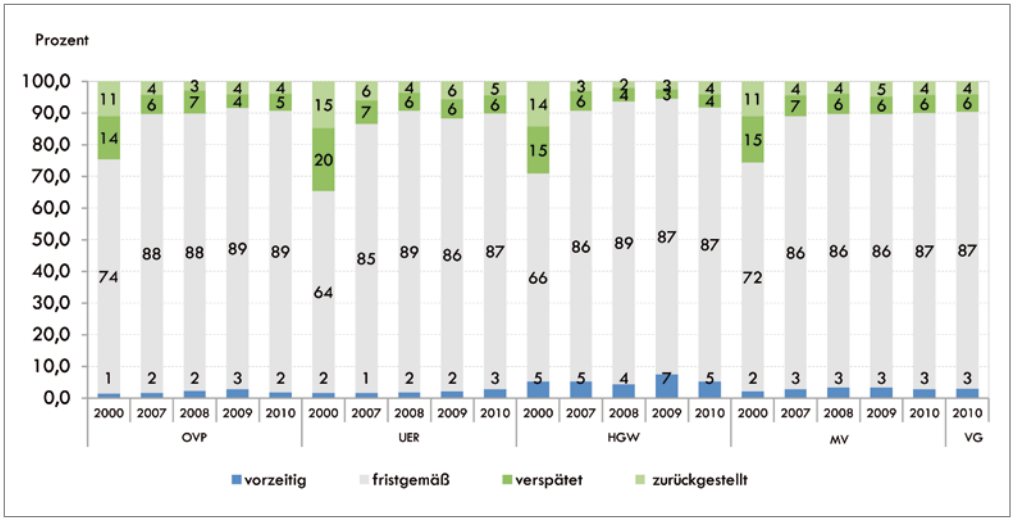
Von den 1.845 Schulanfängern im Jahr 2010 entfielen 531 auf den Altkreis UER, 779 auf OVP und 440 auf die Stadt Greifswald. Die übrigen 95 Schulanfänger besuchten die Grundschulen in Loitz, Görmin, Tutow und Jarmen des Altkreises Demmin.

Der überwiegende Teil der Kinder wurde fristgemäß eingeschult. Der Anteil verspätet eingeschulter Kinder war 2010 mit 4,5 Prozent im Altkreis UER am höchsten, wobei die Quote tendenziell sinkt, ähnlich wie im gesamten Kreis und auch landesweit. In der Stadt Greifswald ist der Anteil verspätet eingeschulter Kinder zwischen 2009 und 2010 wieder etwas angestiegen. Zugleich war die Quote von vorzeitig eingeschulten Kindern hier im gesamten Betrachtungszeitraum im regionalen Vergleich am höchsten. Im Altkreis OVP dominieren hingegen eher die fristgemäß eingeschulten Kinder. Während hier der Anteil von vorzeitig eingeschulten Kindern in den vergangenen Jahren deutlich gesunken ist, stieg er im Altkreis UER an **(vgl. Abbildung 34)**.

Der kreisweite Anstieg der Quote von fristgemäß eingeschulten Kindern in Verbindung mit den Rückgängen des Anteils verspätet eingeschulter Kinder deutet insgesamt auf eine sinkende Auslastung von Kindertageseinrichtungen durch Kinder im Grundschulalter hin. Parallel dazu hat sich die tendenzielle Minderung des Einschulungsalters positiv auf die Schülerzahlen in Grundschulklassen ausgewirkt **(vgl. 3. Allgemeinbildende Schulen)**.

Fraglich ist, ob die fristgemäße Einschulung auch immer den tatsächlichen Voraussetzungen der Kinder entspricht. Zum einen aufgrund des seit Jahren nahezu gleich bleibenden Anteils zurückgestellter Kinder. Die Quote betrug im Jahr 2010 kreisweit 6 Prozent (OVP: 5 Prozent, UER: 6 Prozent, HGW: 4 Prozent), zum anderen aufgrund nennenswerter Übergangszahlen von Grundschulen an Förderschulen **(vgl. Kap. 4.6.1)**.

Abbildung 34: Vergleich der Entwicklung von Einschulungen – Anteil vorzeitig, fristgemäß sowie verspätet eingeschulter Kinder und Anteil von Zurückstellungen (2003, 2006, 2009, 2010)
VG, Altkreise, MV



Datenquelle: Stat. Amt MV: Kerninidikatorensatz D, Tab. D 11.1

3.7 Zentrale Ergebnisse und Herausforderungen

Wachsende programmatische Anforderungen an frühkindliche Bildung meistern!

Aus der Sicht von Erwachsenen wird Kindheit heute als Dreiklang von Bildung, Erziehung und Betreuung beschrieben. Diese drei Anforderungen ergeben sich für alle Formen der Tagesbetreuung.

Frühkindliche Bildung wird in Forschung und Praxis mittlerweile als eigenständiger Bildungsbereich aufgefasst, der Kindern entscheidende Grundlagen für den weiteren Bildungsverlauf vermitteln kann. U.a. mit der Bildungskonzeption MV wurden Schwerpunkte für die Weiterentwicklung frühkindlicher Bildung identifiziert:

- eine stärkere Partnerschaft mit den Eltern
- ein fließender Übergang vom Kindergarten in die Grundschule
- die Arbeit im Hort
- Mögliche Fachkräfte aus der HS-NB, Uni Stettin (siehe Hinweis Lehrer aus Uni Greifswald S. 112)

Im Kapitel Rahmenbedingungen wurde bereits gezeigt, dass Kindertagesstätten ein wichtiger Standortfaktor für Familien sind. Chancen einer qualitativen Weiterentwicklung des regionalen Kinderbetreuungswesens bestehen v.a. in der Akzentuierung und Förderung von frühkindlichen Bildungsansätzen in den Einrichtungen sowie in der systematischen Zusammenarbeit mit Schulen. Dies erscheint umso wichtiger angesichts der bestehenden wechselseitigen Übergänge zwischen KiTa und Grundschule bzw. Förderschule. – Sechs Prozent der neu eingeschulten Kinder wurden 2010 zurückgestellt, Tendenz gleichbleibend.

Gute Versorgung in der Fläche aufrechterhalten!

Im Lk VG wird das bundesweite Ziel, die Versorgung mit Krippenplätzen auf 35 Prozent auszubauen, schon seit vielen Jahren erreicht. Auch mit fortschreitendem Alter der Kinder stellt sich die Angebotssituation positiv dar. Die bereitgestellten Kindertagesplätze haben sich nach einer Zeit des demographisch bedingten Rückbaues in den 1990er Jahren wieder auf ca. 14.000 Plätze erhöht. Zudem gibt es eine Vielzahl von Kindertagesstätten, die auch in der Fläche erhalten worden sind, sodass in 115 von 154 Gemeinden mindestens ein Angebot der Kindertagesbetreuung oder der Kindertagespflege vorhanden ist. Eine wichtige Rolle spielen dabei die vielen privaten Träger, die ca. 77 Prozent der Einrichtungen stellen, sowie Tagespflegepersonen. 70,7 Prozent beträgt die Versorgungsquote mit Tagesplätzen für Kinder im Krippenalter im Altkreis UER. Ohne Tagespflegepersonen wären es nur 44,6 Prozent.

Herausforderungen werden sein, diese dezentrale frühkindliche Bildungslandschaft vor dem Hintergrund zukünftiger Geburtenrückgänge zu erhalten, die natürlichen Rückgänge möglichst durch eine Erhöhung der Teilnahmequoten zu kompensieren und Angebote für jeden weiterhin erreichbar zu gestalten. Dabei kommt in einem dünn besiedelten Flächenkreis der gegenseitigen Ergänzungsfunktion vieler kleiner Einrichtungen eine besondere Bedeutung zu. Auch müssen Entwicklungsprozesse im frühkindlichen Bereich im Verbund mit den vielen privaten und öffentlichen Trägern und den Tagespflegepersonen abgestimmt und bearbeitet werden.

Bildungsteilnahme und Nutzung von Angeboten weiter erhöhen und besser koordinieren!

Kreisweit liegt die Betreuungsquote von Kindern im Krippenalter zwischen 50 und 56 Prozent. Insgesamt 93 von 100 Kindern im Kindergartenalter besuchen eine Kindertagesstätte. Der Anteil von ganztägig betreuten Kindern ist im Lk VG in den letzten Jahren auf über 50 Prozent gestiegen. Besonders hoch ist die Bildungsteilnahme bei Kindern im Kinder-

gartenalter in der Stadt Greifswald, wo die Einrichtungen sehr stark auch von der Umlandbevölkerung frequentiert werden und zum Teil überlastet sind.
Trotz positiver Entwicklungen gibt es vielerorts nach wie vor Entwicklungsspielräume zur Erhöhung der Betreuungsquoten. So lagen 2010 in den ehem. Lk OVP und UER die Auslastungsquoten der Krippen teilräumlich zwischen 59 und 96 Prozent, bei Kindergärten zwischen 83 und 108 Prozent und in den Horten zwischen 74 und 104 Prozent. Hinzu kommt, dass die Belegungen in kurzen Zeiträumen beträchtlich schwanken können.

In der Erhöhung der Bildungs- bzw. Betreuungsbeteiligung liegen Chancen für die Einrichtungen, vorhandene Kapazitäten und Personalressourcen optimal auszuschöpfen. Eine systematische frühkindliche Bildung dient auch als Vorbereitung auf die Grundschule. Eine höhere Bildungsbeteiligung ist vor diesem Hintergrund auch als ein Instrument der Chancengleichheit zu verstehen, vor allem für Kinder aus sozial schwächeren Familien.

Angesichts teilräumlich stark unterschiedlich ausgelasteter Einrichtungen scheint mitunter eine zielgenauere Koordination von Angebot und Nachfrage erforderlich. Da es kreisweit bisher keine einheitlichen und leicht zugänglichen Meldestrukturen gibt, bestehen hier Verbesserungsmöglichkeiten. – Erfahrungen mit einem Online-Meldeverfahren werden seit 2008 in der Stadt Greifswald gesammelt.

Nachwuchs und Qualifikation der pädagogischen Fachkräfte sichern!

Das Durchschnittsalter von Erzieherinnen betrug im Jahr 2010 46 Jahre. Mehr als 45 Prozent aller Erzieherinnen der ehemaligen Lk OVP und UER sind älter als 50 Jahre und schon heute besteht vielerorts Mangel an qualifiziertem Nachwuchs, vor allem bei öffentlichen Trägern.

Pädagogische Fachkräfte sind das Fundament frühkindlicher Bildung, Betreuung und Erziehung in Tagesstätten. Nicht zuletzt aufgrund der neuen Anforderungen an frühkindliche Bildung besteht in der regionalen Fachkräftesicherung eine zentrale Herausforderung. Es bedarf zum einen der nachhaltigen Sicherung von Nachwuchskräften. Die Hochschule Neubrandenburg und die Universität Stettin bieten frühpädagogische Studiengänge an. Deren Absolventen könnten frühzeitig an Einrichtungen im Landkreis gebunden werden. Zum anderen ist eine bedarfsgerechte Weiterqualifikation des Personals notwendig. Dies betrifft auch die Tagespflegepersonen, die bei der Versorgung mit Angeboten eine zunehmend wichtige Rolle spielen.

In integrativen Tagesstätten sind besondere Kenntnisse und Fähigkeiten für die pädagogische Arbeit erforderlich. Entsprechend ist in integrativen Einrichtungen des Lk ein großes Spektrum von Qualifikationen vertreten. Dieses gilt es zu sichern und zu erneuern, auch vor dem Hintergrund von Inklusion (**vgl. Kap. 4.10.2**).

ALLGEMEINBILDENDE SCHULEN

4. Allgemeinbildende Schulen

Schulen als Lern- und Lebenswelten für Kinder und Jugendliche nehmen eine zentrale Rolle in der Ausgestaltung der kommunalen Bildungslandschaft ein. Dabei ist die multifunktionale Bedeutung von Schulen als soziale Kristallisationskerne gerade in ländlichen Regionen hervorzuheben. Innerhalb der Bildungslandschaft stehen die Schulen somit „im Zentrum des Geschehens aufgrund der systematischen und langjährigen formalen Bildung (Schulpflicht) und verstärkt durch die Entwicklung der Ganztagsschule".[36]

Wie bereits in den vorangegangenen Kapiteln gezeigt wurde, haben demographische Veränderungen zu drastischen Rückbau- bzw. Transformationsprozessen im Bildungswesen geführt. Auch in diesem Kapitel spielt daher die Entwicklung von Schülerzahlen und Schulstandorten eine wichtige Rolle, v.a. im Hinblick auf den Erhalt von Schulen in der Fläche.

Untersuchungsperspektive des Kapitels allgemeinbildende Schulen ist ein genereller Überblick über das regionale schulische Bildungsgeschehen. Die Teilkapitel beschäftigen sich mit der Verteilung der Schüler im Lk auf unterschiedliche Teilräume und Schularten **(Kap. 3.1 bis 3.3)** als auch mit den erworbenen Schulabschlüssen und Übergängen **(Kap. 3.5)**. Die Aufmerksamkeit gilt dabei u.a. den Zusammenhängen zwischen Verfügbarkeit und Nutzung von Angeboten.

Als besonderes Handlungsfeld mit Berührungspunkten zu vielen Übergangsthemen und Standortfragen wird auch die Entwicklung der Förderschulen untersucht **(Kap. 3.6)**, nicht zuletzt weil dieses Thema durch die landesweite Inklusionsdebatte zunehmend an Bedeutung gewinnt.

Bereits in den Rahmenbedingungen wurden die Chancen für die Regionalentwicklung durch Zuwanderungen, insbesondere im deutsch-polnischen Grenzraum, thematisiert. Neben der geschlechtsdifferenzierten Betrachtung von Bildungserfolgen und Bildungsverläufen gilt daher ein genauerer Blick den ausländischen Schülern, mit besonderem Fokus auf die deutsch-polnische Bildungsentwicklung im Lk, auch angesichts landespolitischer Zielstellungen in diesem Themenfeld **(Kap. 3.4)**.

Darüber hinaus werden die Ausgestaltung der „Ganztagsschule" und der „Selbstständigen Schule" als wichtige Faktoren der Schulentwicklung betrachtet **(Kap. 3.8)**. Schließlich ist vor dem Hintergrund wachsender Anforderungen die Lehrer-Fachkräfte-Sicherung eine enorm wichtige Zukunftsaufgabe. Dieses Kapitel gibt daher einen Überblick über die Anzahl und Entwicklung des Lehrerpersonals an verschiedenen Schularten und in verschiedenen Teilräumen des Lk VG **(Kap. 3.9)**.

Bezugspunkte für die Untersuchung allgemeinbildender Schulen und die abschließende Zusammenfassung von Herausforderungen sind u.a. die Aussagen regionaler Bildungsakteure im Rahmen der Expertengespräche im Frühling 2011.

Übersicht 5: Ausgewählte Einschätzungen regionaler Bildungsexperten zur Situation allgemeinbildender Schulen (SWOT)

Stärken	Schwächen
▪ baulich-materielle Verbesserung der Schullandschaft	▪ Erreichbarkeit von Schulen beeinflusst Bildungsbiographien (v.a. Gymnasialstandorte) ▪ hoher Anteil von Förderschülern und schlechte Integration/Inklusion

36 Prüß et al. 2011: 32.

Chancen	Risiken
▪ umfassender Ausbau der Ganztagsschulen (Kunst, Sport, Kultur) und Förderung selbstständiger Schulen ▪ Entwicklung von Schulen als multifunktionale Lernorte/Bildungszentren ▪ Entwicklung zur 100%ig „Selbstständigen Schule“ (Haushalt, Personal) i. R. gegebener Ziele	▪ fortschreitende Konzentrationsprozesse v. Schulstandorten und damit weitere Zunahme von räumlichen Chancenungleichheiten ▪ Verstetigung vorhandener Bildungsbenachteiligung durch das Schulsystem

4.1 Entwicklung der Schulstandorte

Die Bildungslandschaft der allgemeinbildenden Schulen im gesamten Großkreis umfasst 92 Schulen, wobei das Gymnasium und die Regionale Schule der Gemeinde Heringsdorf die kooperative Gesamtschule „Europäische Gesamtschule Insel Usedom“ bilden **(vgl. Karte 10)**.

Tabelle 19: Schülerzahlen & Schulstandorte nach Schulart (2010) Lk VG

Schulart	Schüler	Standorte
Grundschule	7.002	42
Regionale Schule	5.624	24
Gymnasium	3.443	10
IGS	713	3
Förderschule	1.554	11
Waldorfschule	330	1
Abendgymnasium	74	1
Insgesamt	18.740	92

Datenquelle: Stat. Amt MV: Kernindikatorensatz D, Tab. D 7.1, neue Kreise

Das vorhandene Netz an Schulstandorten in den Altkreisen OVP und UER lässt infrastrukturelle Ausdünnungen aufgrund von Schulschließungen erkennen. Größere Lücken in diesem Netz sind in den dünn besiedelten Gebieten um Anklam sowie im südlichen UER zwischen Löcknitz und Penkun festzustellen.

Die regionale Zentralität von Schulen nimmt mit steigendem Alter und höherer Schulbildung zu. Am stärksten ist sie bei den Gymnasien ausgeprägt. Unter Berücksichtigung der Gesamtschulen und der kombinierten Schulen kann nur in neun von 154 Gemeinden die allgemeine Hochschulreife erworben werden. Grundschulbildung wird immerhin noch in 38 Gemeinden vorgehalten, wäh-rend die Berufs- und die Mittlere Reife (Regionale Schule und Gesamtschule) noch in 22 Gemeinden erreicht werden kann. Förderschulen sind in neun Gemeinden vorhanden. Damit sind sie alles in allem besser verfügbar als die reinen Gymnasialstandorte (in lediglich sieben Gemeinden) **(vgl. Karte 10)**.

Die zum Teil deutlich ausgedünnten Strukturen sind das Ergebnis des demographisch bedingten Rückbauprozesses im Bildungswesen des Landes und in dieser Form ein einmaliger Vorgang in der deutschen Bildungsgeschichte.

Tabelle 20:
Anzahl der Schulstandorte (1995, 2010)

	1995	2010	Entwicklung in Prozent
OVP	68	41	-39,7
UER	48	28	-41,7
Greifswald	40	17	-57,5
MV	960	574	-40,2

Datenquelle: Stat. Amt MV

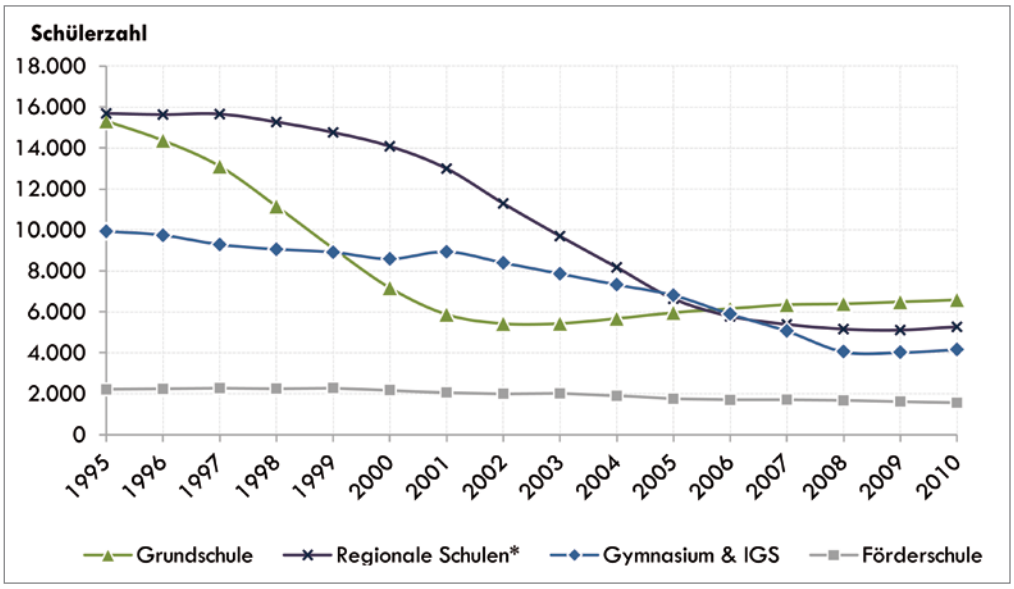
Von den Schließungen waren alle Teilräume betroffen, wobei der Verlust von Schulen auf dem Land mit einer Erhöhung des täglichen Wegeaufwands für viele Schüler einher gegangen ist. Wie bereits in den Rahmenbedingungen dargelegt, ist die Erreichbarkeit von Schulstandorten ein wesentliches Handlungsfeld der Schulentwicklung des Großkreises, da sich diese auf das Schulwahlverhalten auswirken kann. Dieser Zusammenhang wird im **Kap. 4.5** genauer untersucht.

Auch haben Schulschließungen eine unterschiedliche Bedeutung für einen Standort bzw. eine Gemeinde. So ist ein fast 70-prozentiger Rückgang der Grundschulen in Greifswald natürlich gravierend. Aber es verbleiben der Stadt immerhin noch sechs Grundschulen, während eine Schließung für ein Dorf den Verlust der einzigen verbleibenden Schule bedeuten kann. Beispiele hierfür sind die Gemeinden Rubkow, Neetzow oder Grambow, in denen zwischen 2002 und 2006 jeweils die Grundschule aufgegeben wurde.

4.2 Entwicklung der Schülerzahlen

Hauptursache der Schulschließungen waren die drastischen Rückgänge der Schülerzahlen, die sich zeitlich phasenverschoben und mit teilräumlich unterschiedlich starken Auswirkungen durch das schulische Bildungswesen bewegt haben. Dieser Prozess machte sich zuerst an den Grundschulen bemerkbar und zog sich danach durch die weiterführenden Schulen. Dabei setzen aufgrund der größeren Altersspanne an den Gymnasien die Veränderungen etwas später und langsamer ein. Ein Teil der zuvor beschriebenen Schulschließungen ist auch auf die Einführung von Regionalen Schulen in MV seit 2002/03 zurückzuführen. Diese vereinten die zuvor getrennt existierenden Schularten Realschule und Hauptschule unter einem Dach und stellen somit auch eine planerische Antwort auf die demographischen Entwicklungen dar.

Abbildung 35:
Entwicklung der Schülerzahlen nach ausgewählten Schularten (1995 bis 2010)
Lk VG, ohne Amtsbereiche Peenetal/Loitz und Jarmen-Tutow



Datenquelle: Stat. Amt MV, Schüler an allgemeinbildenden Schulen

*) bzw. Haupt- und Realschulen

Während allein in Greifswald die Schülerzahlen um über 50 Prozent zurückgingen, war die Entwicklung in den Altkreisen OVP und UER mit Verlusten um ca. 60 Prozent noch drastischer. Bemerkenswert ist die vergleichsweise konstante und gleichmäßige Entwicklung der Anzahl von Förderschülern im gesamten Betrachtungszeitraum. In allen Altkreisen sind ihre Rückgänge stark unterproportional.

Tabelle 21: Schülerzahlen nach Schularten (2010)
nach Altkreisen

	Greifswald		OVP		UER	
	Schüler	Entwicklung seit 1995 (in Prozent)	Schüler	Entwick-lung seit 1995 (in Prozent)	Schüler	Entwick-lung seit 1995 (in Prozent)
Grundschule	1.558	-55,7	2.961	-53,9	2.074	-61,5
Regionale Schule*	869	-74,9	2.484	-63,8	1.909	-64,4
Gymnasium	1.157	-52,0	1.179	-63,5	1.107	-64,9
IGS	504	31,3	209	-36,9	0	entfallen
Förderschule	406	-23,0	691	-25,5	457	-37,7
Waldorfschule	320	neu	0	entfallen	0	-
Schüler insgesamt	4.898	-53,1	7.524	-58,1	5.547	-63,3

**) bzw. Haupt- und Realschule*

Datenquelle:
Stat. Amt MV, Schüler an allgemeinbildenden Schulen

Da seit 2002 die Zahl der Grundschüler wieder angestiegen ist, kam es nach und nach auch zu einer Stabilisierung der Schülerzahlen an Regionalen Schulen und den Gymnasien.

Das vorläufige Endergebnis des demographischen Transformationsprozesses an allgemeinbildenden Schulen ist gekennzeichnet durch einen im Vergleich zu 1995 geringeren Regionalschüleranteil sowie eine leicht geringere Gymnasialquote. Die Quote von Förderschülern ist hingegen deutlich von 5 Prozent (1995) auf knapp 9 Prozent (2010) gestiegen **(vgl. Abbildung 36)**.

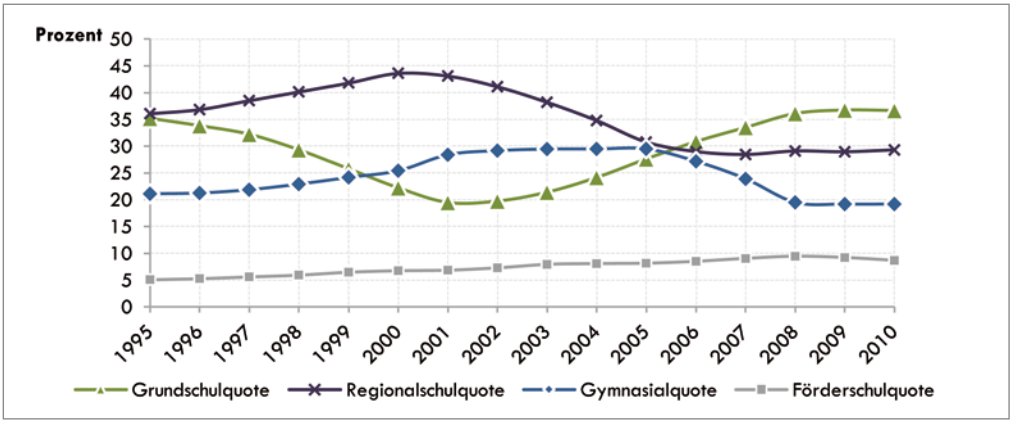


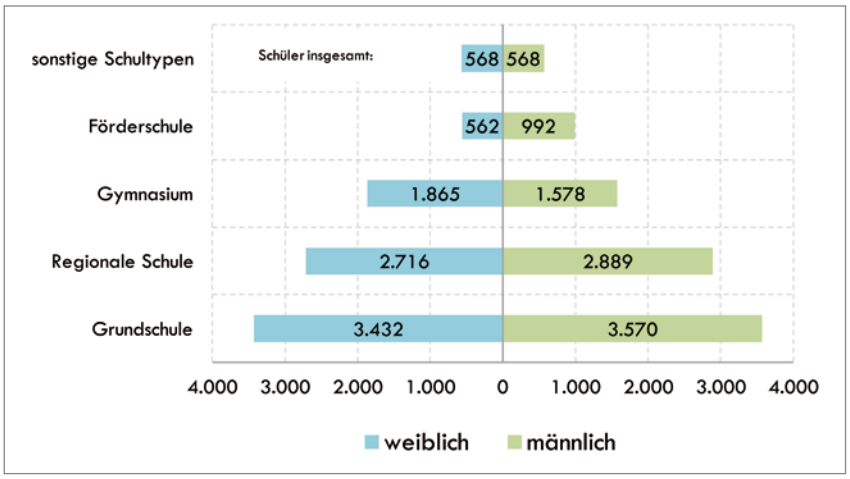
Abbildung 36: Entwicklung der Quoten von Grundschülern, Regionalschülern, Gymnasialschülern und Förderschülern (1995 bis 2010)
Lk VG, ohne Amtsbereiche Peenetal/Loitz und Jarmen-Tutow

Datenquelle:
Stat. Amt MV, Schüler an allgemeinbildenden Schulen

4.3 Schüler und Schularten

Grundschüler machten im Jahr 2010 36,7 Prozent aller Schüler aus. Der Anteil von Regionalschülern als zweitgrößte Gruppe beträgt 29,3 Prozent, mit einer leichten Überzahl männlicher Schüler. Ähnlich wie bei den Absolventen kristallisieren sich deutliche Geschlechterunterschiede bei den Gymnasien und Förderschulen heraus. Der Anteil von Schülerinnen beträgt an den Gymnasien durchschnittlich 54,2 Prozent. Männliche Schüler sind hingegen an den Förderschulen mit knapp 64 Prozent wesentlich stärker vertreten.

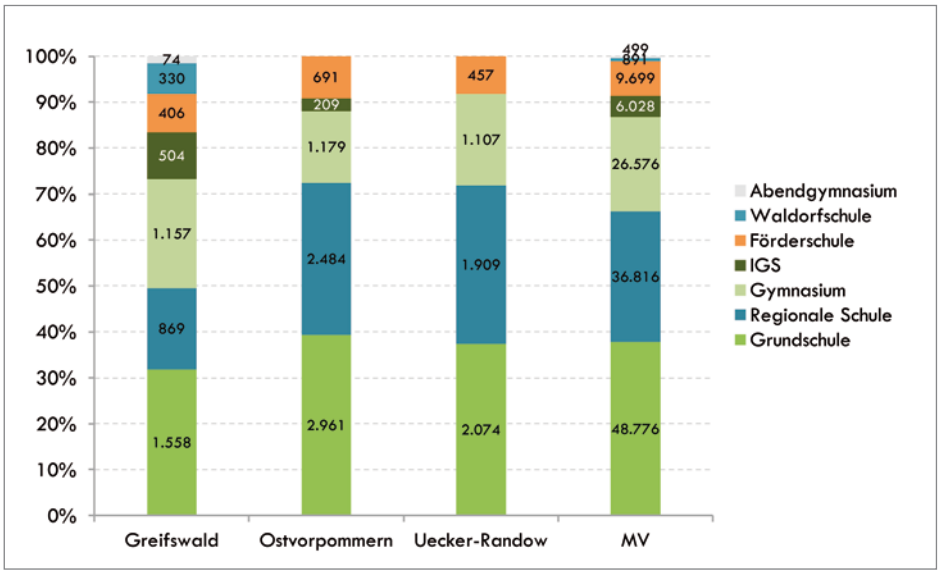
Abbildung 37:
Verteilung von Schülern auf ausgewählte Schultypen (2010)
Lk VG, absolute Zahlen



Datenquelle:
Stat. Amt MV:
Kernindikatorensatz D,
Tab. D 7.1, neue Kreise

Die meisten Förderschüler besuchen Schulen des Altkreises OVP, der auch sonst jeweils die meisten Schüler aufweist (**vgl. Abbildung 38**). Auffällige Unterschiede zwischen den Altkreisen sind die höheren Anteile von Gymnasialschülern in UER und Greifswald sowie der geringere Anteil von Grund- und Regionalschülern in der Stadt Greifswald. Hier lernen dafür weitaus mehr Schüler an Gesamtschulen. Zudem existieren mit der Waldorfschule und dem Abendgymnasium zwei Schultypen, die in den beiden ehemaligen Lk nicht vorhanden sind. In UER ist das Spektrum an Schularten am kleinsten, u.a. aufgrund des Fehlens einer integrierten Gesamtschule.

Abbildung 38:
Schüler nach Schultypen (2010)
Altkreise, in Prozent



Datenquelle:
Stat. Amt MV:
Kernindikatorensatz D,
Tab. D 7.1, Altkreise

4.4 Ausländische Schüler und internationale Bildungsentwicklung

Wie bereits im **Kapitel 2.2.6** gezeigt wurde, sind ausländische Bevölkerungsgruppen landesweit nur gering vertreten. Der Lk VG sticht jedoch durch einen relativ hohen Anteil hervor. Diese Form der Internationalisierung ist zwar nicht mit der Situation in deutschen Metropolregionen vergleichbar, stellt aber dennoch eine regionale Besonderheit dar.

Im Altkreis UER, wo mit 284 von insgesamt 475 die meisten der ausländischen Schüler lernen, prägen vorwiegend polnische Schüler den Internationalisierungsprozess an allgemein bildenden Schulen. Der Anteil von ausländischen Schülern übertrifft hier mit 5,1 Prozent sogar den Anteil von Ausländern an der Gesamtbevölkerung von 3,8 Prozent **(vgl. Tabelle 22)**.

Tabelle 22:
Anteil ausländischer Schüler (2010)

	Anteil ausländischer Schüler (Prozent)
VG	2,5
Greifswald	1,9
OVP	1,3
UER	5,1
MV	1,8

Datenquelle: Stat. Amt MV: Kernindikatorensatz D, Tab. D 7.1, Altkreise und neue Kreise

Dabei werden von den polnischen Schülern bevorzugt die Gymnasien besucht. Der Gymnasialanteil ist so hoch, dass sich in Bezug auf die Schüler des Kreises insgesamt, aber auch im Vergleich mit ausländischen Schülern in größeren deutschen Städten, ein umgedrehtes Bild ergibt: Während alle Schüler an Gymnasien zur Zeit die kleinste der drei größten Schülergruppen bilden, sind Gymnasialschüler unter den ausländischen Schülern am häufigsten vertreten, besonders im ehem. Lk UER **(vgl. Abbildung 39)**. Diese Situation hängt damit zusammen, dass von den Schülern bzw. den Eltern ganz bewusst die gymnasiale Ausbildung nachgefragt wird. U.a. geht der hohe Gymnasialanteil auf Schüler aus Szczecin zurück, die täglich nach Löcknitz zum Deutsch-Polnischen Gymnasium pendeln.

In Prozent & Nennung absoluter Zahlen

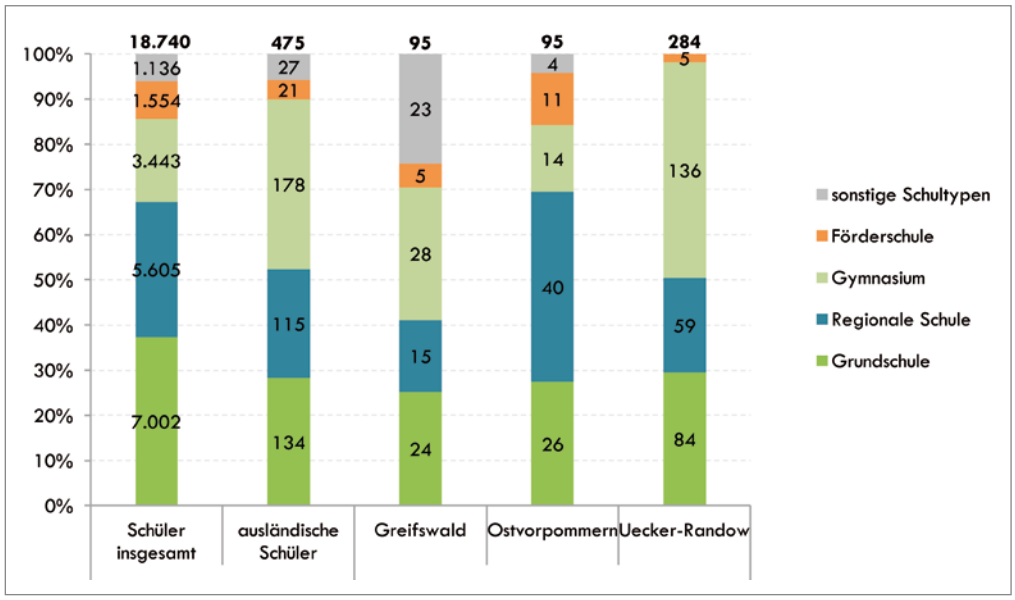


Abbildung 39:
Verteilung von ausländischen Schülern auf ausgewählte Schultypen (2010)
Lk VG & Altkreise

Datenquelle: Stat. Amt MV: Kernindikatorensatz D, Tab. D 7.1, neue Kreise & Altkreise

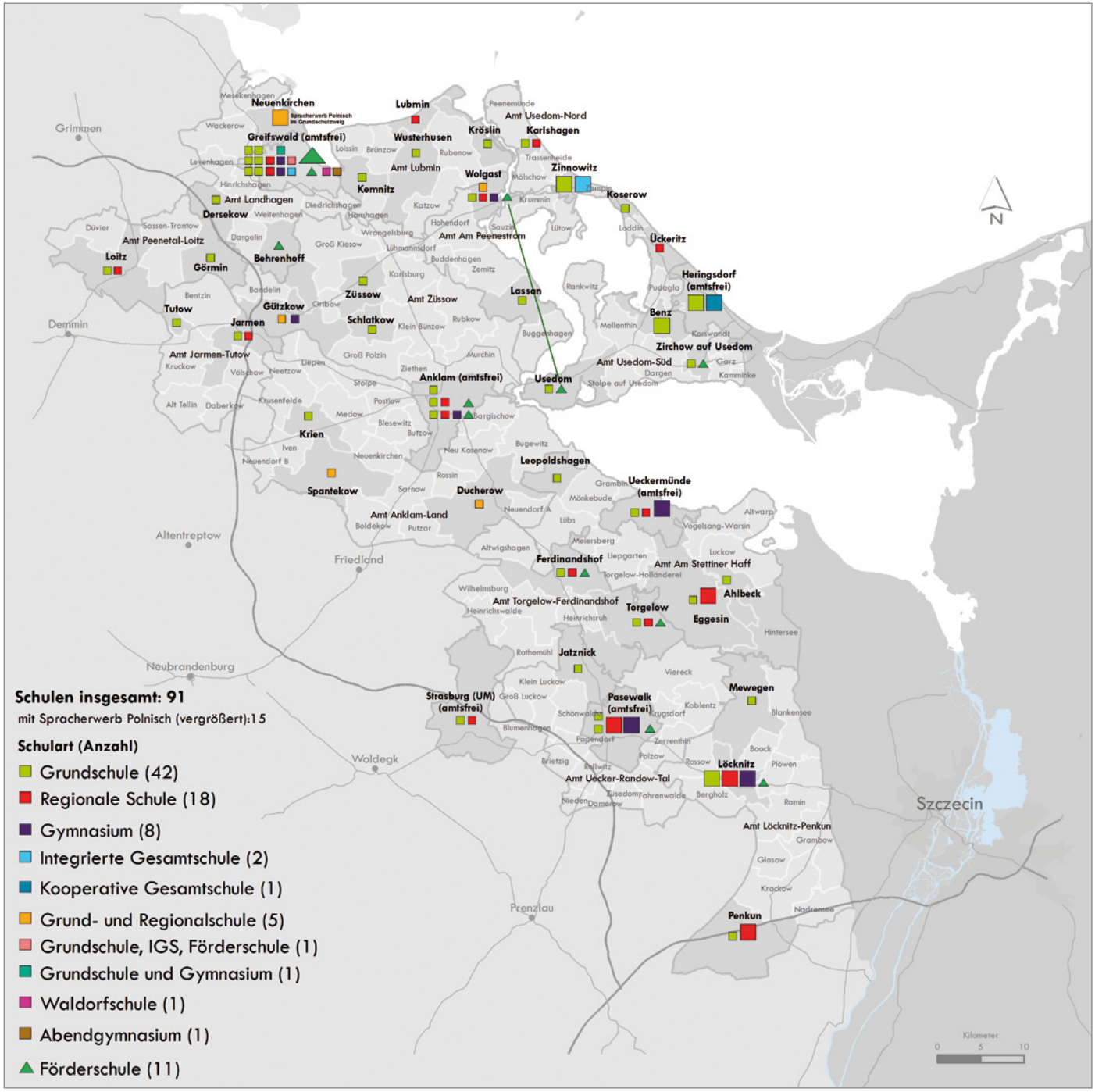
Das Gymnasium ist ein zentraler Schulstandort, der als Europaschule den Kulturaustausch und das gemeinsame Lernen von polnischen und deutschen Schülern besonders fördert. Von den 376 Schülern der Schule kommen 99 aus Polen. Eigens für die Schule wird auch ein Pendelbus betrieben, der täglich Schülerinnen und Schüler aus Szczecin nach Löcknitz und wieder zurück befördert. Mit weiteren Bildungsangeboten vor Ort erfüllt diese Gemeinde somit bedeutende zentralörtliche Bildungsfunktionen innerhalb des internationalen deutsch-polnischen Grenzraums. Die grenznahe Region UER ist somit durch die vorhandenen Bildungsangebote, die Nähe zur Großstadtregion Szczecin sowie durch günstige Immobilienpreise zunehmend attraktiv für polnische Familien geworden **(vgl. Karte 10)**.

Im Altkreis OVP ist die Schülerschaft bisher deutlich weniger internationalisiert. Zwar sind die Voraussetzungen für Zuwanderungen aus Polen aufgrund höherer Lebenshaltungskosten und der größeren Entfernung zur Großstadtregion Szczecin und ihrer Bevölkerungspotentiale nicht im gleichen Maße vorhanden. Dennoch wurden auch hier bereits Deutsch-Polnische Bildungsansätze geschaffen. An der Europäischen Gesamtschule Insel Usedom der Gemeinde Heringsdorf findet bilingualer Unterricht in 8. und 9. Klassen statt. In Zusammenarbeit mit der benachbarten Partnerschule in Swinoujscie wird in einem Schulversuch das gemeinsame Lernen der Schüler erprobt, indem diese einmal wöchentlich und abwechselnd ihren Lernort für Polnisch bzw. Deutsch als Fremdsprache jeweils in die andere Schule verlegen.

Eine wichtige landespolitische Zielstellung ist die Förderung des durchgängigen Erwerbs der polnischen Sprache in Kindertageseinrichtungen, Grundschulen und weiterführenden Schulen. An 15 Schulen des Lk wird bereits Polnisch unterrichtet **(siehe Karte 10)**. Die Sprachvermittlung erfolgt zum einen im Rahmen des regulären Unterrichts als zweite Fremdsprache ab der siebten Klasse an insgesamt vier Gymnasien und vier Regionalen Schulen. Daneben bestehen polnische Spracherwerbsmöglichkeiten in Arbeitsgemeinschaften an elf Schulen, davon fünf Grundschulen, vier Regionale Schulen, eine integrierte Gesamt- und eine Förderschule.

Eine wichtige Aufgabe für die Zukunft wird es sein, diese lokalen Ansätze gezielt zu abgestimmten Bildungsketten weiterzuentwickeln und auf weitere Gemeinden auszudehnen. Überhaupt stellt der gezielte Ausbau des deutsch-polnischen Bildungswesens im Hinblick auf die Erschließung neuer Nachfragegruppen ein Handlungsfeld dar, das mit interessanten Entwicklungsmöglichkeiten ländlicher Bildungsorte verbunden ist. Oft sind sogar die erforderlichen personellen Ressourcen, etwa Lehrkräfte mit polnischen Sprachkenntnissen, bereits vorhanden. Das Personal kann aber unter den gegebenen Rahmenbedingungen noch nicht optimal eingesetzt werden. Der Ausbau von Bildungsangeboten auf der Grundlage der Verordnung der Ausländer-Beschulung MV ist demnach auch durch eine entsprechende Mehr-Stunden-Zuweisung der Lehrer durch das Land abzusichern.

Karte 10:
Schulstandorte & Spracherwerb Polnisch in Schulen des Lk



Datenquellen:
1. Schulstandorte und Spracherwerb im Schuljahr 2011/2012: Staatliches Schulamt Greifswald
2. Geo-Daten:
a) Katasteramt des Lk VG,
b) openstreetmap.org

4.5 Übergangsgeschehen

Im folgenden Teilkapitel werden verschiedene Übergangsthemen untersucht:

- Übergänge von Grundschulen (Orientierungsstufe) an weiterführende Schulen
- Schulartwechsel in den Klassenstufen 7 bis 9
- Übergänge von der Sekundarstufe I auf Sekundarstufe II
- Klassenwiederholungen

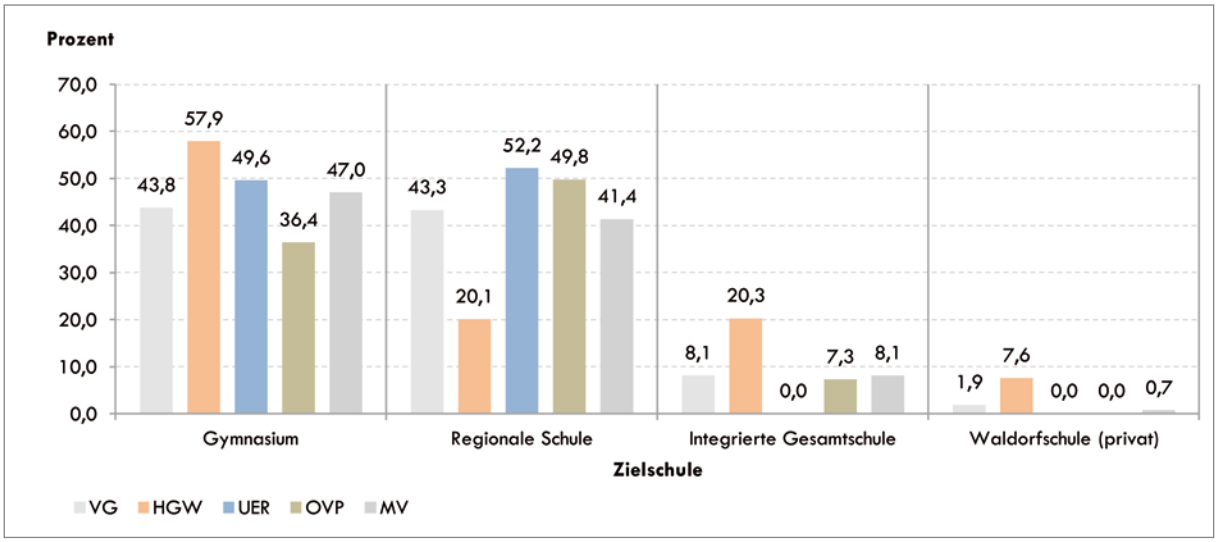
Übergänge von und an Förderschulen werden in einem extra Kapitel thematisiert **(Kap. 4.6)**.

4.5.1 Übergänge an weiterführende Schulen

Seit dem Schuljahr 2006/2007 durchlaufen die Schüler in den Klassenstufen 5 und 6 eine schulartunabhängige Orientierungsstufe. Sie kann an allen weiterführenden Schulen absolviert werden, außer an Gymnasien. In Ausnahmefällen sind Orientierungsstufen auch an Grundschulen angegliedert. Durch längeres gemeinsames Lernen, individuelle Förderung und Beobachtung sollen Interessengebiete der Schüler erkannt und die Wahl der nachfolgenden Schule erleichtert werden.[37] Mit dieser landespolitischen Maßnahme wurde der Selektionsprozess nach hinten verschoben und in der Zusammenschau mit der Einführung von Regionalen Schulen zumindest räumlich abgemildert.

Insgesamt 1.551 Schüler haben im Jahr 2010 die Orientierungsstufe verlassen, davon 632 in OVP, 448 in UER und 394 in Greifswald. Hauptsächlich fanden Übergänge an die Gymnasien und die Regionalen Schulen statt (zusammen 87,1 Prozent). Im Jahr 2010 lag die Übergangsquote an Gymnasien etwas höher als an Regionalen Schulen (Gymnasium: 43,8 Prozent | Regionale Schule: 43,3 Prozent). Bezogen auf die Altkreise sind jedoch deutliche Unterschiede erkennbar **(vgl. Abbildung 40)**.

Abbildung 40: Übergangsquoten von der Orientierungsstufe an weiterführende Schulen (2010)



Datenquelle: Stat. Amt MV, Kernindikatorensatz D, Tab. D 12.1

37 http://www.bildung-mv.de/de/schule/orientierungsstufe.

Da es in UER keine anderen weiterführenden Schularten gibt, fanden ausschließlich Übergänge an Regionalen Schulen (52,2 Prozent) und Gymnasien statt (49,6 Prozent). In OVP wechselte ein Teil der Schüler auf die Integrierte Gesamtschule in Zinnowitz. Ansonsten waren in OVP Übergänge an die Regionalen Schulen deutlich stärker vertreten als an Gymnasien.

In Greifswald kamen hingegen Übergänge an die Gymnasien und an die integrierten Gesamtschulen wesentlich häufiger vor. Außerdem spielten auch Übergänge an die private Waldorfschule eine nennenswerte Rolle (7,6 Prozent), sodass insgesamt eine höhere Vielfalt das Übergangsgeschehen prägte **(vgl. Abbildung 40)**. Zum einen hängt dies mit der gymnasialen Zentralörtlichkeit der Stadt Greifswald zusammen, deren Gymnasien auch Schüler des Umlandes aufnehmen. Zum anderen kann der bildungsbiographische Hintergrund der Eltern als Einflussfaktor auf den Bildungsverlauf der Kinder angenommen werden. Am Universitätsstandort Greifswald sowie in den Umlandregionen ist der Anteil von Eltern mit akademischem Bildungshintergrund besonders hoch. Parallel dazu haben in einigen ländlichen Teilräumen selektive Abwanderungsprozesse junger und qualifizierter Menschen ein eher niedrigeres Bildungsniveau begünstigt. Welche Bedeutung unterschiedliche soziale Hintergründe der Familien für den schulischen Bildungsverlauf der Kinder haben, müsste für sozialräumlich orientiertes Arbeiten im schulischen und sozialpädagogischen Bereich in der Region genauer untersucht werden.

Rolle der Verfügbarkeit von Schulen

In ländlichen Regionen können Unterschiede bei der Schulwahl durch die Erreichbarkeit beeinflusst sein. Ist ein bestimmtes Bildungsangebot in der Wohnortgemeinde verfügbar, so wird es u.U. auch stärker genutzt bzw. umgekehrt. Die **Tabelle 23** stellt die Anzahl von Schulstandorten dem Anteil von Kindern gegenüber, die in Gemeinden ohne dieses schulische Angebot leben, sowie die Übergangsquote von der Orientierungsstufe an die weiterführenden Schulen (Gymnasium oder Regionale Schule).

Dabei scheint sich der Zusammenhang zu bestätigen: Im Altkreis OVP, wo Gymnasien bzw. Gesamtschulen in nur 4 von 89 Gemeinden verfügbar sind und ein Großteil der Schüler (68 Prozent) außerhalb der entsprechenden Schulstandorte lebt, ist auch die Übergangsquote an Gymnasien am geringsten (36,4 Prozent). Jedoch wird ein Teil der Schüler aus OVP, insbesondere aus den Stadt-Umland-Gemeinden, von den Greifswalder Gymnasien aufgenommen. Das verzerrt die teilräumlichen Übergangsquoten zugunsten der Stadt Greifswald.

In beiden ehemaligen Lk (UER & OVP) zeigt sich jedoch auch ein Unterschied zwischen den Übergängen an verschiedene Schularten. Regionale Schulen sind jeweils deutlich häufiger in den Gemeinden vertreten als Gymnasien und damit besser verfügbar. In beiden Teilregionen ist auch die Übergangsquote an Regionale Schulen höher als an Gymnasien. In UER ist dieser Unterschied jedoch weniger deutlich. Trotz einer wesentlich besseren Verfügbarkeit von Regionalschulstandorten sind die Übergangsquoten relativ ausgewogen.

Diese insgesamt vielfältige Situation im regionalen Übergangsgeschehen deutet demnach zum einen auf einen Zusammenhang zwischen Verfügbarkeit bzw. Erreichbarkeit von Bildungsangeboten hin. Es zeigt sich aber auch, dass darin offenbar nicht die alleinigen Gründe für Übergangsentscheidungen liegen. Wie bereits angesprochen, können familiäre Hintergründe eine Rolle spielen aber auch das konkrete Bildungsangebot der jeweiligen Schule.

Tabelle 23:
Bildungsangebote und Bildungsteilhabe (2010)
Übergangsquoten an Regionale Schulen, Gymnasien und Gesamtschulen | Erreichbarkeitsunterschiede nach Altkreisen

Datenquellen: Stat. Amt MV, Bevölkerung nach Altersgruppen und Übergangsquoten

Schularten	Schulstandorte* (Gemeinden)			Anteil der Kinder im Alter v. 10 bis unter 15 Jahren, die nicht an den Schulstandorten leben (Prozent)			Übergangsquote von d. Orientierungsstufe an weiterführende Schule (Prozent)		
	HGW	OVP	UER	HGW	OVP	UER	HGW	OVP	UER
Gymnasium	1	4 v. 89	3 v. 54	0	68,1	69,5	57,9	36,4	49,6
Regionale Schule	1	10 v. 89	8 v. 54	0	54,8	36,7	20,1	49,8	52,2

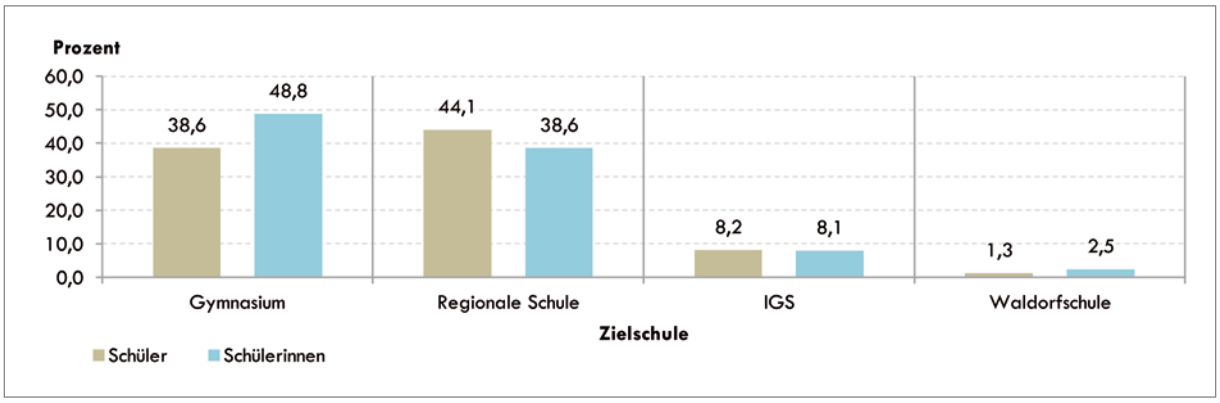
**) IGS und KGS jeweils mit berücksichtigt*

Unterschiede zwischen Geschlechtern sowie deutschen und ausländischen Schülern

Geschlechterunterschiede zeigen sich bei den höheren Übergangsquoten der Mädchen an Gymnasien und die Greifswalder Waldorfschule. Jungen wechselten im Jahr 2010 hingegen häufiger an regionale Schulen (**vgl. Abbildung 41**).

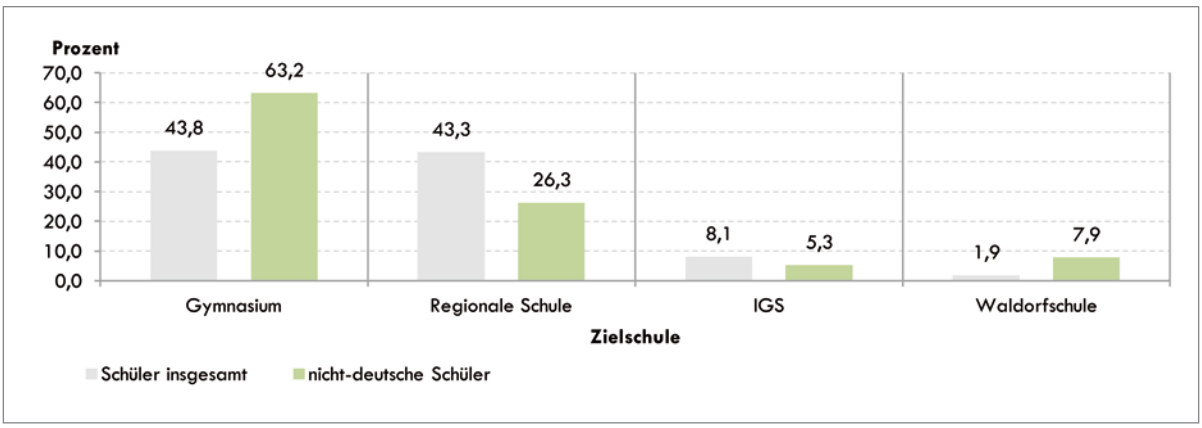
Noch stärker sind die Unterschiede beim Vergleich mit ausländischen Schülern. Im Jahr 2010 wechselten diese wesentlich häufiger an ein Gymnasium als deutsche Schüler. Auch die Waldorfschule wird unter den ausländischen Schülern deutlich stärker nachgefragt (**vgl. Abbildung 42**).

Abbildung 41:
Übergangsquoten von der Orientierungsstufe an weiterführende Schulen (2010)
Geschlechterunterschiede



Datenquelle: Stat. Amt MV, Kernindikatorensatz D, Tab. D 12.1

Abbildung 42: Übergangsquoten von der Orientierungsstufe an weiterführende Schulen (2010)
Vergleich der Übergangsquoten aller Schüler und ausländischer Schüler nach Schularten



Datenquelle: Stat. Amt MV, Kernindikatorensatz D, Tab. D 12.1

4.5.2 Schulartwechsel in den Klassenstufen 7 bis 9

Auch nach der Orientierungsstufe kann die Schulart gewechselt werden. Die Analyse von Schulartwechsel in den Klassenstufen 7 bis 9 gestattet Rückschlüsse auf die Mobilität von Schülern zwischen den Schularten und damit auf die Durchlässigkeit des Schulsystems. Anhand der Daten aus dem Jahr 2010 kann für den Lk VG eine insgesamt höhere Aufwärtsmobilität festgestellt werden. Die Übergangsquote von Regionalen Schulen an Gymnasien betrug 3,1 Prozent, während nur 1,4 Prozent der Schüler vom Gymnasium an eine Regionale Schule wechselten. Allerdings lag die Quote von IGS-Schülern, die an eine Regionale Schule wechselten, mit 4,5 Prozent noch höher **(vgl. Tabelle 24)**.

Bezogen auf Schulartwechsel zwischen Gymnasien und Regionalen Schulen zeigt sich, dass Abwärts- und Aufwärtsmobilität bei Mädchen eher geringer bzw. bei Jungs eher höher sind. So schafften im Jahr 2010 3,7 Prozent der Jungen an Regionalen Schulen einen Wechsel an ein Gymnasium, gegenüber lediglich 2,5 Prozent der Mädchen. Einen Wechsel vom Gymnasium an eine Regionale Schule haben 2 Prozent der Jungen vollzogen, gegenüber nur 0,9 Prozent der Mädchen **(vgl. Tabelle 24)**.

Demnach relativieren sich in dieser Phase der schulischen Bildungsbiographie die bisher dominierenden Geschlechterunterschiede teilweise, indem Jungen häufiger an ein Gymnasium wechseln als Mädchen. Andererseits treten bei den Jungen Übergänge an Regionale Schulen ebenfalls häufiger auf, sodass insgesamt von einer höheren Mobilität der Jungen bzw. von einer stärkeren Kontinuität der Mädchen gesprochen werden kann.

Tabelle 24:
Schulartwechsel in den Klassenstufen 7 bis 9 (2010)
Vorpommern Greifswald

Übergänge zwischen Schularten Herkunftsschulart → Zielschulart		Anzahl v. Schülern der Herkunftsschulart	Übergänge absolut	in Prozent
Regionale Schule → Gymnasium	ges.	1.595	50	3,1
	m	861	32	3,7
	w	734	18	2,5
Gymnasium → Regionale Schule	ges.	1.235	17	1,4
	m	558	11	2,0
	w	677	6	0,9
IGS → Regionale Schule	ges.	222	10	4,5
	m	119	k.A.	k.A.
	w	103	k.A.	k.A.

Datenquelle: Stat. Amt MV, Kernindikatorensatz D, Tab. D 12.3

Fast alle Wechsel an ein Gymnasium erfolgten in der Stadt Greifswald, insgesamt 45 von 50 Schülern im Jahr 2010. Auch die Quote der Übergänge von Gymnasien an Regionale Schulen lag in Greifswald relativ hoch. Anhand der Daten können für den Altkreis OVP leider keine eindeutigen Aussagen getroffen werden. Insgesamt sieben Schüler, die von einem Gymnasium an eine Regionale Schule wechselten, können keinem Altkreis eindeutig zugeordnet werden. Fraglich ist, wie viele von diesen Schülern möglicherweise auf die Regionalen Schulen in Loitz und Jarmen (ehem. DM) gewechselt sind. Aufgrund der regionalen Proportionen der Schülerzahlen trifft dies sehr wahrscheinlich nur auf wenige Schüler zu. Die Quote der Übergänge von Gymnasien an Regionale Schulen läge demnach im Altkreis OVP noch etwas höher als in Greifswald. In UER treten Schulartwechsel hingegen seltener auf. Kennzeichnend ist hier eher eine relative Kontinuität des schulischen Bildungsverlaufs in den Klassenstufen 7 bis 9 **(vgl. Tabelle 25)**.

Tabelle 25:
Schulartwechsel in den Klassenstufen 7 bis 9 (2010)
Altkreise

Übergänge zwischen Schularten Herkunftsschulart → Zielschulart		Anzahl v. Schüler der Herkunftsschulart	Übergänge absolut	in Prozent
Regionale Schule → Gymnasium	HGW	199	45	10,6
	OVP	744	k.A.	k.A.
	UER	522	4	1,0
	MV	9.840	130	1,3
Gymnasium → Regionale Schule	HGW	423	6	3,0
	OVP	405	k.A.	k.A.
	UER	407	4	0,8
	MV	9.150	166	1,7
IGS → Regionale Schule	HGW	159	4	2,0
	OVP	63	k.A.	k.A.
	UER	0	0	-
	MV	1.797	76	0,8

Datenquelle: Stat. Amt MV, Kernindikatorensatz D, Tab. D 12.3

4.5.3 Übergänge von Sekundarstufe I auf Sekundarstufe II

Übergänge auf die gymnasiale Oberstufe geben u.a. Auskunft über die Bildungsorientierung der Jugendlichen. Dabei ist zu unterscheiden zwischen Jugendlichen, die bereits ein Gymnasium besuchen und Schülern, die im Anschluss an die Regionale Schule ein Abitur anstreben.

Mit 2,8 Prozent wechselte im Jahr 2010 ein geringer Teil der Regionalschüler auf die gymnasiale Oberstufe. Diese Quote lag über dem Landesdurchschnitt von 2,2 Prozent. Das Geschlechterverhältnis war in etwa ausgeglichen, mit einer leicht höheren Wechselquote der Mädchen. Die meisten Schüler, die einen Übergang an ein Gymnasium vollzogen haben, stammen aus dem Lk UER und der Stadt Greifswald, mit der kreisweit höchsten Übergangsquote von 6 Prozent. Im Altkreis OVP ist die Quote hingegen äußerst gering, auch wenn die Daten keine exakte Angabe zulassen **(vgl. Tabelle 26 und Tabelle 27)**.[38]

Von den Schülern, die bereits ein Gymnasium besuchten, sind die meisten auch in die Sekundarstufe II übergegangen. Jedoch lag die Quote von 89,9 Prozent leicht unter dem Landesdurchschnitt von 92,2 Prozent. Besonders hoch ist die schulbiographische Kontinuität an Gymnasien im Altkreis OVP, wo 93 Prozent der Schüler an dieser Schulart verblieben sind. Männliche Schüler verlassen das Gymnasium etwas häufiger nach der Sekundarstufe I. Ihre Übergangsquote in die Sekundarstufe II beträgt im Lk insgesamt nur 88,1 Prozent **(vgl. Tabelle 26 und Tabelle 27)**.

In Greifswald ist die Übergangsquote von Gymnasialschülern in die Sekundarstufe II kreisweit am niedrigsten. Ein größerer Anteil von Schülern verlässt hier das Gymnasium nach der zehnten Klasse. Da auch die Wechsel von Regionalen Schulen an Gymnasien häufiger stattfinden, kann in dieser schulbiographischen Phase insgesamt eine stärker ausgeprägte Übergangsmobilität zwischen den Schularten im Rahmen der Berufsorientierung für die Stadt Greifswald festgestellt werden.

Ein geringer Teil der Schülerinnen, die das Gymnasium im Anschluss an die zehnte Klasse verlassen haben, wechselte an die private Waldorfschule in Greifswald. Dadurch wuchs hier der Jahrgang beim Übergang zur Oberstufe an **(vgl. Tabelle 26 und Tabelle 27)**.

Tabelle 26: Übergänge von Sekundarstufe I auf Sekundarstufe II (2010)
VG, differenziert nach Geschlecht

Übergänge zwischen bzw. Verbleib an Schularten Herkunftsschulart → Zielschulart		Anzahl von Schülern der Herkunftsschulart in Abschlussklasse der Sek. I (Vorjahr)	Anzahl von Schülern der Eingangsklasse in Sek. II aus der jeweiligen Herkunftsschulart	Prozent
Regionale Schule → Gymnasium	ges.	502	14	2,8
	m	260	7	2,7
	w	242	7	2,9
Gymnasium → Gymnasium	ges.	506	455	89,9
	m	253	223	88,1
	w	253	232	91,7
Waldorfschule → Waldorfschule	ges.	28	30	107,1
	m	16	16	100,0
	w	12	14	116,7

Datenquelle: Stat. Amt MV, Kernindikatorensatz D, Tab. D 12.2

38 Die Daten lassen keine eindeutigen Aussagen über Integrierte Gesamtschulen zu.

Tabelle 27:
Übergänge von Sekundarstufe I auf Sekundarstufe II (2010)
Altkreise & MV

Übergänge zwischen bzw. Verbleib an Schularten Herkunftsschulart → Zielschulart		Anzahl von Schülern der Herkunftsschulart in Abschlussklasse der Sek. I (Vorjahr)	Anzahl von Schülern der Eingangsklasse in Sek. II aus der jeweiligen Herkunftsschulart	Prozent
Regionale Schule → Gymnasium	HGW	50	3	6,0
	OVP	225	k.A.	k.A.
	UER	183	9	4,9
	MV	3.483	75	2,2
Gymnasium → Gymnasium	HGW	163	141	86,5
	OVP	186	173	93,0
	UER	157	141	89,8
	MV	3.963	3.652	92,2
Waldorfschule → Waldorfschule	HGW	28	30	107,1
	MV	77	73	94,8

Datenquelle: Stat. Amt MV, Kernindikatorensatz D, Tab. D12.2

4.5.4 Klassenwiederholungen

Aus der Anzahl von Klassenwiederholungen können Aussagen über den Bildungserfolg von Schülern abgeleitet werden. Zusammen mit Übergängen bzw. Wechseln und Abschlüssen können sie auch Hinweise auf die Durchlässigkeit des schulischen Bildungssystems geben.

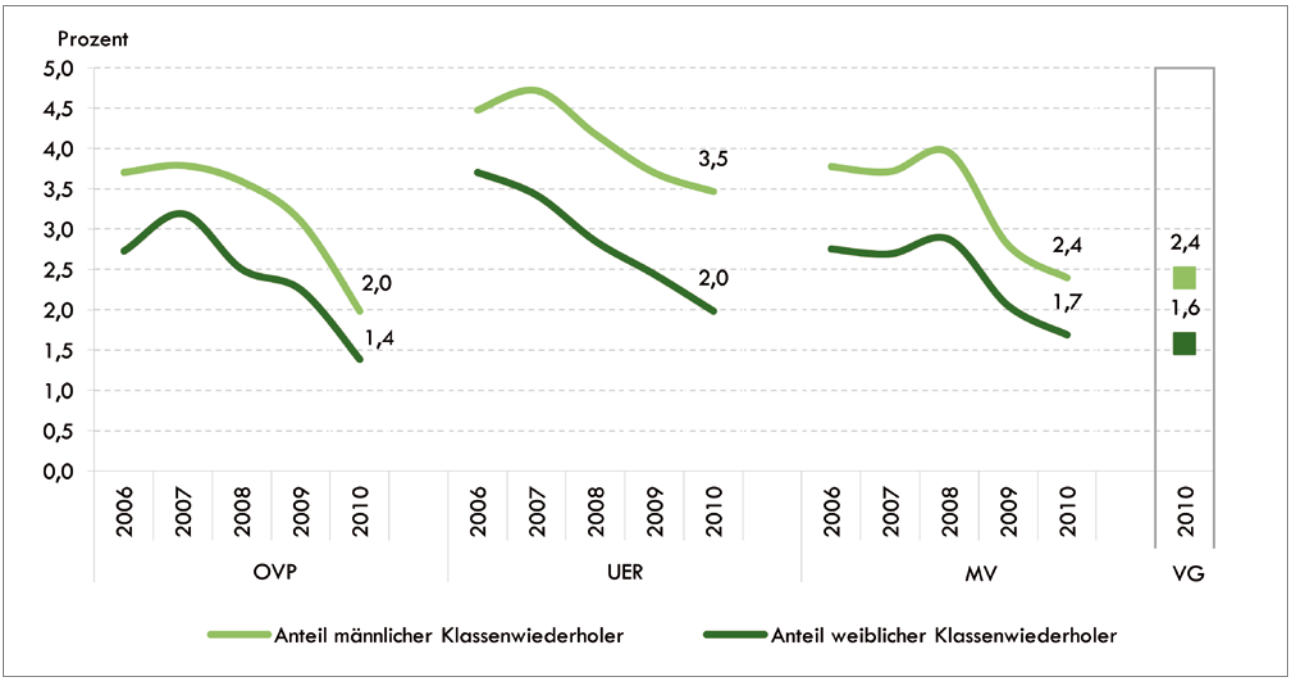
Das Thema Klassenwiederholungen wird aktuell von den Mitgliedern des europäischen „Eurydice-Netz“ als eng verknüpft mit bildungspolitischen Herausforderungen wie Schulabbruch und Schulversagen wahrgenommen.[39] Bereits im Jahr 2008 hatten Bildungsexperten in einem Bericht des Landes Mecklenburg-Vorpommern auf den hohen Anteil von Klassenwiederholungen, insbesondere männlicher Schüler, hingewiesen. Aufgefallen war den Mitgliedern der Expertenkommission weiterhin die landesweite Tendenz, durch Maßnahmen wie unregelmäßige Einschulungen, Klassenwiederholungen und die Sondierung von Förderschülern bzw. Hochbegabten, möglichst homogene Klassen zu bilden. Dies widerspräche den faktisch belegten positiven Erfahrungen und Ergebnissen von Ländern mit heterogenen Klassen.[40]

Die Kommission empfahl darüber hinaus, durch „verstärkte individuelle Förderung auf Klassenwiederholungen zu verzichten“. Weiterhin wurde die Flexibilisierung der Schuleingangs- und Schulausgangsphase (Jahrgangsstufen 1 und 2 sowie 8 und 9) und eine „Modularisierung der gymnasialen Oberstufe“ vorgeschlagen und empfohlen, „ein Konzept zu entwickeln, das die schulische und soziale Entwicklung von Jungen besonders berücksichtigt.“[41] Mit der Einrichtung des „Produktiven Lernens“ wurde der Weg der Flexibilisierung der Schulausgangsphase bereits erfolgreich beschritten.

Im Lk VG wurden im Jahr 2010 insgesamt 368 Schüler, von denen 225 männlich und 143 weiblich waren, nicht zusammen mit ihrem ursprünglichen Klassenverband versetzt. Relativ zu den insgesamt 18.445 Schülern des Lk waren dies 2,4 Prozent der männlichen und 1,6 Prozent der weiblichen Schüler und zusammen knapp 2 Prozent aller Schüler. Dieser Anteil entspricht dem Landesdurchschnitt.

39 Eurydice-Netz (2011): Klassenwiederholung während der Pflichtschulzeit in Europa: Regelungen und Statistiken.
40 Expertenkommission „Zukunft der Erziehung und Bildung unter Berücksichtigung des lebenslangen Lernens in Mecklenburg-Vorpommern“(2008): Endbericht.
41 Ebd.

Abbildung 43:
Entwicklung des Anteils von Klassenwiederholern (2006 bis 2010)
Altkreise & Geschlecht, in Prozent



Datenquelle: Stat. Amt MV: Kernindikatorensatz D, Tab. D 13.1

In der **Abbildung 43** kann ein Rückgang der Klassenwiederholerquote in Mecklenburg-Vorpommern und im Lk VG seit dem Jahr 2006 beobachtet werden. Auffällig ist dennoch der beständig höhere Anteil männlicher Klassenwiederholer im gesamten Zeitraum.

4.6 Förderschulen

Insgesamt existieren elf Förderschulen in neun Gemeinden (Standorte). Die folgende Übersicht beinhaltet neben den Einrichtungen und der Nennung der Schülerzahlen auch die Förderschwerpunkte. Das Spektrum umfasst Schulen zur individuellen Lebensbewältigung, Schulen mit den Schwerpunkten „Lernen“, „geistige Entwicklung“ und „emotionale und soziale Entwicklung“ sowie die einzige private Förderschule für Erziehungsschwierige in freier Trägerschaft in Greifswald.

Tabelle 28: Übersicht der Förderschulen des Lk (vgl. Karte 10)

Ort (Gemeinde)	Schule	Schüler am Standort (2009)
Anklam	Sonderpädagogisches Förderzentrum „Biberburg“ Anklam, Schule mit dem Förderschwerpunkt „Lernen“	288
Anklam	„Kleeblattschule“ Anklam, Schule mit dem Förderschwerpunkt „geistige Entwicklung“	
Behrenhoff	Schule „Am Park“ Behrenhoff, Schule mit den Förderschwerpunkten „Lernen“ und „emotionale und soziale Entwicklung“	139
Ferdinandshof	Schule zur individuellen Lebensbewältigung, Ferdinandshof	53
Greifswald	Schule „Johann Heinrich Pestalozzi” Greifswald, Schule mit dem Förderschwerpunkt Lernen	428
Greifswald	„Haus des Arbeitens und Lernens Greifswald”, Förderschule für Erziehungsschwierige in freier Trägerschaft	
Löcknitz	Schule zur individuellen Lebensbewältigung, Löcknitz	31
Pasewalk	Schlossbergschule Pasewalk, Sonderpädagogisches Förderzentrum – Allgemeine Förderschule mit dem Schwerpunkt „Lernen“	202
Torgelow	Sonderpädagogisches Förderzentrum, Torgelow mit dem Schwerpunkt „Lernen“	187
Wolgast	Janusz-Korczak-Schule Wolgast, Schule mit dem Förderschwerpunkt „Lernen“	234
Zirchow	Schule am Stettiner Haff Zirchow, Schule mit dem Förderschwerpunkt „geistige Entwicklung“	58

4.6.1 Anzahl und Herkunft der Schüler

Die Anzahl der Förderschüler ist in der Vergangenheit deutlich langsamer zurückgegangen als die der übrigen Schüler. Entsprechend ist ihr Anteil an den Schülern insgesamt gestiegen **(vgl. Tabelle 29 sowie Kap. 4.2)**. Auffällig ist der durchgängig höhere Anteil von männlichen Förderschülern, der im Altkreis UER im Jahr 2010 mit 60 Prozent noch am geringsten ausgeprägt war.

Tabelle 29:
Förderschüler, differenziert nach Altkreisen und Geschlecht
(1995, 2006, 2010)

		1995	2006	2010
HGW	insg.	k.A.	439	406
	in Prozent an Schülern insg.	k.A.	8,6	8,1
	männlich Prozent	k.A.	62,2	63,3
OVP	insg.	927	749	691
	in Prozent an Schülern insg.	5,2	8,8	9,2
	männlich Prozent	64,4	63,3	66,3
UER	insg.	734	498	457
	in Prozent an Schülern insg.	4,9	7,9	8,2
	männlich Prozent	66,2	64,5	60,6

Datenquelle: Stat. Amt MV, Kernindikatorensatz D, Tab. D 12.4a

Sofern nicht schon im frühkindlichen Alter bzw. direkt im Anschluss an die KiTa oder Tagesbetreuung eine Förderschule besucht wird, erfolgen die meisten Übergänge von den Grundschulen. Im Jahr 2010 waren neue Förderschüler aus Grundschulen besonders in Greifswald stark vertreten. Auch Übergänge von Regionalen Schulen fanden hier häufiger statt. Da in der Stadt sogar vereinzelt Übergänge von Gesamtschule und Gymnasium auftraten, war hier im Prinzip das ganze Spektrum an möglichen Übergängen zur Förderschule vertreten. In UER wurden im selben Jahr nur Übergänge von den Grundschulen gezählt. Im Altkreis OVP stammte ein etwas geringerer Teil der neuen Förderschüler auch aus Regionalen Schulen (**vgl. Abbildung 44**).

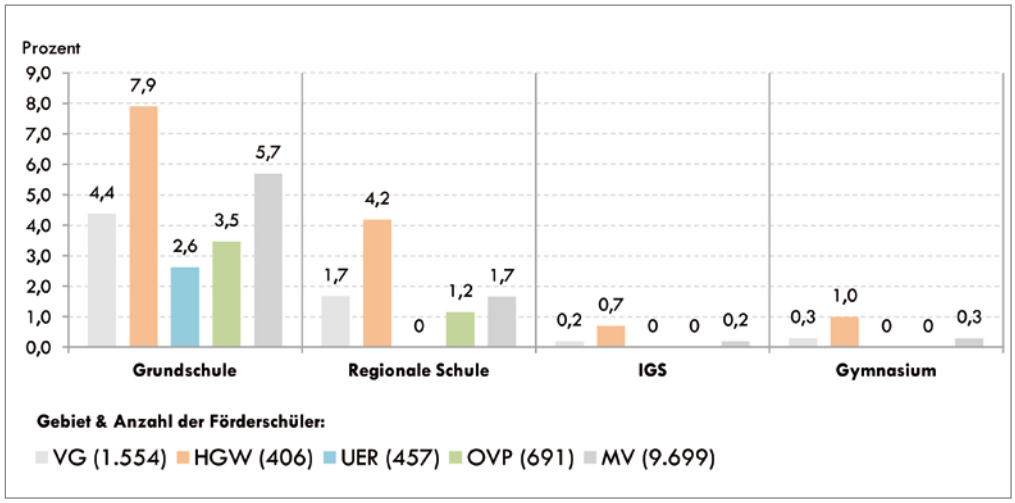


Abbildung 44:
Übergänge von allgemeinbildenden Schulen an Förderschulen
Neue Schüler an Förderschulen nach Art der Herkunftsschule (2010)
in Prozent der jeweiligen Gesamtzahl an Förderschülern je Gebietseinheit

Datenquelle: Stat. Amt MV, Kernindikatorensatz D, Tab. D 12.4a

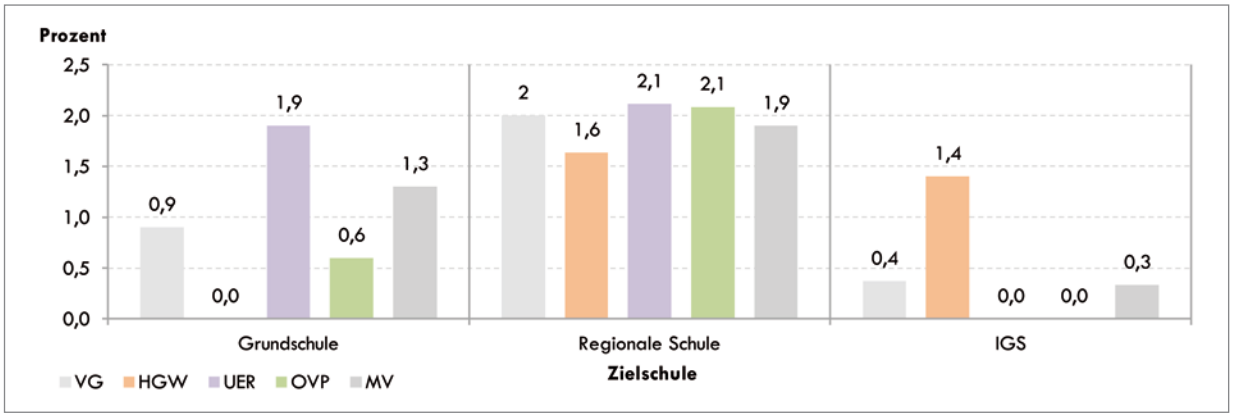
Im Rahmen von landespolitischen Überlegungen zum Thema Inklusion (**vgl. Kap. 4.10.2**) wurden die Eingangsklassen an Förderschulen im Schuljahr 2010/2011 zunächst geschlossen und alle Schüler der ersten Klassen gemeinsam beschult. Dass ab dem Schuljahr 2012/2013 an den Förderschulen wieder neue dritte Klassen eingerichtet werden, um aufgrund des hohen Bedarfs einen Teil dieser Grundschulgeneration wieder aufzunehmen, lässt auf einen nur eingeschränkten Erfolg der bisherigen Bemühungen schließen.

4.6.2 Übergänge von Förderschulen an allgemeinbildende Schulen

Durchschnittlich betrug im Jahr 2010 die Übergangsquote von Förderschulen an allgemeinbildende Schulen, bezogen auf den Lk VG, 3,2 Prozent. In beiden ehem. Lk ist ein Anstieg der Übergänge zwischen 2009 und 2010 zu verzeichnen. In UER von 2,9 Prozent auf 4,0 Prozent, in OVP von 1,2 Prozent auf 2,6 Prozent. In UER liegt die Quote damit kreisweit am höchsten und übertrifft auch den Landesdurchschnitt. Dennoch weisen die sehr niedrigen Übergangsquoten noch immer auf nahezu geschlossene Einrichtungen hin, die für fast alle Schüler eine Schule ohne Brücke bedeutet.

Sofern Übergänge aus der Förderschule vollzogen werden, geschieht dies größtenteils an Regionale Schulen. Während sich also Eintritte in die Förderschulen überwiegend im frühkindlichen bzw. Grundschulalter vollziehen, schaffen die Schüler den Wechsel in eine reguläre Schule tendenziell eher im höheren Alter. Im Altkreis UER waren die Übergangsquoten an Grundschulen und Regionale Schulen im Jahr 2010 in etwa gleich hoch. In der Stadt Greifswald lag die Übergangsquote von Förderschulen an Regionale Schulen fast genauso hoch, wie die an eine Integrierte Gesamtschule (**vgl. Abbildung 45**).

Abbildung 45: Quote der Übergänge von Förderschulen an allgemeinbildende Schulen (2010)
Lk VG und Altkreise



Datenquelle: Stat. Amt MV, Kernindikatorensatz D, Tab. D 12.4b

Ein Faktor dieses insgesamt vielfältigeren Übergangsgeschehens in der Stadt Greifswald ist die evangelische Martinschule. Diese integrierte Gesamtschule umfasst neben einem Grundschul- auch einen Förderschulzweig. Zudem werden lernbenachteiligte Schüler zum Teil bereits gemeinsam mit anderen Schülern unterrichtet, sodass Übergänge innerhalb der Einrichtung relativ barrierefrei verlaufen können.

Ein pädagogisches Element der Übergänge von Förderschülern an Regionale Schulen ist das „Produktive Lernen“. Als Instrument der Flexibilisierung der Schulausgangsphase basiert es auf einem alternativen Lernansatz mit speziell entwickelten Unterrichtsmethoden und einem sehr hohen Praxisanteil. Es soll zu einem Schulabschluss führen und besser auf eine praktische berufliche Tätigkeit vorbereiten. Förderschüler, die an Regionale Schulen übergehen, nehmen meist direkt am „Produktiven Lernen“ teil. Insofern ist es auch ein Element von Inklusion.

Geschlechterunterschiede

Bei den Übergängen von Förderschülern an andere Schulformen zeigen sich die bekannten Geschlechterunterschiede: Mädchen haben tendenziell die höheren Erfolgsquoten. Sie schaffen häufiger einen Wechsel an allgemeinbildende Schulen. Landesweit ist es umgekehrt. Leider liegen für die Altkreise geschlechtsspezifische Übergangsdaten nur unvollständig vor. Die Daten für die Stadt Greifswald und den Altkreis OVP zeigen jedoch einen recht deutlichen Kontrast.[42] Im Altkreis OVP betrug die Übergangsquote von Mädchen an Regionale Schulen 3,9 Prozent und beträgt damit mehr als das Dreifache der Quote der Jungen. Auch in Greifswald sind die Übergangsquoten der Mädchen mit 4,1 Prozent wesentlich höher. Für UER können keine Aussagen über Geschlechterunterschiede gemacht werden **(vgl. Tabelle 30)**.

Tabelle 30: Übergangsquoten in andere Schularten (2010)
VG & Altkreise

	Förderschüler (Vorjahr)	**männlich**	**Übergänge in andere Schulformen**			
	absolut	Prozent	absolut	Prozent	m (Prozent)	w (Prozent)
VG	1.620	60,1	52	3,2	3,1	3,5
Greifswald	428	60,5	13	3,0	2,3	4,1
OVP	719	64,5	19	2,6	1,1*	3,9*
UER	473	61,1	19	4,0	k.A.	k.A.
MV	10.193	63,0	355	3,5	3,7	3,1

**) bezogen auf Übergänge an regionale Schulen*

Datenquelle: Stat. Amt MV, Kernindikatorensatz D, Tab. D 12.4b

4.7 Entwicklung der Schulabsolventen

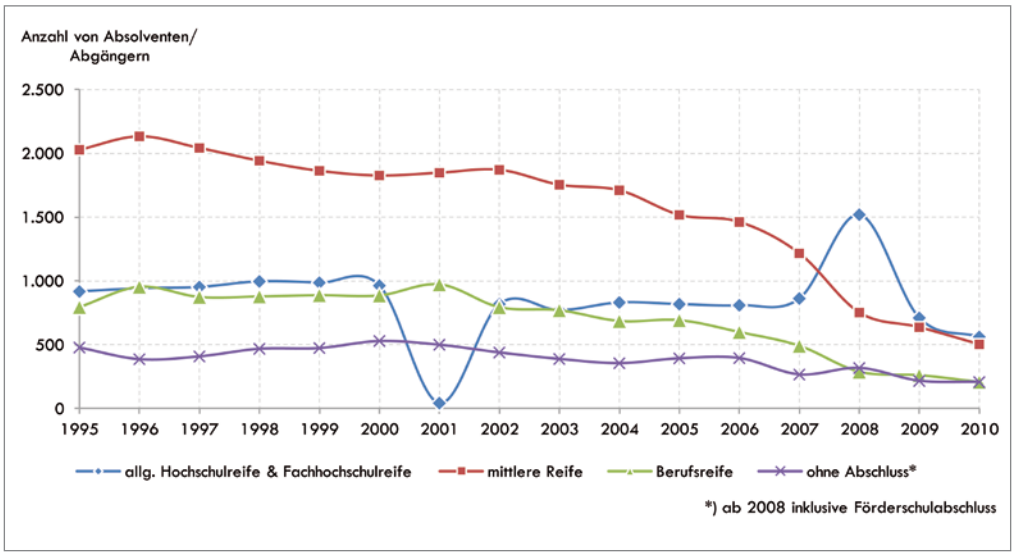
4.7.1 Gesamtentwicklung

Die zuvor dargestellten demographischen Entwicklungen spiegeln sich in den vergangenen Jahren auch sehr deutlich in der Entwicklung der Zahl der Schulabsolventen wider. In den drei Altkreisen betrug der Rückgang seit 1995 deutlich über 60 Prozent (HGW: -64 Prozent | UER: -65 Prozent | OVP: -65 Prozent).

Seit dem Schuljahr 2002/2003 entsprechen Realschulabschlüsse der Mittleren Reife und Hauptschulabschlüsse der Berufsreife. Abschlüsse der Mittleren Reife (-75,2 Prozent) und der Berufsreife (-73,7 Prozent) waren besonders stark von den Rückgängen betroffen. Wegen höherer Altersstufen an Gymnasien verzögerten sich die geburtenbedingten Rückgänge bei den Abiturienten bis in die aktuellen Schuljahre (-38,8 Prozent). Diese Verluste, die sich voraussichtlich ab 2013/2014 stabilisieren werden, sind in der vorliegenden Statistik bis 2010 noch nicht vollständig erfasst. Ebenfalls unterdurchschnittlich ist der Rückgang der Zahl der Abgänger ohne Schulabschluss (-56,7 Prozent), die im Jahr 2009 kurzzeitig sogar die Anzahl von Absolventen mit Berufsreife übertroffen haben **(vgl. Abbildung 46)**. In der Abbildung ebenfalls erkennbar ist die Einführung und Abschaffung der 13. Gymnasialklasse in Mecklenburg-Vorpommern. 2001 führte die Einführung zunächst zum Wegfall eines Abschlussjahrganges. Mit der Rückkehr zum 12-Klassenstufen Modell umfasste der Jahrgang 2008 12. und 13. Klassen und damit deutlich mehr Absolventen.

42 Hier wurden nur Übergänge an Regionale Schulen geschlechtsspezifisch erfasst.

Abbildung 46: Entwicklung der Absolventen- und Abgängerzahlen (1995 bis 2010)
Lk VG, ohne Amtsbereiche Peenetal/Loitz & Jarmen-Tutow



Datenquelle: Stat. Amt MV: Absolventen an allgemeinbild. Schulen und Kernindikatorensatz D, Tab. D 15.1, Altkreise

) 2008 und 2009 inkl. Förderschulabschluss als nicht-qualifizierender Abschluss

4.7.2 Regionaler Vergleich von Schulabgängern

Zwischen den Altkreisen bestehen deutliche Unterschiede bei den Schulabschlüssen **(vgl. Abbildung 47)**. Als besondere „Problemgruppe" gelten die Absolventen ohne Berufsreife, da ihre Möglichkeiten auf dem Ausbildungsmarkt stark eingeschränkt sind. Deren Quote entsprach 2010 kreisweit dem Landesdurchschnitt, wobei der Anteil im Altkreis OVP mit 17 Prozent am höchsten ist. In der Stadt Greifswald ist der Anteil von Absolventen ohne Berufsreife mit 11 Prozent hingegen relativ niedrig, und auch in UER liegt die Quote unter dem Landesdurchschnitt **(vgl. Tabelle 31)**. Meist handelt es sich bei diesen Schülern um Abgänger der Förderschulen. Im Jahr 2009 machten diese den weitaus größten Teil der Absolventen ohne Berufsreife aus (OVP: 82 Prozent, UER: 57 Prozent, HGW: 59 Prozent).[43]

Im Altkreis OVP sind die Mittlere Reife und die Berufsreife am häufigsten als Abschluss vertreten, wohingegen die Quote von Absolventen mit Hochschulreife besonders niedrig ist. Diese ist in der Universitätsstadt Greifswald mit 44 Prozent hoch, aber auch der Altkreis UER erreicht mit 36,5 Prozent einen Anteil von Abiturienten, der über dem Landesdurchschnitt von 35 Prozent liegt **(vgl. Tabelle 31)**.

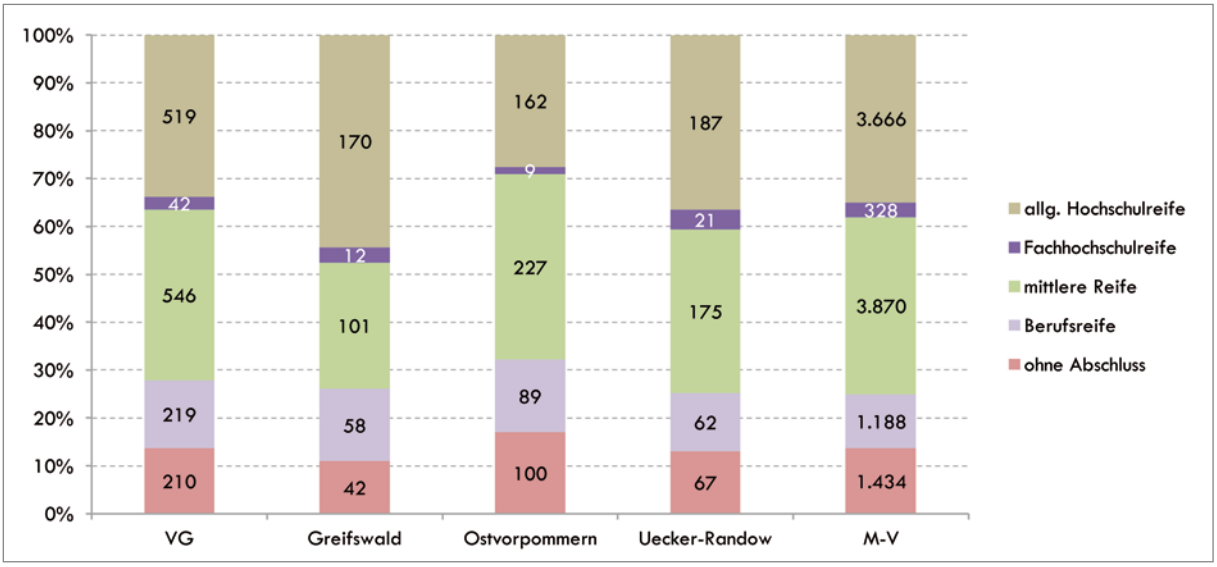
Tabelle 31: Errechnete Schulabgangsquoten nach Art des Abschlusses, im Regionalvergleich (2010)

	ohne Abschluss	Berufsreife	Mittlere Reife	Fachhochschulreife	allg. Hochschulreife
VG	13,7	14,3	35,5	2,7	33,8
Greifswald	11,0	15,1	26,4	3,1	44,4
OVP	17,0	15,2	38,7	1,5	27,6
UER	13,1	12,1	34,2	4,1	36,5
Mecklenburg-Vorpommern	13,7	11,3	36,9	3,1	35,0

Datenquelle: Stat. Amt MV: Kernindikatorensatz D, Tab. D 15.1, neue Kreise & Altkreise

43 Stat. Amt MV, Kernindikatorensatz D, Tab. D 15.2.

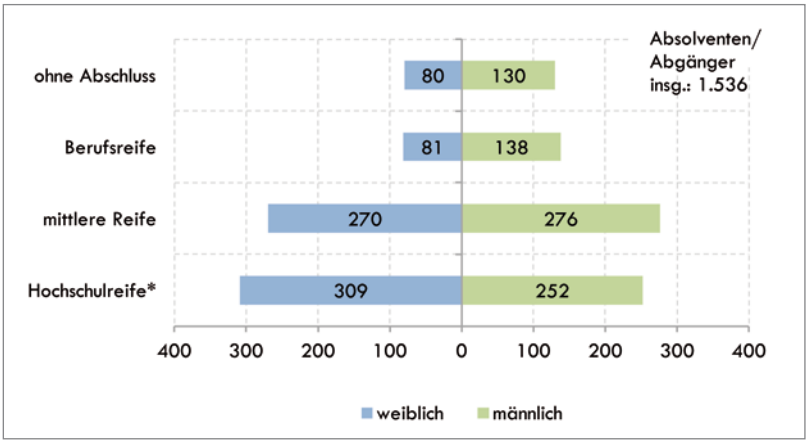
Abbildung 47:
Schulabsolventen nach Art des Abschlusses (2010)



Datenquelle:
Stat. Amt MV:
Kernindikatorensatz D,
Tab. D 15.1, neue Kreise
& Altkreise

4.7.3 Verteilung der Absolventen und Abschlüsse nach dem Geschlecht

Absolventen mit allgemeiner Hochschulreife und Fachhochschulreife waren 2010 aufgrund der letzten größeren Jahrgänge in der zwölften Klassenstufe insgesamt noch am häufigsten vertreten, gefolgt von denen mit Mittlerer Reife, mit Berufsreife und ohne Berufsreife. In der Geschlechterdifferenzierung ergibt sich ein gegensätzliches Bild. Während die Hochschulreife zu 55 Prozent von jungen Frauen erreicht wurde und zugleich ihre häufigste Abschlussart insgesamt darstellte, war die Mittlere Reife die Hauptabschlussart bei den männlichen Absolventen. Dieser Gegensatz verschärft sich zusätzlich bei den unteren Schulabschlüssen und den Abgängern ohne Abschluss bzw. den Förderschulabsolventen. Hier sind männliche Absolventen mit 62 Prozent vertreten.



**) allgemeine Hochschulreife und Fachhochschulreife*

Abbildung 48:
Absolventen & Abgänger nach Abschlussart (2010)
Lk VG, absolute Zahlen

Datenquelle:
Stat. Amt MV,
Kernindikatorensatz D,
Tab. D 15.1,
neue Kreise

4.8 Selbstständige Schule und Ganztagsschule

4.8.1 „Selbstständige Schule“ in MV

Mit Änderungen des Schulgesetzes im Jahr 2006 und mit dem Konzept „Auf dem Weg zur Selbstständigen Schule in Mecklenburg-Vorpommern“ wurde ein Paradigmenwechsel hin zu mehr eigenständiger Organisation und Gestaltung der Schulen eingeläutet und in einer dreijährigen Modellphase erprobt. In den nächsten Jahren wird es in diesem Bereich zu weiteren Veränderungen kommen.

Für die Qualitätsentwicklung entwarfen die Schulen u.a. Leitbilder. Auf dieser Grundlage erfolgte unter Mitwirkung von Schüler- und Elternräten die Entwicklung von Schulprogrammen. Landesweit wurde zudem die statistische Erfassung von Schülerindividualdaten im Schulberichtssystem installiert, mit denen sich vor allem Aussagen über sog. Risikoschüler treffen lassen sollen.

Eine kurze Zusammenfassung der wesentlichen Änderungen im Schulgesetz Mecklenburg-Vorpommerns findet sich im nachfolgenden Exkurs. In der „Verordnung zur Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung in den Selbstständigen Schulen“ (QualiVO MV) können weitere Qualitätsentwicklungsmerkmale nachgelesen werden.[44]

Änderungen im SchulG MV bezogen auf die Selbstständige Schule[45]:

- verpflichtende Schulprogramme
- flexible Stundentafeln
- schulinterne Lehrpläne
- Schulwahlfreiheit ab Jahrgangsstufe 5
- schülerbezogene Mittelzuweisungen
- schulbezogene Budgets für besondere Lehrerleistungen und Fortbildungen
- Führungskräftequalifizierung (Schulleiter)
- Erstellung individueller Förderpläne

Vor allem der letzte Punkt erweist sich dabei als besonders schwierig, weil laut Expertenaussagen der damit verbundene Mehraufwand ohne zusätzliche Finanz- bzw. Personalmittel kaum zu leisten ist.

Unterstützungsstrukturen

Im Rahmen der Einführung der „Selbstständigen Schule“ wurden die Schulen in ihren Qualitätsbemühungen von der Landesregierung unterstützt. Dazu gehörte unter anderem die Einbindung des Instituts für Qualitätsentwicklung, welches nach wie vor im SchulG MV und in der QualiVO MV für die Organisation der externen Evaluation genannt wird. Jedoch wird u.a. aus Kostengründen die externe Evaluation in dieser Form in Zukunft wahrscheinlich nicht weitergeführt werden.

Als weiteres Instrument führt die Landesregierung Elternverträge an.[46] Im Konzept „Selbstständige Schulen“ wurde u.a. empfohlen, mit den Eltern Verträge bzw. Vereinbarungen über die Leistungen der Lehrer und die Leistungen der Familie zu schließen. Eine wichtige Unterstützung in den Schulen ist die Arbeit der Schulsozialarbeiter geworden.[47] An jeder Schule soll es in Mecklenburg-Vorpommern seit dem Jahr 2011 mindestens einen Schulsozialarbeiter geben, insbesondere für die direkte Arbeit mit Schülern, welche aus Familien in Risikolagen bzw. aus Benachteiligungsverhältnissen stammen.

Bisher zeigte sich, dass die Verbesserungen der Rahmenbedingungen für die Gestaltung der schulischen Aufgaben vor Ort von vielen Schulen sehr gut aufgenommen wurden. Jedoch gingen die Maßnahmen mit einem zusätzlichen Personalbedarf einher, der über die Modellphase hinaus meist nicht mehr geleistet wird.

44 http://mv.juris.de/mv/gesamt/QEntwV_MV_2009.htm.
45 Bildungsbericht Mecklenburg-Vorpommern.
46 Auf dem Weg zur Selbstständigen Schule in MV – Konzept für die allgemeinbildenden Schulen.
47 http://www.schulwesen-mv.de/printable/materialien/schulsozialarbeit.php.

4.8.2 Ganztagsschulentwicklung

Die Entwicklung der allgemeinbildenden Schulen zu Ganztagsschulen ist ein Schwerpunkt in der aktuellen Schulpolitik in Mecklenburg-Vorpommern. Ausgehend von ungleich verteilten Chancen der Schülerinnen und Schüler durch unterschiedlich verteilte Ressourcen in den Familien werden die Ganztagsschulen als eine „zukunftsweisende Schulform“ und als ein „vielversprechender Weg zur nachhaltigen Verbesserung der Bildungschancen für Kinder und Jugendliche“ gesehen und dementsprechend gefördert.[48]

Begleitend zum Investitionsprogramm wurde die „Studie zur Entwicklung von Ganztagsschulen“ durchgeführt.[49] Hier konnten Hinweise auf Faktoren, die die Wirksamkeit des Ganztagsprogramms nachhaltig erhöhen können, gegeben werden. Dazu zählen unter anderem die Erhöhung der Lernmotivation und damit einhergehend bessere schulische Ergebnisse der Schüler, Entlastung für die Eltern z.B. bei der Hausaufgabenbetreuung, eine Erhöhung professioneller Vielfalt an Schulen und eine Verbesserung der Kooperation zwischen pädagogisch tätigem und nicht pädagogischem Personal.

In einer zweiten Phase des Programms wird die Entstehung von zum Teil länderübergreifenden Schulnetzwerken durch Serviceagenturen begleitet. In Mecklenburg-Vorpommern übernimmt diese Unterstützungsaufgabe die Serviceagentur Mecklenburg-Vorpommern.[50]

Teilnahme an Ganztagsangeboten

Die Daten zur Teilnahme an Ganztagsangeboten seit 2006 zeigen die Entwicklungsdynamik der Ganztagsschule. Insgesamt weisen sie auf einen steten Ausbau der allgemeinbildenden Schulen zu Ganztagsschulen im Lk VG wie auch im gesamten Landesgebiet Mecklenburg-Vorpommerns hin. Allerdings hat sich die Intensität des Ausbaus in den letzten zwei Jahren abgeschwächt.

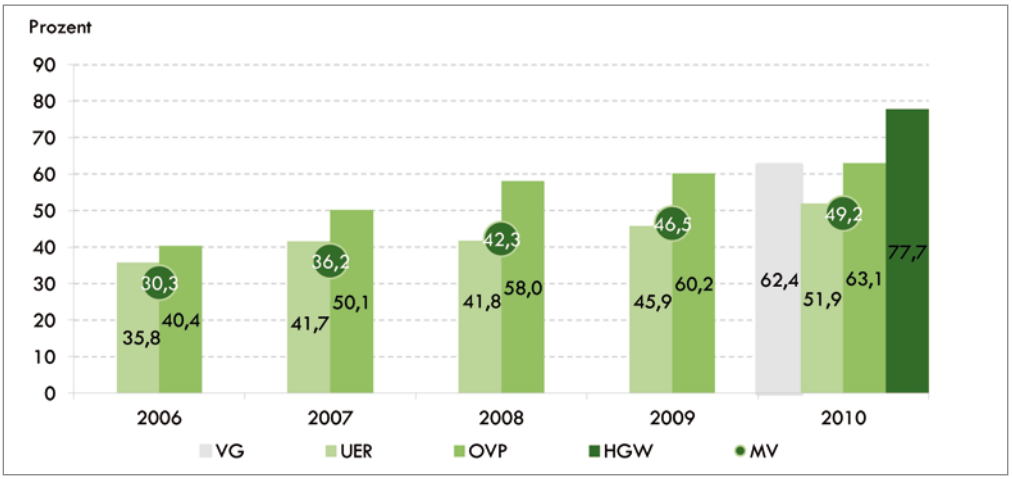


Abbildung 49: Entwicklung der Teilnahmequoten der Ganztagsschüler (2006 bis 2010)
VG, Altkreise, MV

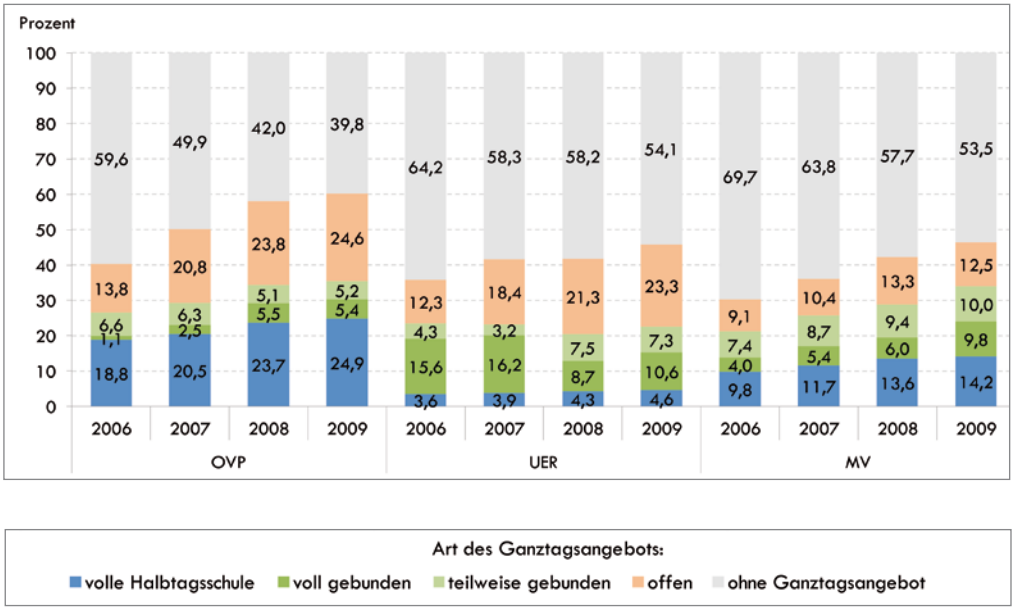
Datenquelle: Stat. Amt MV, Kernindikatorensatz D, Tab. D 6.3

Differenziertere Aussagen zu unterschiedlichen Formen von Ganztagsschulen ermöglicht ein tieferer Blick in die Daten. Unterschieden wird zwischen offenen Angeboten im Rahmen der schulischen Freizeitgestaltung und gebundenen Angeboten auf der Grundlage der Schulprogramme, welche in Zukunft eine größere Rolle spielen sollen.

In den Altkreisen UER und OVP ist ein im Landesvergleich überdurchschnittlicher Ausbau offener Ganztagsschulangebote zu sehen. Die Abbildung 50 spiegelt auch die positive Entwicklung des Anteils ganztägig geförderter Grundschulkinder in OVP (volle Halbtagsschule) wider. Dieser Anteil ist von 18,8 Prozent im Jahr 2006 auf 24,9 Prozent im Jahr 2009 gestiegen. Die Werte liegen deutlich über dem Landesdurchschnitt.

48 http://www.bildung-mv.de/de/schule/entwicklung/ganztagsschule.
49 http://www.projekt-steg.de.
50 http://mv.ganztägig-lernen.de.

Abbildung 50:
Anteil der Schüler nach Art des Ganztagsangebotes (Schuljahr 2006 bis 2009)
Altkreise, MV



Datenquelle:
Stat. Amt MV,
Kernindikatorensatz D,
Tab. D 6.3,
eigene Berechnungen

Zudem trägt das Ganztagsschulangebot an Grundschulen im Lk OVP maßgeblich dazu bei, dass hier seit 2007 die Mehrzahl der Schüler an allgemeinbildenden Schulen ganztägig gefördert werden konnte. Der Anteil stieg in UER von 3,6 Prozent auf 4,6 Prozent vergleichsweise unterdurchschnittlich an. Auf der anderen Seite liegt hier der Anteil der Kinder mit Förderung in einer gebundenen Ganztagsschule im gesamten Untersuchungszeitraum deutlich höher und über dem Landesdurchschnitt. Diese Ganztagsform ist die in Mecklenburg-Vorpommern schulpolitisch angestrebte Schulart. Allerdings zeigt sich im Lk UER eine schwankende Entwicklung zugunsten teilweise gebundener und offener Angebote **(vgl. Abbildung 50)**.

In der Tendenz haben Schüler aller Schularten in den letzten Jahren immer mehr ganztägige Betreuung erfahren. Die größten Anteile finden sich in den Grundschulen und hier besonders in der Stadt Greifswald. Im Jahr 2010 wurden nahezu 100 Prozent der Schüler an den Grundschulen der Stadt mit Ganztagsangeboten versorgt. Die Förderschulen des Lk weisen den geringsten Anteil an Ganztagsangeboten auf **(vgl. Tabelle 32)**.

Tabelle 32:
Entwicklung des Anteils der Ganztagsplätze (2006 bis 2010)
Altkreise, in Prozent

Datenquelle:
Stat. Amt MV,
Kernindikatorensatz D,
Tab. D 6.3

Schulart	OVP		UER		HGW	MV
	2006	2010	2006	2010	2010	2010
Grundschule	57,2	74,4	23,8	29,3	99,7	43,7
Regionale Schule	50,3	67,6	70,2	77,0	98,5	62,1
Förderschule	17,6	23,2	0,0	8,1	62,6	24,4
Gymnasium	26,0	42,7	24,0	69,2	55,1	42,5

Interessanterweise liegt die höchste Ganztagsquote unter Gymnasiasten im Jahr 2010 auf dem Gebiet des Lk UER mit fast 69 Prozent deutlich höher als in Greifswald, wo mit 55 Prozent etwas mehr als die Hälfte der Schüler Ganztagsangebote nutzen. Auffällig ist nicht zuletzt, dass bis auf die Grundschulen im Lk UER und Förderschulen im Lk OVP und Lk UER, der Anteil der Schüler im Ganztagsbetrieb je Schulart immer deutlich über dem Landesdurchschnitt lagen. Offen ist, wie sich der Rückgang der Investitionen nach Projektende auf den weiteren Ausbau der Ganztagsschulen auswirken wird.

4.9 Lehrer an allgemeinbildenden Schulen

Die beschriebenen Entwicklungen der Ganztagsschule und der „Selbstständigen Schule“ gehen mit veränderten Anforderungen an den Unterricht und an die Lehrkräfte einher, welche die schulischen Entwicklungsprozesse im Wesentlich tragen und gestalten. Hierzu gehören auch veränderte Rahmenbedingungen, wie z.B. die Inklusionsziele oder die stärkere Rolle von Kooperationen mit anderen Bildungs- und Betreuungseinrichtungen im Rahmen der Steuerung von Übergängen. Zur Ausbildung der Lehrkräfte wurden bereits im Jahr 2008 mehrere Vorschläge durch eine Expertenkommission gemacht. Dazu gehört u.a. der Vorschlag, eine gemeinsame Ausbildung der Erzieher und Grundschulpädagogen zu organisieren, um die Arbeit im Hort auf Augenhöhe gestalten zu können.

Wie in allen Bildungsbereichen sind qualifizierte und motivierte Lehrkräfte ein entscheidender Faktor von Entwicklungsprozessen und der Qualität der Bildungsarbeit. Gleichzeitig sind sie in VG ein zunehmend knappes Gut. Die Sicherung des Lehrernachwuchses und der Unterrichtsversorgung wird von regionalen Bildungsexperten als zentrale Herausforderung und mitunter schwierige Aufgabe wahrgenommen, die nur durch ein enges Zusammenwirken des Lk, des Staatlichen Schulamts und des Landesministeriums bewältigt werden kann.

Entwicklung der Lehrerzahlen

Insgesamt unterrichteten 1.634 Lehrkräfte im Jahr 2010 an allen Schulen des Lk VG. Davon arbeiteten 188 Lehrkräfte an Schulen in privater Trägerschaft. 81 Prozent aller Lehrer sind weiblich. An privaten Schulen ist der Anteil weiblicher Lehrer zehn Prozent geringer.

Die **Abbildung 51** zeigt die Entwicklung der Anzahl beschäftigter Lehrer zwischen 1995 und 2010. Parallel zu den Einbrüchen bei den Schülerzahlen wurden Lehrerstellen insgesamt stark abgebaut. Zwischen 35 Prozent und 43 Prozent betrugen die Rückgänge in den Altkreisen HGW, OVP und UER **(Tabelle 33)**. Der größte Abbau hat in der Stadt Greifswald bei den Lehrern an Regionalen Schulen (bzw. vor dem Schuljahr 2002/2003 an Haupt- und Realschulen) stattgefunden. Moderat bzw. positiv verlief die Entwicklung hingegen bei den Lehrkräften an Grundschulen, wo seit einigen Jahren auch die Schülerzahlen wieder angestiegen sind.

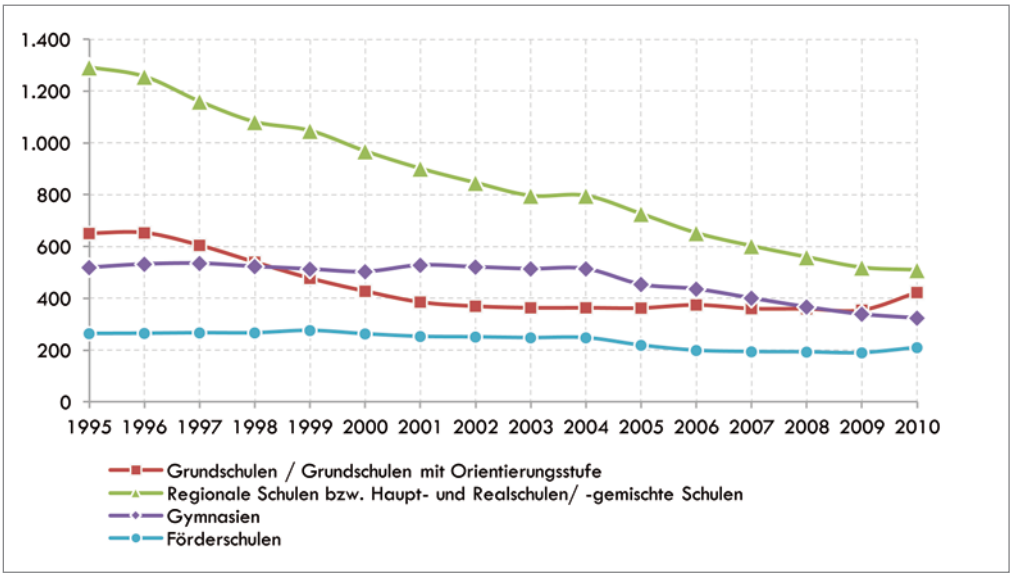


Abbildung 51:
Entwicklung der Lehrerzahlen an allgemeinbildenden Schulen (1995 bis 2010)
Lk VG, ohne Amtsbereiche Peenetal/Loitz & Jarmen-Tutow

Datenquellen:
Stat. Amt MV, Lehrer an allgemeinbildenden Schulen und Kernindikatorensatz D, Tab. D 9.1

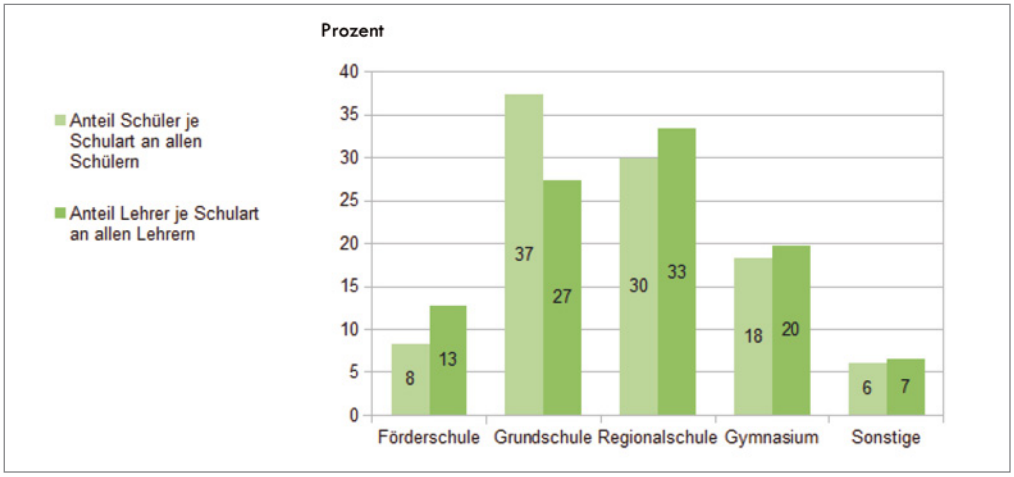
Tabelle 33:
Anzahl von Lehrern 2010 und Entwicklung seit 1995 nach Schularten
Altkreise

Datenquelle: Stat. Amt MV, Lehrer an allgemeinbild. Schulen und Kernindikatorensatz D, Tab. D 9.1

Schulart	Greifswald		OVP		UER		MV	
	Lehrer	Entw. (Prozent)	Lehrer	Entw. (Prozent)	Lehrer	Entw. (Prozent)	Lehrer	Entw. (Prozent)
Insgesamt	442	-34,8	671	-42,9	461	-50,9	11.206	-39,9
Grundschule	108	-43,8	192	-2,5	123	-53,1	3.114	-19,3
Regionale Schule	81	-70,8	247	-62,5	182	-49,2	3.547	-57,5
Gymnasium	116	-18,9	113	-36,9	95	-51,8	2.424	-38,8
Förderschule	62	-1,6	87	-18,7	61	-35,1	1.381	-20,8

Dennoch scheint die Versorgung mit Lehrern nicht mit der wachsenden Schülerzahl schrittzuhalten. Die **Abbildung 52** zeigt Unterschiede in der Lehrerversorgung an den Schularten. Die Abbildung zählt sowohl Teilzeit- als auch Vollzeitverträge der Lehrerschaft und weist daher nur recht grob auf Unregelmäßigkeiten hin. Dennoch kann aus der Abbildung auf eine relative Unterversorgung mit Lehrern an den Grundschulen des Lk geschlossen werden. Während 27 Prozent der Lehrer an Grundschulen tätig sind, finden wir hier 37 Prozent der Schüler. Deutlich wird ebenfalls der höhere Personalaufwand an Förderschulen.

Abbildung 52:
Vergleich der Anteile von Schülern und Lehrern (2010)
Lk VG



Datenquelle: Stat. Amt MV, Kernindikatorensatz D, Tabellen D7.1 & D9.1

Veränderung von Arbeitszeiten

Mit dem demographisch bedingten Schülerzahlenrückgang und den neuen Aufgaben nach den Änderungen im Schulgesetz Mecklenburg-Vorpommern geht ein veränderter Arbeitsaufwand einher. Zur Regelung der Arbeitsverhältnisse der Schulen in öffentlicher Trägerschaft wurde vom Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur ein Lehrerpersonalkonzept entworfen und umgesetzt. In den nachfolgenden Tabellen und Abbildungen werden einige Veränderungen bei der Anzahl der Lehrkräfte und deren Arbeitszeiten deutlich.

Jeder zweite Lehrer arbeitete im Jahr 2010 im Lk VG in Teilzeit. Weitere 41 Prozent der Lehrer haben eine Vollzeitbeschäftigung und 5 Prozent sind stundenweise beschäftigt **(vgl. Tabelle 34)**.

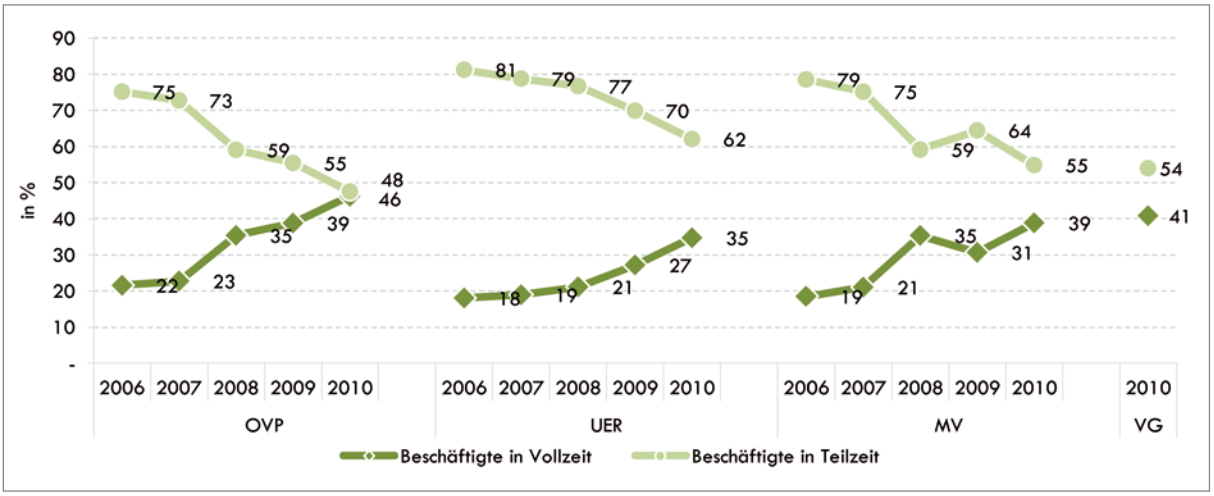
Schulträger-schaft	Insgesamt	Darunter Lehrerinnen	Vollzeit	Teilzeit	Stunden-weise
	Anzahl				
öffentlich	1.446	1.187	598	808	40
privat	188	134	69	74	45
Zusammen	1.634	1.321	667	882	85

Tabelle 34:
Anzahl der Lehrkräfte an öffentlichen und privaten allgemeinbildenden Schulen im Lk VG (2010)
Differenziert nach Geschlecht und Arbeitszeit

Datenquelle:
Stat. Amt MV,
Kernindikatorensatz D,
Tab. D 9.1

Insgesamt geht die Entwicklung der Arbeitszeiten in Richtung von mehr Vollzeitbeschäftigung. Im Jahr 2006 arbeiteten im Land Mecklenburg-Vorpommern noch 79 Prozent der Lehrer in Teilzeitarbeitsverhältnissen. Im Jahr 2010 waren dies nur noch etwas mehr als die Hälfte, nämlich 55 Prozent. Auch im Lk OVP und im Lk UER haben sich die Arbeitszeiten der Lehrer in diese Richtung verändert. Allerdings ist auch der Anteil der stundenweise Beschäftigten vom Jahr 2006 bis zum Jahr 2010 auf fast 6 Prozent gestiegen **(vgl. Abbildung 53)**.

Abbildung 53:
Entwicklung der Arbeitszeiten der Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen (2006 bis 2010)
Altkreise, MV und VG (2010)



Datenquelle:
Stat. Amt MV,
Kernindikatorensatz D,
Tab. D 9.1

4.10 Zukünftige Entwicklungen

4.10.1 Schülerzahlen und Standorte

Demographisch bedingt werden die Schülerzahlen in Zukunft weiterhin zurückgehen. Da die regionale Schullandschaft das Ergebnis umfangreicher Anpassungsmaßnahmen ist, sind aktuell keine weiteren Schulschließungen zu erwarten. Dennoch könnten mit der nächsten Phase der Schülerrückgänge weitere Standortentscheidungsprozesse verbunden sein.

Der Masterplan Daseinsvorsorge erarbeitete u.a. Entwicklungstendenzen der Schülerzahlen für die beiden Altkreise OVP und UER bis zum Jahre 2030. Auf dieser Grundlage und unter Berücksichtigung von Landesvorgaben hinsichtlich der Mindestschülerzahlen wurden Aussagen über die zukünftige Bestandsfähigkeit von Schulstandorten erarbeitet, die der Schulentwicklung als Wissensgrundlage für Entscheidungen zur Verfügung stehen. Dabei werden sich die Entscheidungsprozesse im Spannungsfeld zwischen möglichen Kosteneinsparungen des Landes bzw. der Schulträger und der aus Schulschließungen resultierenden Wegebelastung der Schüler bewegen.

Mit starken kleinräumigen Unterschieden und zeitlichen Entwicklungsverschiebungen sind weitere Rückgänge der Schülerzahlen ab ca. 2015 zunächst an den Grundschulen und ab etwa 2020 auch an den Regionalen Schulen zu erwarten. Aufgrund der höheren Alterspanne an Gymnasien werden sich die Rückgänge hier etwas später, gegen Ende des Prognosezeitraumes (2030), einstellen. Mit Hilfe von schulartbezogenen Schülerzahl-Indizes, welche insbesondere die Vorgaben für Mindestschülerzahlen an den Standorten berücksichtigen, konnten Aussagen über die Zukunftsfähigkeit der Schulstandorte in der Modellregion Stettiner Haff abgeleitet und besonders gefährdete Standorte identifiziert werden.

Dabei zeigte sich, dass an mehreren Standorten die geltenden Mindestschülerzahlen voraussichtlich nicht erreicht werden können. Besonders gefährdet sind etwa die Grundschulstandorte in Kröslin, Lassan und Zirchow, die voraussichtlich auch unter Anwendung der Sonderform „Kleine Grundschule“ Probleme haben werden, die geforderte Zahl an Schülern zu erreichen.[51] Bei den Regionalen Schulen ergibt sich ein ähnliches Bild an den Standorten Ducherow und Penkun, die ebenfalls unter Berücksichtigung möglicher Sonderregelungen gefährdet erscheinen. Bei den Gymnasien gerät vor allem der Standort Gützkow in Bedrängnis. Da sich bei einer Schließung zum Teil unzumutbar lange Schulwege der Schüler aus Gützkow und umliegenden Gemeinden zu den nächstgelegenen Gymnasialstandorten in Greifswald oder Anklam ergäben, wäre der Wegfall der Schule besonders schmerzhaft, nicht zuletzt weil der Stadt eine wichtige zentralörtliche Bildungsfunktion verloren ginge (**vgl. Übersicht 7**).[52]

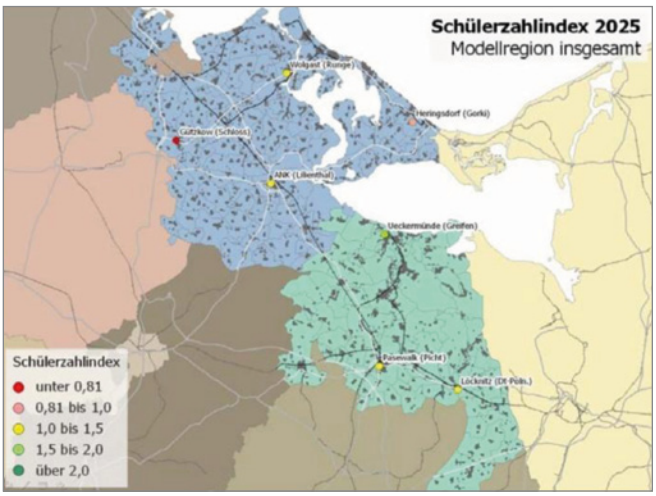
Als Handlungsoption wurde im Masterplan die Fusion des Gymnasiums mit der Regionalen Schule zu einer kooperativen Gesamtschule formuliert. Zwar würden auch mit dieser Option die Mindestschülerzahlen wohl nicht ganz erreicht. Die Schule hätte dennoch weitaus bessere Überlebenschancen. In Heringsdorf wurde die Bildung einer kooperativen Gesamtschule aus dem Maxim-Gorki-Gymnasium und der Regionalen Schule mit Grundschule des Ortsteils Ahlbeck bereits erfolgreich umgesetzt.

Freie Schulwahl

Mit dem Modellversuch der freien Schulwahl wird u.a. überprüft, inwieweit der Wegfall formaler Einzugsbereiche zu optimaleren Wegelösungen der Schüler und Eltern beiträgt. „Durch die Ausübung ihres Wahlrechts für eine bestimmte Schule können die Eltern und die volljährigen Schüler zukünftig auch verstärkt Einfluss auf die weitere Gestaltung des Schulnetzes nehmen.“[53]
Dies ist auch mit einer stärkeren Konkurrenzsituation zwischen den Schulstandorten verbunden. Für die Schulentwicklungsplanung des Landkreises stellt der Wegfall von formalen Schuleinzugsbereichen einen Unsicherheitsfaktor dar. Ob die freie Schulwahl langfristig bestehen bleibt, wird auf Grundlage einer Evaluation des Modellversuchs nach dem Schuljahr 2012/13 entschieden.

51 Im Modell „Kleine Grundschule“ wird die Mindestschülerzahl durch den Unterricht mit zwei jahrgangsübergreifenden Klassen auf 40 Schüler herabgesenkt.
52 Masterplan Daseinsvorsorge 2009.
53 Landesbildungsbericht MV 2011.

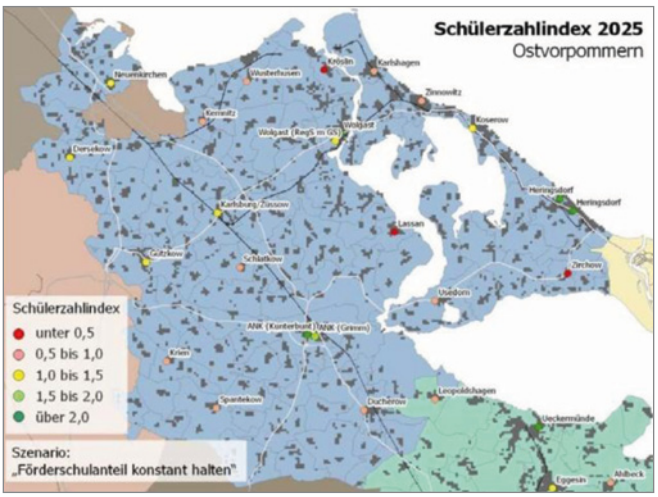
Gymnasien

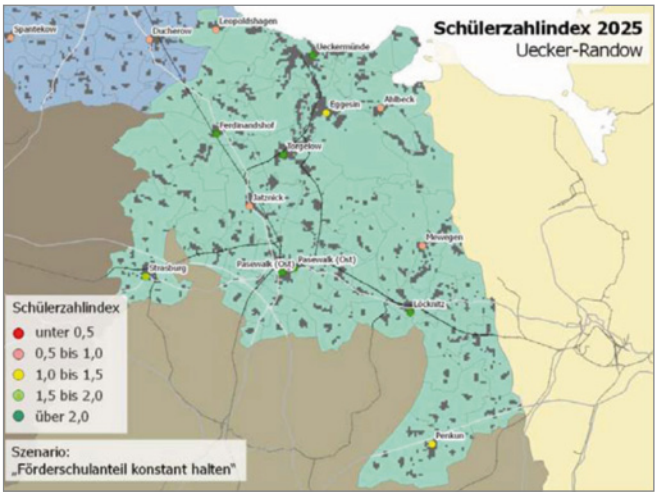


Übersicht 6: Schülerzahlindizes 2025 (Modellregion Stettiner Haff: Altkreise OVP & UER)
Rot markiert sind jeweils Standorte mit einem Schülerzahlindex unterhalb der gesetzlichen Mindestschülerzahl eines Standortes.

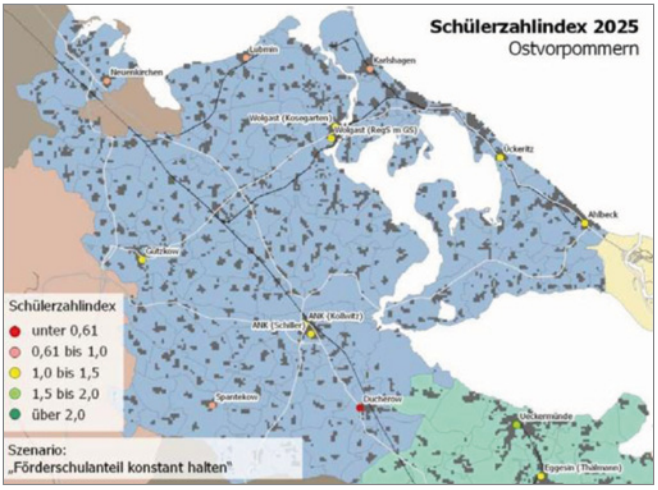
Quelle: Masterplan Daseinsvorsorge, Modellregion Stettiner Haff (2009).

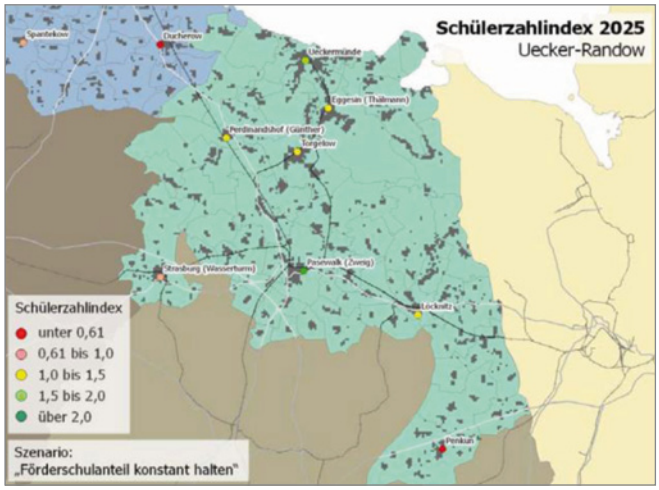
Grundschulen



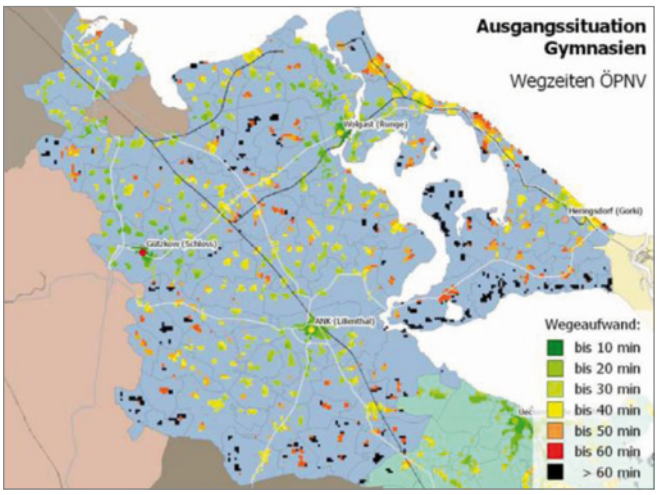


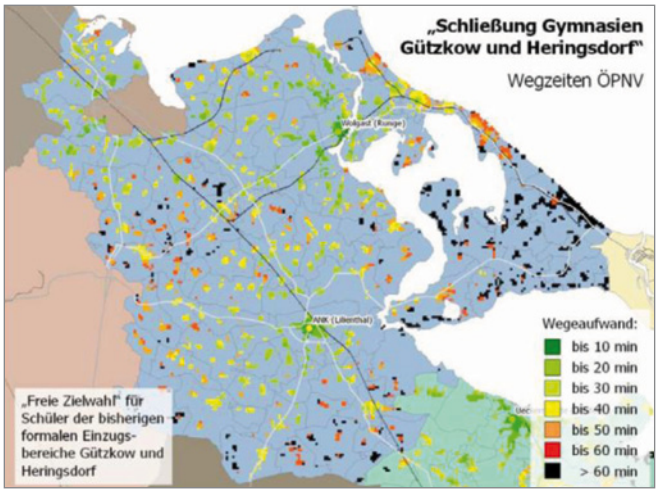
Regionale Schulen





Übersicht 7: Modellrechnung der Änderung von Schulwegezeiten bei der Schließung der Standorte Gützkow und Heringsdorf, unter Auflösung formaler Einzugsbereiche





Quelle: Masterplan Daseinsvorsorge, Modellregion Stettiner Haff (2009)

4.10.2 Inklusion

Die zukünftigen Anteile von Förderschülern gelten ebenfalls als Unsicherheitsfaktoren der Schulentwicklungsplanung. Zum Einen, weil deutlich mehr Übergänge in allgemeinbildende Schulformen angestrebt werden. Zum Anderen besteht eine landespolitische Zielstellung in der Erarbeitung eines Inklusionskonzepts. Hierfür erarbeitet derzeit eine Expertenkommission „Inklusive Bildung in Mecklenburg-Vorpommern bis zum Jahr 2020" konkrete Handlungsansätze.

Arbeitsschwerpunkte liegen im Bereich der frühkindlichen Bildung und Erziehung sowie bei den Grund- und Regionalschulen. Hieraus würden sich Änderungen hinsichtlich der Verteilung von Schülern auf verschiedene Schularten ergeben. Die zukünftige Entwicklung der reinen Förderschulstandorte und die Auswirkungen auf die Schülerzahlen anderer Schultypen sind daher noch ungewiss.

Neben der Schaffung pädagogischer Voraussetzungen müssen bei diesem komplexen Vorhaben auch weitere Themenfelder berücksichtigt werden. So sind etwa Fragen der sozialräumlich fundierten Prävention und Beratung, vor allem für sozial schwächere Familien, von großem Interesse, ebenso wie die Gestaltung von Übergängen und alternative Formen des schulischen Lernens, wie etwa das „Produktive Lernen".

Wie im Kapitel über Förderschulen bereits dargelegt, werden erste praktische Inklusions-Erfahrungen in der evangelischen Martinschule in Greifswald gesammelt (Gesamtschule). Hier werden z.B. lernbehinderte Schüler z.T. bereits gemeinsam mit anderen Schülern unterrichtet **(vgl. Kap. Förderschulen)**.

4.11 Zentrale Ergebnisse und Herausforderungen

Bildungsgerechtigkeit systematisch bearbeiten!

Verschiedene Elemente der von den regionalen Bildungsexperten benannten Bildungsbenachteiligung wurden herausgearbeitet:

- Die Situation unterschiedlich gut erreichbarer Schulstandorte als Einflussfaktor von regional unterschiedlichen Bildungsentscheidungen – Regionale Schulen sind in den Gemeinden der ehemaligen Lk häufiger verfügbar als Gymnasien. Gleichzeitig liegen die Übergangsquoten an Regionale Schulen höher.
- Unterschiede bei der Durchlässigkeit des Bildungssystems für Mädchen und Jungen – eine tendenziell höhere Durchlässigkeit bzw. Aufwärtsmobilität zeigt sich für Mädchen im gesamten schulischen Bildungsverlauf.
- Hoher Anteil von Schülern ohne Berufsreife, der im Jahr 2009 sogar über der Zahl von Schülern mit Berufsreife lag – Schüler ohne Chancen auf Beruf?
- Wenige Übergänge von Förderschülern an allgemeinbildende Schulen – Zwar sind die Übergangsquoten von Förderschulen an allgemeinbildende Schulen in den letzten Jahren etwas angestiegen. Eine Gesamtquote von nur 3,2 Prozent im Jahr 2010 verweist jedoch nach wie vor auf nahezu geschlossene Einrichtungen.

Schulstandorte durch neue Konzepte sichern …

Seit 1995 wurden kreisweit aufgrund demographisch bedingter Anpassungen und im Zuge der Einführung der Regionalen Schule bis zu 60 Prozent aller Schulen geschlossen. Aufgrund der vollzogenen Anpassungen kann jedoch aktuell ein stabiles Schulnetz vorgehalten werden. Zwar verzeichnen die Grundschulen seit einigen Jahren wieder leicht wachsende Schülerzahlen. Längerfristig sind jedoch weitere geburtenbedingte Rückgänge der Schülerzahlen zu erwarten und damit vielerorts die Gefährdung von Schulstandorten durch das Nichterreichen von Mindestschülerzahlen.

Daher besteht die Herausforderung darin, die Standorte als schulische Bildungsorte und als soziale Zentren in den Dörfern und Gemeinden langfristig zu sichern. Wie im Falle der Kooperativen Gesamtschulen können z.B. schulorganisatorische Maßnahmen einen Beitrag zur Standortsicherung leisten. Chancen liegen aber auch in neuen Kooperationsstrukturen der Schulen mit außerschulischen Partnern, z.B. im Rahmen von ganztagsschulischen Angeboten. Aufgrund ihres institutionellen Hintergrundes und der verbindlichen öffentlichen Planung von Standorten, eignen sich insbesondere Schulen als Fixpunkte einer dezentral organisierten Bildungslandschaft.

Reduzierung der Absolventen ohne Abschluss

Noch immer erreicht ein großer Teil der Schülerschaft keinen berufsqualifizierenden Schulabschluss. Während die Anzahl aller anderen Absolventen in den letzten Jahrzehnten stark zurückgegangen ist bzw. aktuell schrumpft (Gymnasien), ist die Zahl der Absolventen ohne Berufsreife relativ konstant geblieben bzw. nur leicht zurückgegangen. Insgesamt waren es 2010 13,7 Prozent der Absolventen, welche die Schule ohne Berufsreife und damit mit stark eingeschränkten Chancen auf eine Berufsausbildung verlassen haben.

Bedenkt man, dass die Berufsreife die formale Grundlage aller weiteren Ausbildungsmöglichkeiten ist, sind die Chancen dieser Absolventen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt stark eingeschränkt. Auch vor dem Hintergrund von Fachkräftelücken der regionalen Wirtschaft, stellt die Erhöhung der formalen Abschlussquote eine wichtige Herausforderung dar.

Verbesserung von Bildungsübergängen und Gestaltung von Inklusion

Ein Großteil der Schüler ohne Abschluss stammt von den Förderschulen. Eine landespolitische Zielstellung besteht in der Erarbeitung eines Inklusionskonzepts, also der gemeinsamen Beschulung von Schülern mit unterschiedlichen Lernvoraussetzungen und Behinderungen. Hierdurch könnte sich auch der Anteil von Absolventen ohne Abschluss langfristig verringern. Mit diesem Vorhaben verknüpft sind umfangreiche Abstimmungsprozesse zwischen unterschiedlichen Bildungsakteuren. So stellt bereits der Übergang KiTa-Grundschule den ersten wichtigen Meilenstein einer gelungenen Inklusion dar. Darüber hinaus sind auch Fragen der sozialräumlich fundierten Prävention und Beratung von großem Interesse und damit auch die enge Zusammenarbeit mit Eltern und Großeltern.

Diese Beispiele zeigen, dass auch die Kommunen Spielräume bei der Gestaltung des schulischen Bildungswesens besitzen. Zwar unterliegt die innere Schulentwicklung der Landesverwaltung. Über Innovationen im frühkindlichen Bereich und bei den Rahmenbedingungen für gemeinsames Lernen kann der Lk jedoch auch eigene Akzente setzen. Letztlich ist ein Zusammenspiel der verschiedenen Ebenen bei einem derart komplexen Vorhaben unerlässlich.

Erhöhung der Internationalisierung und Integration polnischer Schüler

Insgesamt 475 ausländische Schüler lernen im Lk. Die meisten Schüler kommen aus Polen und besuchen eine Schule im Altkreis UER. Ihr Anteil an der Gesamtschülerschaft beträgt hier 5,1 Prozent und ist damit deutlich höher als im Landesvergleich. Dabei werden von den polnischen Schülern bevorzugt die Gymnasien besucht. Der Gymnasialanteil ist so hoch, dass sich in Bezug auf die Schüler des Kreises insgesamt, aber auch im Vergleich mit ausländischen Schülern in größeren deutschen Städten, ein umgedrehtes Bild ergibt: Während alle Schüler an Gymnasien zur Zeit die kleinste der drei größten Schülergruppen bilden, sind Gymnasialschüler unter den ausländischen Schülern am häufigsten vertreten. Diese Entwicklung ist eng verknüpft mit den internationalen Schulstandorten der Europaschulen, etwa in Löcknitz oder Heringsdorf.

Diese schon heute vorhandene Attraktivität der Standorte für polnische Schüler ist auch in Zukunft mit Entwicklungschancen verbunden. Einerseits durch die positiven Auswirkungen auf die Entwicklung der Schülerzahlen, auch an ländlichen Standorten. Andererseits ist es eine landespolitische Zielstellung, den durchgängigen Erwerb der polnischen Sprache, in KiTas, Grundschulen und weiterführenden Schulen zu fördern. Teilweise werden bilinguale Unterrichtskonzepte in Kooperation mit polnischen Schulen schon heute umgesetzt. Im gezielten Aufbau von regionalen Bildungsketten besteht demnach eine Chance, die deutsch-polnische Bildungslandschaft qualitativ weiter zu entwickeln.

Um den Lk langfristig als Zuwanderungsregion attraktiv zu gestalten und eine stärkere Integration zu befördern, sind weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensbedingungen polnischer Schüler und Familien erforderlich, die zum Beispiel gezielt an Sprachbarrieren ansetzen sowie generell an der gesellschaftlichen Teilhabe polnischer Familien in der Region.

Fachkräftesicherung und Sicherung der Unterrichtsversorgung gewährleisten!

Schon heute beklagen viele Schulen den Mangel an qualifiziertem Personal, mit dem die heutigen Anforderungen an schulische Bildung bewältigt werden können. Ganztagsschule, Inklusion, Selbstständige Schule, deutsch-polnische Bildungsarbeit – all dies sind gravierende Veränderungen, die nur von qualifizierten sowie engagierten Lehrern und Pädagogen geleistet werden können.

Angesicht dieser hohen Anforderungen, aber auch wegen der demographischen Entwicklungen, bestehen Herausforderungen in der Sicherung des Lehrer-Nachwuchses, der bedarfsgerechten Weiterqualifikation von Personal sowie in der Sicherung der Unterrichtsversorgung durch das Land. Eine besondere Rolle könnte dabei der Universität Greifswald zukommen. Nachwuchssicherungsstrategien könnten gezielt am Übergang Studium-Beruf ansetzen und versuchen, junge Lehrkräfte aus Greifswald schon während ihres Studiums für die Arbeit in der Region zu gewinnen.

BERUFLICHE BILDUNG

5. Berufliche Bildung

In diesem Kapitel werden zunächst grundlegende Informationen zu Angeboten und Einrichtungen der beruflichen Bildung im Lk VG gegeben, mitsamt einer Analyse der wichtigsten Indikatoren zur Bildungsteilhabe. Anschließend werden das Übergangssystem, das Schulberufssystem und das duale System im Einzelnen betrachtet und dargestellt. Den Abschluss bildet ein Ausblick mit der Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse und Herausforderungen.

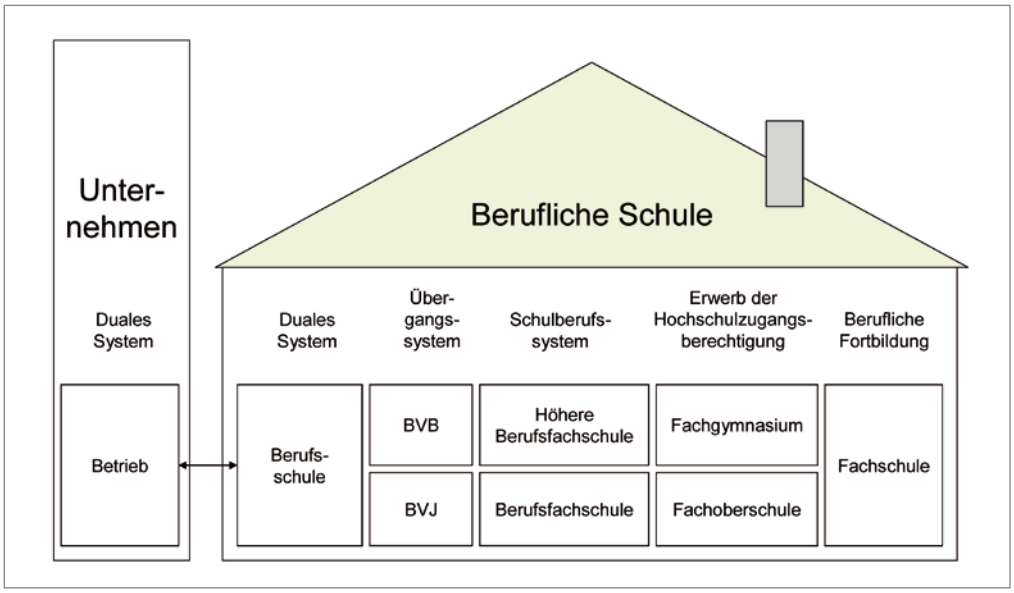
Zur beruflichen Bildung zählen neben der Berufsausbildung und Berufsausbildungsvorbereitung auch die berufliche Fortbildung und die berufliche Umschulung. Für Jugendliche bedeutet berufliche Bildung in der Regel zunächst eine (erste) Berufsausbildung oder die entsprechende Vorbereitung darauf.[54]

5.1 Das System der beruflichen Bildung in Mecklenburg-Vorpommern und im Landkreis Vorpommern-Greifswald

Berufliche Schulen im Zusammenspiel mit der Arbeitsagentur und anderen Einrichtungen der beruflichen Bildung haben mehrere Funktionen für das Berufsbildungssystem in Deutschland:
Erstens eröffnen sie den direkten Weg zu einem berufsqualifizierenden Abschluss über die duale Berufsausbildung – in Berufsschule und Betrieb bzw. außerbetrieblich – oder über eine vollzeitschulische Berufsausbildung in Berufsfachschulen und höheren Berufsfachschulen. Zweitens werden dort im sogenannten Übergangssystem die allgemeine Schulpflicht erfüllt und mit verschiedenen Maßnahmen der Ausbildungsvorbereitung die Chancen auf eine berufliche Ausbildung verbessert. Drittens können an Fachoberschulen und Fachgymnasien nachträglich allgemeinbildende Abschlüsse erworben werden, die den Weg in die Hochschulbildung ermöglichen. Viertens gibt es die berufliche Fortbildung in Fachklassen.

Eine berufliche Schule ist damit eine eigenständige Organisationsstruktur, die unter einem Dach an einem oder mehreren Standorten eine oder mehrere Schulformen beinhaltet, denen die Funktionen und einzelnen Bildungsgänge zugeordnet werden können **(vgl. Abbildung 54)**.

Abbildung 54: Berufliche Schule als Dachorganisation mehrerer Schulformen



eigene Darstellung (stark vereinfacht)

54 Vgl. § 1 Berufsbildungsgesetz (BBiG).

Der nationale Bildungsbericht gliedert das Berufsausbildungssystems nach Bildungsziel und rechtlichem Status der Schüler in die drei Teilbereiche duales System, Berufsschulsystem und Übergangssystem, die auch für Mecklenburg-Vorpommern grundlegend sind[55]:

„Bildungsgänge, die einen qualifizierenden beruflichen Abschluss vermitteln, finden sich im dualen System (Teilzeitberufsschule, außerbetriebliche Ausbildung und kooperatives Berufsgrundbildungsjahr), im Schulberufssystem (vollzeitschulische Ausbildung) und in der Beamtenausbildung (einfacher und mittlerer Dienst). Maßnahmen außerschulischer Träger und schulische Bildungsgänge, sofern sie keinen qualifizierenden Berufsabschluss anbieten, sind dem Übergangssystem zugeordnet. Hierunter fallen auch teilqualifizierende Angebote, die auf eine anschließende Ausbildung als erstes Jahr angerechnet werden können oder Voraussetzung zur Aufnahme einer vollqualifizierenden Ausbildung sind.“[56]

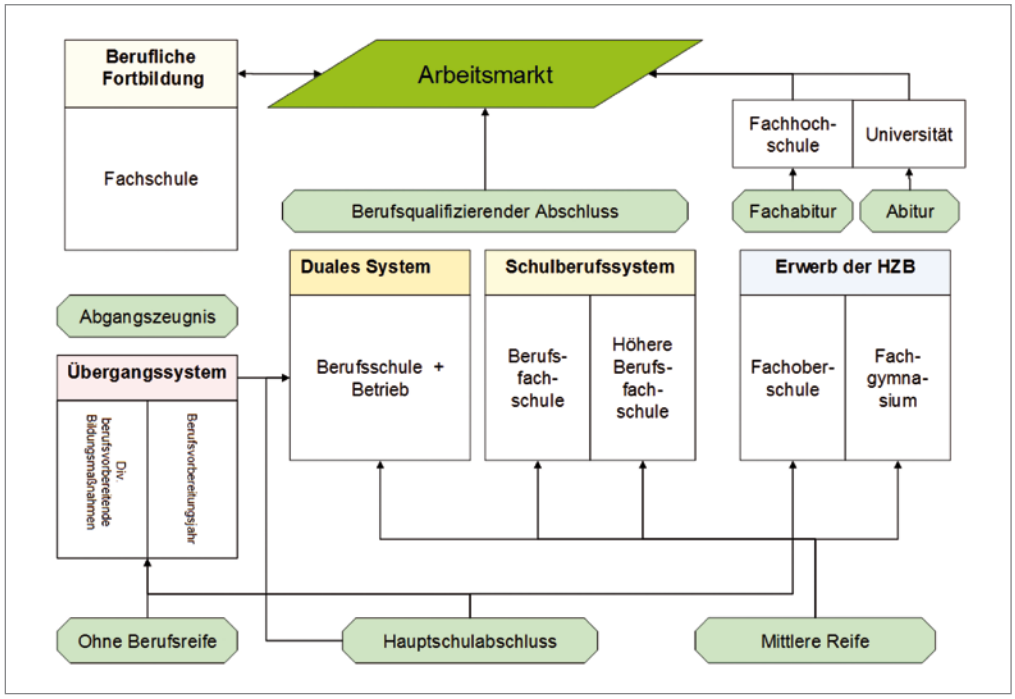


Abbildung 55: Übersicht zu Übergängen im Berufsbildungssystem in Mecklenburg-Vorpommern mit Teilbereichen, Schulformen und Abschlüssen

eigene Darstellung (stark vereinfacht)[57]

Einrichtungen und Bildungsgänge im Berufsausbildungssystem, insbesondere in der dualen Ausbildung, sind sehr eng mit dem Beschäftigungssystem und dem Arbeitsmarkt verbunden, dessen Dynamik (strukturelle Verschiebungen und konjunkturelle Schwankungen) sich oft unmittelbar auf sie überträgt.[58] Die Anforderungen an das System der beruflichen Bildung in Deutschland verändern sich im Zuge von Globalisierung und Entwicklung einer Wissensgesellschaft immer schneller. Um mit diesem beschleunigten Wandel in der Arbeitswelt mitzuhalten, wurde das Berufsausbildungsgesetz als rechtliche Grundlage[59] für die berufliche Ausbildung zuletzt 2005 grundlegend reformiert und auf mehr Flexibilität und Wettbewerb in der beruflichen Bildung bei klarer Zieldefinition ausgerichtet.[60]

55 Die Beamtenausbildung ist ein weiterer Bereich der beruflichen Erstausbildung, der hier nicht weiter betrachtet werden soll.
56 Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hrsg.) 2010: 95.
57 Berufsvorbereitung spielt im Rahmen von Praktika später auch im Übergangs- und Schulberufssystem eine Rolle.
58 Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hrsg.) 2010: 96.
59 Das Berufsbildungsgesetz schafft einen bundesweit einheitlichen Rahmen, der durch die Länder konkretisiert wird.
60 Ziel der Reform war, die Ausbildungschancen der Jugend zu sichern und zu verbessern sowie eine hohe Qualität der beruflichen Ausbildung für alle jungen Menschen – unabhängig von ihrer sozialen oder regionalen Herkunft – zu gewährleisten. Wesentliche Änderungen umfassten, neben neuen Vorteilen für Auszubildende, die Bereiche Innovation durch regionale Kooperation, durch Vernetzung und durch Transparenz, vgl. Berufsbildungsgesetz (BBiG).

Das letzte Jahrzehnt in Deutschland war durch Lehrstellenmangel, also ein geringes Angebot und hohe Nachfrage, und dadurch bedingt stärkere regionale und soziale Ungleichheiten auf dem Ausbildungsstellenmarkt geprägt. Der Ausbildungsmarkt hat sich heute inzwischen teilweise wieder ausgeglichen und in bestimmten Regionen und Branchen bereits umgekehrt.
Das ist auch im Land Mecklenburg-Vorpommern und im Lk VG der Fall und zeigt sich indirekt zum Beispiel an der Veränderung der Alterskohorten und der Altersstruktur der erwerbstätigen Bevölkerung **(vgl. Kapitel Rahmenbedingungen)**, direkt aber an der sinkenden Zahl der Schüler an beruflichen Schulen: Landesweit gab es 2006/2007 noch ca. 62.000 Schüler, heute in 2010/2011 sind es nur noch ca. 40.000 – ein Rückgang um über 30 Prozent in nur 4 Jahren! Prognostiziert ist zudem ein zukünftiger Rückgang in den Jahren 2013 bis 2016 um erneut rund 30 Prozent auf ca. 28.000 Schüler in 2016. Eine Stabilisierung ist deshalb auf deutlich niedrigerem Niveau erst in 5 Jahren zu erwarten.[61]

Die Gründe für diese Entwicklungen sind vielfältig. Das Berufsbildungssystem ist sehr komplex; neben demografischen Veränderungen und konjunkturellen Schwankungen beeinflussen weitere Faktoren die aktuellen Entwicklungen. Diskutiert werden u.a.:

- wachsende qualitative fachliche Anforderungen für Auszubildende und Arbeitnehmer
- fehlende Vermittlung von Grundkompetenzen in Familien
- Situation des allgemeinbildenden Schulwesens (z.B. Unterrichtsausfall)
- Vermittlung von Technikkompetenz
- betriebliche und ausbildungsbezogene Gründe (z.B. Entlohnung, Arbeitsbedingungen)

Vor dem Hintergrund der hohen Staatsverschuldung hat die Unterfinanzierung des Bildungssystems und anhaltende Sparpolitik direkte Auswirkungen u.a. auf die personelle Ausstattung an den allgemeinbildenden und beruflichen Schulen. Zudem ist der Bildungserfolg in Deutschland angesichts mangelnder Chancengleichheit und der geringen Durchlässigkeit des Bildungssystems nach oben weiterhin maßgeblich beeinflusst durch die soziale Herkunft.[62] So bleibt die Gestaltung fließender Übergänge in Ausbildung und Arbeit gerade für die Jugendlichen mit schwierigen Ausgangsbedingungen eine zentrale Herausforderung für das System der beruflichen Bildung. Problematisch ist hier allerdings die selbst von Experten nicht überschaubare Vielfalt an Maßnahmen, Akteuren und Interessen im Übergangssystem **(vgl. Kap. Übergangssystem)**.

Zur Lage der beruflichen Ausbildung im Lk VG wurden im Februar 2011 im Rahmen des Beteiligungsprozesses mehrere Experten im Bereich der beruflichen Ausbildung **(vgl. Liste der interviewten Experten im Anhang)** befragt. Sie haben u.a. folgende Stärken und Schwächen, Chancen und Risiken benannt:

61 Vgl. Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.) 2011: 2.
62 Vgl. OECD (Hrsg.) 2010 und Bertelsmann Stiftung/ Institut für Schulentwicklungsforschung IFS (Hrsg.)2012.

Übersicht 8: Ausgewählte Einschätzungen regionaler Bildungsexperten zur beruflichen Bildung (SWOT)

Stärken	Schwächen
▪ Ausbildungsplatzversorgung ist (theoretisch) gesichert ▪ mehr Ausbildungsangebote als Nachfrage ▪ Angebote der Jugendberufshilfe (z.B. Produktionsschulen) sind vorhanden	▪ mangelnder Nachwuchs: quantitativ, qualitativ ▪ Rahmenbedingungen für junge Leute sind unattraktiv: finanziell, karrieretechnisch, fachlich! ▪ geringe Entlohnung der Auszubildenden, unattraktive Angebote (z.B. im Hotel- und Gaststättengewerbe oder in bestimmten Handwerksbranchen), z.T. hohe Ausbildungskosten ▪ hohe Ausfallquoten und minimalistische Personalplanung an den Berufsschulen ▪ geringe betriebliche Ausbildungsquoten und teilweise geringe Branchenvielfalt
Chancen	**Risiken**
▪ regionale Themen stärker zum Gegenstand von Berufsbildung machen (Profilierung) ▪ Öffnung des Ausbildungsmarktes nach Polen ▪ Verbesserung der Berufsorientierung ▪ regional passfähiges Übergangssystem ▪ durchgängig abgestimmte und trägerübergreifende Dokumentation von Teilnehmern in der Jugendberufshilfe	▪ Zentralisierung von Berufsbildungsstandorten (Schließung und damit verbunden längere Wege zur Ausbildung)

Datenlage

Wichtigste Datenquellen für den Bereich der beruflichen Bildung sind die aufbereiteten Kern- und Ergänzungsindikatoren des Statistischen Landesamtes Mecklenburg-Vorpommern. Außerdem konnten Daten der Agentur für Arbeit, der Produktionsschulen Rothenklempenow und Wolgast sowie der IHK Neubrandenburg verwendet werden.

Aufbau des Kapitels

In den folgenden Abschnitten werden zunächst grundlegende Informationen zu Angeboten und Einrichtungen der beruflichen Bildung im Lk VG gegeben mit einer Analyse der wichtigsten Indikatoren zur Bildungsteilhabe. Anschließend werden das Übergangssystem, das Schulberufssystem und das duale System im Einzelnen betrachtet und dargestellt.[63] Den Abschluss bildet ein Ausblick mit der Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse und Herausforderungen.

63 Soweit Daten vorliegen, soll anhand der angeführten Aussagen der Experten in diesem Kapitel auch ein Blick auf ausgewählte regional spezifische Beobachtungsschwerpunkte gerichtet werden.

5.2 Die berufliche Ausbildungslandschaft im Landkreis Vorpommern-Greifswald: Überblick und allgemeine Entwicklungen

Karte 11: Berufliche Schulen im Lk VG (2012)
nach Trägerschaft und Art der Ausbildung

5.2.1 Angebote und Einrichtungen der beruflichen Ausbildung im Lk VG

Die Verteilung der beruflichen Schulen zeigt den Schwerpunkt in Greifswald sowie eine Häufung in Wolgast und Pasewalk mit wenigen weiteren Standorten in der Fläche.[64] Im Schuljahr 2011/2012 bestehen folgende Standorte beruflicher Schulen im Lk VG.

Datenquellen:
1. Standorte: Stat. Amt MV und eigene Erhebungen
2. Geodaten:
a) Katasteramt des Lk VG,
b) openstreetmap.org

64 Die geplante Fachschule in Heringsdorf für das Hotel- und Gaststättengewerbe hat im Schuljahr 2011/2012 den Betrieb noch nicht aufgenommen.

Eine detaillierte Auflistung der Einrichtungen und Bildungsgänge an den beruflichen Schulen im Lk VG nach Schulformen und Standorten findet sich im Anhang (**vgl. Übersicht 9** im Anhang: Schulformen und Bildungsgänge an den beruflichen Schulen im Lk VG).

Im Lk VG gibt es damit auf den ersten Blick ein breites Berufsspektrum mit fast allen Schulformen und einer Vielzahl an Ausbildungsgängen. Ob und von wem diese Angebote genutzt werden (können), ist eine Frage, die eng mit der nach der Verteilung von Standorten und damit mit der zentralen Festlegung der Zuständigkeitsbereiche der beruflichen Schulen in den einzelnen Bildungsgängen durch das Land zusammenhängt.[65]
Die Größe der Einzugsbereiche variiert dabei stark.[66] Zudem sind Betrieb, berufliche Schule und Herkunftsort[67] der Schüler nicht in jedem Fall deckungsgleich, so dass es Schüler gibt, die einpendeln oder auspendeln oder auch innerhalb des Lk pendeln.[68] Viele Jugendliche müssen daher sehr mobil sein, um den oder die Ausbildungsstandort(e) zu erreichen. Wichtig ist auch die Dauer des zeitlichen Aufenthalts an den Berufsschulstandorten: Während Jugendliche in der dualen Ausbildung nur kurze Zeiträume an den Berufsschulen verbringen, halten sich Schüler in vollzeitschulischer Ausbildung dauerhaft an den Standorten im Kreis auf. Damit lassen sich auf Basis der Berufsschulstatistik nur begrenzt Aussagen über die tatsächliche Nutzung der Berufsschulinfrastruktur durch Schüler aus dem Lk machen.[69] Gleiches gilt für die Frage, ob das Angebotsspektrum dem regionalen Bedarf und den Ausbildungswünschen potentieller Schüler aus der Region entspricht.[70]
Aktuell verteilen sich die Schüler im Berufsbildungssystem wie folgt auf die Schulformen an öffentlichen und privaten beruflichen Schulen im Lk **(vgl. Abbildung 56)**.

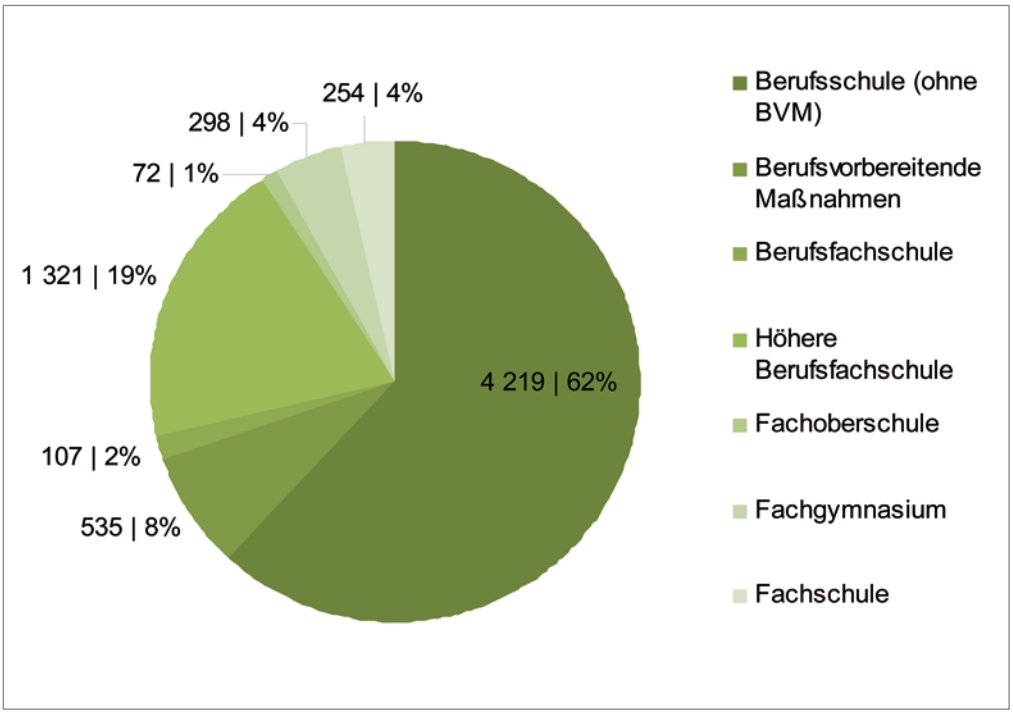
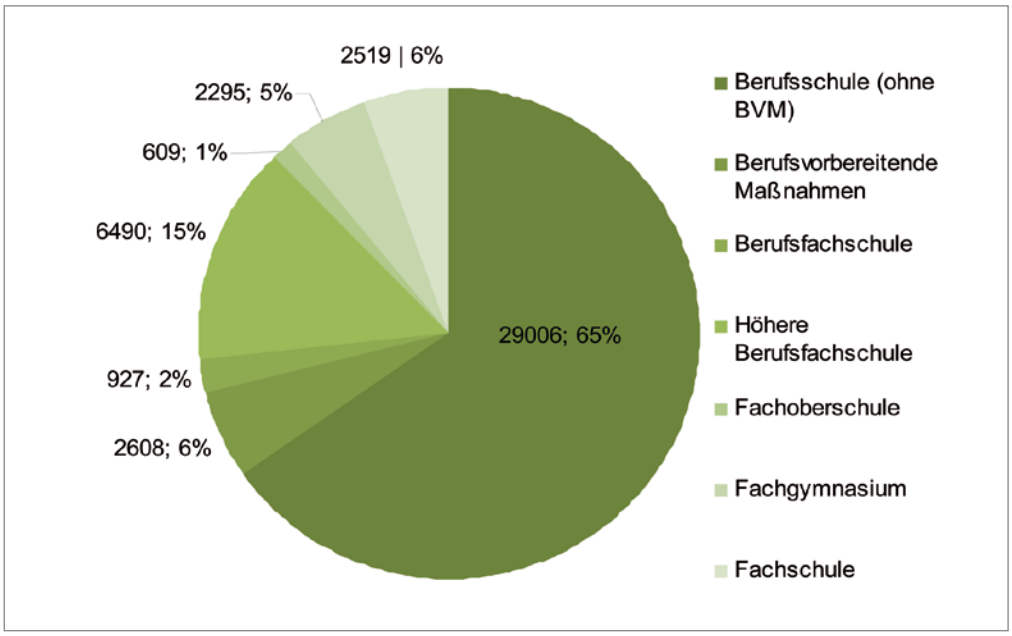


Abbildung 56: Verteilung der Schülerzahlen an privaten und öffentlichen beruflichen Schulen nach Schulformen (2010)
Lk VG, absolut und in Prozent

Datenquelle: Stat. Amt MV, Kernindikatorensatz E, Tab. E 7.1

65 Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.) 2011: 3.
66 Bei einigen Berufen findet eine zentrale Beschulung in sog. Landesfachklassen statt, bei manchen gibt es ein flächendeckendes Netz von Bildungsgängen mit kleinen Einzugsbereichen auf Ebene der ehem. Lk. Für viele Berufe gibt es unterschiedliche regionale Einzugsbereiche mittlerer Größe. Vgl. Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.) 2011: 3.
67 In der Landesstatistik erfasst als Lk oder kreisfreie Stadt.
68 Dabei geht es auch um die Frage des Schullastenausgleichs.
69 Für eine tatsächliche Abbildung der Schülermobilität müssten standortbezogene Daten zu Pendlerströmen auf Ebene der Bildungsgänge bzw. Individualdaten einbezogen werden.
70 Über Befragungen von Schulabsolventen und Schulabgängern könnten weitere Hinweise zu den Wahlmotiven und damit auch zu einem Aspekt der Passgenauigkeit des regionalen Angebotsprofils gewonnen werden.

Abbildung 57: Verteilung der Schülerzahlen an privaten und öffentlichen beruflichen Schulen nach Schulformen (2010)
MV, absolut und in Prozent



Datenquelle: Stat. Amt MV, Kernindikatorensatz E, Tab. E 7.1

Rund 62 Prozent aller Jugendlichen an beruflichen Schulen absolvieren eine betriebliche Ausbildung. Wie in der gesamten Bundesrepublik spielt somit auch im Lk das duale System für die berufliche Ausbildung eine zentrale Rolle. Die weitere Verteilung der Schülerzahlen zeigt die auch im Vergleich zum Land relativ hohen Anteile des Schulberufssystems (rund 20 Prozent, insbesondere höhere Berufsfachschule) und des Teilbereichs Erwerb der Hochschulreife (rund 5 Prozent) **(vgl. Abbildung 55)**.

Tabelle 35: Berufliche Schulen im Lk VG im Jahr 2010 nach Anzahl, Schülern und Trägerschaft

Schulform	Öffentlich		privat		Insgesamt	
	Anzahl	Schüler	Anzahl	Schüler	Anzahl	Schüler
Berufsschule (ohne BVM)	3	4.219			3	4.219
Berufsvorbereitende Maßnahmen	3	535			3	535
Berufsfachschule	3	56	1	51	4	107
höhere Berufsfachschule	4	772	4	549	8	1.321
Fachoberschule	3	72			3	72
Fachgymnasium	3	298			3	298
Fachschule			2	254	2	254
berufliche Schule insgesamt	**6**	**5.952**	**4**	**854**	**10**	**6.806**

Datenquelle: Stat. Amt MV, Kernindikatorensatz E, Tab. E 6 und E 7.1

Der größte Teil aller Schüler im Berufsbildungssystem (87 Prozent) befindet sich an öffentlichen beruflichen Schulen, davon 71 Prozent im dualen System (Berufsschule), 14 Prozent im Schulberufssystem (davon 93 Prozent höhere Berufsfachschule), 9 Prozent im Übergangssystem sowie 6 Prozent an Fachoberschulen und Fachgymnasien (**vgl. Tabelle 35:** Berufliche Schulen im Lk VG im Jahr 2010 nach Anzahl, Schülern und Trägerschaft).[71]
Berufliche Schulen in privater Trägerschaft besuchen rund 13 Prozent aller Schüler im Lk, dabei vor allem die Schulformen im Schulberufssystem mit 69 Prozent der Schüler (davon 64 Prozent höhere Berufsfachschule).[72] Das verweist auf die große Bedeutung privater Träger für die vollzeitschulischen Ausbildungsangebote im Lk VG.[73]

71 Hier bezogen auf das Berufsvorbereitungsjahr und die berufsvorbereitenden Maßnahmen der Agentur für Arbeit.
72 Die restlichen 30 Prozent der Schüler an beruflichen Schulen in privater Trägerschaft besuchen Fachschulen.
73 Aus der Perspektive des Schulberufssystems liegt der Anteil Schüler an beruflichen Schulen in privater Trägerschaft bei rund 42 Prozent aller Schüler im Schulberufssystem.

5.2.2 Entwicklungen in der regionalen Berufsschullandschaft

Die Auswirkungen der demographischen Entwicklung auf die Bildungslandschaft machten sich in den letzten Jahren u.a. anhand der Schließungen von Grund- und weiterführenden Schulen bemerkbar. Auch die Zahl der beruflichen Schulen in öffentlicher Trägerschaft hat sich landesweit in den letzten zehn Jahren (2000–2010) um 30 Prozent verringert. Gleichzeitig erhöhte sich die Zahl der beruflichen Schulen in privater Trägerschaft um rund 28 Prozent. Betrug das Verhältnis öffentlich zu privat im Jahr 2000 noch 2,4 : 1, lag diese Quote 2010 bei 1,2 : 1. Ähnliche Privatisierungstendenzen der Bildungslandschaft sind in der frühkindlichen Bildung zu beobachten.

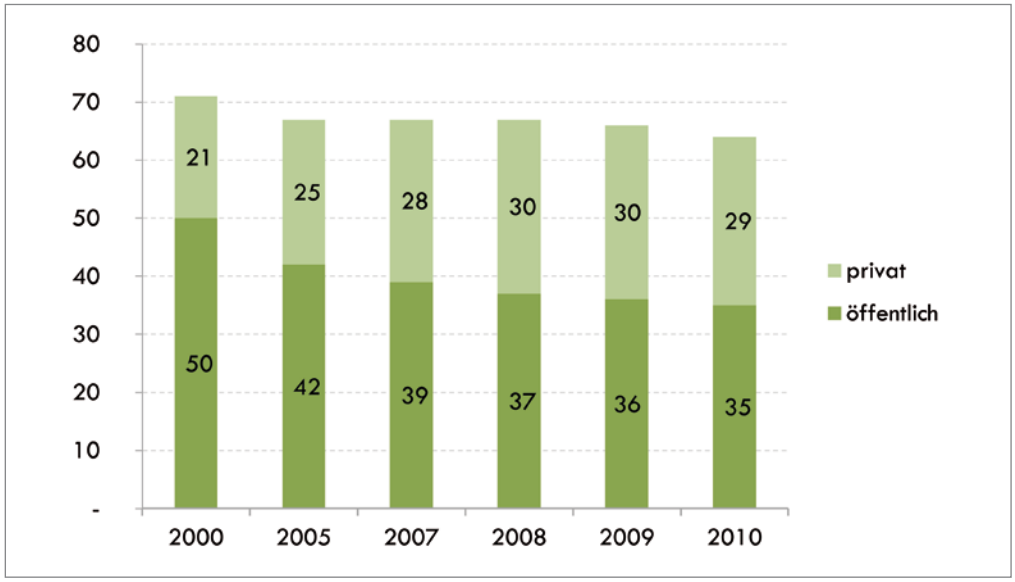


Abbildung 58:
Anzahl der beruflichen Schulen nach Trägerschaft (2000 bis 2010)
MV

Datenquelle:
Stat. Amt MV:
Kernindikatorensatz E,
Tab. E 6.1

Zukünftig wird die Berufsschullandschaft weiterhin durch Zentralisierungs- und Konzentrationsprozesse geprägt sein. Darauf weisen die vorliegenden Daten zu den Schülerzahlenprognosen für das Land wie für den Kreis hin (**vgl. Kap. 2.2.7**). Das bedeutet für junge Menschen, insbesondere auf dem Lande, dass sie zukünftig eine noch höhere Mobilität aufbringen sollen, wenn sie die passende berufliche Schule zu ihrer gewünschten Ausbildung besuchen müssen.

Auch der Vergleich der Anzahl der Auszubildenden im dualen System mit der Anzahl der Jugendlichen an Berufsschulen in den ehem. Lk und HGW deutet darauf hin. Tabelle 36 zeigt, dass an den Berufsschulen in OVP und in UER weniger Auszubildende lernen, als es insgesamt Auszubildende in den beiden Regionen gibt. Das heißt zum einen, viele junge Menschen pendeln in andere Lk zur Beschulung. Zum anderen ist die Anzahl der Auspendler geringer als die Anzahl der in OVP und UER beschulten Auszubildenden aus anderen Lk. In Greifswald ist das Verhältnis umgekehrt. Es lernen mehr Jugendliche an der Berufsschule als es Auszubildende in der Stadt Greifswald gibt – es pendeln also mehr Jugendliche ein.

	OVP			UER			HGW
	2007	**2009**	**2010**	**2007**	**2009**	**2010**	**2010**
Anzahl Auszubildender an der Berufsschule	1.853	1293	962	1.333	1.097	927	2.330
Anzahl Auszubildender	2.115	1.881	1.474	1.539	1.489	1.232	1.413
Differenz	-262	-588	-512	-206	-392	-305	+917

Tabelle 36:
Anzahl Auszubildender im dualen System und Anzahl Auszubildender an den jeweiligen Berufsschulen im dualen System (2007, 2009, 2010)
Altkreise
Datenquelle:
Stat. Amt MV,
Kernindikatorensatz E,
Tab. E 7.2, Tab. E 7.6

Die sinkende Anzahl junger Menschen in MV als auch ein geringes Lehrstellenangebot in einzelnen Ausbildungsberufen führen dazu, dass an der Berufsschule die erforderlichen „Größen“ fehlen, um einen Ausbildungsgang (z.B. eine Berufsschulklasse) eröffnen zu können. Daher kann nicht für jeden Ausbildungsberuf der berufstheoretische Unterricht innerhalb eines Lk angeboten werden. Wie viele Auszubildende im dualen System an der Berufsschule im Lk lernen, hängt auch davon ab, für welche Ausbildungsberufe die Berufsschule laut Verwaltungsvorschrift zuständig ist (siehe Exkurs).[74]
So haben die Altkreise OVP und UER bereits in den zurückliegenden Jahren an berufsschulischer Infrastruktur verloren. In UER erfolgt z.B. keine Beschulung der Bankkaufleute oder in Berufen der Holzbearbeitung und -technik mehr. An der Berufsschule in OVP wurde die Abteilung für Bauberufe nach Greifswald und die Abteilung Bäcker nach Pasewalk verlagert.

Die **Tabelle 37** zeigt, welche Ausbildungsberufe für das Schuljahr 2011/2012 zur Beschulung an den jeweiligen beruflichen Schulen festgelegt wurden.[75] Deutlich sichtbar ist das umfangreichere Spektrum in Greifswald: Im Schuljahr 2011/2012 gibt es hier fast fünf Mal so viele Ausbildungsberufe wie in OVP, wo zehn Berufe ausgewiesen sind. Auszubildende in Berufen, die nicht in der Tabelle aufgeführt sind, müssen Berufsschulen außerhalb des Lk besuchen. Das betrifft insgesamt 96 Berufe.

Tabelle 37: Berufliche Schulen nach Zuständigkeit für Ausbildungsberufe im dualen System und Einzugsbereich für das Schuljahr 2011/2012
Altkreise[76]

Berufsbereich / Ausbildungsberuf	HGW	UER	OVP	Einzugsbereich
Agrarwirtschaft				
Landwirt/-in		X		MSP, VG
Landwirtschaftsfachhelfer/-in	X			BBW, VG (HGW)
		X		MSP, VG (OVP, UER)
Werker/-in im Gartenbau, Gartenbauhelfer/-in	X			BBW, VG, VPR
Bautechnik				
Ausbaufacharbeiter/-in Fliesen-, Platten- und Mosaikarbeiten, Fliesen-, Platten- und Mosaikleger/-in	X			VG, VPR
Ausbaufacharbeiter/-in Zimmerarbeiten, Zimmerer/-in	X			VG, VPR
Hochbaufacharbeiter/-in Maurerarbeiten, Maurer/-in	X			VG, VPR
Bauzeichner/-in	X			BBW, MV
Gebäudereiniger/-in	X			MV
Hochbaufachwerker/-in	X			BBW, VG, VPR
Tiefbaufachwerker/-in	X			BBW, VG, VPR
Elektrotechnik				
Elektroniker/-in (Hw)	X			MSP, VG, VPR
Elektroniker/-in für Betriebstechnik	X			
Elektroniker/-in für Geräte und Systeme	X			
Elektroanlagenmonteur/-in	X			MV

74 Die Zuständigkeitsbereiche sind variabel, d.h. sie können durch das Land jährlich verändert und an die aktuellen Entwicklungen angepasst werden.
75 Vgl. auch im Anhang die Liste der Bildungsgänge an beruflichen Schulen im Lk VG.
76 Abkürzungslegende: BBW: Berufsbildungswerk Greifswald / HRO: Hansestadt Rostock / MV: Land Mecklenburg-Vorpommern / MSP: Lk Mecklenburgische Seenplatte / ROS: Lk Rostock/ VG: Lk VG/ VPR: Lk Vorpommern-Rügen.

Tabelle 37:
Fortsetzung

Berufsbereich / Ausbildungsberuf	HGW	UER	OVP	Einzugsbereich
Ernährung und Hauswirtschaft				
Fachkraft im Gastgewerbe			X	VG
Hotelfachmann/-frau			X	VG
Koch/Köchin			X	VG
Restaurantfachmann/-frau			X	VG
Bäcker/-in		X		VG, VPR
Fachverkäuf./-in Lebensmittelh., SP: Bäckerei, Konditorei		X		VG, VPR
Fachverkäufer/-in i. Lebensmittelhandwerk, SP: Fleischerei		X		VG
Fleischer/-in		X		VG
Konditor/-in		X		MV
Beikoch/Beiköchin	X			BBW, VG
Bäckerfachwerker/-in	X			BBW
Hauswirtschaftshelfer/-in	X			BBW, VG
Helfer/-in im Gastgewerbe	X			BBW, VG, VPR
Fahrzeugtechnik				
Fahrradmonteur/-in	X			MV, BBW
Kraftfahrzeugmechatroniker/-in	X			VG (HGW, OVP)
		X		VG (UER)
Fachpraktiker/-in für Kfz.-Mechatronik		X		VG, VPR
	X			MV, BBW
Farbtechnik und Raumgestaltung				
Bauten- und Objektbeschichter/-in	X			BBW, VG
Fahrzeuglackierer/-in	X			HRO, MSP, ROS, VG, VPR
Maler/-in und Lackierer/-in,	X			VG
Gesundheit und Pflege				
Medizinische/-r Fachangestellte/-r	X			VG, VPR
Zahnmedizinische/-r Fachangestellte/-r	X			VG, VPR
Holztechnik				
Tischler/-in			X	VG
Holzmechaniker/-in			X	VG

Tabelle 37:
Fortsetzung

Berufsbereich / Ausbildungsberuf	HGW	UER	OVP	Einzugsbereich
Holztechnik				
Modellbaumechaniker/-in, Fachrichtung Gießereimodellbau		X		MV
Informationstechnik				
Fachinformatiker/-in	X			BBW
Informatikkaufmann/-frau	X			BBW, MSP, VG, VPR
Informations-, Telekommunikationssys-tem-Kaufmann/-frau	X			BBW, MSP, VG, VPR
Informations-, Telekommunikationssys-tem-elektroniker/-in	X			BBW
Labor- und Prozesstechnik				
Textilreiniger/-in	X			MV
Metalltechnik				
Anlagenmechaniker/-in f. Sanitär-, Hei-zungs-,. Klimatech.	X			VG, VPR
Metallbauer/-in			X	VG (HGW, OVP), VPR
		X		VG (UER)
Teilezurichter/-in	X			BBW, VG
Gießereimechaniker/-in		X		MV
Konstruktionsmechaniker/-in			X	VG, VPR
		X		
Baugruppenmechaniker/-in	X			BBW
Fachpraktiker/-in für Metallbearbeitung	X			BBW, VG
Wirtschaft und Verwaltung				
Kaufmann/-frau im Einzelhandel	X	X	X	HGW / UER / OVP
Verkäufer/-in	X	X	X	HGW / UER / OVP
Bürokaufmann/-frau	X			BBW, VG (HGW)
Kaufmann/-frau für Bürokommunikation	X			VG, VPR
Kaufmann/-frau im Gesundheitswesen	X			MSP, VG, VPR
Kaufmann/-frau für Tourismus und Freizeit	X			VG, VPR
Sport- und Fitnesskaufmann/-frau	X			MSP, VG, VPR
Verwaltungsfachangestellte/-r	X			MSP, VG, VPR
Bankkaufmann/-frau	X			MSP, VG, VPR
Rechtsanwaltsfachangestellte/-r	X			MSP, VG, VPR

Berufsbereich / Ausbildungsberuf	HGW	UER	OVP	Einzugsbereich
Wirtschaft und Verwaltung				
Steuerfachangestellte/-r	X			VG, VPR
Fachpraktiker/-in für Bürokommunikation	X			BBW, VG, VPR
Lagerfachhelfer/-in	X			BBW
Fachpraktiker/-in im Verkauf	X			BBW
Anzahl der Ausbildungsberufe	48	15	10	

Tabelle 37:
Fortsetzung

Datenquelle: Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur MV

Die Schulnetzplanung des Landes MV sieht angesichts der rückläufigen Schülerzahlen – ein weiterer starker Rückgang der unter 20-Jährigen wird vor allem für OVP prognostiziert **(vgl. Kapitel 1)** – eine schrittweise Zentralisierung des Schulnetzes vor. Die 32 Berufsschulen in Trägerschaft von Lk bzw. kreisfreien Städten sollen bis zum Schuljahr 2017/2018 zu vorausichtlich 13 Regionalen Berufsbildungszentren (RBB) mit Außenstellen nach § 29 Schulgesetz weiterentwickelt werden **(vgl. Abbildung 59)**. Diese Weiterentwicklung ist verbunden mit einer Konzentration und Profilierung nach Berufsbereichen und Berufsgruppen in den Zentren. Laut dem ersten Bildungsbericht für MV richten sich die Standorte der regionalen beruflichen Bildungszentren „nach der wirtschaftlichen Infrastruktur der Ober- und Mittelstufenzentren und werden der Bedeutung Mecklenburg-Vorpommerns als ein bundesweit maritimer Ausbildungsstandort gerecht."[77]

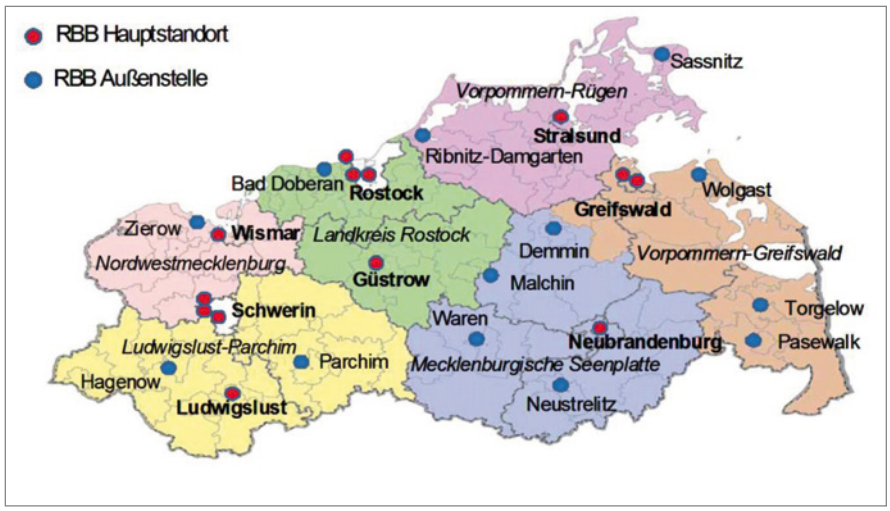


Abbildung 59:
Schulnetzplanung – Berufliche Schulen in MV
Stand: 21. Oktober 2011

Datenquelle: Berufliche Schulen in Mecklenburg-Vorpommern. Schulnetzplanung[78]

77 Vgl. http://www.bildung-mv.de/de/schule/entwicklung/schulnetz_bs/ (Zugriff vom 22.8.2011) und § 29 Schulgesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern.
78 www.bildung-mv.de/de/schule/entwicklung/schulnetz_bs/. Zugriff vom 20.1.2012.

Für den **Lk VG ist zukünftig ein RBB** in Greifswald vorgesehen mit Außenstellen in Wolgast, Torgelow und Pasewalk. Die Standorte Anklam und Eggesin befinden sich nicht mehr in der Berufsschulnetzplanung.
In der Stärken-Schwächen-Analyse benannten auch die regionalen Experten die **Zentralisierung von Berufsbildungsstandorten** und die damit verbundenen längeren Wege zur Ausbildung als ein **Risiko** für die Entwicklung in der beruflichen Bildung. Wichtig sei zudem, das regionale Profil der Berufsschule auszubauen und die Erreichbarkeit der Berufsschulen durch eine gute Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr zu gewährleisten. Neben möglichst zügigen Absprachen zwischen den regionalen Planungsverbänden u.a. wichtigen Akteuren der Schulnetzplanung sollte dabei auch nach lokalen Lösungen (z.B. durch Kooperationen) gesucht werden.

Eine Abwägung der Chancen und Risiken dieser Entwicklung für die Region geht über den Rahmen dieses ersten Bildungsberichtes hinaus. Klar ist, dass sich die Anforderungen an die Ausbildungsmobilität mit der fortschreitenden Konzentration weiter erhöhen werden und die Mobilität oftmals in Richtung der größeren Städte geht, wie auch im Kapitel Rahmenbedingungen der Bildungslandschaft herausgearbeitet wurde. Welche Bedeutung diese Prozesse künftig für die Ausbildungsentscheidung und mögliche Abwanderung vor allem junger Menschen aus ländlichen Räumen haben, ist eine für die Regionalentwicklung wesentliche Frage.

5.2.3 Entwicklungen in den beruflichen Bildungseinrichtungen

5.2.3.1 Schüler an beruflichen Schulen

Die Zahl der Schüler und ihre unterschiedliche Entwicklung in den Teilbereichen spiegeln Strukturveränderungen im Berufsbildungssystem wider. Bundesweit gehen die absoluten Schülerzahlen in der beruflichen Bildung zurück. Prozentual gesehen kommt es zu deutlichen Verschiebungen: Während die Anteile im Übergangssystem zurückgehen, steigen sie im dualen System sowie im Schulberufssystem an.[79] Für den Lk VG können aufgrund der vorliegenden Daten rückwirkend keine Aussagen gemacht werden.

In 2010 besuchen 6.806 Schüler die beruflichen Schulen im Lk VG. Davon befindet sich nach Teilbereichen betrachtet der weitaus größte Anteil (ca. 70 Prozent) in der dualen Ausbildung, gefolgt von der Ausbildung im Schulberufssystem (ca. 25 Prozent). Rein zahlenmäßig spielen das Übergangssystem und der Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung eine geringe Rolle **(Tabelle 38)**.

Im Folgenden soll zunächst eine Übersicht über die aktuelle Verteilung der Schüler an den beruflichen Schulen im Lk VG gegeben werden, differenziert nach Geschlecht, Nationalität, schulischer Herkunft der Neueingetretenen, den Erfolgsquoten nach Schulformen und abschließend zum Erwerb allgemeinbildender Abschlüsse.

Geschlecht

Das Geschlechterverhältnis ist insgesamt annähernd ausgeglichen, variiert aber teils stark in den einzelnen Teilbereichen: Im dualen und im Übergangssystem überwiegen die männlichen Jugendlichen im Verhältnis von ca. 60:40, das Schulberufssystem ist hingegen mit ca. 75:25 eine Domäne der weiblichen Jugendlichen **(vgl. Tabelle 38)**.

79 Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hrsg.) 2010: 96.

Tabelle 38:
Verteilung der Schüler an öffentlichen und privaten beruflichen Schulen nach Teilbereichen des Berufsbildungssystems und Geschlecht (2010)
Lk VG

Teilbereiche	Männlich		Weiblich		Insgesamt		
						davon Nichtdeutsche	
	Anzahl	in Prozent	Anzahl	in Prozent	Anzahl	Anzahl	in Prozent
duale Ausbildung	2.415	57,2	1.804	42,3	4.219	12	0,3
Schulberufssystem	418	24,9	1.264	75,1	1.682	6	0,0
Übergangssystem	318	59,4	217	40,6	535	3	0,6
Erwerb der HZB	191	51,6	179	48,4	370	5	1,4
berufl. Fortbildung	0		0		0		
Insgesamt	3.342	49,1	3.464	50,9	6.806	26	0,4

Datenquelle:
Stat. Amt MV,
Kernindikatorensatz E,
Tabelle E 7.2

Nationalität

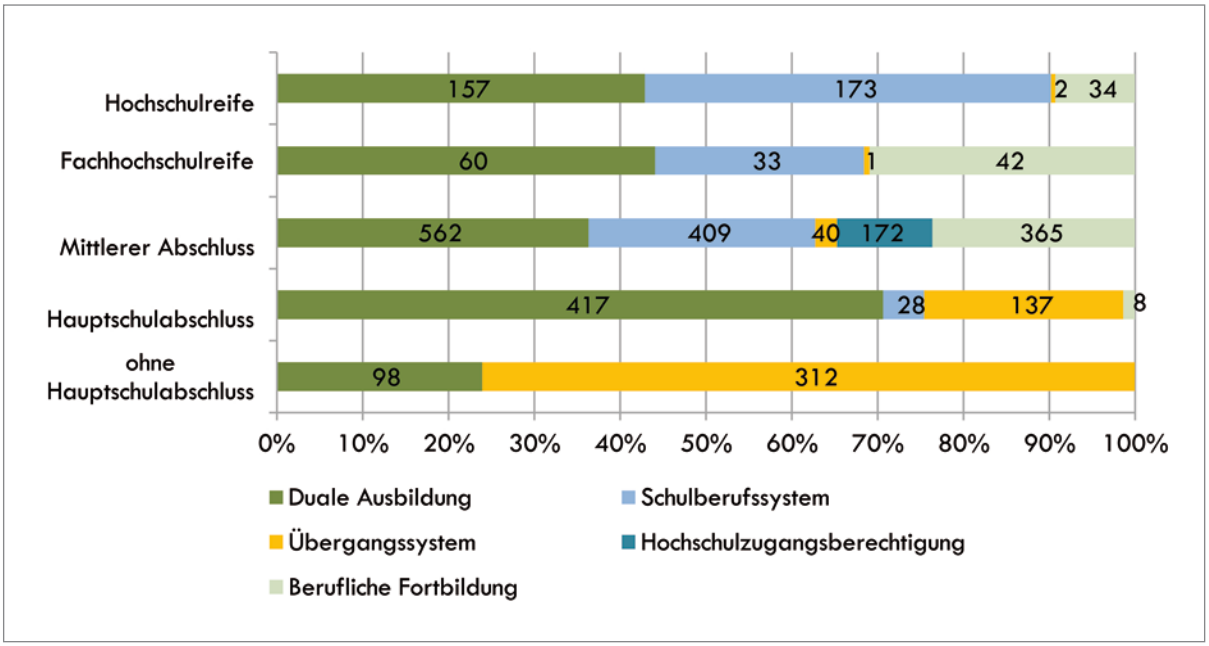
Nichtdeutsche Jugendliche sind an beruflichen Schulen kaum vertreten, relativ am stärksten beim Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung und im Übergangssystem. Mit Blick auf die ausländische Bevölkerung unter 20 Jahre von kreisweit 3,6 Prozent[80] und ihrer relativen Entwicklung ist zu erwarten, dass perspektivisch anteilig mehr nichtdeutsche Jugendliche an den beruflichen Schulen vertreten sein werden, insbesondere polnische Jugendliche aus dem unmittelbaren Grenzraum um Löcknitz, die dort wesentlich zur Stärkung der Alterskohorte der unter 20-Jährigen beitragen (**vgl. Kap. 2.2.6**).

Schulische Herkunft

Die Schüler verteilen sich je nach Schulabschluss bei Eintritt in die beruflichen Schulen unterschiedlich auf die einzelnen Schulformen (**Abbildung 60**). Auffällig ist, dass Schüler mit Hochschulreife oder mittlerem Abschluss zu je über 40 Prozent eine duale Ausbildung aufnehmen. Bei den Schülern mit Hauptschulabschluss sind es zwar über 70 Prozent, doch bilden diese in 2010 an den Berufsschulen eine Minderheit. Schüler ohne Hauptschulabschluss gelangen zu über 75 Prozent ins Übergangssystem, immerhin 98 Schüler schafften im Jahr 2010 trotzdem die Aufnahme einer dualen Ausbildung.

80 Ohne Gemeinden des ehemaligen Lk Demmin.

Abbildung 60: Neueintritte der Schüler an öffentlichen und privaten beruflichen Schulen nach Teilbereichen des Berufsbildungssystems und Schulabschlüssen (2010)
Lk VG



Datenquelle: Stat. Amt MV, Kernindikatorensatz E, Tab. E 12.3

Erfolgsquoten

Von den Jugendlichen an beruflichen Schulen im Lk schlossen in 2010 rund 75 Prozent ihre Bildungsgänge erfolgreich ab **(vgl. Abbildung 61)**. Jeder vierte Schüler erreichte also nicht das Ziel des Bildungsgangs und verließ die berufliche Schule ohne Abschlusszeugnis. Entweder erfolgte ein vorzeitiges Verlassen im laufenden Schuljahr oder es wurde der Abschluss nicht erreicht bzw. die Prüfung nicht bestanden.[81] Die sogenannten Abbrecherquoten unterscheiden sich nach Teilbereichen des Berufsbildungssystems, den besuchten Schulformen und dem Geschlecht der Schüler.[82]

81 Der Abbruch einer Ausbildung kann vielfältige Gründe haben und muss nicht zwangsläufig aus Leistungsgründen erfolgen.
82 Die Betrachtung der regionalen Unterschiede nach den Altkreisen OVP und UER sowie Greifswald zwischen 2000 und 2010 erfolgt jeweils separat für das Übergangs-, Schulberufs- und duale System in den folgenden Teilkapiteln.

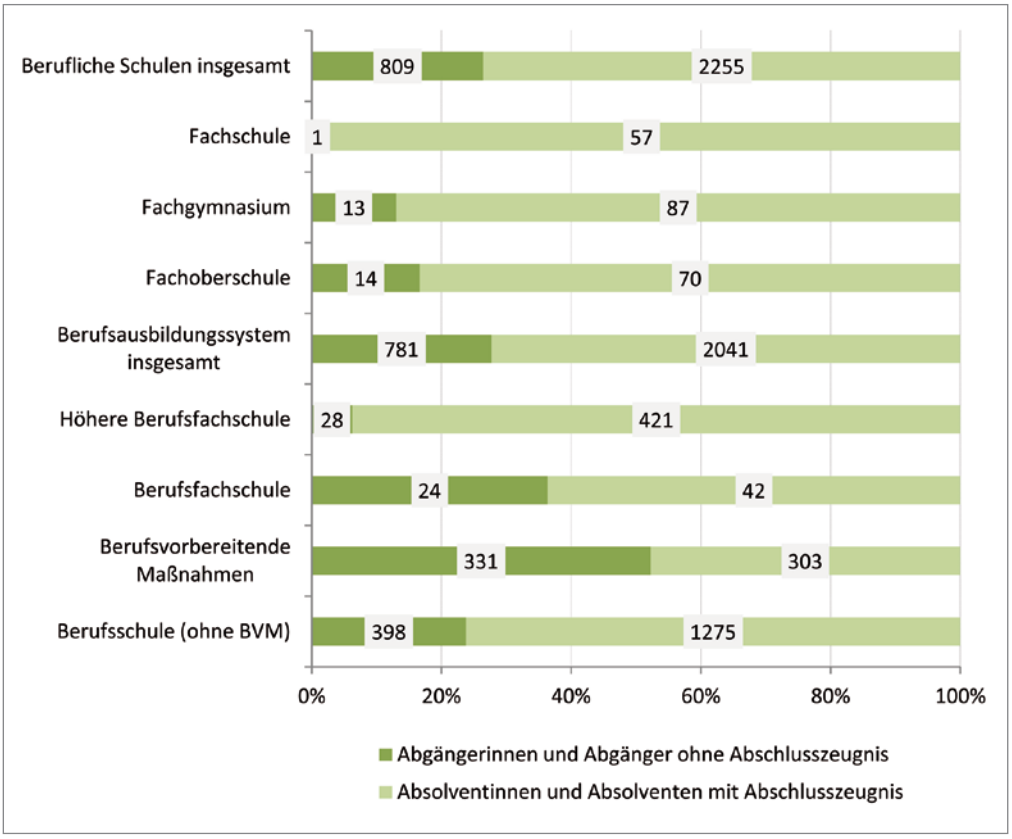


Abbildung 61:
Erfolgsquoten der Schüler an beruflichen Schulen nach Schulformen (2010)
Lk VG

Datenquelle:
Stat. Amt MV,
Kernindikatorensatz E,
Tab. E 15.2

Die Erfolgsquote nach Geschlecht zeigt, dass ca. 33 Prozent der männlichen Jugendlichen die beruflichen Schulen im Lk ohne Abschlusszeugnis verlassen. Der Anteil ist deutlich höher als bei den weiblichen Jugendlichen (ca. 20 Prozent). Im Vergleich zum Landesdurchschnitt sind beide Anteile erhöht, der Unterschied zwischen den Geschlechtern ist relativ gesehen auf Landesebene allerdings noch höher **(vgl. Abbildung 62)**.

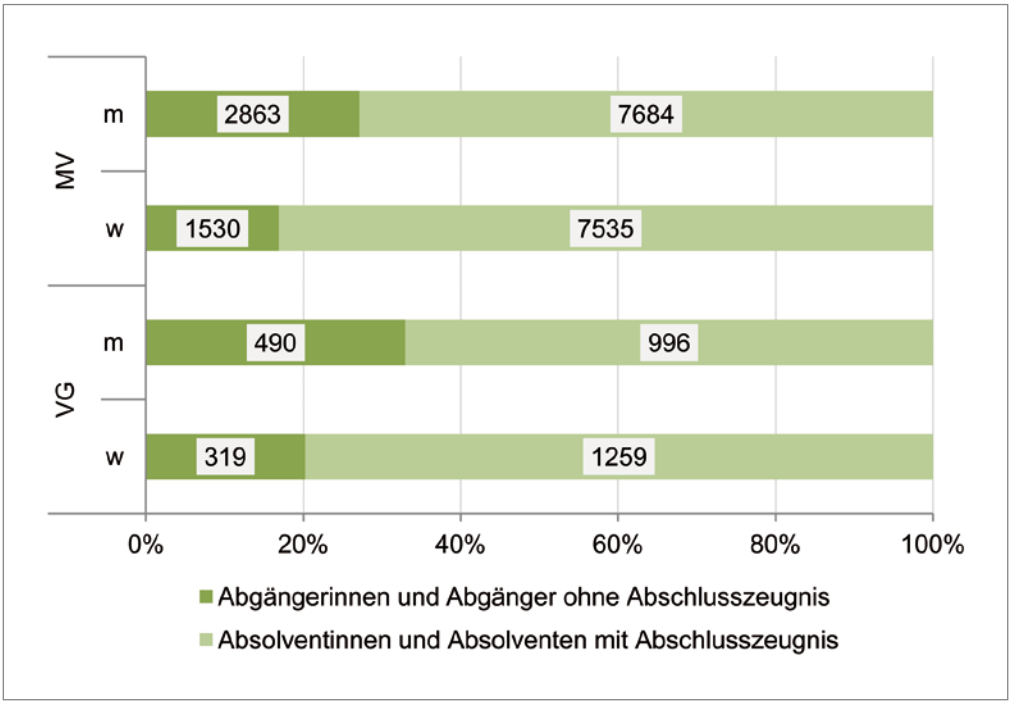


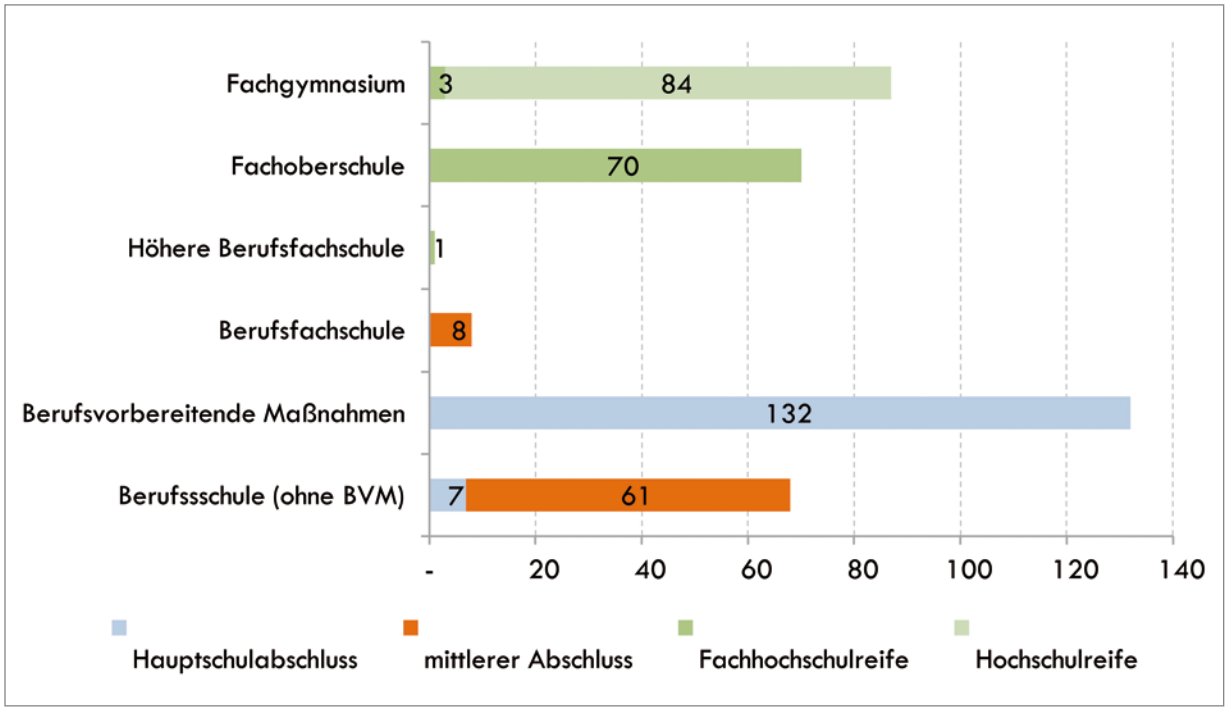
Abbildung 62:
Erfolgsquoten der Schüler an beruflichen Schulen nach Geschlecht (2010)
Lk VG und MV

Datenquelle:
Stat. Amt MV,
Kernindikatorensatz E,
Tab. E 15.2

Allgemeinbildende Abschlüsse / Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung

An Einrichtungen des beruflichen Bildungssystems können außer berufsbildenden Abschlüssen auch allgemeinbildende Abschlüsse u.a. zum Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung nachgeholt werden – teilweise auch parallel zur beruflichen Ausbildung. Insgesamt haben 2010 366 Jugendliche an den beruflichen Schulen im Lk einen allgemeinbildenden Abschluss gemacht. Davon haben 158 (43,2 Prozent) die Fachhochschul- oder Hochschulreife erworben, 139 (38 Prozent) den Hauptschulabschluss nachgeholt und 69 (18,9 Prozent) einen mittleren Abschluss erreicht **(vgl. Abbildung 63)**. Die verschiedenen Abschlüsse sind weitgehend jeweils einzelnen Schulformen zugeordnet.[83]

Abbildung 63: An beruflichen Schulen erworbene allgemeinbildende Abschlüsse nach Schulform (2010)
Lk VG



Datenquelle: Stat. Amt MV,Kernindikatorensatz, Tab. E 15.1

Die Verteilung nach Altkreisen, Geschlecht und Nationalität zeigt deutliche Unterschiede **(vgl. Tabelle 39)**. In Greifswald wurden zum Beispiel die meisten Hauptschulabschlüsse erworben (rund 43 Prozent), in UER waren hingegen die mittleren Abschlüsse am stärksten vertreten.
Männliche Jugendliche überwiegen beim Erwerb der Berufsreife, z.B. in Greifswald mit einem Anteil über 75 Prozent. Weibliche Jugendliche sind im gesamten Lk hingegen überproportional beim Erwerb der Hochschulreife (63 Prozent) vertreten, aber unterrepräsentiert bei den Hauptschul- und Fachhochschulabschlüssen (jeweils 32,4 Prozent). Insgesamt nutzen also mehr männliche als weibliche Jugendliche den Weg zum allgemeinbildenden Abschluss über die berufliche Schule. Dabei holen sie aber überwiegend die Berufsreife nach. Auf den Weg zum Hochschulstudium machen sich hingegen überwiegend junge Frauen, die insgesamt öfter als Männer das Abitur an den Gymnasien erwerben **(vgl. Kap. 4 Allgemeinbildende Schulen)**.

83 Manche Abschlüsse können an mehreren Schulformen erworben werden.

Auffallend ist, dass Jugendliche mit ausländischer Staatsangehörigkeit im Lk beim Nachholen von allgemeinbildenden Abschlüssen an beruflichen Schulen nicht vertreten sind.[84]

Tabelle 39:
An beruflichen Schulen erworbene allgemeinbildende Abschlüsse nach Geschlecht (2010)
Lk VG & Altkreise

	HGW		OVP		UER		Lk VG	
	abs.	weibl. (Prozent)	abs.	weibl. (Prozent)	abs.	weibl. (Prozent)	abs.	weibl. (Prozent)
Hauptschulabschluss	64	25,0	45	40,0	30	36,7	139	32,4
Mittlerer Abschluss	18	33,3	21	81,0	30	40,0	69	50,7
Fachhochschul-Reife	37	18,9	22	40,9	15	53,3	74	32,4
Hochschulreife	31	54,8	31	67,7	22	68,2	84	63,1
Insgesamt	150	30,7	119		97	46	366	42,9

Datenquelle: Stat. Amt MV, Kernindikatorensatz E, Tab. E 15.1

Durch den Erwerb allgemeinbildender Abschlüsse an den beruflichen Schulen erhöht sich die Gesamtzahl der erworbenen Schulabschlüsse in der Region.[85] Im Jahr 2010 wurden 14 Prozent aller Abschlüsse, die zum Abitur führten, an beruflichen Schulen erworben. Bei den Hauptschulabschlüssen waren es 36 Prozent.[86] Damit leisten die beruflichen Schulen einen wichtigen Beitrag für das Erreichen weiterführender Abschlüsse.

Zwischenfazit

Die Analyse der Schülerzahlen hat u.a. gezeigt:

- die große Bedeutung des dualen Systems für die beruflichen Schulen
- starke Unterschiede bei der Verteilung weiblicher und männlicher Schüler in den Teilbereichen des Berufbildungssystems und einzelnen Schulformen
- ein perspektivisch möglicher Beitrag zur Stabilisierung der Schülerzahlen in den nächsten Jahren durch nichtdeutsche Jugendliche[87]
- der dominierende Anteil von Schülern mit Hochschulreife und Mittlerem Abschluss gegenüber Hauptschulabschlüssen besonders im dualen System
- insgesamt relativ niedrige Erfolgsquoten bei deutlichen Unterschieden von Schulformen und Geschlecht
- den deutlichen Beitrag der beruflichen Schulen für den nachholenden Erwerb von Allgemeinbildenden Abschlüssen

84 Für die kommenden Jahre ist zu erwarten, dass angesichts der demographischen Entwicklung vermehrt auch polnische Jugendliche vor allem aus dem Raum Löcknitz an den beruflichen Schulen allgemeinbildende Abschlüsse erwerben werden (vgl. Kapitel Rahmenbedingungen).

85 Die erworbenen allgemeinbildenden Abschlüsse an beruflichen Schulen werden nicht in der Statistik der Abschlüsse an allgemeinbildenden Schulen, sondern getrennt in der Berufsschulstatistik, erfasst.

86 In 2010 waren es insgesamt 603 Hochschulreife, davon 84 Jugendliche von Fachgymnasien und 519 von allgemeinbildenden Schulen. An den beruflichen Schulen waren es insgesamt 358 erworbene Hauptschulabschüsse, davon 139 an Berufsschulen und 219 an Regionalen Schulen.

87 Daraus könnten sich neue Impulse und Herausforderungen für das Angebotsprofil an beruflichen Schulen ergeben hinsichlich einer stärkeren Öffnung nach Polen.

5.2.3.2 Das Übergangssystem

Funktionen und Gestalt des Übergangssystems

Das Übergangssystem mit seinen verschiedenen Bildungsgängen richtet sich an Jugendliche, die „nicht über die notwendigen Voraussetzungen für die Aufnahme einer Berufsausbildung verfügen oder aus anderen Gründen keinen Ausbildungsplatz gefunden haben, [es bietet] die Möglichkeit, ihre individuellen Chancen für die Aufnahme einer Ausbildung zu verbessern.“[88] Je nach Ausrichtung der jeweiligen Maßnahme werden hier Jugendliche durch die Vermittlung von beruflichen und weiteren Kompetenzen oder durch das Nachholen eines allgemeinbildenden Schulabschlusses auf eine Ausbildung oder einen Beruf vorbereitet. Der Bildungssektor ist durch eine Vielzahl an Bildungsgängen, Programmen oder Maßnahmen in unterschiedlicher Zuständigkeit geprägt. Oft wird er auch als berufliche Grundbildung oder Berufsvorbereitung bezeichnet. Gemeinsam ist allen Bildungsgängen im Übergangssystem, dass sie zu keinem vollqualifizierenden, anerkannten beruflichen Ausbildungsabschluss führen. Die folgende Auflistung gibt eine Übersicht über die wichtigsten Formen in Mecklenburg-Vorpommern.[89]

Bildungsgänge im Übergangssystem	
Schulisches Berufsvorbereitungsjahr (BVJ)	
Form:	Vorbereitung auf eine Ausbildung durch Vermittlung von Allgemeinwissen, beruflicher Orientierung und berufsbezogenen Fertigkeiten an der Berufsschule in Vollzeit
Formale Grundlagen:	Berufsschulpflicht bis 18 Jahre, ein Angebot des staatlichen Bildungssystems
Zielgruppe:	berufsschulpflichtige Jugendliche, die nicht ausbildungsreif bzw. beruflich orientierungslos und/oder ohne Arbeits- oder Ausbildungsverhältnis sind[90]
Abschluss:	Abschlusszeugnis der Berufsschule / Erwerb der Berufsreife möglich / erworbene Qualifizierungsbausteine sind auf eine spätere Ausbildung anrechenbar

88 Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.)2011: 31.
89 Neben den in der Tabelle aufgeführten Formen gibt es eine Reihe weiterer Einrichtungen und Aktivitäten im Übergang von der Schule in den Beruf, die im nächsten Bildungsbericht aufgegriffen werden sollen.
90 Das einjährige BVJ richtet sich an berufsschulpflichtige Jugendliche mit Berufsreife, Förderschul- oder gleichwertigem Schulabschluss sowie an Jugendliche, die mindestens das Ziel der achten Jahrgangsstufe (Versetzung nach Jahrgangsstufe 9) erreicht haben. Das zweijährige BVJ ist für schulpflichtige Jugendliche ohne Arbeits- oder Ausbildungsverhältnis, die nach mindestens acht Schulbesuchsjahren nicht das Ziel der achten Jahrgangsstufe erreicht haben. Schließlich gibt es auch ein BVJ für Aussiedler. www.bildung-mv.de/de/schule/berufliche_schulen/berufsschule. Zugriff: 12.10.2011.

Berufsvorbereitende Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit (BVB)/Sozialagentur OVP	
Form:	Vorbereitung auf eine Ausbildung durch berufliche Orientierung und Vermittlung von berufsrelevanten Fähigkeiten und Fertigkeiten bei einem Bildungsträger inkl. sozial-pädagogischer Begleitung in Kooperation mit den örtlichen Berufsschulen[91]
Formale Grundlagen:	Vergabe und Finanzierung (Bildungsträger) über die Agentur für Arbeit/Jobcenter
Zielgruppe:	Jugendliche unter 25 Jahren ohne abgeschlossene Erstausbildung, die die Schulpflicht erfüllt haben und noch nicht über die geforderte Ausbildungs- bzw. Berufsreife verfügen
Abschluss:	Abschlusszeugnis der Beruflichen Schule und des Bildungsträgers / nachträglicher Erwerb der Berufsreife möglich

Einstiegsqualifizierung (EQ)	
Form:	6- bis 12-monatiges ausbildungsvorbereitendes Praktikum in Betrieben, das auf eine duale Ausbildung vorbereiten bzw. die Chancen auf eine Ausbildung verbessern soll
Formale Grundlagen:	finanzielle Förderung durch die Bundesagentur für Arbeit/Jobcenter
Zielgruppe:	v.a. marktbenachteiligte, nicht mehr schulpflichtige Jugendliche ohne Ausbildungsplatz oder mit eingeschränkten Vermittlungsperspektiven
Abschluss:	Zeugnis vom Betrieb bzw. Kammern, kein vollqualifzierender Abschluss / Praktikumszeit unter bestimmten Voraussetzungen auf eine Ausbildung anrechenbar

91 Die Förderdauer beträgt maximal 10 Monate (11 Monate bei Jugendlichen mit Behinderungen). Beicht, Ursula 2009: 2.

Produktionsschulen in Rothenklempenow und Wolgast	
Form:	Vorbereitung auf ein eigenverantwortliches (Berufs-)Leben und die Verbesserung der Chancen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt durch die Verbindung von produktiven Tätigkeiten mit schulischem und sozialem Lernen
Formale Grundlagen:	Besuch basiert auf Freiwilligkeit, offener Zugang – flexibler Ein-/Ausstieg möglich, finanzielle Förderung durch SGB II, ESF-Landesmittel und Jugendamt
Zielgruppe:	Jugendliche von 15 bis 27 Jahren ohne berufliche Orientierung, Schulabschluss, Ausbildungsplatz oder Arbeit, Ausbildungsplatzabbrecher, Jugendliche aus Einrichtungen der Jugendhilfe mit besonderem sozialpädagogischem Hilfebedarf
Abschluss:	Produktionsschulzeugnis, kammerzertifizierte Qualifizierungsbausteine, Erwerb der Berufsreife und berufsfachlicher Zertifikate möglich

Das Übergangssystem in Deutschland hat sich seit den 90er Jahren sukzessive ausgeweitet, v.a. aufgrund des ausgeprägten Lehrstellenmangels. Auch sogenannte marktbenachteiligte Jugendliche, die berufsreif, aber ohne Ausbildungsplatz waren, sollten hier aufgefangen werden. Mit dem Schülerzahlenrückgang richtet sich die zentrale Funktion des Übergangssystems zunehmend wieder auf die Berufsvorbereitung für „originär" benachteiligte Jugendliche, denen bestimmte Voraussetzungen für die Aufnahme einer Ausbildung fehlen.[92]

Die regionalen Experten für berufliche Bildung haben in der SWOT-Analyse einerseits auf die Potentiale eines regional passfähigen Übergangssystems mit einer – bisher noch nicht existierenden – durchgängig abgestimmten, trägerübergreifenden Dokumentation von Teilnehmern der Jugendberufshilfe sowie auf vorhandene Angebote der Jugendberufshilfe (z.B. Produktionsschulen) verwiesen. Auf der anderen Seite stehen die vielfach thematisierten Nachwuchsprobleme. Einige dieser Aspekte werden im Folgenden aufgegriffen. Betrachtet werden das Berufsvorbereitungsjahr und die berufsvorbereitenden Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit. Im Anschluss wird auf die Berufsvorbereitung an den Produktionsschulen im Lk eingegangen. Die Begriffe Übergangssystem und Berufsvorbereitung werden synonym verwendet.

Strukturen und Entwicklungen im regionalen Übergangssystem

Die Entwicklung im Übergangssystem ist u.a. von der seit 2004 stark rückläufigen Anzahl der 15- bis unter 20-Jährigen im Lk geprägt **(vgl. Kap. 2.2.3)**.[93] In UER und OVP reduzierte sich zwischen 2002 und 2010 die Zahl der Schüler in der Berufsvorbereitung um 51 Prozent, was dem Landesdurchschnitt entspricht. Der Rückgang in OVP fiel weniger stark aus, allerdings war hier bis 2010 auch die Gesamtanzahl von Jugendlichen deutlich niedriger. Im Jahr 2010 befanden sich insgesamt 278 junge Menschen in diesem Bildungssektor **(vgl. Abbildung 64)**.

92 Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.) 2011: 31.
93 Der Begriff Übergangssystem bezieht sich im Folgenden auf das Berufsvorbereitungsjahr und die berufsvorbereitenden Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit. Das sind die einzigen Bildungsgänge des Übergangssystems, die in der Berufsschulstatistik als Datengrundlage aufgeführt sind.

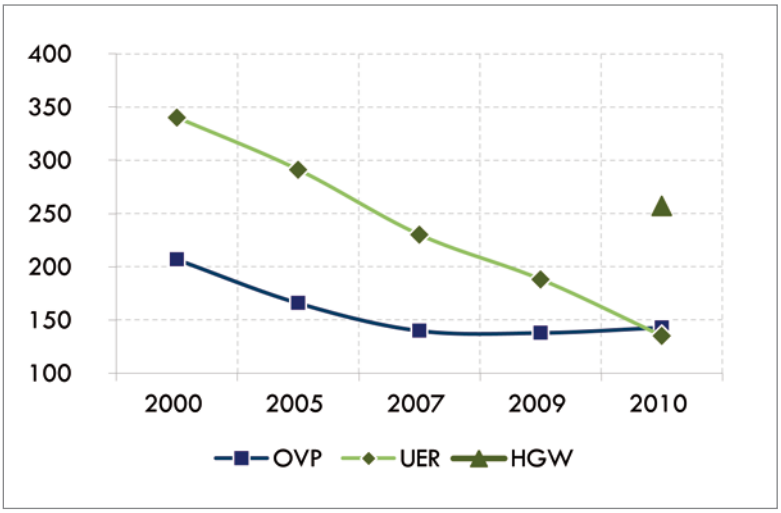


Abbildung 64:
Anzahl der Jugendlichen im Übergangssystem an beruflichen Schulen (2000 bis 2010)
Altkreise

Datenquelle:
Stat. Amt MV,
Kernindikatorensatz E,
Tab. E 7.2

Der Rückgang des Anteils der Jugendlichen im Übergangssystem an allen Berufsschülern in der Region (relativer Anteil) fiel weniger stark aus. Dieser Anteil stieg in OVP sogar leicht an. In beiden Altkreisen hat er sich im Jahr 2010 bei 10 Prozent eingependelt (**Abbildung 65**).

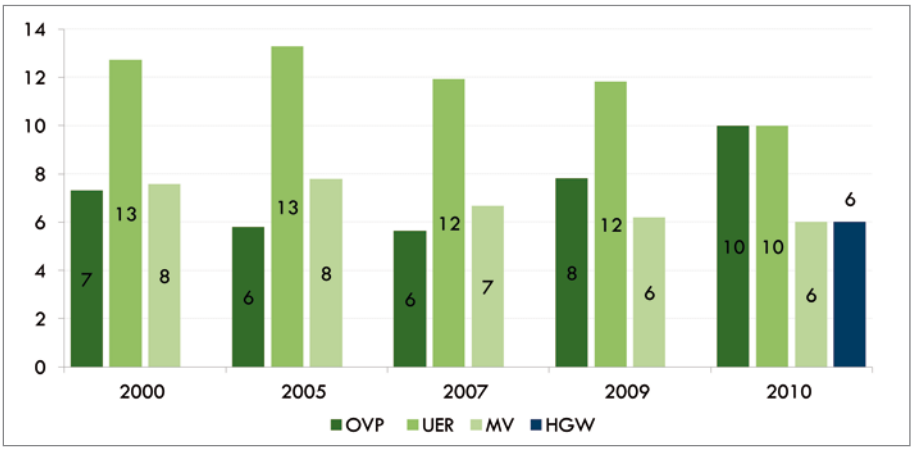


Abbildung 65:
Prozentualer Anteil Jugendlicher im Übergangssystem an allen Jugendlichen in der beruflichen Schule (2000-2010)
Altkreise

Datenquelle:
Stat. Amt MV,
Kernindikatorensatz E,
Tab. E 7.2

Im Vergleich mit MV und mit Greifswald besuchten im Jahr 2010 in OVP und UER anteilsmäßig deutlich mehr Jugendliche das Übergangssystem. Somit ist zwar die absolute Zahl der Jugendlichen im Übergangssystem in UER und OVP gesunken, ihr Anteil an allen Berufsschülern allerdings nicht oder nur geringfügig.

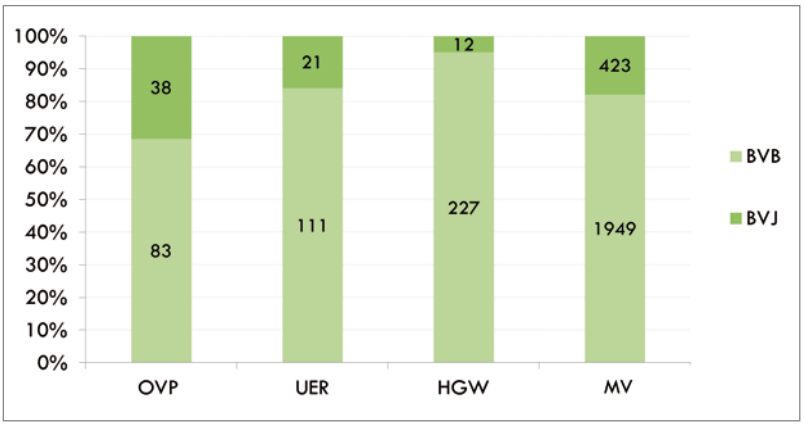


Abbildung 66:
Jugendliche neu im Übergangssystem nach BVJ und BVB (2010)
Altkreise & MV

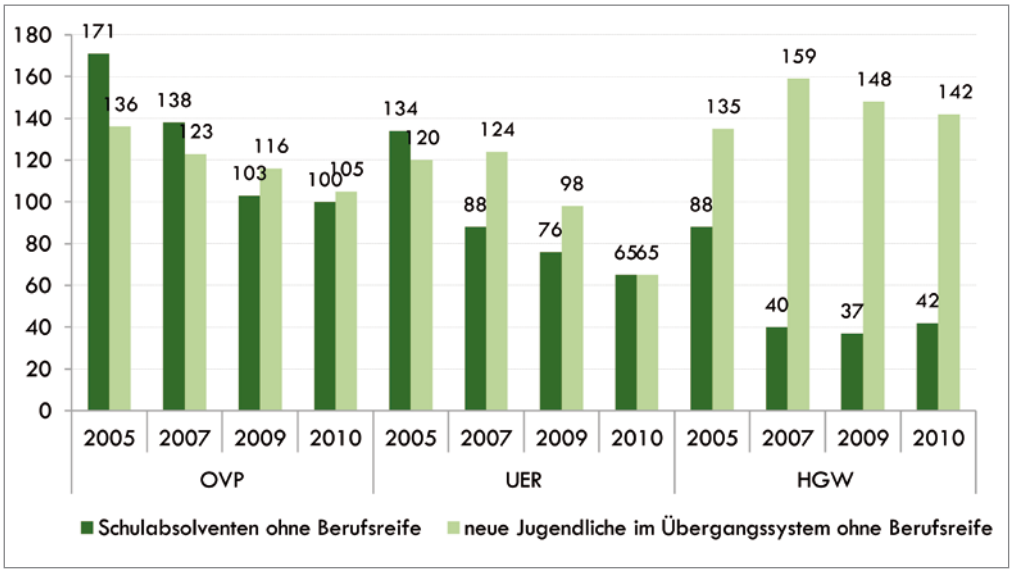
Datenquelle:
Stat. Amt MV,
Kernindikatorensatz E,
Tab. E 12.1

Die meisten Jugendlichen absolvieren berufsvorbereitende Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit. Das Berufsvorbereitungsjahr hat mit weniger als 10 Prozent in Greifswald die geringste Bedeutung, während es in OVP im Jahr 2010 einen Anteil von 30 Prozent und in UER einen Anteil von 16 Prozent erreicht **(vgl. Abbildung 66)**.

Bedeutsam für die Fachkräftesituation – die von den regionalen Experten als ein Problemfeld benannt wurde – ist, wie viele Jugendliche nicht über den direkten Weg in eine betriebliche Ausbildung gelangen, sondern in die Berufsvorbereitung gehen und somit der Wirtschaft zunächst nicht zur Verfügung stehen. Ein Vergleich zwischen den jungen Menschen, welche die Schule verlassen haben und jenen, die sich (anschließend) im Übergangssystem befinden, gibt darüber Aufschluss. Da nicht genau bekannt ist, ob alle neu ins Übergangssystem eintretenden Jugendlichen zu den Schulabsolventen zählen, kann der Vergleich nur eine Tendenz aufzeigen.[94]

Abbildung 67 und **Abbildung 68** führen Schulabsolventen und Jugendliche in der Berufsvorbereitung auf, einmal ohne und einmal mit Berufsreife.[95] Vor allem Jugendliche ohne Berufsreife zählen zur vorrangigen Zielgruppe des Übergangssystems.

Abbildung 67: Schulabsolventen ohne Berufsreife und Jugendliche ohne Berufsreife neu im Übergangssystem (2000 bis 2010)
Altkreise



Datenquelle: Stat. Amt MV, Kernindikatorensatz E, Tab. E 12.1, Kernindikatorensatz D, Tab. D 15.1

Die **Abbildung 67** zeigt, dass zwischen 2005 und 2010 mit wenigen Ausnahmen jährlich mehr Jugendliche ohne Berufsreife in das Übergangssystem einmünden als Absolventen ohne Berufsreife die Schule verlassen haben. Besonders stark ist diese Relation in Greifswald ausgeprägt. Hier ist zu vermuten, dass die Berufsvorbereitung an der beruflichen Schule auch Jugendliche aus dem Umland aufnimmt. Die Ergebnisse deuten daraufhin, dass die Chancen von Jugendlichen ohne Berufsreife auf eine Ausbildung direkt nach der Schule – ohne zunächst eine Berufsvorbereitung durchlaufen zu haben – nicht erkennbar gestiegen sind. Auch befinden sich in diesem Bildungssektor offenbar Jugendliche ohne Berufsreife, deren Schulabschluss ein Jahr oder mehr zurückliegt.

94 Mit den verfügbaren statistischen Daten können die Wege der Jugendlichen nach der Schule nicht individuell nachvollzogen werden. So ist es bspw. möglich, dass ein Jugendlicher verschiedene Maßnahmen im Übergangssystem – einige Jahre nach Schulabschluss – durchläuft. Zudem können sich hinter der Kategorie „ohne Berufsreife“ z.B. auch frühzeitige Abgänger von Gymnasien verbergen, die ggf. ihren Schulabschluss nachholen.

95 Die zur Verfügung stehenden Statistiken weisen innerhalb der Kategorie „ohne Hauptschulabschluss“ die Abschlussart „Förderschulabschluss“ nicht gesondert aus. In diesem Bericht sind daher in der Kategorie „ohne Hauptschulabschluss bzw. ohne Berufsreife“ sowohl Jugendliche, die die Regionale Schule oder das Gymnasium ohne einen Abschluss verlassen als auch Absolventen der Förderschulen zusammengefasst. Dazu gehören auch Jugendliche mit geistigen und/oder körperlichen Behinderungen als Schulabsolventen der Förderschulen für individuelle Lebensbewältigung, Schwerpunkt geistige Entwicklung.

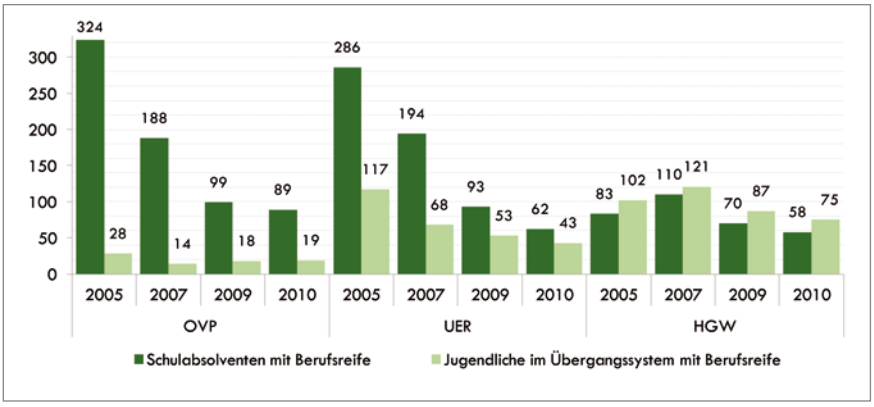


Abbildung 68:
Schulabsolventen mit Berufsreife und Jugendliche mit Berufsreife neu im Übergangssystem (2000-2010)
Altkreise

Datenquellen:
Stat. Amt MV,
Kernindikatorensatz E,
Tab. E 12.1 und
Kernindikatorensatz D,
Tab. D 15.1

Eine teilweise andere Situation ist bei Jugendlichen mit einem Hauptschulabschluss erkennbar. So münden vor allem in OVP, gemessen an den Schulabsolventen mit Berufsreife, deutlich weniger Jugendliche mit Berufsreife neu in das Übergangssystem ein **(vgl. Abbildung 68)**. Allerdings liegt im Jahr 2010 in UER dieser Anteil immerhin noch bei 69 Prozent. Wie oben bereits festgehalten, ist für Greifswald auch hier zu vermuten, dass die Ergebnisse durch die Anzahl Jugendlicher im Übergangssystem, die aus dem Umland kommen, verzerrt werden. Sofern sich darunter auch Jugendliche aus OVP befinden, liegen die Werte für diesen Altkreis vermutlich höher als in der Statistik ausgewiesen.

Das Übergangssystem richtet sich in erster Linie an noch nicht ausbildungsreife Jugendliche. Eine wichtige Frage ist deshalb, mit welchen Bildungsvoraussetzungen (Schulabschlüssen) junge Menschen in diesen Bildungssektor einmünden **(vgl. Abbildung 69)**. Den größten Anteil haben Jugendliche ohne Berufsreife. In UER hat sich allerdings seit 2000 der Anteil von Schülern mit einem Abschluss (Berufs- und Mittlerer Reife) deutlich erhöht. Im Jahr 2010 beträgt er 46 Prozent. Mit 40 bis 50 Prozent weist die HGW durchgängig einen ähnlich hohen Anteil auf.

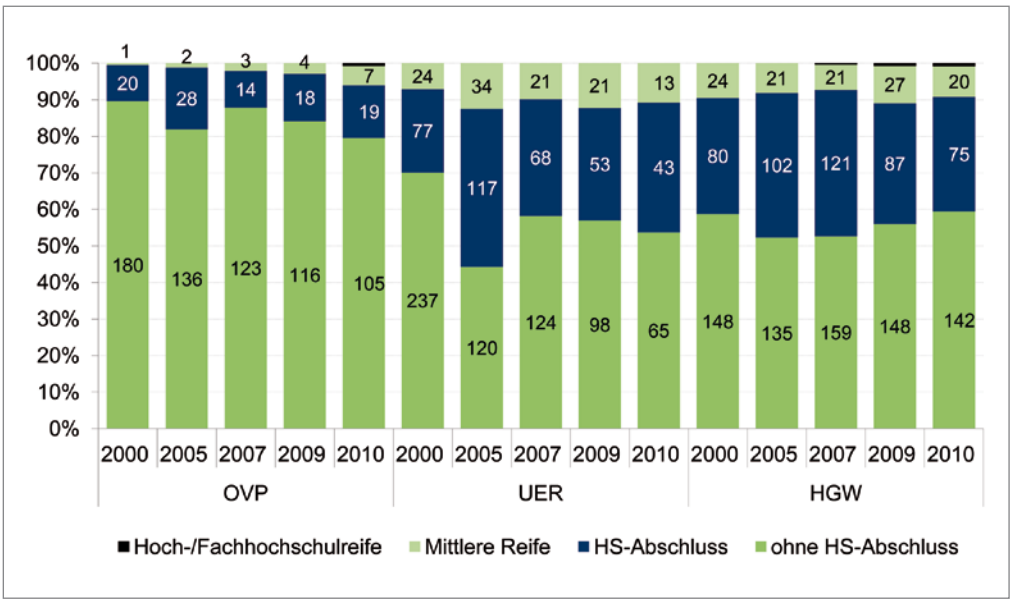


Abbildung 69:
Schulabschlüsse der neu eingetretenen Schüler im Übergangssystem an beruflichen Schulen (2000–2010)
Altkreise

Datenquelle:
Stat. Amt MV,
Kernindikatorensatz E,
Tab. E 12.1

Auch in OVP stieg dieser Wert auf 20 Prozent an. Allerdings zeichnet sich dieser Altkreis zugleich durch einen überdurchschnittlich niedrigen Anteil an Jugendlichen mit Berufs- oder Mittlerer Reife im Übergangssystem aus.

Der Anteil von jungen Frauen in der Berufsvorbereitung ist im Lk VG seit 2000 leicht über 40 Prozent gestiegen. In UER erreichte er im Jahr 2010 mit fast 50 Prozent den höchsten Wert.

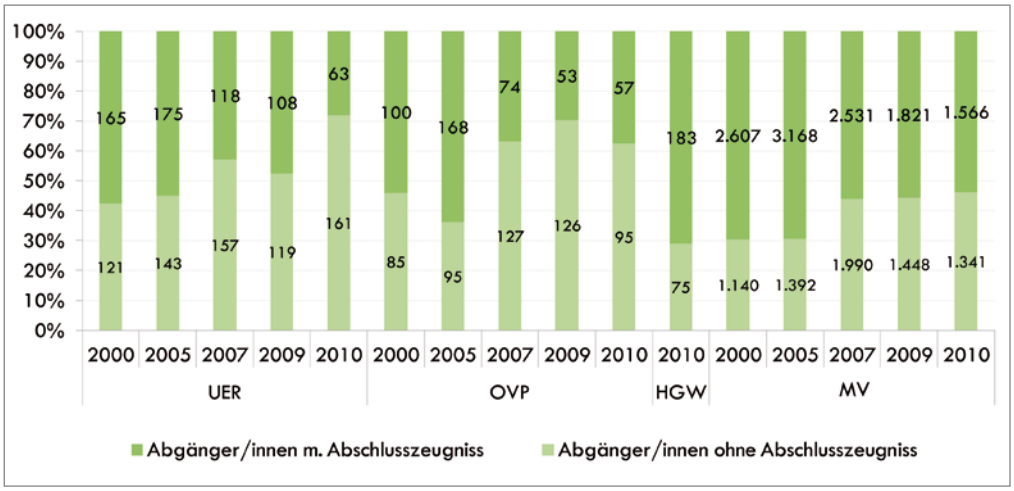
Erfolgsquoten im Übergangssystem

Im Übergangssystem können junge Menschen zwar keinen beruflichen Abschluss erwerben, sie erhalten jedoch ein Abschlusszeugnis, wenn bestimmte Leistungen erreicht wurden.[96] Zudem wird mit der Möglichkeit, die Berufsreife nachträglich zu erwerben, eine wichtige Qualifizierungsfunktion erfüllt. Die Erfolge im Übergangssystem werden anhand dieser zwei Abschlussformen betrachtet.

Erworbene Abschlusszeugnisse

Seit 2000 verließ – außer in Greifswald – ein steigender Anteil der Jugendlichen die beruflichen Schulen ohne ein Abschlusszeugnis **(vgl. Abbildung 70)**. Mit 63 Prozent in OVP und 72 Prozent in UER liegt dieser Anteil mehr als doppelt so hoch wie in Greifswald. Die höchsten Quoten ohne Abschluss sind bei den berufsvorbereitenden Maßnahmen der Agentur für Arbeit zu verzeichnen. In UER liegt der Anteil männlicher Absolventen ohne Abschlusszeugnis im Schnitt um 10 bis 15 Prozent höher als bei den Absolventinnen. In OVP und in Greifswald sind die geschlechtsspezifischen Unterschiede gering ausgeprägt.

Abbildung 70: Absolventen des Übergangssystems nach Abschlusszeugnis (2000 bis 2010)
Altkreise & MV



Datenquelle: Stat. Amt MV, Kernindikatorensatz E, Tab. E 15.2

Erworbene allgemeinbildende Schulabschlüsse

Abbildung 71 führt an, wie viele Jugendliche in der Berufsvorbereitung die Berufsreife erworben haben. Verglichen wird dieser Wert mit der Gesamtanzahl junger Menschen ohne Berufsreife, die ein Jahr zuvor neu in diesen Bildungssektor eingetreten sind, auch wenn dieser Vergleich nur eingeschränkt aussagekräftig ist.[97]

96 Ein Abschlusszeugnis setzt voraus, dass in allen Unterrichtsfächern/Lernfeldern die Leistung mindestens „ausreichend" beträgt. In maximal zwei Fächern/Lernfeldern, die mit „mangelhaft" bewertet wurden, kann ein Antrag auf eine Prüfung gestellt werden. Bei den berufsvorbereitenden Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit muss zusätzlich die praktische Ausbildung beim Bildungsträger erfolgreich absolviert werden. Berufsschulverordnung MV vom 4. Juli 2005.

97 Die Einschränkungen ergeben sich, weil die Verweildauer in der Berufsvorbereitung und der Zeitpunkt, an dem die Berufsreife erworben wurde, nicht genau bekannt sind.

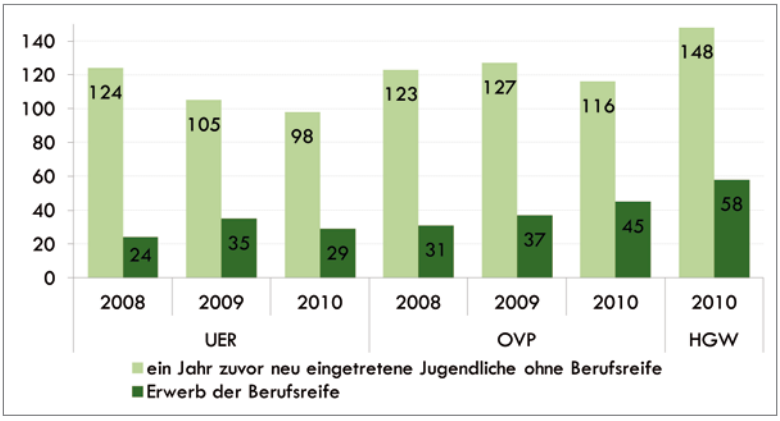


Abbildung 71:
Neu in das Übergangssystem eingetretene Jugendliche und Erwerb der Berufsreife (2009 bis 2010)
Altkreise

Datenquelle: Stat. Amt MV, Kernindikatorensatz E, Tab. E 15.1

Unter Berücksichtigung der Einschränkungen zeigt die Abbildung, dass in dem betrachteten Zeitraum ein (leicht) steigender Anteil der Jugendlichen im Übergangssystem die Berufsreife erwirbt. Dieser Anteil war jedoch auch im Jahr 2010 mit 36 Prozent eher niedrig – gemessen an den Neueintritten in die Berufsvorbereitung. Den geringsten Wert wies UER mit 30 Prozent auf.

Die vorliegenden Daten liefern leider keine Informationen zu den beruflichen Perspektiven der Jugendlichen im Anschluss an eine Berufsvorbereitung. Ein kurzer Blick auf eine Studie des Deutschen Jugendinstituts (DJI) kann jedoch zumindest Anhaltspunkte aufzeigen **(vgl. Tabelle 40)**. Das DJI verfolgt darin seit 2004 den Bildungsweg von über 1000 Schülern an 126 Hauptschulen an integrierten Sekundarschulen in mehreren Bundesländern.

Tabelle 40:
DJI-Bundesstudie – Verbleib von Hauptschülern mit Neueintritt in 2004 in die Berufsvorbereitung in 2007

	Prozent
in Ausbildung	60
Schulbesuch	6
Berufsvorbereitung (immer noch oder wieder)	3
Arbeit als Ungelernte/r	18
weder in Bildung, Ausbildung oder Arbeit	12

Datenquelle: DJI-Übergangspanel

Für 70 Prozent der Jugendlichen führte die Berufsvorbereitung in einer oder mehreren Etappen zu weiteren Qualifikationsperspektiven (Ausbildung, Schule, Berufsvorbereitung). Knapp jeder dritte Jugendliche befand sich in ungelernter Arbeit bzw. erlebte häufige oder wiederkehrende Phasen der Arbeitslosigkeit. „Für diese Jugendlichen ist die Wahrscheinlichkeit sehr gering, dass sie den Weg zurück in organisierte Bildungs- und Ausbildungsprozesse finden. Hier wächst eine Population von Unqualifizierten heran, die ein hohes Risiko des Ausschlusses vom Arbeitsmarkt tragen werden.“[98]

98 Braun, Frank / Gaupp, Nora / Lex, Tilly u.a. 2008: 34, 42.

Berufsvorbereitung an den Produktionsschulen im Lk Vorpommern Greifswald

Der Ansatz der Produktionsschulen

Eine weitere, in der Region wichtige Form der Berufsvorbereitung bieten die Produktionsschulen in Wolgast und in Rothenklempenow. Sie wurden zusammen mit vier weiteren Schulen in Mecklenburg-Vorpommern im Rahmen des „Landesprogramms Produktionsschulen“ seit 2004 aufgebaut.[99]

Produktionsschulen sind Einrichtungen der arbeitsorientierten und beruflichen Bildung mit einem alternativen Ansatz der Berufsvorbereitung. Als betriebsähnliche Bildungseinrichtungen für benachteiligte junge Menschen arbeiten sie an der Schnittstelle von Arbeitsmarktpolitik, sozialpädagogischer Hilfe und schulischer Bildung. Deren innovativer Charakter liegt in einer besonderen Kombination von praktischer, marktnaher Arbeit und Lernen. Produktionsschulen entstanden u.a. vor dem Hintergrund der Erkenntnis, dass bei jungen Menschen mit Brüchen in der Bildungsbiographie oder einem anderen Zugang zum Lernen das Risiko des Abbruches in „traditionellen“ z.T. eher verschulten Formen der Berufsvorbereitung besonders hoch ist. Daher steht in Produktionsschulen die praktische Arbeit in Werkstätten (z.B. Holz oder Küche) als „Gestalter“ von Lernprozessen im Zentrum. Die Teilnehmer stellen Produkte her oder erbringen Dienstleistungen, die – im Gegensatz zu anderen Formen der Berufsvorbereitung – auf realen Kundenaufträgen basieren oder am freien Markt verkauft werden.[100] Der Erwerb von beruflichen und lebensweltbezogenen Kompetenzen, von theoretischem Wissen wie auch die Förderung der Persönlichkeitsentwicklung erfolgt aus den Erfahrungen der produktiven Arbeit und nicht in getrennten Lerneinheiten. Durch individuell zugeschnittene Lernarrangements mit passenden Bildungs- und Unterstützungsangeboten eignen sich die Jugendlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und Verhaltensweisen an, die für eine Berufsausbildung oder Erwerbstätigkeit notwendig sind.[101]

Ziele des Produktionsschulbesuches
▪ Stabilisierung des Sozial- und Arbeitsverhaltens, Förderung von Schlüsselkompetenzen ▪ Entwicklung einer neuen Lern- und Arbeitsmotivation ▪ Erwerb (erster) berufspraktischer Fähigkeiten, Kenntnisse und/oder der Berufsreife ▪ Berufsorientierung / Entwicklung von (beruflichen) Zukunftsperspektiven ▪ präventiver Ansatz zur Vermeidung von Jugendarbeitslosigkeit

Je nach Bedarf machen Produktionsschulen Orientierungs-, Vorbereitungs-, Qualifizierungs- und Ausbildungsangebote. Zum Ansatz gehört auch die freiwillige Teilnahme mit flexiblen Ein- und Ausstiegsmöglichkeiten und unterschiedlicher Verweildauer. Die jungen Menschen erhalten ein kleines, z.T. leistungsabhängiges Schulentgelt von fünf bis sechs Euro pro Tag.

99 Zentrale Anregung für das Konzept, das Anfang der 90er Jahre in Deutschland eingeführt wurde, bildete die Arbeit der Produktionsschulen in Dänemark. Mittlerweile gibt es in der Bundesrepublik ca. 30 bis 40 Produktionsschulen. Träger der Produktionsschulen im Lk VG ist das Christliche Jugenddorfwerk Deutschland e.V. (CJD).

100 Beiräte der Produktionsschulen, bestehend aus Vertretern der regionalen Wirtschaft, der Sozialagentur, ARGE, Kommunalverwaltung und Gewerkschaft, sollen dafür sorgen, dass die Produkte mit der regionalen Wirtschaft abgestimmt sind und die Teilnehmer durch enge Kooperation mit der Wirtschaft beruflich in der Region integriert werden.

101 Vgl. z.B. Bundesverband Produktionsschulen e.V. (2011), Gentner / Bojanowski / Wergin (Hrsg.) 2008, 2010: 1-2.

Entwicklungen an den Produktionsschulen in Wolgast und Rothenklempenow

Von 2004 bis 2012 besuchten insgesamt 796 Jugendliche die Produktionsschulen im Lk VG – 480 in Rothenklempenow und 316 in Wolgast.[102] Im Durchschnitt waren die zu über 50 Prozent männlichen Teilnehmer 19 Jahre alt. Der Besuch variierte zwischen drei Monaten und zwei Jahren. Die Dauer kann im Gegensatz zu anderen Formen der Berufsvorbereitung individuell gestaltet werden.

Mehrheitlich suchten Teilnehmer ohne bzw. mit einem Förderschulabschluss nach Möglichkeiten der beruflichen Entwicklung an den Produktionsschulen. Aber auch Jugendliche mit Mittlerer und Berufsreife nahmen die Bildungseinrichtungen in Anspruch. In Wolgast hatte immerhin jeder dritte Teilnehmer die Berufsreife, in Rothenklempenow war es knapp jeder vierte **(vgl. Abbildung 72)**.

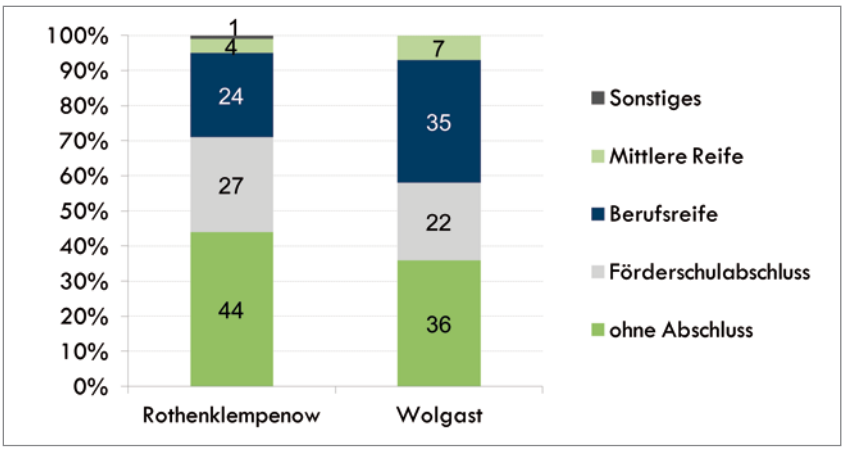


Abbildung 72: Höchster erreichter Schulabschluss der Teilnehmer der Produktionsschulen Rothenklempenow und Wolgast in Prozent (2004 bis 2012)

Datenquelle: Produktionsschulen Rothenklempenow und Wolgast

Offenbar befindet sich hier auch eine Reihe von Jugendlichen, die vermutlich vielfach Erfahrungen des Scheiterns in schulischen Lernkonstellationen gemacht haben. So erreichte über ein Viertel der Teilnehmer nur die Abgangsklassenstufen sechs, sieben oder acht aufgrund von z.B. Späteinschulung oder Klassenwiederholungen.

Mit 61 Prozent hat die Mehrzahl der Teilnehmer vor dem Produktionsschulbesuch bereits eine andere Form der Berufsvorbereitung durchlaufen. Am häufigsten waren das die berufsvorbereitenden Maßnahmen der Agentur für Arbeit (BVB), wie **Abbildung 73** zeigt.

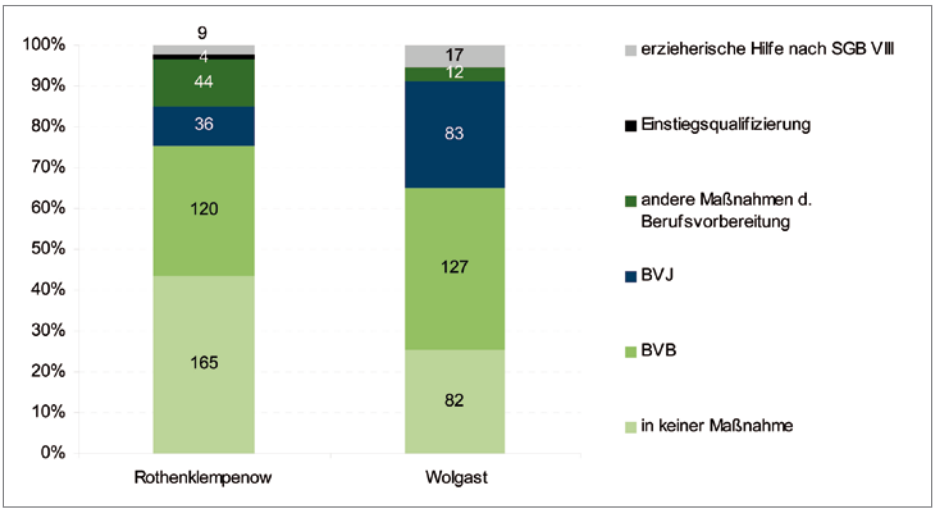


Abbildung 73: Durchlaufene Maßnahmen oder Hilfen vor Besuch der Produktionsschulen Rothenklempenow und Wolgast (2004 bis 2012)[103]

Datenquelle: Produktionsschulen Rothenklempenow und Wolgast

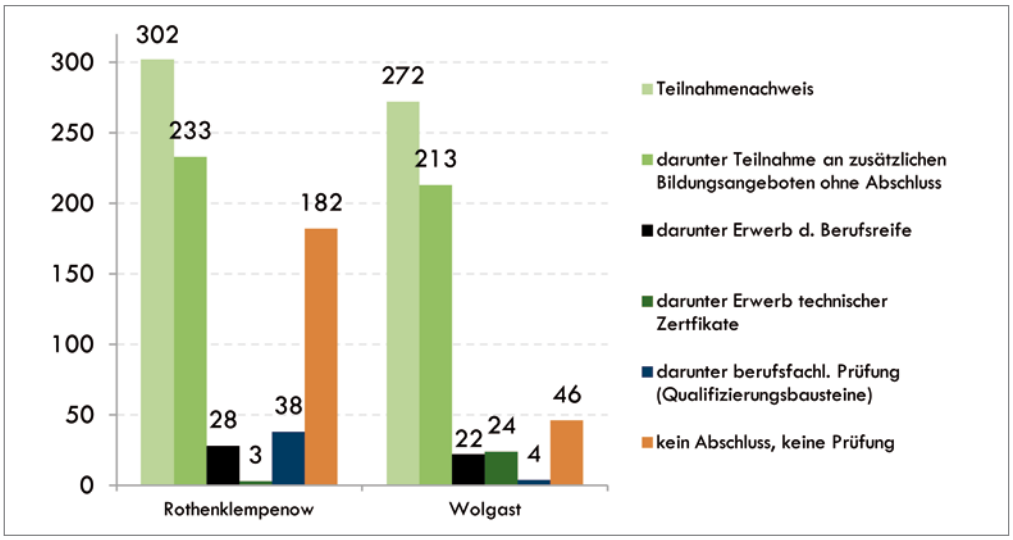
102 Alle folgenden statistischen Angaben zu den Teilnehmern der Produktionsschule Rothenklempenow beziehen sich auf den Zeitraum vom 1.8.2004 bis 15.3.2012. Für die Produktionsschule Wolgast beginnt die Erfassung mit dem Gründungsjahr 2005.

103 Hierin sind nicht die Angaben von allen Teilnehmern zwischen 2004 und 2012 enthalten, da das statistische Erfassungsinstrument erst im Laufe der Zeit um diese Kategorie erweitert wurde.

Zum Ende des Produktionsschulbesuchs erhalten Jugendliche einen **Teilnahmenachweis** des Bildungsträgers. Darüber hinaus können folgende **weitere Qualifikationen** erworben werden: Berufsreife mit Leistungsfeststellung, Zertifikate wie z.B. ein Schweißerpass und Qualifizierungsbausteine.[104] Schließlich gibt es auch zusätzliche Bildungsangebote ohne einen zertifizierten Abschluss (z.B. Bewerbungstrainings oder Workshops zu Stil und Etikette), die berufliche und vor allem soziale Kompetenzen fördern sollen.

Einen Teilnahmenachweis erhielten 62 Prozent der Jugendlichen in Rothenklempenow und 86 Prozent der Teilnehmer in Wolgast (**vgl. Abbildung 74**). Die höhere Quote in Wolgast ist im Zusammenhang mit der Sozialagentur OVP zu sehen, welche die Produktionsschule maßgeblich finanziert. Sie schließt mit ihren Kunden Eingliederungsvereinbarungen u.a. auch für diese Schule ab. Dadurch ensteht eine andere Verbindlichkeit. An beiden Produktionsschulen besteht mit 76 Prozent bis 80 Prozent eine hohe Anwesenheitspräsenz mit geringen Fehlzeiten. Keinen Teilnahmenachweis erhält, wer u.a. den Produktionsschulbesuch vorzeitig abbricht, die Probezeit nicht besteht oder sich nicht an die für den Besuch geltenden Regeln hält. Der Anteil von Jugendlichen ohne Teilnahmenachweis liegt deutlich unter dem Anteil von Abgängern ohne Abschlusszeugnis bei den berufsvorbereitenden Maßnahmen der Agentur für Arbeit. Allerdings sind hier auch die unterschiedlichen Anforderungen zu beachten.

Abbildung 74: Erworbener Abschluss/ Zertifikat der Teilnehmer der Produktionsschulen Rothenklempenow und Wolgast (2004 bis 2012)
absolut



Datenquelle: Produktionsschulen Rothenklempenow und Wolgast

Insgesamt 446 Jugendliche haben zusätzliche Bildungsangebote wahrgenommen. Zwischen 2004 und 2012 bereiteten sich zudem 81 junge Menschen auf den Erwerb der Berufsreife vor. Davon schlossen 62 Prozent ihre Prüfung erfolgreich ab. Qualifizierungsbausteine und technische Zertifikate erwarben 69 Jugendliche.

Informationen zu **Anschlussperspektiven** liegen für etwas weniger als die Hälfte der Teilnehmer zwischen 2004 und 2012 vor. Abbildung 75 zeigt, wo die jungen Erwachsenen sechs Monate nach Ende des Produktionsschulbesuchs verblieben sind.

Eine berufliche Integrationsperspektive in Form einer betrieblichen oder außerbetrieblichen Ausbildung fanden 37 Prozent der Teilnehmer an der Produktionsschule Wolgast und 21 Prozent der Jugendlichen von der Produktionsschule Rothenklempenow. An letztere schloss sich außerdem für fast jeden dritten Jugendlichen eine weitere Berufsvorbereitung an, in Wolgast war es nicht mal jeder Zehnte. Ob eine solche anschließende Berufsvorbereitung eine weitere notwendige Zwischenstation für Jugendliche auf ihrem beruflichen Weg oder eher eine „Warteschleife“ darstellt, kann nicht genau gesagt werden. Zumindest verweisen die Daten darauf, dass ein nicht unerheblicher Anteil von Jugendlichen mehrere Berufsvorbereitungen durchläuft.

104 Qualifizierungsbausteine sind bei der Aufnahme einer Ausbildung auf die Ausbildungszeit anrechenbar. Es wird gemeinsam mit dem Jugendlichen in Abhängigkeit von Erfolgsaussichten und beruflichen Interessen entschieden, ob sie ein Zertifikat oder Qualifizierungsbausteine erwerben.

Auf den ersten oder zweiten Arbeitsmarkt gelangten im Schnitt 14 Prozent der Jugendlichen, während 16 Prozent arbeitslos wurden.

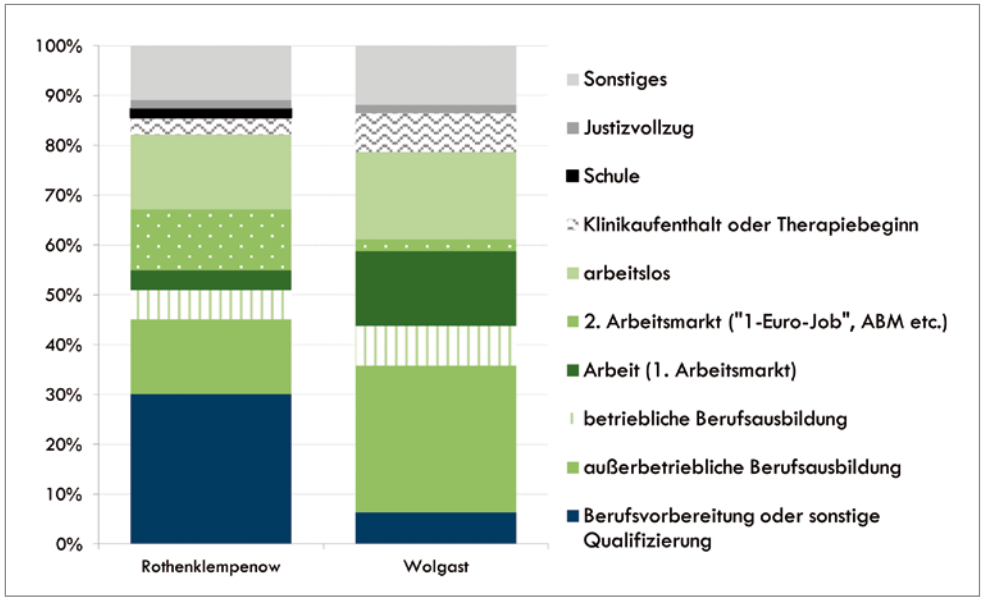


Abbildung 75: Verbleib der Teilnehmer sechs Monate nach Produktionsschulbesuch in Rothenklempenow und Wolgast, in Prozent* (2004 bis 2012)

*Datenquelle: Produktionsschulen Rothenklempenow und Wolgast, *die Angaben beziehen sich auf einen Rücklauf von 41 Prozent der Teilnehmer der Produktionsschule Rothenklempenow und von 47 Prozent der Produktionsschule Wolgast*

Damit befanden sich sechs Monate nach dem Produktionsschulbesuch 50 Prozent der Teilnehmer in beruflicher Qualifizierung oder Arbeit (ohne Beschäftigungen auf dem zweiten Arbeitsmarkt). Für die Einordnung des Ergebnisses muss beachtet werden, dass viele Teilnehmer schwer erreich- und integrierbare Jugendliche mit gebrochenen Schulbiographien, fehlender Berufsreife, Behinderungen oder Einschränkungen in der emotionalen, sozialen oder Lernentwicklung sind.

Den Teilnehmern der Produktionsschule Wolgast gelang es dabei häufiger, in eine betriebliche bzw. außerbetriebliche Ausbildung oder in eine Arbeit auf dem ersten Arbeitsmarkt einzumünden. Demgegenüber finden sich die Teilnehmer aus Rothenklempenow häufiger in einer weiteren Berufsvorbereitung oder auf dem zweiten Arbeitsmarkt wieder. Inwiefern diese Unterschiede neben der Arbeitsmarktsituation auch auf eine unterschiedliche Übergangsgestaltung zurückgehen, ist für das regionale Übergangsmanagement eine wichtige Frage. Die Anschlussperspektiven der Teilnehmer können insgesamt aber nur begrenzt eingeschätzt werden, da Informationen über den Verbleib der anderen Teilnehmerhälfte fehlen.

Die Zahl der (freiwilligen) Teilnehmer und ihr bildungsbiographischer Hintergrund verweisen darauf, dass sich die Produktionsschulen als ein Bestandteil des Übergangssystems im Lk etabliert haben. Für die Mehrheit eröffnete sich im Anschluss eine Qualifizierungs-, Ausbildungs- oder Arbeitsperspektive. Auffällig war die hohe Zahl junger Menschen, die vor bzw. nach Besuch der Produktionsschule eine andere Form der Berufsvorbereitung durchliefen.

Die Zukunft der Produktionsschulen ist ab dem Jahr 2013 aufgrund der ungewissen kommunalen Kofinanzierung und der noch ungeklärten Zukunft der Optionskommune im Altkreis OVP unsicher. Auch stehen die ESF-Mittel als zentrale Finanzierungsquelle nur bis zum Ende des Jahres 2013 zur Verfügung.[105] Der Lk steht vor der Herausforderung, ein Förderangebot, das im Besonderen auf „schulmüde“, benachteiligte Jugendliche ausgerichtet ist, zu erhalten. In den letzten Jahren ist der Anteil Jugendlicher, die ohne Berufsreife die Schule verlassen haben, nicht gesunken. Zudem stellen nicht nur die Fachkräfte in den Produktionsschulen fest, dass neben der Frage der Ausbildungsreife zunehmend auch Verhaltensauffälligkeiten junger Menschen und soziale Probleme eine große Herausforderung für die berufliche Integration sind. Daher kommt es in der Region künftig verstärkt auf Angebote an, die diese Jugendlichen tatsächlich erreichen. Der Bestand der Produktionsschulen wird jedoch nur teilweise auf kommunaler Ebene entschieden. Will man die-

105 Die Produktionsschule Rothenklempenow wird überwiegend aus ESF-Mitteln finanziert, ergänzt durch eine Kofinanzierung des Lk (Jugendamt) und einem Eigenanteil des Christlichen Jugenddorfwerk Deutschland e.V. (CJD). Weitgehend von Leistungen der Sozialagentur des ehem. Lk OVP wird – als einzige in Mecklenburg-Vorpommern – die Wolgaster Produktionsschule getragen, ebenfalls ergänzt durch einen Eigenanteil des CJD.

se als einen festen Bestandteil des Übergangssystems etablieren, sind deren rechtsverbindliche Institutionalisierung als Bestandteil der Jugendberufshilfe und eine verbindliche Finanzierungsgrundlage notwendig. Der Verband der Produktionsschulen schlägt hierfür u.a die Aufnahme von Bildungsmaßnahmen an Produktionsschulen in die Förderinstrumente nach SGB II und SGB III vor, ergänzt durch das Engagement von Ländern und Kommunen.[106]

Zwischenfazit

Das Übergangssystem wird, wie andere Bildungsbereiche auch, von der demographischen Entwicklung geprägt. Die sinkenden Schülerzahlen schlugen sich in einem **Rückgang der absoluten Anzahl junger Menschen in der Berufsvorbereitung** (um 46 Prozent) in den ehemaligen Lk OVP und UER wieder. Allerdings liegt der Anteil der Jugendlichen im Übergangssystem an allen Berufsschülern deutlich über dem Landesdurchschnitt.[107]
Mit Blick auf die prognostizierte demographische Entwicklung im Lk (siehe Kapitel 1) ist für die Entwicklung der regionalen **Fachkräftesituation** und für die **Perspektiven der Jugendlichen** bedeutend, ob sich auch die Chancen junger Menschen verbessert haben, nach der Schule direkt in eine berufliche Ausbildung zu gelangen. Hier zeigte sich – unter Berücksichtigung statistischer Einschränkungen –, dass im Lk die Zahl der Schulabsolventen mit und ohne Berufsreife schneller sinkt als die Zahl junger Menschen, die neu in das Übergangssystem eingemündet sind. Damit scheinen sich für junge Menschen mit und ohne Berufsreife die **Chancen, direkt in eine Ausbildung einzumünden**, zwischen 2000 und 2010 **nicht verbessert bzw. teilweise sogar verschlechtert zu haben**. Rein rechnerisch durchläuft im Jahr 2010 in UER fast jeder zweite und in OVP fast jeder fünfte Jugendliche mit einem Hauptschulabschluss die Berufsvorbereitung. Für Schulabsolventen ohne Berufsreife verweisen die Daten darauf, dass eine überwiegende Mehrheit dieser jungen Menschen nach der Schule zunächst in das Übergangssystem einmündet.
Die Betrachtung der **schulischen Bildungsvoraussetzungen junger Menschen anhand der Schulabschlüsse** stützt und ergänzt zum Teil diese Ergebnisse. Vielfach wird postuliert, dass das Übergangssystem aufgrund sinkender Schülerzahlen nicht nur quantitativ an Bedeutung verliert, sondern zunehmend nur noch für stark (lern-)benachteiligte Jugendliche eine Qualifizierungs- bzw. auffangende Funktion erfüllt. Demgegenüber durchläuft in UER ein steigender Anteil von Jugendlichen mit Berufs- oder Mittlerer Reife die Berufsvorbereitung – Jugendliche, die formal als ausbildungsreif gelten. Offenbar gelingt nur einem Teil von ihnen der direkte Übergang in eine betriebliche Ausbildung. Eine ähnliche Situation ist in Greifswald zu beobachten. In OVP hingegen wird der Bildungsbereich von Jugendlichen ohne Berufsreife dominiert. Hier finden Jugendliche mit Berufs- und Mittlerer Reife scheinbar häufiger ohne eine Berufsvorbereitung eine Ausbildung.[108]

Im Hinblick auf den **„Erfolg" bzw. die Qualifikationsfunktion des Übergangssystems** muss festgehalten werden, dass in keinem anderen beruflichen Bildungsgang in so hohem Maße das formale Leistungsziel nicht erreicht wird.[109] In OVP und UER verließ eine **steigende und sehr hohe Anzahl an Jugendlichen die Berufsvorbereitung ohne ein Abschlusszeugnis**. Im Jahr 2010 traf das im Lk VG auf jeden zweiten Jugendlichen zu. Besonders stark war dies bei den berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen der Agentur für Arbeit der Fall. In UER erwarb sogar nur weniger als ein Drittel der Jugendlichen ein Abschlusszeugnis. Mit dem Erwerb der Berufsreife wird einerseits die Qualifizierungsleistung der Berufsvorbereitung im Lk deutlich. Andererseits nutzte – unter Berücksichtigung statistischer Einschränkungen – nur eine Minderheit die Möglichkeit, in diesem Bildungssektor die Berufsreife zu erlangen. Sofern junge Menschen ohne Schulabschluss diesen nicht noch auf anderem Wege nachholen (z.B. über die Volkshochschule), stehen sie vor großen Schwierigkeiten, eine Ausbildung oder Arbeit zu finden.

Die **Produktionsschulen Rothenklempenow und Wolgast** als Einrichtungen des Übergangssystems arbeiten mit einem alternativen Ansatz in der Berufsvorbereitung. In dessen Zentrum steht die produktive, marktnahe Arbeit. Mit fast 800 Teilnehmern seit dem Jahr 2004 haben sie sich als ein

106 Vgl. Bundesverband Produktionsschulen e.V. 2011, Mertens 2008.
107 Hier bezogen auf das Berufsvorbereitungsjahr und die berufsvorbereitenden Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit.
108 Es ist allerdings nicht bekannt, ob Jugendliche, die nicht in die Berufsvorbereitung an der beruflichen Schule eingemündet sind, andere Formen des Übergangssystems durchlaufen haben. Auch ist eine Verzerrung der Ergebnisse möglich, sofern Jugendliche aus OVP im Umland von Greifswald in der Hansestadt die Berufsvorbereitung absolvieren.
109 Der Begriff „formal" wird verwendet, weil anhand der statistischen Daten nur Aussagen über den Erfolg anhand des Abschlusszeugnisses gemacht werden können. Die von den Jugendlichen in der Berufsvorbereitung individuell erworbenen Kompetenzen werden damit nur in einer Dimension abgebildet.

Berufsvorbereitungsangebot etabliert, das besonders auf die Förderung und berufliche Integration von jungen Menschen ausgerichtet ist, die „schulmüde“ und schwer erreichbar sind oder einen anderen Zugang zum Lernen brauchen. Eine Qualifizierungs-, Ausbildungs- oder Arbeitsperspektive im Anschluss an den Produktionsschulbesuch eröffnete sich für über 50 Prozent der Teilnehmer. Aufgrund fehlender Daten können allerdings nicht die Anschlussperspektiven der verschiedenen Formen der Berufsvorbereitung im Lk miteinander verglichen werden.

Aus (regional-)ökonomischer, sozialer und individueller Perspektive der Jugendlichen verweisen die für das Übergangssystem vorgestellten Ergebnisse auf einen erheblichen **bildungspolitischen Handlungsbedarf**. Das betrifft auf der einen Seite die hohe Anzahl auch formal ausbildungsreifer Jugendlicher, denen nicht der direkte Einstieg in eine Ausbildung gelingt. Zum anderen stellt sich die Frage nach den beruflichen Perspektiven von jungen Menschen, die eine Berufsvorbereitung absolvierten – vor allem bei jenen, die diese formal nicht erfolgreich abschlossen. Die Bildungsverläufe von Jugendlichen mit geistigen und/oder körperlichen Behinderungen, für die es spezielle Formen der beruflichen Ausbildung und Integration gibt (z.B. Unterstützte Beschäftigung) konnten hier nicht betrachtet werden. Sie sollten gerade auch angesichts der immer stärker werdenden Forderungen nach Inklusion Bestandteil des nächsten Bildungsberichtes werden. Grundlage für eine weitere Auseinandersetzung mit den Entwicklungen im Übergangssystem muss eine genauere Suche nach den Ursachen für die Brüche im Übergang Schule-Ausbildung sein. Das betrifft zum einen die Frage nach der „Passfähigkeit“ der (schulischen) Bildungsvoraussetzungen von Jugendlichen und wie von verschiedenen Institutionen die Übergänge nach der Schule gestaltet werden. Zum anderen spielt die Situation im bundesweit durchaus auch kontrovers beurteilten Übergangssystem eine wichtige Rolle.[110] Dazu gehören die Rahmenbedingungen, die Ressourcen und der pädagogische Ansatz. Der Anteil von Jugendlichen ohne Berufsreife ist in den letzten Jahren nicht gesunken, zudem wird eine Zunahme an Verhaltensauffälligkeiten bei jungen Menschen beobachtet. Daher ist es – auch unter Ressourcengesichtspunkten – entscheidend, wie die bestehende regionale Berufsvorbereitungslandschaft in Qualität und Breite für eine erfolgreiche berufliche Integration dieser Jugendlichen aufgestellt ist. Hier steht der Lk u.a. bei den Produktionsschulen vor der Herausforderung, ein Förderangebot, das im Besonderen auf „schulmüde“, benachteiligte Jugendliche ausgerichtet ist, zu erhalten.

Das Übergangssystem muss dabei immer auch zusammen mit der Ausbildungssituation betrachtet werden. Eine zentrale Frage hier ist, welche Möglichkeiten ein nach Qualifikation stark segmentierter und sich wandelnder Ausbildungs- und Arbeitsmarkt für Jugendliche mit Lernschwächen o.ä. (noch) bietet. Auch die Auseinandersetzung mit den Ursachen der festgestellten zum Teil sehr ausgeprägten regionalen Unterschiede zwischen den Altkreisen kann wichtige Impulse für die künftige Gestaltung beruflicher Bildung geben. Interessant wäre z.B., ob diese neben einer unterschiedlichen Ausbildungsmarktsituation auch auf eine lokal unterschiedliche Ausgestaltung des Übergangssystems zurückgehen.

Ein Problem bei der Einschätzung von Entwicklungen im Übergangssystem ist, dass die **„Informationskette“ über den Verlauf des beruflichen Weges nach der Schule abbricht**. Es ist nicht genau bekannt, wie lange sich Jugendliche im Übergangssystem befinden, wie oft und welche Berufsvorbereitung sie absolvieren, welche Ausbildungsperspektiven sich anschließen und wie viele Jugendliche durch das „Raster“ fallen. Die Daten verweisen zumindest darauf, dass ein mehrfaches Durchlaufen verschiedener Formen der Berufsorientierung keine Seltenheit im Lk ist. Ob dies für die Jugendlichen ein sinnvoller Weg zur beruflichen Ausbildung und Arbeit ist und inwiefern hier (finanzielle) Ressourcen tatsächlich sinnvoll eingesetzt werden, sollte gemeinsam mit den regionalen Fachkräften und Experten für berufliche Bildung diskutiert werden.

110 Das Übergangssystem fängt Probleme am Ausbildungsmarkt auf und gleicht vor dem Hintergrund gestiegener Ausbildungsanforderungen Lücken in der elementaren Schulbildung von Jugendlichen aus. Nach Kritikern leidet es jedoch darunter, „dass nach wie vor ein erheblicher Teil von jungen Menschen (…) in diesem Labyrinth herumirrt, weil sie herkunfts- und qualifikationsbedingt ganz offenkundig nicht in dieses duale System integrierbar sind“. Das führt „bei den Jugendlichen zu einer längeren Ausbildungsdauer und einem beträchtlichen Motivationsverlust“. Münk 2008 und Euler 2009 zitiert nach Beicht, Ursula 2009: 4.

Exkurs: „Im Labyrinth des Übergangssystems“

Anna hat die Schule ohne Abschluss verlassen und besucht das Berufsvorbereitungsjahr, das sie abbricht. Anschließend geht sie an die Produktionsschule, auf deren Besuch eine Einstiegsqualifizierung folgt. Thomas hat das Berufsvorbereitungsjahr erfolgreich abgeschlossen. Aufgrund von Alkoholproblemen wird er in eine spezielle Maßnahme der Jugendberufshilfe vermittelt, an die sich eine berufsvorbereitende Maßnahme der Agentur für Arbeit anschließt. Diese fiktiven Beispiele sollen zeigen, dass es sich bei dem Übergangssystem um eine auch für Experten nur schwer überblickbare Vielfalt im Übergangsbereich von Schule und Ausbildung handelt. „Aufgrund seiner (…) Heterogenität und fehlenden Koordinierung zwischen den Maßnahmetypen“ sei es daher auch „ (…) besser als Sektor denn als System zu bezeichnen (…)“. Gesprochen wird auch von „Warteschleifen“ oder einem „Gewirr an Schleich- und Trampelpfaden“.[111] Neben dem BVJ, BVB und den Produktionsschulen gibt es im Lk eine Reihe weiterer Angebote und Einrichtungen der Jugendberufshilfe bzw. im Übergang Schule-Ausbildung in unterschiedlicher Trägerschaft und Ausrichtung. Dazu gehören z.B. „Jugend Stärken“, Kompetenzagenturen, das Programm „Bildungsketten“ oder die Berufseinstiegsbegleiter/innen. Es ist bis jetzt ein blinder Fleck, wie viele Jugendliche mehrfach Maßnahmen im Übergangssystem durchlaufen, wie diese Angebote aufeinander abgestimmt sind und welche Ausbildungsperspektiven sich daran anschließen.

Diese haben in dem Zusammenhang schon in der Stärken-Schwächen-Analyse auf die Chance einer durchgängig abgestimmten und trägerübergreifenden Dokumentation von Teilnehmern in der Jugendberufshilfe verwiesen. Das zielt auf die Frage ab, wie sinnvoll das Zusammenspiel der verschiedenen Angebote der Jugendberufshilfe im Lk verläuft (siehe Exkurs). Denn in diesem komplexen Bereich kommt es auch darauf an, „(…) dass sich aus verschiedenen Schritten „vernünftige“ Abfolgen ergeben, die die Jugendlichen subjektiv und objektiv ihrem Ziel näherbringen, eine Ausbildung zu beginnen und erfolgreich abzuschließen. Gelingt dies nicht, so wächst aufseiten der Jugendlichen das Risiko, dass sie ihre Bildungs- und Ausbildungsanstrengungen schließlich resigniert einstellen. Und aufseiten der Ausbildungsbetriebe wächst die Wahrscheinlichkeit, dass sie Jugendlichen mit tatsächlichen oder vermeintlichen Maßnahmekarrieren keine Chance geben, weil ihnen der Erfolg der Ausbildung (…) zu ungewiss erscheint. Um Übergangsverläufe zu verhindern, die durch ihre Dauer und eine fehlende innere Logik für Jugendliche zum Risiko werden, ist eine engere Zusammenarbeit der Anbieter von Bildung und Ausbildung (…) gefordert.“[112] In diesem Feld – darauf verweisen die Ergebnisse – steckt noch viel Potential zur Verbesserung der beruflichen Integration im Lk. Die Weiterentwicklung des regionalen Übergangsmanagements – inklusive einer stärkeren Transparenz der beruflichen Bildungsverläufe von Jugendlichen v.a. im Übergangssystem – ist daher eine wichtige (künftige) Aufgabe für die regionale Steuerung des beruflichen Bildungswesens.

111 Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010: 95, Eigenbetrieb „Kultur und Bildung“ der Stadt Hoyerswerda (Hrsg.) 2009: 123.
112 Braun, Frank/Gaupp, Nora/Lex, Tilly u.a. 2008: 43.

5.2.3.3 Das Schulberufssystem

Funktion und Gestalt des Schulberufssystems

Das Schulberufssystem bietet eine Berufsausbildung überwiegend in Dienstleistungsberufen (z.B. im Gesundheitswesen) für Jugendliche an, die mit mindestens Berufsreife oder Mittlerer Reife bzw. jeweils gleichwertigen Abschlüssen einen staatlich anerkannten Berufsabschluss erwerben möchten.[113] Passend dazu gibt es verschiedene Schulformen mit teilzeit- und vollzeitschulischen Bildungsgängen.[114] Außerdem erhalten junge Menschen im Schulberufssystem im Gegensatz zur dualen Ausbildung keine Ausbildungsvergütung. Sie müssen je nach Schultyp gegebenenfalls Schulgeld für ihre Ausbildung bezahlen.

An den beruflichen Schulen im Land Mecklenburg-Vorpommern gibt es als Teil des Schulberufssystems die Schulformen Berufsfachschule und höhere Berufsfachschule.

Schulformen im Schulberufssystem im Land Mecklenburg-Vorpommern[115]
Die **Berufsfachschule** vermittelt in der mindestens einjährigen Schulbesuchsdauer eine erste berufliche Bildung und erweitert die Allgemeinbildung. Sie kann auf einen Abschluss in einem staatlich anerkannten Ausbildungsberuf vorbereiten, einen Teil einer Berufsausbildung vermitteln oder zu einem staatlich anerkannten Berufsabschluss führen, der nur an beruflichen Schulen angeboten wird. Zugangsvoraussetzung ist die Berufsreife oder die Mittlere Reife. Die Berufsfachschule schließt mit einer Prüfung ab. Mit ihr kann auch ein der Mittleren Reife gleichwertiger Abschluss erworben werden.
Die **höhere Berufsfachschule** vermittelt in einer mindestens zweijährigen Schulbesuchsdauer allgemeine und berufliche Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten für einen erfolgreichen staatlichen Berufsabschluss und kann zusätzlich auf eine Prüfung in einem staatlich anerkannten Ausbildungsberuf vorbereiten. Die höhere Berufsfachschule schließt mit einer Prüfung ab. Außerdem kann durch Zusatzunterricht und Zusatzprüfung die Fachhochschulreife erworben werden.

Die einzelnen Bildungsgänge an den Berufsfachschulen sind geregelt nach Bundesrecht (vollzeitschulische Ausbildungsberufe orientiert am dualen System (z.B. Handwerk), Ausbildungsberufe im Gesundheitswesen (z.B. Physiotherapeut), oder im Sozialwesen (z.B. Erzieher), oder Landesrecht (Kaufmännischer und Technischer Assistent, ggf. ergänzt mit Fachabitur, künstlerische Berufe).[116]

Im Land Mecklenburg-Vorpommern werden davon im Schuljahr 2011/2012 an öffentlichen und privaten Berufsfach- und höheren Berufsfachschulen Bildungsgänge in den Bereichen kaufmännische und technische Assistenz, Gesundheitswesen, Sozialwesen bis hin zu künstlerischen Berufen angeboten.[117] Diese Bildungsgänge verteilen sich im Land auf meist wenige Standorte von einzelnen beruflichen Schulen, die zumeist in den Mittel- und Oberzentren gelegen sind.[118]

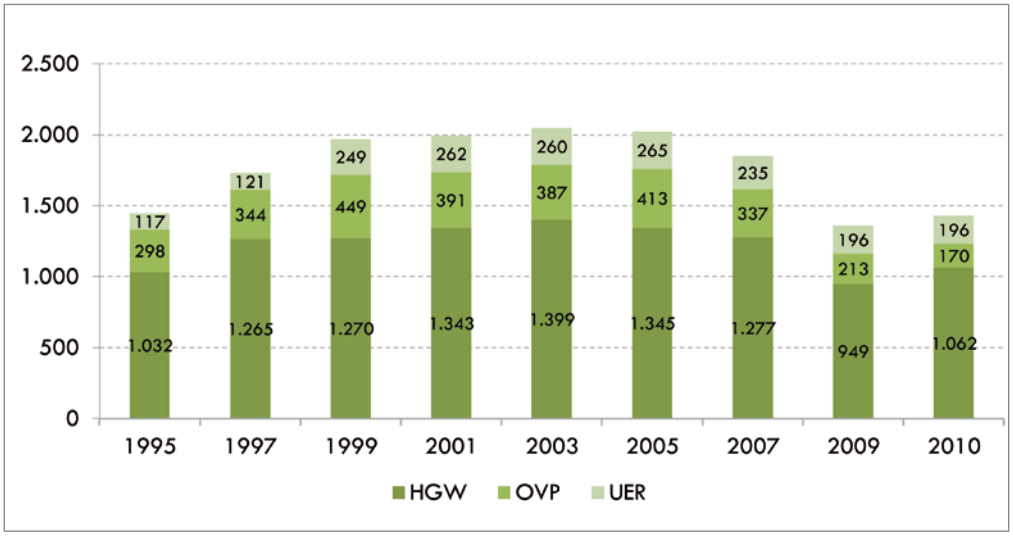
113 Berufsvorbereitungsjahr, Berufsausbildung vorbereitende Bildungsmaßnahmen etc. an beruflichen Schulen sind vollzeitschulische Bildungsgänge ohne Berufsabschluss und werden somit als dem Übergangssystems zugehörig betrachtet (vgl. Übergangssystem).
114 Teilzeitbildungsgänge an Berufsfachschulen vermitteln in Ergänzung zur praktischen Ausbildung einen Teil der Berufsbildung (z.B. berufliche Grundbildung) und werden somit dem dualen System zugerechnet (vgl. Ausbildung im dualen System – zwischen Herausforderungen des Fachkräftemangels und Integration).
115 Vgl. Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.) 2008: 9.
116 Vgl. Kultusministerkonferenz 2007.
117 Vgl. http://www.bildung-mv.de/de/schule/berufliche_schulen/hoehere_berufsfachschule.
118 Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.) 2011: 3.

Struktur und Entwicklung des regionalen Schulberufssystems

Im Lk VG können vollzeitschulische Ausbildungen an vier Berufsschulstandorten in öffentlicher Trägerschaft (Greifswald, Pasewalk und Wolgast)[119] sowie an fünf Standorten in privater Trägerschaft (Anklam, Bandelin, Greifswald, Anklam, Zinnowitz) besucht werden **(vgl. Karte 11)**.[120] Die Vielfalt der möglichen Berufsabschlüsse zeigt in 2010 auch für die Region den Schwerpunkt in den Dienstleistungsberufen, insbesondere im Gesundheits- und Sozialwesen, kaufmännische und technische Assistenz, Pädagogik sowie Kunst (vgl. im Anhang die Liste Gesamtübersicht zu Bildungsgängen an beruflichen Schulen im Lk).

Die Zahl der Schüler im Schulberufssystem im Gebiet des heutigen Lk VG hat von 1.035 Schülern in 1995 auf 2.046 Schüler in 2003 zugenommen und sich dann kontinuierlich bis 1.358 Schüler in 2009 verringert **(vgl. Abbildung 76)**. In 2010 ist sie wieder leicht gestiegen, dank einer leichten Erholung in Greifswald. Allgemein ist mit dem Rückgang der Schülerzahlen eine zunehmende Zentralisierung der Bildungsgänge in vollzeitschulischer Ausbildung zu beobachten, so dass in 2010 bereits 74 Prozent aller Schüler an Berufsfach- und höheren Berufsfachschulen in Greifswald anzutreffen sind (2003 noch 68 Prozent). OVP hat dabei absolut seit 2005 am meisten Schüler verloren (-59 Prozent). In UER, mit dem bisher geringsten Anteil, ist die Zahl ebenfalls später, aber geringer, zurückgegangen mit 265 Schülern in 2005 und hat sich wieder stabilisiert auf 196 Schüler in 2010 (-26 Prozent). In Greifswald, mit dem größten Anteil, ist der Rückgang früher erfolgt: von 1.399 Schülern in 2003 auf 949 bzw. 1.062 Schüler in 2009 bzw. in 2010 (insgesamt -24 Prozent).

Abbildung 76: Anzahl der Schüler an den Berufsfachschulen und höheren Berufsfachschulen (1995 bis 2010)
Lk VG



Datenquelle: Stat. Amt MV, Kernindikatorensatz E, Tab. E 7.1

Ein auffälliges Merkmal des Berufsbildungssystems ist die ungleiche Verteilung der Zahl der Schüler nach Geschlecht in den einzelnen Teilbereichen **(vgl. Abbildung 77)**: Während junge Männer überproportional im dualen System und noch ausgeprägter im Übergangssystem vertreten sind, ist das Schulberufssystem eine Domäne der jungen Frauen. Ihr Anteil ist im Schulberufssystem seit Einführung der höheren Töchterschule unter Bismarck zur vollzeitschulischen Ausbildung für junge Frauen als Alternative zur dualen Ausbildung immer sehr hoch gewesen und beträgt in 2010 im gesamten Lk 75 Prozent. Am höchsten ist er in UER mit 79 Prozent, gefolgt von Greifswald mit 76 Prozent und am niedrigsten in OVP mit rund 68 Prozent. Damit liegt der Lk VG nahe beim Landesdurchschnitt von 77 Prozent. An beruflichen Schulen in privater Trägerschaft liegt ihr Anteil nur etwas niedriger mit 74 Prozent gegenüber denen in öffentlicher Trägerschaft.

119 Die berufliche Schule des Lk in Greifswald an zwei Standorten und die beruflichen Schulen an den Kliniken in Greifswald, Wolgast und Pasewalk, die statistisch auch den öffentlichen Trägern zugordnet werden.

120 Die Berufsfachschule Greifswald in Greifswald mit Außenstellen in Bandelin und Zinnowitz, die Theaterakademie Vorpommern in Anklam, die Grafik-Design-Schule in Greifswald (ab 2011) und das Seminar für Kirchlichen Dienst in Greifswald. Außerdem gibt es die SWS Ergotherapieschule in Pasewalk, die allerdings nicht in der Statistik für den Lk auftaucht, da sie als Nebenstelle am Sitz des Trägers in Schwerin erfasst wird.

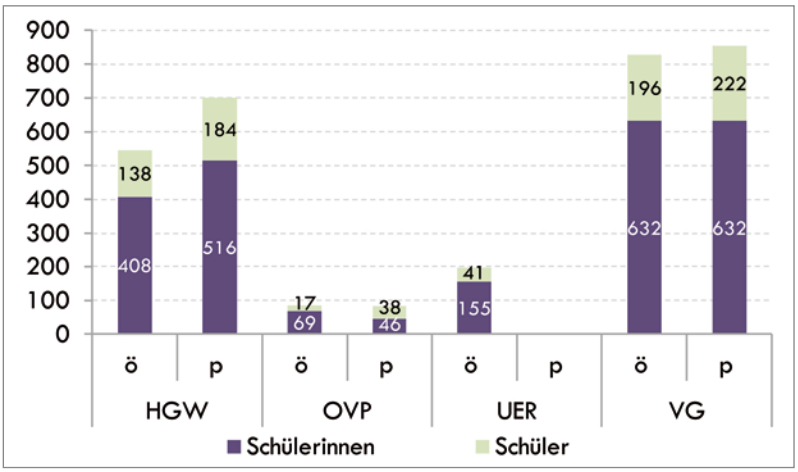


Abbildung 77:
Zahl der Schüler an öffentlichen und priv. Berufsfach- und höheren Berufsfachschulen nach Geschlecht (2010)
Lk VG & Altkreise

Datenquelle:
Stat. Amt MV,
Kernindikatorensatz E,
Tab E 7.2

Im letzten Jahrzehnt hat sich das Verhältnis zwischen Schülerinnen und Schülern in OVP erheblich zu Gunsten der Schüler verschoben: Betrug das Verhältnis Schülerinnen zu Schüler in OVP im Jahr 2000 noch 4 zu 1, so lag es im Jahr 2010 bei 2,1 zu 1. In UER verschob es sich hingegen von 3,1 zu 1 (2000) auf 3,8 zu 1 (2010) **(vgl. Abbildung 78)**.

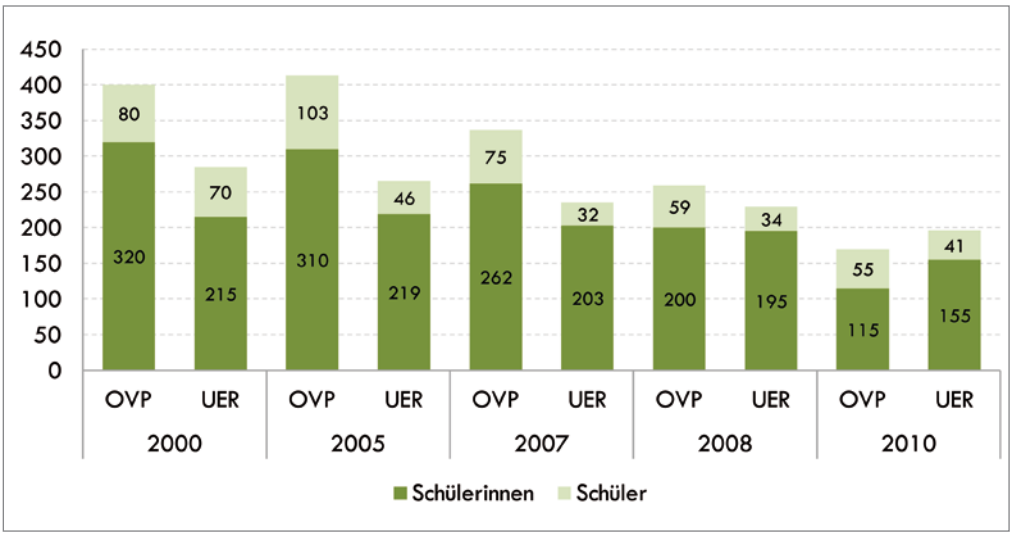


Abbildung 78:
Zahl der Schüler im Schulberufssystem nach Geschlecht (2000 bis 2010)
Altkreise UER & OVP

Datenquelle:
Stat. Amt MV,
Kernindikatorensatz E,
Tab. E 7.2

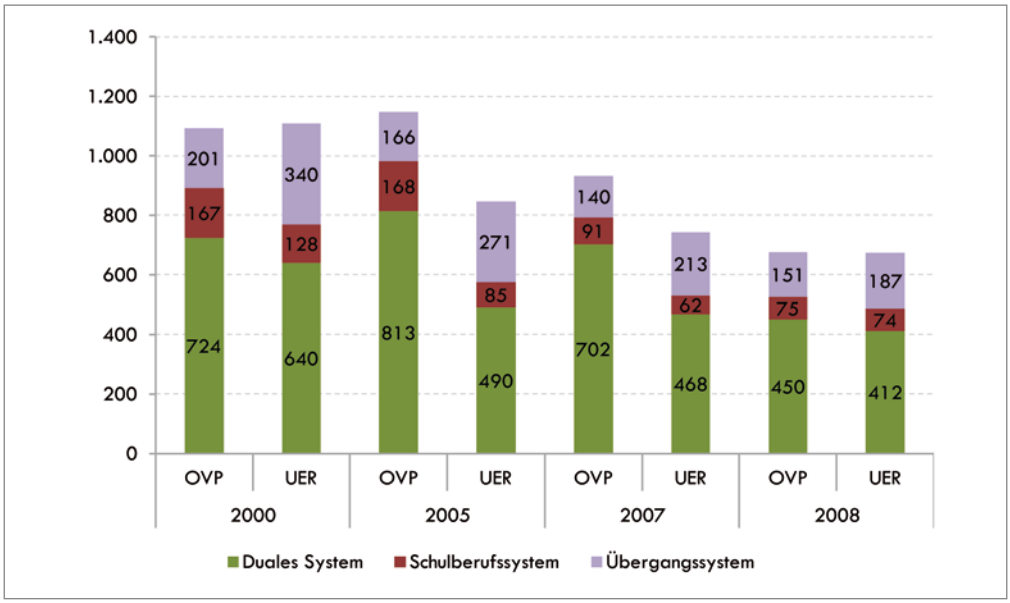
Die Zahl nichtdeutscher Schüler im Schulberufssystem in der Region ist in 2010, mit insgesamt sechs, wie im letzten Jahrzehnt auch weiterhin sehr gering; alle befinden sich an privaten Schulen, vier davon in HGW und zwei in UER.

Höhere Berufsfachschulen in privater Trägerschaft haben im Lk eine große Bedeutung für die vollzeitschulische Ausbildung. Wie die **Abbildung 77** zeigt, wird dort mehr als die Hälfte aller Schüler im Schulberufssystem beschult. Insbesondere in HGW haben sie in 2010 den größeren Anteil, während in UER statistisch keine Schüler verzeichnet werden.[121]

Die vollzeitschulische Ausbildung hat sich in Deutschland als Alternative zur dualen Ausbildung entwickelt. Dies gilt besonders für die vergangenen Jahrzehnte, einhergehend mit dem Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft. In der Region ist die relative Bedeutung des Schulberufssystems mit einem Anteil von ca. 10 Prozent seit 2000 entsprechend weitgehend gleich geblieben, trotz des absolut gesehen starken Rückgangs der Neueintritte **(vgl. Abbildung 79)**.

121 Für UER nicht ausgewiesen sind die Schüler der SWS Ergotherapieschule in Pasewalk, deren Zahl deshalb unbekannt ist.

Abbildung 79:
Verteilung der neu eingetretenen Schüler nach Teilbereichen des Berufsbildungssystems an den beruflichen Schulen (2000 bis 2008)
Altkreise UER & OVP

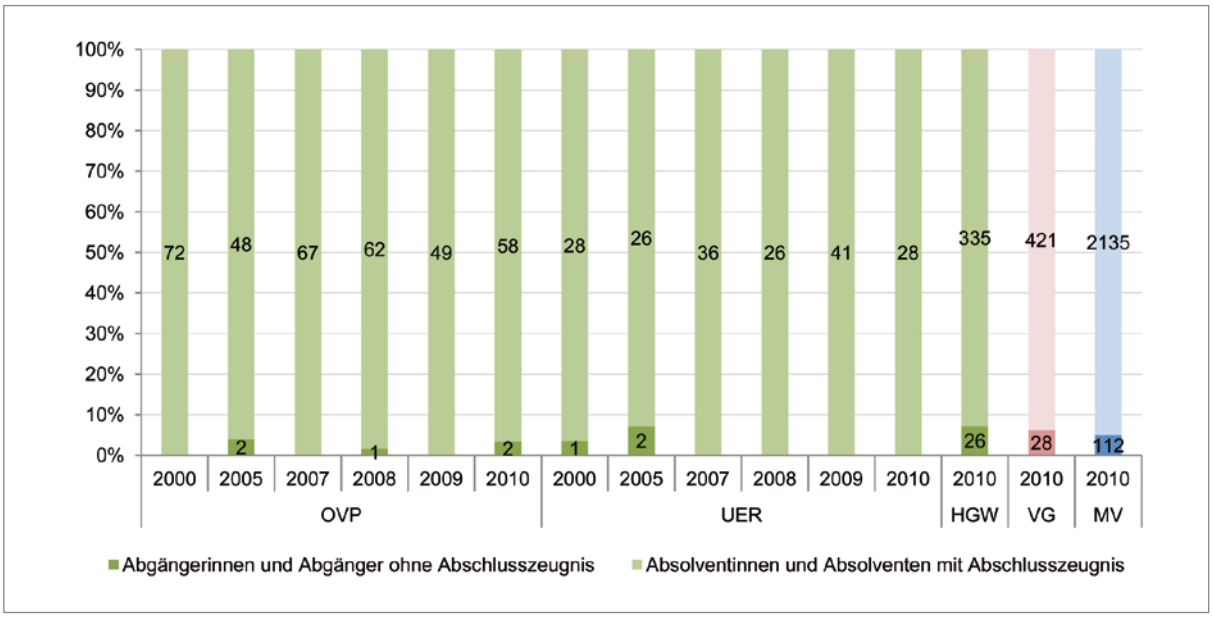


Datenquelle:
Stat. Amt MV,
Kernindikatorensatz E,
Tab. E 12.3

Erfolgsquoten und Abschlusszahlen im regionalen Schulberufssystem

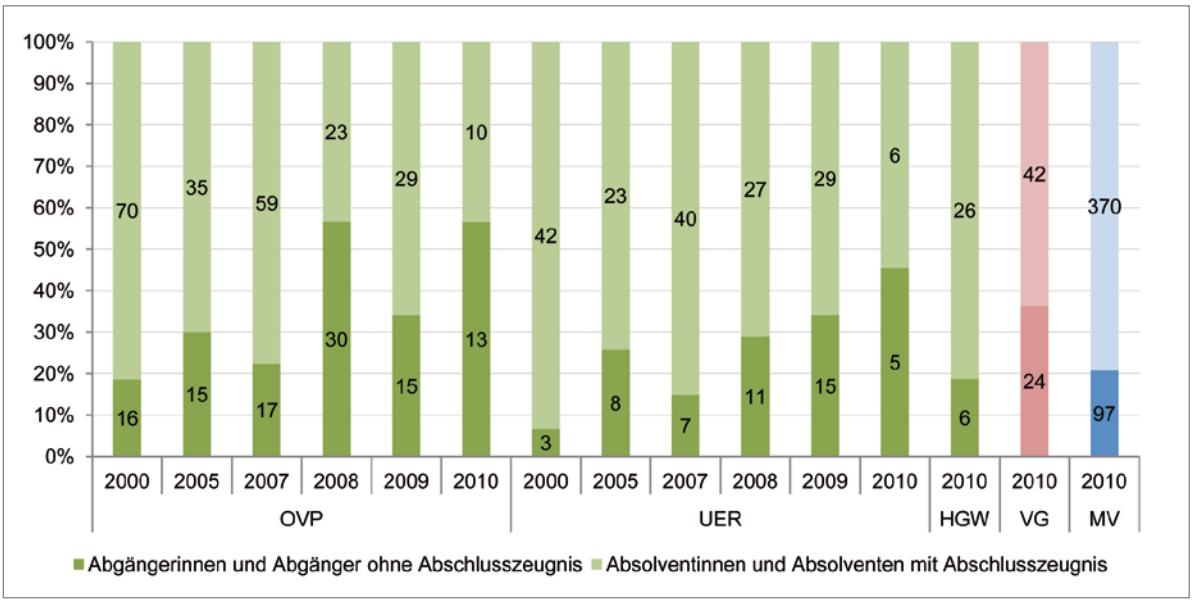
Die Erfolgsquoten im Schulberufssystem sind mit ca. 90 Prozent im Lk insgesamt hoch **(vgl. Abbildung 80)**. Rund die Hälfte der Abgänger ohne Abschluss findet sich an den Berufsfachschulen, so dass dort – angesichts der im Vergleich zu den höheren Berufsfachschulen geringen Zahl der Schüler – die Erfolgsquoten mit ca. 65 Prozent deutlich geringer sind **(vgl. Abbildung 81)**. Auffallend ist, dass die Anteile der Abgänger ohne Abschlusszeugnis seit 2000 in OVP und UER bei stark sinkenden absoluten Schülerzahlen stark gestiegen sind. Die Schüler an Berufsfachschulen sind in beiden Lk, insbesondere in OVP mit unter 50 Prozent zudem weniger erfolgreich als in der Stadt Greifswald. Im Vergleich zum Land sind die Erfolgsquoten im Schulberufssystem im Lk unterdurchschnittlich.

Abbildung 80:
Erfolgsquoten der Schüler an höheren Berufsfachschulen (2000 bis 2010)
Altkreise UER & OVP sowie Lk VG & MV



Datenquelle:
Stat. Amt MV,
Kernindikatorensatz E,
Tab. E 15.2

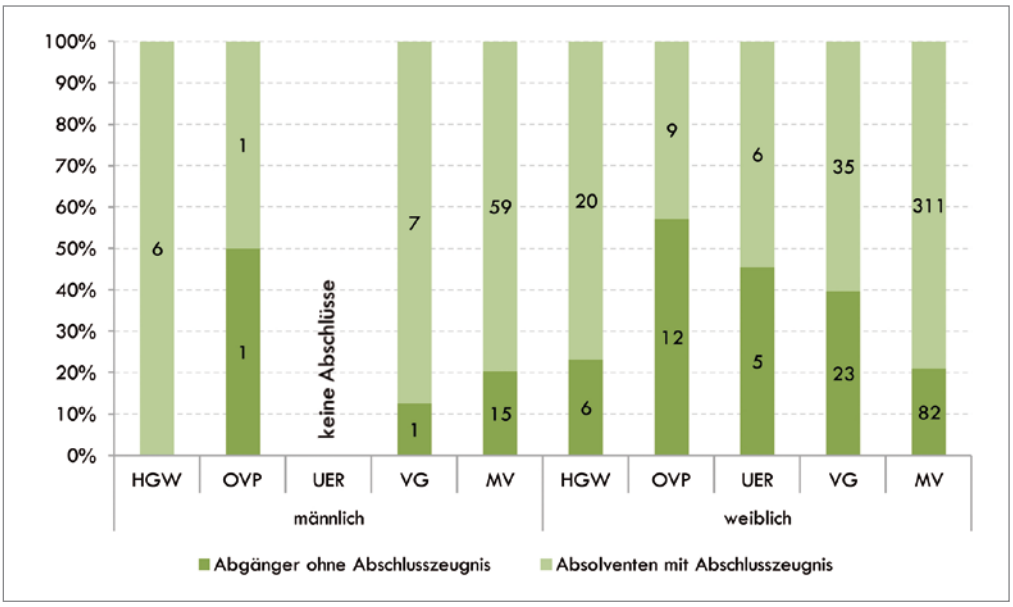
Abbildung 81:
Erfolgsquoten der Schüler an Berufsfachschulen (2000 bis 2010)
Altkreise UER & OVP sowie Lk VG & MV



Datenquelle: Stat. Amt MV, Kernindikatorensatz E, Tab. E 15.2

Im Schulberufssystem gibt es mehr Abgängerinnen als Abgänger ohne Abschluss. Insbesondere an den Berufsfachschulen verließen im Jahr 2010 mit knapp 40 Prozent eine sehr hohe Zahl von Schülerinnen ihre Ausbildungsstätte ohne ein Abschlusszeugnis, während dies nur auf 12 Prozent der Berufsfachschüler zutraf. Der höchste Wert von Abgängerinnen ohne Abschlusszeugnis wurde in OVP mit über 50 Prozent erreicht, gefolgt von UER mit über 40 Prozent **(vgl. Abbildung 82 und Abbildung 83).**

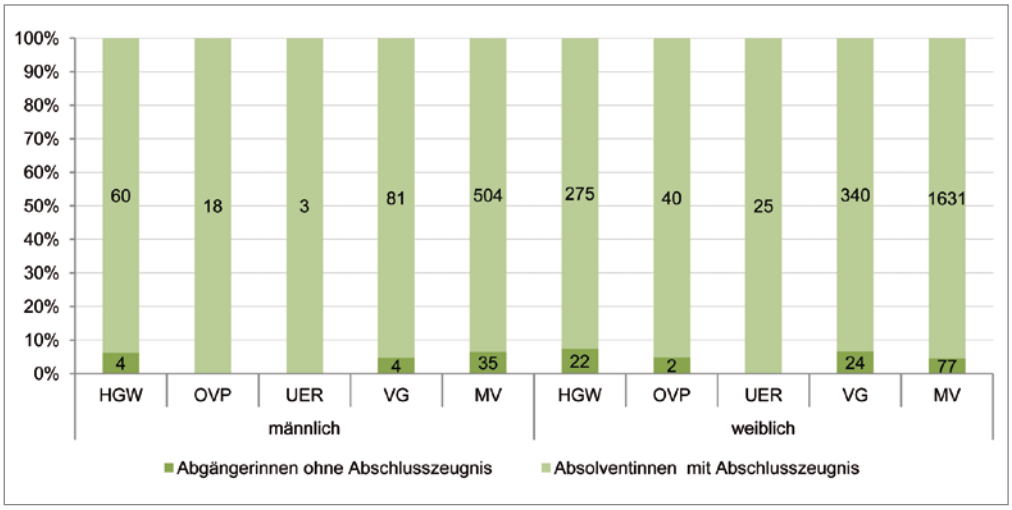
Abbildung 82:
Erreichte und nicht erreichte Abschlüsse der Schüler an Berufsfachschulen nach Geschlecht (2010)
Altkreise UER und OVP sowie Lk VG und MV



Datenquelle: Stat. Amt MV, Kernindikatorensatz E, Tab. E 15.2

Abbildung 83:
Erreichte und nicht erreichte Abschlüsse der Schüler an höheren Berufsfachschulen nach Geschlecht (2010)
Altkreise UER und OVP sowie Lk VG und MV

Datenquelle: Stat. Amt MV, Kernindikatorensatz E, Tab. E 15.2



Im Jahr 2010 sind keine nichtdeutschen Jugendlichen ohne oder mit Abschluss von Berufsfach- oder höheren Berufsfachschulen im Lk abgegangen.

Zu möglichen Unterschieden bei der Erfolgsquote an Berufsfach- und höheren Berufsfachschulen in öffentlicher oder privater Trägerschaft können auf Basis der vorliegenden Daten keine Aussagen gemacht werden.

Zwischenfazit

Die Zahl der Schüler im Schulberufssystem im Lk VG hat von 1995 bis 2003 zugenommen und ist dann bis 2009 wieder gesunken. Trotz des Schülerzahlenrückgangs zeigt sich jedoch dieser **Bildungsbereich insgesamt stabil**. Deutlich wurde, dass mehr als 60 Prozent aller jungen Menschen im Schulberufssystem ihre Ausbildung in Greifswald absolvieren. Der Stellenwert Greifswalds als Ausbildungsstandort hat sich mit dem Rückgang der Schülerzahlen in der Fläche weiter erhöht. In 2010 sind bereits von allen Schülern an Berufsfach- und höheren Berufsfachschulen im Lk 74 Prozent in Greifswald anzutreffen (2003: 68 Prozent).
Wesentlichen Anteil an der hohen **Ausbildungszentralität** Greifswalds haben die höheren Berufsfachschulen in privater Trägerschaft, die 2010 von mehr als der Hälfte aller Schüler im Kreis und darunter überwiegend am Standort Greifswald besucht werden.

Auffällig ist darüber hinaus der **hohe Anteil junger Frauen** im Schulberufssystem. Dieser Anteil ist seit Einführung des Schulberufssystems zu Bismarcks Zeiten immer sehr hoch gewesen und beträgt im Jahr 2010 im gesamten Lk 75 Prozent. Nichtdeutsche Jugendliche haben trotz steigender Zahlen insbesondere in UER bisher (noch) nicht den Weg in eine vollzeitschulische Ausbildung in der Region gefunden.

Die Erfolgsquoten zeigen, dass die **höhere Berufsfachschule** im Lk VG eine **sehr erfolgreiche Schulform** ist. Hier erreichen fast alle der zumeist weiblichen Jugendlichen den erstrebten Abschluss. Die **Zukunft der Berufsfachschulen** hingegen scheint ungewiss zu sein, angesichts geringer Schülerzahlen sowie niedriger Erfolgsquoten. Besonders schwierig ist die Situation in UER und OVP, wovon überproportional junge Frauen betroffen sind.

Insgesamt wird zum einen die hohe und anhaltende Bedeutung des Schulberufssystems für die **beruflichen Perspektiven junger Frauen in regional bedeutsamen Dienstleistungsberufen** deutlich. Zum anderen zeigt sich, dass diese Bedeutung in besonderem Maße in der Stadt Greifswald zum Tragen kommt. Die **ländlichen Regionen** haben es deutlich schwieriger, ein vielfältiges Ausbildungsspektrum anzubieten. Mit Blick auf die in den letzten Jahren erfolgte Abwanderung, gerade von jungen Frauen, erscheint daher der Erhalt einer **attraktiven Angebotsstruktur** im Lk sowie eine sinnvolle **Ergänzung von öffentlichen und privaten Trägern** wichtig.

5.2.3.4 Ausbildung im dualen System – zwischen Herausforderungen des Fachkräftemangels und Integration

Funktion und Gestalt des dualen Systems

Das duale System ist in Deutschland die zentrale Säule für die berufliche Erstqualifizierung Jugendlicher einerseits und die Gewinnung von Nachwuchskräften für Betriebe andererseits. In diesem Bildungsbereich erlangen die meisten Jugendlichen einen bundesweit anerkannten Berufsabschluss. Dieser Bildungssektor basiert im Grundansatz auf der Ausbildungsnachfrage durch die Wirtschaft und ist somit eng an ökonomische Entwicklungen und den Arbeitsmarkt gekoppelt. Daneben umfasst es auch außerbetriebliche Ausbildungsformen. Die folgende Auflistung gibt eine Übersicht über die zentralen Formen und Merkmale **(vgl. Tabelle 41)**.

Tabelle 41: Formen und Merkmale des dualen Systems

Ausbildung im dualen System[122]	
Betriebliche Ausbildung	
Form	Ausbildung im Betrieb und in der Berufsschule
Rechtliche Grundlagen	Ausbildungsvertrag mit einem Betrieb
Abschluss	Abschluss nach Berufsbildungsgesetz (BBiG)/Handwerksordnung (HwO)
Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen (BaE)–Ausrichtung: integrativ/kooperativ	
Form BaE integrativ	Bildungsträger/Berufsbildungswerke und Berufsschule
Form BaE kooperativ	Bildungsträger/Berufsbildungswerke, Betriebe und Berufsschule
Rechtliche Grundlagen	Ausbildungsvertrag mit einem Bildungsträger, Förderung durch die Agentur für Arbeit/Jobcenter
Zielgruppe/Voraussetzungen	Jugendliche mit Beeinträchtigungen, Lernschwächen, Behinderungen oder anderen Benachteiligungen ohne betrieblichen Ausbildungsplatz o.a.; die Vergabe erfolgt über die Agentur für Arbeit[123]
Abschluss	Abschluss nach Berufsbildungsgesetz (BBiG)/Handwerksordnung (HwO)

122 Über die in der Tabelle aufgeführten Formen hinaus wurden dem dualen System teilweise auch Ausbildungsplatzprogramme zugerechnet, die zu Zeiten des starken Lehrstellenmangels ab Ende der 90er Jahre aufgelegt wurden. Diese sind in Mecklenburg-Vorpommern mittlerweile ausgelaufen.

123 „Während unter einer Lernstörung eine Beeinträchtigung der Lehr-/Lernprozesse in einem enger begrenzten Bereich verstanden wird (z.B. eine Lese-Rechtschreibschwäche), liegt bei einer Lernbehinderung eine umfängliche, langdauernde und schwerwiegende Beeinträchtigung des Lehr-/Lerngeschehens vor. (…) Als lernbeeinträchtigt gelten vor allem Hauptschulabgänger ohne Abschluss und Abgänger aus Schulen für Lernbehinderte.“ (www.good-practice.de/2788.php#glossar2862, Zugriff: 26.03.2012) „Lernbehinderung ist, auch wenn es das Wort nahe legen könnte, keine „umfassende Behinderung einer allgemeinen Lernfähigkeit” (Schröder 2000: 73). (…) Jeder Mensch entwickelt in verschiedenen Lernbereichen individuell unterschiedlich ausgeprägte Fähigkeiten, die im Vergleich zu anderen Menschen über, im oder unter dem Durchschnitt liegen. Auch ein Kind, dem eine Lernbehinderung zugeschrieben wird, kann in speziellen Bereichen, z.B. in der Erledigung häuslicher Pflichten … überdurchschnittliche Leistungen erbringen. (…) Lernbehinderung zeigt … eine mangelnde Passung zwischen den Handlungs- und Lernmöglichkeiten eines konkreten Kindes und den in der Allgemeinen Schule (…) festgelegten Lernanforderungen. Diese mangelnde Passung drückt sich aus in problematischen, falsch verlaufenden und scheiternden schulischen Lehr- und Lernprozessen, wenn man die Angebote, die unterrichtlichen Vermittlungsformen und das Anforderungsniveau der Allgemeinen Schule als Bezugspunkt der Beurteilung nimmt.“ www.familienhandbuch.de/behinderung/formen-von-behinderung/lernbehinderung. Zugriff: 26.03.2012.

Die komplexe Entwicklung am Ausbildungsmarkt im dualen System wird von zahlreichen Faktoren bestimmt. Dazu gehören auf der Angebotsseite (betriebliches Ausbildungsplatzangebot) konjunkturelle und branchenspezifische Entwicklungen, organisatorischer, sozialer und technischer Wandel in den Berufsbildern oder spezifische Ausbildungstraditionen. Auch die Ausbildungsordnungen und Voraussetzungen sowie Förderpolitiken beeinflussen, ob ein Betrieb sich zur Ausbildung entscheidet. Auf der Nachfrageseite spielen – neben demographischen Entwicklungen – berufliche Wertevorstellungen junger Menschen, deren familiäre Hintergründe, das Image von Berufen (Perspektiven, Verdienst, Kosten der Ausbildung) und die individuellen Voraussetzungen eine Rolle für die Ausbildungsplatzentscheidung. Das Zusammenspiel dieser Faktoren entscheidet über das Gleichgewicht von Nachfrage und Angebot am Ausbildungsmarkt. Darüber hinaus ist auch das angebotene Ausbildungsspektrum wichtig. Daran knüpft sich z.B. die Attraktivität einer Region für Jugendliche oder die beruflichen Ausbildungschancen von Jugendlichen mit einem weniger „guten" Schulabschluss.

Für das duale System haben die **regionalen Experten für berufliche Bildung** in der SWOT-Analyse auf Nachwuchsprobleme für die Wirtschaft verwiesen, was auf der anderen Seite ein günstiges Ausbildungsplatzangebot für die Jugendlichen bedeutet. Daneben werden ungünstige Merkmale und Rahmenbedingungen für die Ausbildungsqualität im Lk benannt (z.B. geringe Berufsvielfalt, Entlohnung). Problematisch werden auch die zunehmende Zentralisierung von Berufsschulstandorten und eine minimalistische Personalplanung an den Berufsschulen durch die Stellenzuweisung über das Land MV gesehen. Neben grundlegenden Entwicklungen werden einige der benannten Punkte im Folgenden anhand der verfügbaren statistischen Daten näher betrachtet.

Strukturen und Entwicklungen des regionalen Ausbildungsmarktes

Im Lk VG lernten im Jahr 2010 insgesamt **4.119 Auszubildende im dualen System**.[124] Das sind 19,3 Prozent weniger als im Jahr 2007. Der größte Rückgang war im Altkreis OVP mit 30 Prozent zu verzeichnen, der ungefähr dem Landesdurchschnitt entspricht. Demgegenüber ist die Auszubildendenanzahl in Greifswald mit 3 Prozent nur geringfügig gesunken **(vgl. Tabelle 42)**.

Tabelle 42: Entwicklung der Gesamtanzahl der Auszubildenden (2007, 2009, 2010)
Altkreise und MV
Datenquelle: Stat. Amt MV, Kernindikatorensatz E, Tab. E 7.6

	2007	2009	2010	Entwicklung 2007–2010 (Prozent)
MV	42.171	33.976	28.787	-32
HGW	1.453	1.509	1.413	-3
OVP	2.115	1.881	1.474	-30
UER	1539	1.489	1232	-20

Richtet man den Blick nicht auf alle Auszubildenden, sondern nur auf jene, die an den beruflichen Schulen im gesamten Lk lernen, fällt der Rückgang mit -32 Prozent noch stärker aus **(vgl. Tabelle 43)**. Für die geringer werdende Anzahl der Auszubildenden vor allem in UER und OVP gibt es verschiedene Gründe. Sie gehen auf den Geburtenrückgang und die ausbildungsplatzbedingten Abwanderungen zurück, sind aber u.a. auch im Zusammenhang mit Entwicklungen des Berufsschulnetzes und am Ausbildungsmarkt zu sehen **(vgl. Kapitel 1 und 3.2.2)**.

Tabelle 43: Anzahl der Auszubildenden an den beruflichen Schulen (2007, 2009, 2010)
Altkreise und MV
Datenquelle: Stat. Amt MV, Kernindikatorensatz E, Tab. E 7.2

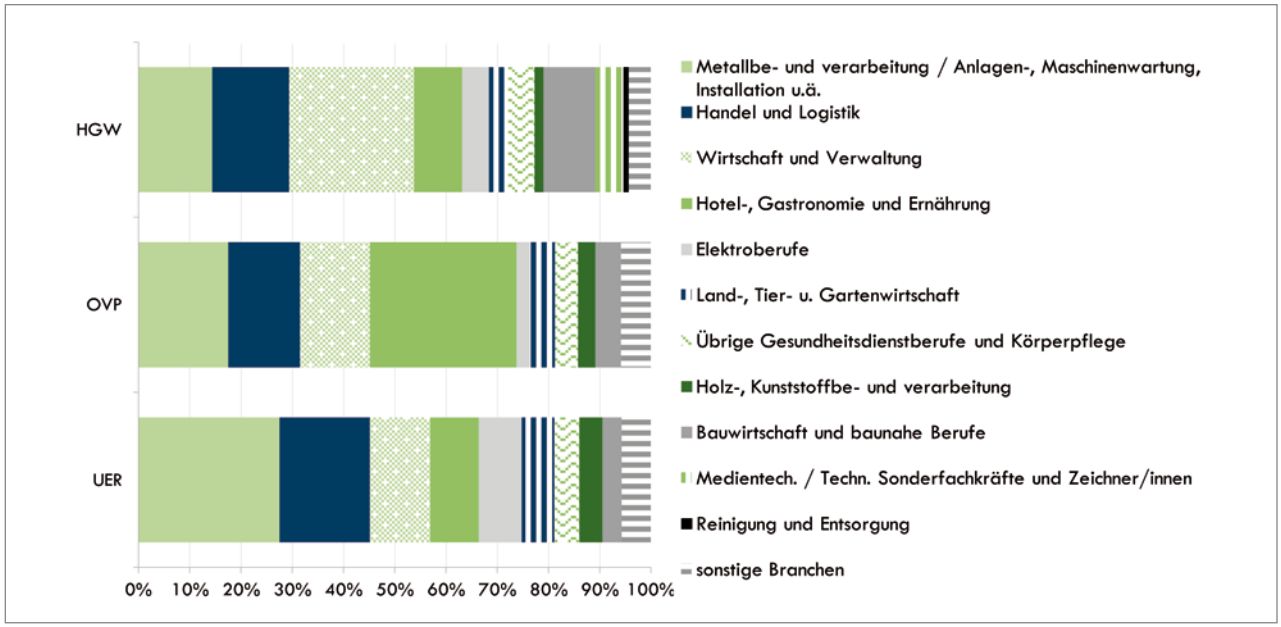
	2007	2009	2010	Entwicklung 2007–2010 (Prozent)
HGW	2.868	2.516	2.330	-19
OVP	1.853	1293	962	-48
UER	1.333	1.097	927	-30

124 Die Zahl ergibt sich aus der Anzahl der eingetragenen Ausbildungsverhältnisse nach dem Sitz des Betriebes.

Der quantitativ bedeutendste Bereich ist die Ausbildung in Industrie und Handel. Dessen Anteil an den neu begonnenen Ausbildungsverträgen ist zwischen 2007 und 2010 in OVP und HGW auf über 70 bzw. 60 Prozent gestiegen.[125] In UER hingegen lag dieser im Jahr 2010 bei 52 Prozent. Dementsprechend ist hier mit fast 40 Prozent die Bedeutung des Handwerks für die Ausbildung größer. Vergleichbares gilt für die Ausbildung in der Landwirtschaft. Regionale Unterschiede des Ausbildungsmarktes sind auch mit Blick auf den höheren Anteil von Ausbildungsverträgen in den Freien Berufen in Greifswald erkennbar. Im Jahr 2010 betrug dieser 10 Prozent und liegt damit teilweise mehr als doppelt so hoch wie in UER und OVP.

Die folgende Abbildung zeigt die Verteilung der Auszubildenden nach zusammengefassten Berufsgruppen (**vgl. Abbildung 84**).

Abbildung 84:
Anzahl der Auszubildenden nach zusammengefassten Berufsgruppen (2010)
Altkreise



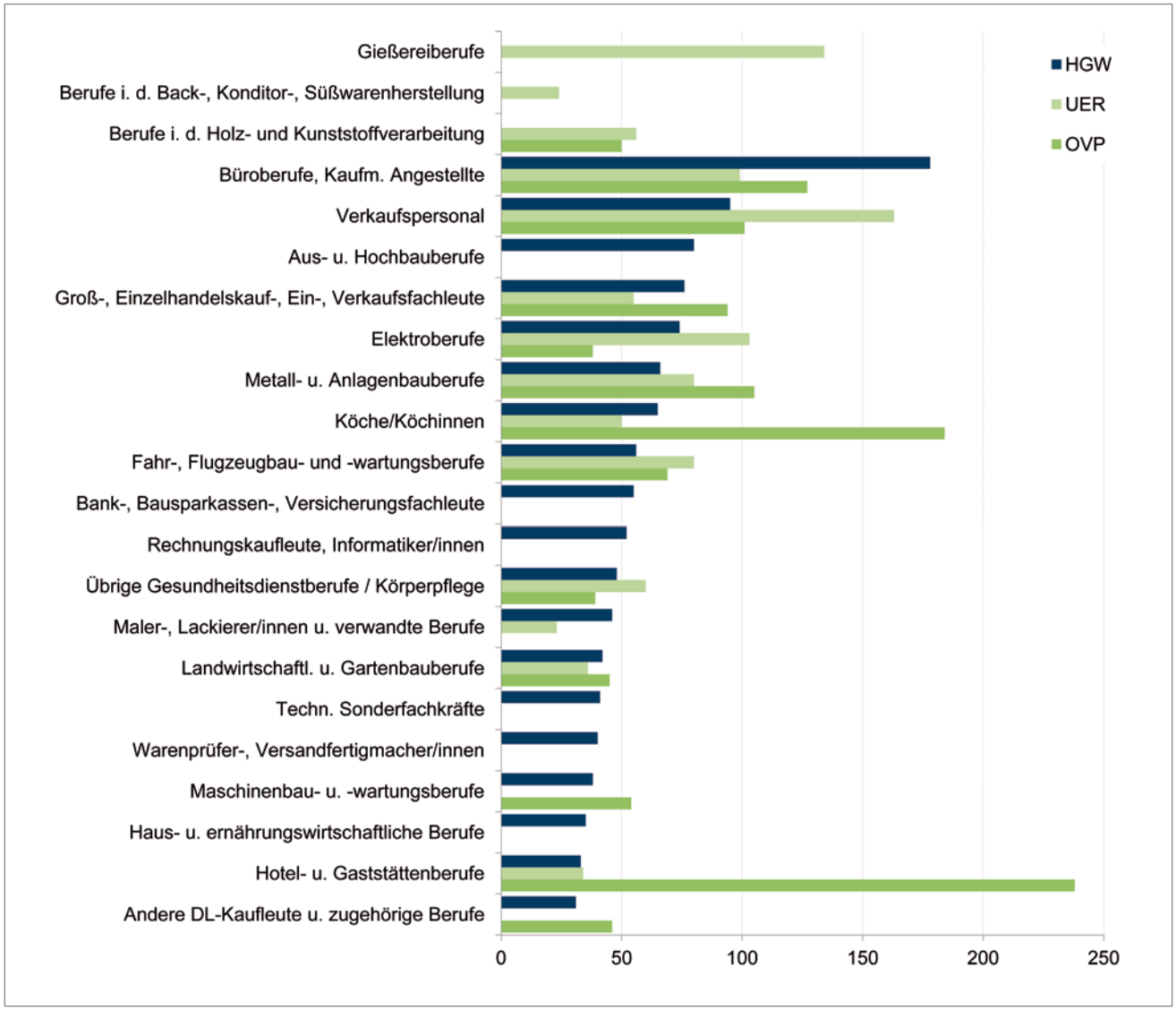
Datenquelle:
Stat. Amt MV,
Kernindikatorensatz E,
Tab. E 7.6

Mit knapp über 45 Prozent haben die Branchen Metall, Maschinenwartung, Installation u.ä. sowie der Bereich Handel und Logistik in UER einen höheren Stellenwert für die Ausbildung als in OVP und HGW. Gleiches gilt für Berufe in der Land- und Tierwirtschaft und in der Elektrobranche. Demgegenüber zeichnet sich Greifswald durch einen deutlich höheren Anteil von kaufmännischen u.ä. Ausbildungsberufen im Bereich Wirtschaft und Verwaltung aus. Nicht zu übersehen ist mit 29 Prozent der besondere Stellenwert der Tourismusbranche für die Ausbildung im Hotel- und Gaststättengewerbe in OVP. Wie **Kapitel 1** zeigt, schlagen sich die Branchenmuster auch regional in einer teilweise sehr unterschiedlichen Beschäftigungsstruktur nieder. Die einstmals hohe Bedeutung der Bauwirtschaft für die Ausbildung junger Menschen ist im Jahr 2010 nicht mehr gegeben. Sie erreicht in Greifswald mit 10 Prozent den höchsten Anteil.

125 Dies sind die neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge abzüglich der in der Probezeit aufgelösten Ausbildungsverträge.

Ein noch differenzierteres Bild der Berufsgruppen im Jahr 2010 zeigt **Abbildung 85**. Sie bezieht sich auf jene Berufe, die 80 bis 81 Prozent aller Auszubildenden in der jeweiligen Region erlernen. Die Abbildung blendet Berufsgruppen mit sehr geringen Auszubildendenzahlen aus.

Abbildung 85: Anzahl der Auszubildenden nach Berufsgruppen, in denen 80 Prozent aller Auszubildenden lernen (2010)
Altkreise



Datenquelle: Stat. Amt MV, Kernindikatorensatz E, Tab. E 7.6

Deutlich wird, dass sich 81 Prozent aller Auszubildenden in Greifswald auf ein größeres Ausbildungsspektrum verteilen. Demgegenüber gibt es in OVP mit 422 Auszubildenden eine starke Ballung in Berufen des Hotel- und Gaststättengewerbes, inklusive der Berufsgruppe Köche. In UER steht der Bereich Verkaufspersonal an der Spitze, gefolgt von Berufen, die im Gießereigewerbe angesiedelt sind. Die hohe Anzahl Auszubildender in einigen Berufen soll jedoch nicht verdecken, dass sich in Greifswald und in den Altkreisen alle Auszubildenden auf jeweils 43 Berufsgruppen verteilen.

In den angegebenen Zahlen sind allerdings auch die außerbetrieblichen Ausbildungsplätze enthalten. Für Auszubildende im Bereich der Industrie- und Handelskammer Neubrandenburg, die mit 62 Prozent den größten Anteil an Ausbildungsplätzen hat, liegen Daten für die Jahre 2009 bis 2011 vor. Die Zahl der Jugendlichen in einer außerbetrieblichen Ausbildung hat sich seit 2009 deutlich von 869 auf 518 reduziert. Im Jahr 2011 lag ihr Anteil an allen Ausbildungsplätzen bei 25 Prozent. Besonders ausgeprägt war der Rückgang in UER (**vgl. Abbildung 86**). Trotz dieser Entwicklung ist im Jahr 2011 im ganzen Lk immerhin noch knapp jeder fünfte Ausbildungsvertrag im Bereich Industrie und Handel außerbetrieblich.

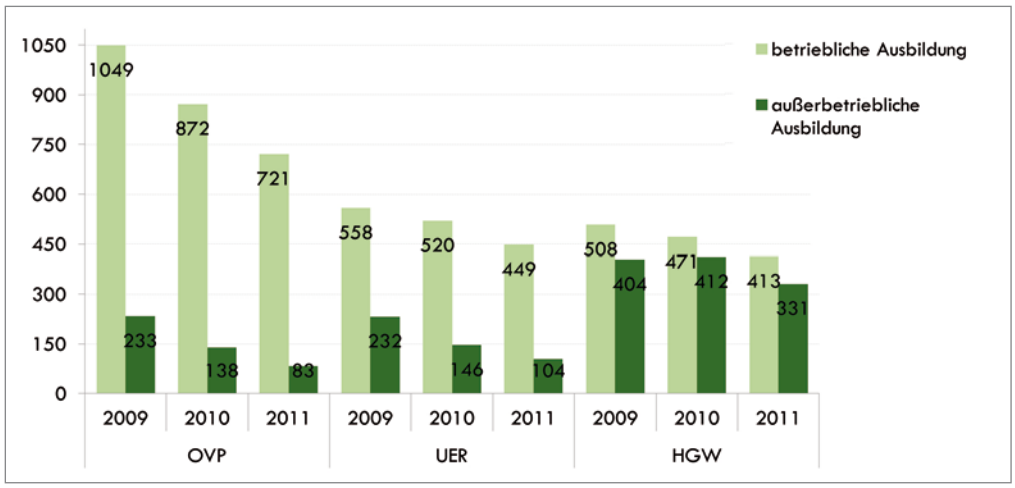
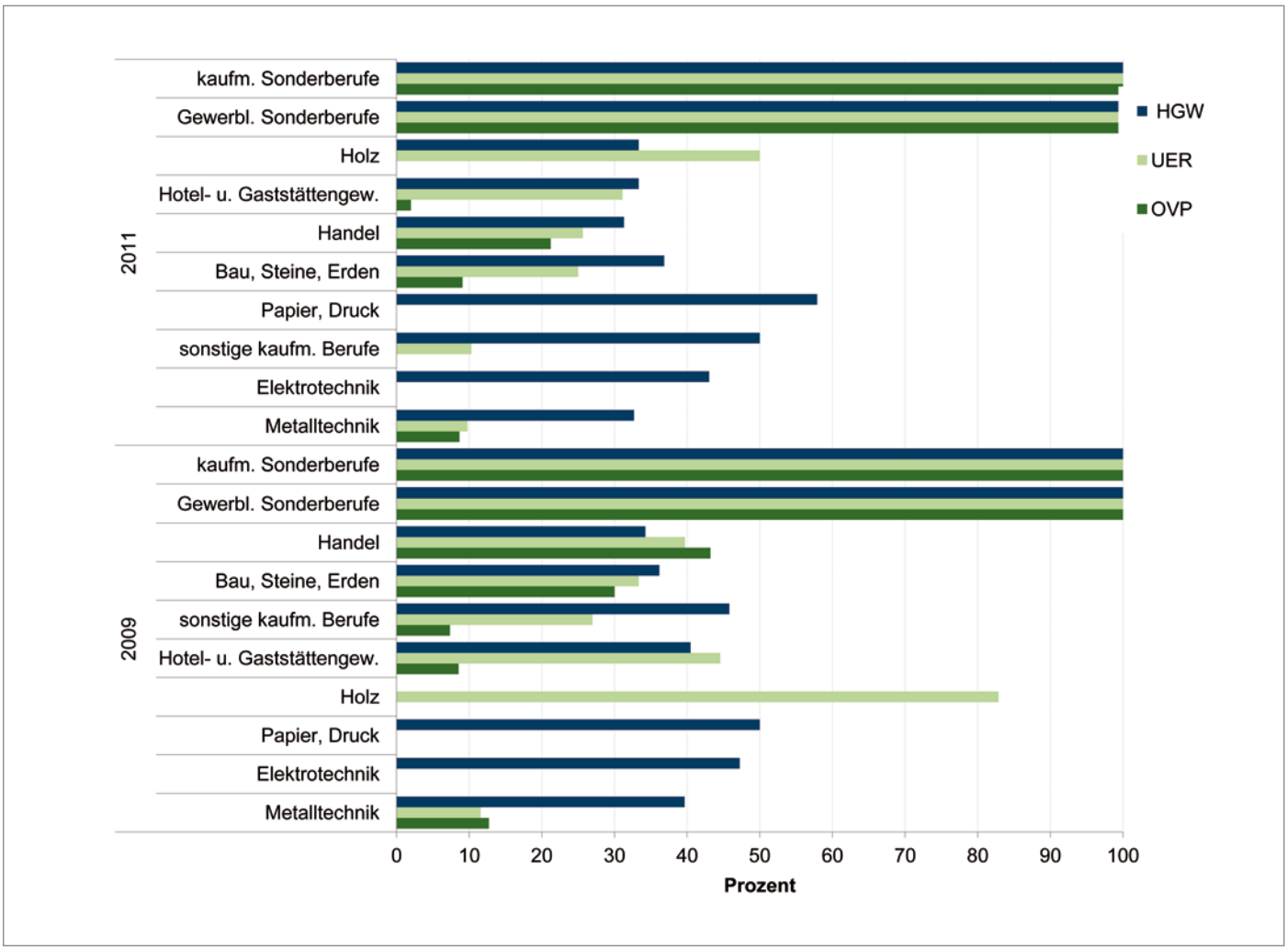


Abbildung 86: Auszubildende im Bereich Industrie und Handel nach betrieblicher/außerbetrieblicher Ausbildung (2009 bis 2011)
Altkreise

Datenquelle: IHK Neubrandenburg 2012

Der außerordentlich hohe Anteil außerbetrieblicher Ausbildungsplätze in Greifswald bedeutet nicht, dass hier die Ausbildungsstellensituation besonders ungünstig ist. Er geht maßgeblich auf die überregionale Bedeutung besonderer Berufsausbildungsstätten in Greifswald zurück, in denen auch viele Jugendliche von außerhalb lernen.
Ausschließlich außerbetrieblich erfolgte die Ausbildung in kaufmännischen und gewerblichen Sonderberufen. Es handelt sich um Ausbildungsberufe nach § 66 BBiG mit besonderen Regelungen für Menschen mit Behinderungen, die wegen der Art und Schwere ihrer Behinderung keine Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf absolvieren können (z.B. Fachpraktiker für Holzbearbeitung oder Fachpraktiker im Verkauf). Neben diesen Berufen wurde besonders viel in den Bereichen Handel, Holz, Hotel- und Gaststättengewerbe, Bau, Steine, Erden ausgebildet. Der Anteil der außerbetrieblich ausgebildeten Berufe variiert innerhalb des Lk. In Greifswald ist das Ausbildungsspektrum nach Berufsgruppen etwas höher als in OVP und UER (**vgl. Abbildung 87**).

Abbildung 87:
Anteil der Auszubildenden in außerbetrieblichen Ausbildungsverhältnissen an allen Auszubildenden nach Berufsgruppen im Bereich Industrie und Handel (2009, 2011)
Altkreise, in Prozent



Datenquelle:
IHK Neubrandenburg 2012

Die Entwicklung der Anzahl der Auszubildenden zwischen 2007 und 2010 in den einzelnen Berufsgruppen verläuft regional zum Teil sehr unterschiedlich. Die folgenden Tabellen zeigen außerdem, dass ein Rückgang bzw. eine Zunahme der Auszubildenden verschiedenste Berufsgruppen in unterschiedlicher Ausprägung betrifft (**vgl. Tabelle 44, Tabelle 45 und Tabelle 46**).

In UER waren besonders die Bereiche Verkauf, Landwirtschaft und Gartenbau, Holz- und Kunststoffverarbeitung sowie Maler, Lackierer und verwandte Berufe von einem Rückgang betroffen. Ein starker Zuwachs erfolgte in Berufen des Maschinenbaus, Maschinenwartung und der Gießereiberufe.

Tabelle 44:
Entwicklung der Anzahl der Auszubildenden nach Berufsgruppen (2007, 2009, 2010)[126]
Altkreis UER

	2007	2009	2010	Rückgang/ Zunahme 2007 bis 2010 in Prozent
Verkaufspersonal	278	241	163	-41
Fahr-, Flugzeugbau-/-wartungs-berufe	131	84	80	-39
Büroberufe, kaufm. Angestellte	105	113	99	-6
Elektroberufe	101	114	103	+2
Metall-/Anlagenbauberufe	101	97	80	-21
Berufe i. d. Holz-/Kunststoffverar-beitung	99	72	56	-43
Landwirtschaftliche u. Gartenbau-berufe	72	68	36	-50
Koch/Köchinnen	66	60	50	-24
Gießereiberufe	59	159	134	+127
Maler, Lackierer und verwandte Berufe	57	23	23	-60
Hotel-/Gaststättenberufe	48	47	34	-29
Groß, Einzelhandelskauf-, Ein-, Verkaufsfachleute	43	78	55	+28
Maschinenbau-/Maschinenwar-tungsberufe	33	57	57	+73
Körperpflegeberufe und übrige Gesundheitsberufe	57	43	60	+5
Berufe i. d. Back-, Konditor-, Süßwarenherstellung.	21	31	24	+14
restl. Berufsgruppen	289	282	235	-19

Datenquelle: Stat. Amt MV, Kernindikatorensatz E, Tab. E 7.6

In OVP sank die Anzahl der Auszubildenden besonders stark bei den Malern, Lackierern und in den Hotel-, Gaststätten- sowie Ausbauberufen. Überdurchschnittlich gestiegen ist die Zahl der Auszubildenden im Bereich der Gesundheitsdienste.

126 Allerdings beruhen die prozentualen Angaben in den Tabellen zum Teil auf sehr kleinen absoluten Zahlen.

Tabelle 45: Entwicklung der Anzahl der Auszubildenden nach Berufsgruppen (2007, 2009, 2010)
Altkreis OVP

	2007	2009	2010	Rückgang/Zunahme 2007 zu 2010 in Prozent
übrige Gesundheitsdienstberufe	23	37	39	70
Verkaufspersonal	77	134	101	31
Groß, Einzelhandelskauf-, Ein-, Verkaufsfachleute	79	132	94	19
andere Dienstleistungskaufleute, zugehörige Berufe	41	51	46	12
Büroberufe, Kaufm. Angestellte	156	145	127	-19
Metall-/Anlagenbauberufe	131	118	105	-20
Fahr-, Flugzeugbau-/-wartungs-berufe	94	86	69	-27
restl. Berufsgruppen	399	371	284	-29
Maschinenbau-/Maschinenwar-tungsberufe	76	57	54	-29
Berufe i. d. Holz-/Kunststoffverar-beitung	70	54	50	-29
Landwirtschaftliche u. Gartenbau-berufe	65	53	45	-31
Elektroberufe	59	50	38	-36
Koch/Köchinnen	298	241	184	-38
Hotel-/Gaststättenberufe	417	342	238	-43
Ausbauberufe	63	36	28	-56
Maler, Lackierer und verwandte Berufe	131	47	29	-78

Datenquelle: Stat. Amt MV, Kernindikatorensatz E, Tab. E 7.6

In Greifswald ist im Bereich Verkaufspersonal, Warenprüfer, Versandfertigmacher, Maschinenbau- und Maschinenwartungsberufen eine überdurchschnittliche Steigerung der Auszubildendenzahlen zu beobachten. Stark rückläufig waren die Bau-, Gartenbauberufe und die technischen Sonderfachkräfte.

Tabelle 46:
Entwicklung der Anzahl der Auszubildenden nach Berufsgruppen (2007, 2009, 2010)
Greifswald

	2007	2009	2010	Rückgang/Zunahme 2007 zu 2010 in Prozent
Maschinenbau-/Maschinenwartungs-berufe	13	34	38	192
Verkaufspersonal	45	81	95	111
Warenprüfer-, Versandfertigmacher/innen	20	48	40	100
Maler, Lackierer und verwandte Berufe	23	42	46	100
übrige Gesundheitsdienstberufe	35	53	48	37
Groß, Einzelhandelskauf-, Ein-, Verkaufsfachleute	66	83	76	15
Bank-, Bausparkassen-, Versiche-rungsfachleute	50	52	55	10
Metall-/Anlagenbauberufe	61	73	66	8
andere Dienstleistungskaufl. u. zugehörige Berufe	29	34	31	7
Haus- u. ernährungswirtschaftliche Berufe	36	42	35	-3
Hotel-/Gaststättenberufe	34	41	33	-3
restl. Berufsgruppen	283	308	262	-7
Elektroberufe	80	82	74	-8
Koch/Köchinnen	74	74	65	-12
Rechnungskaufleute, Informatiker/innen	60	58	52	-13
Fahr-, Flugzeugbau-/-wartungsberufe	68	64	56	-18
Büroberufe, Kaufm. Angestellte	232	182	178	-23
Berufe i. d. Holz-/Kunststoffverar-beitung	36	31	25	-31
Technische Sonderfachkräfte	65	60	41	-37
Gartenbauberufe	69	51	42	-39
Hoch-, Tief- und Ausbauberufe	159	81	80	-50

Datenquelle: Stat. Amt MV, Kernindikatorensatz E, Tab. E 7.6

Angesichts der komplexen Entwicklungen in den einzelnen regionalen Ausbildungsmärkten kann nur bedingt eine eindeutige, für den Lk VG verallgemeinerbare, Entwicklungsrichtung benannt werden.[127] Als grobe Tendenz lässt sich festhalten, dass auf der einen Seite insbesondere die Dienstleistungsbranche (Handel, Verkauf, Gesundheit und Körperpflege) sowie der Bereich Metall, Maschinenbau- und -wartung ihre Bedeutung als Ausbildungsbranchen gesteigert haben.

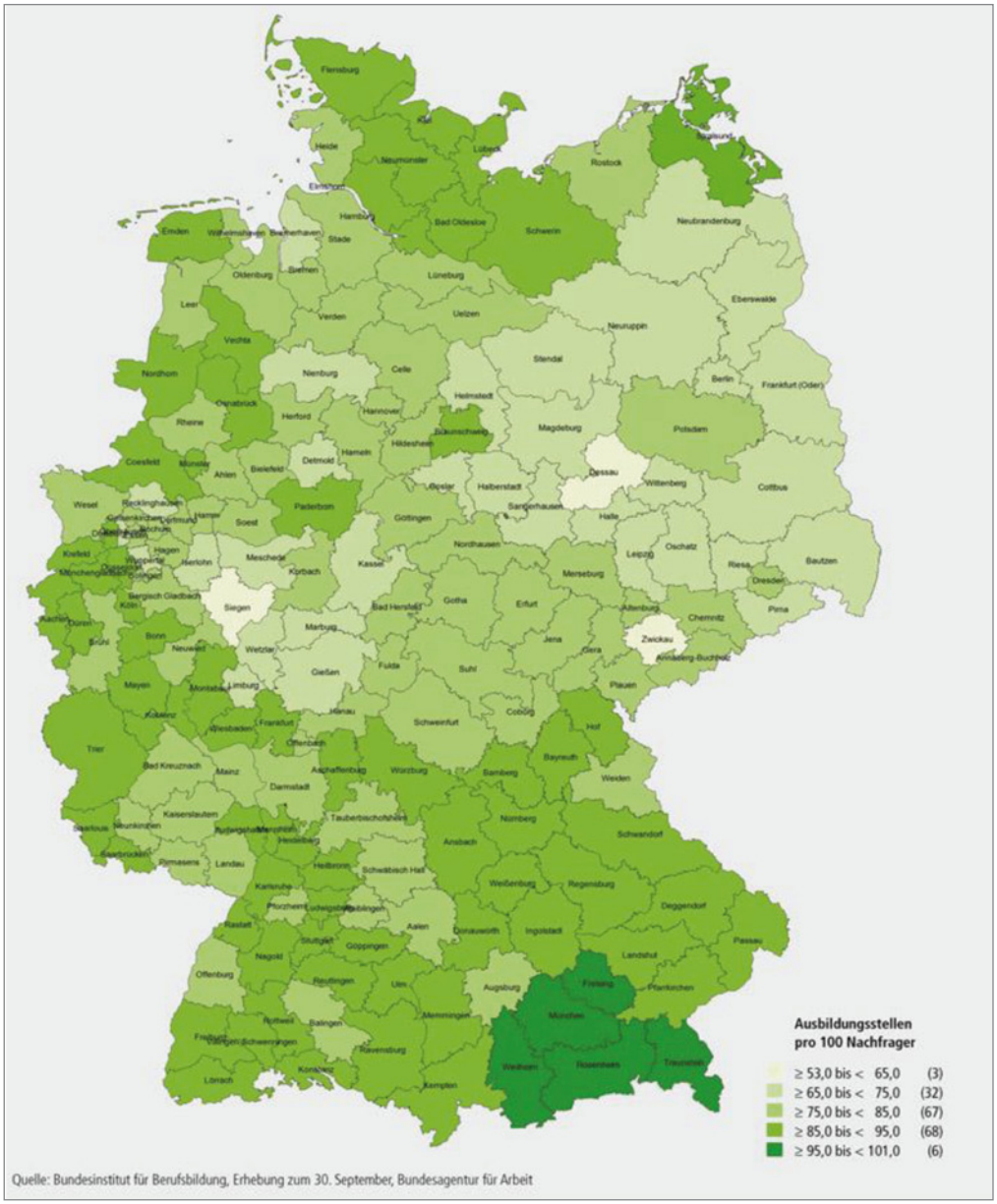
127 Zudem basiert der Rückgang bzw. Zuwachs an Ausbildungsplätzen in einzelnen Berufsgruppen auf kleinen Fallzahlen. In dem Fall können erst bei längeren Zeitreihen belastbare Aussagen getroffen werden.

Stark rückläufig waren auf der anderen Seite v.a. folgende Bereiche: Land-, Gartenbau-, Holz- und Bauwirtschaft sowie der Fahr- und Flugzeugbau und die Hotel- und Gaststättenbranche.[128]

Eine für die berufliche Bildung in der Region zentrale Frage ist die Entwicklung von Angebot und Nachfrage am Ausbildungsstellenmarkt. Daran knüpft sich zum einen die Frage nach den beruflichen Perspektiven der Jugendlichen vor Ort. Zum anderen hängt davon ab, ob Unternehmen ihren Fachkräftebedarf über die Ausbildung decken können. Für Aussagen zum Ausbildungsmarkt wird auf Daten des Bundesinstituts für berufliche Bildung (BIBB) zurückgegriffen.

Karte 12 zeigt, dass der Ausbildungsmarkt im Lk VG – auf Grundlage der Einteilung nach Arbeitsagenturen – zweigeteilt ist.[129]

Karte 12:
Betriebliche Angebots-Nachfrage-Relation im Jahr 2010 mit erweiterter Nachfragedefinition
Arbeitsagenturen in Deutschland



Quelle: Datenreport des Bundesinstituts für berufliche Bildung zum Berufsbildungsbericht 2011[130]

128 Die Angaben zu den Ausbildungszahlen spiegeln kein exaktes Abbild des betrieblichen Nachwuchskräftebedarfes wider. Zum einen zeichnen sich bestimmte, v.a. personalintensive Branchen durch eine Überausbildung aus. Das heißt, sie bilden mehr Jugendliche aus, als sie in ihrem Betrieb übernehmen können. Auch gibt es Betriebe mit Nachwuchskräftebedarf, die aber aus unterschiedlichen Gründen nicht ausbilden (können). Zum anderen gibt es keine vollständigen Informationen über das Verhältnis von betrieblichen und außerbetrieblichen Ausbildungsverträgen.

129 Daten zum Ausbildungsstellenmarkt liegen (bislang) nur auf Ebene der Arbeitsagenturbezirke vor.

130 http://datenreport.bibb.de/html/3655.htm. Zugriff: 07.02.2012.

In UER (Arbeitsagentur Neubrandenburg) kommen im Jahr 2010 nach der erweiterten Angebots-Nachfragerelation auf 100 nachfragende Jugendliche 75 Ausbildungsstellen (siehe Exkurs). Dieser Altkreis gehört zu der mehrheitlich in Ostdeutschland verbreiteten Kategorie von Arbeitsagenturbezirken, die 2010 pro 100 Nachfrager die wenigsten Ausbildungsstellen aufweisen **(Tabelle 47)**. Vor dieser Kategorie gibt es nur noch drei Lk, in denen das Stellenangebot noch geringer ist.

Tabelle 47: Angebots-Nachfrage-Relationen am Ausbildungsstellenmarkt (2009, 2010)
Arbeitsagenturbezirke Neubrandenburg und Stralsund in Prozent

Datenquelle: Datenreport des Bundesinstituts für berufliche Bildung zum Berufsbildungsbericht 2011[131]

	Arbeitsagentur Stralsund	Arbeitsagentur Neubrandenburg
betriebliche Ausbildungsstellen pro 100 Nachfrager nach erweiterter Definition 2010	97,7	74,9
betriebliche Ausbildungsstellen pro 100 Nachfrager nach erweiterter Definition 2009	80,4	68,4
Ausbildungsstellen pro 100 Nachfrager nach alter Definition 2010	120,9	100,8

Exkurs: Angebot und Nachfrage am Ausbildungsstellenmarkt

Die Beschreibung der regionalen Ausbildungssituation basiert auf der erweiterten Definition der betrieblichen Angebots-Nachfrage-Relation. In diese fließen neben den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen und den unversorgten Bewerbern auch die „(…) bei den Arbeitsagenturen gemeldeten Stellenbewerber/-innen ein, die vorläufig in eine Alternative zu einer Berufsausbildung einmünden (z.B. erneuter Schulbesuch, Praktikum, „Jobben“), aber von dort aus weiter nach einer Ausbildungsstelle suchen“. Die einfache Definition klammert diese aus. Auch berücksichtigt die Berechnung nur die betrieblichen, nicht aber die außerbetrieblichen Ausbildungsverträge. Deutlich wird der Stellenwert unterschiedlicher Definitionen auch im Lk VG. Hier war der Ausbildungsstellenmarkt nach der alten Definition 2009 mit (über) 100 Ausbildungsstellen pro 100 Jugendliche mehr als ausgeglichen.

In Greifswald und OVP (Arbeitsagentur Stralsund) ist der Ausbildungsmarkt mit 98 Ausbildungsstellen pro 100 nachfragende Jugendliche[132] rechnerisch fast ausgeglichen. Rechnerisch heißt, auf jeden nachfragenden Jugendlichen kommt ein Ausbildungsplatz. Ob das Interesse des Jugendlichen mit diesem einen Angebot identisch ist, ist eine andere Frage.[133] Beide Lk konnten eine deutliche Verbesserung der Angebots-Nachfrage-Relation erreichen. Auch die Anzahl an unversorgten Bewerbern hat sich reduziert, im Arbeitsagenturbezirk Stralsund deutlich stärker als im Bezirk Neubrandenburg **(vgl. Tabelle 47 und Tabelle 48)**.
Die aktuellen Meldungen über die Höhe an unbesetzten Ausbildungsstellen im Jahr 2012 verweisen darauf, dass sich seit 2010 die Angebotssituation für Jugendliche weiter deutlich verbessert hat.

Tabelle 48: Merkmale der Ausbildungsstellensituationen (2009, 2010)
Arbeitsagenturbezirke Neubrandenburg und Stralsund in Prozent

Datenquelle: Datenreport des Bundesinstituts für berufliche Bildung zum Berufsbildungsbericht 2011[134]

	Arbeitsagentur Stralsund	Arbeitsagentur Neubrandenburg
Veränderung des Bestands an betrieblichen Ausbildungsstellen von 2009 zu 2010	-1,2	-11,5
Veränderung des Bestands an außerbetrieblichen Ausbildungsstellen von 2009 zu 2010	-45,3	-40,7
Veränderung des Bestands an unbesetzten Ausbildungsstellen von 2009 zu 2010	39,4	17,4
Veränderung des Bestands an unversorgten Bewerbern von 2009 zu 2010	-22,3	-13,4

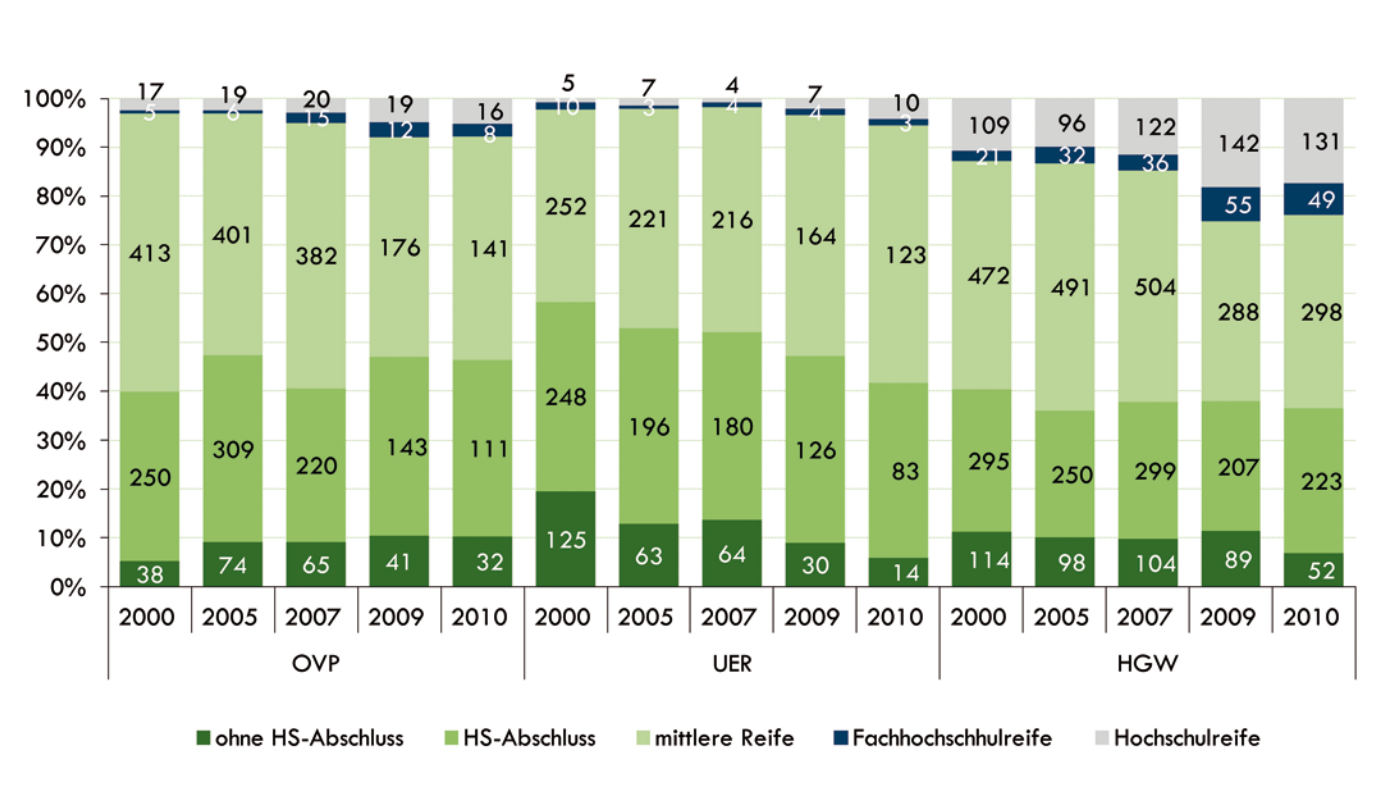
131 http://datenreport.bibb.de/media2011/tab_a1_3-2.pdf. Zugriff: 07.02.2012.
132 Jugendliche, die nach Angabe der Arbeitsagentur einen Ausbildungsplatz suchen.
133 Damit Jugendliche in einer Region eine gewisse Auswahlmöglichkeit haben, muss ein Ausbildungsstellenangebot vorhanden sein, das deutlich über 100 liegt.
134 http://datenreport.bibb.de/media2011/tab_a1_3-2.pdf. Zugriff am 07.02.2012.

In der öffentlichen Wahrnehmung steht der aktuelle Rückgang der Schülerzahlen besonders im Vordergrund. Auch laut den Analysen des BIBB geben die Merkmale des Ausbildungsstellenmarktes Hinweise darauf, dass die „zum Teil deutlichen Verbesserungen in der Angebots-Nachfrage-Relation in erster Linie durch eine sinkende Nachfrage seitens der Jugendlichen und nicht durch eine Erhöhung des betrieblichen Ausbildungsstellenangebots entstanden sind".[135] So weist v.a. der Arbeitsagenturbezirk Neubrandenburg von 2009 zu 2010 einen Rückgang an betrieblichen Ausbildungsstellen aus. Gründe dafür können sowohl konjunkturelle Entwicklungen als auch Betriebsinsolvenzen oder nichtbesetzte Ausbildungsstellen sein.

Schulische Voraussetzungen und Geschlechterverteilung im dualen System

Im Lk VG mündeten im Jahr 2010 mit 76 Prozent mehrheitlich Jugendliche mit Berufs- oder Mittlerer Reife in das duale System an den beruflichen Schulen ein. Diese Quote variiert zwischen den Regionen. Am höchsten war sie mit 88 Prozent in UER, gefolgt von OVP mit 82 Prozent. In Greifswald lag sie bei 69 Prozent (**Abbildung 88**).

Abbildung 88: Schulische Herkunft der neu eingetretenen Schüler im dualen System an beruflichen Schulen (2000 bis 2010)
Altkreise, Verteilung in Prozent, Nennung absolut



Datenquelle: Stat. Amt MV, Kernindikatorensatz E, Tab. E 12.1

In allen drei Altkreisen ist ein Anstieg des Anteils von Jugendlichen mit Fachhochschulreife und Abitur zu beobachten. In OVP und UER liegt dieser im Jahr 2010 unter 10 Prozent. Deutlich höher ist er in Greifswald, wo fast jeder vierte neue Jugendliche im dualen System ein Abitur bzw. die Fachhochschulreife hat. Das kann zum einen mit Unterschieden im Ausbildungsplatzangebot zusammenhängen, aber auch auf die Konzentration von berufsschulischer Infrastruktur in den

135 www.datenreport.bibb.de/html/3655.htm.Zugriff 07.02.2011.

größeren Städten zurückgehen.[136] Im Gegensatz zu Greifswald und OVP weitete sich in UER der Anteil an Jugendlichen mit Mittlerer Reife aus **(vgl. Abbildung 88)**.

Diese Entwicklung bedeutet, dass sich anteilsmäßig zunehmend weniger **Jugendliche ohne Berufsreife** im dualen System in UER befinden (-14 Prozent von 2007 zu 2010). Das ist auch in Greifswald der Fall. Nur in OVP stieg der Anteil von Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss im dualen System und liegt mit 10 Prozent über dem Wert von UER und HGW **(vgl. Abbildung 88)**. Ein Vergleich mit der Entwicklung der Anzahl der Schulabsolventen gibt weitere Hinweise auf die Ausbildungschancen von Jugendlichen ohne Berufsreife im dualen System. **Abbildung 89** zeigt, dass von 2000 zu 2010 in UER die Zahl der Auszubildenden ohne Berufsreife mit -89 Prozent stärker gesunken ist als die Zahl der Schulabsolventen ohne Berufsreife mit -69 Prozent. Das deutet auf eine Verschlechterung der Ausbildungschancen hin, während in Greifswald und OVP eine umgekehrte Entwicklung zu beobachten ist. Der sehr schwache Rückgang von Auszubildenden ohne Berufsreife in OVP kann auch auf Jugendliche zurückgehen, die nach Greifswald zur Berufsschule einpendeln.[137]

Insgesamt erscheint jedoch im Jahr 2010 die Anzahl von 98 neuen Auszubildenden ohne Schulabschluss im Lk VG sehr niedrig, wenn man bedenkt, dass ein Jahr zuvor 317 junge Menschen die Schule ohne Berufsreife verließen und zwei Jahre zuvor 219 Jugendliche.[138]

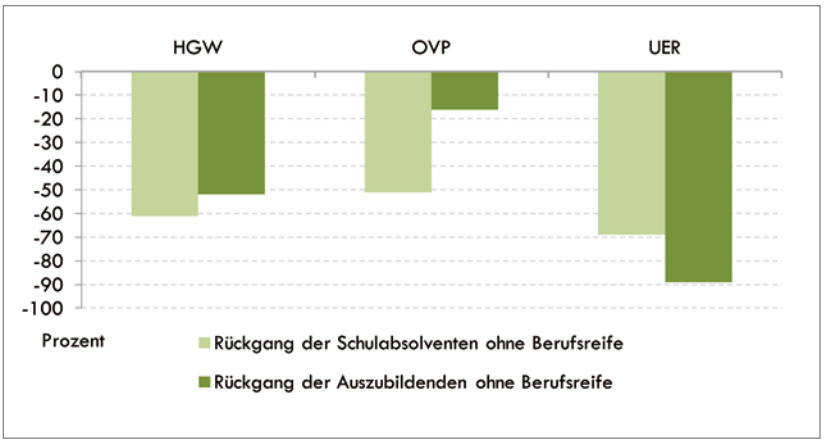


Abbildung 89:
Relative Veränderung der Schulabsolventen ohne Berufsreife und der Auszubildenden ohne Berufsreife ‚neu im dualen System' (2000 bis 2010)
Altkreise

Datenquelle:
Stat. Amt MV,
Kernindikatorensatz E,
Tab. E 12.1,
Kernindikatorensatz D,
Tab. D 15.1

Für Jugendliche mit Berufsreife weist der Vergleich auf eine Verbesserung der Ausbildungschancen hin. So sank die Anzahl der Auszubildenden mit Berufsreife nicht so schnell, wie die Anzahl der Absolventen von allgemeinbildenden Schulen mit Berufsreife **(vgl. Abbildung 90)**.

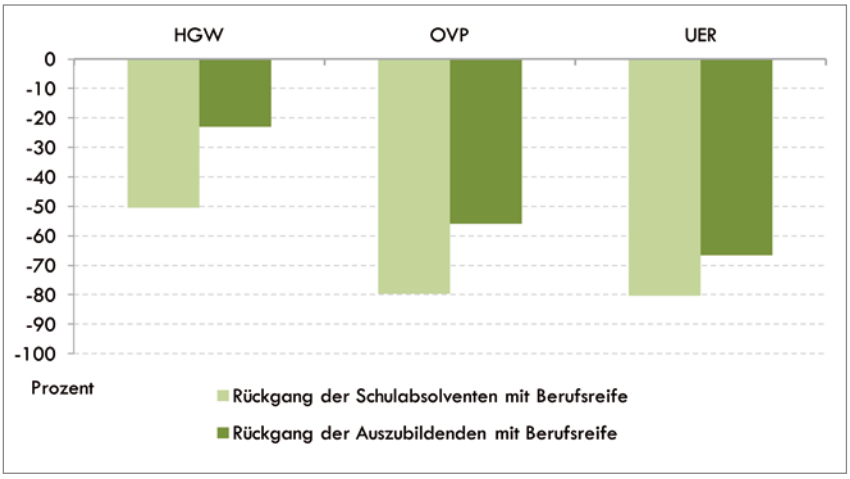


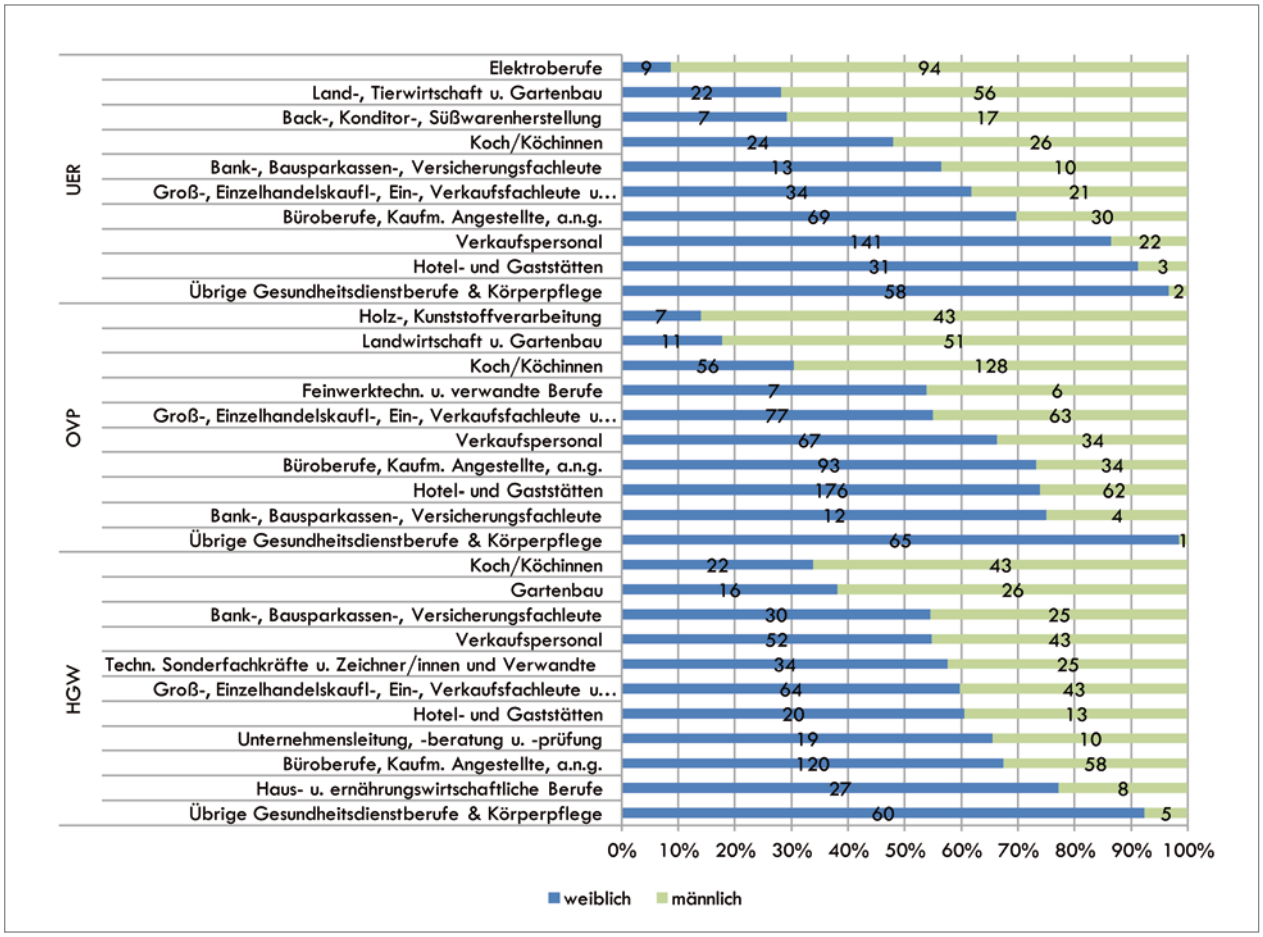
Abbildung 90:
Relative Veränderung der Schulabsolventen mit Berufsreife und der Auszubildenden mit Berufsreife neu im dualen System (2000 bis 2010)

Datenquelle:
Stat. Amt MV,
Kernindikatorensatz E,
Tab. E 12.1,
Kernindikatorensatz D,
Tab. D 15.1

136 In diesem Fall hat der Auszubildende einen Ausbildungsplatz z.B. in Ferdinandshof (UER), lernt aber an der Berufsschule in Greifswald.
137 Bei neuen Auszubildenden kann es sich allerdings neben Schulabsolventen auch um ältere Jugendliche, die auch als Altbewerber bezeichnet werden, handeln.
138 Zu beachten ist, dass sich all diese Angaben nicht auf alle Auszubildenden im Lk beziehen, sondern nur auf jene, die neu an den Berufsschulen innerhalb des Lk lernen.

Im Hinblick auf die **Geschlechterverteilung** wird das duale System bundesweit von jungen Männern dominiert. Das ist auch in VG der Fall, wo sich der Anteil der **weiblichen Auszubildenden** seit 2007 nur geringfügig erhöhte und im Jahr 2010 mit 40 Prozent im Landesdurchschnitt liegt. An der klassischen Geschlechterverteilung in den Ausbildungsberufen hat sich auch im Jahr 2010 kaum etwas geändert. Die weiblichen Auszubildenden lernen in wenigen „frauentypischen" Branchen und Berufen (**vgl. Abbildung 91**). An der Spitze stehen Berufe im Gesundheitsdienst und der Körperpflege, im Büro und Verkauf sowie im Hotel- und Gaststättengewerbe.

Abbildung 91: Auszubildende nach Geschlecht in Berufen mit mehr als fünf weiblichen Auszubildenden und mit insgesamt mehr als 15 Auszubildenden (2010) Altkreise



Datenquelle: Stat. Amt MV, Kernindikatorensatz E, Tab. E 7.6

Im Vergleich mit den beiden Altkreisen ist diese Ballung in Greifswald etwas geringer ausgeprägt. Hier gibt es bei insgesamt 43 Berufsgruppen nur neun Berufe, in denen sich kein einziger weiblicher Auszubildender befindet. In OVP sind es zwölf und in UER sogar 18 Berufsgruppen, die eine reine „Männerdomäne“ bilden, bei einer gleichen Gesamtanzahl der Berufsgruppen, in denen ausgebildet wird. Umgekehrt sind es je nach Region nur zwischen einer und vier Berufsgruppen, in denen sich kein einziger männlicher Auszubildender findet.

Erfolge im dualen System

Der **Erfolg einer Ausbildung** für einen Jugendlichen bemisst sich sicherlich in erster Linie an den anschließenden Möglichkeiten für eine qualifizierte Tätigkeit und den erworbenen Kompetenzen. Mittels der zur Verfügung stehenden Statistik kann dieser Erfolg nur begrenzt erfasst werden. Möglich sind Aussagen zum Abschlusszeugnis der Berufsschule, zu in der Ausbildung erworbenen allgemeinbildenden Schulabschlüssen und zur Auflösungsquote von Ausbildungsverträgen.[139]

Erworbene Abschlusszeugnisse

Ein Abschlusszeugnis der Berufsschule erhält jeder Auszubildende, der in allen Unterrichtsfächern bzw. Lernfeldern eine Leistung von mindestens „ausreichend“ aufweist (Berufsschulverordnung MV vom 4. Juli 2005). Wie **Abbildung 92** zeigt, steigt zwischen 2000 und 2010 in OVP, UER und auch in MV die Quote der **Jugendlichen, die ohne ein Abschlusszeugnis die Berufsschule verlassen**. Im Lk VG betraf das im Jahr 2010 insgesamt 398 Jugendliche in einer dualen Ausbildung. Fast jeder vierte Jugendliche schließt damit seine Ausbildung nicht mit einem Berufsschulzeugnis ab.

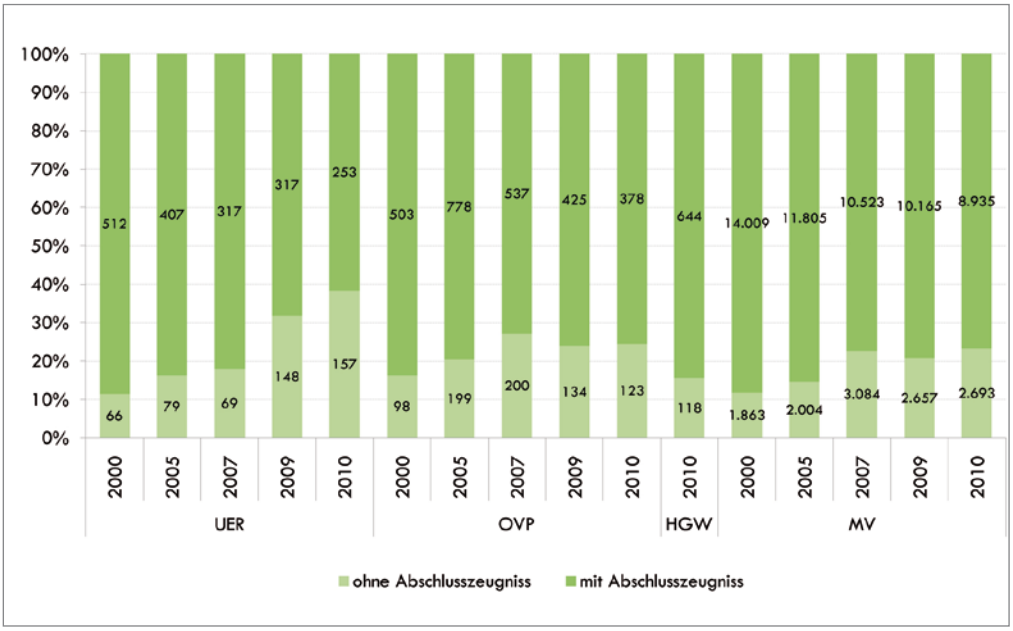


Abbildung 92:
Absolventen der Berufsschule (duales System) nach Abschlusszeugnis (2000 bis 2010)
Altkreise & MV

Datenquelle:
Stat. Amt MV,
Kernindikatorensatz E,
Tab. E 15.2

Auffällig ist der starke Anstieg der Quote in UER. Sie ist im Jahr 2010 mit fast 40 Prozent mehr als doppelt so hoch wie in Greifswald. In OVP bewegt sie sich in etwa im Landesdurchschnitt.[140]

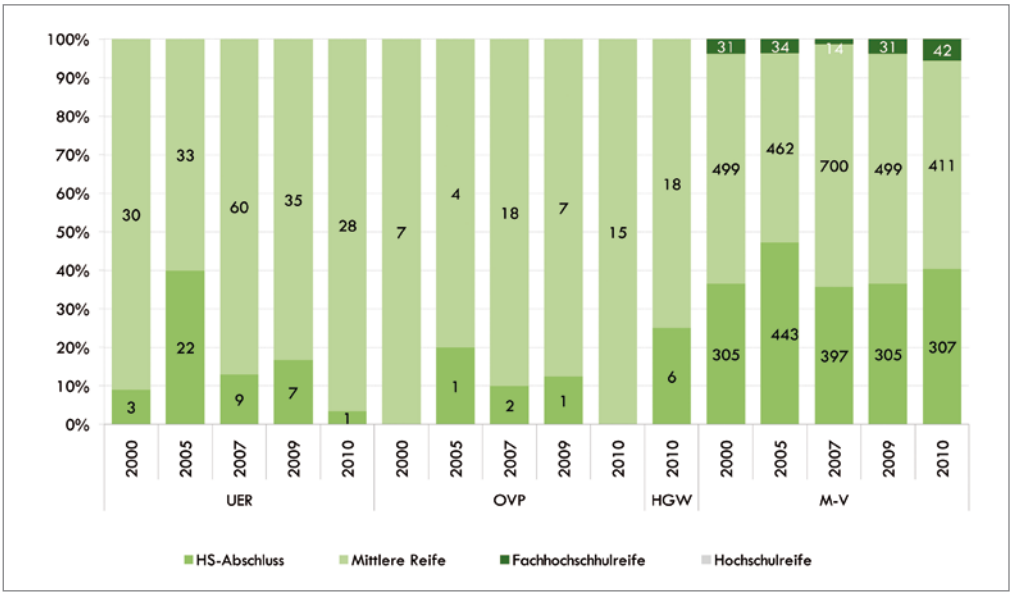
139 Am Ende einer dualen Ausbildung werden zwei Zeugnisse ausgegeben; eines von der Berufsschule und eines auf einer bzw. mehreren praktischen Prüfungen basierendes Abschlusszeugnis der jeweils zuständigen Kammer (Gesellen- bzw. Facharbeiterbrief). Die Note des Berufsschulzeugnisses kann auf dem Gesellen- oder Facharbeiterbrief eingetragen werden, aber nur wenn der Auszubildende dies auch möchte.
Die Ergebnisse der Kammerprüfungen sollen im nächsten Bildungsbericht mit aufgenommen werden.

140 Diese Ergebnisse sind nicht in jedem Fall als negativ zu bewerten. Es gibt auch Jugendliche, die aufgrund sehr guter Leistungen im Betrieb vorzeitig auslernen. Sie erhalten aufgrund des Überspringens von Lerneinheiten bzw. Prüfungen in der Berufsschule ebenfalls nur ein Abgangszeugnis und kein Abschlusszeugnis.

Erworbene allgemeinbildende Schulabschlüsse

Die Möglichkeit, während der Ausbildungszeit einen höheren allgemeinbildenden Schulabschluss zu erwerben, haben im Jahr 2010 an den beruflichen Schulen im Lk 68 Jugendliche genutzt **(vgl. Abbildung 93)**. Sie verteilten sich auf die Berufsreife und als dominierenden Abschluss die Mittlere Reife. Im Vergleich zu Mecklenburg-Vorpommern wird dabei anteilsmäßig in höherem Maße die Mittlere Reife erworben.

Abbildung 93: Absolventen des dualen Systems nach erworbenen, allgemeinbildenden Schulabschlüssen an der Berufsschule (2000 bis 2010)
Altkreise und MV



Datenquelle: Stat. Amt MV, Kernindikatorensatz E, Tab. E 15.1

Vertragsauflösungen

Eine wichtige Kennzahl zur Beurteilung des Erfolges in der beruflichen Bildung ist schließlich auch der Anteil an abgebrochenen Ausbildungen. Die folgenden Abbildungen geben an, wie viele Ausbildungsverträge im Jahr 2010 aufgelöst wurden, die in dem Zeitraum von 2007 (oder früher) bis 2010 begonnen wurden.[141] Die Auflösungsquote wird dabei nach einem sogenannten Schichtmodell berechnet, das nur die 25 bundesweit am stärksten besetzten Berufsgruppen berücksichtigt.[142] Für den Lk VG liegen deswegen nur für knapp die Hälfte aller Berufsgruppen Informationen zu Vertragsauflösungen vor.

Innerhalb der Berufsgruppen mit mehr als 20 begonnenen Ausbildungsverträgen weisen die Hotel- und Gaststättenbranche und der Bereich Köche mit über 50 Prozent (außer in Greifswald mit 44 Prozent) die höchsten Quoten auf **(vgl. Abbildung 94)**. Das heißt, im Jahr 2010 wurde mehr als jeder zweite aktuell oder früher begonnene Ausbildungsvertrag aufgelöst. Über 40 Prozent erreicht die Auflösungsquote beim Verkaufspersonal in UER und liegt damit doppelt so hoch wie in Greifswald. In folgenden Branchen wird – je nach Region – fast oder knapp mehr als jeder dritte Ausbildungsvertrag aufgelöst: Fahr-, Flugzeugbau- und Wartungsberufe (OVP), Groß-, Einzelhandelskauf-, Ein- und Verkaufsfachleute (HGW), Elektro- und Büroberufe (HGW).

Die Berufsgruppen mit im Schnitt unter 20 begonnenen Ausbildungsverträgen sind in **Abbildung 95** gesondert aufgeführt und sollten nur mit großer Vorsicht bewertet werden. Hintergrund ist, dass es bei sehr geringen Vertragszahlen schnell zu Verzerrungen bei der Berechnung der Auflösungsquote kommt bzw. das Ergebnis nicht richtig eingeschätzt werden kann. So stehen z.B. hinter der Auflösungsquote von über 90 Prozent in den Blechkonstruktions- und Installationsberufen in Greifswald insgesamt drei Vertragsauflösungen. Ohne eine Betrachtung dieser Quote über einen längeren Zeitraum lässt sich bei so geringen Zahlen nicht einschätzen, ob bestimmte Berufsgruppen in besonderem Ausmaß davon betroffen sind.

141 Die begonnenen Ausbildungsverträge enthalten alle neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge sowie die in der Probezeit aufgelösten Verträge.

142 Mehr Informationen siehe Uhly / Gericke (2012): S. 21ff. Aufgrund von Umstellungen in den Berechnungsgrundlagen kann die Vertragsauflösungsquote nur für das Jahr 2010 ausgewiesen werden und ist nicht mit Werten aus zurückliegenden Jahren vergleichbar.

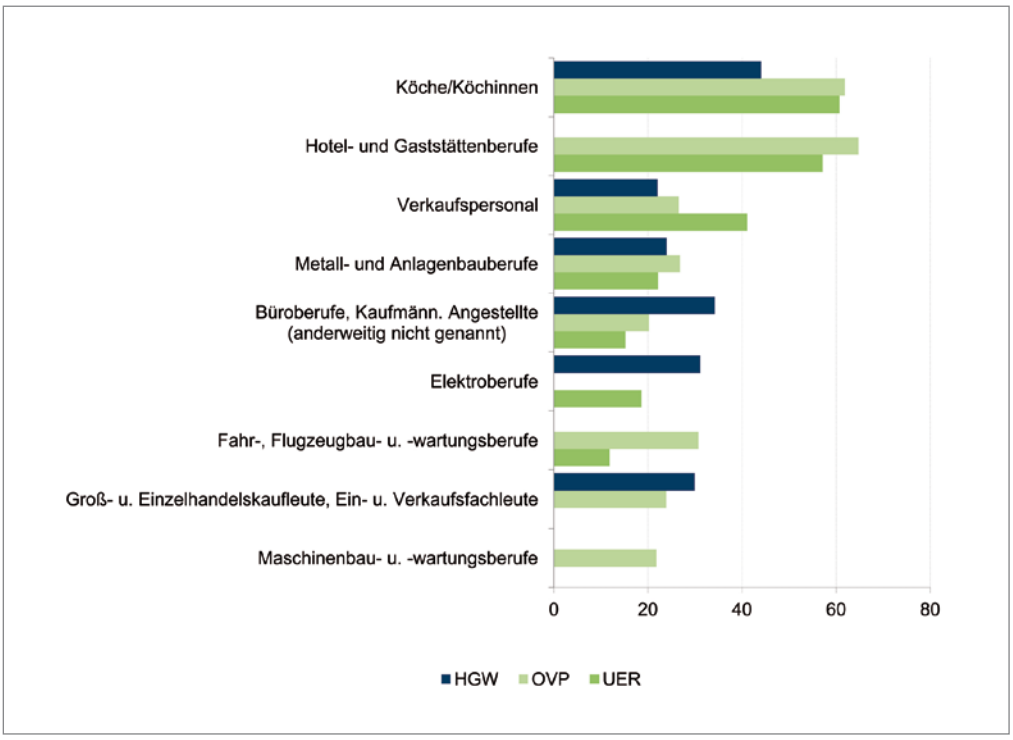


Abbildung 94:
Vertragslösungsquote bei begonnenen Ausbildungsverträgen mit durchschnittlich über 20 Auszubildenden (2010)[143]
Altkreise, in Prozent

Datenquelle:
Stat. Amt MV,
Kernindikatorensatz E,
Tab. E 15.3

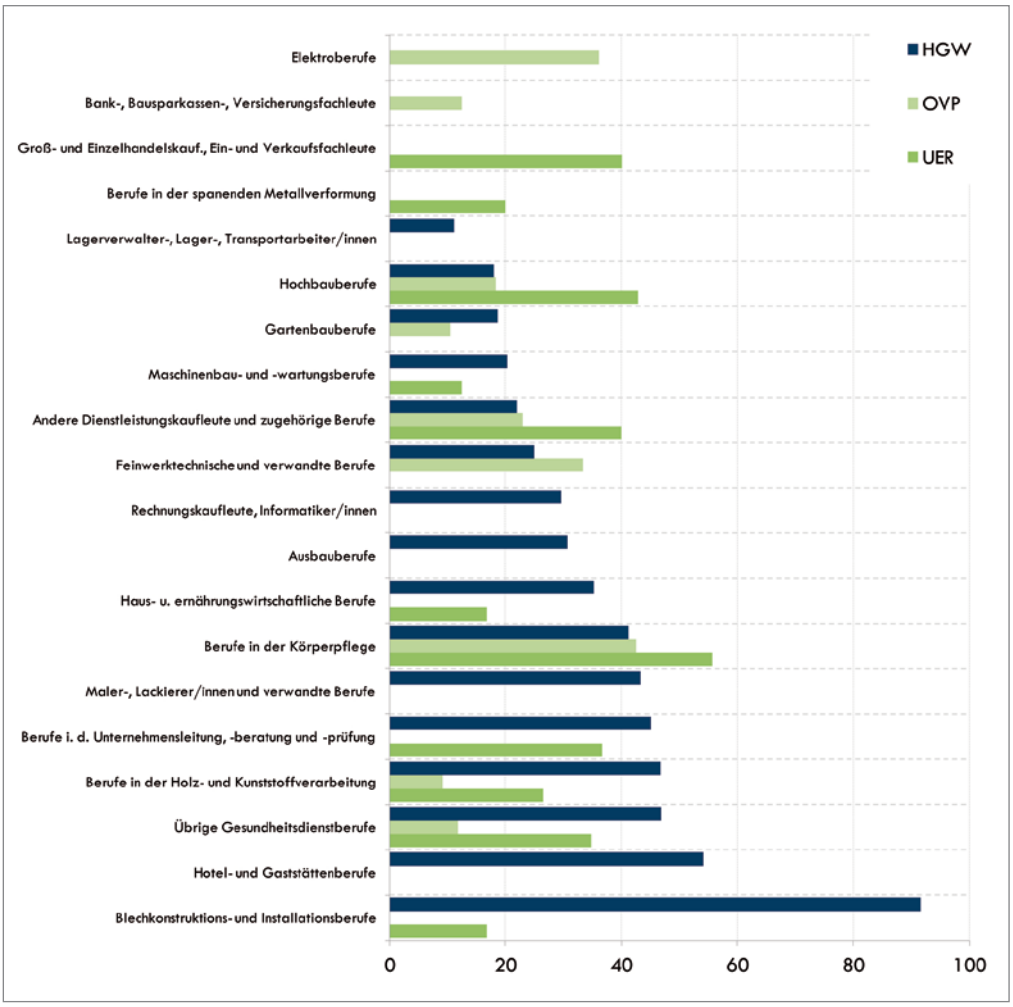


Abbildung 95:
Vertragsauflösungsquote bei begonnenen Ausbildungsverträgen mit durchschnittlich unter 20 Auszubildenden (2010)
Altkreise, in Prozent

Datenquelle:
Stat. Amt MV,
Kernindikatorensatz E,
Tab. E 15.3

143 Wo keine Werte vorhanden sind, wird diese Berufsgruppe entweder nicht in der Statistik aufgeführt (**siehe Fußnote 142**) oder ist nicht im Lk vorhanden, oder sie findet sich in der **Abbildung 95**.

In der Gesamttendenz zeichnen sich personalintensive u.a. Dienstleistungsbranchen durch sehr hohe Vertragsauflösungsquoten aus, bei teilweise starken regionalen Unterschieden. Allerdings ist nicht bekannt, wie sich diese auf betriebliche und außerbetriebliche Ausbildungsverträge verteilen. Die hohen Quoten in der Hotel- und Gaststättenbranche sind ein bundesweit verbreitetes Phänomen und verweisen laut verschiedener Studien auf branchenspezifische ungünstige bzw. unattraktive Rahmenbedingungen aus Sicht der Auszubildenden (z.B. die Arbeitszeiten).[144] Zugleich nimmt diese Branche im Lk aber auch viele Jugendliche mit einem Hauptschulabschluss auf, die in anderen Bereichen weniger Chancen auf einen Ausbildungsplatz haben. Auch gibt es weitere Branchen, die ähnlich unattraktive Arbeitszeiten haben bzw. einen noch deutlich geringeren Auszubildendenlohn zahlen.

Exkurs: Vertragsauflösung gleich Ausbildungsabbruch?

Manchmal werden z.B. in den Medien Vertragsauflösungen einseitig als Ausbildungsabbrüche aufgrund von beruflicher Orientierungslosigkeit oder zu geringem Durchhaltevermögen Jugendlicher im betrieblichen Arbeitsablauf eingeordnet. Eine Vertragsauflösung kann jedoch sehr unterschiedliche Gründe haben. Dazu gehören z.B. ein Ausbildungsberufswechsel, gesundheitliche Gründe oder Betriebsinsolvenzen, die nicht den Abbruch einer Ausbildung bedeuten müssen. So kann auf eine Vertragsauflösung ein Wechsel in einen anderen Betrieb folgen, mit dem ein neuer Vertrag geschlossen wird.[145]

Nicht jede Vertragsauflösung bedeutet auch einen Ausbildungsabbruch. Es muss davon ausgegangen werden, dass die „tatsächliche Abbrecherquote“ in der Region niedriger ist als die in den Abbildungen ausgewiesene Vertragsauflösungsquote (siehe Exkurs).

Zwischenfazit

Das duale System an den beruflichen Schulen im Lk ist vor allem in OVP mit -30 Prozent und in UER mit -20 Prozent von rückläufigen Auszubildendenzahlen geprägt. Ein noch stärkerer Rückgang an Auszubildenden erfolgte an den Berufsschulen in UER und OVP – auch aufgrund von Konzentrationsprozessen in der Berufsschullandschaft.
Zugleich hat sich für junge Menschen von 2009 zu 2010 die **Ausbildungssituation in der Region positiv entwickelt**. Die Anzahl der Ausbildungsstellen pro 100 an einer Ausbildung interessierten Jugendlichen ist gestiegen, während die Zahl der unversorgten Bewerber und der außerbetrieblichen Ausbildungsplätze zurückging. Dass es deutlich mehr Ausbildungsstellen als Bewerber gibt – wie es vielfach in der öffentlichen Diskussion zu hören war – bestätigen die Zahlen auf der Ebene von Arbeitsagenturbezirken zumindest für das Jahr 2010 jedoch nicht. Während in Greifswald und OVP der Ausbildungsstellenmarkt fast ausgeglichen war, gab es in UER rein rechnerisch für jeden vierten an einer Ausbildung interessierten Jugendlichen keinen betrieblichen Ausbildungsplatz. Noch 2011 war hier knapp jeder fünfte Ausbildungsplatz außerbetrieblich. Dieser Altkreis gehörte damit im Jahr 2010 zu jenen Regionen Ostdeutschlands, die aus Perspektive der Jugendlichen eine ungünstige Ausbildungssituation aufweisen. Umgekehrt bedeutet diese Entwicklung für die Unternehmen – wie häufig unter dem Stichwort Fachkräftemangel thematisiert – eine steigende Zahl an unbesetzten Ausbildungsstellen. Diese Zunahme fiel in Greifswald und OVP mit 39 Prozent mehr als doppelt so hoch aus wie in UER. Es ist davon auszugehen, dass sich seit dem Jahr 2010 die Zahl der freien Ausbildungsstellen weiter erhöht hat. Anhaltspunkte für Handlungsansätze kann eine vertiefte Analyse der unbesetzten Ausbildungsstellen nach Berufsbranchen sein. Angesichts der zum Teil sehr starken regionalen Unterschiede in der Ausbildungsstellensituation und den Beschäftigungsmöglichkeiten sollten auch die Potenziale einer Berufsorientierung innerhalb des neuen Lk, über die Altkreisgrenzen hinweg, ausgelotet werden.

144 Vgl. Abschlussbericht der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Überprüfung des Jugendarbeitsschutzgesetzes 2011: S 30ff.
145 Schöngen 2003: 35 ff.

Das **Ausbildungsspektrum des Lk** enthält ca. 43 Berufsgruppen, darunter weist Greifswald ein etwas vielfältigeres Ausbildungsangebot auf. Der Ausbildungsmarkt ist stark geprägt durch die Bereiche Handel, Logistik, Metall, Maschinenbau und -wartung, Installation u.ä. sowie Wirtschaft und Verwaltung. Als regionalspezifisch bedeutsame Branche kommt darüber hinaus in OVP dem Hotel- und Gaststättengewerbe ein hoher Stellenwert für die Ausbildung zu. Die steigende Bedeutung des Dienstleistungssektors im Lk schlug sich zwischen 2007 und 2010 tendenziell auch in einem Bedeutungsgewinn dieses Sektors als Ausbildungsbranche (Handel, Verkauf, Gesundheit und Körperpflege) nieder. Ebenso gab es in Teilen des gewerblich-technischen Bereiches (Metall, Maschinenbau-, -wartung u.ä. Berufe) einen Zuwachs an Ausbildungsplätzen **(vgl. Kapitel 1)**. Stark rückläufig waren die Auszubildendenzahlen in der Land-, Gartenbau-, Bau- und Holzwirtschaft, dem Fahr- und Flugzeugbau sowie in der Hotel- und Gaststättenbranche. Die Ursachen dafür können sowohl in konjunkturellen Entwicklungen liegen als auch in Schwierigkeiten Ausbildungsplätze zu besetzen.

Ein genauerer Blick auf die Auszubildenden an den beruflichen Schulen im Lk zeigte, dass es offenbar nur in geringem Maße gelang, junge Frauen für handwerkliche und technische Berufe zu gewinnen. Bei einem **Anteil weiblicher Auszubildender** von im Schnitt 40 Prozent sind junge Frauen vermehrt in wenigen „frauentypischen" Branchen wie z.B. Gesundheit, Körperpflege oder Verkauf zu finden. Damit zeichnet sich das **Aufbrechen geschlechterspezifischer Berufswahl** als ein relevantes Handlungsfeld im Übergang Schule-Beruf ab.

Mit Blick auf die **schulischen Voraussetzungen** mündeten im Jahr 2010 mit 76 Prozent mehrheitlich junge Menschen mit Berufs- und Mittlerer Reife in eine duale Ausbildung an den beruflichen Schulen im Lk ein. Dieser Anteil ist seit 2007 in Greifswald und OVP rückläufig. Gemessen an den Schulabsolventen verweisen die Ergebnisse jedoch auf eine Verbesserung der Ausbildungschancen von Jugendlichen mit Berufsreife. Vor allem in Greifswald ist ein steigender Anteil von Auszubildenden mit Fachhochschulreife und Abitur zu beobachten. Zugleich wurde der Anteil von neuen Auszubildenden ohne Berufsreife seit 2007 immer geringer und lag 2010 bei unter 10 Prozent. Eine Ausnahme ist die Entwicklung in OVP, wo dieser sogar um 5 Prozent gestiegen ist. Gemessen an der Zahl junger Menschen, die ohne Berufsreife die Schule verlässt, erscheint der Anteil von Auszubildenden ohne Berufsreife vor allem in UER insgesamt sehr niedrig. Das verweist auch angesichts der steigenden Quote von Förderschülern auf wichtige Integrationsherausforderungen. Sie liegen zum einen in den in der Schule erworbenen Kompetenzen und in der familiären Unterstützung beim Übergang in eine Ausbildung. Zum anderen stellt sich auch die Frage, wie die Rahmenbedingungen einer Ausbildung so gestaltet werden, dass auch lernschwächeren Jugendlichen stärker als bisher betriebliche Ausbildungsperspektiven eröffnet werden. So werden beispielsweise in der Region spezielle Berufe mit einem theoriereduzierten Anteil nur sehr selten betrieblich ausgebildet. Nicht zuletzt ist zu fragen, wo die restlichen Jugendlichen ohne Abschluss sind. Durchlaufen sie zunächst diverse Maßnahmen der Jugendberufshilfe, verbleiben sie ohne eine Ausbildung oder besuchen sie eine andere Berufsschule? Welche Wege gehen junge Menschen mit geistigen und körperlichen Behinderungen? Für die Fachkräftesicherung und für die individuellen Perspektiven dieser Jugendlichen sind das wichtige Fragen, denen mit weiteren Daten wie auch in Gesprächen mit in diesem Bereich Tätigen nachgegangen werden sollte. Hierfür sollte perspektivisch ein Monitoringkonzept i.R. einer thematischen Analyse erarbeitet werden.

Schließlich wurde anhand der Ergebnisse zu den in der Ausbildung erworbenen Zeugnissen, Schulabschlüssen und den Vertragsauflösungsquoten ein – wenn auch begrenztes – Bild zu den **Erfolgen in der dualen Ausbildung** gezeichnet. Insbesondere ist festzuhalten, dass der Anteil an Jugendlichen ohne ein Abschlusszeugnis der Berufsschule in OVP und vor allem in UER seit 2000 fast stetig angestiegen ist. Im Jahr 2010 schloss jeder vierte Jugendliche an den beruflichen Schulen die Ausbildung ohne erfolgreiches Berufsschulzeugnis ab. Darunter können sich allerdings auch leistungsstarke Jugendliche befinden, die vorzeitig ausgelernt haben. Im Rahmen ihrer Ausbildung erwarben sieben Jugendliche im Jahr 2010 zusätzlich die Berufsreife und 61 die Mittlere Reife. Der hohe Anteil an nicht erfolgreichen Abgängern an der Berufsschule hat sicherlich mehrere Gründe. Sie verweisen einmal auf die Frage nach der Anschlussfähigkeit von in der Schule erworbenen

Kompetenzen an die Anforderungen der Berufsschule, auch mit Blick auf die gestiegenen Anforderungen in den Ausbildungsordnungen. Zum anderen stellt sich die Frage nach den Rahmenbedingungen für den Berufsschulunterricht. In den letzten Monaten wurde in der öffentlichen Diskussion vielfach auf die schwierige Lehrpersonalsituation an den Berufsschulen verwiesen. Nicht zuletzt dürften auch die Motivation der Jugendlichen und der persönliche Stellenwert der Berufsschule für ihre Ausbildungsbiografie eine Rolle für diese Ergebnisse spielen. Beim Übergang in eine Arbeit obliegt es den Betrieben, ob und welcher Stellenwert das Berufsschulzeugnis bei der Einschätzung der Kompetenzen hat.

Zur **Auflösung von Ausbildungsverträgen** konnten nur für bestimmte Berufsgruppen belastbare Aussagen getroffen werden. Die höchsten Anteile erreichten im Jahr 2010 die Hotel- und Gaststättenbranche und die Berufsgruppe der Köche in UER und OVP. Im Jahr 2010 wurde hier mehr als jeder zweite aktuell oder früher begonnene Ausbildungsvertrag aufgelöst. Noch über 40 Prozent Vertragsauflösungen werden beim Verkaufspersonal in UER und im Hotel- und Gaststättengewerbe in Greifswald erreicht. In der Gesamttendenz sind also personalintensive Dienstleistungsbranchen von sehr hohen Vertragsauflösungsquoten betroffen, die aber regional teilweise sehr unterschiedlich ausfallen. Weil eine Vertragsauflösung jedoch nicht automatisch einen Ausbildungsabbruch bedeutet, liegt die tatsächliche „Abbruchquote“, von der vielfach in den Medien gesprochen wird, darunter. Daher würde es auch zu kurz greifen, die Vertragsauflösungen nur auf eine mangelnde berufliche Orientierung der Jugendlichen zurückzuführen. Vielmehr gilt es, im Gespräch mit den betroffenen Branchen die Gründe für Vertragsauflösungen näher zu beleuchten, um die jeweiligen Handlungsbedarfe herauszufinden. Diese können sich z.B. auf den Bereich der Berufsorientierung richten, aber auch auf Fragen der Ausbildungsqualität. In der Hotel- und Gaststättenbranche findet hierzu schon länger eine Diskussion statt, in der die Verbesserung von Rahmenbedingungen eingefordert bzw. auch schon umgesetzt wird.

5.2.4 Zentrale Ergebnisse und Herausforderungen

Sinkende Schülerzahlen und Strukturverschiebungen im Berufsbildungssystem

Im Jahr 2010 lernten an den beruflichen Schulen im Lk 6.808 Jugendliche in verschiedenen Bildungsgängen in drei der Teilbereiche des Berufsbildungssystems mit folgenden Anteilen:

- betriebliche/außerbetriebliche Ausbildung (duales System): 62 Prozent
- vollzeitschulische Ausbildung (Schulberufssystem): 30 Prozent
- Berufsvorbereitungsjahr, berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen der Agentur für Arbeit (Übergangssystem): 8 Prozent.

Seit 2007 sank die Zahl junger Menschen an den Berufsschulen um 19,3 Prozent. Am stärksten war das Übergangssystem mit 46 Prozent betroffen. Im dualen System reduzierte sich die Zahl der Auszubildenden an den Berufsschulen um 30 Prozent in OVP und 20 Prozent in UER. Als insgesamt stabiler Ausbildungsbereich zeigte sich das Schulberufssystem.

Konzentration und Ausdünnung der regionalen Berufsschullandschaft – Steigenden Mobilitätsanforderungen begegnen!

Die Zahl der beruflichen Schulen im Land – die zu Regionalen Berufsbildungszentren weiterentwickelt werden sollen – wurde in den letzten Jahren stark konzentriert. Im Lk VG haben sich das Spektrum der Ausbildungsberufe und damit die Zahl der Auszubildenden an den Berufsschulen regional stark reduziert. Mittlerweile werden in OVP nur noch 10 und in UER nur noch 15 Ausbildungsberufe beschult. Das Spektrum von HGW hingegen umfasst 48 Ausbildungsberufe. Auch im Schulberufssystem erhöhte sich der Stellenwert von Greifswald als Ausbildungsstandort mit dem Rückgang der Schülerzahlen weiter. In 2010 sind bereits 70 Prozent aller Schüler im Schulberufssystem an Berufsfachschulen und höheren Berufsfachschulen im Lk in der Hansestadt anzutreffen. Mehr als die Hälfte aller Schüler besucht

dabei eine höhere Berufsfachschule in privater Trägerschaft und überwiegend in Greifswald. Diese Entwicklung erfordert eine steigende Mobilität von Jugendlichen in einer Ausbildung v.a. in den ländlichen Räumen.

Mit der zunehmenden räumlichen Konzentration von Ausbildungsstandorten ist zu untersuchen, wie sowohl die Qualität als auch die erforderliche Zusammenarbeit verschiedener Akteure in der Berufsausbildung in einem Flächenkreis mit weiten Wegen gesichert werden kann, und welchen Einfluss die aktuelle Struktur der regionalen Berufsbildungslandschaft auf die Ausbildungsentscheidungen von Jugendlichen hat. Dazu gehören auch Aspekte der Abstimmung von Standortprofilen, insbesondere mögliche Ergänzungen von Greifswald und den beruflichen Schulen in der Fläche, um Synergien zu erzielen, und ein breites Angebot in der Region zu halten. Das sollte auch den möglichen Beitrag privater Träger in der Schulentwicklungsplanung bis hin zu möglichen Kooperationen zwischen den beruflichen Schulen umfassen. Vieles spricht daher für eine verstärkte Auseinandersetzung mit der räumlichen Dimension der beruflichen Bildung im Lk VG. In diesem Zusammenhang besteht u.a. Untersuchungsbedarf hinsichtlich der tatsächlichen Mobilitätsströme in der beruflichen Bildung (z.B. Einpendler/Auspendler). Auch fehlen Informationen zur Passgenauigkeit des Angebotsprofils im Hinblick auf regionale Bedarfe und die Ausbildungswünsche junger Menschen in der Region.

Integrationsprobleme an der ersten Schwelle – Regionales Übergangsmanagement und Rahmenbedingungen der Ausbildung von benachteiligten Jugendlichen verbessern!

Trotz sinkender Schülerzahlen und unbesetzter Ausbildungsstellen gelingt einem gleichbleibenden, regional teilweise sogar steigenden Anteil junger Menschen ohne Berufsreife kein direkter Einstieg in die Ausbildung. Eine nicht unerhebliche Anzahl durchläuft dabei mehr als nur eine berufsvorbereitende Maßnahme. In UER und in HGW hatte im Jahr 2010 zudem fast jeder zweite Jugendliche im Übergangssystem (bezogen auf das Berufsvorbereitungsjahr und die berufsvorbereitenden Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit) einen Schulabschluss und galt damit formal als ausbildungsreif. Der Erwerb der Berufsreife verdeutlicht die Qualifizierungsleistung der Berufsvorbereitung. Die Mehrheit verließ jedoch das Übergangssystem ohne Berufsreife. Zudem erwarb im Überganssystem jeder zweite Jugendliche kein Abschlusszeugnis. Auf Integrationsprobleme verweist schließlich auch der mit unter 10 Prozent sehr niedrige Anteil von jungen Menschen ohne Berufsreife in einer dualen Ausbildung – außer in OVP.

„Gelingt [eine systematische Übergangsgestaltung] nicht, so wächst aufseiten der Jugendlichen das Risiko, dass sie ihre Bildungs- und Ausbildungsanstrengungen (…) resigniert[146] einstellen.“ Wie gut künftig eine stärkere Integration lernschwächerer Jugendlicher in berufliche Ausbildung gelingt, ist mit Blick auf die demographische Entwicklung eine Schlüsselfrage für die Region. Die komplexe Thematik umfasst sowohl die in der Schulzeit erworbenen Voraussetzungen – hier ist der Lk u.a. mit einer steigenden Quote der Förderschüler konfrontiert – als auch die Wirkung eines nach Qualifikation stark segmentierten Ausbildungsmarktes, der immer weniger Möglichkeiten für Jugendliche mit Lernschwächen o.ä. bietet. Für den Lk ist die Gestalt des Übergangssystems ein Bereich mit hoher Steuerungsrelevanz. Mit den Produktionsschulen und anderen Aktivitäten am Übergang Schule-Beruf ist ein durchaus vielfältiges Spektrum der Jugendberufshilfe vorhanden, das angesichts heterogener Zielgruppen erhalten werden sollte. Potentiale bestehen hier zum einen in einer vertieften Prüfung, wie gut das Zusammenspiel der verschiedenen Angebote für den Integrationserfolg funktioniert. Regionale Experten haben in dem Zusammenhang auf die Chance einer durchgängig abgestimmten Dokumentation von Teilnehmern in der Jugendberufshilfe verwiesen. Zum anderen erscheint es notwendig, sich mit den Ansätzen in der Berufsvorbereitung angesichts der weiterhin bestehenden und zum Teil immer schwieriger erreichbaren Gruppe von benachteiligten Jugendlichen stärker auseinanderzusetzen. Ein für die Diskussion interessanter Aspekt kann hierbei auch die Auseinandersetzung mit den zum Teil sehr ausgeprägten regio-

146 Braun, Frank / Gaupp, Nora / Lex, Tilly et al. 2008: 43.

nalen Unterschieden sein. Nicht zuletzt sollten im Austausch mit Kammern, der Agentur für Arbeit und weiteren wichtigen Partnern auch die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Ausbildung benachteiligter Jugendlicher thematisiert werden.[147]

Wichtiger Beitrag der beruflichen Schulen beim Erwerb weiterführender Schulabschlüsse – Chancengerechtigkeit ausbauen!

Durch den Erwerb allgemeinbildender Abschlüsse auch an beruflichen Schulen wird die Gesamtzahl der erworbenen allgemeinbildenden Schulabschlüsse im Lk je nach Abschlussart teils deutlich erhöht. Davon profitieren v.a. männliche Jugendliche, die allerdings überwiegend die Berufsreife nachholen. Beim Erwerb der Hochschulreife hingegen überwiegen junge Frauen.

Vor dem Hintergrund der Chancengerechtigkeit besteht Untersuchungsbedarf zu den geschlechtsspezifischen Unterschieden und der Motivation der Jugendlichen für das Nachholen eines Schulabschlusses in Verbindung mit den Erfolgsquoten. Das gilt insbesondere für die Frage, wie sich mehr männliche Jugendliche und solche mit oder ohne Berufsreife an den beruflichen Schulen weiterqualifizieren können.

Der Ausbildungsmarkt – zwischen Fachkräftemangel und Integrationsproblemen

Das Ausbildungsprofil des Lk ist geprägt von den Bereichen Gesundheit, Handel, Logistik, Metall, Maschinenbau, -wartung u. ä. sowie Wirtschaft und Verwaltung. Als regionalspezifisch bedeutsame Branche kommt in OVP dem Hotel- und Gaststättengewerbe und in UER den Gießereien ein hoher Stellenwert zu. Insbesondere der Dienstleistungssektor konnte zwischen 2007 und 2010 seine Bedeutung als Ausbildungsbranche steigern. Einen Zuwachs an Ausbildungsplätzen gab es auch in Teilen des gewerblich-technischen Bereiches. Bei einem Anteil weiblicher Auszubildender von 40 Prozent waren hierbei junge Frauen hauptsächlich in wenigen „frauentypischen“ Branchen, wie z.B. Gesundheit, Körperpflege oder Einzelhandel (Verkauf), zu finden. Die Ausbildungssituation für Jugendliche hat sich mit dem Rückgang der Zahl unversorgter Bewerber verbessert. Während im Jahr 2010 der Ausbildungsmarkt in HGW und OVP fast ausgeglichen war, gab es jedoch in UER rein rechnerisch für jeden vierten an einer Ausbildung interessierten Jugendlichen keinen betrieblichen Ausbildungsplatz. Noch 2011 lernte hier knapp jeder fünfte Jugendliche in einer außerbetrieblichen Ausbildung. Die insgesamt sich entspannende Ausbildungssituation brachte für die Unternehmen eine steigende Zahl an unbesetzten Ausbildungsstellen mit sich, vor allem in HGW und OVP.

Die Gewinnung von jungen Nachwuchskräften ist – wie vielfach hervorgehoben – ein zentrales Thema für den Lk. Dafür muss u.a. der Blick auf die Integrationspotentiale der hohen Zahl von Jugendlichen im Übergangssystem und in einer außerbetrieblichen Ausbildung gerichtet werden. Weitere Ansätze bestehen in einer vertieften Analyse der unbesetzten oder aufgelösten Ausbildungsstellen nach Branchen, die Hinweise für die Berufsorientierung geben können. Schließlich zeichnen sich als weitere relevante Handlungsfelder das Aufbrechen der stark geschlechterspezifischen Berufswahlmuster wie auch die Potentiale polnischer Jugendlicher zur Gewinnung von Nachwuchskräften ab.

Rahmenbedingungen für den Berufsschulunterricht und in der Ausbildung verbessern

Ein Abschlusszeugnis der Berufsschule erhält jeder Auszubildende, der in allen Unterrichtsfächern bzw. Lernfeldern eine Leistung von mindestens „ausreichend“ aufweist. Im Jahr 2010 verließ jeder vierte Jugendliche in einer dualen Ausbildung die Berufsschule ohne solch ein Zeugnis. Das ist grundsätzlich nicht negativ zu werten, denn darunter können sich auch leistungsstarke Jugendliche befinden, die vorzeitig ausgelernt haben. Auffällig ist der starke Anstieg der Quote nicht erfolgreicher Abgänger an Berufsschulen in UER auf 40 Prozent. Ebenso stachen extrem hohe Auflösungsquoten von Ausbildungsverträgen in einzelnen, vor

147 Die beruflichen Bildungsverläufe von Jugendlichen mit geistigen und/oder körperlichen Behinderungen sollten Bestandteil des nächsten Bildungsberichtes werden.

allem personalintensiven Dienstleistungsbranchen hervor. An erster Stelle stand mit bis zu über 50 Prozent gelösten Verträgen die Hotel- und Gaststättenbranche, gefolgt vom Bereich Verkaufspersonal.

Angesichts des steigenden Anteils nicht erfolgreicher Abgänger an der Berufsschule stellt sich die Frage nach der Anschlussfähigkeit der schulisch erworbenen Kompetenzen an die Anforderungen in der Berufsschule. Auch spielt bei der Verbesserung der Rahmenbedingungen die Gestaltung des Berufsschulunterrichtes eine wichtige Rolle. Von den Experten und auch in der Öffentlichkeit wird aktuell verstärkt auf die schwierige Lehrpersonalsituation an den Berufsschulen verwiesen. Daher muss eine bildungspolitische Auseinandersetzung mit dieser Thematik solche Rahmenbedingungen an den Berufsschulen zentral in den Blick nehmen. Die Vertragsauflösungen in einer dualen Ausbildung nur auf eine mangelnde Berufsorientierung zurückzuführen, greift zu kurz. Vielmehr gilt es, im Gespräch mit den betroffenen Branchen, die Gründe für Vertragsauflösungen näher zu beleuchten, um mögliche Handlungsansätze zu benennen. Diese können sich z.B. auf die Berufsorientierung richten, aber auch auf Fragen der Ausbildungsqualität. In der regionalen Hotel- und Gaststättenbranche findet hierzu schon länger eine Diskussion statt, bei welcher die Verbesserung von Rahmenbedingungen eingefordert bzw. auch schon umgesetzt wird.

Vollzeitschulische Ausbildungsangebote weiterentwickeln!

Während junge Männer in der dualen Ausbildung und Berufsvorbereitung überwiegen, werden im Schulberufssystem zu 75 Prozent junge Frauen mit sehr hohen Erfolgsquoten in überwiegend regional bedeutsamen Dienstleistungsberufen ausgebildet. Damit kommt dieser Ausbildungsform eine hohe Bedeutung für die beruflichen Perspektiven junger Frauen und deren möglichem Verbleib in der Region zu. Zum anderen zeigt sich, dass diese Bedeutung in besonderem Maße in der Stadt Greifswald zum Tragen kommt. Die ländlichen Regionen haben es deutlich schwieriger, ein vielfältiges Ausbildungsspektrum anzubieten.

Mit Blick auf die in den letzten Jahren erfolgte Abwanderung, gerade auch junger Frauen, sind der Erhalt einer attraktiven Angebotsstruktur in Greifswald sowie in der Fläche und eine sinnvolle Ergänzung von öffentlichen und privaten Trägern wichtig. Dabei geht es auch um die Ausrichtung auf zukunftsträchtige Dienstleistungsbranchen und die gezielte Weiterentwicklung durch neue Berufsbilder. Untersuchungsbedarf besteht u.a. hinsichtlich des Verbleibs der Absolventen. In diesem Zusammenhang sollten auch die Attraktivität und Potentiale der Ausbildung (ergänzende Sprach- bzw. grenzüberscheitende Komponenten, Ausbildungsfinanzierung) und die beruflichen Perspektiven in der Region (Lohnstrukturen, Arbeitsbedingungen) thematisiert werden.

Berufsbildung in der gemeinsamen deutsch-polnischen Grenzregion – Polnische Jugendliche ausbilden!

Nichtdeutsche Jugendliche unter 20 Jahren sind an den beruflichen Schulen im Lk bisher kaum vertreten, trotz des relativ größeren Anteils an der Gesamtbevölkerung. Die wachsende Zahl insbesondere polnischer Jugendlicher an den Schulen im unmittelbaren Grenzraum zu Stettin zeigt, dass perspektivisch mehr nichtdeutsche Jugendliche an den beruflichen Schulen vertreten sein werden.

Eine Chance für die beruflichen Schulen ist, mehr junge Migranten aus der Region auszubilden und Auszubildende stärker auf einen gemeinsamen deutsch-polnischen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt vorzubereiten. Dabei gilt es u.a., aktiv um polnische Jugendliche aus dem Lk und aus Polen zu werben und die Angebote stärker zu öffnen und danach auszurichten, z.B. in der vollzeitschulischen Ausbildung in Tourismus-, Gesundheits- und Pflegeberufen. Untersuchungsbedarf besteht hinsichtlich der Wirkungen von grenzüberschreitenden Ausbildungsinitiativen und des Verbleibs nichtdeutscher Jugendlicher beim Übergang Schule-Beruf.

NON-FORMALE LERNWELTEN

6. Non-formale Lernwelten

Über Kindertagesstätten, Schulen und Ausbildung hinaus bieten sich zahlreiche Bildungsmöglichkeiten an. Sie umfassen vielfältige Themen und werden in unterschiedlichster Form von verschiedensten Anbietern organisiert. Dieser Bereich ist derart weitläufig, dass er in diesem Bildungsbericht lediglich in Grundzügen aufgegriffen werden kann. Insofern beschränkt sich das folgende Kapitel auf Volkshochschulen, Musikschulen und Bibliotheken.

Die Auswahl dieser Anbieter ist unter anderem damit begründet, dass für sie eine öffentliche Verantwortung definiert ist. Aufgrund dessen befinden sich die Volkshochschulen und Musikschulen allesamt in kommunaler Trägerschaft. Bibliotheken werden, mit einigen Ausnahmen, durch die kreisangehörigen Städte und Gemeinden getragen.

Da es sich mit dem vorliegenden Bildungsbericht um den ersten für den Lk VG handelt, werden die drei Anbietertypen vorgestellt. Ziel der Ausführungen ist es, einen ersten Überblick über die derzeitige Situation und grundsätzliche Entwicklungen zu geben.[148] Die Betrachtung folgt dabei mehreren Leitfragen. So werden zunächst die Aufgaben und Funktionen der einzelnen Anbieter beschrieben. Ebenso wird das Augenmerk auf die örtliche Verfügbarkeit der Angebote gelegt, wie auch Angebotsinhalte und Teilnahme konkretisiert werden. Auf dieser Basis folgen dann erste Überlegungen, welche Herausforderungen sich jeweils für Musikschulen, Bibliotheken und Volkshochschulen ergeben. Diese Handlungsbedarfe orientieren sich dabei stets an der übergeordneten Zielstellung, wie die Teilnahmequoten der einzelnen Bildungsbereiche erhöht werden können.

Non-formale Bildungsangebote in öffentlicher Verantwortung

Nicht zuletzt durch das Wirken des Deutschen Bildungsrates in den 1970er Jahren ist eine Diskussion aufgekommen, die sich bis heute durch die erziehungswissenschaftliche Fachwelt zieht. Es geht um das Verhältnis von öffentlicher und privater Verantwortung im Bildungswesen. Reicht es aus, Bildung einem sich selbst regulierendem Markt zu überlassen – auf die Gefahr hin, dass bestimmte Angebote nicht vorhanden sind – oder sollte sie staatlich reguliert werden?

In den zuvor beschriebenen Bildungsbereichen – frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung **(vgl. Kap. 3)**, Schule **(vgl. Kap. 4)** und berufliche Bildung **(vgl. Kap. 5)** – steuert meist der Staat die Inhalte und Organisation der Bildungsarbeit. Eine Fülle von Lehrplänen und Curricula, Gesetzestexten und Verordnungen, Handlungsauflagen und definierten Verantwortungen, aber auch weitreichende staatliche Finanzierung sind die Folge. Allerdings hört Bildung hier noch lange nicht auf. Jenseits dieses formalisierten Systems finden sich unzählige non-formale Bildungsmöglichkeiten, die Bildungsinteressierten als offene bzw. nicht verpflichtende Angebote zur Verfügung stehen, wie beispielsweise Vereine, Museen, Theater oder eben Volkshochschulen, Musikschulen und Bibliotheken.

Genau hier ist auch das wohl prägendste Kennzeichen des non-formalen Bildungsbereichs auszumachen. Jegliche Teilnahme geht auf das Eigenengagement der mit den Angeboten angesprochenen Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen zurück. Auch wenn anderweitig, wie z.B. seitens der Sozial-, Jugend- oder Arbeitsmarktpolitik für bestimmte Zielgruppen Bildungsbedarfe konstatiert werden, bleibt es doch jedem selbst überlassen teilzunehmen. Die Anbieter können ihrerseits lediglich versuchen, möglichst attraktive Rahmenbedingungen zu schaffen, um Teilnehmer zu gewinnen. Zu diesen Bedingungen gehören unter anderem eine möglichst kostengünstige Angebotsgestaltung oder die leichte Erreichbarkeit.

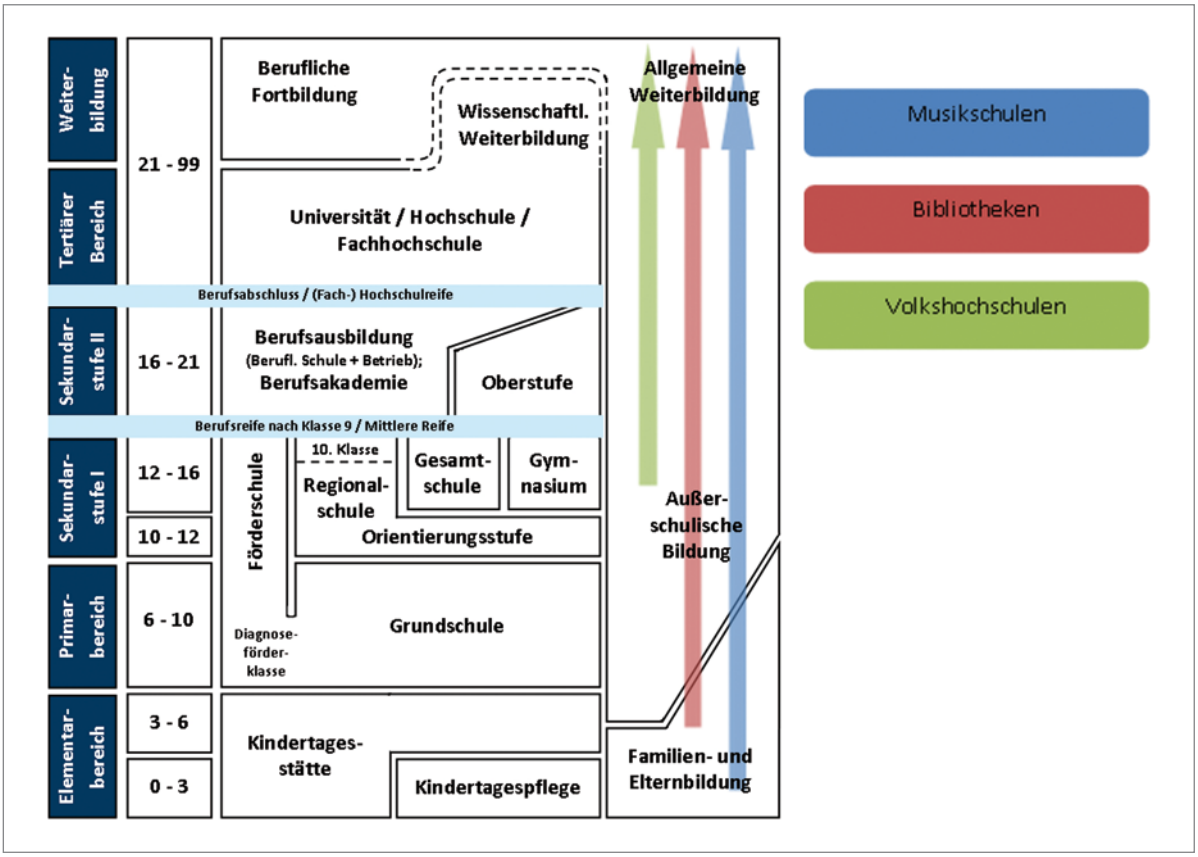
148 Noch nicht berücksichtigt wurden z.B. Aktivitäten der Heimvolkshochschule Lubmin, der Jugendkunstschulen oder private Musikschulangebote.

In der gesamten Vielfalt der non-formalen Bildungsmöglichkeiten werden einige Angebote als so wichtig erachtet, dass sie nicht der bloßen Marktwillkür überlassen werden. Insbesondere trifft dies auf allgemeine und politische Weiterbildung sowie kulturelle Bildung zu.[149] Auch wenn der staatliche Eingriff hier nicht so weit reicht, wie es im formalen Bildungssystem der Fall ist, finden sich dennoch Regelungsgrundlagen. Auf deren Basis ist die öffentliche Verantwortung definiert und das Vorhandensein entsprechender Angebote sichergestellt.

Durch diese Rahmenbedingungen wird gewährleistet, dass jedem Einwohner Bildungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen, um in einer komplexer werdenden Lebenswelt aktiv an Gesellschaft und Beruf teilzuhaben. So erfüllen non-formale Bildungsangebote wichtige Ergänzungsfunktionen über das formale Bildungssystem hinaus. Nicht nur sinnvolle Freizeitgestaltung oder Erholung sind die Bildungsziele der Angebote, auch Meinungsbildung für eine aktive politische Einflussnahme, Integration bzw. Inklusion bestimmter Zielgruppen, wie Zuwanderer oder der nachträgliche Erwerb von Qualifikationen unterstreichen die Bedeutung non-formaler Angebote.

Neben Museen und Theatern sind es vor allem die hier beschriebenen Volkshochschulen, Musikschulen und Bibliotheken, die in öffentlicher Verantwortung eine Bildungsgrundversorgung mit entsprechenden Bildungsmöglichkeiten und -zielen bereitstellen. Diese Einrichtungen befinden sich hauptsächlich in kommunaler (entweder kreislicher oder gemeindlicher/städtischer) Trägerschaft und stellen mit staatlicher Ko-Finanzierung sicher, dass ein bezahlbares, erreichbares, vielfältiges und bedarfsgerechtes Bildungsangebot bereitsteht, so auch im Lk VG. Weitergehend ist kennzeichnend, dass die Einrichtungen, parallel zum formalen Bildungssystem, das lebenslange Lernen über weite Strecken begleiten (**s. Abbildung 96**).

Abbildung 96: Volkshochschulen, Bibliotheken und Musikschulen im Bildungssystem



eigene Darstellung

149 Siehe z.B. Schulgesetz MV; Weiterbildungsförderungsgesetz MV; Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Projektförderung im kulturellen Bereich sowie nach § 96 des Bundesvertriebenengesetzes.

Die nachfolgenden Darstellungen sind im aktiven Dialog mit den Bildungsexperten aus Volkshochschulen, Musikschulen, Bibliotheken und Verwaltung entstanden. Ein Großteil der statistischen Daten wurde von den Anbietern selbst zur Verfügung gestellt, was aufgrund der Lücken in der amtlichen Statistik zu regionalisierten Daten über non-formale Lernwelten auch notwendig war. Einzig das Bibliothekswesen ist relativ gut von der amtlichen Statistik abgebildet, so dass sich die Fachdiskussion hier überwiegend auf Interpretationshilfen gestützt hat.

6.1 Die Vereinigten Volkshochschulen Vorpommern-Greifswald

Die Volkshochschulen haben sich im Laufe der letzten Jahre deutschlandweit als zentrale Institution der kommunalen Daseinsvorsorge und wichtiger Garant einer bürgerorientierten Bildungsinfrastruktur bewährt. Volkshochschulen *„stehen für das Recht auf lebenslanges Lernen, für Bildungsgerechtigkeit und ein umfassendes Bildungsverständnis.* […] *Das Weiterbildungszentrum Volkshochschule ist zugleich Lernort, Gestaltungsort und sozialer wie kultureller Treffpunkt für alle.* [Darüber] *hinaus unterstützen sie ihre Kommunen auch, indem sie eine trägerübergreifende Weiterbildungsberatung leisten sowie bei der Umsetzung arbeitsmarkt- und sozialpolitischer Zielsetzungen.“*[150]

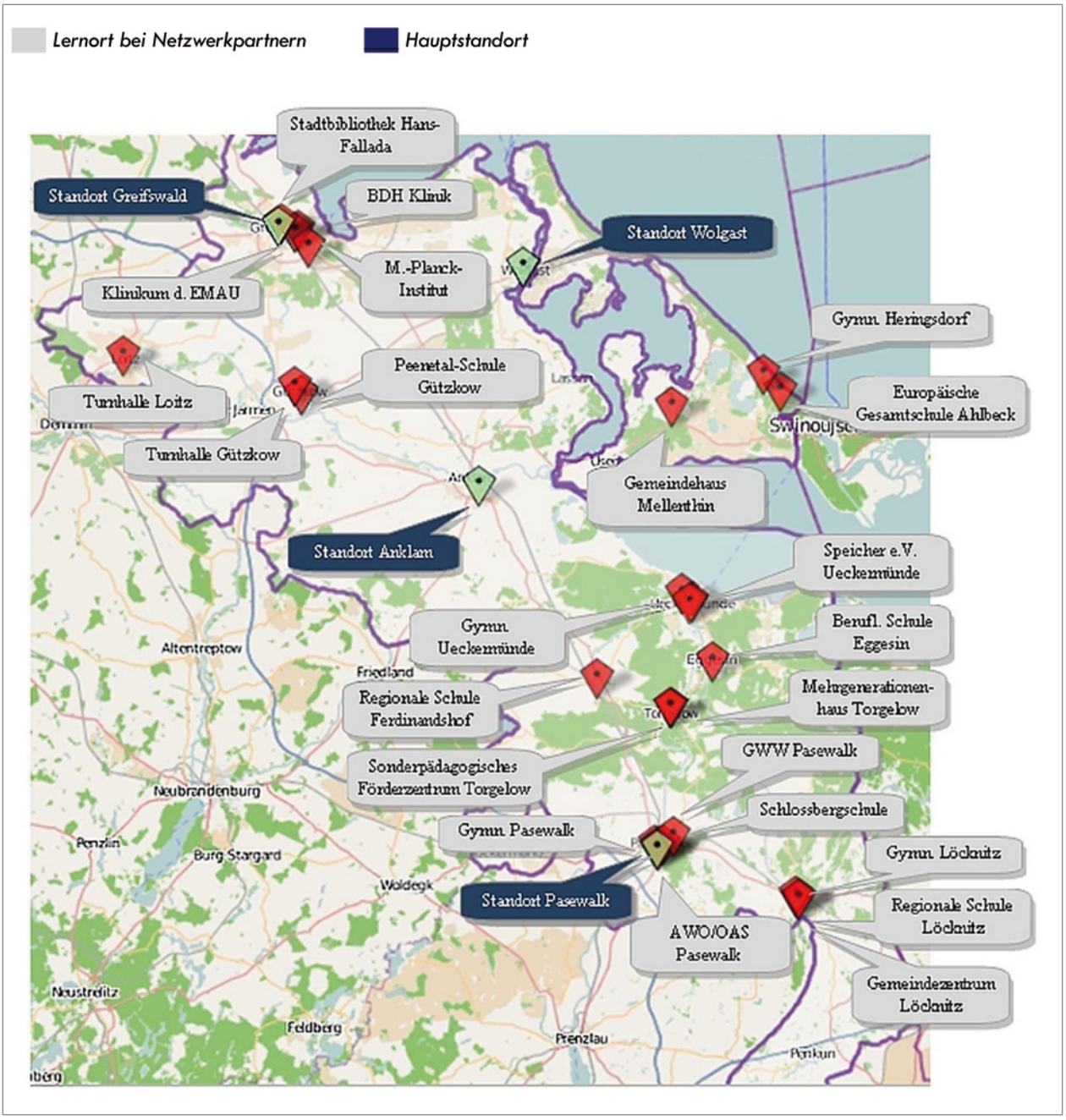
In Mecklenburg-Vorpommern ist die Arbeit der Volkshochschulen durch das Weiterbildungsförderungsgesetz MV (WBFöG MV) und die Kommunalverfassung (KV MV) geregelt. Demnach sind die Kommunen für eine Weiterbildungsgrundversorgung der Bevölkerung verantwortlich. Eingeschlossen sind alle Erwachsenen und jungen Menschen ab 14 Jahren.[151] Um dieser Aufgabe nachzukommen, haben die ehemaligen Lk OVP, UER, wie auch die Universitäts- und Hansestadt Greifswald jeweils eigene Volkshochschulen eingerichtet. Mit Beschluss der durch die Volkshochschulen gemeinsam formulierten Satzung im Kreistag am 27.2.2012 haben sich die drei Einrichtungen zu den Vereinigten Volkshochschulen VG (VVVG) zusammengeschlossen. Gleichsam hat der Lk deren Trägerschaft übernommen. In diesem Zusammenhang hat sich der Lk auch verpflichtet, die notwendigen Ressourcen als Eigenanteil der Finanzierung für die Arbeit der VVVG bereitzustellen.[152] Darüber hinaus beziehen die Volkshochschulen öffentliche Mittel (Zuschuss des Landes), Drittmittel und Teilnehmergebühren.

Ergänzend zur Satzung haben die VVVG ein gemeinsames Leitbild erarbeitet. In diesem *„garantieren* [die Volkshochschulen] *Bildung für jedermann, unabhängig von Alter, Geschlecht, sozialen Bedingungen.“*[153] Auch wird genannt, dass sie parteipolitisch unabhängig, konfessionsfrei und sozial verpflichtet arbeiten. Besondere Betonung erfährt die Kundenorientierung als Aspekt der qualitätsorientierten Arbeit. So sind die Vereinigten Volkshochschulen VG einerseits staatlich anerkannt und andererseits auf der Grundlage des bundesweit anerkannten LQW-Systems (Lernorientierte Qualitätstestierung in der Weiterbildung) qualitätstestiert.[154]

Deutschlandweit sind die Volkshochschulen im jeweiligen Volkshochschulverband des Bundeslandes organisiert und werden auf Bundesebene durch den Deutschen Volkshochschulverband (dvv e.V.) vertreten. Regional sind die VVVG in unterschiedlichen Bildungs- und Sozialnetzwerken (z. B. „Netzwerk für Migration“ und Netzwerk „Hilfe für Alleinerziehende“) verankert und gestalten *„ihre Bildungsarbeit in enger Zusammenarbeit mit anderen Institutionen des öffentlichen Lebens“*[155] **(vgl. Karte 13)**.

150 Meisel 2011: 3.
151 Vgl. § 89 (1) und (2) sowie § 92 (1) (Kommunalverfassung KV MV); Gesetz zur Förderung der Weiterbildung in MV (WBFöG MV).
152 Satzung der Vereinigten Volkshochschulen VG.
153 Vgl. Leitbild der Vereinigten Volkshochschulen VG.
154 Vgl. Zech 2005.
155 Leitbild der Vereinigten Volkshochschulen VG 2012.

Karte 13:
Stand- und Lernorte der Volkshochschulen



Datenquelle:
Atlas VG (online unter: http://46.4.28.8/ovp/atlas2/index.html);
Eigene Darstellung.

6.1.1 Der Angebotsumfang der Volkshochschulen

Inhaltlich orientiert sich das Weiterbildungsangebot an 6 Fachbereichen:

1. Politik-Gesellschaft-Umwelt
2. Kultur und Gestalten
3. Gesundheit
4. Sprachen
5. Arbeit und Beruf
6. Grundbildung und Schulabschlüsse

Innerhalb dieser Fachbereiche werden die Kurse in unterschiedlicher Form organisiert. So gibt es Abend- oder Wochenendkurse, Vormittags- und Nachmittagsseminare, Auftrags- und Kooperationsmaßnahmen, Vollzeitkurse im Rahmen von Integrationskursen oder Projekten. Darüber hinaus befinden sich auch Einzelveranstaltungen, Vorträge und Ausstellungen sowie Studienfahrten und Exkursionen im Programm der VVVG. Ergänzt wird das Angebot durch Lernberatungen für die Teilnehmer.

In einigen der Volkshochschulkurse können anerkannte Abschlüsse erworben werden. Diesbezüglich sind auf unterschiedlichen Ebenen (z.B. EU, dvv e.V., Volkshochschulverband MV) Anforderungen formuliert bzw. Curricula festgelegt worden, auf deren Basis die entsprechenden Angebote durchgeführt werden. Hervorzuheben sind:

- Schulabschlussprüfungen gemäß der Volkshochschulabschlussverordnung (Berufsreife mit Leistungsfeststellung und mittlere Reife)
- europäisch anerkannte Sprachprüfungen
- Xpert und Xpert Business (europaweit anerkannte berufliche Qualifikationen in EDV und Wirtschaft)
- international anerkannte Cambridge Zertifikate
- VHS-Zertifikatsprüfungen
- Einstufungstests für Sprachkurse
- Einbürgerungstests
- von den Krankenkassen anerkannte Präventivkurse

Durch diese Angebote ergänzen die Volkshochschulen das formale Bildungssystem und vor allem das Schulwesen. Angesichts der wachsenden Zahl von Schulabgängern ohne Abschluss **(vgl. Kap. 4.7)** und ohne fundierte Grundqualifikation bleiben die Türen zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt für viele Jugendliche verschlossen. Indem die Volkshochschulen die Möglichkeit anbieten, den Schulabschluss nachträglich zu erwerben, wird all denen eine zweite Chance geboten, die es im ersten Anlauf nicht geschafft haben.

Weitergehend heben die Volkshochschulen in dem oben genannten Leitbild hervor, dass sie Bildungsfernen besondere Aufmerksamkeit schenken. So bieten sie u.a. Alphabetisierungskurse für diese Zielgruppe an. Aktuell beteiligen sich die Volkshochschulen an der nationalen Offensive zur Verbesserung von Lese- und Schreibkompetenzen. Weitergehend wird auch das Ziel der Vermittlung interkulturellen Wissens explizit betont. Auf diesem Weg möchten die VVVG zu mehr Toleranz und Verständnis für andere Kulturen beitragen.

6.1.2 Volkshochschulkurse: Anzahl, Dauer und Belegung

Überblick über die Fachbereiche

Die Gesamtanzahl der durchgeführten Kurse konnten die Volkshochschulen im Zeitraum von 2005 bis 2010 von 502 auf 708 erhöhen. Das entspricht einer Zunahme von rund 40 Prozent. Ähnliche Steigerungen konnten bei den Teilnehmern erzielt werden. Nachdem im Jahr 2005 knapp 5.800 Bildungsteilnehmer die VHS-Kurse besuchten, waren es 2010 bereits 7.665.
Trotz einer steigenden Anzahl an Kursen verharren die erteilten Unterrichtsstunden auf relativ konstantem Niveau. Hier stehen 22.499 Unterrichtsstunden im Jahr 2005 einer Anzahl von 22.073 Unterrichtsstunden im Jahr 2010 gegenüber. Aus diesem Verhältnis leitet sich ab, dass mehr Weiterbildungsangebote mit mehr Teilnehmern durchgeführt werden, zeitgleich aber die Dauer und damit die tatsächlichen Lernzeiten der einzelnen Veranstaltungen abgenommen haben. Dies ist eine Folge von kommunalpolitisch beschlossenen Entgelterhöhungen, wodurch wiederum Teilnehmer ferngeblieben sind. Um letztlich die Kurse zu verträglichen Preisen anbieten zu können, musste der Umfang reduziert werden **(vgl. Tabelle 49)**.[156]

	Kurse	Unterrichtsstunden	Belegungen
2005	502	22.499	5.788
2006	524	22.105	6.157
2007	547	20.865	5.328
2008	617	19.478	6.538
2009	683	21.680	7.333
2010	708	22.073	7.665

Tabelle 49:
Kurse, Unterrichtsstunden und Belegungen an VHS-Kursen in VG (2005 bis 2010)

Datenquelle:
Vereinigte Volkshochschulen VG

In der **Abbildung 97** werden die prozentualen Veränderungen gegenüber den Vorjahren besonders deutlich. Sie zeigt die Schwankungen bei der Entwicklung von Belegungen, Unterrichtsstunden und Kursen zwischen 2006 und 2010.

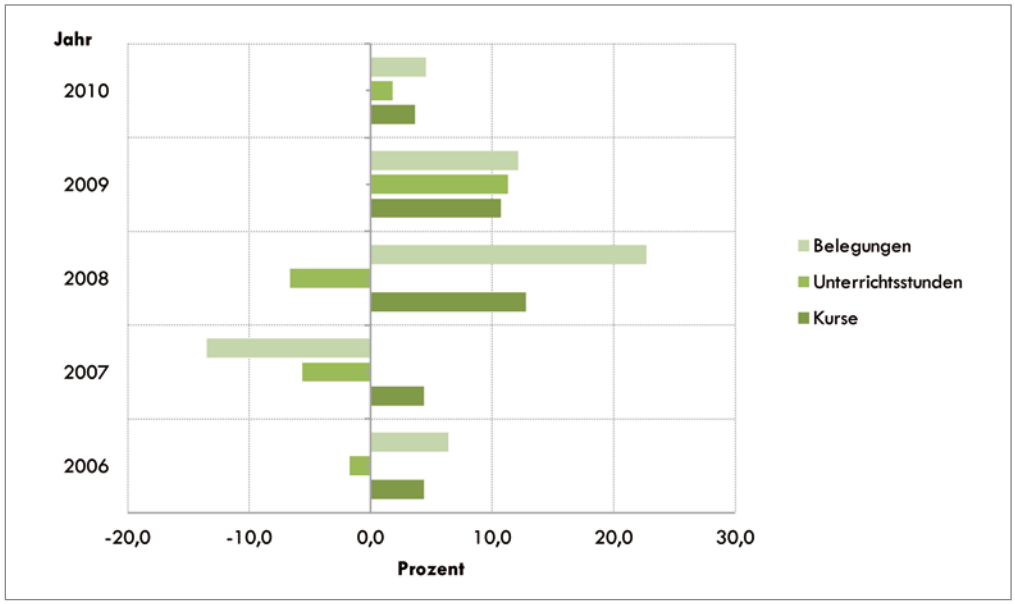


Abbildung 97:
Entwicklung der Belegungen, Unterrichtsstunden und Kurse (2006 – 2010)
(Veränderung in Prozent, jeweils gegenüber dem Vorjahr)

Datenquelle:
Vereinigte Volkshochschulen VG

156 Nach Aussage der Volkshochschulen.

Bei diesen Betrachtungen fällt auch auf, dass es im Jahr 2007 einen deutlichen Rückgang bei Belegungen und Unterrichtsstunden gegeben hat, welche bereits im Folgejahr wieder ausgeglichen werden konnten. Die Unterrichtsstunden sanken währenddessen nochmals. Vorsichtig interpretiert sind diese Entwicklungen ein Stück weit auf ein Schulabschlussprojekt zurückzuführen, welches im Jahr 2007 ausgelaufen ist. Durchgeführt wurde die Maßnahme im Rahmen des Bundesmodellvorhabens „Lernende Regionen". Im Rahmen dieses Projektes wurde die Möglichkeit geschaffen, Grundbildungskurse durch eine zusätzliche sozialpädagogische Betreuung aufzuwerten. So konnten an der VHS-Greifswald ca. 500 und an der VHS-OVP mehr als 1.100 Unterrichtsstunden ergänzend durchgeführt werden.

Zu betonen ist, dass die zur Verfügung stehenden Daten nicht ausreichen, um diese Entwicklungen zu erklären. Ohne eine Gesamtübersicht über die angebotenen und die tatsächlich zustande gekommenen Weiterbildungsveranstaltungen oder die durchgeführten Projekte auf der einen Seite und eine Übersicht über organisatorische Bedingungen (Verfügbarkeit von Dozenten, Marketingmaßnahmen der Volkshochschulen, Möglichkeiten der Standortnutzung, etc.) auf der anderen Seite, können an dieser Stelle die komplexen Ursachen zur vollständigen Erklärung der Entwicklungen nicht ausgemacht werden. Sowohl die beschriebenen generellen Steigerungen der Kurs- und Belegungszahlen als auch punktuelle Ausreißer bedürfen einer eingehenderen Betrachtung.

Die Fachbereiche im Einzelnen

Im Fachbereich Sprachen sind im Berichtszeitraum mit deutlichem Vorsprung die meisten Belegungen auszumachen. Insgesamt können mehr als 50 Prozent aller Belegungen diesem Fachbereich zugeordnet werden. Einen Höhepunkt stellte das Jahr 2010 dar, wo über 3.900 Teilnehmer Sprachen in Volkshochschulkursen lernten.

Innerhalb des Fachbereichs Sprachen erstrecken sich die Kurse von Englisch, Spanisch, Französisch, Deutsch über Dänisch, Norwegisch, Russisch, Polnisch, Schwedisch, Türkisch, Arabisch bis hin zu Japanisch und Chinesisch.

Hinsichtlich der Bevölkerungsentwicklungen der letzten Jahre haben die Volkshochschulen mit ihrem Angebot zielgruppenspezifisch reagiert und bieten Einwohnern mit ausländischen Wurzeln Integrations- bzw. Inklusionsmöglichkeiten.[157] Für Zuwanderer, zum Beispiel aus Polen, sind in diesem Fachbereich besondere, zielgruppenspezifische Angebote enthalten, die zur Verbesserung von Sprachkompetenzen genutzt werden können (z.B. Beratung, Leistungsfeststellung, Integrationssprachkurse, Deutsch als Zweitsprache, Prüfungen). Der Angebotsumfang erstreckt sich dabei über alle Niveaustufen des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen (GER). Neben Integrationskursen und Einbürgerungstests, inklusive entsprechender Vorbereitungskurse, reichen diese Stufen vom Anfängerkurs bis zum Konversationstraining.

Die geringste Nachfrage war demgegenüber 2010 im Fachbereich Politik-Gesellschaft-Umwelt zu verzeichnen. Mit einer Gesamtbelegung von 337 Teilnehmern ist die Nachfrage an Sprachangeboten vergleichsweise zehnmal so hoch. In der Zeitreihe stellt sich dies als permanente Erscheinung heraus **(vgl. Abbildung 98)**.

Um das Spektrum an Bildungsmöglichkeiten im Bereich Politik-Gesellschaft-Umwelt zu erweitern, werden zur Zeit Umweltbildungsangebote der Volkshochschulen in Zusammenarbeit mit den regionalen Naturparks erarbeitet.

157 Vgl. Kapitel Rahmenbedingungen.

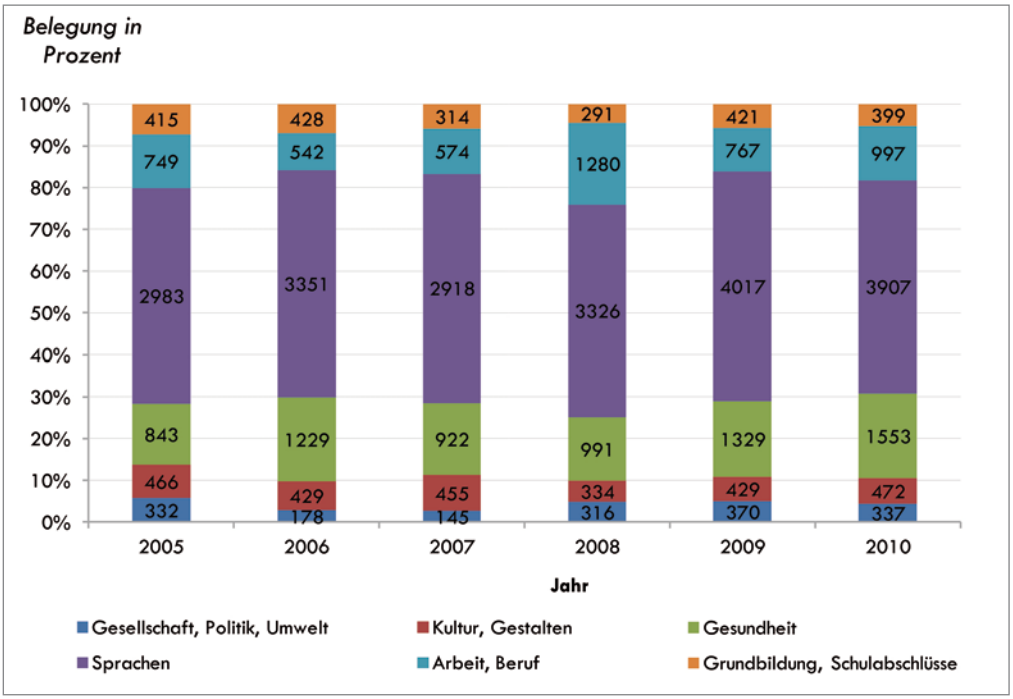


Abbildung 98: Entwicklung der Kursbelegungsanteile nach Fachbereichen (2005 bis 2010)

Datenquelle: Vereinigte Volkshochschulen VG

Unter Rückgriff auf die Zahlen der Volkshochschulstatistik des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung kann festgehalten werden, dass die in der Grafik abzulesenden Tendenzen sowohl dem Bundes- als auch dem Landestrend entsprechen.

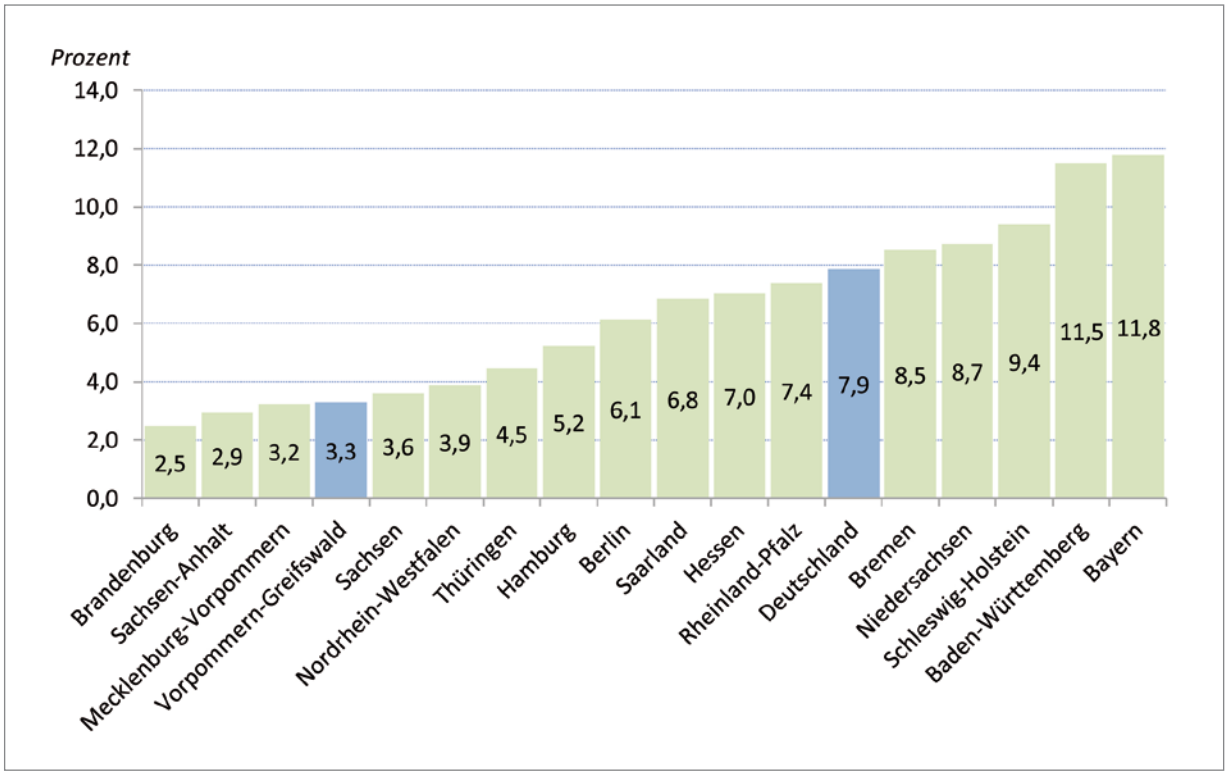
6.1.3 Erschließung von Räumen mit geringer Weiterbildungsbeteiligung

Rein quantitativ lässt sich die Teilnahmequote an VHS-Angeboten über die Anzahl der durchgeführten Kurse und der mit den Kursen angesprochenen Bevölkerung errechnen. So ergibt sich im Jahr 2010 eine Beteiligungsquote von 7,5 Prozent in Greifswald. Im ländlichen Teil des Lk (mit der Gebietskulisse der ehemaligen Lk UER und OVP) ergeben sich demgegenüber zwei Prozent. Insgesamt liegt die Weiterbildungsbeteiligung an den Kreisvolkshochschulen für den gesamten Lk VG bei 3,3 Prozent. Im Vergleich dazu waren es in ganz MV 3,2 Prozent, während in Deutschland 7,9 Prozent aller Einwohner VHS-Kurse in Anspruch genommen haben **(vgl. Abbildung 99)**.

Warum sich die Teilnahmequoten von Bundesland zu Bundesland bzw. auch in der Region von Standort zu Standort derart unterschiedlich zeigen, lässt sich zurzeit nicht beantworten. Angesichts der Zahlen kann bis hierhin zumindest festgehalten werden, dass alle Standorte, an denen die drei Volkshochschulen ihre Angebote durchführen **(s. Karte 13)** unterschiedliche Ausgangsbedingungen mitbringen. Einige Faktoren, die möglicherweise eine Rolle spielen, gehen zurück auf organisatorische Aspekte der Angebote, z.B.:

- Verfügbarkeit von Kursen (was wiederum von Raum-, Personal- und Materialausstattung abhängt),
- Transparenz bzw. Bekanntheit von Angeboten oder
- Preise der Weiterbildungsveranstaltungen

Abbildung 99: Teilnahmequoten an Angeboten der Volkshochschulen in Deutschland (2010)



Datenquelle: Volkshochschulstatistik 2010; Destatis

Ferner bergen Standortbedingungen und Einwohnersituation mögliche Ursachen, z.B.:

- alternative Angebote,
- Unterstützung der VHS vor Ort,
- Mobilität der Bildungsinteressierten,
- Kaufkraft der Einwohner oder
- Bildungsstand und daraus resultierende Bildungsinteressen und -motivation der Einwohner (Bildungskumulationsthese[158])

Bevor hierzu weiterführende Aussagen getroffen werden können, müssen belastbare sozialraumanalysierende Daten erhoben werden. Auf dieser Basis bestünde dann auch die Möglichkeit, rahmenbedingungsgerechte Konzepte zu entwickeln, um die Weiterbildungsbeteiligungsquoten der VHS-Kurse zu steigern.

Erste Hinweise sind den Untersuchungen des Modellvorhabens „Region schafft Zukunft" in der Modellregion „Stettiner Haff"[159] zu entnehmen. Hier wurde im Zeitraum von 2008 bis 2009 näher beleuchtet, wie und ob die Kursorte der Volkshochschulen von den Einwohnern erreicht werden können. Genauer betrachtet wurde die Erreichbarkeit der Veranstaltungsorte von Sprachkursen und von Grundbildungs- und Schulabschlusslehrgängen per Privat-PKW und mit öffentlichen Verkehrsmitteln.

158 Vgl. BMBF 2006, S. 104ff;Gnahs 2001: 303.
159 Die Modellregion „Stettiner Haff" umfasst die Gebiete der Altkreise Ostvorpommern und Uecker-Randow.

Zum Hintergrund sei kurz erläutert, dass die Volkshochschulen Sprachkurse deutlich dezentraler eingerichtet haben, als Kurse des Fachbereichs Grundbildung/Schulabschlüsse. Mit insgesamt 18 Sprachkurslernorten übertreffen diese die Anzahl der Veranstaltungsorte mit Grundbildungs- oder Schulabschlusskursen um genau das Doppelte.

Im Ergebnis der Untersuchung des Modellvorhabens konnte für alle Einwohner der Lk OVP und UER mit eigenem PKW festgestellt werden, dass die Veranstaltungsorte von Sprachkursen mit einer Fahrzeit von maximal 45 Minuten erreicht werden können. Bei den eher zentral angebotenen Grund- und Schulabschlusskursen sind es 80 Prozent der Einwohner, die innerhalb von 45 Minuten mit eigenem PKW zum Lernort gelangen. Mit öffentlichen Verkehrsmitteln verlängern sich die Anreisewege massiv. Nach 45-minütiger Wegstrecke ist es nur für 50 Prozent der Einwohner möglich, einen Kursort zu erreichen. Weitergehend, mit Bus, Bahn oder zu Fuß, können ein Viertel der Einwohner die Angebote erst nach einer Fahrtzeit von 1,5 und jeder zehnte erst nach zwei Stunden und mehr erreichen.

Im Fazit wurde festgehalten: „Die Gegenüberstellung zeigt für beide Kreise [OVP und UER], dass die Kursteilnehmer aus Wohnorten kommen, denen hinsichtlich der Erreichbarkeitsqualität des jeweiligen Angebots überwiegend höhere Werte zugemessen wurden. Aus Siedlungsbereichen mit sehr geringen Erreichbarkeitswerten fragen (fast) keine Teilnehmer das Angebot nach.“[160]

Deutlich wird, dass kurzfristig Bildungskonzepte für die nachhaltige Angebotsgestaltung im ländlichen Raum erarbeitet werden müssen. Lernen unter ökonomisch vertretbaren Bedingungen vor Ort zu ermöglichen, ist eine dringende Aufgabe in den nächsten zwei Jahren.

Wenn das Weiterbildungsangebot der VVVG in die Fläche getragen werden soll, müssten einige Grundsatzfragen geklärt werden:

- Ist bei den kreisangehörigen Städten und Gemeinden Bereitschaft und Engagement vorhanden, aktiv an der Erhöhung der Weiterbildungsbeteiligung mitzuwirken? Bzw. können noch mehr Gemeinden gewonnen werden, um die Arbeit der Volkshochschulen zu unterstützen und um die Teilnahmequote zu erhöhen?
- Inwieweit können die Städte und Gemeinden Verantwortung zur Erschließung der gemeindlichen Infrastruktur und Vermittlung/Bereitstellung von personeller Unterstützung für Volkshochschulen übernehmen?
- Wie kann an die vorhandenen Strukturen, z.B. Schulen, Kindergärten oder Gemeinderäume angeknüpft werden (z.B. Mitnutzung von vorhandener Ausstattung in diesen Einrichtungen, wie Technik – Laptops, Beamer, Lehr- Lernmaterialien, etc.)?
- Wie kann Unterstützung in Form von bürgerschaftlichem Engagement gewonnen, eingesetzt und koordiniert werden?
- Wie können die Rahmenbedingungen angepasst werden (vor allem im Hinblick auf die Mindestteilnehmerzahl oder Preisgestaltung)?
- Gibt es neue Organisationsformen (z.B. internetbasiert) von Weiterbildungsveranstaltungen, die mehr Personen eine Teilnahme ermöglichen würden? Und welche Rahmenbedingungen werden hierfür benötigt?

160 Arbeitsgruppe „Kulturelle Bildung“ 2009: 66.

6.2 Musikschulen im Landkreis Vorpommern-Greifswald

6.2.1 Gesetzesgrundlage und Auftrag

„Musizieren unterstützt Kinder und Jugendliche in ihrer Persönlichkeitsentwicklung. Die jungen Menschen lernen viel mehr als nur ein Instrument; sie lernen selbstbewusstes Auftreten, aber auch Kritikfähigkeit und Teamfähigkeit. Musikalische Bildung hilft Kindern und Jugendlichen Eigeninitiative und Leistungsbereitschaft zu entwickeln. All das sind Schlüsselkompetenzen, die sie ihr ganzes Leben gut gebrauchen können. Deshalb sollten wir Kindern und Jugendlichen im doppelten Sinne die richtigen Instrumente an die Hand geben."[161]

In Mecklenburg-Vorpommern finden Musikschulen ihre gesetzliche Grundlage im § 133 des Schulgesetzes MV. Hiernach besteht die Hauptaufgabe einer musikalischen Grundausbildung, sowohl für Laien und Liebhaber als auch für angehende Musikstudenten, eine Berufsorientierung und -vorbereitung zu gewährleisten. Weitergehend obliegt den Musikschulen die Findung und Förderung von musikalisch Begabten.[162] Über das Gesetz hinaus erfüllen sie kommunalrelevante bildungs-, kultur-, jugend- und sozialpolitische Aufgaben. Auch richtet sich das Angebot nicht nur an Schüler, sondern begleitet das lebenslange Lernen von der Kindertagesstätte bis ins Seniorenalter **(s. Abbildung 96)**. *„In der Musikschule kommen Menschen aus unterschiedlichen Bevölkerungsschichten, allen Generationen und verschiedenen Kulturkreisen zusammen und lernen voneinander."*[163]

Des Weiteren wird die Bedeutung der Musikschulen durch den Deutschen Städtetag, den Lktag und den Deutschen Städte- und Gemeindebund unterstrichen.[164] Diese Gremien haben erstmals gemeinsam 2010 die bestehenden Leitlinien und Hinweise, besonders zur Sicherung und Weiterentwicklung der öffentlichen Musikschulen, überarbeitet. In dem so entstandenen Papier wurde deutlich herausgestellt, dass Musikschulen eine wichtige Rolle in den Bildungslandschaften spielen und über eine rein musikalische Ausbildung hinaus auch Persönlichkeitsentwicklung, Kreativität, Leistungsbereitschaft, Ausdauer und Konzentration stärken. Zunehmende Ganztagsbeschulung und der demographische Wandel stellen künftige Herausforderungen für Musikschulen dar. Ebenso müssen Bevölkerungsschichten mit geringen finanziellen Möglichkeiten die gleichen Teilnahmechancen erhalten, wie alle anderen.[165]

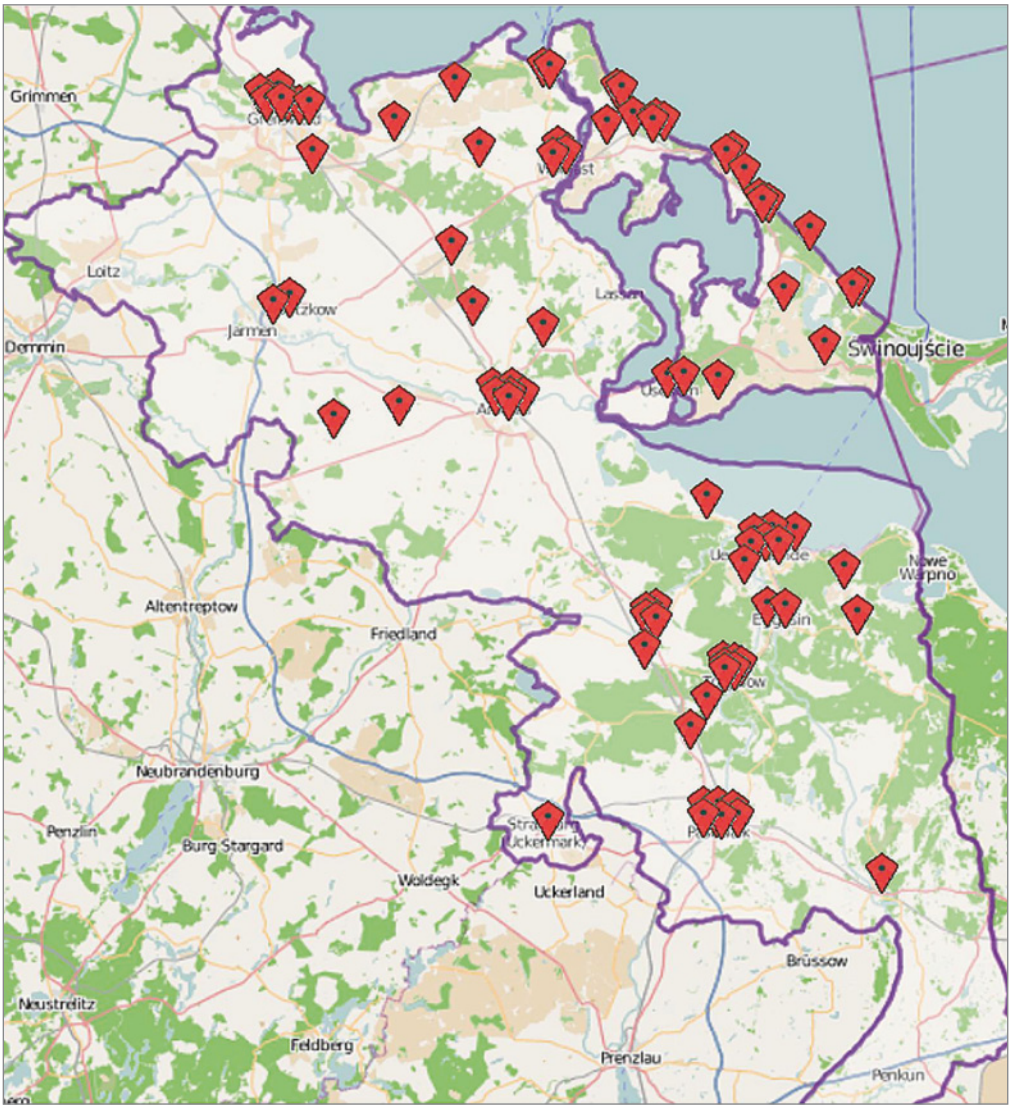
6.2.2 Erreichbarkeit des Musikschulangebotes

Im Lk VG gibt es neben einigen privaten Anbietern drei öffentlich gemeinnützige Musikschulen in kommunaler Trägerschaft. Sie sind sowohl staatlich als auch vom Verband deutscher Musikschulen anerkannt und tragen das VdM-Qualitätssiegel. Zwei der Einrichtungen, ehemals Kreismusikschule OVP und Kreismusikschule UER, haben eine gemeinsame Satzung verfasst. So wie die Satzung der Volkshochschulen wurde auch diese Satzung am 27.02.2012 bestätigt und die Trägerschaft der Musikschulen durch den Lk übernommen. Darüber hinaus unterhält die Universitäts- und Hansestadt Greifswald eine weitere, öffentlich getragene Musikschule.

Örtlich präsent sind die Musikschulen mit ihren Hauptstellen in Ueckermünde, Wolgast und Greifswald. Weiterhin werden Zweigstellen in Strasburg, Pasewalk, Torgelow und Anklam unterhalten. Darüber hinaus sind sie an 78 weiteren Unterrichtsorten mit Musikschulunterricht tätig, wobei es sich dabei häufig um Kindertagesstätten und Schulen handelt. Über die Zusammenarbeit mit den formalen Bildungseinrichtungen hinaus finden sich in der Liste der Kooperationspartner auch Vereine, Kirchen, Gemeinden, Städte und eine Kurverwaltung.

161 Schmidt, Renate 2003.
162 Vgl. § 133 Schulgesetz MV.
163 Verband deutscher Musikschulen (VdM) 2009.
164 Hier ist besonders zu beachten, dass sich alle drei Gremien auf ein gemeinsames Papier einigen konnten.
165 Deutscher Städtetag, Deutscher Lktag, Ausschuss für Bildung, Sport und Kultur des Deutschen Städte- und Gemeindebundes 2010.

Karte 14:
Unterrichtsorte der Musikschulen



Datenquelle:
Atlas VG (online unter: http://46.4.28.8/ovp/atlas2/index.html)

Im selben Zug wie für die Volkshochschulkurse wurde auch für die Musikschulangebote eine Erreichbarkeitsanalyse im Rahmen des Modellvorhabens Demografischer Wandel durchgeführt. Trotz der vielzähligen Unterrichtsorte hat sich im Ergebnis gezeigt, dass für einige Teile der Region dennoch schlechte Erreichbarkeitswerte bestehen. Sofern aus diesen Siedlungsbereichen Einwohner ein Musikschulangebot wahrnehmen, wären sie für eine Unterrichtsstunde mehr als drei Stunden unterwegs. Dies gilt vor allem dann, wenn öffentliche Verkehrsmittel genutzt werden. Gemildert wird die Situation allerdings dadurch, dass für viele Kinder und Jugendliche die Möglichkeit besteht, direkt im Anschluss an die Schule ihre Instrumental- oder Gesangsausbildung wahrzunehmen. Weitergehend „zeigen die Ergebnisse deutlich, dass eine bestehende Nachfrage, die derzeit aufgrund unzureichender Erreichbarkeiten nicht als Anmeldungen bei den Musikschulen ankommt, durch eine räumliche Ausweitung des Angebotes „abgeholt“ werden kann.“[166]

6.2.3 Das Musikschulangebot – Orientieren, Lernen, Ergänzen

Das Angebot der Musikschulen orientiert sich am Strukturplan des Verbandes deutscher Musikschulen (VdM) und ist in drei große Bereiche unterteilt. Angefangen mit der Grundstufe/Elementarstufe erstreckt es sich über Instrumental- und Vokalfächer bis hin zu Ergänzungs- und Ensembleunterricht. Überdies werden die Bereiche durch zielgruppenspezifische Angebote für Menschen mit Behinderung, für Erwachsene und Senioren, wie auch durch Projekte und Kooperationen ergänzt.[167]

Elementar- und Grundstufe

Inhaltlich wird in der Elementar- und Grundstufe das Fundament gelegt, auf deren Basis Kinder Musik entdecken und sich orientieren können. Durch das Kennenlernen von Musikstücken und Instrumenten, das Singen und Tanzen, werden die Wahrnehmung, insbesondere das Gehör ausgebildet, der Umgang mit der Stimme geschult, der Zusammenhang von Musik und Bewegung erfahren und grundlegende Elemente der Musiklehre vermittelt. Besondere Angebote der Grundstufe beziehen auch Eltern in den Eltern-Kind-Gruppen ein oder sind für Erwachsene und Senioren konzipiert.

Instrumental- und Vokalfächer

Im Mittelpunkt des weiterführenden Angebots stehen die Instrumental- und Vokalfächer. Hier können die Schüler auf vier Niveaustufen aus einem vielseitigen Instrumentenprogramm der Musikschulen wählen. Organisiert in Unter-, Mittel- und Oberstufe sowie studienvorbereitender Ausbildung erstreckt sich das Angebot über folgende Fächer:

- Streichinstrumente: Violine, Viola, Violoncello, Kontrabass, u.a.
- Zupfinstrumente: Gitarre, E-Gitarre, E-Bass, u.a.
- Holzblasinstrumente: Blockflöte, Querflöte, Klarinette, Fagott, Saxofon, Oboe u.a.
- Blechblasinstrumente: Trompete, Posaune, Horn, Tuba u.a.
- Tasteninstrumente: Klavier, Orgel, Akkordeon, Keyboard u.a.
- Schlaginstrumente: Schlagzeug, Percussion u.a.
- Gesang: Singen in unterschiedlichen Stilrichtungen, Stimmbildung u.a.

Die Musikschullehrer bedienen sich bei der Gestaltung der Fächer unterschiedlicher Lehr- und Lernformen, wie beispielsweise Klassenunterricht, Gruppenunterricht, Einzelunterricht, Kurse, Workshops oder Musiziergruppen. Besonders betont wird die Bedeutung des gemeinsamen Musizierens. Weil sich die Schüler aufeinander abstimmen müssen, werden nicht nur das Ohr und die Reaktionsfähigkeit geschult, sondern auch soziale Kompetenz erworben und die Motivation gesteigert.

166 Arbeitsgruppe „Kulturelle Bildung“ 2009: 43.
167 Die Ausführungen können im Detail im Strukturplan des VdM nachgelesen werden, vgl. Verband deutscher Musikschulen (VdM) 2009.

Ergänzungsunterricht

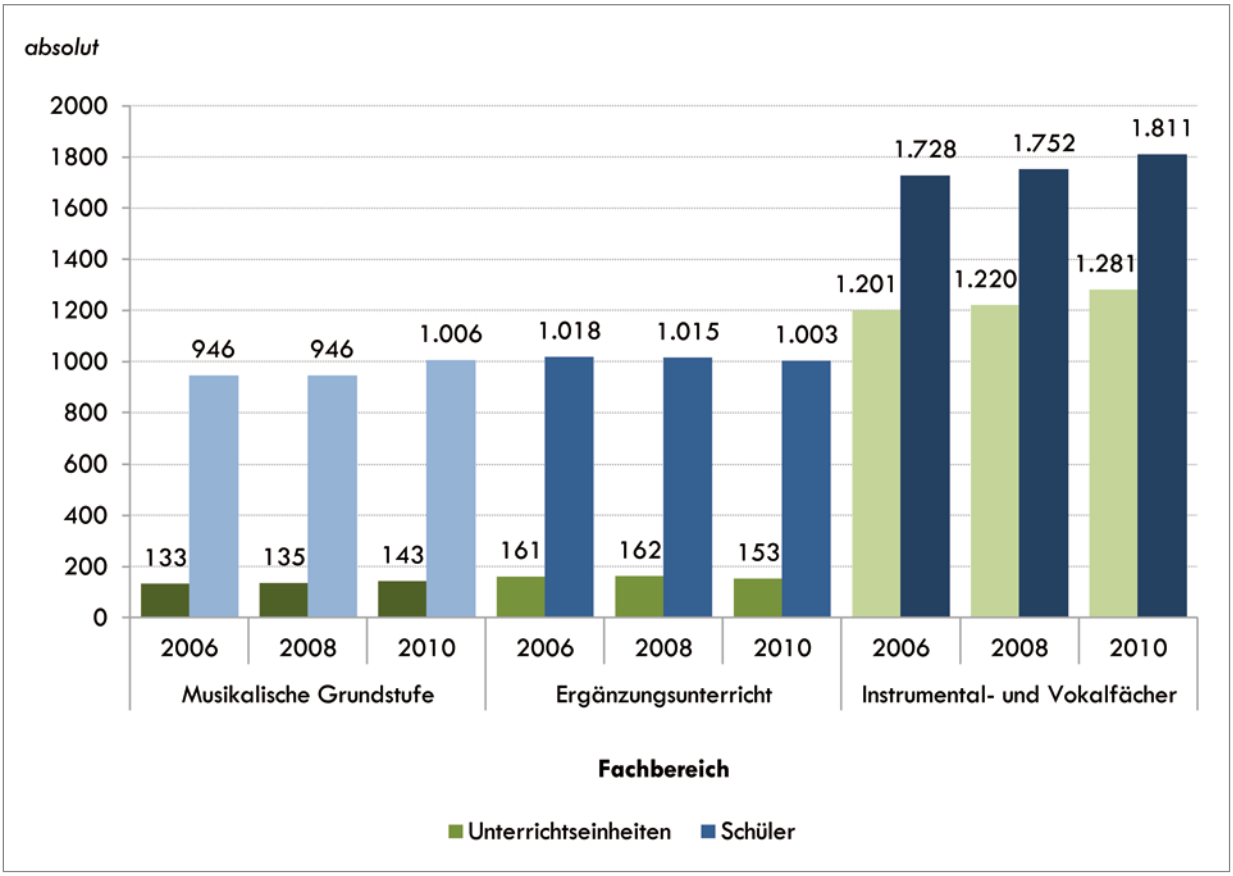
Ebenso steht das gemeinsame Musizieren gerade bei den Ensemblefächern im Vordergrund. Sing- und Spielgruppen, Chöre, Sinfonieorchester, Big Bands, Combos, Jazz-, Rock- und Pop-Bands, Musiktheater und Musical sind einige Beispiele. Währenddessen dienen die Ergänzungsfächer der inhaltlichen Bereicherung des Vokal- und Instrumentalunterrichts, indem weiterführendes Wissen oder Kompetenzen vermittelt werden. Allgemeine Musiktheorie, Hörerziehung, Musikgeschichte, Improvisation, Komposition, Arrangement, Tanz, Ballett, Rhythmik, sowie Musik und Computer sind weitere Bildungsangebote der Musikschulen.

6.2.4 Angebotsumfang und Belegungen

Musikalische Fachbereiche im Überblick

Im Berichtsjahr 2010 waren an den drei Musikschulen insgesamt 2.789 Schüler angemeldet. Durch Ausbildung in zwei oder mehr Instrumentenfächern und vor allem durch zusätzliche Inanspruchnahme der Ensemble- und Ergänzungsfächer wurden in den Unterrichtsfächern 3.820 Plätze belegt. Durchgeführt wurden ca. 1.580 Unterrichtseinheiten pro Unterrichtswoche. Mit Blick auf die vorangegangenen Jahre konnten die Musikschulen leichte Steigerungen erzielen. Während im Jahr 2006 rund 3.690 Belegungen in 1.490 Unterrichtseinheiten verzeichnet wurden, waren es im Jahr 2008 insgesamt 3.713 Belegungen in 1.517 Unterrichtseinheiten. Somit sind die durchgeführten Unterrichtseinheiten im angegebenen Zeitraum um 5,2 Prozent und die Belegungen um 3,4 Prozent gestiegen.

Abbildung 100: Entwicklung der Fachbelegungen an den Musikschulen nach Fächergruppen (2006 bis 2010)



Datenquelle: Kommunal getragene Musikschulen im Lk VG

Mit Blick auf die einzelnen Fachbereiche fällt zunächst auf, dass in der musikalischen Grundstufe wie auch in den Ergänzungsfächern deutlich mehr Musikschüler je Unterrichtseinheit anzutreffen sind als in den Instrumental- und Vokalfächern. Dies ist darin begründet, dass im Ensemble- und Ergänzungsunterricht, wie auch in der Grundstufe, eher Klassen- oder großgruppenbezogener Unterricht stattfindet, während die Instrumenten- und Gesangsausbildung häufig auch als Individualausbildung oder in Kleingruppen stattfindet.

Die zuvor genannten Belegungssteigerungen sind auf den zweiten Blick in der Grundstufe und dem Instrumental- und Vokalunterricht auszumachen. Insgesamt wurden 2010 gegenüber 2006 in der Grundstufe acht Prozent mehr Unterrichtseinheiten mit 6,3 Prozent mehr Belegungen durchgeführt. In den Instrumental- und Vokalfächern sind die Unterrichtseinheiten um 6,6 Prozent und die Belegungen um 4,8 Prozent gestiegen. Im Bereich des Ergänzungsunterrichts war bei den Ergänzungsfächern in diesem Zeitraum ein leichter Rückgang zu verzeichnen, während die Ensemblefächer ausgebaut wurden. Dennoch ist der Saldo dieses Bereichs leicht rückläufig.

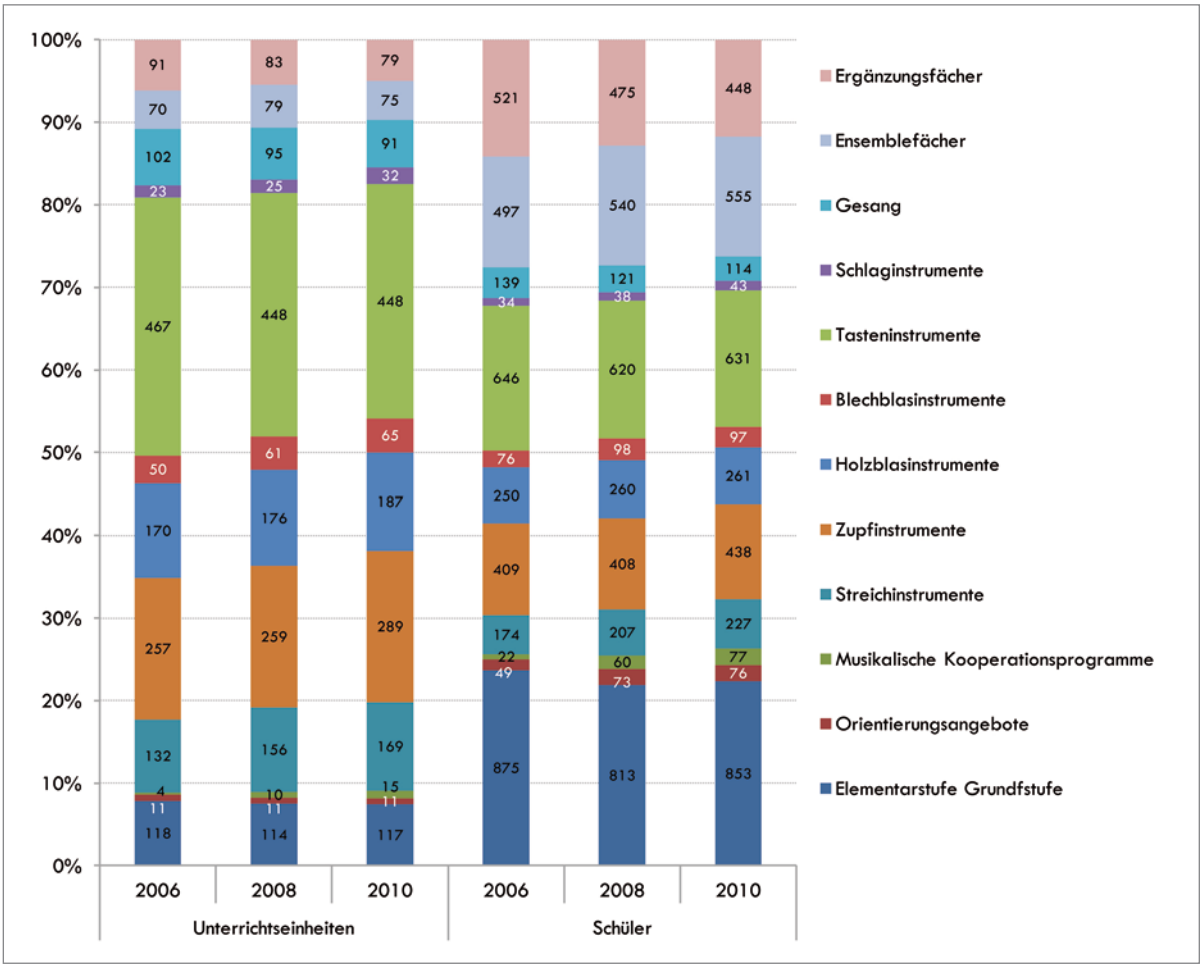
Verteilung der Belegungen

Innerhalb der Fachbereiche belegten die 2.789 Schüler mit einem Anteil von etwas mehr als 44 Prozent eine Instrumentalausbildung. Beliebteste Instrumentalfächer waren traditionell die Tasten- (16,5 Prozent) und Zupfinstrumente (11,5 Prozent). Im Bereich der musikalischen Kooperationsprogramme der Grundstufe konnten mit einem Zuwachs von 55 Teilnehmerbelegungen Steigerungen um fast das Vierfache im Betrachtungszeitraum verzeichnet werden. Insgesamt zeigten sich Unterrichtseinheiten und Schülerbelegungen relativ stabil.

Veranstaltungen als weiterer Lerninhalt

Über die Ausbildung und den Unterricht hinaus gehören Veranstaltungen genauso zum Alltag und zur praktischen Ausbildung einer Musikschule. Indem Schüler regelmäßig im Rahmen der Musikschule vorspielen oder bei Konzerten öffentlich auftreten, wird ihr Selbstbewusstsein gestärkt, Podiumssicherheit gewonnen und sie steigern ihre Kritikfähigkeit. Insofern sind auch Veranstaltungen ein wichtiges pädagogisches Moment der Musikschulen. Die Anzahl der Veranstaltungen, an denen die Musikschulen mitgewirkt bzw. welche sie selbst organisiert und durchgeführt haben, beliefen sich im Jahr 2010 auf 386. Besucht wurden die Veranstaltungen von knapp 37.000 Zuschauern im gesamten Jahr, wodurch unterstrichen wird, dass die Musikschulveranstaltungen das kulturelle Angebot der Region deutlich bereichern. Allerdings ist die Anzahl der Veranstaltungen im Berichtszeitraum seit 2006 um ca. fünf Prozent zurückgegangen. Vor allem Schul- und Kindergartenkonzerte werden weniger umgesetzt, da die Kinder nachmittags nicht mehr in die Konzerte kommen können. Stattdessen werden eher Mitmachaktionen durchgeführt, die im Bereich der musikalischen Kooperationsprogramme angeboten werden (**vgl. oben: Steigerung um ca. das Vierfache**).

Abbildung 101:
Entwicklung der Verteilung von Unterrichtseinheiten und Schülern nach Fächern (2006 bis 2010)

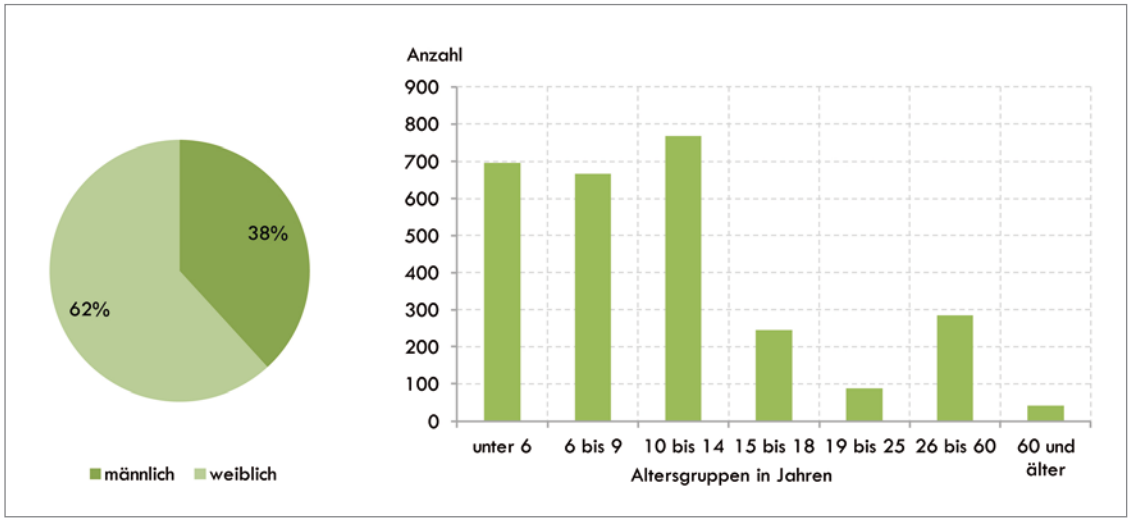


Datenquelle:
Kommunal getragene Musikschulen im Lk VG

Musikschüler

62 Prozent der Teilnehmenden an den Musikschulen sind weiblich. Außerdem zeigt sich mit Blick auf die Altersverteilung ein deutliches Übergewicht bei den unter 15-Jährigen. Diese Kohorte macht mehr als 2/3 der Gesamtschülerschaft aus.

Abbildung 102: Schüler nach Geschlecht und nach Alter (2010)



Datenquelle: Kommunal getragene Musikschulen im Lk VG

Während Kinder bis zum sechsten Lebensjahr vor allem durch die weitreichende Kooperation der Musikschulen mit den insgesamt 51 Kindertagesstätten erreicht werden, ist das Musikschulangebot auch an 28 Schulen zu finden. Ab der Altersgruppe 15 bis 25 erlangt die berufliche Orientierung immer mehr Bedeutung für Jugendliche, so dass es ggf. zu einer Umorientierung bzw. Wohnortveränderung kommt.

Die geringe Präsenz der über 60-Jährigen geht auf historisch gewachsene Gründe zurück. Da die Musikschulen vor der Wende vor allem für Kinder und Jugendliche eingerichtet waren, ist es für Erwachsene in vielen Fällen nicht die Regel, sich in Musikschulen musikalisch weiterzubilden. Alternativ bestehen im Lk durch verschiedene vereinsmäßig organisierte Chöre, Orchester und andere Musikgruppen Möglichkeiten des Musizierens für Berufstätige und Senioren. Dennoch sind ausnahmslos alle Altersgruppen von unter 1 bis 85 Jahre unter den Teilnehmenden vertreten.

Wie in den vorangehenden Kapiteln gesehen, sind Bildungsübergänge ein wesentlicher Bestandteil des Bildungsverlaufs. Aus dem Elternhaus geht es in die Tagespflege, von der Tagespflege in die Kindertagesstätte, in die Grundschule, in die Orientierungsstufe und von dort weiter auf die Regionale Schule oder zum Gymnasium, bevor Ausbildung oder Studium zur Wahl stehen. Nicht immer verlaufen die Übergänge reibungslos. Unter Umständen ergeben sich Bildungsbrüche und führen bei Kindern und Jugendlichen zur Bildungsdemotivation. Dagegen begleiten Musikschulen ihre Schüler häufig sehr lange Zeit über die verschiedenen Übergänge hinweg. Angefangen in Eltern-Kind-Gruppen befinden sich Schüler manchmal bis zu 16 Jahre und mehr in der Obhut der Musikschulen. Mit einer durchschnittlichen Verweildauer der Schüler von 6 bis 7 Jahren weisen Musikschulen durchaus ein Potential auf, welches zur Verbesserung der Übergangsgestaltung genutzt werden könnte.

Des Weiteren haben im Berichtsjahr 2010 insgesamt 38,5 Prozent der Schüler eine finanzielle Förderung ihres Teilnahmebeitrages erhalten. Im Einzelnen handelt es sich bei den Fördermöglichkeiten um Gebühren- und Geschwisterermäßigungen, instrumentenbezogene Ermäßigung (Greifswald), Sozial- und Mehrfächerrabatte. Zusätzlich unterstützt die Sparkassenstiftung im Altkreis UER gemeinsam mit dem Förderverein über ein Sozialprojekt einige Familien. Seit 2011 ist mit dem Bildungs- und Teilhabepaket noch eine weitere Fördermöglichkeit hinzugekommen. Hieraus kann geschlossen werden, dass Einwohner mit niedrigem Einkommen, die häufig auch soziale Benachteiligungen erfahren, erreicht werden können.

6.2.5 Musikschulressourcen: Einnahmen, Ausgaben und Personal

Einnahmen und Ausgaben

Die Finanzierung der Musikschulen steht auf drei Säulen: Nutzergebühren (30,1 Prozent), Zuschüsse des Landes (19,6 Prozent) und Eigenanteile der kommunalen Träger (48,7 Prozent) (hier die ehemaligen Lk UER, OVP sowie die Universitäts- und Hansestadt Greifswald). Den Rest bilden sonstige Einnahmen wie z.B. Instrumentenmieten (1,6 Prozent).

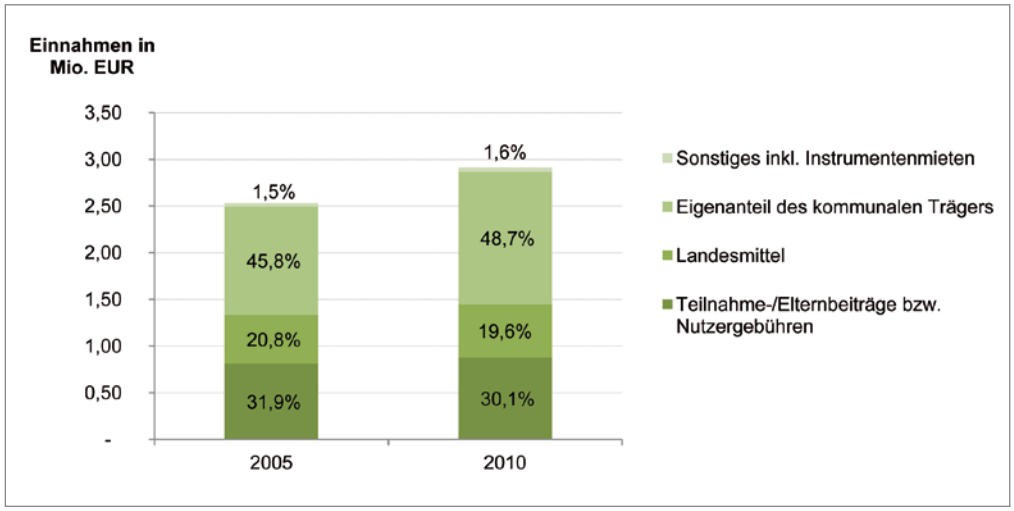


Abbildung 103: Entwicklung der Musikschulfinanzierung (2005 bis 2010)
Verteilung absolut, Nennung in Prozent

Datenquelle: Kommunal getragene Musikschulen im Lk VG

Vor allem aufgrund tariflich bedingter Lohnkostensteigerungen sind die Kosten im Zeitraum 2005 bis 2010 um ca. 15 Prozent gestiegen. Dabei wurden die Mehrkosten zum größten Teil durch die Kommunen aufgefangen. Ihr Anteil veränderte sich von 45,8 Prozent auf 48,7 Prozent. Trotz gestiegener Nutzergebühren konnten diese nur noch 30,1 Prozent des Gesamtvolumens tragen. Im Jahr 2005 betrugen die Mittel des Landes 20,8 Prozent des Gesamthaushaltes, im Jahr 2010 waren es 19,6 Prozent.

Sämtliche Einnahmen werden vollständig für die Unterrichtsorganisation und -durchführung relevanter Haushaltsposten eingesetzt. Im Einzelnen sind hier zu nennen: Bewirtschaftungskosten für Gebäude und Räume, Raummieten bzw. Nutzungsentgelte für Unterrichtsräume, Unterhalt und Erweiterung von Bibliotheken, Notenarchiven, Lehr- und Lernmitteln, Werbung, Öffentlichkeitsarbeit, Konzerte und Projekte sowie Geschäfts- und Gerätekosten. Mit ca. 90 Prozent machen die Personalkosten für haupt- und nebenberufliche Musikschulmitarbeiter den höchsten Anteil aus. Hinzu kommen jährliche Fortbildungen für fast alle Mitarbeiter. Nur ca. 10 Prozent fließen in den Verwaltungs- und Sachkostenbereich.

Haupt- und nebenberufliche Musiklehrer

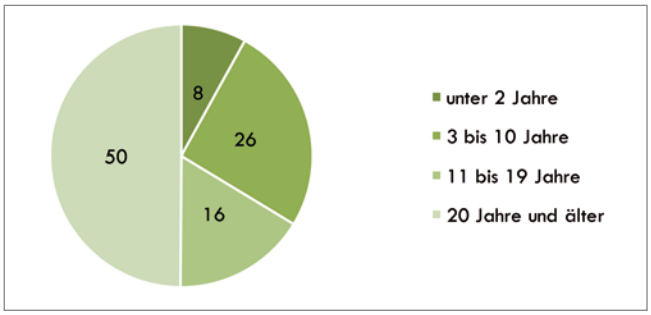
Von den Lehrkräften wurden im Berichtsjahr 2010 ca. 1.600 Unterrichtsstunden pro Woche gegeben. Während die nebenberuflich geleisteten Jahreswochenstunden mit 16 Prozent einen relativ geringen Teil ausmachen, bezieht sich mit knapp 84 Prozent die Mehrheit der Arbeitszeit auf das hauptberufliche Personal. Ein Qualitätskriterium an öffentlichen Musikschulen ist es, dass ausschließlich Lehrkräfte mit einer abgeschlossenen Ausbildung zum Musikpädagogen oder mehrjähriger, einschlägiger Berufserfahrung angestellt werden. Auf der einen Seite wird so ein qualitativ hochwertiger Unterricht sichergestellt, auf der anderen Seite müssen geeignete Rahmenbedingungen, wie beispielsweise ein attraktiver Arbeitsvertag mit Festanstellung geschaffen werden, um derart qualifiziertes Personal gewinnen zu können. Erwähnt werden muss auch, dass eine Vielzahl von zusätzlichen ehrenamtlichen Arbeitsstunden durch Pädagogen, Mitarbeiter, Eltern und Förderer geleistet werden, um z.B. Wettbewerbe, Konzerte, Projekte usw. abzusichern.

Nachfragesituation

Mit den derzeit zur Verfügung stehenden Ressourcen ist es den Musikschulen nicht möglich, allen Anfragen nach einer musikalischen Ausbildung nachzukommen. Es mangelt sowohl an Personal als auch an zur Verfügung stehenden Instrumenten. Infolgedessen befanden sich 2010 insgesamt 431 Schüler auf der Warteliste. Im ungünstigsten Fall mussten die Schüler zwei Jahre auf einen Platz warten. Um allen Anfragen nach Musikunterricht nachkommen zu können, muss fachgerecht ausgebildetes Personal gewonnen werden. Es müssen sozialversicherungspflichtige, tarifgebundene Arbeitsverträge ermöglicht werden, um die Stellen attraktiv zu halten und Bewerber für die doch strukturärmere Region des Kreisgebiets überhaupt zu interessieren. Im Lk ist es ohne Angebote, die einen vernünftigen Lebensstandard garantieren, nicht möglich, ausreichend Personalnachwuchs zu finden.

Nicht zufriedenstellend ist die Instrumentensituation. Einerseits kommen Leihinstrumente bei Orientierungsangeboten zum Tragen, in deren Verlauf an Kindertagesstätten oder Schulen interessierten Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit geboten wird, Verschiedenes auszuprobieren. Andererseits ist es einigen finanziell benachteiligten Schülern nicht möglich, ein eigenes Instrument zu erwerben. Infolgedessen sind Leihinstrumente für einige Schüler die einzige Möglichkeit einer musikalischen Ausbildung. Der Blick auf die Situation der Instrumente ist allerdings ernüchternd. Jedes zweite Instrument im Besitz der Musikschulen ist älter als 20 Jahre. Eine Erneuerung des Bestandes ist im regulären Haushalt nicht im ausreichenden Maße bedacht, und so ist eine Neuanschaffung meist nur über Sponsoring möglich.

Abbildung 104:
Vorhandene Musikinstrumente nach Altersgruppen (2010)
Verteilung in Prozent



Datenquelle: Kommunal getragene Musikschulen im Lk VG.

6.3 Die öffentlichen Bibliotheken im Landkreis Vorpommern-Greifswald – Zwischen dem Anspruch der Grundversorgung und der Sicherung der eigenen Existenz

Die „Entwicklung der öffentlichen Bibliotheken im Land ist Besorgnis erregend. […] Während das Bibliothekssystem im Land bis in die 1990er Jahre hinein noch als vorbildlich galt, kann inzwischen vor allem in den ländlichen Regionen selbst die Grundversorgung nicht mehr aufrecht erhalten werden“[168], stellte der Bildungsausschuss des Landtages im Jahr 2008 fest. Seitdem wurden von 126 Bibliotheken bis zum Jahr 2011 in Mecklenburg-Vorpommern 17 weitere geschlossen.[169]

6.3.1 Ein Angebot mit vielen Facetten

Aufgabe und Potential der Bibliotheken

Entsprechend dem Auftrag und der Rolle bieten Bibliotheken für fast alle Altersgruppen ein bürgernahes Dienstleistungsangebot vor Ort mit sowohl politischer als auch gesellschaftlicher Relevanz. Bibliotheken tragen zur allgemeinen Orientierung und der freien Meinungsbildung bei, unterstützen Aus- und Weiterbildung, fördern die Berufstätigkeit und bieten einen Ort der Begegnung und des Meinungsaustausches. Als Kultur-, Bildungs- und Informationseinrichtung entfalten sie die wohl größte außerschulische Breitenwirkung, vor allem, indem sie ausgesuchte Medien bereitstellen, Daten und Informationen übermitteln und fachlich beraten.[170] Dabei umfasst der Medienbestand einer fachgerecht ausgestatteten Bibliothek neben Büchern auch Zeitschriften, Spiele, audiovisuelle und elektronische Medien, wie Musik-CD´s oder Filme. Das Buchsortiment untergliedert sich üblicherweise in Kinder- und Jugendliteratur, Sachliteratur und Belletristik.[171]

Kulturelle Veranstaltungen

Darüber hinaus bieten Bibliotheken Veranstaltungen in unterschiedlichen Formen an. Inhaltlich erstrecken sich diese von Führungen über Vorträge, Präsentationen, Ausstellungen, Workshops bis hin zu Lesungen. Wie vielfältig Bibliotheksveranstaltungen sind, verdeutlicht ein Blick in die Bibliotheken des Lk: In der Bibliothek des AWO-Kreisverbandes in Ferdinandshof hält der Bücherfrühling Einzug, wenn nicht gerade Literaturnachmittage oder Vorleseabende stattfinden. Während der Freitagabendlesung in der Bibliothek im Hans-Werner-Richter-Haus in Bansin ist man umringt von Original-Graphiken von Günter Grass, auf dem PolenmARkT in der Stadtbibliothek Greifswald erleben die Besucher die Kultur Polens, in Wolgast werden Appetithäppchen für den Lesehunger serviert und Holger Mantey für „Ein Piano-Solo Konzert“ auf die Bühne gebeten. Die Stadtbibliothek Strasburg präsentiert eine Ausstellung über die eigene Geschichte des 60-jährigen Bestehens und mit „Luftbilder von Usedom & mehr“ von Claudia Starbatty lässt sich Usedom in Heringsdorf von oben bestaunen. Zum Jahresende schließlich lädt die Torgelower Bibliothek Senioren zur Weihnachtsfeier ein.[172]

Bildungspartnerschaften, vor allem mit KiTas und Schulen

Eine stetig wachsende Bedeutung kommt der Kooperation von Bibliotheken mit Kindertagesstätten und Schulen zu. In diesem Zusammenhang wurde 2008 für Mecklenburg-Vorpommern eine Broschüre zur Zusammenarbeit von Bibliothek und Schule veröffentlicht. In dieser ist ein aufeinander aufbauendes Programm vom Kennenlernen einer Bibliothek über das Wecken der Leselust für KiTa-Kinder, von der Entwicklung von Recherchestrategien bis hin zum Gewinnen von Einblicken in das wissenschaftliche Bibliothekswesen für Oberstufenschüler beschrieben.[173] Auch hier finden sich unterschiedlichste Aktionen in den Bibliotheken des Lk. In der Pasewalker Stadtbibliothek wurde beispielsweise für die Schlossberg-Förderschule eine weihnachtliche Buchlesung in Englisch und Deutsch veranstaltet. Die Stadtbibliothek Greifswald motiviert Schüler durch den

168 mv-schlagzeilen 2008.
169 Fachstelle für Öffentliche Bibliotheken in Mecklenburg-Vorpommern.
170 Vgl. Kultusministerkonferenz 1994.
171 Vgl. Staatliche Fachstelle Freiburg 2004.
172 Vgl. Webseiten der Bibliotheken im Lk VG.
173 Vgl. Arbeitsgruppe Bibliothek und Schule in MV 2008.

FerienLeseClub[174] auch in der schulfreien Zeit zum Lesen, und die Kinderbibliothek an der Haffgrundschule in Ueckermünde verleiht Bücherbeutel und Bücherkisten zu Themen, wie Jahreszeiten und Märchen an Kindertagesstätten sowie Lese- und Medienkisten über Indianer, Schiffe und Naturschutz an Schulklassen.

6.3.2 Die bekannten Standorte der unterschiedlichen Bibliothekstypen

Im jetzigen Kreisgebiet VG waren im Jahr 2010 insgesamt 19 öffentliche, statistisch erfasste Bibliotheken anzutreffen. Davon befinden sich neun, einschließlich zwei Zweigstellen, im ehemaligen Kreisgebiet von UER, acht in OVP und eine in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald. Darüber hinaus hat der Lk UER die Trägerschaft eines Bücherbusses mit 68 angefahrenen Orten und 70 Haltepunkten übernommen.[175]

Die in Karte 15 erfassten Bibliotheken bieten für rund 165.000 der 245.000 Kreiseinwohner einen Zugang zu ihrem Medienangebot. Von diesen potentiellen Nutzern konnten rund 18.200 Personen als aktive Bibliotheksbesucher registriert werden. Das entspricht einer Teilnahmequote von 11 Prozent.

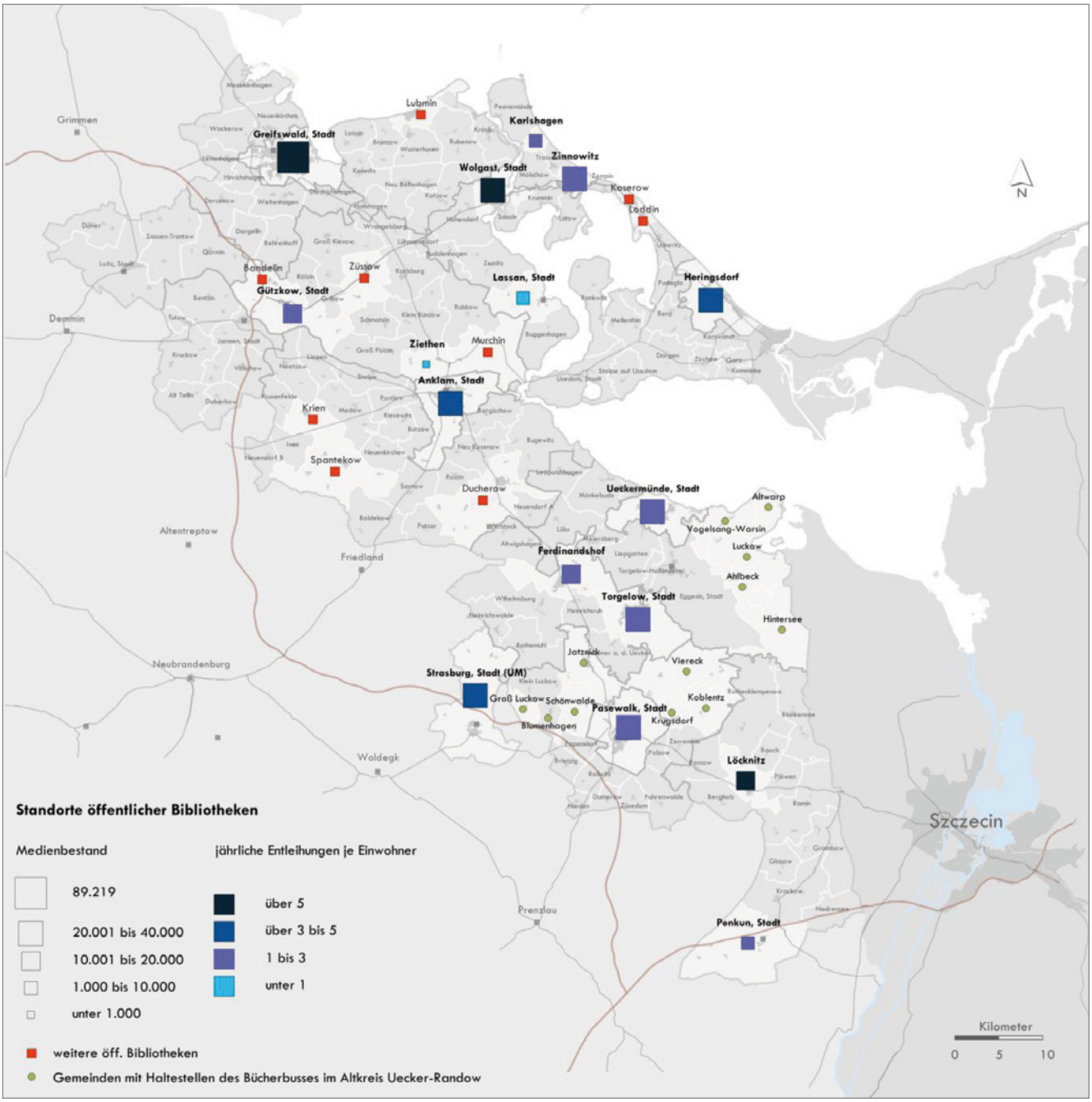
Über die genannten Bibliotheken hinaus ist bekannt, dass im Lk zahlreiche kleinere Stadt- und Gemeindebibliotheken oder Lesestuben existieren. Diese melden ihre Daten allerdings nicht an die Fachstelle für Öffentliche Bibliotheken in Mecklenburg-Vorpommern in Rostock. Auch sonst tauchen sie in kaum einer Erfassung oder Übersicht auf. Insofern kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht festgestellt werden, inwieweit die restlichen Einwohner Zugang zu Bibliotheken haben.

Die 19 bekannten Bibliotheken innerhalb des Großkreises sind von ihrer Organisation her in vier unterschiedliche Typen unterteilt. So findet sich in der Stadtmitte Greifswalds eine städtische Bibliothek, die allein für 54.000 Einwohner eingerichtet ist. Weiterhin gibt es zwölf ländlich gelegene, hauptamtlich geleitete Bibliotheken, die im Durchschnitt 8.000 Einwohner mit einem Medienangebot versorgen. Weitere fünf Bibliotheken sind nebenamtlich geleitet und sprechen durchschnittlich 2.000 Einwohner an. Außerdem bietet der Bücherbus weiteren 20.000 Einwohnern die Möglichkeit der Medienentleihe. Alle Bibliotheken weisen unterschiedliche Qualitäten auf, werden im Folgenden aber hauptsächlich mit Durchschnittswerten dargestellt **(vgl. Tabelle 50)**.

174 Vgl. http://www.ferienleseclub.de.

175 Einen Anspruch auf Vollständigkeit erheben die Angaben nicht, da keine Daten zu den zahlreichen Lesestuben vorliegen, wie auch einige Bibliotheken nicht statistisch erfasst sind. Ebenso wird die Universitätsbibliothek in Greifswald nicht berücksichtigt, da diese, als wissenschaftliche Fachbibliothek, nur bedingt einen Anspruch auf Öffentlichkeit erhebt.

Karte 15:
Standorte bekannter, öffentlicher Bibliotheken (2010)



Datenquellen:
1. Fachdaten: Fachstelle für Öffentliche Bibliotheken in MV; Adresslisten des SG Kultur des Lk VG
2. Geo-Daten:
a) Katasteramt des Lk VG,
b) openstreetmap.org

Ob Bibliotheken überhaupt installiert werden, bleibt vollständig der freiwilligen Selbstverpflichtung der einzelnen Städte und Gemeinden bzw. anderer Träger überlassen und das, obwohl die kommunalen Haushaltslagen bekanntermaßen ausgesprochen prekär sind. Erschwerend kommt hinzu, dass die derzeitigen Gemeindegrößen mit teilweise weniger als 500 Einwohnern **(vgl. Kap. 2.1.2)** mangelndes Potential und zu wenig Ressourcen vermuten lassen, die für den Unterhalt einer Bibliothek vonnöten wären.

Für Bibliotheken ist die gesetzliche Grundlage in Mecklenburg-Vorpommern nicht eindeutig.[176] Genauso wenig sind außerhalb der städtischen oder gemeindlichen Verpflichtung weitere Verantwortungen klar definiert. Dennoch investiert der Lk seinerseits 53.000 EUR in den Unterhalt und Betrieb eines Bücherbusses, als Ergänzung zum Angebot der Städte und Gemeinden. Das Land fördert zu einem Drittel die Betriebskosten der Fahrbibliothek, dies sind ca. 4.500 EUR pro Jahr. Alle weiteren Aufwendungen des Landes in Höhe von ca. 300.000 EUR werden hauptsächlich in die Bibliotheksfachstelle in Rostock und in die regelmäßige Fortbildung der Bibliotheksangestellten investiert. Die kommunalen Bibliotheksträger erhalten zwar keine Regelförderung, können aber Zuschüsse für den Neuerwerb von Medien und bspw. die Einführung neuer digitaler Anwendungen beantragen.

Tabelle 50: Statistischer Überblick über die Bibliotheken nach Typ (2010)

	Stadtbibliothek Greifswald	hauptamtlich geleitete Bibliotheken (Durchschnittswerte)	nebenamtlich geleitete Bibliotheken (Durchschnittswerte)	Fahrbibliothek	gesamt
Einwohner (primäre Nutzer)	54.128	8.056	2.040	20.100	164.986
Entleihungen	455.141	29.411	5.832	13.148	791.557
Benutzer	7.218	939	253	261	18.127
Anzahl der Medien	89.219	25.680	8.056	14.705	401.001
Neuzugang an Medien	8.498	672	394,80	205	17.397
Ausgaben für Neuerwerbungen in EUR	112.292	7.333	711	1.612	190.784
Gesamtausgaben in EUR	1.014.956	108.757	13.264	51.419	2.220.266
Öffnungsstunden im Jahr	1.851	1.506	554	374	20.054
Anzahl der Veranstaltungen	353	48	11	0	886
Internetarbeitsplätze	5	1,8	0,40	0	25
Zeitschriftenabos	160	10,2	0,20	0	263
beschäftigtes hauptamtliches Personal (VZÄ) [177]	17,4	1,7	0,1	0,6	35,9
beschäftigtes ehrenamtliches Personal (VZÄ)	0	0	1,2	0	6

Datenquelle: Fachstelle für Öffentliche Bibliotheken in MV

176 § 2 Kommunalverfassung MV.
177 Ein Vollzeitäquivalent (VZÄ) entspricht einem Personenjahr, also einer 100 Prozent Stelle, die ein gesamtes Jahr in einer Einrichtung tätig ist.

6.3.3 Bibliotheksmedien und Nutzung

Quantitativ belief sich die Medienausstattung aller Bibliotheken im Kreisgebiet im Jahr 2010 auf 401.001 bereitgestellte Bücher, Spiele, CDs usw. Entliehen wurden diese insgesamt 791.557mal. Das entspricht einem Medienumschlag von nicht ganz 2 Entleihungen pro bereit gestelltem Medium. Aus fachlicher Sicht wäre hier ein Umschlagswert von 4 erstrebenswert, bei 400.000 Medien also ca. 1,6 Mio. Entleihungen.[178]

Die Nutzungsquoten entwickeln sich bereits seit einigen Jahren rückläufig. Während im Jahr 2008 noch 859.000 Medien entliehen wurden, sind es 2010 nur noch 792.000. Somit waren es 2010 fast 8 Prozent weniger Entleihungen als noch 2 Jahre zuvor. Dies ist eine Tendenz, die sich seit geraumer Zeit im gesamten Bundesland bemerkbar macht. So sind im Zeitraum von 2004 bis 2010 die Entleihungen in Mecklenburg-Vorpommern um 26 Prozent zurückgegangen. Deutschlandweit wurden im selben Zeitraum vergleichsweise 9,3 Prozent mehr Medien entliehen, was die eingangs angeführte Aussage faktisch untermauert.

Im Zuge der Ursachensuche für diese Situation können u.a. drei Punkte angeführt werden, die für die derart drastisch zurückgehenden Nutzungszahlen ausschlaggebend sind:

- Schließung von Bibliotheken, Bücherbussen und Zweigstellen
- Kürzungen beim Personal und bei den Medienetats
- unzureichende technische Ausstattung[179]

Diese drei Punkte haben ihre Begründung v.a. in der finanziellen Situation der Städte und Gemeinden als Träger in Selbstverpflichtung und alleinige Finanziers der Bibliotheken. Letztlich ist eine Bibliothek auch nur einer von vielen freiwilligen Haushaltsposten, die angesichts des ständigen Sparzwangs allesamt miteinander konkurrieren.

Zunehmende Schließungen von Bibliotheken

Angesichts der Anzahl an Bibliotheken wird mit Blick auf die vergangenen Jahre deutlich, dass im Kreisgebiet mehr als 50 Prozent der Einrichtungen geschlossen wurden. Nachdem der sehr gut genutzte Bücherbus des Lk OVP (Medienumschlagsquote nahezu 6) im Jahr 2003 aus Kostengründen aufgegeben wurde, ist in den folgenden sieben Jahren ein Abbau von neun weiteren Bibliotheken im Kreisgebiet festzustellen. Überdies werden fünf Bibliotheken nicht mehr statistisch erfasst. Infolgedessen wurde vielen Einwohnern der unmittelbare Zugang zur Bibliothek vor Ort genommen.

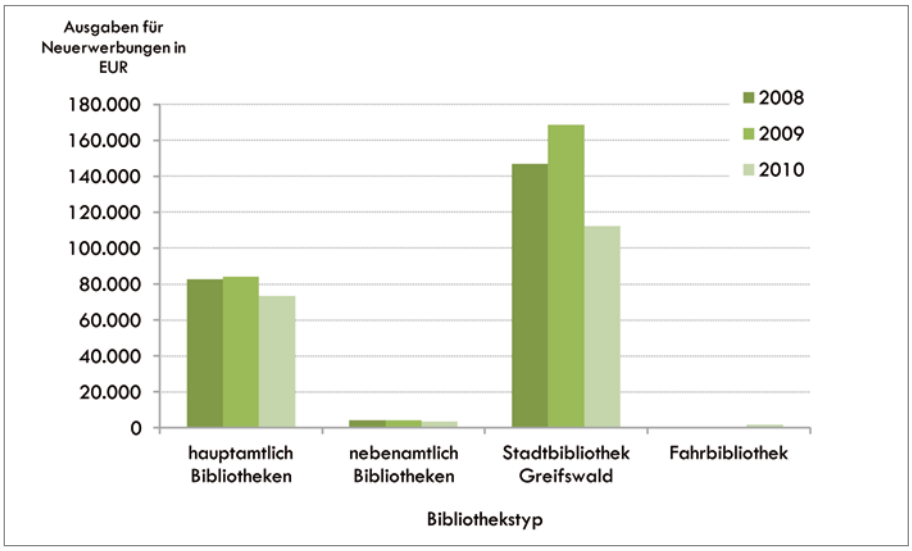
Medienetat und Neuerwerbungen

Der Medienetat der Bibliotheken des Lk umfasste 2010 ca. 190.000 EUR für Neuerwerbungen, womit die Bibliotheken etwas mehr als 17.000 Medien in ihr Sortiment aufnehmen konnten. Bei einem Grundbestand von 400.000 Medien entspricht dies einer Erneuerungsquote von ca. vier Prozent. Der Median[180] allerdings liegt lediglich bei 1,8 Prozent, was deutlich indiziert, dass die 4 Prozent nur aufgrund der statistischen Ausreißer nach oben zustande kommen. Der fachlich empfohlene Richtwert läge bei 8 bis 10 Neuanschaffungen pro 100 vorgehaltene Medien.[181]

Im Vergleich zu den Vorjahren sind die Medienetats von deutlichen Kürzungen betroffen. Während im Jahr 2008 noch 234.000 EUR ausgegeben wurden, um den Medienbestand zu erweitern, folgte 2009 mit 257.000 EUR ein kleines Zwischenhoch, bevor die Gesamtausgaben im Jahr 2010 auf 190.000 EUR sanken.

178 Vgl. Staatliche Fachstelle Freiburg 2004.
179 Vgl. Lorenzen 2011.
180 Der Median ist bei einer nach Größe sortierten Zahlenreihe der Wert, der genau in der Mitte liegt. D.h. die eine Hälfte der Zahlen hat kleinere Werte, die andere hat größere Werte. Aufgrund des Medians kann das Gewicht von Ausreißwerten (Werte die stark vom arithmetischen Mittel abweichen) eingeschätzt werden.
181 Vgl. Bundevereinigung Deutscher Bibliotheksverbände 1994: 101 f.

Abbildung 105: Gesamtausgaben für Neuerwerbung nach Bibliothekstypen (2008 bis 2010)



Datenquelle: Fachstelle für Öffentliche Bibliotheken in Mecklenburg-Vorpommern; eigene Berechnungen.

Dabei gibt es auffällige Unterschiede bei den einzelnen Bibliothekstypen. Eine nebenamtlich geleitete Bibliothek hat 2010 durchschnittlich mit einem Etat von 700 EUR nahezu 400 Medien angeschafft. Hier überwiegen anscheinend die Bücher- und Medienspenden die tatsächlichen Neukäufe. Dennoch wurden auf diesem Weg in einer einzelnen Bibliothek des Lk Spitzenerneuerungswerte von 26 Prozent erreicht, wobei die Entleihungen in derselben Einrichtung trotzdem um 25 Prozent zurückgingen.

Für den Bibliotheksbus wurden mit 1.600 EUR knapp über 200 neue Medien angeschafft. Im Vergleich stand hier weniger als ein Viertel des Medienetats einer hauptamtlich geleiteten Bibliothek zur Verfügung. Erreicht wurde so eine Erneuerungsquote von 1,4 Prozent. Ebenso wie bei nebenamtlichen Bibliotheken konnte der daraus resultierende Medienumschlag (Entliehene Medien zu Medienbestand) 1 nicht überschreiten.

In den hauptamtlich geleiteten Bibliotheken wurden 2010 zusammengefasst nahezu 7.000 Medien neu erworben. Dafür stand allen Bibliotheken insgesamt ein Budget von 73.000 EUR zur Verfügung. Durch diese Investitionen ist es gelungen, Medienumschlagswerte von beispielsweise bis zu 2,3 in der Wolgaster Bibliothek zu erreichen. Für die Greifswalder Bibliothek bleibt abschließend festzuhalten, dass hier durch die Investitionen i.H.v. 112.000 EUR knappe 8.500 Medien neu erworben wurden. Infolgedessen sowie aufgrund des lesefreundlichen Milieus einer Universitätsstadt ist hier jedes Medium im Durchschnitt fünfmal entliehen worden.

Im Landesvergleich sind die Werte des Lk eindeutig unterdurchschnittlich. Zwar hat eine Bibliothek in VG einen ca. 1 Prozent größeren Bestand, liegt bei den Entleihungen aber um fast fünf Prozent hinter den Werten einer Durchschnittsbibliothek des Landes. Besonders beträchtlich ist die Differenz der Ausgaben für Neuerwerbungen, die 2010 im Lk um 20 Prozent hinter dem Landesdurchschnitt zurücklagen.

Zusammenfassend ist bezüglich des Medienbestandes festzustellen, dass es einer Bibliothek im Lk bei den zur Verfügung stehenden Mitteln nicht möglich ist, das Angebot adäquat zu erneuern und den Interessenten einen durchweg ansprechenden Medienbestand anzubieten. Die relativ hohen Bestände sind dabei kein aussagekräftiges Kriterium, da es neben der Neuanschaffung ebenso notwendig ist, den Bestand zu bereinigen. Verschleiß, inhaltliche Überalterung oder unzureichende Nutzungshäufigkeit sind Kriterien für die Entsorgung von Medien.

Bibliotheksfachkräfte, bürgerschaftlich Engagierte und Fachservice

Ähnlich wie die Entwicklung des Medienetats gestaltet sich auch die personelle Situation. Nachdem im Zeitraum von 2008 bis 2010 fünf volle Stellen an Bibliotheksfachkräften abgebaut wurden, sind nun in einer Landkreisbibliothek 0,3 Personalstellen weniger eingesetzt als im Landesdurchschnitt.

Im Resultat können die umfangreichen Aufgaben, die für den fachgerechten Betrieb einer Bibliothek geleistet werden müssen, vielerorts nicht mehr in vollem Umfang erwartet werden. Überblicksmäßig umfassen diese Tätigkeiten im Optimalfall u.a. Analyse von Benutzerbedürfnissen, Beobachtung der Neuerscheinungen, bedarfsgerechter, ökonomischer Aufbau und regelmäßige Überprüfung des Bestandes, Katalogisierung, Schlagwortzuteilung und sinnvolle Einordnung in die Medienstandorte von Zugängen, bewusste Aussonderung von Medien, Auskunft, Beratung und Schulung von Nutzern, Medienrecherche auf Besucherwunsch, Fund- und Friendraising, Entwicklung von Marketingstrategien und Informationsdienstleistungen.[182] Um die Aufgaben fachgerecht leisten zu können, erfordert die Qualifikation eines leitenden Bibliothekars ein Diplom-Studium bzw. für die weiteren Beschäftigten eine dreijährige Ausbildung zum Fachangestellten für Bibliotheksmedien und -informationsdienste.

Vor Ort, in der Mehrzahl der hauptamtlich geleiteten Bibliotheken, wie auch in der Greifswalder Stadtbibliothek, sind mindestens zwei festangestellte Mitarbeiter beschäftigt, wenn auch nicht immer mit einer vollen Stelle. In der Veränderung zu 2008 wurden in den hauptamtlichen Bibliotheken drei volle Stellen abgebaut. Eine Kompensation der fehlenden Arbeitskräfte ist bislang nicht zu erkennen. Weiterhin ist auffällig, dass durch die Personalreduktion die Öffnungsstunden wider Erwarten nicht reduziert wurden. Insgesamt sind seit 2008 zusammengenommen sogar knappe 500 Jahresöffnungsstunden hinzugekommen, womit eine hauptamtlich geleitete Bibliothek 2010 durchschnittlich an 30 Wochenöffnungsstunden für Besucher zugänglich war.

Anteilsmäßig gewichtiger fällt der Personalabbau in den nebenamtlich geleiteten Bibliotheken aus. In den fünf Einrichtungen des Lk wurden von 2008 bis 2010 zwei volle Stellen abgebaut, womit für den gesamten Kreis eine 3/4 Stelle im Jahr 2010 verblieben ist. Zeitgleich ist der Anteil an ehrenamtlich Tätigen um zwei gestiegen. Eigentlich setzt dieser Einrichtungstyp in erster Linie auch gar nicht auf hauptamtlich beschäftigtes Personal, sondern bedient sich eher der ehrenamtlichen Unterstützung. Dass dies durchaus bereichernd sein kann, wird sogar seitens des Deutschen Bibliothekenverbands betont. Allerdings wird im selben Atemzug gleichsam betont, dass Ehrenamtliche, die meist keine fundierte Ausbildung zum Bibliothekar mitbringen, der Einarbeitung, Schulung und Koordination bedürfen. Außerdem ist es notwendig, sofern sie zur selbstständigen Führung von kleineren Einrichtungen eingesetzt werden, dass die Serviceleistung einer verantwortlichen „Mutter-“ Bibliothek organisiert wird. Unter der Voraussetzung des fachgerechten Funktionierens einer Bibliothek ist festzuhalten:
„Um einen fest angestellten Mitarbeiter zu ersetzen, braucht man im Schnitt 26 Ehrenamtliche, deren Einsatzplan einem gigantischen Flickenteppich ähneln würde. Um diese Ehrenamtliche zu koordinieren, können Sie gleich noch einen Hauptamtlichen einstellen.“[183]

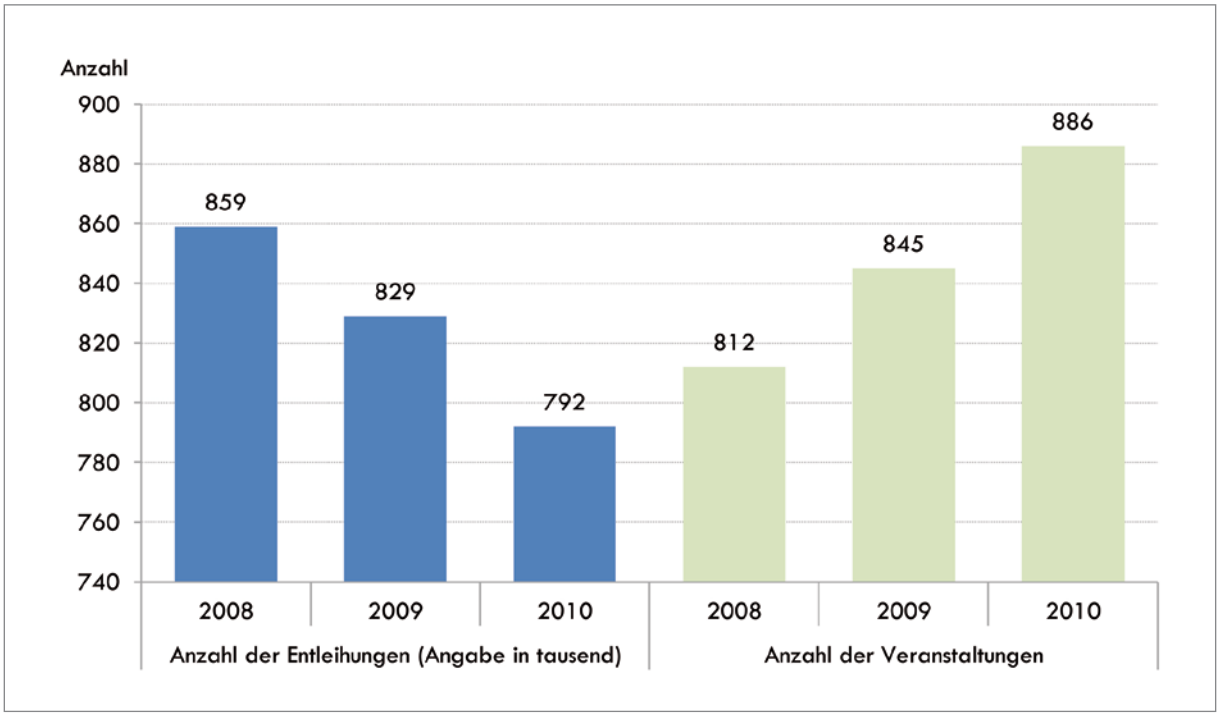
Der Bücherbus ist mit einer 2/3-Stelle für den Fahrer ausgestattet. Dieser kann allerdings keine fachgerechte Ausbildung zum Bibliothekar aufweisen. Nachdem die Partnerschaft mit der Stadtbibliothek Pasewalk aus Kostengründen ab Juli 2008 aufgegeben wurde, ist hier keine ausgebildete Fachkraft mehr aktiv, die im Hintergrund die qualifizierte Bibliotheksfacharbeit leistet. Hinzu kommt, dass die Ressourcen es nicht ermöglichen, die technische Ausstattung an aktuelle Standards anzupassen. Die Bestandspflege und Entleihverbuchung wird mit Karteikarten vorgenommen.

182 Vgl. http://berufenet.arbeitsagentur.de.
183 Deutscher Bibliotheksverband e.V. (DBV) 2011: 18.

6.3.4 Bibliotheken als Orte kultureller Begegnung

Entgegen dem negativen Trend der Entleihungen stellt sich die Entwicklung der Anzahl angebotener Veranstaltungen durchaus sehr positiv dar. Nachdem die Bibliotheken im Lk 2008 zahlenmäßig 812 Veranstaltungen angeboten haben, waren es 2009 bereits 845. Im Jahr 2010 ist die Anzahl der Veranstaltungen erneut um 41 auf insgesamt 886 angewachsen. Dabei zieht sich dieses Engagement durch alle Bibliothekstypen, von der Stadtbibliothek Greifswald über die hauptamtlich geleiteten bis hin zu den nebenamtlich geleiteten Einrichtungen, und wird nur begrenzt durch die jeweiligen Personalressourcen. Lediglich der Bücherbus weist keine eigenen Veranstaltungen auf, was vor allem die Organisationsform bedingt. Möglich wäre es aber, den Bus für einen Auftritt auf Fremdveranstaltungen zu gewinnen. Grafisch stellen sich die Entwicklungen der Anzahl an Entleihungen und an Veranstaltungen wie folgt dar:

Abbildung 106: Entwicklung der Anzahl an Veranstaltungen und Entleihungen (2008 bis 2010)



Datenquelle: Fachstelle für Öffentliche Bibliotheken in MV

6.3.5 Notwendigkeit einer strategischen Kreisbibliotheksplanung

Eine kulturelle Grundversorgung im Bibliotheksbereich wird mit der jetzigen Ausstattung nicht mehr gewährleistet. Zu wenige Einrichtungen mit zu wenig Personal und finanziellen Ressourcen bieten geringe Chancen für eine positive Entwicklung. Zudem verhindert eine mangelnde Vernetzung eine Optimierung der ländlichen Bibliotheksversorgung.

Bei genauerem Hinsehen gibt es bereits Ansätze innerhalb des Lk, die aufzeigen, wie eine verbesserte Organisation der Bibliotheken funktionieren kann. Beispielsweise stimmen sich die Bibliotheken in Wolgast und Greifswald hinsichtlich der Neuanschaffungen ab und tauschen regelmäßig

Medien aus. Ebenso wird mancherorts bereits auf elektronische E-Books gesetzt, die in der Fachwelt auch für Bibliotheken einvernehmlich als zukunftsweisende Entwicklung angesehen werden.[184] Des Weiteren vermittelt der Blick nach Schleswig-Holstein, wie unter ähnlichen Bedingungen Bibliotheken eine flächendeckende Medienversorgung mit hoher Qualität gewährleisten können. Angefangen bei dem Verständnis „gemeinsamer Verantwortung und gegenseitiger Verpflichtung" beteiligen sich Land, Städte, Gemeinden und Kreise aktiv am Büchereiwesen. Aufwendige Aufgaben, wie Sichtung des Medienmarktes, Zentralbeschaffung, Erschließung und technische Einarbeitung von Medien, Fahrdienste, Fachberatung und Hilfestellung für Büchereien und Träger usw. werden gerade den kleineren Bibliotheken als Dienstleistungen angeboten. Ziel ist es „den fachgerechten Aufbau der Büchereien und die planmäßige Entwicklung und Unterhaltung eines leistungsfähigen und effektiven Büchereisystems in Schleswig-Holstein" zu garantieren.[185]

Welche Ressourcen können also im gesamten Lk zum Aufbau eines gut funktionierenden Bibliothekssystems aktiviert werden? Wo müssen Bibliotheken strategisch platziert werden? Zwischen welchen Bibliotheken können Verbünde aufgebaut werden? In welchen Bibliotheken können Serviceleistungen für andere Einrichtungen übernommen werden? Um die zur Verfügung stehenden Ressourcen zu bündeln und zielgerichtet einzusetzen ist ein kreisweites Entwicklungskonzept für Bibliotheken notwendig.

6.4 Zentrale Ergebnisse und Herausforderungen

Volkshochschulen, Musikschulen und Bibliotheken im Überblick

Volkshochschulen – Dezentralisierungspläne auf Datenbasis erstellen!

Der wohl wichtigste Aspekt der Volkshochschulen ist, dass sie vielfältige Zielgruppen mit dem Weiterbildungsangebot ansprechen und erreichen. So finden sich unter anderem Zuwanderer, Senioren oder Bildungsferne in den VHS-Kursen. Darüber hinaus ist zu betonen, dass über die Volkshochschulen die Chance besteht, nachträglich anerkannte Abschlüsse zu erwerben. Insofern ist hier ein wichtiges, ergänzendes Angebot für die formalen Bildungswege, insbesondere für die der Schulen, auszumachen.

Obwohl im Berichtszeitraum seit 2005 eine deutliche Steigerung von 32,5 Prozent bei den Teilnehmern zu beobachten ist, liegt die Weiterbildungsbeteiligung in den ehem. Lk OVP und UER mit zwei Prozent weit unter dem bundesdeutschen Durchschnittswert von 7,9 Prozent.

Eine Ursache findet sich in der noch nicht zufriedenstellenden Erschließung von Weiterbildungsstandorten in den vielzähligen Gemeinden des Kreises. Trotz der 21 eingerichteten Veranstaltungsorte finden die Kurse für viele Einwohner nicht in Wohnortnähe statt. Dabei hat die vorangehende Untersuchung des Modellvorhabens „Demographischer Wandel" aufgezeigt, dass Wohnortnähe ein maßgeblicher Punkt ist, von dem die Teilnahme abhängt. Bevor allerdings über die Einrichtung von Standorten nachgedacht werden kann, sind zentrale Fragen, sowohl sozialräumlicher als auch organisatorischer Art, zu klären.

In diesem Zusammenhang besteht eine Herausforderung in der Entwicklung von datenbasierenden Konzepten zur weitergehenden Dezentralisierung des Angebots unter Einbezug der Gemeinden sowie vorhandener formaler Bildungsstandorte, sowie in der Weiterentwicklung der Bildungseinrichtungen zu multifunktionalen Lernorten **(vgl. Kap. 4.11)**.

184 Vgl. ekz Bibliotheksservice 2012.
185 Vgl. ebd.

Musikschulen – Ressourcenbedingte Restriktionen

Musikschulen können vor allem auf die meist langjährige Teilnahme der Schüler aufbauen. Auch wenn sich hier weniger Teilnehmer finden als bei Volkshochschulen oder Bibliotheken, begleiten Musikschulen ihre Schüler meist über verschiedene bildungsbiographische Abschnitte hinweg, wie KiTa-, Grund- und weiterführende Schule. Ferner ist zu beachten, dass im Rahmen der Ausbildung nicht nur musikalische Kompetenzen erworben werden, sondern auch Team- und Kritikfähigkeit, Leistungsbereitschaft und Eigeninitiative bei Musikschülern gestärkt werden. Diese Kompetenzen sind in vielen Lebenslagen relevant. Außerdem ist die weitreichende Kooperation mit Kindertagesstätten und Schulen zu betonen. Bereits jetzt finden sich an vielen Einrichtungen des Lk Musikschulangebote in Ergänzung zum bestehenden Angebot.

Im Berichtsjahr 2010 haben 2.789 Schüler an den Musikschulen Unterricht in Anspruch genommen. Gegenüber den vorangehenden Jahren konnten leichte Steigerungen erzielt werden. In Anbetracht der Warteliste ist das Potential, weitere Schüler aufzunehmen, allerdings erschöpft.

Eine Ursache sind die mangelnden Ressourcen der Musikschulen. Sowohl Lehrer als auch Instrumente reichen nicht aus, um die derzeit artikulierte Nachfrage zu befriedigen, und dabei ist noch nicht einmal in allen Teilen des Lk ein Unterrichtsort eingerichtet. Die Nachfrageanalyse des Modelvorhabens „Demographischer Wandel“ hat aufgezeigt, dass in den noch nicht abgedeckten Teilräumen des Lk weitere Nachfrage besteht, die aber mangels Verfügbarkeit bisher nicht an die Musikschulen gerichtet wurde. Insofern sind hier vornehmlich Rahmenbedingungen für den Erhalt der Ressourcen der Musikschulen zu schaffen, die für den Abbau der Warteliste vonnöten sind. Dazu zählen auch die Gewinnung von zusätzlichen Musiklehrern und die Schaffung von Möglichkeiten zur Erneuerung und Erweiterung des Instrumentenbestandes.

Bibliotheken – Integrierte Entwicklungsplanung auf den Weg bringen!

Die Stärke der Bibliotheken ist, dass sie so viele Nutzer erreichen, wie keine andere non-formale Bildungsart. Mit einer Beteiligungsquote von ca. elf Prozent übersteigt die selbstgesteuerte Bildung mit Medien die Teilnahme an Weiterbildungskursen oder Musikschulunterricht deutlich. Ebenso indiziert die steigende Anzahl der Veranstaltungen, die im Berichtszeitraum um knapp zehn Prozent erhöht werden konnte, wachsendes Interesse von Nutzern an Veranstaltungen mit Bildungs- oder Kulturhintergrund. In diesem Zusammenhang ist auch auf das Potential der Zusammenarbeit mit Kindertagesstätten oder Schulen zu verweisen.

Im Gegensatz dazu signalisiert die drastisch abnehmende Zahl an Entleihungen dringenden Handlungsbedarf. Dieser Nutzungsrückgang von insgesamt acht Prozent innerhalb eines Zeitraums von zwei Jahren ist zurückzuführen auf mehrere Faktoren. Erstens wurde seit 2003 die Hälfte aller Bibliotheken geschlossen. Zweitens wird die Erneuerung der Medienbestände den fachlich empfohlenen Richtwerten nicht gerecht. Statt des derzeitigen Medienumschlags von unter vier Prozent sollte aus fachlicher Perspektive eine Erneuerungsquote von acht bis zehn Prozent angestrebt werden. Der dritte Punkt bezieht sich auf den Einsatz von Fachkräften. Auch hier ist zunehmender Personalabbau zu beobachten. Während im Jahr 2008 noch 41 Fachkräfte in den Bibliotheken eingesetzt waren, sind es 2010 nur noch 36, was den fachgerechten Service zusätzlich erschwert.

Um dem entgegenzuwirken und die Stärken der Bibliotheken auszubauen, könnte eine Bibliotheksentwicklungsplanung erarbeitet werden. Im Rahmen einer solchen Konzeption wären, im Schulterschluss mit den kreisangehörigen Gemeinden, Bibliotheksverbünde strategisch aufzubauen oder Serviceleistungen von größeren Bibliotheken für kleinere zu organisieren. Auch die Einrichtung multifunktionaler Lernorte, in denen das bestehende An-

gebot von Einrichtungen, wie KiTas, Schulen, Gemeindehäuser etc. mit der Möglichkeit der Entleihe von Bibliotheksmedien oder stattfindenden Volkshochschulkursen ergänzt wird, ist naheliegend. Auf diese Weise würden notwendige Synergieeffekte erzeugt.

Non-formale Bildungsangebote: Wer nimmt da eigentlich teil? Und was findet da statt?

Aufgrund der zur Verfügung stehenden Daten konnten die Beschreibungen der Teilnehmer an den vorangehend erläuterten Bildungsangeboten lediglich überblicksartig geleistet werden. Vor allem ist es bei Volkshochschulen und Bibliotheken nicht möglich, Aussagen z.B. über die Altersstruktur, ökonomische und soziale Stellung oder die örtliche Herkunft der Teilnehmer zu treffen.
Aufgrund der eingangs angeführten Tatsache, dass es jedem auf freiwilliger Basis überlassen bleibt, die Angebote wahrzunehmen, ist das Wissen um die Teilnehmer eine zentrale Planungsgrundlage. Einerseits kann so eingeschätzt werden, ob diejenigen auch erreicht werden, die erreicht werden sollten. Andererseits sind die Daten relevant, wenn über Maßnahmen der Teilnahmeerhöhung nachgedacht wird. Sollten finanziell schlechter verdienende nicht erreicht werden, bliebe beispielsweise die Preisgestaltung anzupassen, oder wenn kein einziger Teilnehmer aus Penkun jemals in einem VHS-Kurs war, sollten Möglichkeiten gefunden werden, den Sozialraum Penkun zu erschließen.

Im Zuge der Erstellung dieses Kapitels wurde u.a. über das Internet recherchiert, was für Veranstaltungen in den Bibliotheken des Lk stattfinden. Rückblickend war diese Recherche enorm aufwendig. Neben der Tatsache, dass einige Bibliotheken keine eigenen Webauftritte haben und sich auf diversen Stadt- oder Gemeindeseiten verstecken, waren die Präsentationen meist eher allgemein gehalten. Überdies ließ die Gestaltung oftmals vermuten, dass keine regelmäßige Aktualisierung geleistet wird. Ähnlich gestaltet sich die Situation bei der Suche nach Vereinen oder sonstigen Angeboten des non-formalen Lernens. Insofern ist über die Datenlage hinaus ein Stück weit zu beklagen, dass keine Angebotstransparenz herrscht.

Freie Meinungsbildung für alle gewährleisten!

Der Fachbereich Gesellschaft, Politik und Umwelt der Volkshochschulen weist für den gesamten Berichtszeitraum die niedrigsten Belegungsquoten aller angebotenen Fachbereiche auf. Weitergehend bedingt die geringe Nachfrage, dass häufig nicht die Mindestteilnehmerzahlen erreicht werden, die für eine ökonomische Kursorganisation erforderlich sind. Letzten Endes kommt dann gar keine Veranstaltung zustande. Überdies nimmt die Aktualität der in den Bibliotheken aufzufindenden Medien zunehmend ab.

An dieser Stelle sind für den Fachbereich der Volkshochschulen ein neues Marketingkonzept bzw. alternative Organisationsformen denkbar. Zuvor bliebe jedoch zu klären, was gefragt ist. Wo liegen die Interessen von Schülern und Erwachsenen, und wie können sie mit politischen und gesellschaftlichen Lerninhalten in Übereinstimmung gebracht werden?

Damit die Aktualität der Medien in den Bibliotheken gewährleistet wird, muss unter Beteiligung von Gemeinden, Städten, Kreis und Land eine ökonomische, bibliotheksübergreifende Organisationsform gefunden werden. Auf diese Weise könnten die notwendigen Etats zur Anschaffung von Medien freigesetzt und die fachliche Personalausstattung gewährleistet werden.

Bildungsinvestition, wenn dann richtig!

Musikschulen können mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen noch nicht einmal jedem eine musikalische Ausbildung anbieten, der dies möchte, wie der Blick auf die Wartelisten zeigt. Auch Bibliotheken verlieren aufgrund der unzureichenden Mittel immer mehr Nutzer, da es nicht mehr gelingt, ein attraktives Medienangebot bereitzustellen. Während

bei den Bibliotheken eine Abnahme der Fachkräfte festzustellen ist, sind die Musikschulen bereits jetzt mit Lehrern unterversorgt.

Insofern bliebe einerseits zu prüfen, ob weitere Ressourcen erschlossen werden können. Andererseits ist über einen zielgerichteten, effizienteren Einsatz der Ressourcen nachzudenken. In diese Überlegungen muss vor allem auch die Situation der Gemeinden einbezogen werden.

Gleiche Chance auf Bildung für alle!

Wie zuvor gesehen, erhalten nahezu 40 Prozent der Musikschüler eine der vielfältigen Fördermöglichkeiten, die zur Verfügung stehen. Währenddessen wurde seitens der Volkshochschulen beklagt, dass teilweise Interessenten an Schulabschlusskursen aufgrund von Mobilitätsbarrieren nicht teilnehmen können. Fahrtkosten stellen für Teilnehmer oft eine Hürde dar. Zwar bestehen auch an den Volkshochschulen Möglichkeiten, die Gebühren für die Teilnahme über eine Befreiung, Raten- oder Teilzahlung zu entrichten. Auf Fahrtkosten trifft dies jedoch nicht zu.

Brücken bauen!

Im formalen Bildungssystem wird immer häufiger beklagt, dass die Gestaltung der Übergänge noch nicht zufriedenstellend gelingt. Ungeachtet der Übergänge des formalen Systems befinden sich die Teilnehmer währenddessen häufig in Kursen der Musikschule oder gehen über die Ferien in Bibliotheken. Dass diese Tatsache zielgerichtet genutzt wird, um Übergangsdefizite zu vermindern, ist bislang nicht deutlich zu erkennen, obwohl es offenkundig einiges an Potenzial birgt.

ZUSAMMENFASSUNG VON ÜBER-GREIFENDEN HERAUSFORDERUNGEN

7. Zusammenfassung von übergreifenden Herausforderungen

Aus den Einzeluntersuchungen haben sich übergreifende Herausforderungen für die Entwicklung der Bildungslandschaft herauskristallisiert, die im Folgenden kurz zusammengefasst sind.

Bildungsorte sichern und weiterentwickeln!

Die Existenz von Bildungsorten beeinflusst lokale und regionale Entwicklungsmöglichkeiten. Im vorliegenden Bericht wurde zunächst die Bedeutung von Kindertageseinrichtungen als Standortfaktor für Familien gezeigt und damit ihre Funktion als demographische Anziehungsfaktoren. Eine regionale Stärke ist die gegebene Verfügbarkeit frühkindlicher Bildungs- und Betreuungsangebote in der Fläche (in insg. 115 von 154 Gemeinden). Für den Lk und seine Gemeinden ist besonders der frühkindliche Bereich ein Schlüsselinstrument der Bildungsentwicklung, da hier die meisten eigenen personellen, materiellen und konzeptionellen Gestaltungsmöglichkeiten existieren.

Zugleich kann die Verfügbarkeit bestimmter Bildungsangebote für den individuellen Bildungsverlauf der Menschen entscheidend sein, vor allem in einem großen Flächenkreis. Der drastische Rückbau allgemeinbildender Schulen (seit 1995 bis zu 60 Prozent aller Standorte) hat zu starken Erreichbarkeitsunterschieden von Schulstandorten geführt. Vor allem mit höher werdender Schulbildung verlängern sich die Wege für die Schüler. Zugleich sind vielen kleineren Dörfern durch Schulschließungen oft die einzigen kulturellen Zentren verloren gegangen.

Ähnlich starke Zentralisierungs- bzw. Anti-Diversifizierungstendenzen zeigen sich aktuell auch im Berufsschulwesen, u.a. durch den landesweiten Umbau der beruflichen Schulen zu Berufsbildungszentren und den zunehmenden thematischen Profilierungsdruck an den verbleibenden Einzelstandorten. Mittlerweile werden im dualen System im Altkreis OVP nur noch zehn und in UER nur noch 15 Ausbildungsberufe beschult. In der Stadt Greifswald sind es 48 Ausbildungsberufe.

Vor dem Hintergrund landespolitischer Ziele sowie weiterer demographischer Veränderungen wird ein zielgerichteter Umbau der gesamten Bildungslandschaft erforderlich sein. Demographische Einflussfaktoren bestehen im zukünftigen Rückgang der unter 20-Jährigen, dem noch stärkeren Rückgang der Bevölkerung im Erwerbsalter sowie in der drastischen Zunahme der Bevölkerung im Alter von über 65 Jahren, woraus sich erhebliche Verschiebungen der Nachfragestruktur nach Bildungsangeboten ergeben werden.

Als Option, um im ländlichen Raum Bildungsorte unter schwierigen Rahmenbedingungen aufrecht zu erhalten, wurden mehrfach ‚multifunktionale Bildungsorte' thematisiert, also die Bündelung unterschiedlicher Bildungsfunktionen an einem Standort (z.B. KiTa, Grundschule, Bibliothek und Berufsberatung unter einem Dach). Ähnlich wie bei Regionalen Schulen könnten auf diese Weise finanzielle und organisatorische Synergien erzeugt werden, um eine attraktive Bildungslandschaft für Familien, Schüler und Senioren in allen Teilräumen zu gewährleisten. Diese Möglichkeiten wären anhand konkreter Szenarien auf lokaler Ebene genauer zu untersuchen, ebenso wie die Chancen, durch mobile und digitale Online-Angebote die Bildungsversorgung im ländlichen Raum zu gewährleisten.

Bildungsteilhabe vergrößern und gleiche Bildungschancen für jeden schaffen!

Die Untersuchungen haben gezeigt, dass in vielen Bildungsbereichen starke Unterschiede im Hinblick auf Bildungsbeteiligung und Bildungserfolg bestehen:

- Trotz einer insgesamt positiven Situation der Betreuung in Kindertagesstätten gibt es teilräumliche Schwankungen der Betreuungsquoten und damit auch bei der Auslastung

von Einrichtungen. Möglichkeiten für eine Erhöhung der Betreuungsquoten gibt es im Bereich der Krippen, der Kindergärten und bei ganztägigen Betreuungsformen.

- Die Bildungskonzeption des Landes setzt unter anderem auf eine stärkere Vorbereitungsfunktion auf die Grundschule. Nicht nur für Kinder, deren Eltern u.U. Schwierigkeiten haben, die komplexen Anforderungen an frühkindliche Entwicklung aus eigener Kraft zu leisten, können frühkindliche Bildungsangebote daher mit einer Erhöhung der Chancen in der Schule verbunden sein.
- Die räumliche Verfügbarkeit von Schulen beeinflusst mitunter die Schulwahl von Schülern und Familien.
- Tendenziell ist die Durchlässigkeit des schulischen Bildungswesens für Mädchen deutlich höher bzw. für Jungen geringer.
- Der Anteil von Schülern ohne Berufsreife ist enorm hoch. Er betrug im Jahr 2010 13,7 Prozent und war im Jahr zuvor sogar höher als der Anteil von Schülern mit Berufsreife.
- Einer der Gründe ist der hohe Anteil von Förderschülern. Einem äußerst geringen Anteil von nur 3,2 Prozent gelang im Jahr 2010 der Wechsel auf eine allgemeinbildende Schule.
- Einem gleichbleibenden, teilräumlich sogar wachsenden Anteil von Jugendlichen ohne Berufsreife gelingt kein direkter Einstieg in eine Berufsausbildung. Sie durchlaufen Formen des Übergangssystems, welches zum Teil sogar formal ausbildungsreife Jugendliche aufnimmt. Zwar kann im Übergangssystem die Berufsreife nachgeholt werden, jedoch verlässt die Mehrheit das Übergangssystem ohne Berufsreife, jeder zweite sogar gänzlich ohne Abschlusszeugnis.

Die Herausforderung wird in Zukunft darin bestehen, alle Formen der Bildungsbenachteiligung systematisch zu bearbeiten, mit gezielten Maßnahmen der Lernförderung, der Berufsvorbereitung und -orientierung, der verstärkten Anwendung integrativer Maßnahmen bei lernbenachteiligten Jugendlichen sowie durch eine Erhöhung der Bildungsbeteiligung im frühkindlichen Alter.

Fachkräfte im Bildungswesen langfristig sichern!

Eine essenzielle Voraussetzung für jegliche Innovationen im Bildungsgeschehen sind gut ausgebildete und motivierte Betreuungs- bzw. Lehrkräfte. Hohe programmatische Anforderungen in der frühkindlichen Bildung sowie landespolitische Zielstellungen im schulischen Bildungswesen, wie Inklusion oder der Ausbau der Ganztagsschule, gehen mit steigenden Fachkräftebedarfen einher. Zugleich erschweren die demographischen Bedingungen sowie die finanziellen Möglichkeiten nicht selten die Sicherung des Nachwuchses. Schon heute ist der Altersdurchschnitt des Personals in Kindertageseinrichtungen enorm hoch. Schulen können gute Ideen unter den gegebenen personellen Rahmenbedingungen häufig nicht umsetzen.

Die Herausforderung besteht demnach in einer systematischen Fachkräfteoffensive, die unterschiedlichen Anforderungen der Fachkräftesicherung gerecht wird:

- Steuerung des regionalen Übergangsgeschehens Ausbildung/Studium–Beruf, insbesondere in pädagogischen Berufsfeldern, die zum Beispiel an den regionalen Hochschulen in Greifswald und Neubrandenburg vorhanden sind
- begleitende Qualifizierung von KiTa-Personal bzw. Tagespflegepersonen sowie Lehrern
- Sicherung der Unterrichtsversorgung an Schulen durch das Land
- vermehrte Gewinnung von Männern für pädagogische Berufe

Bildungsentwicklung unter den Bedingungen knapper Finanzressourcen und fragmentierter Zuständigkeiten managen!

Drastische Einsparungen auf Landesebene und in den Kommunen haben den gesamten Rückbauprozess der Bildungslandschaft in der Vergangenheit begleitet bzw. verursacht. Auch heute bilden knappe Kassen und Sparzwänge die stetige ‚Hintergrundmusik' von Bildungsentwicklung. Hinzu kommen die organisatorischen Schwächen vieler kleiner Gemeinden, die vor allem ihre freiwilligen Aufgaben im kulturellen Bereich nur sehr selten angemessen wahrnehmen können.

Oft sind bestehende Problemlagen längst bekannt, können aber aus eigener Kraft nicht behoben werden. So ist etwa die schwierige Situation in öffentlichen non-formalen Bildungseinrichtungen besonders eklatant: Aufgrund knapper Ressourcen können zum Beispiel die Musikschulen bei weitem nicht die Nachfrage nach musikalischer Ausbildung decken. Es herrscht Mangel an Instrumenten und Fachkräften. Ähnlich ist es bei den öffentlichen Bibliotheken, die vor allem im ländlichen Raum aufgrund veralteter Medienbestände ihre Nutzer verlieren.

Damit sich die mitunter gravierenden Standortnachteile nicht weiter verschärfen, müssen in Zukunft neue Wege gegangen werden. Angesichts fragmentierter Zuständigkeiten im Bildungswesen sind systematische Kooperationen zwischen den Verantwortlichen dabei unerlässlich. Aber auch neue Einnahmequellen öffentlicher Bildungseinrichtungen kommen in Betracht, um der schwierigen Finanzsituation zu begegnen. Zudem sind auch hier multifunktionale Bildungsorte als organisatorische Innovation im Hinblick auf mögliche Kosteneinsparungen zu prüfen. Angesichts der Anforderungen in einer Wissensgesellschaft und in Anbetracht der individuellen und regionalen Chancen, durch Bildung Entwicklung zu befördern, besteht letztlich eine weitere Herausforderung im Nachdenken über eine Prioritätsverschiebung der Finanzausgaben des Landes und der Kommunen zugunsten des Bildungswesens.

Deutsch-Polnische Bildungsarbeit in allen Bereichen ausbauen!

Eine regionale Stärke und ein landesweites Alleinstellungsmerkmal ist die deutsch-polnische Bildungslandschaft. Schon heute sind polnische Schüler und Familien eine wichtige Nachfragegruppe regionaler Bildungsangebote, bisher vor allem an Gymnasien des deutsch-polnischen Grenzraums. Mit der systematischen Ausgestaltung dieser Bildungslandschaft sind viele Entwicklungschancen verbunden. Entsprechend der landesweiten Zielstellung besteht eine Herausforderung in der Schaffung regional abgestimmter Bildungsketten des polnischen Spracherwerbs in Kindertagesstätten und Schulen. Im Hinblick auf die regionale Fachkräftesicherung ist zudem die Integration polnischer Jugendlicher und ihrer Familien in den regionalen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt ausbaufähig, der bisher kaum von polnischer Bevölkerung frequentiert wird. Damit verbunden ist eine generelle Verbesserung der Rahmenbedingungen für polnische Zuwanderung, die beispielsweise über gezielte Integrationsmaßnahmen durch Sprachkurse etc. an Volkshochschulen befördert werden kann.

Bildungs- und Regionalentwicklung zusammendenken!

Die Gesamtschau von Herausforderungen der Bildungslandschaft verdeutlicht zugleich die Chancen der Regionalentwicklung insgesamt:

- **demographische Entwicklung:** Bildungseinrichtungen als Standortfaktor für Familien sowie Bildungsangebote als Anziehungsfaktoren für Jugendliche, junge Erwachsene und Senioren
- **regionale Fachkräfteentwicklung:** berufliche Ausbildung sowie Berufsorientierung als Strategien der Fachkräftesicherung in Branchen mit steigenden Bedarfen (z.B. Gesundheit, Tourismus, Altenpflege, Erziehung und Unterricht u.a.)

- **kommunale Entwicklung:** kooperative Bildungsentwicklung auf lokaler Ebene als Chance, eigene Gestaltungsspielräume zurück zu gewinnen
- **Infrastrukturentwicklung:** Innovationen multifunktionaler Bildungsorte als Zukunftsstrategien im Hinblick auf demographische und strukturelle Herausforderungen ländlicher Räume
- **soziale Entwicklung in den Dörfern:** ländliche Bildungsorte als kulturelle Gemeindezentren und Faktor sozialer Vitalität auf dem Lande

Im Flächenkreis VG ist vor allem den starken teilräumlichen Gegensätzen von Entwicklungen Rechnung zu tragen. Die Herausforderung besteht darin, unter den gegeben Rahmenbedingungen, am planerischen Grundsatz der Gleichwertigkeit der Lebensqualität in allen Teilräumen weiterhin festzuhalten.

LITERATUR- UND QUELLENANGABEN

Literatur

Abschlussbericht der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Überprüfung des Jugendarbeitsschutzgesetzes. *Eingerichtet durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, 2011.* Einsehbar unter: http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/abschlussbericht-bund-laender-arbeitsgruppe-ueberpruefung-jugendarbeitsschutzgesetz.pdf. Zuletzt online abgerufen: 03/2012.

Arbeitsgruppe Bibliothek und Schule in Mecklenburg-Vorpommern: *Bibliothek und Schule in Mecklenburg-Vorpommern. Praxisbeispiele zur Zusammenarbeit.* Einsehbar unter: http://www.fachstelle-mv.de/wDeutsch/fachstelle/AG_Bibliothek_und_Schule_Materialien/Druckversion_Broschuere.pdf. Zuletzt online abgerufen: 03/2012.

Arbeitsgruppe: *Kulturelle Bildung, Modellvorhaben der Raumordnung (MORO). Masterplan Daseinsvorsorge im Rahmen des Modellvorhabens des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Demographischer Wandel, Region schafft Zukunft in der Modellregion Stettiner Haff,* Berlin 2010.

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hrsg.): *Bildung in Deutschland 2010. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Perspektiven des Bildungswesens im demografischen Wandel, im Auftrag der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung,* Bielefeld 2010.

Barthel, Franziska: *Auswirkungen der Immigration polnischer Bürger auf den Landkreis Uecker-Randow am Beispiel Löcknitz. Schriftenreihe der Hochschule-Neubrandenburg.* Reihe J, Band 9, Neubrandenburg 2010.

Becker, Fred G.: *Lexikon des Personalmanagements,* 2. Aufl., München 2002.

Beicht, Ursula: *Verbesserung der Ausbildungschancen oder sinnlose Warteschleife? Zur Bedeutung und Wirksamkeit von Bildungsgängen am Übergang Schule – Berufsausbildung. In: BIBB REPORT. Forschungs- und Arbeitsergebnisse aus dem Bundesinstitut für Berufsbildung, 3. Jahrgang, Heft 11, Hrsg. vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), Oktober 2009.* Einsehbar unter: http://www.bibb.de/de/52414.htm. Zuletzt online abgerufen: 03/2012.

Bertelsmann-Stiftung (Hrsg.): *Mecklenburg-Vorpommern – Übersicht Länderreport-. Frühkindliche Bildung.* Einsehbar unter: http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-5A77CDEC-7EB13205/bst/xcms_bst_dms_35057_35058_2.pdf. Zuletzt online abgerufen am 03.03.2012.

Berufsbildungsgesetz (BBIG) vom 23. März 2005. *Geändert durch Art. 9b des Gesetzes vom 07.09.2007 (BGB) S. 2246.* Einsehbar unter: http://www.bmbf.de/pubRD/bbig.pdf. Zuletzt online abgerufen: 03/2012.

Braun, Frank/Gaupp, Nora/Lex, Tilly/Reißig, Birgit: *Von der Hauptschule in Ausbildung und Erwerbsarbeit? In: Ergebnisse des Deutschen Jugend-Instituts (DJI), Übergangspanel. Hrsg. vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF),* Bonn/Berlin, 2008.

Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter: *Empfehlung zur Fachberatung. Flehingen-Baden, 2003.* Einsehbar unter: http://www.bagljae.de/Stellungnahmen/091_Fachberatung_2003.pdf. Zuletzt online abgerufen: 03/2012.

Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.): *Berufsbildungsbericht 2011.* Berlin/Bonn, 2011.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: *Kristina Schröder fordert Länder zu schnellerem KiTa-Ausbau auf! Pressemitteilung vom 08. 11. 2011.* Einsehbar unter:

http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Presse/pressemitteilungen,did=175370.html. Zuletzt online abgerufen: 03/2012.

Bundesvereinigung Deutscher Bibliotheksverbände: *Bibliothek 93.* Einsehbar unter: http://www.ib.hu-berlin.de/~kumlau/handreichungen/h91/b12/planungspapiere_bibliotheken93.html. Zuletzt online abgerufen: 03/2012.

Bundesverband Produktionsschulen e.V.: *Vorschläge des Bundesverbandes Produktionsschulen e.V. zur Gestaltung von Produktionsschulen als institutionalisiertes Regelangebot in Deutschland, 2011.* Einsehbar unter: http://www.bv-produktionsschulen.de/cms/wp-content/uploads/2011/10/BVPS_Vorschl%C3%A4ge_PS_08_2011_final.pdf. Zuletzt online abgerufen: 03/2012.

Chetty, Ray/Friedmann, John N. et al.: *How Does Your Kindergarten Classroom Affect Your Earnings? Evidents from project STAR, National Bureau of Economic Research 2010.* Einsehbar unter: http://obs.rc.fas.harvard.edu/chetty/STAR.pdf. Zuletzt online abgerufen: 03/2012.

Deutscher Bibliotheksverband e.V. (DBV): *Bürgerschaftliches Engagement in Bibliotheken. Ein Handbuch für das Ehrenamts-Management. Einsehbar unter: http://www.bibliotheksverband.de/dbv/themen/ehrenamt-in-bibliotheken/handbuch-fuer-das-ehrenamts-management.html. Zuletzt online abgerufen: 03/2012.*

Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag (Hrsg.), Ausschuss für Bildung, Sport und Kultur des Deutschen Städte- und Gemeindebundes: *Die Musikschule. Leitlinien und Hinweise.* Ludwigshafen, Ludwigsburg, Frankfurt a.M. 2010.

Einkaufszentrale d. öffentlichen Bibliotheken, (Ekz). Bibliotheksservice: *Chancen 2012. Öffentli-che Bibliotheken in der digitalen Welt.* Einsehbar unter: http://www.ekz.de/fileadmin/ekz/redaktion/_PDFs/Skripte_Download_2012/Linkliste_Chancen_2012.pdf. Zuletzt online abgerufen: 03/2012.

Europäische Kommission (Hrsg.): *Frühkindliche Betreuung, Bildung und Erziehung in Europa, ein Mittel zur Verringerung sozialer und kultureller Ungleichheiten. Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur.* Einsehbar unter: http://eacea.ec.europa.eu/education/eurydice/documents/thematic_reports/098DE.pdf. Zuletzt online abgerufen: 03/2012.

Freie Hansestadt Greifswald: *Fortschreibung der Kindertagesbetreuungskonzeption 2008/09 bis 2012/13.* Einsehbar unter: http://www.greifswald.de/uploads/media/Kita-Planung_4.Fortschreibung.pdf. Zuletzt online abgerufen: 03/2012.

Förster, Gabriele/Heinz, Michael: *Aktivieren – nicht resignieren! Demographische und pädagogische Hintergründe des berufsorientierten Bildungskonzepts der ländlichen Regionalschule in Ducherow, Mecklenburg-Vorpommern.* **In: Gerdenitsch, Claudia/Hopfner, Johanna:** *Bildung und Erziehung in ländlichen Regionen.* Frankfurt a.M. 2011.

Gentner, Cortina/Bojanowski, Arnulf/Wergin, Claus (Hrsg.): *Kurs finden. Junge Menschen auf dem Weg ins Leben. Produktionsschulen in Mecklenburg-Vorpommern, Münster, New York, München,* Berlin 2008.

Gnahs, Dieter: *Teilnahme.* **In: Arnold, Rolf/Nolda, Sigrid/Nuissl, Ekkehard (Hrsg.):** *Wörterbuch Erwachsenenpädagogik,* Bad Heilbrunn a.a. O. 2001, S. 302.

Heinz, Michael/Stahlkopf, Enrico: *Sozialraumanalyse von Kindern und Jugendlichen im Landkreis Uecker-Randow. Eine Studie der Universität Greifswald im Auftrag des Deutschen Kinderhilfswerkes e.V.,* Greifswald 2009.

Howaldt, Jürgen: *Vom Wandel des Innovationsverständnisses, von der Industrie- zur Wissensgesellschaft,* Dortmund 2009.

Kaether, Johann/ Berkenhagen, Carsten: *Masterplan Daseinsvorsorge. Modellregion Stettiner Haff,* Pasewalk 2009.

Klüter, Helmut/ Röber, Bernd/ Heinz, Michael/ Hormann, Kristin: *Wirtschaftsatlas Vorpommern und Mecklenburgische Seenplatte,* Schwerin 2005.

Klüter, Helmut: *Das Spannungsfeld zwischen Landwirtschaft, Agrarindustrie und Tourismus.* **In: Beleites, Michael et al.:** *Klassenkampf gegen die Bauern. Die Zwangskollektivierung der ost-deutschen Landwirtschaft und ihre Folgen bis heute.* Berlin 2010.

Konsortium Bildungsberichterstattung (Hrsg.): *Bildung in Deutschland. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration. Im Auftrag der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder.* Bielefeld 2006.

Kultusministerkonferenz: *Dritte Empfehlung der KMK zum Öffentlichen Bibliothekswesen. Einsehbar unter: http://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/1994/1994_09_09-Bibliothekswesen.pdf. Zuletzt online abgerufen: 03/2012.*

Landkreis Ostvorpommern (Hrsg.): *Jugendhilfeplanung, Teilplan Kindertageseinrichtungen Planungsprognose für den Zeitraum 2008 bis 2012, Bericht 2008. Einsehbar unter: http://www.kreis-vg.de/media/custom/2164_204_1.PDF. Zuletzt online abgerufen: 03/2012.*

Landkreis Uecker-Randow (Hrsg.): *Jugendhilfeplanung, Bedarfsplanung im Bereich der Kindertagesbetreuung, Fortschreibung ab 2008/2009 bis 2012,* Pasewalk 2008.

Lorenzen, Heinz-Jürgen: *Bibliotheken als Spielball zwischen kommunaler Aufgabe, Zentralitäts- und Ausgleichsfunktionen. Vortrag auf der Mitgliederversammlung des DBV-Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern* am 09.11.2011.

Meisel, Klaus: *Die Volkshochschule. Bildung in öffentlicher Verantwortung. Kurzfassung.* Bonn 2011.

Mertens, Martin (2008): *Finanzielle und rechtliche Rahmenbedingungen von Produktionsschulen. Beitrag auf den Hochschultagen Berufliche Bildung 2008. In: bwp@ Spezial 4 (Berufs- und Wirtschaftspädagogik Online) – Hochschultage Berufliche Bildung, 2011.* Einsehbar unter: http://www.bwpat.de/ht2008/ws12/mertens_ws12-ht2008_spezial4.shtml. Zuletzt online abgerufen: 03/2012.

Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.): *Erster Bildungsbericht Mecklenburg-Vorpommern,* Schwerin 2011.

Dies. (Hrsg.): *Berufliche Schulen in Mecklenburg-Vorpommern. Schulnetzplanung,* Stand 04.07.2011. Einsehbar unter www.bildung-mv.de/export/sites/lisa/de/schule/entwicklung/schulnetz_bs/110704_Schulnetzplanung_MV.pdf. Zuletzt online abgerufen: 03/2012.

Dies. (Hrsg.): *Örtliche Zuständigkeit für Fachklassen und Bildungsgänge der beruflichen Schulen in Mecklenburg-Vorpommern. Anlage 2 der Verwaltungsvorschrift. Einsehbar unter: www.bildung-mv.de/export/sites/lisa/de/schule/berufliche_schulen/100312_BLS_2010_11_VV_Anlage_2.pdf. Zuletzt online abgerufen: 03/2012.*

Dies. (Hrsg.): *Bildungskonzeption für 0- bis 10-jährige Kinder in Mecklenburg-Vorpommern. Zur Arbeit in Kindereinrichtungen und Kindertagespflege.* Einsehbar unter www.bildung-mv.de/export/sites/lisa/de/Fruehkindliche_Bildung/Bildungskonzeption_fuer_0-_bis_10-jaehrige_Kinder_in_M-V/Endfassung_Bildungskonzeption_0bis10jaehrige.pdf. Zuletzt online abgerufen: 03/2012.

Münch-Kalina, Sabine: *Zweite Effektestudie zum KiföG Mecklenburg-Vorpommern. Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung und Evaluation des Kindertagesstättenförderungsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern,* April 2009. Einsehbar unter www.kita-portal-mv.de/documents/2.%20effektestudie.pdf. Zuletzt online abgerufen: 03/2012.

Robert Bosch Stiftung (Hrsg.): *Demographieorientierte Personalpolitik im öffentlichen Dienst. Studie in der Reihe: Alter und Demographie.* Einsehbar unter:www.boschstiftung.de/content/language1/downloads/Demographieorientierte_Personalpolitik_fuer_Internet.pdf. Zuletzt online abgerufen: 03/2012.

Schöngen, Klaus: *Ausbildungsvertrag gelöst=Ausbildung abgebrochen? Ergebnisse einer Be-fragung. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis (BWP),* Jg. 32, Heft 5, S. 35-39, hrsg. vom Bundesinstitut für Berufsbildung, 2003.

Schmidt, Renate: *Rede zum 40. Bundeswettbewerb „Jugend musiziert",* Weimar 2003.

Staatliche Fachstelle in Freiburg: *Die Bibliothek der Grundversorgung.* Einsehbar unter: http://www.tub.tu-harburg.de/fs/html/Bau-Checkliste19_01_2004_Server-Anhang_.html. Zuletzt online abgerufen: 03/2012.

Stadt Hoyerswerda (Hrsg.): *Bildungslandschaft Hoyerswerda, Bericht,* Hoyerswerda 2009.

Stahlkopf, Enrico: *Regionale Verflechtungen der Universität Greifswald. Chancen der regionalen Entwicklung.* Greifswald 2010.

Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsches Institut für Erwachsenenbildung (DIE), Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: *Anwendungsleitfaden zum Aufbau eines Kommunalen Bildungsmonitorings,* Wiesbaden, Bonn, Stuttgart 2010.

Statistisches Bundesamt (StBA): *Pressemitteilung zur Modellrechnung des Statistischen Bundes-amtes zum Ausbaubedarf von Krippenplätzen.* Einsehbar unter: https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2010/05/PD10_158_225.html. Zuletzt online abgerufen: 03/2012.

Verband deutscher Musikschulen (VdM): *Strukturplan des VdM.* Einsehbar unter: http://www.musikschulen.de/musikschulen/strukturplan2009/index.html. Zuletzt online abgerufen: 03/2012.

Zech, Rainer: *Lernorientierte Qualitätstestierung in der Weiterbildung. LQW 2, Das Handbuch,* Hannover 2005.

Datenquellen:

BMBF (Bundesministerium für Bildung und Forschung) (2006):
Berichtssystem Weiterbildung IX. Bonn.

Bundesinstitut für Berufsbildung:
http://datenreport.bibb.de/media2011/tab_a1_3-2.pdf. Zuletzt online abgerufen: 03/2012.

http://datenreport.bibb.de/html/3655.htm. Zuletzt online abgerufen: 03/2012.

Fachstelle für Öffentliche Bibliotheken in MV:
http://www.fachstelle-MV.de. Zuletzt online abgerufen: 03/2012.

Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.) (2008): Statistische Hefte Mecklenburg-Vorpommern, 7. Jahrgang, 2010, Heft 1.

Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (2011):
Kernindikatorensätze A bis E, 2010 und 2011.

Statistisches Landesamt MV:
http://sisonline.statistik.m-v.de. Zuletzt online abgerufen: 03/2012.

Statistisches Bundesamt:
https://www-genesis.destatis.de. Zuletzt online abgerufen: 03/2012.

Statistik der Bundesagentur für Arbeit:
http://statistik.arbeitsagentur.de. Zuletzt online abgerufen: 03/2012.

Weitere Internetquellen:

Berufe.net:
http://berufenet.arbeitsagentur.de. Zuletzt online abgerufen: 03/2012.

Bildungsserver Mecklenburg-Vorpommern:
http://www.bildung-mv.de/de/schule/berufliche_schulen/berufsschule.
Zuletzt online abgerufen: 03/2012.

http://www.bildung-mv.de/de/schule/entwicklung/schulnetz_bs/.
Zuletzt online abgerufen: 03/2012.

http://www.bildung-mv.de/de/schule/berufliche_schulen/hoehere_berufsfachschule.
Zuletzt online abgerufen: 03/2012.

www.bildung-mv.de/de/schule/entwicklung/schulnetz_bs.
Zuletzt online abgerufen: 03/2012.

Büchereiverein Schleswig-Holstein (2012):
http://www.bz-sh.de/index.php?option=com_content&view=article&id=111&Itemid=6.
Zuletzt online abgerufen: 03/2012.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend:
http://www.handbuch-kindertagespflege.de. Zuletzt online abgerufen: 03/2012.

Bürgeratlas des Landkreises Vorpommern-Greifswald
http://46.4.28.8/ovp/atlas2/index.html

Fachstelle für Öffentliche Bibliotheken in Mecklenburg-Vorpommern:
http://www.fachstelle-mv.de. Zuletzt online abgerufen: 03/2012.

http://www.handbuch-kindertagespflege.de

Kita-Portal Mecklenburg-Vorpommern:
http://www.kita-portal-mv.de. Zuletzt online abgerufen: 03/2012.

Regierungsportal Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern:
http://www.regierung-mv.de/cms2/Regierungsportal_prod/Regierungsportal/de/sm/_Aktuelles__Blickpunkte/Land_foerdert_Mittagessen_in_Krippe_und_Kita/index.jsp. Zuletzt online abgerufen: 03/2012.

MV-Schlagzeilen (2008):
http://www.mv-schlagzeilen.de/entwicklung-der-oeffentlichen-bibliotheken-im-land-ist-besorgniserregend/3250. Zuletzt online abgerufen: 03/2012.

VERZEICHNISSE

9.1 Abbildungen

Abbildung 1:	Bildungsentwicklungsplanung im Lk VG	11
Abbildung 2:	Vergleich von natürlicher und räumlicher Bevölkerungsbewegung (2000 bis 2010)	25
Abbildung 3:	Vergleich von natürlichem Saldo und Wanderungssaldo (2000 bis 2010)	25
Abbildung 4:	Aufbau der Bevölkerung nach Altersgruppen und Geschlecht (2009)	27
Abbildung 5:	Entwicklung ausgewählter Bildungskohorten 1998 bis 2010	28
Abbildung 6:	Entwicklung der Geburtenrate (1997 bis 2010)	30
Abbildung 7:	Vergleich von Zu- und Abwanderungen, nach Altersgruppen (2010)	31
Abbildung 8:	Relative Entwicklung der Gesamtbevölkerung und der ausländischen Bevölkerung im Vergleich	34
Abbildung 9:	Entwicklung der Altersstruktur im Lk VG	35
Abbildung 10:	Entwicklung der Altersstruktur, Vergleich nach Altkreisen	35
Abbildung 11:	Beschäftigungsstruktur: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsabschnitten (am 30.06.2010)	40
Abbildung 12:	Entwicklung der Arbeitslosenquote (2001 bis 2010)	41
Abbildung 13:	Entwicklung der Arbeitslosenzahlen und der Anzahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter (2001 bis 2010, jeweils in absoluten Zahlen am 30.06.)	42
Abbildung 14:	Entwicklung der Anzahl der Standorte von Kindertageseinrichtungen (1989 bis 2010)	51
Abbildung 15:	Anzahl und Art von Kindertageseinrichtungen (2011)	54
Abbildung 16:	Entwicklung der verfügbaren Plätze in Kindertageseinrichtungen (1989 bis 2010)	59
Abbildung 17:	Entwicklung der Kapazität nach Betriebserlaubnis öffentlicher und privater Träger nach Altersgruppen der betreuten Kinder (2005 bis 2011)	59
Abbildung 18:	Entwicklung der Bevölkerung im Krippenalter und Anzahl der belegten Plätze in Kindertageseinrichtungen (2005 bis 2010)	61
Abbildung 19:	Entwicklung der Bevölkerung im Krippenalter und Anzahl der belegten Plätze in Kindertageseinrichtungen (2005 bis 2010)	61
Abbildung 20:	Belegte Plätze in Kindertageseinrichtungen nach Träger und Kindertagespflege (2009, 2010)	63
Abbildung 21:	Belegte Plätze in Kindertageseinrichtungen nach Träger und Kindertagespflege (2009 und 2010)	63
Abbildung 22:	Veränderung der Belegungszahlen der Kinder in Kinderbetreuung im Jahr 2010 gegenüber dem Vorjahr	64
Abbildung 23:	Übersicht über Betreuungszeiten in allen Kindertagesstätten in Teilräumen des Lk VG im Februar 2011	64
Abbildung 24:	Anteil der Kinder unter 3 Jahren nach täglicher Betreuungszeit (2009 und 2010)	65

Abbildung 25:	Vergleich der Entwicklung der Betreuungsquoten von Kindern im Krippenalter unter 3 Jahren (2007 bis 2010)	66
Abbildung 26:	Vergleich der Entwicklung der Besuchsquote von Kindern im Alter von drei bis unter 6 Jahren (2007 bis 2010)	67
Abbildung 27:	Vorgehaltene Plätze nach Betriebserlaubnis und Auslastungsgrad von Kindertageseinrichtungen (Februar 2011)	68
Abbildung 28:	Entwicklung der Anzahl des pädagogischen Personals in Kindertageseinrichtungen (2007–2010)	69
Abbildung 29:	Vergleich der Entwicklung der Anzahl der genehmigten Plätze je vollzeitäquivalente Betreuungsperson (2007 bis 2010)	69
Abbildung 30:	Veränderung der Altersstruktur des Personals in Kindertagesstätten	71
Abbildung 31:	Altersstruktur des Personals in Kindertagesstätten nach Art der Trägerschaft	71
Abbildung 32:	Qualifikation des Personals in Kindertageseinrichtungen (Feb. 2011)	73
Abbildung 33:	Multiprofessionalität in Kindertageseinrichtungen (Feb. 2011)	74
Abbildung 34:	Vergleich der Entwicklung von Einschulungen – Anteil vorzeitig, fristgemäß sowie verspätet eingeschulter Kinder und Anteil von Zurückstellungen (2003, 2006, 2009, 2010)	78
Abbildung 35:	Entwicklung der Schülerzahlen nach ausgewählten Schularten (1995 bis 2010)	84
Abbildung 36:	Entwicklung der Quoten von Grundschülern, Regionalschülern, Gymnasialschülern und Förderschülern (1995 bis 2010)	85
Abbildung 37:	Verteilung von Schülern auf ausgewählte Schultypen (2010)	86
Abbildung 38:	Schüler nach Schultypen (2010)	86
Abbildung 39:	Verteilung von ausländischen Schülern auf ausgewählte Schultypen (2010)	87
Abbildung 40:	Übergangsquoten von der Orientierungsstufe an weiterführende Schulen (2010)	90
Abbildung 41:	Übergangsquoten von der Orientierungsstufe an weiterführende Schulen (2010)	92
Abbildung 42:	Übergangsquoten von der Orientierungsstufe an weiterführende Schulen (2010)	93
Abbildung 43:	Entwicklung des Anteils von Klassenwiederholern (2006 bis 2010)	97
Abbildung 44:	Übergänge von allgemeinbildenden Schulen an Förderschulen	99
Abbildung 45:	Quote der Übergänge von Förderschulen an allgemeinbildende Schulen (2010)	100
Abbildung 46:	Entwicklung der Absolventen- und Abgängerzahlen (1995 bis 2010)	102
Abbildung 47:	Schulabsolventen nach Art des Abschlusses (2010)	103
Abbildung 48:	Absolventen & Abgänger nach Abschlussart (2010)	103

Abbildung 49:	Entwicklung der Teilnahmequoten der Ganztagsschüler (2006 bis 2010)	105
Abbildung 50:	Anteil der Schüler nach Art des Ganztagsangebotes (Schuljahr 2006 bis 2009)	106
Abbildung 51:	Entwicklung der Lehrerzahlen an allgemeinbildenden Schulen (1995 bis 2010)	107
Abbildung 52:	Vergleich der Anteile von Schülern und Lehrern (2010)	108
Abbildung 53:	Entwicklung der Arbeitszeiten der Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen (2006 bis 2010)	109
Abbildung 54:	Berufliche Schulen als Dachorganisation mehrerer Schulformen	118
Abbildung 55:	Übersicht zu Übergängen im Berufsbildungssystem in Mecklenburg-Vorpommern mit Teilbereichen, Schulformen und Abschlüssen	119
Abbildung 56:	Verteilung der Schülerzahlen an privaten und öffentlichen beruflichen Schulen nach Schulformen (2010)	123
Abbildung 57:	Verteilung der Schülerzahlen an privaten und öffentlichen beruflichen Schulen nach Schulformen (2010)	124
Abbildung 58:	Anzahl der beruflichen Schulen nach Trägerschaft (2000 bis 2010)	125
Abbildung 59:	Schulnetzplanung – Berufliche Schulen in MV	129
Abbildung 60:	Neueintritte der Schüler an öffentlichen und privaten beruflichen Schulen nach Teilbereichen des Berufsbildungssystems und Schulabschlüssen (2010)	132
Abbildung 61:	Erfolgsquoten der Schüler an beruflichen Schulen nach Schulformen (2010)	133
Abbildung 62:	Erfolgsquoten der Schüler an beruflichen Schulen nach Geschlecht (2010)	133
Abbildung 63:	An beruflichen Schulen erworbene allgemeinbildende Abschlüsse nach Schulform (2010)	134
Abbildung 64:	Anzahl der Jugendlichen im Übergangssystem an beruflichen Schulen (2000 bis 2010)	139
Abbildung 65:	Prozentualer Anteil Jugendlicher im Übergangssystem an allen Jugendlichen in der beruflichen Schule (2000–2010)	139
Abbildung 66:	Jugendliche neu im Übergangssystem nach BVJ und BVB (2010)	139
Abbildung 67:	Schulabsolventen ohne Berufsreife und Jugendliche ohne Berufsreife neu im Übergangssystem (2000 bis 2010)	140
Abbildung 68:	Schulabsolventen mit Berufsreife und Jugendliche mit Berufsreife neu im Übergangssystem (2000–2010)	141
Abbildung 69:	Schulabschlüsse der neu eingetretenen Schüler im Übergangssystem an beruflichen Schulen (2000–2010)	141
Abbildung 70:	Absolventen des Übergangssystems nach Abschlusszeugnis (2000 bis 2010)	142
Abbildung 71:	Neu in das Übergangssystem eingetretene Jugendliche und Erwerb der Berufsreife (2009 bis 2010)	143

Abbildung 72: Höchster erreichter Schulabschluss der Teilnehmer der Produktionsschulen Rothenklempenow und Wolgast in Prozent (2004 bis 2012) 145

Abbildung 73: Durchlaufene Maßnahmen oder Hilfen vor Besuch der Produktionsschulen Rothenklempenow und Wolgast (2004 bis 2012) 145

Abbildung 74: Erworbener Abschluss/Zertifikat der Teilnehmer der Produktionsschulen Rothenklempenow und Wolgast (2004 bis 2012) 146

Abbildung 75: Verbleib der Teilnehmer sechs Monate nach Produktionsschulbesuch in Rothenklempenow und Wolgast, in Prozent (2004 bis 2012) 147

Abbildung 76: Anzahl der Schüler an den Berufsfachschulen und höheren Berufsfachschulen (1995 bis 2010) 152

Abbildung 77: Zahl der Schüler an öffentlichen und priv. Berufsfach- und höheren Berufsfachschulen nach Geschlecht (2010) 153

Abbildung 78: Zahl der Schüler im Schulberufssystem nach Geschlecht (2000 bis 2010) 153

Abbildung 79: Verteilung der neu eingetretenen Schüler nach Teilbereichen des Berufsbildungssystems an den beruflichen Schulen (2000 bis 2008) 154

Abbildung 80: Erfolgsquoten der Schüler an höheren Berufsfachschulen (2000 bis 2010) 154

Abbildung 81: Erfolgsquoten der Schüler an Berufsfachschulen (2000 bis 2010) 155

Abbildung 82: Erreichte und nicht erreichte Abschlüsse der Schüler an Berufsfachschulen nach Geschlecht (2010) 155

Abbildung 83: Erreichte und nicht erreichte Abschlüsse der Schüler an höheren Berufsfachschulen nach Geschlecht (2010) 156

Abbildung 84: Anzahl der Auszubildenden nach zusammengefassten Berufsgruppen (2010) 159

Abbildung 85: Anzahl der Auszubildenden nach Berufsgruppen, in denen 80 Prozent aller Auszubildenden lernen (2010) 160

Abbildung 86: Auszubildende im Bereich Industrie und Handel nach betrieblicher/außerbetrieblicher Ausbildung (2009 bis 2011) 161

Abbildung 87: Anteil der Auszubildenden in außerbetrieblichen Ausbildungsverhältnissen an allen Auszubildenden nach Berufsgruppen im Bereich Industrie und Handel (2009, 2011) 162

Abbildung 88: Schulische Herkunft der neu eingetretenen Schüler im dualen System an beruflichen Schulen (2000 bis 2010) 168

Abbildung 89: Relative Veränderung der Schulabsolventen ohne Berufsreife und der Auszubildenden ohne Berufsreife ‚neu im dualen System' (2000 bis 2010) 169

Abbildung 90: Relative Veränderung der Schulabsolventen mit Berufsreife und der Auszubildenden mit Berufsreife ‚neu im dualen System' (2000 bis 2010) 169

Abbildung 91: Auszubildende nach Geschlecht in Berufen mit mehr als fünf weiblichen Auszubildenden und mit insgesamt mehr als 15 Auszubildenden (2010) 170

Abbildung 92:	Absolventen der Berufsschule (duales System) nach Abschlusszeugnis (2000 bis 2010)	171
Abbildung 93:	Absolventen des dualen Systems nach erworbenen, allgemeinbildenden Schulabschlüssen an der Berufsschule (2000 bis 2010)	172
Abbildung 94:	Vertragslösungsquote bei begonnenen Ausbildungsverträgen mit durchschnittlich über 20 Auszubildenden (2010)	173
Abbildung 95:	Vertragsauflösungsquote bei begonnenen Ausbildungsverträgen mit durchschnittlich unter 20 Auszubildenden (2010)	173
Abbildung 96:	Volkshochschulen, Bibliotheken und Musikschulen im Bildungssystem	183
Abbildung 97:	Entwicklung der Belegungen, Unterrichtsstunden und Kurse (2006–2010)	187
Abbildung 98:	Entwicklung der Kursbelegungsanteile nach Fachbereichen (2005 bis 2010)	189
Abbildung 99:	Teilnahmequoten an Angeboten der Volkshochschulen in Deutschland (2010)	190
Abbildung 100:	Entwicklung der Fachbelegungen an den Musikschulen nach Fächergruppen (2006 bis 2010)	195
Abbildung 101:	Entwicklung der Verteilung von Unterrichtseinheiten und Schülern nach Fächern (2006 bis 2010)	197
Abbildung 102:	Schüler nach Geschlecht und nach Alter (2010)	198
Abbildung 103:	Entwicklung der Musikschulfinanzierung (2005 bis 2010)	199
Abbildung 104:	Vorhandene Musikinstrumente nach Altersgruppen (2010)	200
Abbildung 105:	Gesamtausgaben für Neuerwerbung nach Bibliothekstypen (2008 bis 2010)	206
Abbildung 106:	Entwicklung der Anzahl an Veranstaltungen und Entleihungen (2008 bis 2010)	208
Abbildung 107:	Anzahl von Kindertagesstätten nach Art der Trägerschaft (Feb. 2011)	242
Abbildung 108:	Anzahl von Kindern in Kindertageseinrichtungen (Feb. 2011)	242
Abbildung 109:	Anteil der Arbeitskräfte mit einer Arbeitszeit kleiner 30 Stunden je Woche (2011)	243

9.2 Karten

Karte 1:	Öffentlich-rechtliche Akteure der Bildungsentwicklung im Lk VG	18
Karte 2:	Größen- und Funktionsklassen der Städte und Gemeinden	21
Karte 3:	Steuereinnahmekraft der Gemeinden (2010)	22
Karte 4:	Regionale Bevölkerungsentwicklung von 1990 bis 2010	24
Karte 5:	Regionale Verteilung der unter 20-Jährigen und Entwicklung nach Gemeinden	29
Karte 6:	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Amtsbereichen und Branchen (2010)	39
Karte 7:	Kindertagesstätten im Lk VG (10/2011)	52
Karte 8:	Verteilung und Entwicklung der Kinder im Alter von unter 6 Jahren (2000 bis 2010)	58
Karte 9:	Demographische und strukturelle Bedingungen der Übergänge an Grundschulen (2010)	77
Karte 10:	Schulstandorte & Spracherwerb Polnisch in Schulen des Lk	89
Karte 11:	Berufliche Schulen im Lk VG (2012)	122
Karte 12:	Betriebliche Angebots-Nachfrage-Relation im Jahr 2010 mit erweiterter Nachfragedefinition	166
Karte 13:	Stand- und Lernorte der Volkshochschulen	185
Karte 14:	Unterrichtsorte der Musikschulen	193
Karte 15:	Standorte bekannter, öffentlicher Bibliotheken (2010)	203

9.3 Tabellen

Tabelle 1:	Gemeindegrößenklassen	20
Tabelle 2:	Zentralörtliche Gliederung des Lk VG	20
Tabelle 3:	Verteilung ausgewählter Altersgruppen auf zentralörtliche Raumkategorien (2010)	28
Tabelle 4:	Ausländische Bevölkerung (2010)	32
Tabelle 5:	Ausländische Bevölkerung unter 20 Jahre (2010)	32
Tabelle 6:	Hauptherkunftsstaaten der ausländischen Bevölkerung (2010)	33
Tabelle 7:	Beschäftigung und Beschäftigungsquote	38
Tabelle 8:	Arbeitslosenquote und Jugendarbeitslosigkeit (2010)	41
Tabelle 9:	SGB II-Quote (Juni 2010)	42
Tabelle 10:	Anzahl von Kindertagesstätten (Feb. 2011)	53
Tabelle 11:	Träger und Anzahl von Kindertageseinrichtungen (2011)	53

Tabelle 12:	Integrative Kindertagesstätten (Feb. 2011)	55
Tabelle 13:	Regionale Verteilung verfügbarer Plätze in KiTa-Einrichtungen je Altersgruppe (02/2011)	56
Tabelle 14:	Belegte Plätze in Kindertageseinrichtungen nach Altersgruppen (Feb. 2011)	60
Tabelle 15:	Überblicksdarstellung wesentlicher Kennzahlen zur Versorgung und Inanspruchnahme von Kindertagesstätten für Kinder im Krippenalter (2007 bis 2010)	62
Tabelle 16:	Anteil belegter Plätze in Kindertageseinrichtungen (ohne Kindertagespflege) an einzelnen Betreuungszeiten (2010)	65
Tabelle 17:	Anzahl der betreuten Kinder unter 3 Jahren nach Art der Trägerschaft und Anteil ganztägig betreuter Kinder im Krippenalter an allen Kindern der Altersgruppe (2010)	65
Tabelle 18:	Anteil verschiedener Altersgruppen an der Gesamtzahl der Kindertagespflegepersonen (2009 und 2010)	72
Tabelle 19:	Schülerzahlen & Schulstandorte nach Schulart (2010)	83
Tabelle 20:	Anzahl der Schulstandorte (1995, 2010)	84
Tabelle 21:	Schülerzahlen nach Schularten (2010)	85
Tabelle 22:	Anteil ausländischer Schüler (2010)	87
Tabelle 23:	Bildungsangebote und Bildungsteilhabe (2010)	92
Tabelle 24:	Schulartwechsel in den Klassenstufen 7 bis 9 (2010)	94
Tabelle 25:	Schulartwechsel in den Klassenstufen 7 bis 9 (2010)	94
Tabelle 26:	Übergänge von Sekundarstufe I auf Sekundarstufe II (2010)	95
Tabelle 27:	Übergänge von Sekundarstufe I auf Sekundarstufe II (2010)	96
Tabelle 28:	Übersicht der Förderschulen des Lk	98
Tabelle 29:	Förderschüler, differenziert nach Altkreisen und Geschlecht (1995, 2006, 2010)	99
Tabelle 30:	Übergangsquoten in andere Schularten (2010)	101
Tabelle 31:	Errechnete Schulabgangsquoten nach Art des Abschlusses, im Regionalvergleich (2010)	102
Tabelle 32:	Entwicklung des Anteils der Ganztagsplätze (2006 bis 2010)	106
Tabelle 33:	Anzahl von Lehrern 2010 und Entwicklung seit 1995 nach Schularten	108
Tabelle 34:	Anzahl der Lehrkräfte an öffentlichen und privaten allgemeinbildenden Schulen im Lk VG (2010)	109
Tabelle 35:	Berufliche Schulen im Lk VG im Jahr 2010 nach Anzahl, Schülern und Trägerschaft	124
Tabelle 36:	Anzahl Auszubildender im dualen System und Anzahl Auszubildender an den jeweiligen Berufsschulen im dualen System (2007, 2009, 2010)	125
Tabelle 37:	Berufliche Schulen nach Zuständigkeit für Ausbildungsberufe im dualen System und Einzugsbereich für das Schuljahr 2011/2012	126

Tabelle 38:	Verteilung der Schüler an öffentlichen und privaten beruflichen Schulen nach Teilbereichen des Berufsbildungssystems und Geschlecht (2010)	131
Tabelle 39:	An beruflichen Schulen erworbene allgemeinbildende Abschlüsse nach Geschlecht und Nationalität (2010)	135
Tabelle 40:	DJI-Bundesstudie–Verbleib von Hauptschülern mit Neueintritt in 2004 in die Berufsvorbereitung in 2007	143
Tabelle 41:	Formen und Merkmale des dualen Systems	157
Tabelle 42:	Entwicklung der Gesamtanzahl der Auszubildenden (2007, 2009, 2010)	158
Tabelle 43:	Anzahl der Auszubildenden an den beruflichen Schulen (2007, 2009, 2010)	158
Tabelle 44:	Entwicklung der Anzahl der Auszubildenden nach Berufsgruppen (2007, 2009 und 2010)	163
Tabelle 45:	Entwicklung der Anzahl der Auszubildenden nach Berufsgruppen (Altkreis OVP: 2007, 2009 und 2010)	164
Tabelle 46:	Entwicklung der Anzahl der Auszubildenden nach Berufsgruppen (Greifswald: 2007, 2009, 2010)	165
Tabelle 47:	Angebots-Nachfrage-Relationen am Ausbildungsstellenmarkt (2009, 2010)	167
Tabelle 48:	Merkmale der Ausbildungsstellensituationen (2009, 2010)	167
Tabelle 49:	Kurse, Unterrichtsstunden und Belegungen an VHS-Kursen in VG (2005 bis 2010)	187
Tabelle 50:	Statistischer Überblick über die Bibliotheken nach Typ (2010)	204
Tabelle 51:	Bevölkerungsentwicklung	240
Tabelle 52:	Anzahl von Kindern und Jugendlichen im Lk VG, nach Altersgruppen (2010)	241
Tabelle 53:	Anteile ausgewählter Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung, je 1.000 Einwohner	241
Tabelle 54:	Anzahl Kindertagesstätten nach Trägerschaft (Feb. 2011)	244
Tabelle 55:	Verfügbare Plätze in Kindertagesstätten (Feb. 2011)	246
Tabelle 56:	Kapazität, freie Plätze und belegte Plätze nach Betreuungszeit in Krippen (Feb. 2011)	247
Tabelle 57:	Kapazität, freie Plätze und belegte Plätze nach Betreuungszeit in Kindergärten (Feb. 2011)	248
Tabelle 58:	Kapazität, freie Plätze und belegte Plätze nach Betreuungszeit in Horten (Feb. 2011)	249
Tabelle 59:	Mögliche und tatsächliche Inanspruchnahme von Plätzen in allen Kindertageseinrichtungen (Feb. 2011)	250
Tabelle 60:	Anteil belegter Plätze unterschiedlicher Betreuungszeiten in allen Kindertageseinrichtungen (Feb. 2011)	251
Tabelle 61:	Alter der pädagogischen Fachkräfte (2009, 2010)	252

Tabelle 62: Anzahl Personal, durchschnittliche Arbeitszeit und Anteil geringer als 30 Stunden Arbeitszeit der Arbeitskräfte in Kindertageseinrichtungen (Feb. 2011) 253

Tabelle: 63: Anzahl Personal und durchschnittliches Alter der Arbeitskräfte in Kindertageseinrichtungen (Feb. 2011) 254

Tabelle 64: Anzahl Personal und Anzahl Qualifikationen der Arbeitskräfte in Kindertageseinrichtungen (Feb. 2012) 255

9.4 Übersichten

Übersicht 1: Zeitliches Vorgehen bei der Erstellung des Bildungsberichtes für den Lk VG 12

Übersicht 2: Ausgewählte Einschätzungen regionaler Bildungsexperten zur Bildungslandschaft (SWOT) 17

Übersicht 3: Zukünftige Bevölkerungsentwicklung auf Ebene der Gemeinden der beiden ehemaligen Lk OVP und UER 37

Übersicht 4: Ausgewählte Einschätzungen regionaler Bildungsexperten zur Situation der frühkindlichen Bildung (SWOT) 48

Übersicht 5: Ausgewählte Einschätzungen regionaler Bildungsexperten zur Situation allgemeinbildender Schulen (SWOT) 82

Übersicht 6: Schülerzahlindizes 2025 (Modellregion Stettiner Haff: Altkreise OVP & UER) 111

Übersicht 7: Modellrechnung der Änderung von Schulwegezeiten bei der Schließung der Standorte Gützkow und Heringsdorf, unter Auflösung formaler Einzugsbereiche 112

Übersicht 8: Ausgewählte Einschätzungen regionaler Bildungsexperten zur beruflichen Bildung (SWOT) 121

Übersicht 9: Schulformen und Bildungsgänge an beruflichen Schulen im Lk VG im Schuljahr 2011/2012 256

9.5 Abkürzungen und ihre Bedeutung

ARGE	Arbeitsgemeinschaft der Bundesagentur für Arbeit (Arbeitsagentur)
AZR	Ausländerzentralregister
BaE	Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen
BBW	Berufsbildungswerk Greifswald
BBiG	Berufsbildungsgesetz
BEP	Bildungsentwicklungsplan
BFZ	Berufsförderungszentrum
BIBB	Bundesinstitut für berufliche Bildung
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BvB	Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen
BVJ	Schulisches Berufsvorbereitungsjahr
bzw.	beziehungsweise

ca.	circa
DBV	Deutscher Bibliotheksverband
DESK	Dortmunder Entwicklungsscreening für den Kindergarten
Destatis	Statistisches Bundesamt
d.h.	das heißt
DIE	Deutsches Institut für Erwachsenenbildung
DIPF	Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung
DJI	Deutsches Jugendinstitut
DM	ehem. Landkreis Demmin
DVV	Deutscher Volkshochschulverband
E-Books	elektronische Bücher
EFA	„Education for all“
ehem.	ehemalig
e.V.	eingetragener Verein
EU	Europäische Union
EUR	Euro (Währung)
EW	Einwohner
EQ	Einstiegsqualifizierung
EDV	elektronische Datenverarbeitung
GER	Gemeinsamer Europäischer Referenzrahmen für Sprachen
ges.	gesamt
GG	Grundgesetz
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
gt	ganztägig
Hartz IV	Viertes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt
HGW	ehemalige freie und Hansestadt Greifswald
ht	halbtägig
HRO	Freie und Hansestadt Rostock
HWO	Handwerksordnung
HZB	Hochschulzugangsberechtigung
IFS	Institut für Schulentwicklungsforschung
IGS	Integrierte Gesamtschule
IHK	Industrie- und Handelskammer
i.H.v.	in Höhe von
IPO	Input-Prozess-Output-Modell
Insg.	Insgesamt
i.R.	im Rahmen

k.A.	keine Angabe
LAGuS MV	Landesamt für Gesundheit und Soziales Mecklenburg-Vorpommern
Lk	Landkreis
LQW	Lernerorientierte Qualitätstestierung in der Weiterbildung
m	männlich
o.ä.	oder ähnliche
MSP	Mecklenburgische Seenplatte, Landkreis
MV	Mecklenburg-Vorpommern, Bundesland
KiföG MV	Kindertagesstättenförderungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern
KJHG-Org MV	Landesjugendhilfeorganisationsgesetz Mecklenburg-Vorpommern
KV MV	Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OVP	eh. Landkreis/Altkreis Ostvorpommern
PKW	Personenkraftwagen
QualiVO MV	Verordnung zur Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung in den Selbstständigen Schulen
RBB	Regionales Raumentwicklungsprogramm
ROS	Rostock, Landkreis
RREP	Regionaler Planungsverband
SchulG MV	Schulgesetz Mecklenburg-Vorpommern
SGB II	Sozialgesetzbuch, Zweites Buch – Grundsicherung für Arbeitsuchende
SGB VIII	Sozialgesetzbuch, Achtes Buch – Kinder- und Jugendhilfe
SGB XII	Sozialgesetzbuch, Zwölftes Buch – Sozialhilfe
Stat. Amt MV	Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern
SWOT	Stärken-Schwächen- und Chancen-Risiken-Analyse
Tab.	Tabelle
TAG	Tagesbetreuungsausbaugesetz
TFA	Trainings- und Fortbildungsakademie
tz	teilzeit
u.a.	unter anderem
u.ä.	und ähnliche
UER	ehem. Landkreis Uecker-Randow
UM	Uckermark
VdM	Verband deutscher Musikschulen
VG	Landkreis Vorpommern-Greifswald
vgl.	vergleiche
VHS	Volkshochschule

VG	Vorpommern-Greifswald, Landkreis
VPR	Vorpommern-Rügen, Landkreis
VVVG	Vereinigte Volkshochschulen Vorpommern-Greifswald
w	weiblich
WBFöG MV	Weiterbildungsförderungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern
z.B.	zum Beispiel
z.T.	zum Teil

ANHANG

10. Anhang

Anhang zum Kapitel 2: Rahmenbedingungen der Bildungslandschaft

Tabelle 51: Bevölkerungsentwicklung nach Amtsbereichen, 2010

Region	Bevölkerung 1990	Bevölkerung 2010	Entwicklung in Prozent
Greifswald, Stadt (amtsfrei)	66.658	54.610	-18,1
Amt am Peenestrom	22.675	17.001	-25,0
Amt Anklam-Land	14.343	11.122	-22,5
Amt Landhagen	6.014	10.201	69,6
Amt Lubmin	9.559	10.788	12,9
Amt Usedom-Nord	10.305	8.950	-13,1
Amt Usedom-Süd	11.858	11.696	-1,4
Amt Züssow	15.125	12.482	-17,5
Anklam, Stadt (amtsfrei)	19.439	13.433	-30,9
Heringsdorf (amtsfrei)	11.500	9.363	-18,6
OVP	120.818	105.036	-13,1
Amt Am Stettiner Haff	16.587	11.812	-28,8
Amt Löcknitz-Penkun	13.650	10.885	-20,3
Amt Torgelow-Ferdinandshof	21.233	14.858	-30,0
Amt UER-Tal	10.400	7.855	-24,5
Pasewalk, Stadt (amtsfrei)	15.577	11.319	-27,3
Strasburg (Uckermark), Stadt (amtsfrei)	7.963	5.424	-31,9
Ueckermünde, Stadt (amtsfrei)	11.748	9.984	-15,0
UER	97.158	72.137	-25,8
Amt Jarmen-Tutow	7.348	5.953	-19,0
Amt Peenetal-Loitz	9.581	7.997	-16,5
VG	301.563	245.733	-18,5

Datenquelle: Stat. Amt MV, Bevölkerungszahlen nach Ämtern, eigene Berechnung

Tabelle 52:
Anzahl von Kindern und Jugendlichen im Lk VG,
nach Altersgruppen (2010)

Region	unter 6-Jährige	6- bis unter 10-Jährige	10- bis unter 15-Jährige	15- bis unter 20-Jährige
Greifswald, Stadt (amtsfrei)	2.736	1.489	1.649	1.820
Amt am Peenestrom	843	517	564	584
Amt Anklam-Land	511	357	426	447
Amt Landhagen	522	395	457	364
Amt Lubmin	441	333	427	395
Amt Usedom-Nord	375	267	322	212
Amt Usedom-Süd	522	355	417	305
Amt Züssow	542	391	460	480
Anklam, Stadt (amtsfrei)	597	390	482	463
Heringsdorf (amtsfrei)	346	250	267	233
OVP	4.699	3.255	3.822	3.483
Amt Am Stettiner Haff	509	326	441	377
Amt Löcknitz-Penkun	520	388	463	367
Amt Torgelow-Ferdinandshof	641	439	485	478
Amt UER-Tal	335	236	330	263
Pasewalk, Stadt (amtsfrei)	562	327	385	347
Strasburg (Uckermark), Stadt (amtsfrei)	229	151	209	197
Ueckermünde, Stadt (amtsfrei)	431	274	279	284
UER	3.227	2.141	2.592	2.313
Amt Jarmen-Tutow	260	177	221	207
Amt Peenetal-Loitz	395	265	329	250
DM	655	442	550	457
VG	11.317	7.327	8.613	8.073

Datenquelle:
Stat. Amt MV

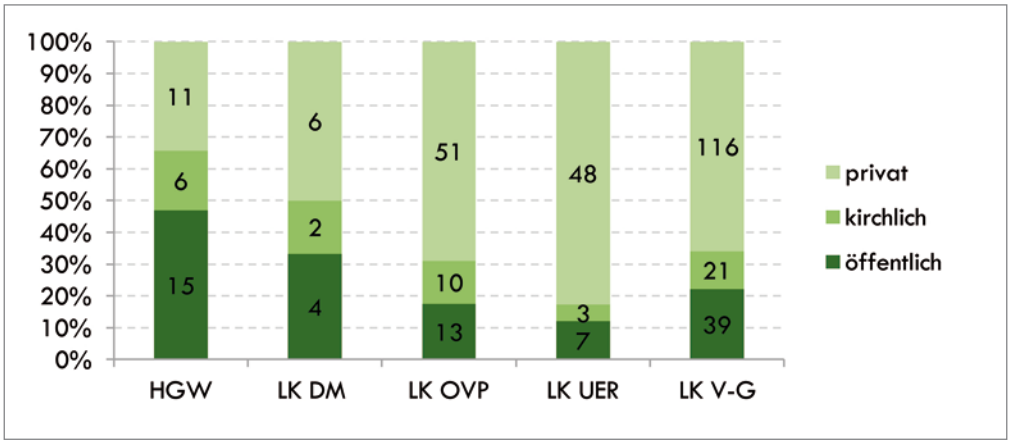
Tabelle 53:
Anteile ausgewählter Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung, je 1.000 Einwohner

Region	unter 6-Jährige	6- bis unter 10-Jährige	10- bis unter 15-Jährige	15- bis unter 20-Jährige	über 65-Jährige
VG	46,1	29,8	35,1	32,9	222,1
MV	46,9	30,7	36,4	32,5	220,7
Deutschland	50,1	35,2	48,5	50,6	206,0

Datenquelle:
Stat. Amt MV

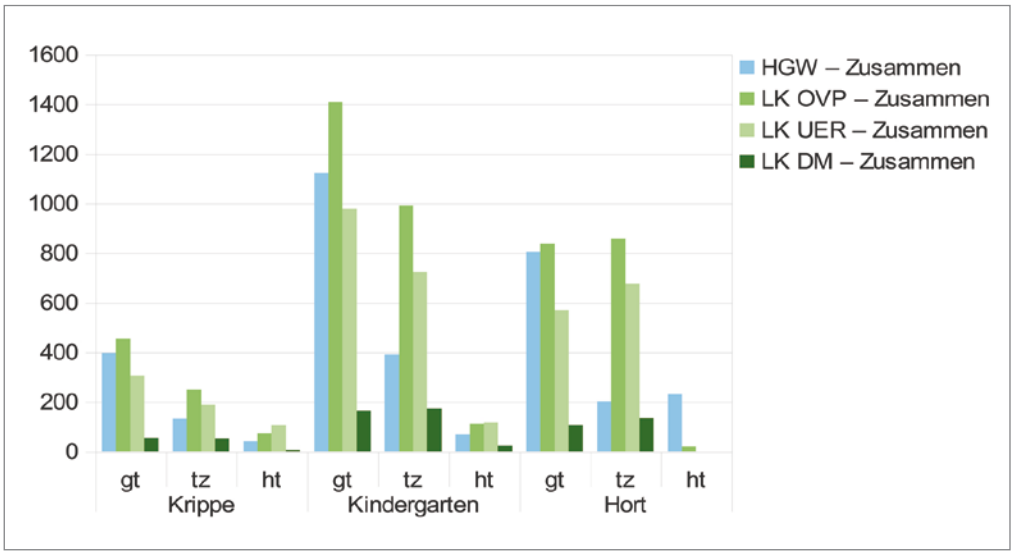
Anhang zum Kap. 3 Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung

Abbildung 107:
Anzahl von Kindertagesstätten nach Art der Trägerschaft (Feb. 2011)
Altkreise



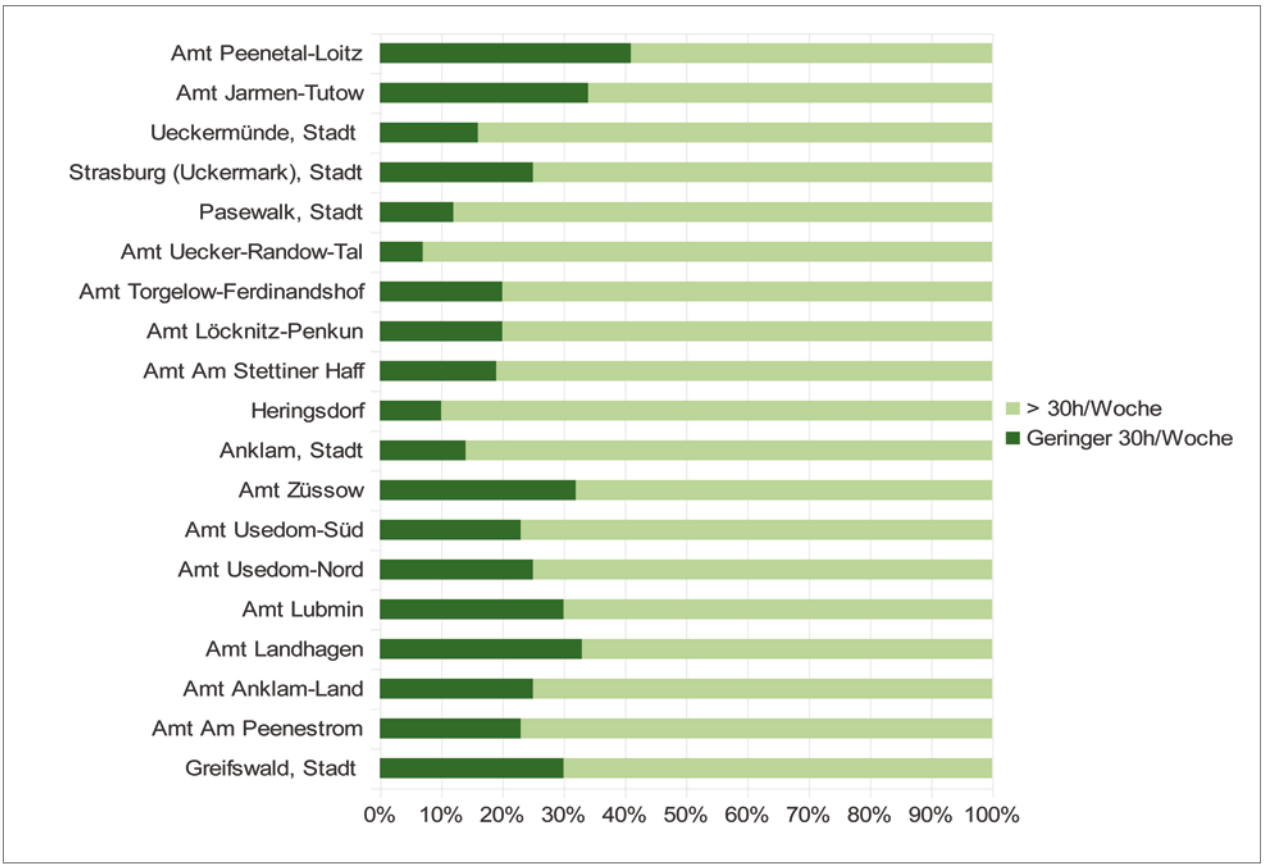
Datenquelle:
LAGuS MV, Kitafachplanung ehem. Lk OVP und UER

Abbildung 108:
Anzahl von Kindern in Kindertageseinrichtungen (Feb. 2011)
Altkreise



Datenquelle:
LAGuS MV, Kindertagesstättenfachplanung Lk UER, 2011

Abbildung 109:
Anteil der Arbeitskräfte mit einer Arbeitszeit kleiner 30 Stunden je Woche (2011)
Ämter



Datenquelle:
LAGuS MV,
Kindertagesstättenfachplanung
Lk UER, 2011

Tabelle 54:
Anzahl Kindertagesstätten nach Trägerschaft (Feb. 2011)
Lk VG , Altkreise nach Trägerschaft

Trägerschaft		Anzahl Kindertagesstätten			
		HGW	DM	OVP	UER
Öffentlich					
		15	4	13	7
Kirchlich (frei)					
katholisch	Katholische Probsteigemeinde „St. Marien“	1			
	Katholische Kirchgemeinde SALVATOR			1	
evangelisch	Gemeinde „St. Nikolai”	1			
	Evangelische Kirchgemeinde „St. Marien”	1			
	Evangelische Kirchgemeinde „St. Petri”			1	
	Evangelische Kirchgemeinde Benz			1	
	Evangelische Kirchgemeinde Torgelow				1
	Evangelische Kirchgemeinde Strasburg				1
	Evangelische KiTa „St. Marien”		1		
	Kindertagesstätten „St. Spiritus” gGmbH				1
	Johanna Odebrecht Stiftung	1			
	Evangelische Schulstiftung in Mecklenburg-Vorpommern-Nordelbien			1	
	Christliches Jugendwerk Deutschlands e.V.			1	
	Kreisdiakonische KiTa gGmbH (Evangelisch)	2	1	5	
Privat					
Verbund	Volkssolidarität			11	9
	Institut Lernen und Leben e.V.	3		6	3
	DRK	1		2	7
	Arbeiter-Samariter-Bund			10	
	AWO gGmbH (e.V)		1	(6)	8
	Gemeinnützige Werk- und Wohnstätten GmbH				2
	Trägerwerk Soziale Dienste e.V (Verbund)				2
	KiTa „Haffknirpse” e.V.				2
	Aktion Sonnenschein m/V e.V.	2			
	Internationaler Bund e.V. (Verbund)		1		

gGmbH, GmbH, Vereine	Berufsfachschule Greifswald GmbH	1			
	Greifswalder KiTa gGmbH		1		
	Christopherus-Diakoniewerk gGmbH				1
	Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.			1	
	Anisa e.V.			1	
	Ahlbecker Gören e.V.			1	
	Betreuungsverein „Hans im Glück" e.V.				1
	Haus der Begegnung e.V.				1
	Initiative zur Förderung der Waldorfpädagogik Greifswald e.V.	1			
	Kinderbetreuungseinrichtung am Rosengarten e.V.	1			
	„Kinder haben keine Bremse" e.V.		1		
	Kinderladen Greifswald e.V.	1			
	Kindertagesförderung e.V.				1
	Kindertagesstätte „Regenbogen" e.V.				1
	KiTa „Abenteuerland" e.V.			1	
	Kückenhorst e.V.			1	
	Montessori-Kinderhaus Loddin e.V.			1	
	Murkelei e.V.				1
	Naturkindergarten Greifswald e.V.	1			
	Soziales Haus in Aktion e.V			1	
	Verein Haffsprößlinge e.V.				1
	Verein „KiTa Fennteufelchen"				1
	Verein „Kindertagesstätte Gänse-blümchen" e.V.				1
	Verein „Kindertagesstätte Spatzennest" e.V.				1
	Verein Pittiplatsch e.V.				1

Eltern und Einzelinitiativen	Elterninitiative „Zwergenland" e.V.			1	
	Elternverein zur Förderung von Bildung und Erziehung unserer Kinder e.V.				1
	Elternverein „Hummelhus" e.V. c/o Mandy Laske			1	
	Elternverein „Zempiner Rangen" e.V.			1	
	Knapek & May GbR			1	
	Frau Heike Siegert			2	
	Frau Brigitte Zander		1		
	Frau Gerlinde Zander		1		
	Frau Mandy Kaufmann				1
	Frau Gabriele Vollbrecht				1
	Frau Karina Nitschke				1
	Frau Birgit Will			1	
	Frau Corina Möller			1	
	Frau Gina Quandt			1	

Tabelle 55: Verfügbare Plätze in Kindertagesstätten (Feb.2011)
Lk VG , Altkreise nach Altersgruppen

Gebiet	**Verfügbare Plätze**	**Kinder im Alter von … bis unter … Jahren an den jeweiligen verfügbaren Plätzen**		
		unter 3	**3 bis 6**	**6 bis 14**
	Anzahl			
HGW	3.738	679	1.669	1.390
DM	809	121	409	279
OVP	5.824	1.049	2.850	1.925
UER	3.945	721	1.876	1.348
VG	14.316	2.570	6.804	4.942
Anteil Altersgruppe an verfügbaren Plätzen je Gebiet in Prozent				
HGW	3.738	18	45	37
DM	809	15	51	34
OVP	5.824	18	49	33
UER	3.945	18	48	34
VG	14.316	18	48	35

Datenquelle: LAGuS MV, Kitafachplanung Lk OVP, UER

Tabelle 56:
Kapazität, freie Plätze und belegte Plätze nach Betreuungszeit in Krippen (Feb. 2011)
Lk VG, Altkreise, Amtsbereiche

Gebiet	Kapazität	Freier Platz	Belegte Plätze: Krippe			
			Insg.	GT	TZ	HT
	Anzahl					
Greifswald, Stadt	679	109	570	396	133	41
Amt Jarmen-Tutow	39	2	37	16	21	0
Amt Peenetal-Loitz	82	10	72	37	30	5
DM (zusammen)	121	12	109	53	51	5
Amt Am Peenestrom	128	43	85	53	29	3
Amt Anklam-Land	70	15	55	23	26	6
Amt Landhagen	110	44	66	37	25	4
Amt Lubmin	118	25	93	56	27	10
Amt Usedom-Nord	76	12	64	43	15	6
Amt Usedom-Süd	129	11	118	72	23	23
Amt Züssow	113	9	104	61	27	16
Anklam, Stadt	209	72	137	76	58	3
Heringsdorf (amtsfrei)	96	41	55	34	19	2
OVP	1.049	272	777	455	249	73
Amt Am Stettiner Haff	132	32	100	49	29	22
Amt Löcknitz-Penkun	46	7	39	15	13	11
Amt Torgelow-Ferdinandshof	171	10	161	82	57	22
Amt UER-Tal	68	17	51	33	13	5
Pasewalk, Stadt	120	5	115	62	29	24
Strasburg (UM), Stadt	73	30	43	18	10	15
Ueckermünde, Stadt	111	21	90	46	37	7
UER	721	122	599	305	188	106
VG	2.570	515	2.055	1.209	621	225

Kap. und Belegung Krippe
Feb. 2011 lt., Jugendamt OVP

Tabelle 57:
Kapazität, freie Plätze und belegte Plätze nach Betreuungszeit in Kindergärten (Feb. 2011)
Lk VG, Altkreise, Amtsbereiche

Gebiet	Kapazität	Freier Platz	Belegte Plätze: Kindergarten			
			Insg.	GT	TZ	HT
	Anzahl					
Greifswald, Stadt	1.669	86	1.583	1.123	391	69
Amt Jarmen-Tutow	185	16	169	59	94	16
Amt Peenetal-Loitz	224	32	192	105	79	8
DM (zusammen)	409	48	361	164	173	24
Amt Am Peenestrom	449	27	422	281	127	14
Amt Anklam-Land	195	1	194	78	104	12
Amt Landhagen	316	64	252	169	69	14
Amt Lubmin	272	38	234	131	82	21
Amt Usedom-Nord	252	26	226	133	87	6
Amt Usedom-Süd	341	56	285	180	91	14
Amt Züssow	329	38	291	120	154	17
Anklam, Stadt	420	-32	452	240	204	8
Heringsdorf (amtsfrei)	276	121	155	77	73	5
OVP	2.850	339	2.511	1.409	991	111
Amt Am Stettiner Haff	297	-1	298	162	111	25
Amt Löcknitz-Penkun	243	4	239	121	85	33
Amt Torgelow-Ferdinandshof	412	16	396	214	169	13
Amt UER-Tal	174	23	151	88	59	4
Pasewalk, Stadt	372	25	347	195	133	19
Strasburg (UM), Stadt	139	-11	150	77	64	9
Ueckermünde, Stadt	239	3	236	122	101	13
UER	1.876	59	1.817	979	722	116
VG	6.804	532	6.272	3.675	2.277	320

Werte für UER aus Kitafachplanung, ohne kurzfristige Über- und Unterbelegungen, Andere: LAGuS MV

Tabelle 58:
Kapazität, freie Plätze und belegte Plätze nach Betreuungszeit in Horten (Feb. 2011)
Lk VG, Altkreise, Amtsbereiche

Gebiet	Kapazität	Freie Plätze	Belegte Plätze: Hort			
			Insg.	GT	TZ	HT
	Anzahl					
HGW	1.390	153	1.237	805	202	230
Amt Jarmen-Tutow	100	9	91	35	56	0
Amt Peenetal-Loitz	179	29	150	71	79	0
DM	279	38	241	106	135	0
Amt Am Peenestrom	336	5	331	242	89	0
Amt Anklam-Land	94	13	81	24	56	1
Amt Landhagen	252	43	209	88	121	0
Amt Lubmin	185	17	168	77	91	0
Amt Usedom-Nord	195	13	182	85	97	0
Amt Usedom-Süd	258	23	235	121	114	0
Amt Züssow	169	57	112	23	89	0
Anklam, Stadt	248	22	226	94	132	0
Heringsdorf (amtsfrei)	188	18	170	84	68	18
OVP	1.925	211	1.714	838	857	19
Amt Am Stettiner Haff	201	30	171	80	91	0
Amt Löcknitz-Penkun	148	20	128	48	80	0
Amt Torgelow-Ferdinandshof	331	33	298	141	157	0
Amt UER-Tal	49	4	45	25	20	0
Pasewalk, Stadt	345	20	325	158	167	0
Strasburg (UM.), Stadt	75	-3	78	28	50	0
Ueckermünde, Stadt	199	-1	200	89	111	0
UER	1.348	103	1.245	569	676	0
VG	4.942	505	4.437	2.318	1.870	249

Werte für Lk UER aus Kitafachplanung, ohne kurzfristige Über- und Unterbelegungen, Andere: LAGuS MV

Tabelle 59:
Mögliche und tatsächliche Inanspruchnahme von Plätzen in allen Kindertageseinrichtungen (Feb. 2011)
Lk VG, Altkreise

Art der Einrichtung und Gebiet	Kapazität	Freie Plätze	Belegte Plätze: Hort			
			Insg.	GT	TZ	HT
	Anzahl					
Krippe						
HGW	679	109	570	396	133	41
DM	121	12	109	53	51	5
OVP	1.049	272	777	455	249	73
UER	721	122	599	305	188	106
VG	2.570	515	2.055	1.209	621	255
Kindergarten						
HGW	1.669	86	1.583	1.123	391	69
DM	409	48	361	164	173	24
OVP	2.850	339	2.511	1.409	991	111
UER	1.876	59	1.817	979	722	116
VG	6.804	532	6.272	3.675	2.277	320
Hort						
HGW	1.390	153	1.237	805	202	230
DM	279	38	241	106	135	0
OVP	1.925	211	1.714	838	857	19
UER	1.348	103	1.245	569	676	0
VG	4.942	505	4.437	2.318	1.870	249
Alle Einrichtungen zusammen						
HGW	3.738	348	3.390	2.324	726	340
DM	809	98	711	323	359	29
OVP	5.824	822	5.002	2.702	2.097	203
UER	3.945	284	3.661	1.853	1.586	222
VG	14.316	1.552	12.764	7.202	4.768	794

Tabelle 60:
Anteil belegter Plätze unterschiedlicher Betreuungszeiten in allen Kindertageseinrichtungen (Feb. 2011)
Lk VG, Altkreise

Art der Einrichtung und Gebiet	Belegte Plätze in Kindertageseinrichtungen			
	Insgesamt	Ganztags	Teilzeit	Halbtags
	Anzahl	Anteil		
Krippe				
HGW	570	69,5	23,3	7,2
DM	109	48,6	46,8	4,6
OVP	777	58,6	32,0	9,4
UER	599	50,9	31,4	17,7
VG	2.055	58,8	30,2	12,4
Kindergarten				
HGW	1.583	70,9	24,7	4,4
DM	361	45,4	47,9	6,6
OVP	2.511	56,1	39,5	4,4
UER	1.817	53,9	39,7	6,4
VG	6.272	58,6	36,3	5,1
Hort				
HGW	1.237	65,1	16,3	18,6
DM	241	44,0	56,0	0
OVP	1.714	48,9	50,0	1,1
UER	1.245	45,7	54,3	0
VG	4.437	52,2	42,1	5,6
Alle Einrichtungen zusammen				
HGW	3.390	68,6	21,4	10,0
DM	711	45,4	50,5	4,1
OVP	5.002	54,0	41,9	4,1
UER	3.661	50,6	43,3	6,1
VG	12.764	56,4	37,4	6,2

Tabelle 61:
Alter der pädagogischen Fachkräfte (2009, 2010)
Altkreise OVP & UER

Jahr	Kreis	Träger-gruppe	Pädagogisches, Leitungs- & Verwaltungspersonal in Kindertageseinrichtungen				
			Insgesamt	Im Alter von … bis unter … Jahren			
				Unter 30	30–40	40–50	50 und mehr
			Anzahl	Anteil an Gesamtzahl in Prozent			
2009	**OVP**	**Öffentlich**	64	1,6	23,4	29,7	45,3
		Frei	387	12,9	17,3	33,9	35,9
	UER	**Öffentlich**	42	4,8	14,3	26,2	54,8
		Frei	313	10,2	20,1	32,6	37,1
	Zusammen		806	10,5	18,7	32,6	38,1
2010	**OVP**	**Öffentlich**	64	3,1	20,3	29,7	46,9
		Frei	422	15,4	18,0	30,1	36,5
	UER	**Öffentlich**	46	0,0	17,4	23,9	58,7
		Frei	320	6,6	19,7	32,8	40,9
	Zusammen		852	10,33	18,8	30,8	40,1
1996	**Vergleich Lk UER**		373	11,3	37,0	37,8	13,9
Veränderung gegenüber Vorjahr							
Kreis		**Träger**	absolut	in Prozent			
OVP		**Öffentlich**	0	1,5	-3,1	0,0	1,6
		Frei	35	2,5	0,7	-3,8	0,6
UER		**Öffentlich**	4	-4,8	3,1	-2,3	3,9
		Frei	7	-3,6	-0,4	0,2	3,9
Zusammen			46	-0,2	0,0	-1,9	2,1

Datenquelle: Kernindikatorensatz Stat. Amt MV 2011, Kitafachplanung Lk UER 2008, eigene Berechnungen; Absolute Zahlen und Spalte weiblich siehe _v31.odt und v32.odt, Evtl. Grafik im Anhang verwenden

Tabelle 62: Anzahl Personal, durchschnittliche Arbeitszeit und Anteil geringer als 30 Sunden Arbeitszeit der Arbeitskräfte in Kindertageseinrichtungen (Feb. 2011)
Lk VG, Ämter & Altkreise

Gebiet (Städte: amtsfrei)	Arbeitszeit Durchschnitt		Anzahl Personal***
	in h/Woche*	Anteil geringer 30h/Woche in Prozent**	
Greifswald, Stadt	30	30	498
OVP			
Amt Am Peenestrom	33	23	99
Amt Anklam-Land	30	25	44
Amt Landhagen	29	33	87
Amt Lubmin	30	30	60
Amt Usedom-Nord	32	25	56
Amt Usedom-Süd	32	23	83
Amt Züssow	30	32	65
Anklam, Stadt	33	14	105
Heringsdorf (amtsfrei)	33	10	57
UER			
Amt Am Stettiner Haff	32	19	64
Amt Löcknitz-Penkun	31	20	41
Amt Torgelow-Ferdinandshof	33	20	101
Amt UER-Tal	36	7	28
Pasewalk, Stadt	32	12	85
Strasburg (Uckermark), Stadt	30	25	32
Ueckermünde, Stadt	33	16	50
DM			
Amt Jarmen-Tutow	28	34	29
Amt Peenetal-Loitz	29	41	64

* *Durchschnittswerte anhand Spalte: „Anzahl Personal***“*
** *Durchschnittswerte über vollständige Datensätze*
*** *Anzahl ohne Zählung, wenn gemeldete Fachkraft mit Arbeitszeit=0h*

Tabelle: 63:
Anzahl Personal und durchschnittliches Alter der Arbeitskräfte in Kindertageseinrichtungen (Feb. 2011)
Lk VG, Ämter & Altkreise

Gebiet	Durchschnittsalter in Jahren**	Anzahl Personal***
HGW		
Greifswald, Stadt (amtsfrei)	47	498
OVP		
Amt Am Peenestrom	46	99
Amt Anklam-Land	50	44
Amt Landhagen	44	87
Amt Lubmin	45	60
Amt Usedom-Nord	46	56
Amt Usedom-Süd	46	83
Amt Züssow	47	65
Anklam, Stadt (amtsfrei)	45	105
Heringsdorf (amtsfrei),	47	57
UER		
Amt Am Stettiner Haff	46	64
Amt Löcknitz-Penkun	48	41
Amt Torgelow-Ferdinandshof	46	101
Amt UER-Tal	48	28
Pasewalk, Stadt (amtsfrei)	44	85
Strasburg (Uckermark), Stadt (amtsfrei)	46	32
Ueckermünde, Stadt (amtsfrei)	47	50
DM		
Amt Jarmen-Tutow	48	29
Amt Peenetal-Loitz	44	64

* *Durchschnittswerte anhand Spalte: „Anzahl Personal***“*
** *Durchschnittswerte über vollständige Datensätze*
*** *Anzahl ohne Zählung, wenn gemeldete Fachkraft mit Arbeitszeit=0h*

Tabelle 64:
Anzahl Personal und Anzahl Qualifikationen der Arbeitskräfte in Kindertageseinrichtungen (Feb. 2012)
Lk VG, Ämter & Altkreise

Gebiet	Anteil Erzieher mit Qualifikationsprofil* … in Prozent aller Qualifikationen				Qualifikationen	Personal
	100	220	230, 320, 330	weitere	Anzahl insgesamt	
Greifswald, Stadt	63	7	6	24	616	511
Amt Am Peenestrom	61	8	11	20	114	100
Amt Anklam-Land	58	10	0	32	59	49
Amt Landhagen	61	13	1	25	98	83
Amt Lubmin	64	11	1	24	73	61
Amt Usedom-Nord	57	10	3	30	69	39
Amt Usedom-Süd	54	10	3	33	101	83
Amt Züssow	60	15	1	24	81	66
Anklam, Stadt	61	6	11	22	132	106
Heringsdorf (amtsfrei)	60	8	3	29	65	57
Amt Am Stettiner Haff	77	16	0	7	79	64
Amt Löcknitz-Penkun	77	21	2	0	52	41
Amt Torgelow-Ferdinandshof	74	14	2	10	121	101
Amt UER-Tal	76	24	0	0	37	28
Pasewalk, Stadt	75	10	3	12	100	85
Strasburg (UM.), Stadt	73	8	8	11	40	32
Ueckermünde, Stadt	80	13	5	2	61	51
Amt Jarmen-Tutow	61	11	5	23	38	29
Amt Peenetal-Loitz	56	11	1	32	81	64
VG	66	12	3	19	2.017	1.650

Datenquelle:
LAGuS MV,
Kitafachplanung Lk UER, 2011

Anmerkung:
** Systematik aus: Schlüsselverzeichnis zum Melde- und Personalbogen Mecklenburg-Vorpommern, 2012, gezählt wurde der Anteil an allen Qualifikationen, nicht der Anteil vom Gesamtpersonal, der höher wäre.*

100 Staatlich anerkannte Erzieher
220 Leitungstätigkeiten nach §10 KiföG

Übersicht 9: Schulformen und Bildungsgänge an beruflichen Schulen im Lk VG im Schuljahr 2011/2012

Anhang zum Kapitel 5 Berufliche Bildung:

Berufliche Schule des Lk VG in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald in Trägerschaft des Lk VG				
Standort	Hauptsitz	Nebenstelle	Nebenstelle	Nebenstelle
	Beimlerstraße 7/8 17491 Greifswald, Stadt	Siemensallee 5 17491 Greifswald, Stadt	Pappelallee 5 17489 Greifswald, Stadt	Hainstraße 13 17493 Greifswald, Stadt
Übergangssystem				
Berufsvorbereitung	Berufsausbildungsvorbereitende Bildungsmaßnahmen	Berufsausbildungsvorbereitende Bildungsmaßnahmen		Berufsvorbereitungsjahr (zweijährig)
Schulberufssystem				
höhere Berufsfachschule	Kaufmännische/r Assistent/-in (Informationsverarbeitung)		Technische/r Assistent/-in (Elektronik und Datentechnik)	
duales System				
Berufsschule: Berufsgruppen	Gesundheit und Pflege, Assistenz im Gesundheitswesen, Informationstechnik, Wirtschaft und Verwaltung	Agrarwirtschaft zugeordnete Berufe mit sonderpädagogischem Förderbedarf, Bautechnik mit zugeordneten Einzelberufen, Bautechnik zugordnete Berufe mit sonderpäd. Förderbedarf, Ernährung und Hauswirtschaft zugeordnete Berufe mit sonderpäd. Förderbedarf, Fahrzeugtechnik, Metalltechnik zugeordnete Berufe mit sonderpäd. Förderbedarf, Wirtschaft und Verwaltung zugeordnete Berufe mit sonderpäd. Förderbedarf	Bautechnik Bauausführung Ausbau, Bautechnik Bauausführung Hochbau, Fahrzeugtechnik, Farbtechnik und Raumgestaltung, Labor- und Prozesstechnik, Metalltechnik Anlagentechnik und Metallbau	

Berufsschule: Bildungs-gänge	Medizinische/-r Fachangestellte/-r, Zahnmedizinische/-r Fachangestellte/-r, Informatikkaufmann/-frau, Informations- und Telekom-munikationskaufmann/-frau, Kaufmann/-frau im Einzel-handel, Verkäufer/-in, Bürokaufmann/-frau, Kaufmann/-frau für Büro-kommunikation, Kaufmann/-frau im Gesund-heitswesen, Kaufmann/-frau für Tou-rismus und Freizeit, Sport- und Fitnesskaufmann/-frau, Verwaltungsfachan-gestellte/-r, Bankkaufmann/-frau, Rechtsanwaltsfachan-gestellte/-r, Steuerfachangestellte/-r	Landwirtschaftsfachwerker/-in, Werker/-in im Gartenbau, Ausbaufachwerker/-in, Hochbaufachwerker/-in, Tiefbaufachwerker/-in, Beikoch/Beiköchin Bäckerfachwerker/-in, Hauswirtschaftshelfer/-in, Helfer/-in im Gastgewerbe, Fahrradmonteur/-in, Fahrzeugpfleger/-in, Zweiradmechanikerwerker/in, Fachinformatiker/-in, Informatikkaufmann/-frau, Informations- und Telekom-munikationskaufmann/-frau, Baugruppenmechaniker/-in, Bürokaufmann/-frau, Kaufmann/-frau für Bürokom-munikation, Bürokraft, Lagerfachhelfer/-in, Verkaufshelfer/-in	Ausbaufacharbeiter/-in, Fliesen-, Platten- und Mosaikarbeiten, Fliesen-, Platten- und Mosaikleger/in, Ausbaufacharbeiter/-in Zimmerarbeiten, Zimmerer/-in, Hochbaufacharbeiter/-in Maurerarbeiten, Maurer/-in, Gebäudereiniger/-in, Kraftfahrzeugmecha-troniker/-in, Bauten- und Objekt-beschichter/-in, Fahrzeuglackierer/-in, Maler/-in und Lackierer/-in, Anlagen- , Sanitär-, Klima- und Heizungstechnik, Teilezurichter/-in, Metallbearbeiter/-in	
Erlangung der Hochschulzugangsberechtigung				
Fachober-schule		Wirtschaft		
Fachgymna-sium		Gesundheit und Soziales (Gesundheit und Pflege), Wirtschaft		

Berufliche Schule des Lk VG, Standort Eggesin in Trägerschaft des Lk VG			
Standort	Hauptsitz	Nebenstelle	Nebenstelle
	Lindenstraße 35 17367 Eggesin, Stadt	17309 Pasewalk, Stadt	17358 Torgelow. Stadt
Übergangssystem			
Berufsvorbereitung	Berufsausbildungsvorbereitende Bildungsmaßnahmen	Berufsvorbereitungsjahr (zweijährig) (Schwerpunkt Hauswirtschaft)	Berufsvorbereitungsjahr (einjährig) (Schwerpunkt Metall)
duales System			
Berufsschule: Berufsgruppen	Wirtschaft und Verwaltung	Ernährungs- und Hauswirtschaft	Agrarwirtschaft, Agrarwirtschaft zugeordnete Berufe mit sonderpäd. Förderbedarf, Fahrzeugtechnik, Fahrzeugtechnik zugeordnete Berufe mit sonderpäd. Förderbedarf, Holztechnik, Metalltechnik
Berufsschule: Bildungsgänge	Kaufmann/-frau im Einzelhandel, Verkäufer/-in, Bürokaufmann/-frau	Bäcker/-in, Fachverkäufer/-in Lebensmittelhandwerk Schwerpunkt Bäckerei, Konditorei, Fachverkäufer/-in Lebensmittelhandwerk Schwerpunkt Fleischerei, Fleischer/-in, Konditor/-in	Landwirt/-in, Landwirtschaftsfachwerker/-in, Kraftfahrzeugmechatroniker/-in, Autofachwerker/-in, Technischer Modellbauer/-in Fachrichtung Gießereimodellbau, Metallbauer/-in, Gießereimechaniker/-in, Konstruktionsmechaniker/-in
Erlangung der Hochschulzugangsberechtigung			
Fachoberschule	Wirtschaft		
Fachgymnasium	Wirtschaft		

Berufliche Schule des Lk VG, Standort Wolgast in Trägerschaft des Lk VG	
Standort	Hauptsitz
	Schulstraße 1 17438 Wolgast, Stadt
Übergangssystem	
Berufsvorbereitung	Berufsausbildungsvorbereitende Bildungsmaßnahmen, Berufsvorbereitungsjahr (einjährig)
duales System	
Berufsschule: Berufsgruppen	Ernährung- und Hauswirtschaft, Holztechnik, Metalltechnik, Wirtschaft- und Verwaltung
Berufsschule: Bildungsgänge	Fachkraft im Gastgewerbe, Hotelfachmann/-frau, Restaurantfachmann/-frau, Techniker/-in, Metallbauer/-in, Konstruktionsmechaniker/-in, Kaufmann/-frau im Einzelhandel, Verkäufer/-in, Bürokaufmann/-frau

Berufliche Schule am Universitätsklinikum der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald in Trägerschaft der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald	
Standort	Hauptsitz
	Hans-Beimler-Straße 85 17491 Greifswald, Stadt
Schulberufssystem	
höhere Berufsfachschule	Diätassistent/-in, Gesundheits- und Kinderkrankenpfleger/-in, Gesundheits- und Krankenpfleger/-in, Logopädin(-in, Medizinisch-Technische Laborassistent/-in, Orthoptist/-in, Medizinische Dokumentar/-in

Berufliche Schule am Kreiskrankenhaus Wolgast in Trägerschaft der Kreiskrankenhaus Wolgast gGmbH	
Standort	Hauptsitz
	Chausseestraße 46 17438 Wolgast, Stadt
Schulberufssystem	
höhere Berufsfachschule	Gesundheits- und Krankenpfleger/-in

Berufliche Schule an der Asklepios-Klinik Pasewalk in Trägerschaft der Asklepios Klinik Pasewalk GmbH	
Standort	Hauptsitz
	Prenzlauer Chaussee 30 17309 Pasewalk, Stadt
Schulberufssystem	
höhere Berufsfachschule	Gesundheits- und Krankenpfleger/-in

Berufliche Schule in Pasewalk und Neustrelitz, SWS Ergotherapieschule in Trägerschaft der SWS Schule gGmbH	
Standort	Nebenstelle
	Stettiner Straße 33 17309 Pasewalk, Stadt
Schulberufssystem	
höhere Berufsfachschule	Ergotherapeut/-in

Berufsfachschule Greifswald gGmbH in Trägerschaft der BFS Greifswald gGmbH			
Standort	Hauptsitz	Nebenstelle	Nebenstelle
	Pappelallee 1 17489 Greifswald, Stadt	17506 Bandelin	17454 Zinnowitz
Schulberufssystem			
Berufsfachschule	Kranken- und Alten-pflegehelfer/-in		
höhere Berufsfachschule	Altenpfleger/-in, BTA (Biologisch-techn. Assistent/-in), Ergotherapeut/-in, PTA (pharmazeutisch-techn. Assistent/-in)	Sozialassistent/-in, Erzieher/-in, Heilerziehungs-pfleger/-in	Physiotherapeut/-in,

SKD (Seminar für Kirchlichen Dienst) Greifswald, Fachschule für Sozialpädagogik und Familienhilfe in Trägerschaft der SKD Greifswald gGmbH	
Standort	Hauptsitz
	Puschkinring 58 17849 Greifswald, Stadt
Schulberufssystem	
höhere Berufsfachschule	Sozialassistent/-in (religionspädagogisches Konzept), Staatlich anerkannte/r Erzieher/-in, Familienhelfer/-in

Theaterakademie Vorpommern, private höhere Berufsfachschule in Trägerschaft des Vorpommersche Kulturfabrik e.V. Anklam	
Standort	Hauptsitz
	Demminer Straße 36 17389 Anklam, Stadt
Schulberufssystem	
höhere Berufsfachschule	Schauspieler/-in

Grafik-Design-Schule, private höhere Berufsfachschule für Design in Trägerschaft der Grafik-Design-Schule Anklam GbR	
Standort	Hauptsitz
	Pappelallee 2 17489 Greifswald, Stadt
Schulberufssystem	
höhere Berufsfachschule	Grafik-Designer/-in

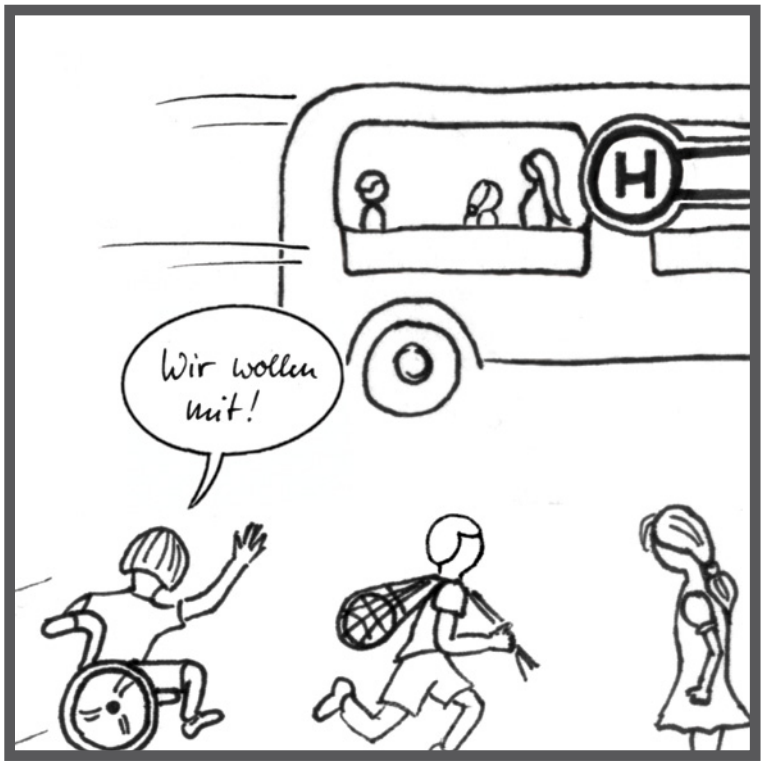
Fachschule für das Hotel- und Gaststättengewerbe (im Aufbau)	
Standort	Hauptsitz
	Wiesenstraße 8 17419 Heringsdorf, Stadt OT Ahlbeck
Schulberufssystem	
Berufsfachschule	(noch keine Ausbildung im Schuljahr 2011/2012)

Eigene Zusammenstellung

Der Schulbus auf dem Deckblatt unseres Bildungsberichtes schaukelt sich verantwortungsbewusst von einer Haltestelle zur Nächsten. An jeder Haltestelle haben wir optimistisch gezeichnet, wie KiTa-Kinder, Schüler, Jugendliche und weitere Lernbeflissene einsteigen. Der Bus füllt sich zusehends. Der Fahrer behält das Steuer in der Hand und bringt seinen Bus mitsamt Fahrgäste ans Ziel.

Leider nur ein Teil der Geschichte ...

Denn das gelingt längst nicht allen Kindern und Erwachsenen. Manche stolpern auf dem Weg zur Bildungseinrichtung, andere wählen die falsche Richtung, wieder andere kommen in der Bildungseinrichtung – aus welchen Gründen auch immer – einfach nicht klar.



Jedes einzelne Scheitern auf diesem Weg ist aus unserer Sicht ungerecht und muss vermieden werden. Das gilt für jedes Kind, das in der KiTa oder in der Schule „links liegen gelassen“ wird bzw. „nicht mitkommt“, auch für jede alleinerziehende Mutter, die ihre Ausbildung beenden möchte und den Alltag zwischen Familie, Ausbildungsplatz, Berufsschule und KiTa rein zeitorganisatorisch gar nicht regeln kann, für jeden Berufsschüler, der mit modernsten Kommunikationsmedien unterrichtet werden will, dies aber in der Realität der schulischen Lernwelt nicht vorfindet und es gilt natürlich auch für jeden Rentner, der keine Lust auf Diavorträge über ferne Länder hat, sondern sich ernsthaft weiterbilden möchte und keine adäquaten Angebote abrufen kann.

Der Landkreis Vorpommern-Greifswald hat sich mit dem ersten Bildungsbericht auf den Weg gemacht, dieses „stolpern“ und „nicht mitkommen“ von Menschen im Bildungssystem so weit es geht zu vermeiden, indem mit dem Bericht ein Beitrag zur analytischen Grundlage unseres planerischen Handelns gelegt wird.

Das Ziel unseres Handelns ist dabei einfach zu benennen …

Dieses Vorhaben wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und aus dem Europäischen Sozialfonds der Europäischen Union gefördert. Der Europäische Sozialfonds ist das zentrale arbeitsmarktpolitische Förderinstrument der Europäischen Union. Er leistet einen Beitrag zur Entwicklung der Beschäftigung durch Förderung der Beschäftigungsfähigkeit, des Unternehmergeistes, der Anpassungsfähigkeit sowie der Chancengleichheit und der Investition in die Humanressourcen.

GEFÖRDERT VOM

Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

ESF
Europäischer Sozialfonds
für Deutschland

EUROPÄISCHE UNION

LernenvorOrt